



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Jahresplanung 2013 (Budget)**

Datum: 18. September 2012

Nummer: 2012-250

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

UNSERE VISION

UNSER PROGRAMM

UNSERE PLANUNG

UNSER RÜCKBLICK



BESCHLUSS REGIERUNG

KANTON BASEL-LANDSCHAFT / REGIERUNGSRAT

Unser Programm wird zum **Plan**

JAHRESPLANUNG 2013
Vorlage an den Landrat
Nr. 2012/250

2013

Impressum

Verabschiedung durch den Regierungsrat am
18. September 2012

Inhalt, Redaktion
Finanz- und Kirchendirektion, mit Unterstützung der vier
anderen Direktionen, der Landeskanzlei und der Gerichte

Gestaltung
phorbis Communications AG, Basel

Fotografie
Peter Schönenberger, Winterthur

Druck
Druckerei Bloch AG, Arlesheim

Titelbild
Die Familie, welche auf ihrem Weg der Betrachterin und dem Betrachter immer
näher kommt, illustriert den Zeithorizont der Dokumente und bildet eine optische
Klammer um die vier Publikationen Vision, Programm, Planung und Rückblick.

Inhaltsverzeichnis

Bericht zur Jahresplanung 2013

1. Vorwort des Regierungsrates	4
2. Strategische Planung und Schwerpunkte der Jahresplanung 2013	6
3. Konjunkturelle Rahmenbedingungen	10
4. Einfluss der Bundespolitik	11
4.1 Finanzpolitik	11
4.2 Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen	11
5. Kantonale Rahmenbedingungen	12
5.1 Kantonaler Finanzausgleich	12
6. Entlastungspaket 12/15	13
7. Praxiswechsel bei der Verbuchung der Beiträge an Investitionen Dritter	13
8. Defizitbremse	14
9. Der Voranschlag im Überblick	15
9.1 Aufwand	15
9.2 Ertrag	16
9.3 Investitionsrechnung	19
9.3.1 Investitionsniveau	19
9.3.2 Investitionsbudget 2013	20
9.4 Finanzkennzahlen	22
10. Das Personal	26
10.1 Entwicklungen im Personalwesen	26
10.2 Personalbedarf 2013	27
10.3 Stellenentwicklung 2005-2013	27
11. Beteiligungen	29
12. Angepasste Leistungsaufträge	30
13. Anträge	30
14. Dekret über den Steuerfluss 2013	31

Die Kantonalen Behörden, Direktionen, Dienststellen und Gerichte

Kantonale Behörden KB	35
Finanz- und Kirchendirektion FKD	45
Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion VGD	69
Bau- und Umweltschuttdirektion BUD	101
Sicherheitsdirektion SID	157
Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion BKSD	199
Gerichte GER	239

Anhang

1. Funktionale Gliederung	254
2. Konsolidiertes Budget 2013	254
2.1 Erfolgsrechnung über alle Organisationseinheiten	254
2.2 Investitionsrechnung über alle Organisationseinheiten	256
3. Erfolgsrechnung nach Organisationseinheiten	257
4. Fonds	258
5. Verpflichtungskredite	272
5.1 Verpflichtungskredite der Erfolgsrechnung	272
5.2 Verpflichtungskredite und Sammelpositionen der Investitionsrechnung	281
6. Liste der Massnahmen für 2013 aus dem Entlastungsprogramm 12/15	293
7. Rechtsgrundlagen und angewandtes Regelwerk	298
7.1 Rechtsgrundlagen	298
7.2 Rechnungsmodell des Kantons (HRM2)	298
7.3 Rechnungsaufbau	298
7.4 Erfasste Organisationseinheiten	299
7.5 Grundsätze der Budgetierung und Rechnungslegung	299
7.6 Kontenrahmen nach HRM2	301
7.7 Abweichungen von HRM2	304
7.8 Abschreibungsmethoden	304
7.9 Angaben zum ausserordentlichen Aufwand und Ertrag	305
7.10 Kommentierungsgrundsätze	305
8. Definition Kennzahlen	306
9. Überblick über die laufenden Gesetzgebungsarbeiten (Gesetze und Dekrete) für das Jahr 2013	307
10. Übersicht über die in Vorbereitung und Bearbeitung befindlichen Landratsvorlagen für das Jahr 2013	311
11. Glossar	314

Bericht zur Jahresplanung 2013

1. Vorwort des Regierungsrates

Gemessen an den Aussichten im letztjährigen Finanzplan kann mit einem Defizit von CHF -28 Mio. in der Erfolgsrechnung ein besserer Voranschlag als erwartet vorgelegt werden. Im letztjährigen Finanzplan 2012-2015 ging der Regierungsrat für das Jahr 2013 noch von einem Zielsaldo in der Erfolgsrechnung von CHF -69 Mio. aus.

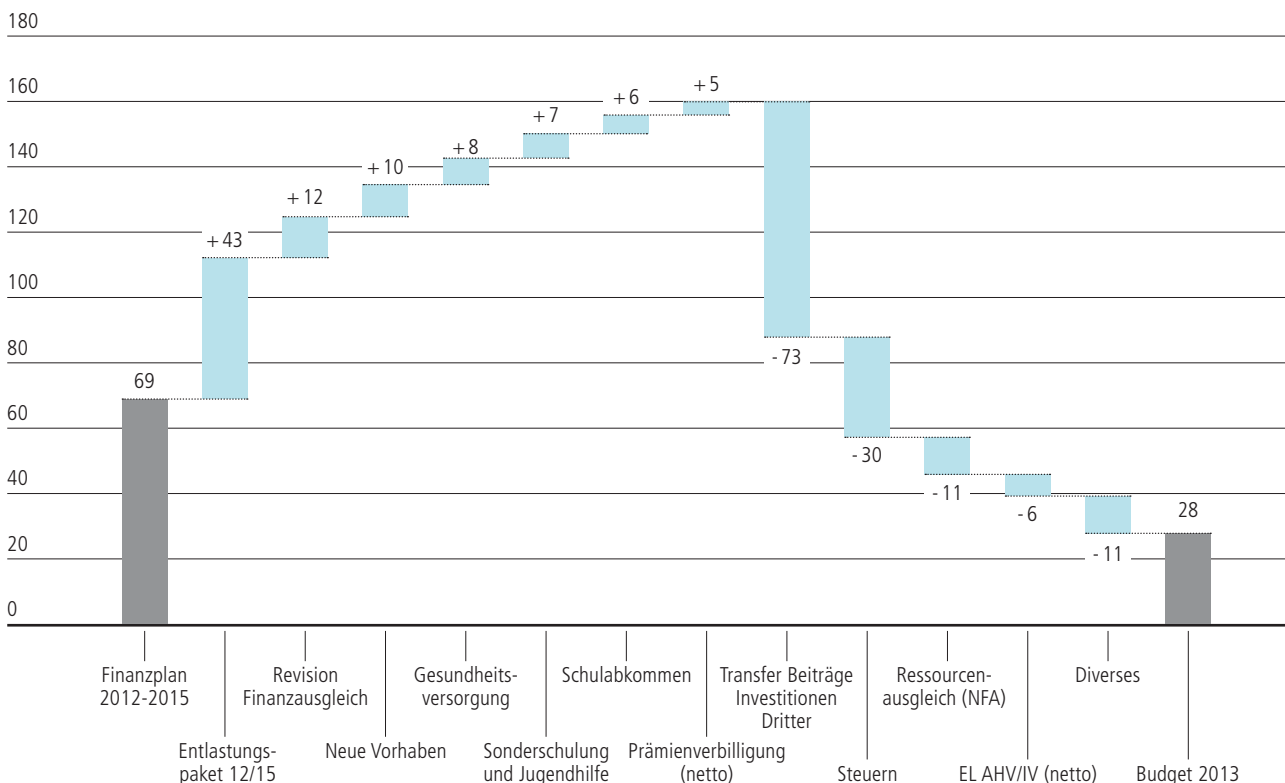
Das Entlastungspaket kommt voran. Der Regierungsrat beurteilt den Umsetzungsstand als zufriedenstellend. Er hält am Ziel fest, einen ausgeglichenen Finanzhaushalt zu erreichen. 162 der 185 Massnahmen können planmässig umgesetzt werden. Im vorliegenden Voranschlag sind kumuliert Entlastungsmassnahmen im Umfang von CHF 75 Mio. eingesetzt. Die Umsetzung des Entlastungspakets ist allerdings nicht so weit wie ursprünglich geplant, weil:

- das Entlastungsrahmengesetz am 17. Juni 2012 keine Mehrheit in der Volksabstimmung fand,
- sich diverse Massnahmen in der Umsetzung verzögern und
- sich wie erwartet, nun zunehmend konkreter abzeichnet, dass die Umsetzung von direktionsübergreifenden Massnahmen schwierig wird.

Generell ist der Voranschlag gekennzeichnet durch erhebliche Abweichungen von den Annahmen im letztjährigen Finanzplan. Die nachfolgende Differenzanalyse zeigt die wesentlichen Veränderungen zwischen dem im letztjährigen Finanzplan aufgezeigten Prognosesaldo 2013 und dem Voranschlag 2013. Mehrbelastungen resultieren etwa aus der Revision des Finanzausgleichsgesetzes (Kompensationsleistungen betr. Aufgabenverschiebung Realschulhäuser), bei der Gesundheitsversorgung und durch die Aufnahme von neuen Vorhaben in den Voranschlag. Die haushaltsentlastenden Faktoren übersteigen jedoch die haushaltsbelastenden Faktoren bei weitem. Mit dem geplanten Wechsel der Verbuchung der Beiträge an Investitionen Dritter (LRV 2012-219 Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes (Investitionsbeiträge)') wird die Erfolgsrechnung um CHF 73 Mio. entlastet. Die Steuererträge liegen um CHF 30 Mio. über den letztjährigen Finanzplanprognosen. Darin enthalten sind die Mehrerträge infolge der Ablehnung der Bausparinitiative im Umfang von CHF 6 Mio. sowie die erstmalige Budgetierung von Steuern aus Vorjahren im Umfang von CHF 20 Mio. Zudem gehört der Kanton Basel-Landschaft 2013 wieder zur Gruppe der ressourcenschwachen Kantone und ist Beitragsempfänger, was zu einer Entlastung von ca. CHF 11 Mio. führt.

Abbildung 1: Differenzanalyse zwischen Budget 2013 und Finanzplan 2012-2015

Defizit in Mio. CHF



Der im Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung resultierende Aufwandüberschuss unterschreitet damit das maximal zulässige Defizit von rund CHF -29 Mio. gemäss den Bestimmungen zur Defizitbremse. Eine Eigenkapitalentnahme muss keine budgetiert werden.

Die Selbstfinanzierung verbessert sich gegenüber dem Vorjahr, ist aber mit CHF -34.5 Mio. immer noch negativ. Das heisst, der Kanton kann seine gesamten Investitionen nach wie vor nicht aus eigenen Mitteln finanzieren. Bei den Nettoinvestitionen ist vorwiegend aufgrund des Transfers der Beiträge an Investitionen Dritter in die Investitionsrechnung eine starke Zunahme auf CHF 301 Mio. zu verzeichnen. Zusammen mit der Selbstfinanzierung führt dies zu einer Neuverschuldung von CHF 335.5 Mio. (Finanzierungssaldo).

Tabelle 1: Gestufter Erfolgsausweis

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abweichung vom Vorjahr	
Betrieblicher Aufwand	2'828.3	2'485.7	2'469.1	-16.6	-1%
Betrieblicher Ertrag	2'662.4	2'253.6	2'373.3	119.7	5%
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-165.8	-232.1	-95.8	136.3	59%
34 Finanzaufwand	39.2	32.7	33.5	0.8	3%
44 Finanzertrag	108.5	109.1	101.4	-7.7	-7%
Ergebnis aus Finanzierung	69.3	76.4	67.8	-8.6	-11%
Operatives Ergebnis	-96.5	-155.7	-28.0	127.7	82%
38 Ausserordentlicher Aufwand	4.1	0.0	0.0	0.0	0%
48 Ausserordentlicher Ertrag	81.7	127.0	0.0	-127.0	-100%
Ausserordentliches Ergebnis	77.6	127.0	0.0	-127.0	-100%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-18.9	-28.7	-28.0	0.7	3%

Tabelle 2: Selbstfinanzierung

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abweichung vom Vorjahr	
Aufwand	2'871.6	2'518.4	2'502.7	-15.7	-1%
Ertrag	2'852.6	2'489.7	2'474.7	-15	-1%
Saldo Erfolgsrechnung	-18.9	-28.7	-28.0	0.7	3%
Selbstfinanzierung (Abschreibungen VV (CHF 63.4 Mio.) + Einlagen in Fonds EK (CHF 0.1 Mio.) - Entnahmen aus Fonds EK (CHF 70 Mio.) - Entnahme EK (CHF 0 Mio.))	-23.9	-85.5	-34.5	51.0	60%
Investitionsausgaben	419.5	246.2	361.9	115.7	47%
Investitionseinnahmen	71.9	42.2	60.9	18.7	44%
Saldo Investitionsrechnung	-347.6	-203.9	-301.0	-97.1	-48%
+ Selbstfinanzierung	-23.9	-85.5	-34.5	51.0	60%
Finanzierungssaldo	-371.5	-289.4	-335.5	-46.1	-16%
Selbstfinanzierung	-23.9	-85.5	-34.5	51.0	60%
Saldo Investitionsrechnung	-347.6	-203.9	-301.0	-97.1	-48%
Selbstfinanzierungsgrad in %	-6.9%	-41.9%	-11.5%		

Der finanzpolitische Handlungsbedarf ist nach wie vor gross. Obwohl der Voranschlag 2013 ein relativ geringes Defizit ausweist, ist das strukturelle Defizit nicht beseitigt.

Zur Beurteilung müssen folgende Sondereffekte gewürdigt werden:

- der Voranschlag enthält einen einmaligen Ertrag von CHF 60.5 Mio. für die Veräusserung des UKBB und
- der Praxiswechsel bei der Verbuchung der Beiträge an Investitionen Dritter (Entlastung CHF 60.6 Mio. bezogen auf Vorjahresbudget), führt zwar zu einer kurzfristigen, aber keiner nachhaltigen Entlastung in der Erfolgsrechnung.

Die Konsequenz dieser Effekte ist, dass einerseits 2014 der Ertrag im Vergleich zu 2013 (ceteris paribus) um CHF 60.5 Millionen abnimmt und andererseits aufgrund der Neuverbuchung der Investitionsbeiträge in der Investitionsrechnung mit einem zunehmendem Abschreibungsbedarf, der die Erfolgsrechnung belastet, gerechnet werden muss.

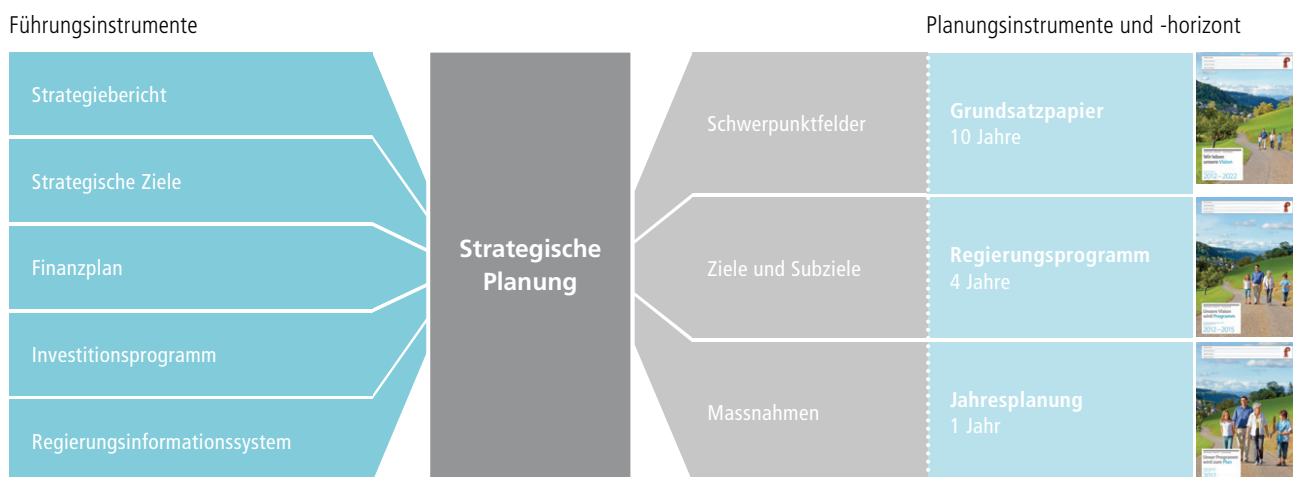
Das strukturelle Defizit ist somit (noch) nicht eliminiert. Weitere Anstrengen zur Aufwandreduktion sind notwendig. Das Entlastungspaket 12/15 muss vollständig umgesetzt werden. Nur so kann der Haushalt nachhaltig ins Gleichgewicht gebracht werden.

2. Strategische Planung und Schwerpunkte der Jahresplanung 2013

Die Legislaturperiode 2012 - 2015 ist erstmals mit umfassenden strategischen Vorgaben des Regierungsrates in Angriff genommen worden. Die Planungs- und Führungsinstrumente sowie das Berichtswesen sind optimiert und berücksichtigen die strategischen Vorgaben. Zudem werden sämtliche neuen Vorhaben im Budget, im Finanzplan und im Investitionsprogramm anhand der strategischen Planungsvorgaben priorisiert und posteriorisiert.

Die Jahresplanung 2013 stellt die zweite Planungspublikation der aktuellen Legislaturperiode dar. Im Laufe der Legislaturperiode 2012 - 2015 geht es vor allem auch darum, das Verständnis in Bezug auf die neue strategische Planung und Führung des Regierungsrates in den Direktionen und den Dienststellen zu festigen. Anhand der neu ausgestalteten Planungs- und Führungsprozesse soll ein roter Faden gesponnen werden, welcher die Durchgängigkeit der strategischen Planung und Führung der Regierung bis zur Umsetzung und zum Reporting in der Verwaltung sicherstellt. Eine konsequente strategische Planung und Führung setzt voraus, dass ein Übergang von der reinen Finanzsteuerung hin zur finanzbewussten Aufgabensteuerung stattfindet.

Abbildung 2: Zusammenhang zwischen Planungs- und Führungsinstrumenten



Die Zusammenhänge zwischen den Planungs- und den Führungsinstrumenten sind in der Abbildung 2 dargestellt:

1. Das *Grundsatzpapier* markiert die oberste Planungsebene. Darin werden die 7 strategischen Schwerpunktfelder der Regierungstätigkeit für 10 Jahre ausführlich beschrieben. Diese strategischen Schwerpunktfelder des Regierungsrates und die daraus abgeleiteten strategischen Ziele des Regierungsrates und die Subziele der Direktionen bilden die inhaltliche Grundlage für die Neukonzeption der Planungs- und Führungsinstrumente des Regierungsrates.
2. Im *Regierungsprogramm*, das auf einen Zeitraum von 4 Jahren angelegt ist, werden die strategischen Ziele des Regierungsrates für die aktuelle Legislaturperiode sowie die Subziele der Direktionen und die Indikatoren zu den strategischen Schwerpunktfeldern dargestellt. Ausserdem werden strategierelevante Massnahmen aufgelistet, mit denen zur Erreichung der übergeordneten Ziele beigetragen werden soll.
3. Die *Jahresplanung* umfasst neu das Budget und das Jahresprogramm und verknüpft somit die wichtigsten geplanten Massnahmen für das kommende Jahr mit den Finanzen. Dabei stehen Massnahmen mit Bezug zur Strategie der Regierung und mit politischer Bedeutung im Blickpunkt.

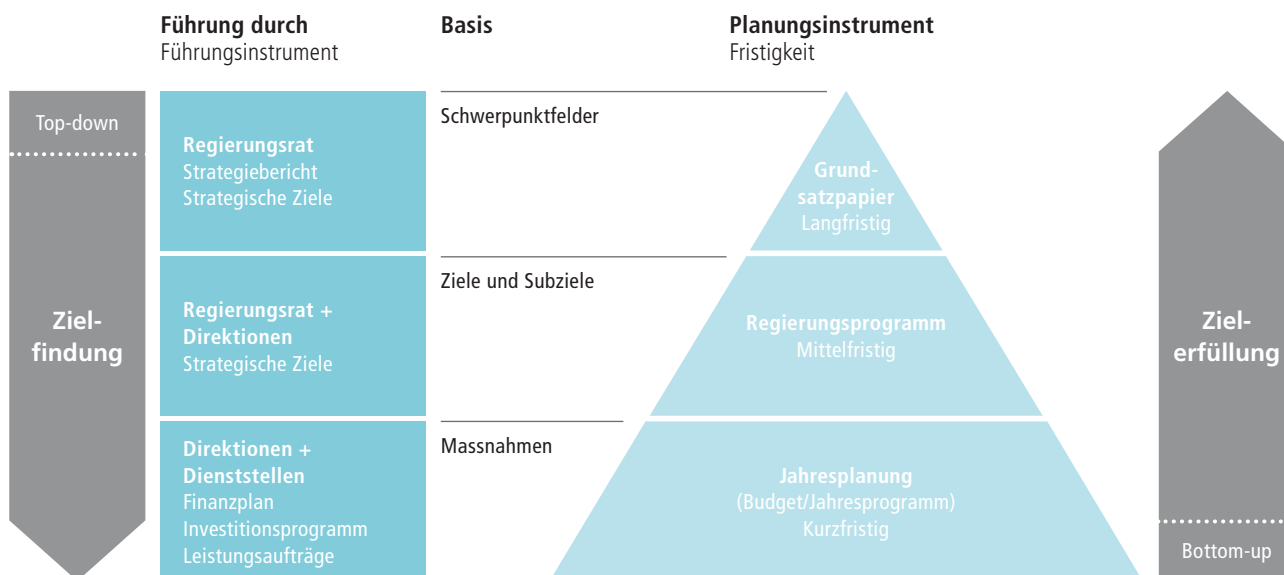
Das Konzept der strategischen Planung ermöglicht eine verstärkte Top-Down-Führung im Sinne eines Agenda-Settings bzw. einer Stärkung der Rolle des Regierungsrates bei der Zielfindung und Zielsetzung. Es basiert auf folgenden Grundprinzipien:

- Der rote Faden: Über alle drei Planungsebenen (Grundsatzpapier, Regierungsprogramm und Jahresplanung) ist ein roter Faden erkennbar. Oder anders formuliert: Die Köpfe in den Direktionen und Dienststellen sind auf die Strategie des Regierungsrates ausgerichtet.
- Setzen von Prioritäten: Die Orientierung an bestimmten strategischen Schwerpunktfeldern bedeutet ausdrücklich auch eine Straffung und eine fokussierte Ausrichtung der staatlichen Tätigkeiten. Politikbereiche, die ausserhalb der

strategischen Schwerpunktfelder liegen, werden aber auch in Zukunft bearbeitet. Dies trifft insbesondere auf den Vollzug von Bundesaufgaben, den Vollzug von gesetzlichen Grundlagen und den allgemeinen Service Public zu.

- Konsistenz (Widerspruchsfreiheit): Die Planung ist von den 7 strategischen Schwerpunktfeldern über die strategischen Ziele und die Subziele bis zu den konkreten Massnahmen konsistent (widerspruchsfrei). Die Inhalte der Planungsinstrumente (Schwerpunktfelder, Ziele, Indikatoren und Massnahmen) sind für die Direktionen bindend.
- Transparenz: In der Jahresplanung wird transparent dargestellt, welche Massnahmen (Vorhaben, Aufgaben und Leistungen) welche strategischen Ziele unterstützen. Die Jahresplanung bildet die Basis der Zielerfüllung und somit den Gegenstrom zur Zielfindung (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 3: Planungshierarchie des Kantons Basel-Landschaft



- Vereinheitlichung: Alle drei Planungsinstrumente werden einheitlich gestaltet, damit sie auch für Dritte als zusammengehörend erkannt werden können.

Mehr zur Strategie des Regierungsrates und zur Legislaturplanung ist im Grundsatzpapier 2012 - 2022 des Regierungsrates und im Regierungsprogramm 2012 - 2015 zu finden (www.baselland.ch/Regierungsrat/Strategie, Publikationen).

Schwerpunkte des Jahresprogramms 2013

Unter den zahlreichen Massnahmen des Jahresprogramms 2013 sind die folgenden Vorhaben und Projekte für die Strategie und die Politik von besonderer Bedeutung:

Kantonale Behörden

- *Die Erarbeitung einer Aussenpolitik*

In Zusammenarbeit mit den Direktionen leitet und koordiniert die Landeskanzlei die Erarbeitung einer aussenpolitischen Strategie des Kantons.

Finanz- und Kirchendirektion

- *Die Umsetzung des Entlastungspakets 12/15*

Das Entlastungspaket 12 / 15 muss in den Jahren 2013 und 2014 weiter umgesetzt werden, damit die gesetzten Entlastungsziele zur Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichts erreicht werden können. Die Projektorganisation zur Umsetzung der Direktionsmassnahmen wurde um eine Organisation zur Umsetzung der direktionsübergreifenden Massnahmen erweitert. Ein regelmässiges Projektcontrolling und -reporting unterstützt die Umsetzung.

- *Die Weiterentwicklung des Verwaltungscontrollings*

Diese Massnahme leistet einen massgeblichen Beitrag zur Erhöhung der Transparenz in allen Bereichen der kantonalen Verwaltung in Bezug auf Leistungen, Wirkungen, Kosten und Risiken. Die nächsten Schritte umfassen die Weiterentwicklung der unterjährigen Berichterstattung an den Regierungsrat (Management Informationssystem MIS) sowie eine stufengerechte Standardisierung der Controllingprozesse.

- *Die Vereinfachung des Steuergesetzes*

Die Erarbeitung einer Gesetzesvorlage zur Umsetzung des neuen § 133a der Kantonsverfassung (einfaches, leicht verständliches und nachvollziehbares Steuergesetz) steht hier im Mittelpunkt. Dazu kommen der Weiterausbau der elektronischen Dienstleistungen der Steuerverwaltung und die Einführung der Internet-Steuererklärung im 1. Semester 2013.

- *Die Evaluation des kantonalen Finanzausgleichs*

Das Finanzausgleichsgesetz (§ 1, Abs. 2) sieht eine laufende Wirksamkeitsüberprüfung des innerkantonalen Finanzausgleichs vor. Nach drei Jahren seit Inkrafttreten wird der neue Finanzausgleich im 2013 deshalb einer Evaluation unterzogen.

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

- *Die Schaffung eines Kompetenzzentrums für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing*

Im Regierungsprogramm 2012 - 2015 hat der Regierungsrat angekündigt, im Rahmen seiner "Neuen Perspektiven für Baselland" ein Kompetenzzentrum für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing zu schaffen. Das Kompetenzzentrum soll nach der Genehmigung einer entsprechenden Landratsvorlage mit einem Verpflichtungskredit für standortpolitische Massnahmen im Jahr 2013 seine operative Arbeit aufnehmen.

- *Die Formulierung einer Alterspolitik*

Nach der Erarbeitung der strategischen Grundlagen (Leitbildentwicklung im Jahr 2012) wird die Zusammenstellung einer ganzheitlichen Alterspolitik im Jahr 2013 auf der Ebene der Massnahmenplanung gemeinsam mit dem kantonalen Runden Tisch für Altersfragen weitergeführt.

- *Die Nachführung der Naturgefahrenkarte*

Diese Karte ist nicht statisch, sondern muss laufend / periodisch nachgeführt werden. Auslöser dazu sind getroffene Massnahmen zur Gefahrenreduktion, Erweiterungen von Baugebieten oder auch die Folgen von eingetretenen Ereignissen. Die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel sollen genutzt werden.

- *Die Entwicklung des Nutzungskonzeptes für Wald und Flur*

Landwirte, Waldwirtschaftsbetriebe, Reiter, Hundebesitzer, Naturschützer, OL-Läufer, Mountainbiker, Wanderer, Familien: Alle nutzen Wald und Flur. Es gilt, diese Nutzung zu koordinieren und die Rahmenbedingungen abzustecken. Die Vorarbeiten, die 2012 unter der Leitung des Amtes für Raumplanung gemacht wurden, werden konkretisiert. Die Rolle des Kantons soll definiert und das gegenseitige Verständnis der verschiedenen Bevölkerungsgruppen durch konkrete Aktivitäten gefördert werden.

- *Die Förderung von heimischen Nahrungsmitteln*

Die Landwirtschaft ist primär Lieferantin von Nahrungsmitteln. Die Gesellschaft erwartet aber auch Leistungen im Bereich der Pflege der Kulturlandschaft und der Biodiversität. Diese Leistungen kann die Landwirtschaft nur erbringen, wenn der primäre Auftrag gut erfüllt werden kann. Es gilt deshalb, ihr gute Rahmenbedingungen für den Absatz ihrer Produkte zu verschaffen. Dies soll durch die Unterstützung von Marketingmassnahmen und die Ansiedlung von Verarbeitungsbetrieben geschehen.

Bau- und Umweltschutzdirektion

- *Die Koordination in Sachen Agglomerationsprogramm*

Zur Erreichung einer positiven Wirkung des Agglomerationsprogrammes für die Region sind kantonsübergreifende Planungen und Realisierungen zwingend. Das Agglomerationsprogramm ermöglicht, solche Massnahmen prioritär zu behandeln und finanzierbar zu machen. Die Planungen der Projekte im Agglomerationsprogramm Basel werden prioritär vorangetrieben wie zum Beispiel Salina Raurica mit der Verlegung der Kantonsstrasse oder Laufen mit der neuen Birsbrücke.

- *Die Prioritäten bei der Mobilität und Optimierung der Verknüpfung der Verkehrsmittel*

Mit einem attraktiven Angebot im öffentlichen Verkehr und dem gezielten Ausbau der Infrastruktur mittels baulichen und technischen Massnahmen wird die Verkehrsverlagerung stark gefördert. Bei den technischen Massnahmen gilt es vornehmlich, durch eine konsequente Bevorzugung des ÖV an Lichtsignalanlagen oder durch eine Anordnung von Busspuren an staugefährdeten Stellen die Fahrplanstabilität aufrechtzuerhalten. Bei den baulichen Massnahmen sind Eliminierungen von Einspurabschnitten und das Schliessen von Netzlücken wirksame Elemente. Konkret sind folgende Projekte in Arbeit:

- WB Haltestellen und Doppelspurinseln;
- BLT 10: Baubeginn Doppelspur Ettingen –Flüh,
- BLT 10: Projektierung Margarethenstich.

Bei der Optimierung der Verknüpfung stehen das Funktionieren der Transportkette im ÖV durch eine gezielte räumliche und zeitliche Bündelung der Zubringerverkehrsströme in den drei Talschaften auf die Hauptachse und die rasterartige Vernetzung der ÖV-Linien im Agglomerationsraum im Vordergrund. Nach der Genehmigung des Verpflichtungskredites für den Bushof Laufen wird die Projektierung vorangetrieben. Das Vorprojekt ÖV-Anlagen Salina Raurica (Verlängerung Tramlinie 14) wird weitergeführt.

- *Der Aufbau des elektronischen Baubewilligungsverfahrens*

Mit Nachdruck wird an der Weiterentwicklung des elektronischen Baubewilligungsverfahrens und an der Einführung des Dokumenten- / Plan-Scanning gearbeitet. Die Einführung einer neuen Baugesuchssoftware soll das technologisch veraltete und ohne vertretbares Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht mehr ausbaubare bestehende Gesuchsbearbeitungssystem ersetzen. Mit der Aktualisierung können die Verfahrensabläufe vereinfacht und beschleunigt werden.

Sicherheitsdirektion

- *Die Umsetzung des Projektes "Focus"*

Das Amtsnotariat wurde im Juli 2012 wie in den Nachbarkantonen vollständig an die privaten Notarinnen und Notare übertragen. Dies ermöglicht, die übrigen zivilrechtlichen Dienstleistungen (Grundbuch-, Handelsregister-, Erbschafts-, Zivilstands- sowie Betreibungs- und Konkurswesen) zwecks Effizienzsteigerung bis 2014 an zwei Standorten zu konzentrieren.

- *Die Realisierung des Projektes "Familienfreundliche KMU im Baselbiet"*

Im Rahmen dieses Projektes stellen sich verschiedene Unternehmen im Jahr 2013 einem Kurzcheck bezüglich Familienfreundlichkeit. Die KMU werden motiviert, Massnahmen zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit in ihren Betrieben umzusetzen.

- *Die Erhöhung der Präventionsanstrengungen*

Der Jugenddienst der Polizei wird in enger Zusammenarbeit mit der Jugendanwaltschaft flächendeckende Präventionsveranstaltungen und Klassenbesuche durchführen. Die Zielgruppe der Jugendlichen soll zu Themen wie Gewalt, Missbrauch neuer Medien und auf die Folgen für Opfer und Täter angesprochen werden. Ziel dieser Präventionseinsätze ist es, durch Aufklärung und Einsicht Straftaten zu verhindern.

- *Die Verbesserung der Aufklärungsquoten*

Der Kanton Basel-Landschaft ist gemessen an der Zahl der begangenen Delikte pro 1000 Einwohner (Häufigkeitszahl der Straftaten) der sicherste Kanton in der Nordwestschweiz. Die Aufklärungsraten der Polizei Basel-Landschaft sind jedoch höchstens durchschnittlich. In den nächsten 1 bis 3 Jahren geht es deshalb darum, in den Aufklärungsquoten bei den kriminalpolitisch wichtigen Deliktskategorien besser als der gesamtschweizerische Durchschnitt zu werden und diesen Wert zu halten. Folgende Massnahmen dazu sind 2013 geplant: Neues Modell der Grundversorgung („Uniformpolizei 2012“); Überprüfung Hauptabteilung Kriminalitätsbekämpfung („Kripo 2013“); Qualitätssicherung; jährliche kriminaltaktische Ausbildung für alle Angehörigen der Uniformpolizei 2012.

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

- *Die Schaffung eines Kompetenzzentrums für Forschung, Innovation und Hochschulen.*

Mit diesem Kompetenzzentrum besteht die Absicht, das bestehende Engagement des Kantons in den Bereichen Förderung, Koordinierung, Begleitung und Mitgestaltung von Innovations- und Forschungsprojekten zu erhöhen und einen behördlichen Ansprechpartner für private sowie für öffentliche Forschungseinrichtungen zu schaffen. Dabei sollen die heute verfügbare Expertise sowie die in den letzten Jahren aufgebauten Netzwerke genutzt werden. Auf der Grundlage der "Neuen Perspektiven" und komplementär zum Kompetenzzentrum für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing sind Konzept, Struktur und organisatorische Eingliederung zu definieren und daraus die erforderlichen Ressourcen abzuleiten.

- *Die Förderung des Forschungszentrums für Polytronics*

In Muttenz wurde ein Forschungszentrum für Polytronics gemäss der Leistungsvereinbarung aufgebaut (Verpflichtungskredit). In Muttenz wurde ein Forschungszentrum für Polytronics gemäss der Leistungsvereinbarung aufgebaut (Verpflichtungskredit). Gestützt auf eine Standortbestimmung über Aktivitäten und Erfolg des CSEM in der Region Basel wird dem Landrat ein Antrag über die Weiterführung der Zusammenarbeit und die erforderlichen Betriebsbeiträge ab 2014 unterbreitet.

- *Die Positionierung und Förderung der Angebote der Höheren Berufsbildung*

Bisher kümmerte sich keine kantonale Dienststelle spezifisch um den Bereich Tertiär B (Höhere Fachschulen und Berufsschulen und Höhere Fachprüfungen). Die Folge: Es gibt zur Zeit nur drei Höhere Fachschulen im Kanton: Die Kantonale Techniker/innen-Schule für Informatik (KTSI), die Höhere Fachschule für Wirtschaft (HFW) und (neu) die Höhere Fachschule für Sozialpädagogik (HFS) Agogis. Dabei ist die Bildungsrendite im Bereich Tertiär B viel höher als im Bereich Tertiär A (Universität, Fachhochschulen). Ab dem Jahr 2013 nimmt sich deshalb das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung der Förderung der Höheren Berufsbildung an.

- *Die Erarbeitung eines Entwicklungskonzeptes für Augusta Raurica*

Der Landrat beauftragte den Regierungsrat, ein Entwicklungskonzept für Augusta Raurica erarbeiten zu lassen und dieses dem Landrat vorzulegen. Zusammen mit den Standortgemeinden Augst und Kaiseraugst wurde Mitte 2011 ein Schlussbericht in Form einer Landratsvorlage eingereicht, welcher die künftige Entwicklungsstrategie für Augusta Raurica und die Gemeinde Augst aufzeigt. Im Jahr 2013 sollen in Form einer Vorprojektierung die Machbarkeit dieser Entwicklungsstrategie geprüft und die Grundlagen für die weiteren Entwicklungsmassnahmen geschaffen werden.

3. Konjunkturelle Rahmenbedingungen

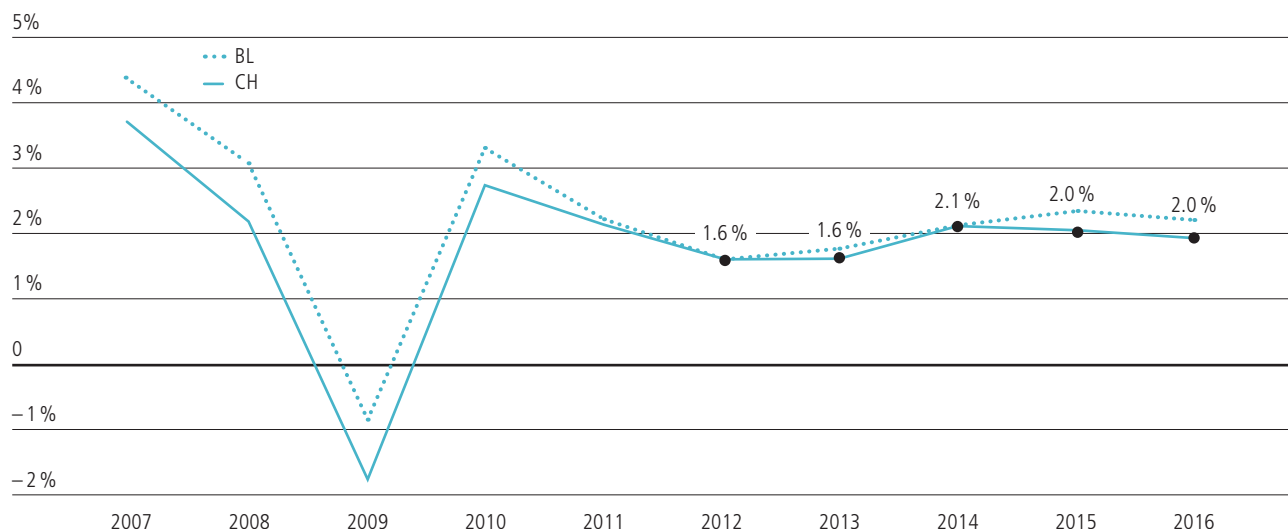
Die Weltwirtschaft präsentiert sich in fragiler Verfassung. Während die USA ihren moderaten Erholungskurs fortsetzt und die japanische Wirtschaft sogar deutlich Fahrt aufgenommen hat, bleibt die Eurozone das grosse Sorgenkind der Weltkonjunktur. Nach wie vor befinden sich die Länder der südlichen Peripherie in einer schweren Rezession. Überraschend stark präsentiert sich die Schweizer Wirtschaft. Trotz Belastung durch Eurokrise und Frankenstärke kann die Schwäche im Exportsektor aktuell durch eine starke Binnennachfrage mehr als kompensiert werden. Die anhaltend rege Zuwanderung gut qualifizierter Arbeitskräfte, das leicht rückläufige Preisniveau, die niedrigen Zinsen, der robuste Arbeitsmarkt und der stützende staatliche Konsum sind primär für die gute Entwicklung der Binnenkonjunktur verantwortlich. Für das Jahr 2012 rechnet BAKBASEL mit einem BIP-Wachstum von +1.6% (2011: +2.1%). Damit wird die Schweizer Volkswirtschaft stärker expandieren als die der meisten anderen westeuropäischen Länder. Trotz der erfreulich robusten Binnenkonjunktur bleibt das Aufschwungpotential für das Jahr 2013 begrenzt. Vor allem aufgrund der schwachen Nachfrage aus der Eurozone erwartet BAKBASEL ein weiterhin moderates Wachstum in der Höhe von +1.6%. Erst ab dem Jahr 2014 dürfte die zu erwartende weltwirtschaftliche Erholung allmählich für eine wieder zunehmende Wirtschaftsdynamik sorgen. Auf dem Schweizer Arbeitsmarkt rechnet BAKBASEL mit einem Anstieg der Erwerbstätigkeit im Jahr 2013 (+0.5%) sowie einer um saisonale Effekte bereinigten stabilen Arbeitslosenquote. Die Kaufkraft der Schweizer Privathaushalte wird auch weiterhin durch sehr niedrige Teuerungsraten gestützt. Für das Jahr 2012 rechnet BAKBASEL mit einer negativen Inflationsrate und für das Jahr 2013 mit einem sehr moderaten Anstieg des allgemeinen Preisniveaus. Gleichzeitig bleibt die Geldpolitik der SNB expansiv. Angesichts der hohen weltwirtschaftlichen Unsicherheiten und der damit verbundenen Nachfrage nach dem Schweizer Franken sind deutliche Zinserhöhungen nicht vor dem Jahr 2014 zu erwarten.

Tabelle 3: Volkswirtschaftliche Eckwerte (Stand Juli 2012)

in %	2012	2013	2014	2015	2016
Bruttoinlandsprodukt CH real	1.6	1.6	2.1	2.0	2.0
Bruttoinlandsprodukt BL real	1.4	1.7	2.1	2.3	2.2
Teuerung (Konsumentenpreise CH)	-0.7	0.4	1.7	2.2	2.0
Arbeitslosenquote	3.2	3.2	3.1	3.0	2.9
Langfristige Zinsen (Kapitalmarkt)	0.7	1.1	2.1	2.8	3.0
Kurzfristige Zinsen (Geldmarkt)	0.1	0.1	0.4	1.8	2.8

Die Wirtschaftsaussichten des Kantons Basel-Landschaft werden im Bereich des Schweizer Durchschnitts eingestuft. Nur die Zentralschweiz dürfte als einzige Schweizer Region ein reales Wirtschaftswachstum von über 2 Prozent aufweisen, was auf Tourismus-Grossprojekte, einen ausgewogenen Branchenmix sowie günstige Standortbedingungen zurückzuführen ist. Im Kanton Basel-Landschaft zeigte sich in den vergangenen zehn Jahren die chemischpharmazeutische Industrie als einer der wichtigsten Wachstumstreiber für die Wertschöpfung. Die Pharmaindustrie weist zwar eine geringere Konjunkturabhängigkeit auf, dafür aber einen hohen Exportanteil in die Eurozone und steht demzufolge aufgrund des starken Frankens weiterhin unter einem hohen Margendruck.

Abbildung 4a: Prognosen BIP real (Stand Juli 2012)



4. Einfluss der Bundespolitik

4.1 Finanzpolitik

Für das Jahr 2012 rechnet der Bund anstelle eines ausgeglichenen Haushalts mit einem Überschuss von rund CHF 1.5 Mrd. Gemäss Hochrechnungen des Eidg. Finanzdepartements per Ende Juni 2012 ist die Verbesserung auf hohe Minderausgaben (CHF 2.3 Mrd.) zurückzuführen, welche die Mindereinnahmen (CHF 0.8 Mrd.) deutlich überkompensieren können. Die überdurchschnittlich hohen Minderausgaben resultieren insbesondere bei den Passivzinsen, den Leistungen an die Sozialversicherungen, der Landesverteidigung und bei den Anteilen Dritter an Bundeseinnahmen. Hingegen werden tiefere Einnahmen bei der Mehrwertsteuer, der direkten Bundessteuer und bei den Stempelabgaben erwartet. Dies als Resultat eines Basiseffektes infolge Überschätzung der Einnahmen im Rahmen des Budgets 2011, eines nach unten korrigierten Wirtschaftswachstums 2012 sowie einer anhaltenden Unsicherheit an den Finanzmärkten.

Für das Jahr 2013 weist der Voranschlag des Bundes mit Einnahmen von CHF 64.5 Mrd. und Ausgaben von CHF 64.9 Mrd. ein Defizit von rund CHF 0.4 Mrd. aus (die Schuldenbremse erlaubt wegen der andauernden Unterauslastung der Wirtschaft ein konjunkturelles Defizit von CHF 0.5 Mrd.). Die Verschlechterung des Saldos gegenüber dem Vorjahr 2012 ist vor allem auf einen starken Ausgabenanstieg zurückzuführen. So werden in den Aufgabengebieten Bildung und Forschung, Entwicklungszusammenarbeit, Verkehr und Landesverteidigung die definierten Wachstumspfade verfolgt. Allerdings deutet der Finanzplan 2014-2016 darauf hin, dass der Bund bereits ab dem Jahr 2014 Massnahmen zur Dämpfung des Ausgabenwachstums ergreifen muss. Einnahmenseitig wird im Voranschlag 2013 ein unterproportionales Wachstum prognostiziert, welches von der Verrechnungssteuer, der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer getragen wird.

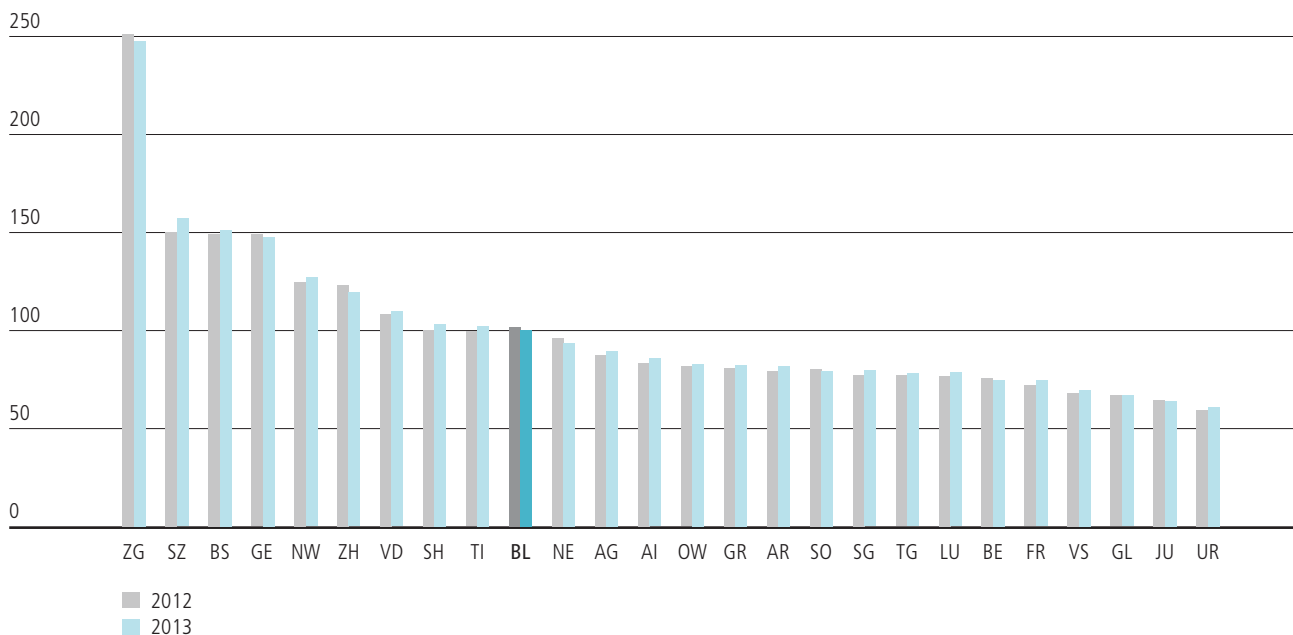
4.2 Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen

Die zentrale Steuerungsgrösse im Finanzausgleich zwischen Bund und Kanton ist der Ressourcenindex. Gegenüber dem Vorjahr hat sich dieser für den Kanton Basel-Landschaft von 101.4 auf 99.5 reduziert. Damit gehört der Kanton wieder der Gruppe der ressourcenschwachen Kantone an. Zurückzuführen ist dies auf ein unterdurchschnittliches Wachstum des Ressourcenpotentials. Im Kanton Basel-Landschaft basiert das Ressourcenpotential im Wesentlichen auf den massgebenden Einkommen der natürlichen Personen (Anteil von rund 77%) und den massgebenden Gewinnen juristischer Personen (Anteil von rund 15%). Der Ressourcenindex 2013 basiert auf den Bemessungsjahren 2007 bis 2009 und widerspiegelt die wirtschaftliche Situation der Kantone in diesen Jahren.

Nachfolgende Grafik illustriert die Veränderung der Ressourcenindizes von 2012 zu 2013.

Abbildung 4b: Ressourcenindex 2012 und 2013

Ressourcenindex NFA, in Prozent



Der Kanton Basel-Landschaft bleibt trotz des tieferen Ressourcenindex ein Geberkanton: im Budget 2013 ist ein Beitrag von CHF 3.0 Mio. enthalten (Härteausgleichszahlung: CHF 4.3 Mio., abzüglich Ressourcenausgleich CHF -1.2 Mio.). Im Vorjahresbudget war noch eine Gesamtbelastung von CHF 10.7 Mio. eingeplant.

5. Kantonale Rahmenbedingungen

5.1 Kantonaler Finanzausgleich

Das per 1. Januar 2010 in Kraft getretene Finanzausgleichsgesetz wurde per 1. Januar 2012 dahingehend revidiert, dass die Gebergemeinden neu maximal 17% ihrer Steuerkraft (maximaler Abschöpfungssatz) zuhanden des horizontalen Finanzausgleichs abliefern müssen. Dies weil das neue Gesetz bereits im ersten Jahr seiner Anwendung zu einem unerwartet hohen Abschöpfungssatz von 19.9% geführt hat. Im Jahr 2012 kam diese zusätzliche Regelung jedoch nicht zur Anwendung, da der Abschöpfungssatz mit 15.3% unterhalb dem Maximalsatz von 17% lag. Infolge der Übernahme der ehemaligen Realschulhäuser durch den Kanton per 1. August 2011 leisten die Gemeinden seit dem Jahr 2011 eine Kompensation dieser Aufgabenverschiebung an den Kanton (§ 15a des Finanzausgleichsgesetzes). Im Jahr 2012 betrug diese Kompensationsleistung CHF 13.41 Mio.. Da zum Zeitpunkt des Landratsbeschlusses Uneinigkeit zwischen den Gemeinden und dem Regierungsrat betreffend der Höhe und des Anspruchs dieser Kompensationsleistung bestand, hat der Landrat den Regierungsrat beauftragt, diese Kompensationsleistung mit den Gemeinden zu verhandeln und eine allfällige Reduktion rückwirkend festzusetzen. Diese Verhandlungen konnten im Mai 2012 abgeschlossen werden. Der Regierungsrat hat den Entwurf einer Gesetzesänderung am 19. Juni 2012 in die Vernehmlassung geschickt. Vorgesehen ist, dass der Landrat im Frühjahr 2013 darüber entscheidet und die neue Regelung auf den 1. Januar 2013 in Kraft tritt. Die vorgeschlagene Lösung sieht vor, die Kompensationsleistungen um CHF 4.41 Mio. zu reduzieren. Zudem gibt es eine bereits beschlossene Reduktion der Kompensationsleistung in der Höhe von CHF 1.45 Mio. infolge der Aufgabenübernahme im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts durch die Gemeinden (Revision vom 8. März 2012 des EG ZGB). Die Kompensationsleistung ab dem Jahr 2013 beläuft sich daher voraussichtlich auf CHF 7.55 Mio..

Infolge der vorgesehenen Rückwirkung der Reduktion der Kompensationsleistungen für die ehemaligen Realschulbauten auf den 1. August 2011 kommt es im Jahr 2013 voraussichtlich zu einer Rückzahlung an die Gemeinden in der Höhe von CHF 6.3 Mio.. Diese Rückzahlung wird mit der Kompensationsleistung verrechnet, womit sich im Jahr 2013 die Netto-Kompensationsleistung voraussichtlich auf CHF 1.25 Mio. reduziert (CHF 7.55 Mio. abzüglich CHF 6.3 Mio.).

6. Entlastungspaket 12/15

Im laufenden Jahr wird der Finanzhaushalt mit dem Entlastungspaket 12/15 um CHF 62 Mio. entlastet. Der budgetierte Wert von CHF 75 Mio. wird um CHF 13 Mio. unterschritten, weil sich die Umsetzung einiger Entlastungsmassnahmen zeitlich verzögert hat.

Im Budget 2013 ist eine Entlastungswirkung von CHF 13 Mio. eingestellt, was zu einer kumulierten Entlastung von CHF 75 Mio. führt.

Ursprünglich war geplant, den Finanzhaushalt bis 2013 um CHF 118 Mio. zu entlasten. Diese Zielvorgabe wird zurzeit um CHF 43 Mio. unterschritten:

Tabelle 4: Umsetzung Entlastungspaket

	Wirkung in Mio. CHF	
	2012	2012-2013
Entlastungsziel per 2014 (Soll)	75	118
Stand Ende August 2012 (Ist)	62	75
Differenz	-13	-43

Die relativ grosse Differenz von CHF 43 Mio. zwischen Plan 2013 (SOLL) und effektiver Umsetzung (IST) ist einerseits auf die Ablehnung des Entlastungsrahmengesetzes am 17. Juni 2012 zurückzuführen. Die fehlende Entlastungswirkung von CHF 26.2 Mio. kann frühestens ab 2014 und dann allenfalls auch nur teilweise kompensiert werden. Die übrigen CHF 17 Mio. resultieren aus zeitlichen Verzögerungen bei der Umsetzung von Entlastungsmassnahmen. Dieser Betrag kann ebenfalls frühestens ab 2014 realisiert werden.

Der Regierungsrat hält an der Zielvorgabe fest, den Finanzhaushalt um insgesamt CHF 180 Mio. zu entlasten und ab 2015 in die schwarzen Zahlen zu führen.

Die im Budget 2013 eingestellten Entlastungsmassnahmen sind detailliert im Anhang Kapitel 6 'Liste der Massnahmen für 2013 aus dem Entlastungspaket 12/15' aufgezeigt.

7. Praxiswechsel bei der Verbuchung der Beiträge an Investitionen Dritter

Das vorliegende Budget ist stark geprägt durch den Wechsel der Verbuchungspraxis betreffend der Beiträge an Investitionen Dritter, welcher dem Landrat mit einer separaten Vorlage (LRV 2012/219, Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes (Investitionsbeiträge)) zum Entscheid unterbreitet wurde. Ab 2013 sollen die Beiträge an Investitionen Dritter gemäss HRM2 verbucht, das heisst nicht mehr der Erfolgsrechnung des jeweiligen Berichtsjahres, sondern der Investitionsrechnung belastet werden. Die Beiträge sollen in der Bilanz aktiviert und über die Erfolgsrechnung über mehrere Jahre abgeschrieben werden. Bezogen auf das Vorjahresbudget führt der Praxiswechsel zu einer Entlastung der Erfolgsrechnung von CHF 60.6 Mio.

Die beantragte FHG-Änderung erfolgt vor folgendem Hintergrund: Die Beiträge an Investitionen Dritter wurden bis 31.12.2005 in der Investitionsrechnung verbucht, aktiviert und die Vorjahresbestände um jeweils 10% abgeschrieben. Bei diesen Investitionsbeiträgen handelt es sich um Beiträge an die Alters- und Pflegeheime, an kantonale Sportanlagen und an den öffentlichen Verkehr, sowie um Beiträge an Investitionen bei Beteiligungen (zurzeit Beiträge an ARA Rhein und ProRhen) also Beiträge an Infrastrukturprojekte, die sich nicht im Eigentum des Kantons befinden. Da lediglich eine bedingte Rückzahlungspflicht existiert, handelt es sich de facto um à-fonds-perdu-Beiträge.

Die Finanzkontrolle hatte diese Verbuchungspraxis bemängelt und empfohlen, auf eine Aktivierung aufgrund der bedingten Rückzahlungspflicht zu verzichten. Die Verbuchung der ausgerichteten Investitionsbeiträge erfolgte ab 2006 in der Erfolgsrechnung auf der Basis des dann zumal geltenden § 12 der Verordnung zum Finanzhaushaltsgesetz. Mit der Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes wurde die langjährige Praxis bei der Verbuchung der Beiträge an Investitionen Dritter auf Gesetzesstufe festgehalten. § 15 Abs. 4 FHG¹ sieht vor, dass Beiträge an Investitionen Dritter nicht aktiviert werden. Die Teilrevision des FHG's und des Dekrets zum FHG wurde im Landrat einstimmig beschlossen.

¹ Finanzhaushaltsgesetz, SGS 310

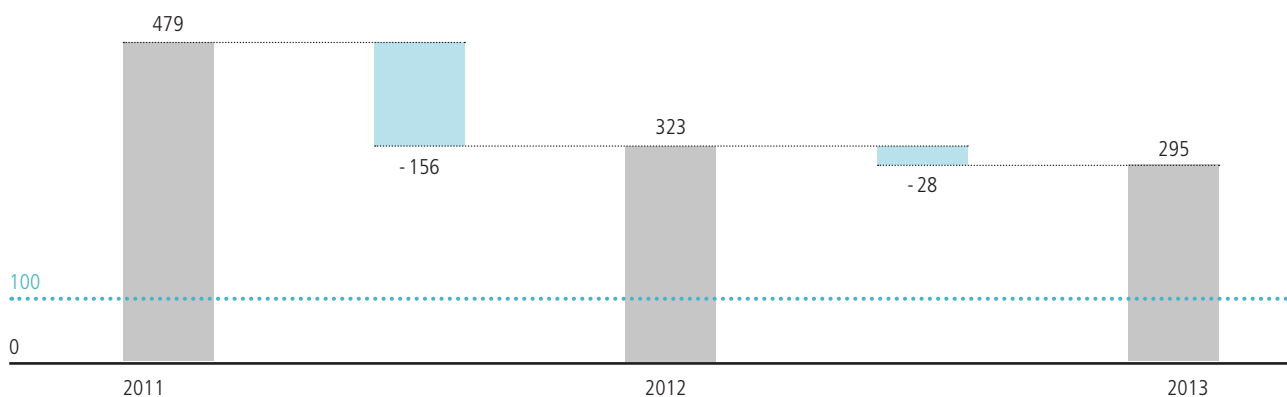
Das Rechnungsmodell des Kantons Basel-Landschaft basiert seit 01.01.2010 auf HRM2². Die Fachempfehlung zum HRM2 sieht die Aktivierung der Investitionsbeiträge vor. Dabei müssen die Investitionsbeiträge in der Anlagebuchhaltung als Anlagegut aktiviert werden und über die Nutzungsdauer des subventionierten Objektes abgeschrieben werden. Mit der geplanten Gesetzesänderung wird die Fachempfehlung zum HRM2 umgesetzt.

Mit einer Änderung der Rechnungslegung ist es grundsätzlich nicht möglich, das strukturelle Defizit in der Erfolgsrechnung zu reduzieren. Die Verschiebung der Beiträge an Investitionen Dritter führt zwar zu einer kurzfristigen, aber zu keiner nachhaltigen Entlastung der Erfolgsrechnung. Es handelt sich lediglich um eine Lastenverschiebung in die Investitionsrechnung. Bei einer Aktivierung der Investitionsbeiträge wird die Erfolgsrechnung über die Nutzungsdauer des Gutes mit Abschreibungen belastet anstelle der einmaligen Belastung der Erfolgsrechnung bei der Gewährung des Investitionsbeitrags.

8. Defizitbremse

Der Voranschlag 2013 entspricht den Bestimmungen zur Defizitbremse, welche am 1. Juli 2008 in Kraft gesetzt worden sind. Der Aufwandüberschuss von CHF 28 Mio. in der Erfolgsrechnung beträgt weniger als 3% der budgetierten Erträge aus der Einkommenssteuer abzüglich Quellensteuern (= ca. CHF 29 Mio.). Mit CHF 295 Mio. verbleibt das Eigenkapital deutlich über der 100-Millionen-Grenze.

Abbildung 5: Eigenkapital innerhalb Defizitbremse
in Mio. CHF



² Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden

9. Der Voranschlag im Überblick

9.1 Aufwand

Die Entwicklung der einzelnen Aufwandskategorien im Vergleich mit dem Budget 2012 und der Rechnung 2011 ist aus der folgenden Tabelle 5 ersichtlich. Insgesamt nimmt der Aufwand um CHF 15.7 Mio. oder um 1% ab.

Tabelle 5: Laufender Aufwand nach Kontogruppen

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abweichung vom Vorjahr	
30 Personalaufwand	1'047.7	638.7	642.0	3.3	1%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	407.2	260.6	254.5	-6.1	-2%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	73.2	69.1	63.4	-5.7	-8%
34 Finanzaufwand	39.2	32.7	33.5	0.8	3%
35 Übertrag Fonds / StaatsRG	24.3	22.1	23.3	1.2	5%
36 Transferaufwand	1'168.0	1'407.2	1'394.6	-12.6	-1%
37 Durchlaufende Beiträge	92.1	87.6	91.1	3.5	4%
38 Ausserordentlicher Aufwand	4.1				
39 Interne Fakturen	15.7	0.3	0.2	-0.1	-37%
Gesamttotal Aufwand	2'871.6	2'518.4	2'502.7	-15.7	-1%

Personalaufwand

Über die gesamte Verwaltung reduziert sich der Stellenbestand um 1.8 Vollstellen (vgl. Kapitel 10). Gleichwohl nimmt der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahresbudget moderat um CHF 3 Mio. zu. Hiervon entfallen CHF 1.8 Mio. auf eine Erhöhung des Aufwandes für die Aus- und Weiterbildung, wobei ein Grossteil mit der Bildungsharmonisierung in Zusammenhang steht. Des Weiteren ist die Tranche des Sozialplans für das Entlastungspaket 12/15 im Budget des Personalamtes um 0.5 Mio. höher eingestellt als im Vorjahr. Im Voranschlag 2013 ist kein Teuerungsausgleich enthalten.

Sach- und übriger Betriebsaufwand

In der Abnahme des Sach- und übrigen Betriebsaufwandes um CHF 6.1 Mio. reflektiert sich deutlich der Druck aus dem Entlastungspaket zu einer sehr restriktiven Budgetierung. In praktisch allen 3-stelligen Kontengruppen (vgl. Anhang, Kapitel 2.1) ist eine Abnahme des Sachaufwandes zu verzeichnen. Trotz dieser Reduktion sind im Sachaufwand auch neue, strategisch wichtige oder dringend notwendige Vorhaben enthalten wie etwa:

- Umsetzung IT-Strategie an Schulen³ CHF 1.5 Mio.
- Umsetzung Schuladministrationslösung (SAL)³ CHF 1.6 Mio.
- ERP Etappe 3³ CHF 1.3 Mio.
- Erneuerung Office Lizenzen (Ersatz Windows)⁴ CHF 2.3 Mio.

Abschreibungen Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen des Verwaltungsvermögens nehmen um insgesamt CHF 5.7 Mio. ab. Neben der Investitionstätigkeit der letzten Jahre wird diese Entwicklung vor allem durch folgenden Sachverhalt erklärt: Die Übernahmewerte der Sekundarschulbauten wurden in der Anlagenbuchhaltung anders als geplant auf die Anlagenklassen aufgeteilt. Der grösste Teil des Übernahmewertes wurde neu auf die Anlageklasse Grundstücke gebucht, welche nicht abgeschrieben werden. Dadurch fallen die Abschreibungen im Hochbauamt um CHF 8.3 Mio. tiefer aus als im Vorjahr.

Finanzaufwand

Die Zunahme des Finanzaufwandes um CHF 0.8 Mio. ergibt sich vorwiegend aus der Abnahme des Zinsaufwandes um CHF 0.6 Mio. sowie einer Zunahme der Refinanzierungskosten von CHF 1.1 Mio. für eine im 2013 fällige langfristige Verbindlichkeit.

³ Werden dem Landrat in separaten Vorlagen vorgelegt.

⁴ Die kantonale Verwaltung arbeitet mit 10 jährigen Windows- und Office-Produkten. Da der Support seitens des Herstellers im Jahr 2014 definitiv ausläuft, müssen diese spätestens im Jahr 2013 abgelöst werden.

Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds

Die Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds nehmen gegenüber dem Vorjahr um CHF 1.2 Mio. zu. Die Position umfasst im Wesentlichen die Einlage in den Fonds zur Finanzierung der H2 (aus der Aufhebung des Verkehrssteuerabatts), die sich gegenüber dem Vorjahr um CHF 0.9 Mio. auf CHF 20.6 Mio. erhöht. Wie im Vorjahresbudget ist wiederum eine Einlage in den Wirtschaftsförderungsfonds von CHF 1 Mio. budgetiert.

Transferaufwand

Der Transferaufwand nimmt um CHF 12.6 Mio. ab. Die Entwicklung des Transferaufwands ist stark geprägt durch die Verschiebung der Beiträge an Investitionen Dritter in die Investitionsrechnung. Es sind folgende grössere Abweichungen gegenüber dem Vorjahresbudget auszuweisen:

+15.8 Mio. CHF	Übernahme Verlustscheine obligatorische Krankenversicherung
+9.3 Mio. CHF	Ergänzungsleistungen AHV/IV
+4.0 Mio. CHF	Beitrag an Universität (Leistungsauftrag 2010-2013)
+3.9 Mio. CHF	Sonderschulung
+3.2 Mio. CHF	Betriebskostenbeiträge an ÖV
+3.0 Mio. CHF	Jugendhilfe
+2.8 Mio. CHF	Prämienverbilligung
+2.0 Mio. CHF	Verwaltungsaufwand SVA für Prämienverbilligung (neu als Transferaufwand kontiert)
+2.0 Mio. CHF	Beitrag an FHNW (Leistungsauftrag 2012-2014)
+1.8 Mio. CHF	Gesundheitsversorgung
-60.3 Mio. CHF	Beiträge an Investitionen Dritter (Beiträge an APH CHF -40 Mio., Beiträge an ÖV CHF -20.3 Mio.)
-6.4 Mio. CHF	Ressourcenausgleich (NFA)

9.2 Ertrag

Auf der Ertragsseite der Erfolgsrechnung weist das Budget 2013 eine Abnahme von CHF 15 Mio. oder 1% auf. Im Budget 2012 war eine Eigenkapitalentnahme von CHF 127 Mio. aus der Konjunkturausgleichsreserve geplant, welche im Jahr 2013 nicht mehr eingestellt werden muss. Bereinigt um diesen Effekt ist eine Ertragszunahme von CHF 112 Mio. zu verzeichnen. Darin enthalten ist der einmalige Ertrag von CHF 60.5 Mio. für die Veräusserung der UKBB-Bauten an das UKBB.

Tabelle 6: Laufender Ertrag nach Kontogruppen

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abweichung vom Vorjahr	
40 Fiskalertrag	1'514.3	1'504.2	1'577.4	73.2	5%
41 Regalien und Konzessionen	65.5	30.6	30.6	0.1	0%
42 Entgelte	456.3	153.0	154.0	0.9	1%
43 Verschiedene Erträge	44.2	1.7	1.6	-0.2	-10%
44 Finanzertrag	108.5	109.1	101.4	-7.7	-7%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	18.4	19.9	72.2	52.3	263%
46 Transferertrag	455.9	456.3	446.2	-10.0	-2%
47 Durchlaufende Beiträge	92.1	87.6	91.1	3.5	4%
48 Ausserordentlicher Ertrag	81.7	127.0		-127.0	-100%
49 Interne Fakturen	15.7	0.3	0.2	-0.1	-37%
Gesamttotal Ertrag	2'852.6	2'489.7	2'474.7	-15.0	-1%

Fiskalertrag

Die Entwicklung der einzelnen Steuerarten geht aus der folgenden Tabelle 8 hervor. Insgesamt nimmt das Steueraufkommen gegenüber dem Vorjahresbudget um gut CHF 73 Mio. bzw. knapp 5% zu.

Tabelle 7: Steuererträge gegliedert nach Arten

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abweichung vom Vorjahr	
Einkommenssteuern nat. Pers. (periodengerecht)	950.0	964.0	1000.0	36.0	3.7%
Steuern auf Kapitalabfindung 2./3. Säule	15.8	17.0	15.0	-2.0	-11.8%
Steuerausscheidung/pauschale Steueranrech.	-2.2	-2.5	-2.5	0.0	0.0%
Vermögenssteuern nat. Pers. (periodengerecht)	114.5	118.0	130.0	12.0	10.2%
Quellensteuern natürliche Personen	43.6	44.5	43.5	-1.0	-2.3%
Nach- und Strafsteuern	8.5	5.5	7.0	1.5	27.3%
Gewinnsteuern jur. Pers. (periodengerecht)	144.0	155.0	159.0	4.0	2.6%
Kapitalsteuern jur. Pers. (periodengerecht)	6.7	6.2	6.7	0.5	8.1%
Kirchensteuer jur. Personen	8.9	8.1	8.3	0.2	2.8%
Vermögensgewinnsteuern	26.0	26.0	27.0	1.0	3.9%
Vermögensverkehrssteuern	27.3	31.0	32.0	1.0	3.2%
Erbschafts- und Schenkungssteuern	25.6	28.0	28.0	0.0	0.0%
Verkehrsabgaben	103.1	103.4	103.4	0.0	0.0%
Gesamttotal Steuern periodengerecht	1'471.7	1'504.2	1'557.4	53.2	3.5%
Einkommensteuern aus Vorjahren	23.0				
Vermögenssteuern aus Vorjahren	-7.0				
Gewinnsteuern aus Vorjahren	28.0				
Kapitalsteuern aus Vorjahren	-1.4				
Erfahrungswert Steuern aus Vorjahren			20.0	20.0	
Gesamttotal Steuern	1'514.3	1'504.2	1'577.4	73.2	4.9%

Die Einschätzung der regionalen konjunkturellen Entwicklung und deren Auswirkungen auf den Einkommenssteuerertrag basiert auf dem durch die BAK Basel Economics entwickelten Finanzhaushaltsmodell für den Kanton Basel-Landschaft mit Stand anfangs Juli 2012. Im Vergleich zur Prognose für den Jahresabschluss 2011 werden höhere Wachstumsraten für die Jahre 2011 und 2012 erwartet; die positive Gesamtwirkung beträgt rund 1.6 Prozentpunkte. Nach Ablehnung der Bausparinitiativen in den beiden eidgenössischen Volksabstimmungen vom 11. März und 17. Juni 2012 wird der Bausparabzug per 2013 aufgehoben. Der Kanton rechnet deshalb ab 2013 mit einem jährlichen Mehrertrag von CHF 6 Mio.. Zusammen mit dem erwarteten Wachstum von 1.5 % aus konjunkturellen Gründen ergibt sich bei der Einkommenssteuer der Budgetwert 2013 von CHF 1 Mrd..

Der Ertrag aus der Vermögenssteuer lässt wegen der Frankenstärke und Börsenschwäche für 2011 unverändert einen Ertragsrückgang von rund fünf Prozent als wahrscheinlich erscheinen. Für 2012 beträgt das erwartete Wachstum 2.2 Prozent und für 2013 wurde der von der BAK prognostizierte Ertragsanstieg von gut sieben Prozent ins Budget übernommen. Sollte der aktuelle Börsenboom bis Ende Jahr anhalten, ist eine Vorverlagerung des Ertragswachstums bereits per 2012 nicht ausgeschlossen.

Der budgetierte Mehrertrag bei der Nach- und Strafsteuer ist eine Folge der Zunahme von straflosen Selbstanzeigen.

Bei der Gewinnsteuer wird für 2011 mit einem Gewinnrückgang um zehn Prozent gerechnet. Das laufende Jahr dürfte nach aktueller Einschätzung und unter Berücksichtigung diverser guter Semesterabschlüsse von börsenkotierten Unternehmen einen Ertragszuwachs von gegen fünf Prozent bringen und auch für 2013 ist ein Ertragswachstum von etwas über fünf Prozent gegenüber der aktuellen Erwartung für 2012 budgetiert.

Die Anrechnung der Gewinn- an die Kapitalsteuer seit dem Steuerjahr 2010 führt zu einer schwierigeren Budgetierung. Für 2013 wird der Rechnungsbetrag von 2011 übernommen.

In den vergangenen Jahren waren regelmässig Abwicklungsgewinne bei den vier periodischen Steuerarten (Einkommens- und Vermögenssteuer natürliche Personen, Gewinn- und Kapitalsteuer juristische Personen) zu verzeichnen. Auch für das laufende Jahr zeichnet sich eine gleichartige Entwicklung ab. Aufgrund dieser wiederkehrenden Erfahrung wird im Budget 2013 ein Pauschalbetrag von CHF 20 Mio. für künftige Abwicklungsgewinne eingesetzt. In der Jahresrechnung erfolgt hingegen stets eine sachgerechte Zuordnung auf die entsprechende Steuerart.

Regalien und Konzessionen

Die Erträge aus Regalien und Konzessionen bleiben gegenüber dem Vorjahr insgesamt konstant. Die Budgetierung der Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) orientiert sich an derjenigen des Bundes. Der Bund hat im Voranschlag 2013 seinen Anteil auf der Basis des geschätzten langfristigen Gewinnpotentials der SNB von CHF 1 Mrd. eingestellt. Entsprechend wurde diese Position wie im Vorjahr mit CHF 23.2 Mio. ins Budget aufgenommen.

Entgelte

Die Erträge aus Entgelten steigen moderat um insgesamt CHF 0.9 Mio. an. Die wesentlichen Änderungen sind dabei eine Zunahme der Gebührenerträge aus Amtshandlungen von CHF 0.9 Mio. sowie ein Mehrertrag beim Eingang abgeschriebener Forderungen bei der Steuerverwaltung von CHF 0.9 Mio. Dieser Mehrertrag kann dank zwei zusätzlichen Stellen für die Verlustscheinbewirtschaftung realisiert werden. Die Verkehrsbussen sind im Budget unverändert auf dem Vorjahresplafond von CHF 22.3 eingestellt.

Verschiedene Erträge

Bei den verschiedenen Erträgen handelt es sich um eine Kontoklasse gemäss HRM2, welche ausgewählte Entgeltkonti der Spitalbetriebe beinhaltet. Mit der Verselbstständigung der Spitalbetriebe sind die verschiedenen Erträge unbedeutend geworden. Im vorliegenden Budget ist eine Abnahme von CHF 0.2 Mio. auf insgesamt CHF 1.6 Mio. zu verzeichnen.

Finanzertrag

Die Verminderung des Finanzertrags um CHF 7.7 Mio. ist einerseits bedingt durch eine Abnahme des Zinsertrags um CHF 3.0 Mio. infolge geringerer Zinsen auf Kontokorrentguthaben sowie aufgrund Ablaufs fälliger Anlagen in Vermögensverwaltungsmandaten. Andererseits nimmt auch der Liegenschaftsertrag auf dem Verwaltungsvermögen um CHF 5.1 Mio. ab, wobei vorwiegend die Mindererträge infolge Wegfall der Vermietung des UKBB's sowie der Pachtzinsen der Schlossanlagen Wildenstein und Bottmingen sowie der Gutsbetriebe Wildenstein und Arxhof zu Buche schlagen.

Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen

Die Erträge aus Fonds und Spezialfinanzierungen nehmen um CHF 52 Mio. zu. Diese Entwicklung ist vorwiegend auf die folgenden zwei Faktoren zurückzuführen:

Der Neubau des UKBB wurde hauptsächlich durch den Fonds für regionale Infrastrukturvorhaben finanziert und jährlich abgeschrieben. Der durch die geplante Veräusserung des UKBB⁵ übersteigende Teil des Buchwertes wird wieder in den Fonds für regionale Infrastrukturvorhaben zurückgespielen und gleichzeitig zu Gunsten der Staatsrechnung entnommen. Dies führt somit zu einem einmaligen Ertrag im Budget von CHF 60.5 Mio.

Die Abschreibungen für die Sekundarschulbauten und -anlagen werden mit einer Entnahme aus dem Schulhausfonds 9020 finanziert. Die Übernahmewerte der Sekundarschulbauten wurden in der Anlagebuchhaltung anders als geplant auf die Anlagenklassen aufgeteilt. Der grösste Teil des Übernahmewertes wurde neu auf die Anlageklasse Grundstücke gebucht, welche nicht abgeschrieben werden. Entsprechend der verminderten Abschreibungen fällt daher die Fondsentnahme um CHF 9.6 Mio. tiefer aus als im Vorjahr.

Transferertrag

Der Transferertrag nimmt um CHF 10 Mio. ab. Es sind folgende grössere Abweichungen gegenüber dem Vorjahresbudget auszuweisen:

+3.2 Mio.CHF	Anteil an Verrechnungssteuer
+3.0 Mio.CHF	Anteil an Direkter Bundessteuer
+1.6 Mio.CHF	Bundesbeitrag an Berufsbildung
+1.5 Mio.CHF	Gemeindebeiträge an Ergänzungsleistungen AHV/IV
+1.2 Mio.CHF	Ressourcenausgleich (NFA)
-11.2 Mio.CHF	Kompensation Aufgabenverschiebung im Rahmen des Finanzausgleichs Kanton-Gemeinden (vgl. Kapitel 5.1)
-3.6 Mio.CHF	Beiträge aus Schulabkommen

5 Die Vorlage betreffend Revision des Staatsvertrages zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über das Universitäts-Kinderspital beider Basel (Kinderspitalvertrag) befindet sich im Vernehmlassungsverfahren.

Ausserordentlicher Ertrag

Im Vorjahresbudget war die Entnahme von CHF 127 Mio. aus der Konjunkturausgleichsreserve budgetiert. Für das Budget 2013 entfällt diese Entnahme, da mit der Entnahme im Rahmen des Abschlusses 2012 voraussichtlich die Konjunkturausgleichsreserve ausgeschöpft sein wird. Die Konjunkturausgleichsreserve wurde mit der Staatsrechnung 2009 im Sinne von freiem Eigenkapital mittels Reduzierung der Vorfinanzierung für den Neubau Kantonsspital Bruderholz gebildet.

9.3 Investitionsrechnung

9.3.1 Investitionsniveau

Bei den Bruttoinvestitionen ist eine Zunahme um CHF +116 Mio. (von CHF 246 Mio. auf CHF 362 Mio.) budgetiert, welche primär auf vier Projekte zurückgeführt werden kann:

- *Änderung Verbuchungspraxis der Beiträge der Investitionen an Dritte, CHF 73 Mio.*

Am 21. August 2012 hat der Regierungsrat die Vorlage betreffend Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes (Investitionsbeiträge) an den Landrat überwiesen (LRV 2012-219). Durch die beantragte Änderung der Buchungspraxis werden die Beiträge an Investitionen Dritter neu der Investitionsrechnung statt der Erfolgsrechnung belastet. Beiträge an langfristig nutzbare Anlagen wie Alters- und Pflegeheime, Tramtrassees, Kläranlagen sowie ein Beitrag an ein überbetriebliches Berufsbildungszentrum Holzbau in der Höhe von insgesamt CHF 73 Mio. belasten somit neu die Investitionsrechnung. Demgegenüber kann die Erfolgsrechnung im gleichen Umfang entlastet werden, da Abschreibungskosten erst ab dem Jahr 2014 anfallen (vgl. Kapitel 8)

- *Neubau Schällemätteli, Universität Basel, CHF 33 Mio.*

Auf dem Areal Schällemätteli soll ein Campus der Universität Basel mit Schwerpunkt "Life Sciences" entstehen, welcher dazu beiträgt, die Region Basel im Forschungs- und Lehrbereich nachhaltig zu stärken. Der geplante Neubau, ein zeitgemässer Ersatz für das bestehende Biozentrum, ist der erste Baustein zur zukünftigen Entwicklung des Campus Schällemätteli. Es handelt sich zudem um das erste bikantonale Neubauprojekt der Universität Basel. Der Kostenanstieg um CHF +33 Mio. (von CHF 5 Mio. auf CHF 38 Mio.) ist auf den Baubeginn im Jahr 2013 zurückzuführen.

- *Sek I Binningen, Umbau und Sanierung Spiegelfeld, CHF 11 Mio.*

Die Sanierung der Sekundarschule Spiegelfeld in Binningen umfasst die Instandsetzung vom Schulhaus Nord und die Teilsanierung des Aulagebäudes. Baubeginn ist im Herbst 2012 und die Fertigstellung im Sommer 2013. Der zugehörige Verpflichtungskredit wurde in der LRV 2011-282 beantragt und per Landratsbeschluss vom 12. Januar 2012 (als gebundene Ausgabe) bewilligt.

- *Beteiligung UKBB, CHF 11 Mio.*

Der geplante Übertrag des UKBB-Gebäudes in das Eigentum des UKBB erfolgt nach den Vorgaben der Rechnungslegung HRM2 und hat Buchungen in der Investitionsrechnung zur Folge. Der bereits aktivierte Restwert im Anlagevermögen des Verwaltungsvermögens wird per 1. Januar 2013 innerhalb der Bilanz als Aktiventausch auf Beteiligungen im Verwaltungsvermögen umgebucht. Die Differenz zwischen der geäußerten Beteiligungssumme zur effektiv beschlossenen Beteiligungssumme muss über die Investitionsrechnung (Investitionsausgaben) abgewickelt werden.

Tabelle 8: Investitionen im weiteren Sinne

in Mio. CHF	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abweichung vom Vorjahr	
Nettoinvestitionen	347.6	203.9	301.0	97.1	48%
+ Investitionseinnahmen	71.9	42.2	60.9	18.7	44%
= Bruttoinvestitionen (Investitionsausgaben) ⁶	419.5	246.2	361.9	115.7	47%
+ Beiträge an Investitionen Dritter (ER)	58.9	60.6	0.0	-60.6	-100%
= Investitionen im weiteren Sinne ⁷	478.3	306.8	361.9	55.1	18%

Da auch die Investitionseinnahmen ein Wachstum verzeichnen (CHF 19 Mio.; insb. für Uni-Neubau Schällemätteli, Trasseesanierung Linie 10 und die H2 Pratteln-Liestal), liegen die Nettoinvestitionen noch mit CHF 97 Mio. über dem Vorjahresniveau. Das Niveau der Investitionen aus dem Jahr 2011 wird trotz Verschiebung der Beiträge an Investitionen Dritter nicht mehr erreicht. Die Abwicklung des Kaufs der Sekundarschulbauten ist in der Investitionsrechnung abgeschlossen. Nun folgen Sanierungen, Um- und Ausbauten.

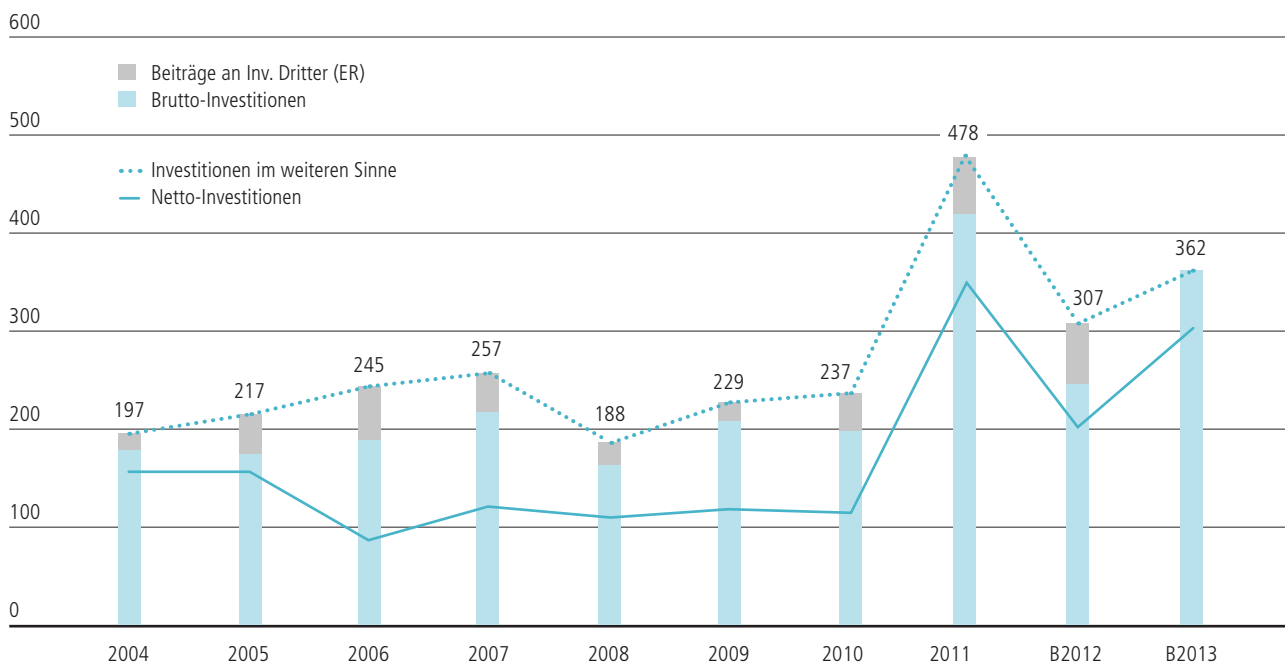
⁶ Bruttoinvestitionen enthalten ab dem Jahr 2013 die Beiträge an Investitionen Dritter von CHF 73 Mio.

⁷ Mit dem Transfer der Beiträge an Investitionen Dritter in die Investitionsrechnung entsprechen die Bruttoinvestitionen ab 2013 den Investitionen im weiteren Sinne.

Die für Wirtschaft und Gewerbe massgebenden Investitionen im weiteren Sinne (Bruttoinvestitionen + Beiträge an Investitionen Dritter aus der Erfolgsrechnung) liegen im Budgetjahr um CHF 55 Mio. höher. Primär sind die bereits erwähnten Mehrausgaben für Bildungsbauten für diesen Anstieg verantwortlich.

Abbildung 6: Entwicklung von Brutto-, Nettoinvestitionen und Beiträge an Investitionen Dritter

Brutto-, Nettoinvestitionen und Beiträge an Investitionen Dritter, in Mio. CHF



9.3.2 Investitionsbudget 2013

Mit CHF 140 Mio. fallen knapp 39% der Brutto-Investitionsausgaben der Jahrestrenche 2013 im Strassenbau an. Nach wie vor finanziell bedeutsamstes Projekt stellt die H2 Pratteln-Liestal mit einem Jahresbudget von brutto CHF 81 Mio. dar. Dieses Projekt ist fondsfinanziert. Die budgetierten CHF 29 Mio. für Werterhalt und Wertwiederherstellung (Instandsetzung/Korrektion) der Kantonsstrassen folgen einer langjährigen Planung zur Betriebsaufrechterhaltung des Kantonsstrassennetzes. Für die Instandhaltung der kantonalen Hochleistungsstrassen sind weiterhin CHF 5 Mio. und für die flankierenden Massnahmen zur Umfahrung Sissach CHF 3 Mio. eingeplant. Die Weiterführung des Projektes Sanierung/Ortsdurchfahrt Zwingen ist mit CHF 2 Mio. veranschlagt. Schliesslich ist der Lärmschutz an Kantonsstrassen und an kantonalen Hochleistungsstrassen mit insgesamt CHF 6 Mio., der Ausbau der Radrouten sowie das Bauprojekt H2 Umfahrung Liestal mit jeweils CHF 2 Mio. zu erwähnen.

Für Hochbauten werden im Budget 2013 rund CHF 153 Mio. oder 42% an Brutto-Investitionsausgaben aufgewendet. Das Wachstum ist auf die stark gestiegenen Aufwendungen im Bereich Bildung sowie auf die neu in der Investitionsrechnung abgebildeten Beiträge an Investitionen für Alters- und Pflegeheime zurückzuführen. Mit CHF 44 Mio. fallen die Beiträge an Alters- und Pflegeheime am stärksten ins Gewicht. Es folgen der Anteil des Kantons Basel-Landschaft am Neubau Schällemätteli der Universität Basel mit CHF 38 Mio., Ausgaben für den Bau des Strafjustizzentrums in MuttENZ mit CHF 24 Mio. und der Umbau und die Sanierung der Sekundarschulanlage in Binningen mit CHF 11 Mio., welche eine längere Serie von entsprechenden Massnahmen an den von den Gemeinden erworbenen Sekundarschulbauten eröffnet. Eine Vielzahl von kleineren Massnahmen summiert sich in der Sammelposition Instandsetzung, welche mit CHF 4 Mio. budgetiert ist. Die Fortsetzung des Mieterausbaus ZID Liestal benötigt CHF 8 Mio., der Um- und Ausbau von Gebäuden der kantonalen Verwaltung (Werterhaltung) ist mit CHF 5 Mio. veranschlagt und die Erhaltung der Haustechnik (technische Investitionen) ist mit CHF 3 Mio. veranschlagt. Schliesslich ist im Bereich Hochbauten auch der Neubau der FHNW in MuttENZ mit CHF 6 Mio. im Jahr 2013 zu erwähnen (Baubeginn).

Im Bereich ÖV fallen im Budget 2013 rund CHF 37 Mio. oder 10% der Brutto-Investitionsausgaben an. Hier sind v.a. die neu im Investitionsprogramm aufgeführten Beiträge an die Investitionen der Transportunternehmen BLT und WB zu erwähnen. Dazu gehören u.a. die grösseren Instandsetzungen und Trassesanierungen von BLT-Linien (insgesamt CHF 17 Mio.), die Optimierungsmassnahmen Tram/Bahnübergänge von CHF 6 Mio., der WB Ausbau Infrastruktur CHF 5 Mio. und der Doppelspurausbau Ettingen-Flüh von CHF 4 Mio.

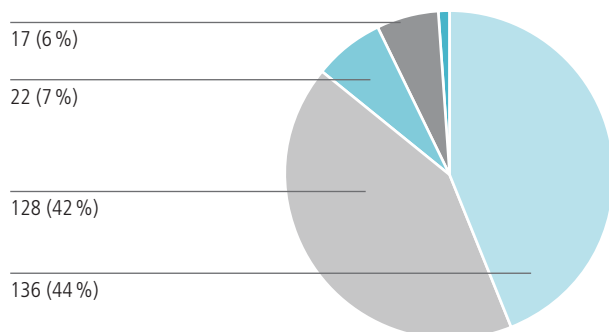
Für die Abwasserreinigung, Abfallbeseitigung und Energie sind rund CHF 18 Mio. oder 5% der Brutto-Investitionsausgaben budgetiert. Hier sind die Projekte Mischwasserbehandlung Region Birstal und Frenkentäler mit CHF 6 Mio., der Ausbau ARA Birs 2 und ARA Frenke 3 mit CHF 3 Mio. sowie die Werterhaltung des Kanalisationsnetzes von CHF 2 Mio. zu erwähnen.

Des Weiteren sind für den Wasserbau CHF 3 Mio., die Beteiligung UKBB CHF 11 Mio. und die Beiträge an das überbetriebliche Berufsbildungszentrum Holzbau CHF 0.5 Mio. budgetiert.

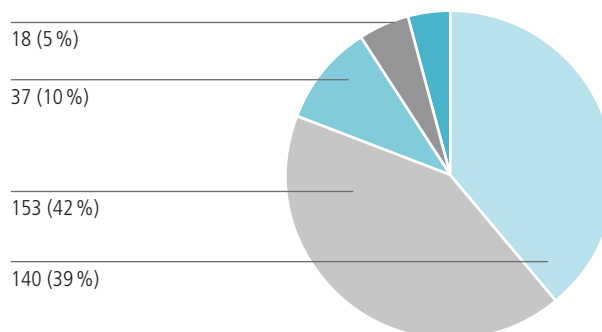
Abbildung 7: Brutto-Investitionsausgaben Budget 2012 und Budget 2013
in Mio. CHF



Budget 2012



Budget 2013



**Tabelle 9: Überblick über die wichtigsten Investitionsprojekte im Voranschlag 2013
(Investitionsausgaben in Mio. CHF)**

Bereich	Projekt	R 2011	B 2012	B 2013	F 2014	F 2015	F 2016
Strassenbau	H2 Pratteln - Liestal *	54,0	83,0	81,0	17,6	4,1	0,5
	Instandsetzung Kantonsstrassen	16,5	19,0	19,0	19,0	19,0	19,0
	Korrektion Kantonsstrassen	10,4	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
	Erneuerung Kant. Hochleistungsstr. -9970	5,0	5,0	5,0			
	HS-Lärmschutz Kant Hochleistungsstr.9951		0,5	3,5			
	Sissach, Umfahrung Flank. Massnahmen		0,5	3,0	1,0		
	Lärmsanierung Kantonsstrassen -9950		1,5	2,5	2,5	2,5	1,5
	Zwingen, San./Umgest. Ortsdurchfahrt	3,5	3,5	2,4	1,2		1,0
	Ausbauprogramm Radrouten	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
	H2, Umfahrung Liestal, Bauprojekt	1,1	2,0	2,0			
Hochbau	APH Investitionsbeiträge	33,2	40,0	44,0	35,8	23,5	2,9
	Basel, Uni-Neubau Schällenhütli (1/2 Anteil BL)	6,1	5,3	38,0	50,0	40,0	34,5
	Muttenz, Strafjustizzentrum	7,0	28,4	24,0	15,0	2,3	0,4
	Sek I Binningen, Umbau Sanierung Spiegelfeld	–		11,4			
	Liestal, ZID, Notstrom, Mieterausbau		3,5	8,0	1,5		
	Muttenz, Neubau FHNW	28,3	9,2	5,9	16,0	59,3	98,5
	Um- und Ausbau von Gebäuden / Werterhaltung	4,7	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
	Sekundarschulen, Instandsetzung - 9910		3,0	4,0	4,0	4,0	4,0
	Technische Investitionen-9980		2,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Abwasser	Mischwasserbehandlung Region Birstal	1,7	4,9	4,5	1,0		0,1
	Ara Birs 2 Ausbau	0,2	1,5	2,0			
	Kanalisations-Netz: Werterhaltung		0,7	1,8	0,8	1,0	1,0
	Mischwasserbehandlung Frenkentaler			1,0	1,4	2,1	2,4
	ARA Frenke 3 - Ausbau / Erhalt	–	0,5	1,3	15,7	16,0	5,5
ÖV	Tram/Bahnüberg. Optimierungsmassnahmen	0,3	5,8	6,0	5,0	2,0	
	BLT Linie 11, Instandsetzung		1,0	6,0			
	WB Ausbau Infrastruktur		0,5	5,0	0,3	0,4	0,8
	BLT L 11, Trasseesanieung		0,7	3,7	3,2	0,2	
	BLT Linie 10/17 Doppelspur Ettingen-Flüh			3,6	11,6		
	Reinach, Trasseesanieung Linie 11			3,0	4,0	0,1	
	BLT L12/14 Trasseesanieung		5,6	3,0	3,7	3,1	
	BLT Linie 10/17, Instandsetzung		3,0	1,6			
	Allschwil, San. Baslerstr., Real. Schiene	0,6		1,0	6,0	6,0	6,0
	Umsetzung BehiG Bus, Projektierung			1,0	0,5		
	Salina Raurica, ÖV-Anlagen, Vorprojekt		1,0	1,0			
	Umsetzung Behinderten Gesetz Haltestellen, Projektierung		0,8	1,0	0,2		

* Spezialfinanzierte Projekte

9.4 Finanzkennzahlen

Die Entwicklung des Staatshaushaltes kann anhand von ausgewählten Finanzkennzahlen (Definition siehe Anhang, Kapitel 8) beurteilt werden. Dabei muss berücksichtigt werden, dass das Volkseinkommen auf Prognosewerten basiert (BAK, Juli 2012), welche regelmässig aktualisiert werden. Bei den Kennzahlen können sich deshalb von Jahr zu Jahr kleine Veränderungen ergeben. Dies betrifft folgende Kennzahlen: Staats-, Steuer- und Investitionsquote. Weiter ist zu beachten, dass mit der Einführung der neuen Rechnungslegung gemäss HRM2 die Definition einiger Kennzahlen geändert hat. Um die Zahlen aus der Vergangenheit vergleichbar zu machen, wurden die Kennzahlen der Jahre 2008-2009 ebenfalls gemäss HRM2 berechnet⁸.

⁸ Die Definition der Kennzahlen Staatsquote, Investitions- und Transferanteil hat eine leichte Anpassung erfahren, indem die Bezugsgrösse "Konsolidierte Gesamtausgaben" durch "Konsolidierter Gesamtaufwand" ersetzt wurde. Die Auswirkungen auf die Grösse der Kennzahlen sind marginal.

Tabelle 10 gibt einen Überblick über die Kennzahlen, deren Entwicklung im Vergleich zum Budget 2012 nachfolgend kurz beschrieben werden.

Tabelle 10: Finanzkennzahlen

Finanzkennzahlen	2008 Rechnung	2009 Rechnung	2010 Rechnung	2011 Rechnung	2012 Budget	2013 Budget
Staatsquote	17.2%	17.0%	17.0%	18.4%	15.2%	15.5%
Steuerquote	9.4%	8.9%	9.0%	9.0%	8.8%	9.1%
Selbstfinanzierungsgrad	304.0%	55.7%	-11.6%	-6.9%	-41.9%	-11.5%
Kapitaldienstanteil	4.0%	4.2%	2.9%	3.2%	3.5%	3.2%
Zinsbelastungsanteil	0.1%	0.3%	0.2%	0.3%	0.2%	0.3%
Investitionsanteil	6.1%	7.8%	7.1%	13.6%	9.5%	13.5%
Transferanteil	40.5%	41.2%	40.3%	37.8%	54.4%	54.8%
Nettoverschuldungsquotient	59.8%	68.0%	69.0%	87.8%	111.5%	127.4%
Nettoschuld I in TCHF	882'809	952'384	1'019'535	1'329'620	1'677'000	2'010'000
Nettoschuld I in TCHF / Einwohner	3.23	3.47	3.70	4.80	6.02	7.18
Selbstfinanzierungsanteil	13.1%	2.7%	-0.5%	-0.9%	-4.0%	-1.6%

Die *Staatsquote* ist im Vorjahr vorwiegend auf Grund der starken Abnahme des konsolidierten Gesamtaufwands infolge der Verselbstständigung der Spitalbetriebe markant gesunken. Im Voranschlagsjahr steigt die Staatsquote wieder leicht um 0.3 Prozentpunkte an. Das heisst, der konsolidierte Gesamtaufwand wächst proportional stärker als das Volkseinkommen.

Die *Steuerquote* steigt um 0.3 Prozentpunkte an. Das heisst, dass sich der Fiskalertrag proportional stärker entwickelt wie das Volkseinkommen.

Trotz der hohen Nettoinvestitionen verbessert sich der *Selbstfinanzierungsgrad* um rund 30 Prozentpunkte, er bleibt aber mit -11.5% immer noch negativ. Das heisst, der Kanton kann seine Investitionen nicht aus eigenen Mitteln finanzieren.

Der *Kapitaldienstanteil* verzeichnet eine Abnahme auf 3.2%, was vorwiegend auf die Abnahme der Abschreibungen zurückzuführen ist. Der *Zinsbelastungsanteil* steigt um 0.1 Prozentpunkte, da der Nettozinsaufwand proportional etwas stärker zunimmt als der Laufende Ertrag.

Der *Investitionsanteil* steigt um 4 Prozentpunkte auf 13.5%, was vorwiegend auf die starke Zunahme der Bruttoinvestitionen (u.a. auch wegen des Transfers der Beiträge an Investitionen Dritter in die Investitionsrechnung) zurückzuführen ist.

Der Transferanteil steigt leicht um 0.4 Prozentpunkte auf 54.8%. Das heisst, der Anteil der Transferausgaben bezogen auf den konsolidierten Gesamtaufwand ist etwas grösser geworden.

Die Zunahme des *Nettoverschuldungsquotienten* auf rund 127% ist darauf zurückzuführen, dass die Nettoschuld I (Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen) gegenüber dem Fiskalertrag stark zunimmt und den Quotienten somit um 15.9 Prozentpunkte ansteigen lässt. Das Finanzvermögen reduziert sich als Folge des Mittelabflusses für die Finanzierung der Investitionen und des Staatsdefizits.

Die Zunahme der *Nettoschuld I* führt trotz gleichzeitigem Bevölkerungswachstum zu einer Steigerung der *Nettoschuld I in CHF / Einwohner* auf 7'018.

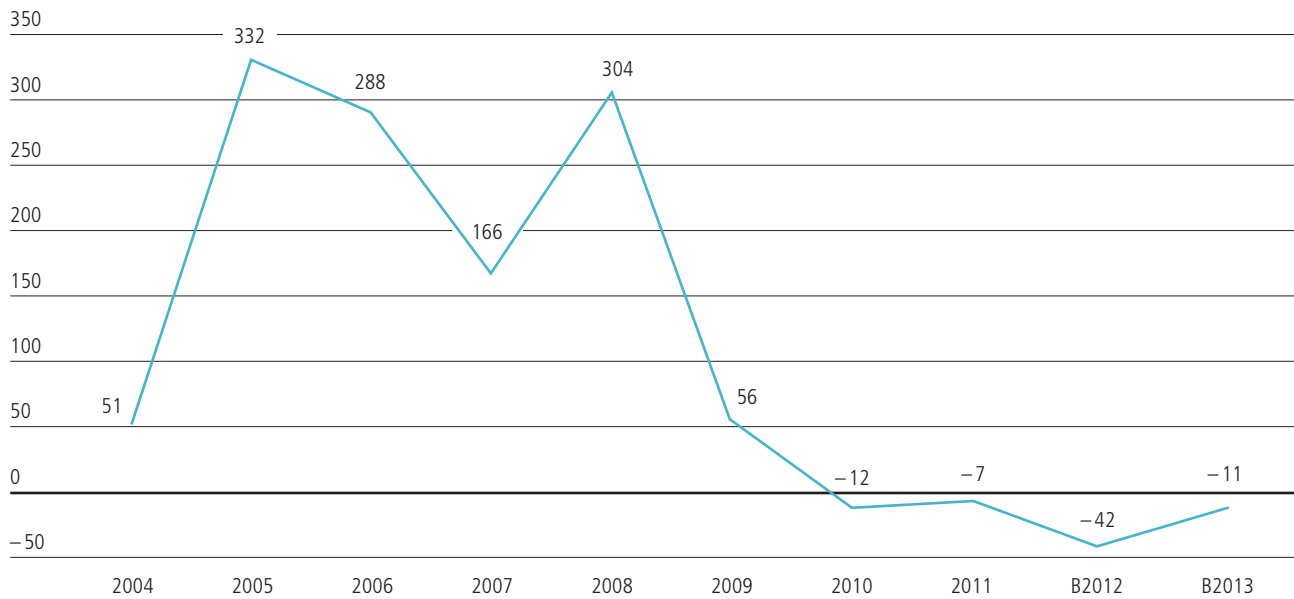
Es muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die absolute Höhe der Nettoverschuldungskennziffern mit Vorsicht zu interpretieren sind, da das Finanzvermögen noch stille Reserven enthält, welche zum heutigen Zeitpunkt nicht beziffert werden können. Im Rahmen des gegenwärtig laufenden Projektes Restatement III wird diese Frage bis Ende 2013 geklärt sein.

Aufgrund der negativen Selbstfinanzierung resultiert ein negativer *Selbstfinanzierungsanteil* von -1.6%.

Nachfolgend ist die Entwicklung des Staatshaushaltes anhand weiterer Kennzahlen grafisch aufgezeigt.

Abbildung 8: Entwicklung Selbstfinanzierungsgrad

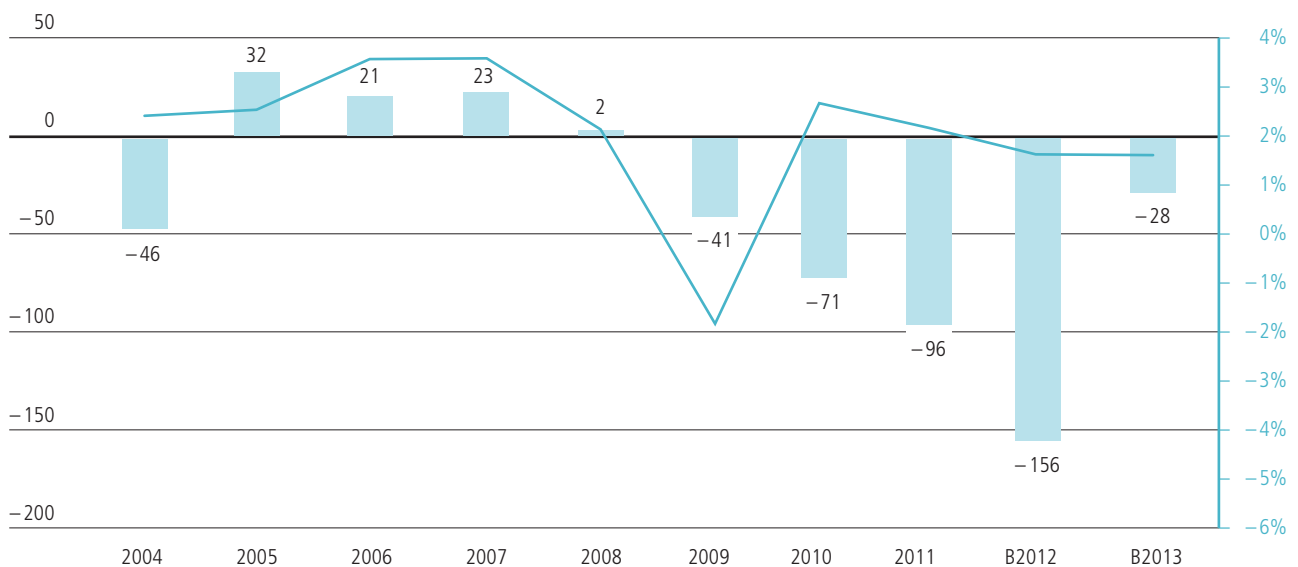
Selbstfinanzierungsgrad, in Prozent



Der Wert 2004 ist nach HRM1 berechnet und nicht direkt mit denjenigen von 2005 bis 2013 vergleichbar.

Abbildung 9: Entwicklung Saldo der Erfolgsrechnung und Wirtschaftswachstum

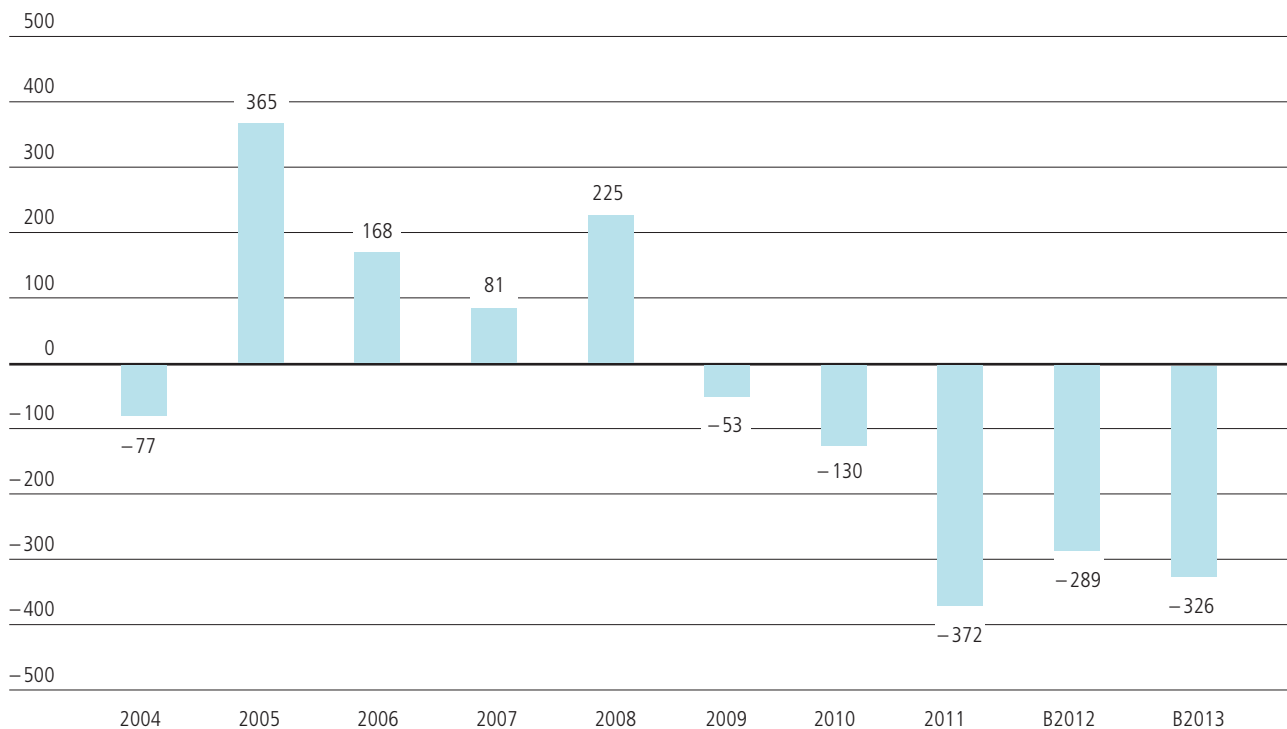
Saldo Erfolgsrechnung, in Mio. CHF / BIP CH real, in Prozent



Ab 2009 wird anstelle des Gesamtergebnisses der Erfolgsrechnung das operative Ergebnis ausgewiesen (vgl. Tabelle 1 Gestufter Erfolgsausweis).

Abbildung 10: Entwicklung Finanzierungssaldo

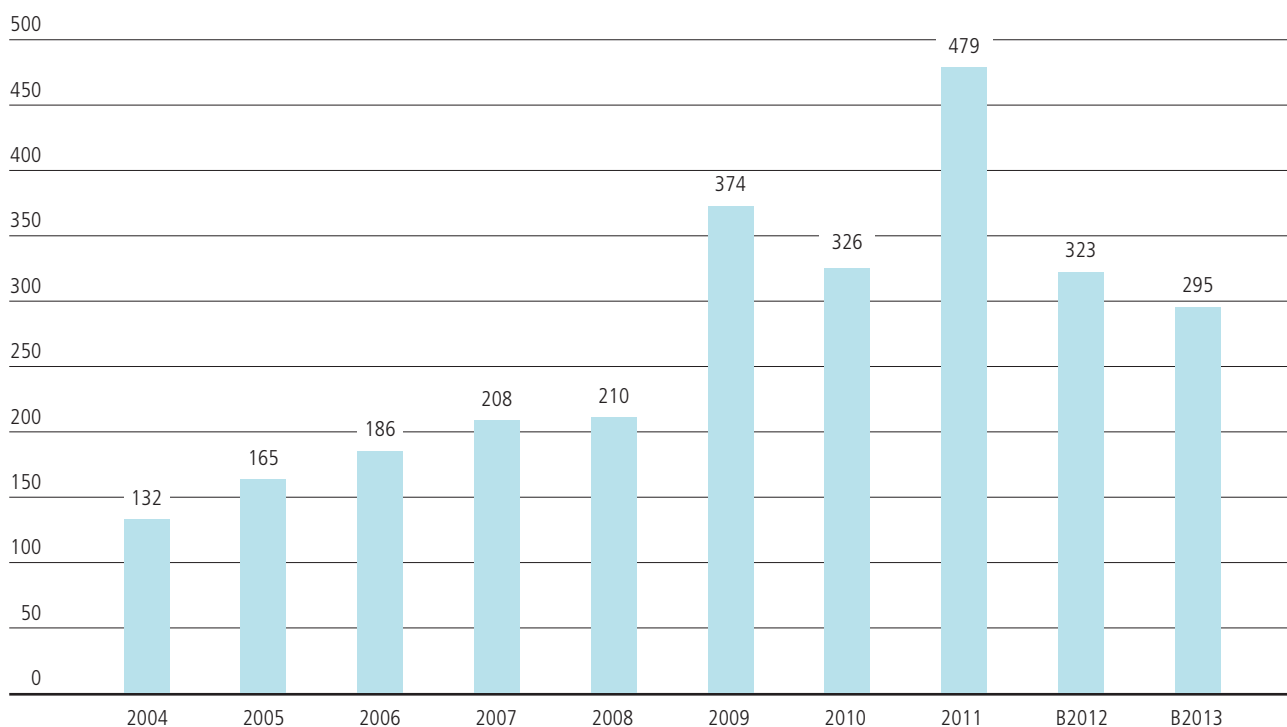
Finanzierungssaldo, in Mio. CHF



Der Wert 2004 ist nach HRM1 berechnet und nicht direkt mit denjenigen von 2005 bis 2013 vergleichbar.

Abbildung 11: Entwicklung Eigenkapital

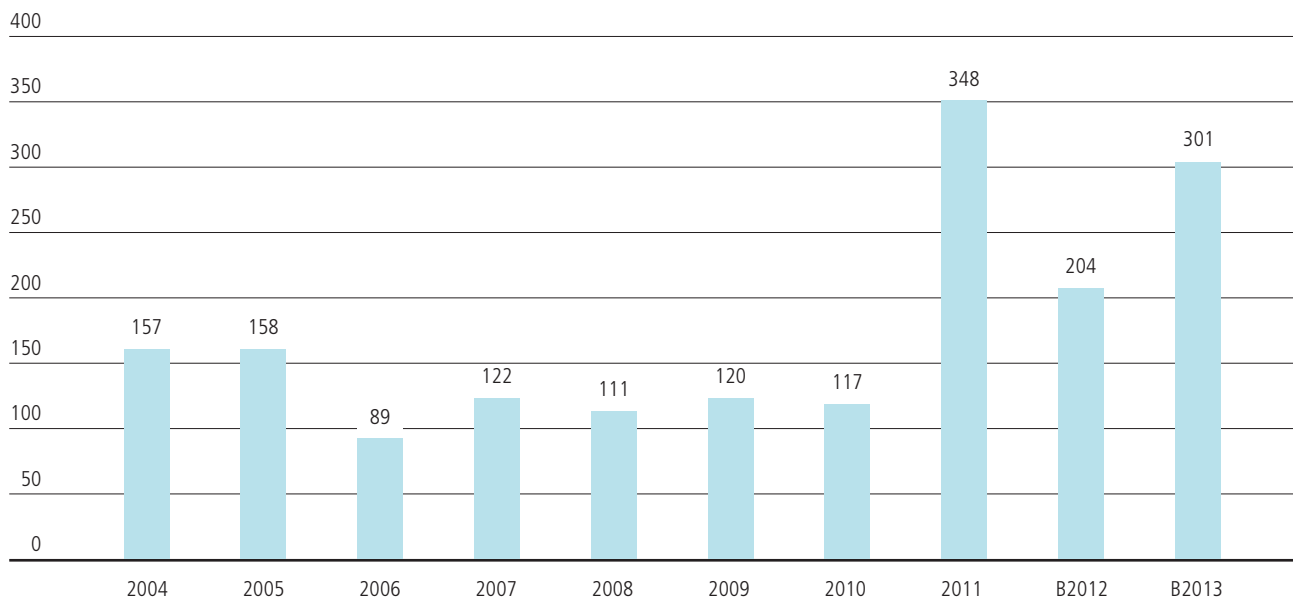
Eigenkapital, in Mio. CHF



Ab 2009 wird nur noch das Eigenkapital innerhalb der Defizitbremse ausgewiesen. Im Abschluss 2011 erfolgte mit der bilanzwirksamen Aufwertung infolge Neubewertung der Grundstücke im Verwaltungsvermögen (Restatement II) eine Aufstockung im Umfang von CHF 232 Mio.

Abbildung 12: Entwicklung Nettoinvestitionen

Nettoinvestitionen, in Mio. CHF



Mit dem budgetierten Erwerb der Sekundarschulbauten und -anlagen ist das Niveau der Nettoinvestitionen im Jahr 2011 ausserordentlich hoch. Das hohe Investitionsniveau 2013 resultiert aus dem Transfer der Beiträge der Investitionen Dritter aus der Erfolgs- in die Investitionsrechnung.

10. Das Personal

10.1 Entwicklungen im Personalwesen

Umsetzung der Personalstrategie

Am 22. Mai 2012 hat der Regierungsrat die Personalstrategie des Kantons Basel-Landschaft verabschiedet. Die daraus resultierenden Anpassungen der Grundsätze der Personalpolitik erfordern eine Änderung des Personalgesetzes. Vorbehaltlich der Verabschiedung im Landrat sollen diese Änderungen im Verlauf des Jahres 2013 in Kraft gesetzt werden. Auf Basis der Strategie werden die entsprechenden Massnahmen sukzessive umgesetzt. In erster Priorität soll bis 31. Dezember 2013 in der Verwaltung Basel-Landschaft ein betriebliches Gesundheitsmanagement aufgebaut werden.

Neues Organisationsmodell Personalwesen

Ab dem 1. Februar 2013 soll das neue Organisationsmodell Personalwesen kontinuierlich umgesetzt werden. Das Personalwesen des Kantons Basel-Landschaft wird ab diesem Zeitpunkt durch folgende Rollen geprägt werden: Dienstleistungszentrum Personal, HR-Beratung und Kompetenzzentrum Personal.

Im Dienstleistungszentrum Personal werden die operativen, stark standardisierten HR-Prozesse und -Transaktionen zusammen geführt. Im Vordergrund stehen Kosteneinsparungen über die Realisierung von Skaleneffekten und Prozessstandardisierung bei klar definierten Qualitätsstandards, die in der Regel über Service Level Agreements vereinbart sind.

Die HR-Beratung – die auf Stufe Direktion zusammengefasst ist – stellt das wichtigste Bindeglied zum Linien-Management, den Führungskräften dar. Der Fokus liegt auf den strategischen resp. strategieumsetzenden HR-Aufgaben, dem Talentmanagement und der professionellen Begleitung von Veränderungsprozessen. Die Linie agiert als Auftraggeber.

Im Kompetenzzentrum Personal wird das spezialisierte HR-Fach- und Methodenwissen zusammengefasst. Die HR-Experten beraten einerseits die HR-Berater/Business-Partner bzw. sind in deren Projekte integriert, und andererseits können sie vom DLZ in komplexe Fragestellungen einbezogen werden.

Umsetzung des Berufsbildungskonzepts

Im neuen Berufsbildungskonzept wurden drei Strategiefelder definiert:

- A) Steuerung und Organisation der Berufsbildung einheitlich gestalten und professionalisieren;
- B) Attraktivität des Ausbildungsbetriebs Kantonale Verwaltung BL steigern;
- C) Qualität der Ausbildung weiter entwickeln und professionalisieren.

Die Strategiefelder werden in 2 Projektetappen erarbeitet und umgesetzt. Die Erarbeitung des Strategiefelds A beginnt im Oktober 2012. Anschliessend wird die Projektarbeit für die Strategiefelder B und C in Angriff genommen.

ERP

Im Rahmen der Umsetzung der 2. Phase des Projekts ERP werden im Verlauf des Jahres 2013 die Zeitwirtschaft eingeführt und die Konzeptarbeiten für das E-Dossier und das E-Recruiting vorangetrieben.

Honorierungssystem

Die Arbeiten an der Revision der Modellumschreibungen in den Funktionsbereichen „Gesundheit und Soziales“ sowie „Bildungswesen“ werden fortgeführt.

10.2 Personalbedarf 2013

Für das Jahr 2013 werden über alle Organisationseinheiten hinweg 1.8 Stellen eingespart.

Verwaltung im engeren Sinn

In den Direktionen werden insgesamt 22.5 Stellen weniger budgetiert als im Vorjahr (-0.9%):

Der Ausbau bei der Finanz- und Kirchendirektion erfolgt hauptsächlich durch den IT-Strategie begründeten Stellen-transfer von der Bau- und Umweltschuttdirektion und der Sicherheitsdirektion zu den Zentralen Informatikdiensten. Bei der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion beanspruchen das Kompetenzzentrum für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing sowie die Deponie Feldreben zusätzliche Ressourcen. In der Bau- und Umweltschuttdirektion führt neben dem Stellentransfer zur Finanz- und Kirchendirektion (IT-Strategie) die Umsetzung von EP-Massnahmen zur Stellenreduktion. Gleiches trifft für die Sicherheitsdirektion zu und wird verstärkt durch den Stellenabbau infolge Revision des Erwachsenenschutzrechtes. Bei der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion bewirkt das Entlastungspaket eine Reduktion beim Schulverwaltungspersonal.

Von den gegenüber 2012 abgebauten 22.5 Stellen entfallen insgesamt 11.8 Vollstellen auf Massnahmen aus dem Entlastungspaket, die sich wie folgt auswirken: Finanz- und Kirchendirektion: 0.2 Vollstellen, Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion: 0.5 Vollstellen, Bau- und Umweltschuttdirektion: -3.0 Vollstellen, Sicherheitsdirektion: -4.3 Vollstellen, Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (ohne Lehrpersonen): -5.2 Vollstellen.

Stellen ausserhalb des Soll-Stellenplans

Die erwartete Stellenreduktion infolge EP Massnahmen BKSD 2 und 4 wird nicht wie geplant im 2012 umgesetzt. Mit der Umsetzung per Schuljahr 2013/2014 wirkt sich die Reduktion auf die Stellen gegenüber 2011 nur zu 5/12 aus, was gegenüber dem Budgetjahr 2012 einer Erhöhung um 20.6 Stellen entspricht.

Tabelle 11: Stellenentwicklung 2012-2013

	Sollstellen 2012	Sollstellen 2013	Abweichung absolut	Abweichung in %
Kantonale Behörden	38.1	38.1	0.0	0.0
Finanz- und Kirchendirektion	322.4	336.6	14.2	4.4
Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion	166.3	171.2	4.9	2.9
Bau- und Umweltschuttdirektion	494.3	480.2	-14.1	-2.9
Sicherheitsdirektion	1111.2	1088.9	-22.3	-2.0
Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (ohne Lehrpersonen)	424.9	419.7	-5.2	-1.2
Total Soll-Stellenplan (Stellen der engeren Verwaltung)	2557.2	2534.7	-22.5	-0.9
Gerichte	112.4	112.2	-0.2	-0.2
Refinanzierte Stellen KIGA	148.9	148.9	0.0	0.0
Lehrpersonen	1487.8	1508.6	20.8	1.4
Total ausserhalb Soll-Stellenplan	1749.1	1769.7	20.6	1.2
Total Stellenveränderung Kanton BL	4306.3	4304.4	-1.8	0.0

10.3 Stellenentwicklung 2005-2013

Über alle Stellen betrachtet wurde der kantonale Personalbedarf gegenüber 2005 von 7'106 Vollstellen auf 4'304 Vollstellen reduziert, was einer Abnahme von 39% bzw. 2'802 Stellen entspricht. Die Ausgliederung der Spitalbetriebe (inkl. Zentralwäscherei) per 1. Januar 2012 hatte den Weggang von 3'090.1 Vollstellen zur Folge. Die Spitalbetriebe ausgeschlossen hat sich der kantonale Stellenetat seit 2005 um 45.5 Vollstellen bzw. 1.1% erhöht.

Die differenzierte Betrachtung der Stellenentwicklung 2005-2013 widerspiegelt die fortwährenden Anstrengungen des Regierungsrats, den Personalbestand plafoniert zu belassen oder bei Bedarf nur sehr limitiert zu erhöhen.

Die Stellen der engeren Verwaltung haben über den Betrachtungszeitraum um 7.6% (178.8 Vollstellen) zugenommen. Massgeblich wirkte sich 2011 der organisatorische Wechsel der Statthalterämter und des BUR von den Gerichten in die Sicherheitsdirektion mit transferierten 135 Vollstellen aus. Verschiedene kleinere organisatorische Transfers und Änderungen wirkten sich dagegen in geringem Mass auf die Stellenentwicklung 2005-2013 aus.

Die Stellen ausserhalb des Soll-Stellenplans weisen ohne Berücksichtigung der Spitalbetriebe bei den Gerichten, den refinanzierten KIGA-Stellen und den Lehrpersonen gegenüber 2005 eine gesamthafte Abnahme von 133.3 Vollstellen bzw. einen Abbau um 7% aus. Neben dem Weggang der Statthalterämter sowie des BUR von den Gerichten zur Sicherheitsdirektion (2011: 135 Vollstellen) wirken sich die Bedarfsschwankungen bei den Lehrpersonen und den refinanzierten KIGA-Stellen aus, welche innerhalb des Betrachtungszeitraums jährlich jeweils sehr unterschiedlich ausfallen. Während bei den Lehrpersonen der Bedarf für 2013 gegenüber 2005 um insgesamt 4.4% (69 Vollstellen) niedriger ausfällt, planen die refinanzierten KIGA-Stellen für 2013 mit einem um 28 Vollstellen (23.2%) höheren Bestand gegenüber 2005.

Die Ausgliederung der Spitalbetriebe hatte 2012 einen Weggang von 3'090.1 Vollstellen zur Folge.

Tabelle 12: Kantonale Stellenentwicklung 2005-2013

	Sollstellen 2005	Sollstellen 2013	Abweichung 05/13 absolut	Abweichung 05/13 in %
Kantonale Behörden	26.0	38.1	12.1	46.5
Finanz- und Kirchendirektion	290.9	336.6	45.7	15.7
Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion ohne Spitalbetriebe	189.3	171.2	-18.1	-9.6
Bau- und Umweltschutzdirektion	504.2	480.2	-24.0	-4.8
Sicherheitsdirektion	962.8	1088.9	126.1	13.1
Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (ohne Lehrpersonen)	382.7	419.7	37.0	9.7
Total Soll-Stellenplan (Stellen der engeren Verwaltung)	2355.9	2534.7	178.8	7.6
Gerichte	204.5	112.2	-92.3	-45.1
Refinanzierte Stellen KIGA	120.9	148.9	28.0	23.2
Lehrpersonen	1577.6	1508.6	-69.0	-4.4
Total ausserhalb Soll-Stellenplan	1903.0	1769.7	-133.3	-7.0
<i>Spitalbetriebe</i>	2847.0	0.0	-2847.0	-100.0
Total Stellenveränderung Kanton BL	7105.9	4304.4	-2801.5	-39.4
Total Stellenveränderung Kanton BL (ohne Spitalbetriebe)	4258.9	4304.4	45.5	1.1

2010: Organisatorischer Wechsel der Finanzkontrolle von der Finanz- und Kirchendirektion zu den Kantonalen Behörden (10.8 Vollstellen)

2011: Organisatorischer Wechsel der Statthalterämter und des BUR von den Gerichten zur Sicherheitsdirektion (135.0 Vollstellen)

11. Beteiligungen

In der folgenden Tabelle sind die Beteiligungen aufgeführt, für welche im Budget 2013 des Kantons Aufwand (bspw. für den Leistungseinkauf) bzw. Ertrag (bspw. aus Dividenden) sowie Beiträge in der Investitionsrechnung eingestellt sind:

Tabelle 13: Aufwendungen für Leistungseinkauf bei Beteiligungen und Erträge von Beteiligungen

Beteiligung	Art der Leistung / Ertragsart	Aufwand in CHF	Ertrag in CHF	Investitions- rechnung in CHF
ARA Rhein AG	Betriebskostenbeiträge	1'600'000		
Baselland Transport AG (BLT)	Betriebskosten- und Investitionsbeiträge	16'100'000		20'000'000
Waldenburgerbahn AG (WB)	Betriebskosten- und Investitionsbeiträge	3'400'000		6'000'000
Autobus AG (AAGL)	Betriebskostenbeiträge Dividende		5'700'000 6'642	
Basellandschaftliche Kantonalbank	Anteil am Reingewinn Abgeltung Staatsgarantie Verzinsung Dotationskapital	4'700'000	42'000'000 8'500'000 4'700'000	
Fachhochschule Nordwestschweiz	Leistungsauftrag	60'477'000		
Fondation des Archives de l'ancien Evêché de Bâle	Beitrag	110'000		
Hardwasser AG	Wasserzins (Entnahmegebühr)		380'000	
Interkantonale Lehrmittelzentrale	Beitrag	20'000		
Interkantonale Polizeischule Hitzkirch	Leistungspauschale	1'150'000		
Kraftwerk Augst AG	Konzession f. Wassernutzung für Energieerzeugung Dividende		520'000 175'000	
Kraftwerk Birsfelden AG	Konzession f. Wassernutzung f. Energieerzeugung und Betriebskostenanteil Schifffahrtsanlagen Dividende	58'000	2'700'000 150'000	
Landwirtschaftliche Trocknungs-Anlagen LTA AG	Dividende		6'000	
MCH Messe Schweiz AG	Dividende		235'625	
NSNW AG	Aufwand für Strassenunterhalt kant. HLS Dividende	3'000'000	120'000	
ProRheno AG	Betriebskostenbeiträge und Investitionsanteil BL	2'100'000		200'000
Schweizer Rheinsalinen AG	Dividende Regalien Konzession		500'000 80'000 220'000	
Schweizerische Nationalbank	Anteil am Reingewinn Dividende		23'200'000 12'390	
Schweizerische Rheinhäfen	Anteil am Reingewinn		4'650'000	
Sozialversicherungsanstalt Baselland	Verwaltungsaufwand Vollzug Prämienverbilligung (CHF 121.5 Mio.) Verwaltungsaufwand Ergänzungsleistungen (CHF 196.9 Mio.)	1'970'000 4'739'000		
Swisslos	Gewinnausschüttung		14'000'000	
TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche	Leistungseinkauf	6'809'113		
Universität Basel	Leistungsauftrag	156'700'000		
Universitäts-Kinderspital beider Basel	Leistungseinkauf	16'186'000		
Kantonsspital Baselland	Leistungseinkauf Baurechtszinsen/Darlehen	128'290'000	4'490'000	
Psychiatrie Baselland	Leistungseinkauf Baurechtszinsen/Darlehen	36'800'000	1'790'000	
BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel	Kein Finanzstrom im Jahr 2013	0	0	
TOTAL		444'209'113	114'135'657	26'200'000

12. Angepasste Leistungsaufträge

Parallel zur Jahresplanung und Budgetbearbeitung für das Jahr 2013 hat die Bau- und Umweltschutzdirektion die Leistungsaufträge der Dienststellen überprüft. Eine Abbildung der neuen Bereichsstruktur kann zurzeit noch nicht definitiv dargestellt werden, da insbesondere im Zusammenhang mit dem Entlastungspaket noch nicht alle Änderungen komplett vollzogen wurden (z.B. Integration des Amtes für Liegenschaftsverkehr in das Hochbauamt). Bei der Überprüfung der Leistungsaufträge wurde Anpassungsbedarf festgestellt und deshalb folgende Änderungen vorgenommen:

Generalsekretariat

Im Generalsekretariat wird mit der Zentralisierung des Rechnungswesens das ganze operative Rechnungswesen der BUD geführt. Zusätzlich umfasst das Rechnungswesen mit der Einführung von HRM2 die Bewirtschaftung der Anlagebuchhaltung sowie der Liegenschaftsbuchhaltung (RealEstate).

Öffentlicher Verkehr Tiefbauamt und Amt für Raumplanung

Bis anhin wurde die Planung und Realisierung des öffentlichen Verkehrs durch eine Abteilung im Tiefbauamt wahrgenommen, die Angebotsvereinbarung durch eine Abteilung im Amt für Raumplanung. Im Rahmen einer Optimierung der Prozessabläufe wurden die beiden Abteilungen neu im Tiefbauamt zusammengelegt. Die Aufgaben im Leistungsauftrag bleiben weiterhin bestehen.

Lufthygieneamt beider Basel

Im Lufthygieneamt wurde beim Produkt „Emissionsminderung Luftschadstoffe“ neu das Ziel „Schutz der Bevölkerung und Umwelt vor übermässiger Lichtimmissionen“ aufgenommen.

Amt für Industrielle Betriebe

Beim Amt für Industrielle Betriebe wurde neu der Betrieb der Versickerungsanlage Aesch aufgenommen sowie die Vertretung des Kantons BL in der Nachsorgeorganisation der Deponie Lindenstock.

Bauinspektorat

Der Leistungsauftrag des Bauinspektorates wurde modernisiert (Detaillierungsgrad) und aktualisiert ohne wesentliche Leistungsveränderungen.

13. Anträge

1. Dem Budget 2013 der Erfolgsrechnung mit einem Aufwand von CHF 2'502.7 Mio. (einschliesslich Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von CHF 63.4 Mio.) und einem Ertrag von CHF 2'474.7 Mio., was einen Aufwandüberschuss von CHF 28.0 Mio. ergibt, wird zugestimmt.
2. Dem Investitionsbudget 2013 mit Ausgaben von CHF 361.9 Mio. und Einnahmen von CHF 60.9 Mio., ergebend Nettoinvestitionen von CHF 301.0 Mio., wird zugestimmt.
3. Vom aus der Gesamtrechnung resultierenden Finanzierungsbedarf von CHF 335.5 Mio. wird Kenntnis genommen.
4. Mit beiliegendem Dekret zum Steuerfuss 2013 wird der Steuerfuss für die Einkommenssteuer natürlicher Personen für das Jahr 2013 auf 100% festgelegt.
5. Die geänderten Leistungsaufträge der Bau- und Umweltschutzdirektion werden zur Kenntnis genommen. Gemäss § 4 Abs. 2 und § 5 Dekret zum Finanzhaushaltsgesetz haben diese Dienststellen die Kreditverschiebungskompetenz.
6. Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, die Jahresprogramm-Massnahmen 2013 des Regierungsrates zur Kenntnis zu nehmen.

Liestal, 18. September 2012

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin: Sabine Pegoraro

Der Landschreiber: Alex Achermann

14. Dekret über den Steuerfuss 2013

Dekret über den Steuerfuss 2013

Vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf §19^{bis} des Gesetzes vom 7. Februar 1974⁹ über die Staats- und Gemeindesteuern (Steuergesetz) sowie gestützt auf §32^b Absatz 3 des Finanzhaushaltsgesetzes vom 18. Juni 1987¹⁰, beschliesst:

§ 1 Steuerfuss 2013

Der kantonale Einkommenssteuerfuss für das Steuerjahr 2013 beträgt 100%.

§ 2 In-Kraft-Treten

Dieses Dekret tritt am 1. Januar 2013 in Kraft.

9 GS 35.0000, SGS 331

10 GS 35.0000, SGS 310

**Kantonale Behörden,
Direktionen, Dienststellen
und Gerichte**

Beitrag zu strategischen Zielen

Die Landeskanzlei unterstützt die politische Führungsaufgabe von Landrat und Regierungsrat. Regierung und Parlament arbeiten bei der Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit möglichst optimal zusammen. Diese Zusammenarbeit, die jeder Behörde ihren Verantwortungsbereich und ihren Entscheidungsspielraum belässt, braucht Koordination. Die Landeskanzlei als zentrale Stabsstelle kennt die rechtlichen und politischen Zusammenhänge und Spielregeln und hat gute Verbindungen zum Parlament und seinen Organen einerseits und zur Regierung und Verwaltung andererseits. Mit einer sinnvollen Koordination und Kooperation sollen Synergien ermöglicht, Leerläufe verhindert, das gegenseitige Vertrauen gefördert und die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen optimal ausgenutzt werden. Die Vorbereitung und Durchführung der kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie die organisatorische Unterstützung des Landrates und des Regierungsrates in ihren zahlreichen Repräsentationsverpflichtungen sind weitere Kernaufgaben der Landeskanzlei.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeskanzlei wollen die von Verfassung und Gesetz sowie durch den Landrat und den Regierungsrat übertragenen Aufgaben stets einwandfrei, termingemäss und mit optimalem Einsatz an Mitteln erfüllen. Verschiedene Tätigkeiten der Landeskanzlei tragen vor allem zum strategischen Schwerpunktfeld 'Auftritt und Kooperation' des Regierungsrates bei. Die Landeskanzlei trägt massgebend dazu bei, dass der Kanton im Bereich der Aussenbeziehungen in der interkantonalen und internationalen Zusammenarbeit sowie der Interessenvertretung gegenüber dem Bund und anderen Regionen über die relevanten Informationen und Dienstleistungen verfügt. Die Landeskanzlei unterstützt zudem die Bemühungen des Regierungsrates, dass der Kanton Basel-Landschaft regional und auf Bundesebene gut vernetzt ist.

Gesamtübersicht Budget

Die Aufwendungen und Erträge in der Erfolgsrechnung erfahren gegenüber dem Vorjahresbudget keine nennenswerten Veränderungen, ausser im Bereich des Sachaufwandes. Im Budget 2012 wurden grössere Beträge für einmalig stattfindende Anlässe eingestellt, wie das Nationalratspräsidentinnenfest für Maya Graf, gemeinsamer Auftritt mit BS an der 1. August Feier in Stuttgart und der Baselbietertag am Regierungsseminar in Interlaken.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	8'738'033	9'059'777	9'048'032	-11'745	0%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	2'037'722	2'195'250	1'990'700	-204'550	-9%
34 Finanzaufwand	680	1'500	1'000	-500	-33%
36 Transferaufwand	1'136'149	1'351'432	1'351'432	0	0%
42 Entgelte	-754'210	-869'000	-901'000	-32'000	-4%
44 Finanzertrag	-9				
46 Transferertrag	-214'150	-185'750	-178'650	7'100	4%
Total Aufwand	11'912'584	12'607'959	12'391'164	-216'795	-2%
Total Ertrag	-968'369	-1'054'750	-1'079'650	-24'900	-2%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	10'944'214	11'553'209	11'311'514	-241'695	-2%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	36.2	38.1	38.1	0.0	0.0%

2000 Landrat

Auftrag und Zielsetzungen

Der Landrat ist die gesetzgebende Behörde des Kantons. Er erlässt alle grundlegenden und wichtigen Bestimmungen in der Form des Gesetzes. Ausführende Bestimmungen kann er in der Form des Dekretes erlassen, soweit ihn ein Gesetz ausdrücklich dazu ermächtigt.

Der Landrat übt auch die Oberaufsicht über alle Behörden und Organe aus, die kantonale Aufgaben wahrnehmen. Die Oberaufsicht ist ein Element der Gewaltenteilung und dient damit der Machthemmung und der Machtausbalancierung im Staat.

Im Weiteren genehmigt das kantonale Parlament wichtige Staatsverträge und die grundlegenden Pläne der staatlichen Tätigkeiten wie Regierungsprogramm und Finanzplan, beschliesst über neue finanzielle Ausgaben, setzt das jährliche Budget fest, nimmt die Staatsrechnung ab, übt die Mitwirkungsrechte aus, die den Kantonen in der Bundesverfassung eingeräumt werden, wählt u.a. die Mitglieder der kantonalen Gerichte, verleiht das Kantonsbürgerrecht an Ausländerinnen und Ausländer und übt das Recht der Begnadigung und der Amnestieerteilung aus.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	1'173'150	1'212'565	1'212'565	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	57'423	64'182	64'182	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen		2'000	2'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	38'376	40'000	40'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	245'440	298'000	283'000	-15'000	-5%	
	Total Aufwand	1'514'389	1'616'747	1'601'747	-15'000	-1%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'514'389	1'616'747	1'601'747	-15'000	-1%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Fraktionsentschädigungen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	100'000	135'000	135'000	0	0%	
Gemeindebeitrag Präsidentenfest	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	30'000	30'000	30'000	0	0%	
Total Transferaufwand			130'000	165'000	165'000	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			130'000	165'000	165'000	0	0%	

2001 Regierungsrat

Auftrag und Zielsetzungen

Der Regierungsrat ist die leitende und die oberste vollziehende Behörde des Kantons. Er besteht aus fünf Mitgliedern und jedes Mitglied steht einer Direktion vor. Der Regierungsrat bestimmt die wichtigen Ziele und Mittel des staatlichen Handelns. Er plant und koordiniert die staatlichen Tätigkeiten und legt dem Landrat Entwürfe zu Verfassungsänderungen, Gesetzen und Dekreten zum Beschluss vor. Er erlässt Verordnungen auf der Grundlage und im Rahmen der Gesetze und Staatsverträge.

Der Regierungsrat beaufsichtigt die anderen Träger öffentlicher Aufgaben, sorgt für eine rechtmässige und wirksame Verwaltungstätigkeit und bestimmt im Rahmen von Verfassung und Gesetz die zweckmässige Organisation. Der Regierungsrat entscheidet nach Massgabe des Gesetzes über Verwaltungsbeschwerden und versagt Erlassen die Anwendung, wenn sie dem Bundesrecht oder kantonalen Verfassungs- oder Gesetzesrecht widersprechen. Zu den Aufgaben des Regierungsrats gehört die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Zudem vertritt er den Kanton nach innen und nach aussen und pflegt die Beziehungen mit den Behörden des Bundes und anderer Kantone. Er schliesst im Rahmen seiner Zuständigkeit endgültig Staatsverträge sowie Verwaltungsvereinbarungen ab, er verleiht das Kantonsbürgerrecht an Schweizer und nimmt Wahlen vor, soweit diese nicht anderen Organen übertragen sind. Weitere Zuständigkeiten können dem Regierungsrat durch Gesetz eingeräumt werden.

Die Baselbieter Regierung verfolgt in der laufenden Legislaturperiode im Rahmen ihrer Offensive "Neue Perspektiven für Baselland" die folgenden vier übergeordneten politischen Stossrichtungen:

- die Erhöhung des Steuerertrags der juristischen Personen,
- die Arealentwicklung,
- die Schaffung eines Kompetenzzentrums für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing sowie
- die Stärkung des Forschungs- und Innovationsstandortes.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	1'455'719	1'455'719	1'458'719	3'000	0%	
304	Zulagen	12'190	15'814	12'519	-3'295	-21%	
305	Arbeitgeberbeiträge	278'939	273'055	276'725	3'670	1%	
313	Dienstleistungen und Honorare	38'282	30'000	30'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	230'856	390'000	225'000	-165'000	-42%	1
319	Verschiedener Betriebsaufwand	195'242	160'000	160'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-110'269	-130'000	-130'000	0	0%	
	Total Aufwand	2'211'228	2'324'588	2'162'963	-161'625	-7%	
	Total Ertrag	-110'269	-130'000	-130'000	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'100'959	2'194'588	2'032'963	-161'625	-7%	

1 Der Betrag wurde einmalig für spezielle Anlässe im Jahr 2012 eingestellt.

2002 Landeskanzlei

Auftrag und Zielsetzungen

Die Landeskanzlei unterstützt die politische Führungsaufgabe von Parlament und Regierung.

Die Herausforderungen unserer Zeit an den Staat lassen sich nur bewältigen, wenn Regierung und Parlament möglichst optimal zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit, die jeder Behörde ihren Verantwortungsbereich und ihren Entscheidungsspielraum belässt, braucht Koordination. Für diese Aufgabe ist die Landeskanzlei prädestiniert, weil sie als zentrale Stabsstelle die rechtlichen und politischen Zusammenhänge und Spielregeln kennt und Verbindungen zum Parlament und seinen Organen einerseits und zur Regierung und Verwaltung andererseits hat.

Mit einer sinnvollen Koordination und Kooperation sollen Synergien ermöglicht, Leerläufe verhindert, das gegenseitige Vertrauen gefördert und die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen optimal ausgenutzt werden.

Die Vorbereitung und Durchführung der kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie die organisatorische Unterstützung des Landrates und des Regierungsrates in ihren zahlreichen Repräsentationspflichten sind weitere Kernaufgaben der Landeskanzlei.

KB

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'963'213	1'993'210	1'995'257	2'047	0%	
304	Zulagen	28'093	22'297	29'498	7'201	32%	
305	Arbeitgeberbeiträge	349'095	345'566	339'612	-5'954	-2%	
309	Übriger Personalaufwand	9'926	14'000	14'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	835'534	768'500	733'500	-35'000	-5%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	17'490	24'150	40'200	16'050	66%	
313	Dienstleistungen und Honorare	188'015	179'000	172'000	-7'000	-4%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	16'425	22'200	22'500	300	1%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	680	1'500	1'000	-500	-33%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-50'159	-50'000	-50'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-519'843	-610'000	-560'000	50'000	8%	
440	Zinsertrag	-9					
	Total Aufwand	3'408'469	3'370'423	3'347'567	-22'856	-1%	
	Total Ertrag	-570'011	-660'000	-610'000	50'000	8%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'838'458	2'710'423	2'737'567	27'144	1%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Zusammenarbeit Oberrhein	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	721'459	897'432	897'432	0	0%	
Leistungen für Gemeinden	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-82'400	-54'000	-54'000	0	0%	
Beiträge an KdK	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	152'042	155'000	155'000	0	0%	
Beiträge für NWRK Sekretariat	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-131'750	-131'750	-124'650	7'100	5%	
Total Transferaufwand			873'501	1'052'432	1'052'432	0	0%	
Total Transferertrag			-214'150	-185'750	-178'650	7'100	4%	
Transfers (Netto)			659'351	866'682	873'782	7'100	1%	

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beitrag an Infobest Palmrain 2007-2010	36	Transferaufwand	-7'964					
Beiträge an Interreg IV (2008-2013)	36	Transferaufwand	142'920	250'000	250'000	0	0%	
Beitrag an TEB 2011-2013	36	Transferaufwand	87'397	75'175	109'857	34'682	46%	
Beitrag an Infobest Palmrain 2011-2013	36	Transferaufwand	42'477	109'857	75'175	-34'682	-32%	
Beitrag Kooperationsfond ORK 2011-2014	36	Transferaufwand	16'458	22'400	22'400	0	0%	
Beitrag an Regio Basiliensis 2011-2014	36	Transferaufwand	343'000	343'000	343'000	0	0%	
Beitrag an Sekretär ORK 2011-2014	36	Transferaufwand	58'000	58'000	58'000	0	0%	
Beitrag an Sekretariat ORK 2011-2014	36	Transferaufwand	26'971	39'000	39'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			709'260	897'432	897'432	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			709'260	897'432	897'432	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	15.4	16.4	16.4	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2002.003 Erarbeitung einer Aussenpolitik

In Zusammenarbeit mit den Direktionen leitet und koordiniert die Landeskanzlei die Erarbeitung einer aussenpolitischen Strategie des Kantons.

2003 Staatsarchiv

Auftrag und Zielsetzungen

Das Staatsarchiv archiviert die Unterlagen des Kantons zum Zweck der Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns, der Rechtssicherheit, des Schutzes der Grundrechte, der rationellen Verwaltungsführung sowie der Forschung. Es gewährleistet eine dauerhafte zuverlässige und authentische Überlieferung für die Öffentlichkeit und den Staat (Gesetz über die Archivierung vom 11. Mai 2006).

Eine besondere Herausforderung bildet die zuverlässige und langfristige Archivierung von elektronischen Unterlagen. Das Staatsarchiv ist die Fachstelle für Fragen der elektronischen Archivierung und Aktenführung in der Kantonsverwaltung.

KB

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'054'786	1'070'075	1'048'939	-21'137	-2%	
304	Zulagen	14'723	12'733	10'413	-2'320	-18%	
305	Arbeitgeberbeiträge	181'426	193'128	186'873	-6'254	-3%	
309	Übriger Personalaufwand	422	10'000	10'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	82'386	57'000	57'000	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	38'305	35'000	35'000	0	0%	A,B
313	Dienstleistungen und Honorare	55'723	53'200	53'200	0	0%	A,B
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	3'210	7'500	7'500	0	0%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-50'939	-75'000	-60'000	15'000	20%	
	Total Aufwand	1'430'981	1'438'636	1'408'925	-29'711	-2%	
	Total Ertrag	-50'939	-75'000	-60'000	15'000	20%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'380'042	1'363'636	1'348'925	-14'711	-1%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beitrag Archiv ehem. Fürstbistum Basel	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	110'000	110'000	110'000	0	0%	
Beitrag GRK	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	7'000	7'000	7'000	0	0%	
Beitrag KOST	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	10'190	11'000	11'000	0	0%	
Total Transferaufwand			127'190	128'000	128'000	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			127'190	128'000	128'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	9.0	8.9	8.9	0.0	0.0%

Jahresprogramm

A 2003.001 Elektronische Aktenführung

Unterstützung der Dienststellen bei der Umstellung auf elektronische Aktenführung.

Der Austausch von elektronischen Unterlagen und deren Archivierung in elektronischer Form ist zuverlässig, rechtmässig und wird zum Normalfall.

B 2003.002 Digitale Archivierung

Einführung einer Policy für die digitale Archivierung im Kanton BL. Beschaffung und Installation der dafür notwendigen Infrastruktur.

Unterlagen, die digital entstehen (digital born) werden digital archiviert. Es gibt nur ein digitales Langzeitarchiv im Kanton.

2004 Finanzkontrolle

Auftrag und Zielsetzungen

Die Finanzkontrolle, das Fachorgan der Finanzaufsicht, stellt in Zusammenarbeit mit den parlamentarischen Obergangsbehörden eine wirksame Kontrolle über den staatlichen Finanzhaushalt sicher.

Sie erbringt für das Parlament und die Exekutive unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen, welche darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern.

Sie arbeitet fachlich selbständig und unabhängig. Mit den Regierungs- und Verwaltungsstellen sowie mit den parlamentarischen Kommissionen verkehrt sie direkt.

Mit ihrer Tätigkeit will sie das Vertrauen des Volkes und der Steuerzahler zum Staat fördern, indem sie sich einsetzt für eine gesetzes- und zweckkonforme sowie wirtschaftliche Verwendung staatlicher Mittel; ebenso sorgt sie für eine transparente und nachvollziehbare Rechnungslegung des öffentlichen Finanzhaushaltes.

KB

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'502'498	1'629'073	1'649'723	20'650	1%	
304	Zulagen	24'118	24'118	12'258	-11'860	-49%	
305	Arbeitgeberbeiträge	258'536	289'926	289'471	-455	0%	
309	Übriger Personalaufwand	7'911	20'000	20'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	8'315	12'000	11'000	-1'000	-8%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	19'622	15'000	15'600	600	4%	
313	Dienstleistungen und Honorare	5'195	69'700	71'200	1'500	2%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	9'495	13'200	13'200	0	0%	
426	Rückerstattungen	-23'000	-4'000	-101'000	-97'000	<-1000%	1
	Total Aufwand	1'835'690	2'073'017	2'082'452	9'435	0%	
	Total Ertrag	-23'000	-4'000	-101'000	-97'000	-2'425%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'812'690	2'069'017	1'981'452	-87'565	-4%	

- 1 Die Ertragszunahme resultiert im wesentlichen durch die Verrechnung unserer Dienstleistungen beim Kantonsspital Baselland und der Psychiatrie Baselland.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	4'610	5'000	5'000	0	0%	
Total Transferaufwand			4'610	5'000	5'000	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			4'610	5'000	5'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	9.8	10.8	10.8	0.0	0.0%

2005 Ombudsman

Auftrag und Zielsetzungen

Der Ombudsman wird vom Landrat gewählt. Als unabhängige Vertrauensperson und Vermittler steht er der Bevölkerung bei Problemen mit Behörden und Verwaltungen des Kantons und der Gemeinden sowie mit privaten Institutionen, die in Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben hoheitlich handeln, kostenlos zur Verfügung. Der Ombudsman erteilt Rat und hilft Streitfälle schlichten.

Der Ombudsman wirkt in erster Linie auf ein gütliches Einvernehmen hin. Er erfüllt diese Aufgabe, indem er über die Rechtmässigkeit, Korrektheit und Zweckmässigkeit der Verwaltung in Kanton und Gemeinden sowie der Justizverfahren wacht und dabei die Verwaltung und die Justiz zu bürgerfreundlichem Verhalten anregt und sie vor ungerechtfertigten Vorwürfen schützt.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	303'232	345'084	347'522	2'438	1%	
304	Zulagen	4'349	3'953	3'953	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	57'457	64'279	64'803	523	1%	
309	Übriger Personalaufwand	828	1'000	1'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	6'554	8'000	8'700	700	9%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen		6'000	6'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	286	1'000	800	-200	-20%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'971	3'800	3'300	-500	-13%	
	Total Aufwand	375'677	433'117	436'078	2'961	1%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	375'677	433'117	436'078	2'961	1%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	848	1'000	1'000	0	0%	
Total Transferaufwand			848	1'000	1'000	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			848	1'000	1'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	2.0	2.0	2.0	0.0	0.0%

Beitrag zu strategischen Zielen

Die Finanz- und Kirchendirektion unterstützt mit der Umsetzung des Entlastungspakets 12 / 15 das strategische Schwerpunktfeld "Effizientes und effektives staatliches Handeln" des Regierungsrates. Teil 1 des Entlastungspakets mit CHF 75 Mio. ist im Budget 2012 eingestellt und befindet sich in der Umsetzung. Weitere Massnahmen im Umfang von CHF 19 Mio. sind im Rahmen des Finanzplans 2013 - 2014 vorgesehen. Zu Teil 2 mit CHF 30 Mio. hat das Stimmvolk am 17. Juni 2012 abgestimmt. Zwei Entlastungsmassnahmen mit einem Volumen von CHF 4 Mio. können umgesetzt werden. Für das Entlastungsrahmengesetz wurde kein grünes Licht gegeben. Die damit verbundenen Verfassungs- und Gesetzesänderungen mit einer Entlastungswirkung von CHF 26 Mio. können somit nicht planmässig realisiert werden. Die Arbeiten zum Entlastungspaket 12 / 15 gehen mit dem dritten Teil im Jahr 2013 nahtlos weiter. Teil 3 mit CHF 56 Mio. bilden die direktionsübergreifenden Massnahmen. Diese Massnahmen müssen eine Gesamtwirkung von CHF 56 Mio. erzielen. Sie sind während der Arbeit am eigentlichen Entlastungspaket entstanden. Die Mitglieder des landrätlichen Think Tank haben einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, das zusätzliche Entlastungspotenzial zu erkennen. Diese Vorhaben wirken sich in erster Linie auf die Kernverwaltung aus. Es handelt sich im Wesentlichen um den Verzicht auf Aufgaben und Optimierungen innerhalb der Verwaltung, beispielsweise im Personal- und im Informatik-Bereich. Im Weiteren gehört eine Überprüfung der Staatsverträge mit Basel-Stadt zu dieser Massnahmenkategorie. Projektteams der Verwaltung haben diese Massnahmen in den letzten Monaten stark vorangetrieben. Sie befinden sich in unterschiedlichen Stadien der Umsetzung.

Das vom Statistischen Amt federführend betreute Projekt "Kantonales Personenregister arbo" hat die verwaltungsweite Koordination des Bereichs Personendaten (Gemeinden, Kanton, öffentlich-rechtliche Anstalten, Bund) und die Verbesserung des Service public für die Einwohnerinnen und Einwohner zum Ziel. Es fördert auch das effiziente und effektive staatliche Handeln.

Mit der pragmatischen Weiterentwicklung der zum Legislaturbeginn lancierten neuen Planung und Strategie des Regierungsrates werden wichtige Beiträge zum strategischen Schwerpunktfeld "Innovation und Wertschöpfung" geleistet. Der von der FKD geleitete Planungs- und Strategieausschuss wird die Umsetzung der vom Regierungsrat Anfang Februar 2012 formulierten neuen "Wirtschaftspolitischen Perspektiven für Baselland" im Jahr 2013 vorantreiben. Die Steuerverwaltung wird ihr Know-how und ihre Erfahrung bei der Entwicklung und der Realisierung des Ziels "Erhöhung des Steuerertrags der juristischen Personen" einbringen. Es geht dabei in erster Linie darum, das Steuersubstrat zu vergrössern und besser auszuschöpfen. Die steuerlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen sollen zudem fundiert überprüft werden, zum Beispiel im Hinblick auf die Schaffung von Investitionsanreizen in der Steuergesetzgebung mit den Schwerpunkten Wertschöpfung und Arbeitsplätze.

Gesamtübersicht Budget

Das Budget der Finanz- und Kirchendirektion ist stark beeinflusst durch die Konjunktorentwicklung, den Ressourcenausgleich, den Finanzausgleich zwischen Kanton und Gemeinden sowie durch die Bereiche Ergänzungsleistungen für AHV/IV und die Prämienverbilligung. Zudem prägt die geplante Veräusserung der UKBB-Bauten an das UKBB als Sondereffekt den diesjährigen Voranschlag der Finanz- und Kirchendirektion. Im Budget enthalten ist ein einmaliger Ertrag von CHF 60.5 Mio.

Die makroökonomischen Rahmenbedingungen präsentieren sich wieder besser als die verhaltenen Prognosen zum Jahresbeginn. Für das Jahr 2013 wird aber nach wie vor von einem begrenzten Aufschwungspotential ausgegangen. Sowohl für 2012 als auch für 2013 wird ein moderates Wachstum von 1.6% (BIP real CH) erwartet. Es wird insgesamt von einem Anstieg der Steuererträge von CHF 73 Mio. oder 5% ausgegangen. Darin enthalten sind ein Mehrertrag von CHF 6 Mio. infolge Aufhebung des Bausparens sowie Steuererträge aus Vorjahren im Umfang von CHF 20 Mio. Aufgrund von Erfahrungswerten der effektiven Entwicklung in den vergangenen Jahren für Abwicklungsgewinne bei den vier periodischen Steuerarten (Einkommens- und Vermögenssteuer natürliche Personen, Gewinn- und Kapitalsteuer juristische Personen) wird diese Position erstmals budgetiert.

Der Ressourcenindex 2013 des Kantons Basel-Landschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr von 101.4 auf 99.5 vermindert. Der Kanton ist nun wieder ein ressourcenschwacher Kanton nachdem er im Vorjahr noch zur Gruppe der ressourcenstarken Kantone gehört hat. Nach den letztjährigen Beitragszahlungen von CHF 6.4 Mio., welche der Kanton geleistet hat, bezieht der Kanton im 2013 einen Beitrag von CHF 1.2 Mio. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Entlastung von CHF 7.6 Mio.

Die Revision des Finanzausgleichsgesetzes (§15) sowie die Revision des EG ZGB in Sachen Kinder- und Erwachsenenschutz haben im Budget der Finanz- und Kirchendirektion eine Ertragsreduktion von CHF 12.2 Mio. zur Folge. Hiervon ist eine Reduktion von CHF 6.3 Mio. einmalig, da die Revision von § 15 (Kompensation Realschulbauten) rückwirkend auf 1.8.2011 in Kraft gesetzt wird.

Der Anstieg bei der Prämienverbilligung im Budget präsentiert sich mit ca. CHF 4 Mio. (netto) relativ moderat. Hingegen belastet mit der Übernahme der Verlustscheine bei der obligatorischen Krankenversicherung eine neue Position erstmals den Haushalt mit CHF 15.8 Mio. Bei den Ergänzungsleistungen ist eine Zunahme des Nettoaufwandes von CHF 6.5 Mio. zu verzeichnen.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	94'257'041	50'194'290	53'206'442	3'012'153	6%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	50'008'811	54'354'400	52'203'220	-2'151'180	-4%
34 Finanzaufwand	37'365'923	31'476'150	32'256'000	779'850	2%
35 Übertrag Fonds / StaatsRG	23'882'353	21'850'000	23'080'500	1'230'500	6%
36 Transferaufwand	359'332'333	375'358'690	399'652'718	24'294'028	6%
37 Durchlaufende Beiträge	27'831'462	23'357'375	26'643'300	3'285'925	14%
40 Fiskalertrag	-1'514'324'666	-1'504'160'000	-1'577'385'000	-73'225'000	-5%
41 Regalien und Konzessionen	-58'214'738	-23'527'000	-23'500'000	27'000	0%
42 Entgelte	-12'303'322	-13'996'270	-14'470'400	-474'130	-3%
43 Verschiedene Erträge	-1'119'766	-1'125'000	-969'400	155'600	14%
44 Finanzertrag	-67'253'175	-76'234'800	-72'978'800	3'256'000	4%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-15'796	-240'500	-61'060'000	-60'819'500	<-1000%
46 Transferertrag	-295'091'977	-303'674'075	-300'615'534	3'058'541	1%
47 Durchlaufende Beiträge	-27'831'462	-23'357'375	-26'643'300	-3'285'925	-14%
48 Ausserordentlicher Ertrag	-75'767'988	-127'000'000		127'000'000	100%
49 Interne Fakturen	-172'305	-91'553	-23'227	68'326	75%
Total Aufwand	592'677'922	556'590'905	587'042'180	30'451'276	5%
Total Ertrag	-2'052'095'194	-2'073'406'573	-2'077'645'661	-4'239'088	0%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-1'459'417'272	-1'516'815'668	-1'490'603'481	26'212'188	2%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	295.0	322.4	336.6	14.2	4.4%

Insgesamt nehmen die Sollstellen in der Finanz- und Kirchendirektion um 14.2 Stellen zu. Der Löwenanteil von 11.7 Stellen fällt auf den Stellentransfer von der Bau- und Umweltschutzdirektion sowie der Sicherheitsdirektion zu den Zentralen Informatikdiensten, welcher gemäss IT Strategie beschlossen wurde.

2 neue Stellen werden in der Steuerverwaltung budgetiert, für den Ausbau der Verlustscheinbewirtschaftung, was sich bei der Ertragsposition „Eingang abgeschriebene Steuern“ niederschlägt. In der Finanzverwaltung werden 0.3 Stellen im Budget 2013 eingesetzt, um die Einführung der Teilrevision des Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung EG KVG zu vollziehen.

Im Rahmen des EP 12/15 wird im Personalamt eine Kontrollstelle „Einreihung und Wiederbesetzung“ aufgebaut. Im Statistischen Amt dagegen, erfolgt eine Abnahme von 0.8 Stellen.

2100 Generalsekretariat FKD

Auftrag und Zielsetzungen

Das Generalsekretariat der Finanz- und Kirchendirektion nimmt als zentrale Stabsstelle der Querschnittsdirektion FKD neben den klassischen internen Aufgaben auch eine grosse Zahl vielfältiger direktionsübergreifender Aufgaben wahr. Es dient somit in der Beratung, Unterstützung und Koordination nicht nur den Organen der Finanz- und Kirchendirektion, sondern auch zahlreichen Organen der gesamten Verwaltung im Interesse der effizienten und effektiven Aufgabenerfüllung.

Besondere Schwerpunkte bilden Information und Kommunikation nach innen und aussen und in übergeordneten Gremien, das Personalwesen der Finanz- und Kirchendirektion, Vorbereitungsarbeiten auf dem Gebiet der Gesetzgebung, Beschwerdefunktionen im Verwaltungsverfahren, die Planung und Koordination der kantonalen Informatik und die Einführung und der Betrieb von IT-Querschnittsanwendungen (z.B. Rechenzentrum, Datennetzwerk, Telefonie) sowie der entsprechende Support; daneben betreibt das Generalsekretariat die IT-Anwendungen der Direktion und erarbeitet die Planungsgrundlagen zur Unterstützung der Informatikprozesse in diesen Bereichen. Zudem bereitet das Generalsekretariat auch die Steuererlassentscheide der Direktion vor und dient als Fachzentrum in allgemeinen Gemeindefragen, insbesondere in rechtlicher Hinsicht. Weiter ist es zuständig für Fragen, die kirchlichen Angelegenheiten und die Medienpolitik des Kantons betreffen.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	54'950	10'000	50'000	40'000	400%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	7'351'975	8'341'066	8'928'754	587'688	7%	1,A
304	Zulagen	95'431	81'950	90'113	8'163	10%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'346'794	1'445'611	1'480'434	34'822	2%	
309	Übriger Personalaufwand	226'660	302'300	353'710	51'410	17%	2
310	Material- und Warenaufwand	206'986	317'500	347'000	29'500	9%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	4'660'393	4'507'350	5'744'900	1'237'550	27%	3
313	Dienstleistungen und Honorare	13'338'412	13'700'800	11'264'300	-2'436'500	-18%	3,4, B
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	1'524'507	1'625'000	1'750'700	125'700	8%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	1'620	1'700	1'700	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	72'465	89'000	76'900	-12'100	-14%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	-49'965	-5'000		5'000	100%	
341	Realisierte Kursverluste	17'302					
410	Regalien	-76'252	-87'000	-80'000	7'000	8%	
412	Konzessionen	-215'284	-240'000	-220'000	20'000	8%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-1'050	-750	-800	-50	-7%	
425	Erlös aus Verkäufen	-622'627	-734'320	-705'700	28'620	4%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-847'782	-960'000		960'000	100%	5
491	Int Fakturen Dienstleistungen	-109'705	-16'153		16'153	100%	
	Total Aufwand	28'847'531	30'417'278	30'088'511	-328'767	-1%	
	Total Ertrag	-1'872'701	-2'038'223	-1'006'500	1'031'723	51%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	26'974'830	28'379'055	29'082'011	702'956	2%	

- 1 Siehe Kommentar beim Personal: Stellentransfer +11.7 Stellen (Zentrale Informatikdienste) und -4.3 Stellen (Finanzverwaltung)
- 2 Siehe Kommentar beim Personal: wegen insgesamt mehr Mitarbeitenden steigen auch die Ausbildungskosten.
- 3 In der kantonalen Verwaltung werden die veralteten Client-Lizenzen (Windows, Office Lizenzen etc.) durch neuere Versionen ersetzt, was im Bereich der Lizenzen (Konto 311) Mehraufwendungen von CHF 1.5 Mio. sowie bei den Dienstleistungen und Honorare (Konto 313) von CHF 0.8 Mio. generiert. Für das Projekt ERP-Etappe 3 werden CHF 0.3 Mio. für Lizenzen (Konto 311) sowie rund CHF 1 Mio. für Dienstleistungen und Honorare (Konto 313) gebunden bzw. fallen in der Erfolgsrechnung weg, da sie neu als Verpflichtungskredit aufgeführt werden (siehe dazu Bereich „Verpflichtungskredite“).
- 4 Durch den Wechsel der Abt. Finanz- und Volkswirtschaft zur Finanzverwaltung reduziert sich das Budget um CHF 3.6 Mio (davon für Prämienverbilligung CHF 2 Mio. sowie für Versicherungen rund CHF 1.2 Mio.). Im Rahmen des Entlastungspakets 12/15 kommt die Massnahme Ü6 Optimierung im IT-Bereich zu tragen, was ein Anstieg um CHF 1.6 Mio. mit sich bringt. Gleichzeitig wurden mit der Entlastungspaketmassnahme Ü5 sowie weiteren Einsparungen im IT Bereich das Budget um CHF 0.24 Mio reduziert.

5 Die Versicherungserträge fallen neu in der Finanzverwaltung an (infolge des Wechsels der Abteilung Finanz- & Volkswirtschaft).

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	57'372	69'740	70'668	928	1%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen		-5'000		5'000	100%	
Beiträge an Landeskirchen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	10'547'657	10'479'600	10'218'000	-261'600	-3%	1
Prämienverbilligung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	125'388'802	118'700'000		-118'700'000	-100%	2
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-73'855'991	-77'600'000		77'600'000	100%	2
Total Transferaufwand			135'993'830	129'249'340	10'288'668	118'960'672	-92%	
Total Transferertrag			-73'855'991	-77'605'000		77'605'000	100%	
Transfers (Netto)			62'137'839	51'644'340	10'288'668	-41'355'672	-80%	

- 1 Beiträge berechnen sich anhand Mitgliederzahlen der Kirchen und der Teuerung. Für beide Faktoren werden abnehmende Zahlen prognostiziert.
- 2 Fällt neu in der Finanzverwaltung an (Wechsel der Abteilung Finanz- und Volkswirtschaft zur Finanzverwaltung).

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Erneuerung Telefonie der Kant. Verwaltung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	617'492	500'000	480'000	-20'000	-4%	C
ERP	30	Personalaufwand	-14					
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	9'893					
		Total	9'879					
ERP-Etape 2	30	Personalaufwand	47'299					
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	2'515'988	3'000'000	1'000'000	-2'000'000	-67%	B
		Total	2'563'287	3'000'000	1'000'000	-2'000'000	-67%	
2tes Rechenzentrum der Kant. Verwaltung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		400'000	400'000	0	0%	D
ERP-Etape 3	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			1'300'000	1'300'000		X 1,E
Total Verpflichtungskredite Aufwand			3'190'658	3'900'000	3'180'000	-720'000	-18%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			3'190'658	3'900'000	3'180'000	-720'000	-18%	

- 1 Die Landratsvorlage für das Projekt ERP-Etape 3 ist in Arbeit und wird dem Landrat im Herbst/Winter 2012 unterbreitet.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	56.0	63.4	70.8	7.4	11.7%

Gemäss IT-Strategie werden von der Bau- und Umweltschutzdirektion 4.2 Stellen und von der Sicherheitsdirektion 7.5 Stellen zu den Zentralen Informatikdiensten transferiert.

Durch den Wechsel der Abteilung Finanz- und Volkswirtschaft vom Generalsekretariat FKD zur Finanzverwaltung nimmt der Sollstellenbestand um -4.3 Stellen ab.

Jahresprogramm

D 2100.009 Zweites Rechenzentrum für die kantonale Verwaltung

Ein zweites Rechenzentrum ist für die kantonale Verwaltung unerlässlich. Zum einen werden für die Umsetzung der IT-Strategie benötigte Kapazitäten geschaffen, zum anderen dient der zweite Standort als Sicherheit im Falle von Informatik-Vorfällen und Katastrophen. Der Betrieb an einem einzigen Standort ist aus naheliegenden Gründen sicherheitstechnisch hoch riskant. Die Umsetzung des Projektes gemäss der Landratsvorlage Nr. 2011 / 268 wird 2013 abgeschlossen sein.

B 2100.010 Projekt Enterprise Resource Planning (ERP) Etappe 2

Die Etappe 2 des ERP-Projektes für die Bereiche Finanzwesen, Personalwesen und Logistik wurde vom Landrat am 24. Juni 2010 (LRV Nr. 2010 / 140) bewilligt. Dieses Vorhaben mit diversen organisatorischen Optimierungen und Verbesserungen in den Verarbeitungsprozessen sowie bei der finanziellen Steuerung des Kantons Basel-Landschaft wird 2013 abgeschlossen sein. Das Projekt wird in enger Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung und dem Personalamt realisiert.

C 2100.011 Erneuerung der Telefonie

Gemäss der Landratsvorlage Nr. 2007 / 003 werden die dezentralen Telefonzentralen durch ein modernes zentrales IP-Telefoniesystem ersetzt. Das gesamte Projekt läuft bis 2014.

A 2100.012 Umsetzung der Optimierung im IT-Bereich (Entlastungsmassnahme Ü6)

Auf der Basis der Landratsvorlage Nr. 2011 / 312 betreffend «IT-Governance: Für ein gemeinsames IT-Service-Management» vom 8. November 2011 wird das neue Programm IT-Strategie-Umsetzung (STRATUM2) realisiert, welches das Ziel hat, wesentliche Teilbereiche der IT-Strategie für den Kanton Basel-Landschaft einzuführen. Die Umsetzung erfolgt mit folgenden sechs Projektaufträgen: 1. Programmleitung, Awareness, Kommunikation und Qualitätscontrolling; 2. IT-Governance mit Taskforces "Unterstellungswechsel"; 3. Zusammenführung Service Desk; 4. Applikations- und Serverüberführung; 5. Service-Katalog; 6. Client-Zusammenführung. Das Programm dauert bis Ende 2013.

E 2100.013 Projekt Enterprise Resource Planning (ERP) Etappe 3

Mit der dritten Ausbauetappe des Projektes ERP werden die notwendigen Weiterentwicklungsschritte der betriebswirtschaftlichen Systeme zusammengefasst. Dies umfasst im Wesentlichen die Ablösung der bestehenden Zeiterfassungssysteme, die Einführung einer einheitlichen Liegenschaftslösung, der Ausbau des Veranstaltungsmanagements mit den LOGS-Partnern, die Umsetzung des Projektportfoliomanagements, die Einführung des Personaldossiers und die in der zweiten Etappe erkannten Verbesserungsmassnahmen in Zusammenhang mit der Erschliessung der Effizienzsteigerungspotentiale.

2101 Fachstelle für Gleichstellung

Auftrag und Zielsetzungen

Als kantonales Kompetenzzentrum für Gleichstellung und Chancengleichheit von Frauen und Männern (FfG) ist die Fachstelle für alle da. Frauen und Männer, Regierungsrat und Verwaltung, Unternehmen und Organisationen können auf die fachliche Unterstützung bei der Realisierung des Verfassungs- und Gesetzauftrags zur tatsächlichen Gleichstellung in Familie, Ausbildung und Arbeit zählen (§ 19 SGS 108).

Die FfG stellt den Behörden Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung und prüft die kantonalen Erlasse und Massnahmen auf ihre Übereinstimmung mit der Gleichstellungsgesetzgebung und die Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger. Sie entwickelt Programme und Massnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern. Ihre Öffentlichkeitsarbeit sensibilisiert für Fragen der direkten und indirekten Diskriminierung, informiert über den Stand der Gleichstellung sowie Massnahmen und Instrumente zur Lösung von Defiziten und den Abbau von Geschlechterstereotypen. Dazu unterhält die FfG eine öffentlich zugängliche Dokumentationsstelle.

Die FfG entwickelt zusammen mit dem Personalamt Massnahmen zur Förderung der Gleichstellung und Vermeidung von Diskriminierungen von Frauen und Männern in allen Bereichen und auf allen Stufen der Verwaltung.

Sie arbeitet mit der Kommission für Gleichstellung sowie kommunalen, kantonalen und eidgenössischen Einrichtungen und Organisationen zusammen.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	24'509	23'000	23'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	318'893	372'420	367'199	-5'221	-1%	A
304	Zulagen	3'097	3'031	3'031	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	53'742	67'788	65'147	-2'642	-4%	
309	Übriger Personalaufwand	502					
310	Material- und Warenaufwand	44'065	38'000	41'000	3'000	8%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen		100	100	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	58'834	41'000	61'500	20'500	50%	1
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	19'180	9'000	11'800	2'800	31%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	9'849	10'000	10'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	7					
425	Erlös aus Verkäufen	-1'970	-200		200	100%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-31'874		-4'400	-4'400	X	
	Total Aufwand	532'677	564'339	582'777	18'438	3%	
	Total Ertrag	-33'845	-200	-4'400	-4'200	-2'100%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	498'832	564'139	578'377	14'238	3%	

- 1 Bei Einhaltung der Sparvorgaben des Entlastungsprogramms für die laufenden Aufgaben fällt gemäss RRB Nr. 2012/0886 vom 29.5.2012 zusätzlich ein einmaliger Teilbetrag von 20'500.- für die Aufstockung des Mikrozensus Familien und Generationen durch das BfS an.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Chancengleichheitspreis	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-20'500		-15'000	-15'000	X	1
Beitrag an CH-Gleichstellungskonferenz	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'288	3'000	3'000	0	0%	
Total Transferaufwand			2'288	3'000	3'000	0	0%	
Total Transferertrag			-20'500		-15'000	-15'000	X	
Transfers (Netto)			-18'212	3'000	-12'000	-15'000	-500%	

- 1 Der Beitrag von Basel-Stadt an die Preissumme von CHF 15'000 fällt bei wechselseitiger Federführung jedes zweite Jahr an.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	2.5	2.5	2.5	0.0	0.0%

Jahresprogramm

A 2101.001 Zukunftsstrategie Gleichstellung 2012-2015

Die sozialen, demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen verlangen nach einer aktiven und gezielten Gleichstellungspolitik. Die Zukunftsstrategie Gleichstellung BL 2015 unterstützt diese in verschiedenen Teilprojekten.

Teilprojekt 1: Laufende Optimierung: Fachberatung sowie Entwicklung von Instrumenten zur directionspezifischen Definition und Umsetzung des Legislaturziels R-SH-4, die Ausrichtung des staatlichen Handelns nach den Grundsätzen der Chancengleichheit und des Gleichstellungs-Controllings und dessen Monitoring.

Teilprojekt 2: Im Fokus: Grundlagen und fachspezifische Beiträge zur Definition und Umsetzung des Subziels FKD-SH-4 in den drei Schwerpunktbereichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Innovations- und Personalstrategien in Zusammenarbeit mit den beteiligten Dienststellen.

Teilprojekt 3: Tagung zu gleichstellungsorientierter Regionalentwicklung.

2102 Finanzverwaltung

Auftrag und Zielsetzungen

Die Finanzverwaltung nimmt im Bereich des Staatshaushalts übergeordnete Koordinations- und Steuerungsaufgaben für den Regierungsrat wahr. Der Finanzverwalter und sein Team beraten den Regierungsrat, den Finanzdirektor und die Direktionen in finanz-, volks- und betriebswirtschaftlichen Fragen. Die Finanzverwaltung gliedert sich in die Bereiche Finanz- und Volkswirtschaft, Controlling und Rechnungswesen. Zu ihren Kernkompetenzen gehören die Steuerung der Planungsprozesse (Regierungsprogramm, Jahresplanung, Finanzplanung) und des Berichtswesens, das Finanzrecht, die Risikopolitik, das IKS sowie die Weiterentwicklung der Führungsinstrumente und -prozesse. Im Rahmen der Steuerung der Finanzstruktur (Vermögen und Verpflichtungen) wird die Zahlungsbereitschaft des Kantons sichergestellt. Die Finanzverwaltung ist zudem Koordinationsstelle für die Partnerschaftsverhandlungen BS-BL, für Versicherungen, Prämienverbilligungen sowie Beteiligungen des Kantons.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	750		800	800	X	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'716'731	1'817'268	2'808'854	991'586	55%	1
304	Zulagen	19'512	13'244	17'198	3'954	30%	
305	Arbeitgeberbeiträge	264'432	311'470	473'239	161'769	52%	1
309	Übriger Personalaufwand	17'209	16'500	25'000	8'500	52%	
310	Material- und Warenaufwand	10'625	11'000	11'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	5'402'068	265'000	1'417'820	1'152'820	435%	2
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	13'856	13'000	12'000	-1'000	-8%	
340	Zinsaufwand	29'614'409	29'340'000	28'720'000	-620'000	-2%	3
341	Realisierte Kursverluste	48'052					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	4'449'397	30'150	1'180'000	1'149'850	>1000%	4
344	Wertberichtigungen Anlagen FV	445'150					
349	Verschiedener Finanzaufwand	217					
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	1'742'609	1'670'000	1'200'000	-470'000	-28%	5
351	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	268'496	480'000	56'500	-423'500	-88%	6
411	Schweizerische Nationalbank	-57'923'202	-23'200'000	-23'200'000	0	0%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge			-740'000	-740'000	X	7
439	Übriger Ertrag	-172'642	-100'000	-160'000	-60'000	-60%	8
440	Zinsertrag	-10'023'299	-12'645'000	-9'470'000	3'175'000	25%	9
442	Beteiligungsertrag FV	-4'368	-3'000	-4'000	-1'000	-33%	
444	Wertberichtigungen Anlagen FV	-80'030					
445	Finanzertrag aus Darl/Beteil des VV	-1'500'678	-1'595'000	-1'310'000	285'000	18%	10
446	Finanzertrag von öff Unternehmungen	-43'623'085	-50'620'000	-50'620'000	0	0%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-15'296	-240'000	-560'000	-320'000	-133%	11
451	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	-500	-500	-60'500'000	-60'499'500	<-1000%	12
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital	-60'000'000	-127'000'000		127'000'000	100%	13
491	Int Fakturen Dienstleistungen			-23'227	-23'227	X	
	Total Aufwand	44'013'514	33'967'632	35'922'411	1'954'779	6%	
	Total Ertrag	-173'343'099	-215'403'500	-146'587'227	68'816'273	32%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-129'329'586	-181'435'868	-110'664'816	70'771'052	39%	

1 Im Rahmen des Wechsels der Dienststellenleitung wurde die Abteilung Finanz- und Volkswirtschaft vom Generalsekretariat in die Finanzverwaltung transferiert.

2 Im Rahmen des Wechsels der Dienststellenleitung wurde die Abteilung Finanz- und Volkswirtschaft vom Generalsekretariat in die Finanzverwaltung transferiert. Somit wurden rund CHF 0.9 Mio. für Versicherungen und CHF 0.2 Mio. für Dienstleistungen der Abteilung in die Finanzverwaltung überführt.

3 Ablösung langfristiger Geldaufnahmen mit tieferer Verzinsung.

4 Refinanzierungskosten für eine im 2013 fällige langfristige Verbindlichkeit.

5 Tiefere Verzinsung der kantonalen Fonds auf Basis erwarteter Guthaben.

6 Verzinsung der kantonalen Fonds auf Basis erwarteter Guthaben seitens Fonds.

- 7 Im Rahmen des Wechsels der Dienststellenleitung wurde die Abteilung Finanz- und Volkswirtschaft vom Generalsekretariat in die Finanzverwaltung (FIV) transferiert. Somit werden die Versicherungen neu bei der FIV eingestellt. Die Courtagen nehmen aufgrund der Ausgliederung der Spitäler gegenüber dem Budget 2012 um TCHF 220 ab.
- 8 Bei den verwaisten Erbschaften wird der Mittelwert der letzten 5 Jahre als Grundlage für das Budget angenommen.
- 9 Weniger Zinsen auf Kontokorrentguthaben sowie Ablauf fälliger Anlagen in Vermögensverwaltungsmandaten.
- 10 Erwartung tieferer Ausschüttungen von Beteiligungen des Verwaltungsvermögens.
- 11 Verzinsung der kantonalen Fonds auf Basis erwarteter Verpflichtungen seitens Fonds.
- 12 Einmaliger Ertrag durch Veräusserung der UKBB-Bauten an das UKBB.
- 13 Im 2013 wird keine Einlage aus der Konjunkturausgleichsreserve entnommen. Sämtliche Mittel der Vorfinanzierung werden mit Rechnung 2012 voraussichtlich ausgeschöpft sein.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ressourcenausgleich an andere Kantone	362	Finanz- und Lastenausgleich		6'400'000		-6'400'000	-100%	1
	462	Finanz- und Lastenausgleich	-3'126'998		-1'225'000	-1'225'000	X	1
Härteausgleich an andere Kantone	362	Finanz- und Lastenausgleich	4'343'146	4'343'000	4'264'000	-79'000	-2%	
Direkte Bundessteuer	460	Ertragsanteile von Dritten	-96'008'246	-94'000'000	-97'000'000	-3'000'000	-3%	2
Verrechnungssteuer	460	Ertragsanteile von Dritten	-16'792'294	-12'915'000	-16'076'000	-3'161'000	-24%	3
Anteil an EU-Zinsbesteuerung	460	Ertragsanteile von Dritten	-378'471	-445'000	-623'000	-178'000	-40%	
Anteil an Bundessteuern, LSVA	460	Ertragsanteile von Dritten	-12'655'042	-12'867'000	-12'662'000	205'000	2%	3
Beitrag Familienzulagen Landwirte	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	707'276	720'000	720'000	0	0%	
Ergänzungs- l. zu AHV/IV Renten	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	174'709'399	187'600'000	196'900'000	9'300'000	5%	4
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-78'207'935	-85'800'000	-87'600'000	-1'800'000	-2%	5
CO2 Abgabe	469	Verschiedener Transferertrag	-333'339	-200'000	-300'000	-100'000	-50%	6
Kompensation Rückerstatt Realschulbauten	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-5'586'250					
Verwaltungsaufwand SVA für EL	361	Entschädigungen an Gemeinwesen		4'450'000	4'739'000	289'000	6%	
Prämienverbilligung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			121'500'000	121'500'000	X	7
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten			-76'493'570	-76'493'570	X	7
Verlustscheine obl. Krankenversicherung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			15'800'000	15'800'000	X	8
Verw.Aufwand SVA für Prämienverbilligung	361	Entschädigungen an Gemeinwesen			1'970'000	1'970'000	X	9
Total Transferaufwand			179'759'821	203'513'000	345'893'000	142'380'000	70%	
Total Transferertrag			-213'088'576	-206'227'000	-291'979'570	-85'752'570	-42%	
Transfers (Netto)			-33'328'755	-2'714'000	53'913'430	56'627'430	2'086%	

- 1 Der Ressourcenindex 2013 des Kantons Basel-Landschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr von 101.4 auf 99.5 vermindert. Der Kanton ist nun wieder ein ressourcenschwacher Kanton nachdem er im Vorjahr noch zur Gruppe der ressourcenstarken Kantone gehört hat.
- 2 Es wird mit einer moderaten Zunahme gerechnet.
- 3 Gemäss Prognose Bund.
- 4 Prognose der kantonalen Sozialversicherungsanstalt (SVA).
- 5 Diese Position umfasst die Beiträge des Bundes (CHF 42.7 Mio.) und von den Gemeinden (CHF 44.9 Mio.). Der Gemeindebeitrag beträgt 32% und bemisst sich auf dem Aufwand des Vorjahres (Erwartungswert 2012)
- 6 Anpassung des Budgetwertes an den Rechnungswert 2011.
- 7 Im Rahmen des Wechsels der Dienststellenleitung wurde die Abteilung Finanz- und Volkswirtschaft vom Generalsekretariat in die Finanzverwaltung transferiert. Somit wird auch der Bereich der Prämienverbilligung neu bei der Finanzverwaltung budgetiert. Die Prämienverbilligung nimmt insgesamt um CHF 2.8 Mio zu (nach Wegfall des Wegkauf Leistungsaufschub von CHF -1 Mio.). Die Bundesbeiträge nehmen gegenüber 2012 um CHF 1.1 Mio. ab.
- 8 Ab 2012 werden die Kantone verpflichtet, 85 Prozent aller unbezahlten Prämien und Kostenbeteiligungen der säumigen Versicherten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung zu bezahlen, für die nach einer erfolglosen Betreuung ein Verlustschein ausgestellt wird.
- 9 Im Rahmen des Wechsels der Dienststellenleitung wurde die Abteilung Finanz- und Volkswirtschaft vom Generalsekretariat in die Finanzverwaltung transferiert. Somit wird auch der Bereich der Prämienverbilligung neu bei der Finanzverwaltung budgetiert. Neu wird der Verwaltungsaufwand der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt (SVA) für die Prämienverbilligung (analog Ergänzungsleistungen) nicht mehr bei den Dienstleistungen verbucht, sondern als Entschädigung an öffentliche Sozialversicherungen im Transferbereich.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Umsetzung Entlastungspaket 12/15	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		2'500'000	2'500'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand				2'500'000	2'500'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)				2'500'000	2'500'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	13.0	13.8	18.4	4.6	33.3%

Im Rahmen des Wechsels der Dienststellenleitung wurde die Abteilung Finanz- und Volkswirtschaft vom Generalsekretariat in die Finanzverwaltung transferiert, was eine Zunahme von 4.3 Sollstellen mit sich bringt. Zusätzlich wird durch die Teilrevision des Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung EG KVG der Sollstellenplan mit LRV 2011-148 um 0.3 Sollstellen erhöht.

Jahresprogramm

2102.002 Weiterentwicklung des Verwaltungscontrollings

Die Weiterentwicklung des Verwaltungscontrollings leistet einen massgeblichen Beitrag zur Erhöhung der Transparenz in allen Bereichen der kantonalen Verwaltungen in Bezug auf Leistungen, Wirkungen, Kosten und Risiken. Die nächsten Schritte umfassen die Weiterentwicklung der unterjährige Berichterstattung an den Regierungsrat (Management Informationssysteme MIS) sowie eine stufengerechte Standardisierung der Controllingprozesse.

2102.003 Weiterentwicklung des Internen Kontrollsystems (IKS)

Auf Basis des verabschiedeten Leitfadens wird das Interne Kontrollsystem verwaltungsweit koordiniert weiterentwickelt.

2102.004 Umsetzung Entlastungspaket 12/15

Das Entlastungspaket 12/15 muss in den Jahren 2012 bis 2014 umgesetzt werden, damit die gesetzten Entlastungsziele zur Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichts erreicht werden können. Die

Projektorganisation zur Umsetzung der Direktionsmassnahmen im Entlastungspaket wurde um eine Organisation zur Umsetzung der direktionsübergreifenden Massnahmen erweitert. Es wurden Projektaufträge erteilt, die jetzt umgesetzt werden. Ein regelmässiges Projektcontrolling und -reporting unterstützt die Umsetzung.

2102.005 Weiterentwicklung der Strategie und Planung

Der vom Finanzverwalter und einem akademischen Mitarbeiter des Generalsekretariats geleitete Planungs- und Strategieausschuss wird im Planungsjahr 2013 folgende Projekte bearbeiten: Weitere Optimierung der Verzahnung des Regierungsprogramms 2012 bis 2015 mit der Jahresplanung und dem Jahresbericht sowie der Verzahnung der Jahresplanung mit dem Entlastungspaket 12/15. Weiterentwicklung der Priorisierung der neuen Vorhaben sowie die Optimierung des strategischen Regierungsinformationssystems betreffend Chancen und Risiken.

2102.006 Etablierung Risikopolitik

Auf der Basis des Resultats einer verwaltungsweiten Risikoanalyse wurde ein Risikobericht 2011 erstellt. Dem Regierungsrat wird im ersten Quartal 2013 der Entwurf einer Risikopolitik zum Beschluss unterbreitet. Anschliessend wird ein mit dem IKS und der Risikoanalyse der Beteiligungen koordiniertes und verwaltungsweit einheitliches Risikomanagement etabliert.

2102.007 Interkantonale Zusammenarbeit (Partnerschaftsverhandlungen)

Erhöhung der Effizienz und Effektivität der Verträge, indem diese konsequent an den Standards BS/BL ausgerichtet werden. Zudem sollen die Verträge mit Basel-Stadt gemäss Entlastungspaket 12/15 (Massnahme ü3) geprüft werden.

2103 Kantonales Sozialamt

Auftrag und Zielsetzungen

Das kantonale Sozialamt vollzieht die Kantonsaufgaben gemäss Sozialhilfegesetz (SHG) und verkehrt mit den Sozialhilfebehörden der Gemeinden und von anderen Kantonen. Es prüft die Meldungen hinsichtlich des ordnungsgemässen und angemessenen Vollzuges der Sozialhilfegesetzgebung und sorgt für die Fortbildung der Personen, die in den Gemeinden mit dem Vollzug des Sozialhilfegesetzes betraut sind. Ebenso vollzieht es die Bestimmungen über die Rückerstattung von Unterstützungen auf der Basis der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie die Bestimmungen über die Verwandtenunterstützung. Ausserdem bevorschusst das kantonale Sozialamt die gerichtlich oder vormundschaftlich genehmigten Unterhaltsbeiträge für Kinder und hilft geschiedenen oder getrennten Ehegatten bei der Vollstreckung der gerichtlich verfügten Unterhaltsansprüche. Für die Überprüfung der Sozialpolitik des Kantons erhebt das Amt statistische Daten aus dem Bereich der Sozialhilfe und erstellt jährlich eine umfassende Sozialhilfestatistik. Weitere Aufgaben stellen die Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen und die Heimaufsicht im Bereich der Obdachlosigkeit dar. Das kantonale Sozialamt koordiniert zudem die Zuweisung, Unterbringung und finanzielle Unterstützung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern im Kanton.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	1'642	5'000	2'500	-2'500	-50%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'233'073	2'113'361	2'143'073	29'712	1%	
304	Zulagen	20'085	20'085	27'678	7'593	38%	
305	Arbeitgeberbeiträge	465'515	371'755	372'651	896	0%	
309	Übriger Personalaufwand	6'188	2'500	2'500	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	32'198	44'000	36'500	-7'500	-17%	
313	Dienstleistungen und Honorare	329'823	278'000	308'000	30'000	11%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	17'254	16'000	14'500	-1'500	-9%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	2'258'169	2'950'000	2'800'000	-150'000	-5%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	5'962	6'000	6'000	0	0%	
370	Durchlaufende Beiträge	27'831'462	23'357'375	26'643'300	3'285'925	14%	1
421	Gebühren für Amtshandlungen	-241'183	-189'000	-240'000	-51'000	-27%	2
425	Erlös aus Verkäufen		-4'000		4'000	100%	
440	Zinsertrag	-15'986	-11'800	-14'800	-3'000	-25%	
470	Durchlaufende Beiträge	-27'831'462	-23'357'375	-26'643'300	-3'285'925	-14%	1
	Total Aufwand	33'201'369	29'164'076	32'356'703	3'192'626	11%	
	Total Ertrag	-28'088'630	-23'562'175	-26'898'100	-3'335'925	-14%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	5'112'739	5'601'901	5'458'603	-143'299	-3%	

- 1 B-Flüchtlinge: Annahme von 12% Zunahme an Flüchtlingen. Asyl: Massive Zunahme der Asylbewerber.
Vergütungen durch Bund höher, Vergütungen an Gemeinden dito. Gesamthaft ist dieser Bereich für den Kanton kostenneutral.
- 2 Der Budgetwert lehnt sich an der in der Rechnung 2011 verbuchten Gebühren für Amtshandlungen an.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Integration vorläufig aufgenommenen Personen	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	594'232	725'600	703'000	-22'600	-3%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-396'809	-1'125'600	-703'000	422'600	38%	1
Nothilfe	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	2'180'361	2'379'250	3'185'900	806'650	34%	2
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-2'189'762	-1'974'900	-2'997'464	-1'022'564	-52%	2
Zuständigkeit Unterstützung Bedürftiger	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	2'774'757	2'950'000	2'940'000	-10'000	0%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-897'611	-750'000	-840'000	-90'000	-12%	3
Sozialhilfe - Eingliederungsmassnahmen	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	2'951'567	1'400'000	1'500'000	100'000	7%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-1'548'790					
Verbandsbeitrag & SODK	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	68'221	70'000	74'000	4'000	6%	
Notfälle	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	128'264	125'000	125'000	0	0%	
Pflegekinder	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	145'233	400'000	300'000	-100'000	-25%	4
Über-/Unterdeckung B-Flüchtlinge	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-200'000					
Über-/Unterdeckung Asyl	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-616'158	-429'575	-630'500	-200'925	-47%	5
Stiftung Anlaufstelle Baselland, Liestal	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	70'000	70'000	70'000	0	0%	
Total Transferaufwand			8'912'636	8'119'850	8'897'900	778'050	10%	
Total Transferertrag			-5'849'130	-4'280'075	-5'170'964	-890'889	-21%	
Transfers (Netto)			3'063'505	3'839'775	3'726'936	-112'839	-3%	

- 1 Durch Bundesgelder ausgeglichen finanziert.
- 2 Dieses Konto betrifft den Bereich der Nothilfe im Rahmen der Asylgesetzgebung. Unter Berücksichtigung des budgetierten Eingangs vom Bund (Kontogruppe 463) resultiert voraussichtlich im Jahre 2013 ein Fehlbetrag unter dieser Position. Gesamthaft unter allen Titeln ist die Asylgesetzgebung kostenneutral für den Kanton.
- 3 Der Budgetwert für die Vergütungen im Rahmen des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG / SR 851.1) stützt sich auf die Erträge der Rechnung 2011 ab.
- 4 Vergütungen für Pflegekinder für welche der Kanton nach Sozialhilfegesetz vergütungspflichtig ist. Es wird von einem leichten Rückgang der Fallzahlen ausgegangen.
- 5 Vergütungen Bund für Asylwesen Anteil Kanton für die gesamte Infrastruktur. Weiterleitung an Gemeinden. Leichter Fehlbetrag unter dieser Position. Gesamthaft ist das Asylgesetz kostenneutral für den Kanton.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	20.0	20.2	20.2	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2103.001 Strategische Zielsetzungen Sozialwesen

Die Änderung des Sozialhilfegesetzes im Bereich der Eingliederungsmassnahmen wird nach dem Beschluss des Landrates per 1. Januar 2014 in Kraft treten. Im Jahr 2013 sind für das Zielpublikum Sozialhilfebehörden und Sozialdienste verschiedene Einführungsveranstaltungen und Schulungen in diesem Bereich geplant.

Aufgrund des Beginns einer neuen Legislatur der Sozialhilfebehörden im Jahre 2013 bilden die Einführungsveranstaltungen und die 3 Fortbildungs-Module einen Schwerpunkt im Bereich der Sozialhilfe. Neben den bisherigen drei Fortbildungsmodulen (Subsidiaritäten, Rechtliches Basiswissen sowie Übungsbeispiele aus der Praxis) werden zudem zwei neue Module eingeführt, eines im Bereich Bevorschussung und Inkasso von Unterhaltsbeiträge, ein zweites im Bereich Abrechnungen und Administration zwischen Gemeinden und Kanton.

Im Jahre 2010 wurden die Limiten der Verwandtenunterstützungspflicht massiv erhöht. Aufgrund der seither gemachten Erfahrungen soll die Verwandtenunterstützungspflicht im Kanton BL unter Berücksichtigung des Aufwandes auf ihre Wirkungen überprüft werden.

2103.002 Strategische Zielsetzungen Asylwesen

Die politischen Diskussionen auf Bundesebene betreffend neuen Ansätzen im Asylbereich, welche sich nicht zuletzt auch wegen den Veränderungen in Nordafrika ergeben haben, sind noch in vollem Gange. Die Entwicklung ist deshalb äusserst genau zu beobachten. Die Auswirkungen auf den Bestand von Asylsuchenden im Kanton Basel-Landschaft kann unter diesen Voraussetzungen nicht verlässlich eingeschätzt werden. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben aber gezeigt, dass das System im Kanton fähig ist, auf Änderungen der Situation sehr speditiv und angemessen zu reagieren. Im Bezug auf die Entwicklung sind folgende Punkte von Bedeutung und unabdingbar:

1. Weiterführung des flächendeckenden, direkten Zuweisungskonzeptes (2 Stufen-Konzept) auf die Gemeinden (§ 2 kAV). Prioritäre, ökonomische sinnvolle Auslastung der bestehenden kommunalen Kollektivunterkünfte.
2. Weitere Unterstützung der Gemeinden durch den Kanton bei der Realisierung von direkten Partnerschaften.
3. Die Einhaltung der rechtlichen Grundlagen für die verschiedenen Kategorien gemäss § 1 kAV:
 - a. Asylsuchende mit Ausweis N,
 - b. vorläufig Aufgenommene mit Ausweis F,
 - c. Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung mit Ausweis S,
 - d. Personen mit einer rechtskräftigen Wegweisungsverfügung (Stopp)
 - e. Personen, deren Asylverfahren mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid abgeschlossen worden ist (NEE).

Im Bereich der Integration sind die angekündigten gesetzlichen Änderungen des Bundes per 2014 zu analysieren und die entsprechenden Anpassungen auf kantonaler Ebene zu treffen. Dabei muss auf Grund der Veränderung der Finanzflüsse der gesetzliche Integrationsauftrag des KSA im Asyl- und Flüchtlingsbereich, weiterhin durch die vorhanden Bundesgelder Integration gesichert sein.

2104 Personalamt

Auftrag und Zielsetzungen

Das Personalamt ist für die Umsetzung der Personalpolitik verantwortlich und erarbeitet Entscheidungsgrundlagen für den Regierungsrat in allen Bereichen des Personalwesens. Zudem ist es verantwortlich für die Sicherstellung der einheitlichen und rechtskonformen Anwendung der personalrechtlichen Bestimmungen, die Weiterentwicklung des Lohnsystems und das Erlassen von Richtlinien im Personalbereich. Im Weiteren trägt das Personalamt die Gesamtverantwortung für den Bereich der Berufs- Aus-, Fort- und Weiterbildung, berät Personaldienste, Führungsverantwortliche und Mitarbeitende, entwickelt Instrumente der Führungs- und Organisationsentwicklung und konzipiert das jährliche Weiterbildungsangebot des Kantons. Daneben führt es das Dienstleistungszentrum Personal und ist Anstellungsbehörde im Bereich der geschützten Arbeitsplätze.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	857					
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'748'262	3'142'089	3'034'702	-107'388	-3%	
304	Zulagen	27'471	27'166	22'022	-5'144	-19%	
305	Arbeitgeberbeiträge	48'900'970	551'171	555'026	3'854	1%	
306	Arbeitgeberleistungen	7'258'586	7'256'000	6'947'000	-309'000	-4%	
309	Übriger Personalaufwand	579'694	409'000	379'000	-30'000	-7%	
310	Material- und Warenaufwand	48'292	67'750	69'500	1'750	3%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'098'457	1'602'000	1'366'500	-235'500	-15%	1
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	31'498	61'000	43'000	-18'000	-30%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	146'489	176'200	150'500	-25'700	-15%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	106					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	5'083	5'000	8'000	3'000	60%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	1'359'125		1'224'000	1'224'000	X	2
426	Rückerstattungen	-85'800	-225'000	-281'900	-56'900	-25%	3
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-67'468	-65'000	-65'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-35					
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge	-15'767'988					
491	Int Fakturen Dienstleistungen	-62'600	-75'400		75'400	100%	
	Total Aufwand	62'204'891	13'297'376	13'799'249	501'873	4%	
	Total Ertrag	-15'983'890	-365'400	-346'900	18'500	5%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	46'221'001	12'931'976	13'452'349	520'373	4%	

1 Umsetzung direktionsübergreifende Massnahme Ü5 "Reduktion Aufwand externe Gutachter, Berater etc. auf Stand 2009" vom Entlastungspaket 12/15.

2 Massnahme "Totalrevision Ruhegehaltsordnung" aus dem Entlastungspaket 12/15 wurde auf das Jahr 2014 verschoben.

3 Es wird mit einem Anstieg der Rückerstattungen Dritter gerechnet.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		30'000	27'000	-3'000	-10%	
Total Transferaufwand				30'000	27'000	-3'000	-10%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)				30'000	27'000	-3'000	-10%	

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Sozialplan Entlastungspaket 12/15	30	Personalaufwand		2'750'000	3'300'000	550'000	20%	
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		750'000	700'000	-50'000	-7%	
		Total		3'500'000	4'000'000	500'000	14%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand				3'500'000	4'000'000	500'000	14%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)				3'500'000	4'000'000	500'000	14%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	31.9	50.7	51.7	1.0	2.0%

Aufbau der Kontrollstelle "Einreihung und Wiederbesetzung" gem. RRB 0569 vom 3. April 2012

Jahresprogramm

2104.001 Berufsbildungskonzept

Umsetzung des Berufsbildungskonzepts in Zusammenarbeit mit den Direktionen, der Gerichte und der Landeskanzlei.

2104.005 ERP HCM

Weiterentwicklung des ERP HCM im Rahmen der Vorgaben des übergeordneten Projekts in Zusammenarbeit mit den Direktionen, der Gerichte und der Landeskanzlei. Namentlich Umsetzung der Zeitwirtschaft, des Workflows und des E-Dossiers und des E-Recruiting.

2104.006 Umsetzung der Strategie und der Personalstrategie des Regierungsrates

Konzept und Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagement im Rahmen der Umsetzung der Geschäfts- und der Personalstrategie des Regierungsrats in Zusammenarbeit mit den Direktionen, der Gerichte und der Landeskanzlei.

2104.007 Neues Organisationsmodell Personalwesen

Umsetzung in Zusammenarbeit mit den Direktionen, der Gerichte und der Landeskanzlei des Projekts Neues Organisationsmodell Personalwesen mit Aufbau des Dienstleistungszentrums Personal beim Personalamt und der HR-Beratung in den Direktionen

2104.008 Nachhaltige Finanzierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK)

Die Vorlage des Regierungsrats zur Reform der BLPK umfasst vier Schwerpunkte. Die Anpassungen an die Änderungen des Bundesrechts (Teil- oder Vollkapitalisierung, Regelung der Finanzierung oder der Leistungen im BLPK-Dekret, Rechtsform der BLPK), institutionelle Anpassungen (Umwandlung der BLPK in eine Sammelstiftung), Ausfinanzierung der BLPK (Ausfinanzierung der Deckungslücke über 40 Jahre) und die Umstellung vom Leistungs- auf das Beitragsprimat. Dabei soll die BLPK nachhaltig ausfinanziert und auch stabilisiert werden. Das Jahr 2013 wird geprägt sein durch eine allfällige Volksabstimmung und die Umsetzungsarbeiten innerhalb der Kantonsverwaltung.

2105 Statistisches Amt

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt führt die durch Bundes- oder Kantonsrecht vorgegebenen statistischen Erhebungen durch. Die erhobenen Daten werden mittels geeigneter Medien der Regierung, der Verwaltung, dem Parlament und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Es erarbeitet darüber hinaus im Auftrag der Direktion oder der Regierung Entscheidungsgrundlagen auf der Basis statistischer Informationen.

Das Amt prüft Voranschläge und Rechnungen der Einwohner- und Bürgergemeinden im Rahmen der Passation und Finanzaufsicht des Kantons über die Gemeinden. Es berät die Gemeinden in Finanzfragen. Es führt den Finanzausgleich durch und bearbeitet die Gesuche der Gemeinden für Einzelbeiträge.

Das Amt ist zudem verantwortlich für die Umsetzung des Anmeldungs- und Registergesetzes vom 19. Juni 2008 (ARG). Mit dem auf der Basis der harmonisierten Einwohnerregister aufgebauten kantonalen Personenregister arbo, können den Dienststellen für den Vollzug ihrer Aufgaben aktuelle Personendaten zur Verfügung gestellt werden. Es führt ferner, gemeinsam mit der GIS-Fachstelle des Amtes für Geoinformation, das Gebäude- und Wohnungsregister gemäss den Vorgaben des Bundes.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'847'040	1'867'799	1'778'642	-89'157	-5%	
304	Zulagen	15'857	12'046	12'849	803	7%	
305	Arbeitgeberbeiträge	297'523	310'095	301'323	-8'771	-3%	
309	Übriger Personalaufwand	289					
310	Material- und Warenaufwand	75'078	96'000	96'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	40'314	68'000	158'000	90'000	132%	1,A
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	16'776	20'000	20'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	17					
425	Erlös aus Verkäufen	-2'065	-5'000	-3'000	2'000	40%	
	Total Aufwand	2'292'894	2'373'939	2'366'814	-7'125	0%	
	Total Ertrag	-2'065	-5'000	-3'000	2'000	40%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'290'830	2'368'939	2'363'814	-5'125	0%	

1 Erhöhung des Betrages für die vom Finanzausgleichsgesetz (FAG §9, Abs. 2) vorgeschriebene Evaluation des Finanzausgleichs.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
14.0 Gesundheit	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-160'000	-160'000	-160'000	0	0%	
09.1 Baustatistik/GWR	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-27'500	-25'000	-25'000	0	0%	
09.3 Leerwohnungszählung	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	1'000	1'000	1'000	0	0%	
59.0 Finanzausgleich	362	Finanz- und Lastenausgleich	22'298'294	22'900'000	22'800'000	-100'000	0%	
47.0 Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'413	2'500	2'500	0	0%	
13.1 Sozialhilfestatistik	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	27'467	27'500	27'500	0	0%	
Kompensation Aufgabenverschiebungen	461	Entschädigungen von Gemeinwesen		-13'407'000	-1'250'000	12'157'000	91%	1

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
08.0 Energiestatistik	361	Entschädigungen an Gemeinwesen			10'000	10'000	X	
Total Transferaufwand			22'329'174	22'931'000	22'841'000	-90'000	0%	
Total Transferertrag			-187'500	-13'592'000	-1'435'000	12'157'000	89%	
Transfers (Netto)			22'141'674	9'339'000	21'406'000	12'067'000	129%	

- 1 Reduktion des Beitrages aufgrund der Revision des EG ZGB in Sachen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht um CHF 1.45 Mio. (Auflösung der Amtsvormundschaften beim Kanton und Übernahme der Berufsbeistandschaften durch die Gemeinden). Weitere Reduktion um CHF 4.407 Mio. durch Verhandlung der Kompensationszahlung Realschulbauten mit den Gemeinden gemäss FAG § 15a, zusätzlich einmalige Reduktion um CHF 6.3 Mio. im 2013 aufgrund rückwirkender Inkraftsetzung der Änderung per 1. August 2011.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	15.7	14.7	13.9	-0.8	-5.4%

Reduktion um eine befristete Projektstelle im Rahmen des Entlastungspakets.

Jahresprogramm

2105.001 Volkszählung 2010

Aufbereitung der Daten aus den Erhebungen zur Neuen Volkszählung (Registererhebung, jährliche Strukturserhebung, thematische Mikrozensus) und Integration der Ergebnisse in die statistischen Publikationsplattformen (Webseite, Statistisches Jahrbuch, Publikationen).

2105.002 Gesundheitsstatistik beider Basel

Auswertung und Analyse der Daten aus der Medizinischen Statistik nach dem neuen Fallpauschalen-System SwissDRG (Diagnosis Related Groups) im Rahmen der neu eingeführten Spitalfinanzierung.

2105.003 Kantonales Personenregister arbo

Das übergeordnete Ziel des kantonalen Personenregisters arbo, basierend auf dem Anmeldungs- und Registergesetz (ARG), ist die verwaltungsweite Koordination des Bereiches Personendaten (Gemeinden, kantonale Verwaltung, öffentlich-rechtliche Anstalten, Bund) und die Verbesserung des Service public für die Einwohner und Einwohnerinnen. Erste Dienststellen werden 2012 an das kantonale Personenregister arbo angeschlossen, weitere folgen im Jahr 2013. Das Register stellt den Dienststellen für den Vollzug ihrer Aufgaben aktuelle Personendaten zur Verfügung.

A 2105.004 Evaluation Finanzausgleich

Das Finanzausgleichsgesetz (§ 1, Abs. 2) sieht eine laufende Wirksamkeitsüberprüfung des innerkantonalen Finanzausgleichs vor. Nach drei Jahren seit Inkrafttreten wird der neue Finanzausgleich deshalb einer Evaluation unterzogen.

2106 Steuerverwaltung

Auftrag und Zielsetzungen

Die kantonale Steuerverwaltung vollzieht eidgenössische und kantonale Steuergesetze. Sie prüft Steuererklärungen, veranlagt natürliche und juristische Personen und bezieht die Staats- und die direkte Bundessteuer sowie im Auftragsverhältnis auch die Gemeindesteuer. Sie veranlagt und bezieht die Grundstückgewinn-, die Handänderungs- sowie die Erbschafts- und Schenkungssteuer und bearbeitet und bezieht die Quellensteuer.

Die kantonale Steuerverwaltung stellt eine einheitliche Veranlagungspraxis im Kanton sicher; sie betreut und unterstützt die Gemeindesteuerämter. Sie bearbeitet das Meldewesen und den Verkehr mit Amtsstellen sowie mit der eidgenössischen Steuerverwaltung.

Aufgrund der politischen Vorgaben bereitet die kantonale Steuerverwaltung die Anpassungen der Steuergesetze vor und setzt beschlossene Änderungen um. Durch eine hohe und kompetente Auskunftsbereitschaft und eine effiziente Infrastruktur fördert sie das gute Steuerklima im Kanton.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	4'778	7'000	7'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	15'317'214	15'587'670	16'120'842	533'172	3%	1,A
304	Zulagen	209'755	202'646	205'269	2'624	1%	
305	Arbeitgeberbeiträge	2'601'602	2'648'258	3'202'887	554'629	21%	2
309	Übriger Personalaufwand	178'168	105'000	105'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	471'919	711'000	518'000	-193'000	-27%	3
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'429					
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	3'989	5'000	4'000	-1'000	-20%	
313	Dienstleistungen und Honorare	2'600'395	2'880'000	2'865'000	-15'000	-1%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen		1'000		-1'000	-100%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	74'681	60'000	75'000	15'000	25%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	34'505	40'000	40'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	432					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	341'337	300'000	350'000	50'000	17%	4
421	Gebühren für Amtshandlungen	-8'821'132	-10'800'000	-10'200'000	600'000	6%	5
425	Erlös aus Verkäufen	-29'948	-30'000	-30'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-8'900	-8'000	-9'000	-1'000	-13%	
440	Zinsertrag	-69'271	-60'000	-60'000	0	0%	
	Total Aufwand	21'840'204	22'547'574	23'492'998	945'424	4%	
	Total Ertrag	-8'929'250	-10'898'000	-10'299'000	599'000	5%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	12'910'953	11'649'574	13'193'998	1'544'424	13%	

- 1 Neben zusätzlichen Stellen bei der Verlustscheinbewirtschaftung führt auch eine temporäre Verstärkung im Zusammenhang mit dem Projekt Quest 2014 zu einem höheren Budgetwert. Mit einer Pauschalkorrektur von unverändert CHF 400'000 wird den auch nächstes Jahr zu erwartenden Vakanzen Rechnung getragen.
- 2 Die Revision der BLPK per anfangs 2014 dürfte zu vorzeitigen Pensionierungen im 2013 führen; der Aufwand für die entsprechenden Arbeitgeberbeiträge wird für die Steuerverwaltung auf CHF 500'000 geschätzt.
- 3 Der Budgetwert 2012 war zu hoch.
- 4 Die Erhöhung der Bareinzahlungsgebühren der Post per anfangs 2011 erfordert einen höheren Budgetbetrag.
- 5 Der Budgetwert 2012 wird nicht erreicht werden und deshalb auch derjenige für 2013 reduziert.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Bezugsentschädigungen	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-907'922	-725'000	-855'000	-130'000	-18%	1
Veranlagungsentschädigung	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	3'259'020	3'350'000	3'400'000	50'000	1%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-1'070'190	-1'035'000	-1'050'000	-15'000	-1%	
Meldungen an die AHV	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-112'168	-210'000	-110'000	100'000	48%	2
Gemeindeanteil Fristerstreckungsgebühren	360	Ertragsanteile an Dritte	194'850	102'500	100'000	-2'500	-2%	
Total Transferaufwand			3'453'870	3'452'500	3'500'000	47'500	1%	
Total Transferertrag			-2'090'280	-1'970'000	-2'015'000	-45'000	-2%	
Transfers (Netto)			1'363'590	1'482'500	1'485'000	2'500	0%	

- 1 Schwankungen aufgrund von unterschiedlichem Veranlagungsstand Ende Jahr; der Budgetwert 2012 dürfte zu tief sein.
- 2 Seit 2011 wird nur noch ein Teil der AHV-Meldungen entschädigt und auch diese nur zu einem tieferen Ansatz (CHF 7 statt 12).

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	155.9	157.1	159.1	2.0	1.3%

Ausbau der Verlustscheinbewirtschaftung im Hinblick auf die 2017 beginnende Verjährung von Verlustscheinen.

Jahresprogramm

2106.003 Vereinfachung im Steuerwesen

(Legislaturziel R-SH-1; Direktionsziel FKD-SH-3; Massnahme FKD 17)

Erarbeitung einer Gesetzesvorlage zur Umsetzung des neuen § 133a der Kantonsverfassung (einfaches, leicht verständliches und nachvollziehbares Steuergesetz)

Verabschiedung einer Landratsvorlage im 2. Semester 2013

2106.004 E-Government

(Legislaturziel R-SH-1; Direktionsziel FKD-SH-3; Massnahme FKD 18)

Weiterausbau der elektronischen Dienstleistungen der Steuerverwaltung

Einführung der Internet-Steuererklärung im 1. Semester 2013

2106.005 Abschluss der Harmonisierungsvorlage

(Legislaturziel R-IW-1; Direktionsziel FKD-IW-1; Massnahme FKD 1)

Abschliessende Beratung über die im Jahr 2012 an den Landrat weitergeleiteten Vorlage und Inkraftsetzung der zwingenden Vorschriften des Steuerharmonisierungsgesetzes per 1. Januar 2013.

Allenfalls Durchführung einer Volksabstimmung im 1. Quartal 2013

A 2106.006 Quest 2014

(Legislaturziel R-SH-1; Direktionsziel FKD-SH-3; Massnahme FKD 18)

Ablösung der für die Bewirtschaftung und Erhebung der Quellensteuer eingesetzten Applikation «QUESTBL» der Firma Abraxas infolge Einstellung der Wartung ab 2014. Ersatz durch die Software NEST, die bei der Steuerverwaltung seit 2005 für das Steuerregister, die Veranlagung der natürlichen und juristischen Personen sowie für den Steuerbezug im Einsatz steht.

2107 Kantonale Steuern

Auftrag und Zielsetzungen

Beim Profitcenter "Kantonale Steuern" handelt es sich nicht um eine Organisationseinheit. Im Hinblick auf eine noch höhere Transparenz werden die Steuererträge und die direkt damit zusammen hängenden Aufwände neu kostenartengenau aufgezeigt.

Die Erhebung der Verkehrsabgaben (Konto 4030 0 000) und die Einlagen in den H2-Fonds (Konto 3501 0 000) werden durch die Dienststelle Motorfahrzeugkontrolle (2432) verantwortet.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
31800010	WB auf Steuerforderungen	2'073'949					
31810000	Tatsächliche Forderungsverluste	12'191'708	17'500'000	16'500'000	-1'000'000	-6%	1
34990000	Vergütungszins Steuern	2'444'072	1'800'000	2'000'000	200'000	11%	2
35010000	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	20'512'122		20'600'000	20'600'000	X	3
35110000	Übertrag Fonds EK / StaatsRG		19'700'000		-19'700'000	-100%	3
40000000	Einkommenssteuern natürliche Personen	-949'998'305	-964'000'000	-1'000'000'000	-36'000'000	-4%	4
40000010	Einkommenssteuern nat Personen Vorjahre	-22'999'980					
40000020	Steuern auf Kapitalabfind 2./3. Säule	-15'750'704	-17'000'000	-15'000'000	2'000'000	12%	5
40000030	Erfahrungswert period Steuern Vorjahre			-20'000'000	-20'000'000	X	6
40000990	Steuerausscheid/pausch Steueranrechnung	2'232'669	2'500'000	2'500'000	0	0%	
40010000	Vermögenssteuern natürliche Personen	-114'500'085	-118'000'000	-130'000'000	-12'000'000	-10%	7
40010010	Vermögenssteuern nat Personen Vorjahre	6'999'954					
40020000	Quellensteuern Grenzgänger F	-43'550'851	-44'500'000	-43'500'000	1'000'000	2%	8
40090000	Nach- und Strafsteuern	-8'519'944	-5'500'000	-7'000'000	-1'500'000	-27%	9
40100000	Gewinnsteuern juristische Personen	-144'000'116	-155'000'000	-159'000'000	-4'000'000	-3%	10
40100010	Gewinnsteuern jur Personen Vorjahre	-28'000'422					
40110000	Kapitalsteuern juristische Personen	-6'700'198	-6'200'000	-6'700'000	-500'000	-8%	11
40110010	Kapitalsteuern jur Personen Vorjahre	1'349'378					
40190000	Kirchensteuern juristische Personen	-8'880'715	-8'060'000	-8'285'000	-225'000	-3%	12
40220000	Vermögensgewinnsteuern	-26'016'365	-26'000'000	-27'000'000	-1'000'000	-4%	13
40230000	Vermögensverkehrssteuern	-27'267'424	-31'000'000	-32'000'000	-1'000'000	-3%	14
40240000	Erbschafts- und Schenkungssteuern	-25'621'828	-28'000'000	-28'000'000	0	0%	
40300000	Verkehrsabgaben	-103'099'730	-103'400'000	-103'400'000	0	0%	
42900000	Übrige Entgelte	-151'753	-50'000	-200'000	-150'000	-300%	
42900010	Eingang abgeschriebener Forderungen	-2'336'893	-1'950'000	-2'800'000	-850'000	-44%	15
44010020	Zinsen Steuerforderungen	-11'936'424	-11'300'000	-11'500'000	-200'000	-2%	
	Total Aufwand	37'221'851	39'000'000	39'100'000	100'000	0%	
	Total Ertrag	-1'528'749'737	-1'517'460'000	-1'591'885'000	-74'425'000	-5%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-1'491'527'886	-1'478'460'000	-1'552'785'000	-74'325'000	-5%	

- Das in den vergangenen Jahren weiter systematisierte und intensivierte Inkasso reduziert das Ausfallrisiko; als Aufwand verbucht werden Verlustscheine nach Abschluss des Inkassoverfahrens.
- Der Budgetbetrag beruht auf einem unveränderten Vergütungszinssatz von 0.5 %.
- Einlage in den Fonds Bau H2 wurde im Budget 2012 fälschlicherweise das Konto 3511 0 000 anstatt das Konto 3501 0 000 budgetiert.
- Die aktuelle BAK-Prognose von Juli 2012 ergibt deutlich höhere Wachstumsraten für die Steuerjahre 2011-2013. Aus der Aufhebung des Bausparens ist zudem ein Mehrertrag von CHF 6 Millionen budgetiert.
- 2012 ist ein Ertragsrückgang zu erwarten, der auch zu einer Budgetreduktion für 2013 führt.
- Erfahrungswert aufgrund der effektiven Entwicklung in den vergangenen Jahren für Abwicklungsgewinne bei den vier periodischen Steuerarten (Einkommens- und Vermögenssteuer natürliche Personen, Gewinn- und Kapitalsteuer juristische Personen).
- Für 2013 wird konform zur aktuellen BAK-Prognose von Juli 2012 ein deutlicher Anstieg beim Ertrag aus der Vermögenssteuer erwartet.
- Die Anzahl der Grenzgänger aus Frankreich nimmt tendenziell ab.

- 9 Der Mehrertrag ist eine Folge der Zunahme von straflosen Selbstanzeigen.
- 10 Für 2013 wird mit höheren steuerbaren Gewinnen der im Baselbiet tätigen Unternehmen gerechnet.
- 11 Für 2013 wird eine Stabilisierung auf dem Niveau des Jahres 2011 erwartet.
- 12 Vom Ertrag der Kirchensteuer ist ein Prozent Bezugsprovision (siehe Konto 3636 0 000 (Transferaufwand - Steueranteil der Landeskirchen)) abgezogen (Massnahme aus Entlastungspaket 12/15).
- 13 Für 2013 wird eine leichte Zunahme bei der Grundstückgewinnsteuer erwartet.
- 14 Für 2013 wird eine leichte Zunahme bei der Handänderungssteuer erwartet.
- 15 Der Mehrertrag kann dank zwei zusätzlichen Stellen für die Verlustscheinbewirtschaftung realisiert werden.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Steueranteil der Landeskirchen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	8'880'715	8'060'000	8'202'150	142'150	2%	1
Total Transferaufwand			8'880'715	8'060'000	8'202'150	142'150	2%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			8'880'715	8'060'000	8'202'150	142'150	2%	

- 1 Der auf Konto 4190 0 000 der Erfolgsrechnung ausgewiesene Steuerertrag wird auf die Landeskirchen aufgeteilt. Vom Ertrag der Kirchensteuer ist ein Prozent Bezugsprovision abgezogen (Massnahme aus Entlastungspaket 12/15).

**Volkswirtschafts- und
Gesundheitsdirektion**

VGD

Beitrag zu strategischen Zielen

In seinem Regierungsprogramm 2012-2015 (LRV 2012/058) hat der Regierungsrat im Zusammenhang mit dem strategischen Schwerpunktfeld "Innovation und Wertschöpfung" angekündigt, ein Kompetenzzentrum für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing zu schaffen ("Wirtschaftsoffensive Baselland" - S. 16 ff). Das Kompetenzzentrum soll nach entsprechenden Vorbereitungsarbeiten im Jahre 2013 seine operative Aufgabe aufnehmen. Das Kompetenzzentrum wird direktionsübergreifend mit Unterstützung der zuständigen Linienorganisationen folgende Aufgaben zu erfüllen haben: 1. Eine konsequente Wirtschaftsentwicklung und ein aktives Standortmarketing, 2. Eine umsichtige Bestandespflege, 3. Die Entwicklung und Umsetzung einer Immobilienstrategie, 4. Die Formulierung und die Umsetzung einer Innovationspolitik. Die Wirtschaftsoffensive verfolgt die Zielsetzung, das Steuersubstrat von juristischen Personen im Kanton zu erhöhen.

Strategisches Schwerpunktfeld "Zusammenleben in Baselland": Mit Informationen, Kursen und Beratungen soll die ausgewogene Ernährung für Jung und Alt sowie die Verwendung landwirtschaftlicher Produkte aus der Region vermehrt ins Bewusstsein der Bevölkerung gerückt und das gegenseitige Verständnis der verschiedenen Bevölkerungsgruppen für Wald und Flur gefördert werden. Nach der Erarbeitung der strategischen Grundlagen (Altersleitbild) wird die Erarbeitung einer ganzheitlichen Alterspolitik im Jahre 2013 weitergeführt.

Mit dem Projekt zur Überprüfung der Erfüllung der Leistungsaufträge hinsichtlich Qualität und Wirtschaftlichkeit in Zusammenarbeit der vier Nordwestschweizer Kantone AG, BL, BS und SO sollen die Planungs- und Entscheidungsgrundlagen für die Gesundheitsversorgung der Nordwestschweiz aktualisiert werden. Weiterführung des Versorgungsberichts der vier Kantone vom Oktober 2010. Das Monitoring schafft die Basis für allfällige Entscheidungen bezüglich Angebotskonzentration, Diversifizierung und Spezialisierung über die Kantonsgrenzen hinweg (Strategisches Schwerpunktfeld "Effizientes und effektives staatliches Handeln").

Gesamtübersicht Budget

Das Gesamtbudget konsolidiert auf die 2-stelligen Kostenarten und im Vergleich zum Vorjahresbudget zeigt lediglich bei zwei Kostenarten (30/36) namhaftere Abweichungen auf. Diese werden nachfolgend kurz ausgeführt. Weitere Details dazu sind den Kommentaren bei den einzelnen Profitcentern zu entnehmen.

Kostenart 30 / Personalaufwand + rd. CHF 1.6 Mio. (Nettozunahme) / Begründung:

Generalsekretariat (GSK / Profitcenter 2200) + rd. CHF 0.6 Mio. (Mehrstellen "Kompetenzzentrum für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing" / "Deponie Feldreben" / Zunahme geplanter "Vorpensionierungen"). Kantonales Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA / Profitcenter 2201) + rd. CHF 0.7 Mio. (zusätzliche Stelle "Arbeitsinspektor" / "ordentliche ES-Stufenanstiege" / Zunahme geplanter "Vorpensionierungen"). Kantonales Laboratorium (LAB / Profitcenter 2208) + rd. CHF 0.7 Mio. (Integration der BUD-Wasseranalytik ins Kantonslabor / Budgettransfer von BUD / Entlastungsmassnahme / siehe auch Jahresprogrammumpunkt "2008.003").

Kostenart 36 / Transferaufwand - rd. CHF 37.1 Mio. (Nettoabnahme) / Begründung:

Die Abnahme des Transferblocks ist durch die auf den 1. Januar 2013 beschlossene Verschiebung der Investitionsbeiträge an Alters- und Pflegeheime in die Investitionsrechnung begründet (siehe Abschnitte Transferaufwand und -ertrag sowie Investitionen beim Profitcenter "P2200 Generalsekretariat VGD"). Die Position "Gesundheitsversorgung" (Fallpreise und gemeinwirtschaftliche und besondere Leistungen) weist eine marginale Erhöhung von rd. CHF 1.8 Mio. im Vergleich zum Budget 2012 auf. Aufgrund der ersten Ergebnisse der Spitalabrechnungen des ersten Quartals des Jahres 2012 und Annäherungsrechnungen des zweiten Quartals 2012 darf erwartet werden, dass das Kostenwachstum weniger hoch ausfallen wird als ursprünglich befürchtet. Zudem wurden CHF 1.5 Mio. für die Förderung der Baselpolier Wirtschaft ("Wirtschaftsoffensive Baselland, vgl. auch strategisches Schwerpunktfeld "Innovation und Wertschöpfung" des Regierungsprogrammes 2012 - 2015) ins Budget eingestellt. Die detaillierten Begründungen sind unter den Anmerkungen im Abschnitt "Transferaufwand und -ertrag" beim Profitcenter "P2200 Generalsekretariat VGD" und unter dem Jahresprogrammumpunkt "2200.007" ersichtlich.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	405'733'700	39'444'726	41'089'622	1'644'897	4%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	155'143'285	8'846'274	8'670'897	-175'377	-2%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	22'723'012				
34 Finanzaufwand	324'851	192'950	202'450	9'500	5%
35 Übertrag Fonds / StaatsRG	410'000	260'000	210'000	-50'000	-19%
36 Transferaufwand	149'326'074	386'475'493	349'344'448	-37'131'045	-10%
37 Durchlaufende Beiträge	55'299'111	56'340'000	56'393'000	53'000	0%
38 Ausserordentlicher Aufwand	4'097'371				
39 Interne Fakturen	15'583'424	276'022	174'674	-101'348	-37%
42 Entgelte	-328'554'394	-4'765'751	-4'494'860	270'891	6%
43 Verschiedene Erträge	-42'293'717	-200'600	-151'600	49'000	24%
44 Finanzertrag	-8'569'493	-4'979'900	-5'309'460	-329'560	-7%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-12'917'511	-157'500	-157'500	0	0%
46 Transferertrag	-35'789'121	-25'603'194	-24'858'991	744'203	3%
47 Durchlaufende Beiträge	-55'299'111	-56'340'000	-56'393'000	-53'000	0%
48 Ausserordentlicher Ertrag	-5'909'294				
49 Interne Fakturen	-12'187'978				
Total Aufwand	808'640'827	491'835'465	456'085'091	-35'750'374	-7%
Total Ertrag	-501'520'618	-92'046'945	-91'365'411	681'534	1%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	307'120'208	399'788'520	364'719'680	-35'068'840	-9%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	3'411.7	315.2	320.1	4.9	1.6%

Generalsekretariat: + 2.8 Stellen

(+ 2.0 Stellen Kompetenzzentrum für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing / + 1.5 Stellen Deponie Feldreben / - 0.7 Stellen Entlastungsprogramm [EP 12/15 Ü-7] Massnahme Bereich Rechnungswesen)

Amt für Wald: - 0.3 Stellen

(Entlastungsprogramm [EP 12/15 Ü-7] Massnahme Bereich Rechnungswesen)

KIGA: + 1.0 Stellen

(Arbeitsinspektorat, Bewältigung der Bundesvorgaben EKAS)

Amt für Geoinformation: - 3.5 Stellen

(Entlastungsmassnahmen VGD-KI-3 und VGD-KI-9)

Kantonales Laboratorium: + 4.9 Stellen

(Integration BUD-Wasseranalytik + 5.9 Stellen Transfer von AUE / - 1.0 Stellen [EP 12/15] im Jahr 2013 und weitere - 1.0 Stellen [EP 12/15] im Jahr 2014 / siehe Jahresprogrammplan 2008.003)

2200 Generalsekretariat VGD

Auftrag und Zielsetzungen

Das Generalsekretariat ist Stabsstelle des Direktionsvorstehers und wirkt als Koordinations- und Kontrollstelle der Gesamtdirektion. Im weiteren vollzieht das Generalsekretariat als Linienorganisation die hoheitlichen Aufgaben im Bereich des Gesundheitswesens (Kantonsärztlicher Dienst, Kantonszahnärztlicher Dienst, Heil- und Betäubungsmittelkontrolle, Gesundheitsversorgung) und im Bereich des Veterinär- Jagd- und Fischereiwesens. Ebenfalls eingegliedert sind die Wirtschaftsförderung, KMU-Info Baselland sowie die Schlichtungsstellen für Mietangelegenheiten und die Schlichtungsstelle für Diskriminierungsstreitigkeiten des Kantons. Seit 2012 gehört zudem die Wahrnehmung der Eigner-Interessen im Projekt "Deponie Feldreben" zu den Aufgaben. Ein weiterer Aufgabenzuwachs umfasst das "Kompetenzzentrum für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing".

Der Leistungsbereich des Generalsekretariates umfasst im Wesentlichen:

- die Managementdienstleistungen für die Direktion wie Rechtswesen, Rechnungswesen, Controlling, Personalwesen, Information, sowie allgemeine Kanzleiaufgaben,
- den kantonsärztlichen Dienst,
- den Dienst des Kantonsapothekers / Kontrollstelle für Heil- und Betäubungsmittel,
- den kantonszahnärztlichen Dienst,
- die Gesundheitsversorgung (Gesundheitsplanung und -controlling)
- die Gesundheitsförderung,
- Alter und Gesundheit,
- die Schlichtungsstelle für Mietangelegenheiten,
- die Schlichtungsstelle für Diskriminierungsstreitigkeiten im Erwerbsleben,
- das Veterinär-, Jagd und Fischereiwesen,
- Volkswirtschaft; Wirtschaftsförderung, Kompetenzzentrum für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing, KMU-Info Baselland.
- Deponie Feldreben: Wahrung der Eigner-Interessen

Das Generalsekretariat arbeitet nach den folgenden Leitsätzen:

- Wir stehen ein für eine hohe Qualität unserer Leistungen zugunsten unserer Kunden.
- Wir handeln in Kenntnis unserer Verantwortung und stehen ein für eine fristgerechte Leistungserbringung.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	180'660	192'000	194'500	2'500	1%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	5'292'451	5'368'135	5'790'296	422'160	8%	
304	Zulagen	76'604	65'596	66'661	1'065	2%	
305	Arbeitgeberbeiträge	964'560	1'054'343	1'202'474	148'130	14%	1
306	Arbeitgeberleistungen	760	800	800	0	0%	
309	Übriger Personalaufwand	89'186	60'000	77'750	17'750	30%	
310	Material- und Warenaufwand	479'552	790'900	319'575	-471'325	-60%	2
311	Nicht aktivierbare Anlagen	238'835	22'900	15'350	-7'550	-33%	
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	691		500	500	X	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'155'251	1'110'000	1'057'667	-52'333	-5%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	4'340					
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	24'599	18'500	25'500	7'000	38%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	518'949	142'000	160'700	18'700	13%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	10'700	4'000	4'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'139	5'500	500	-5'000	-91%	
341	Realisierte Kursverluste	18					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	260	3'000	200	-2'800	-93%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	410'000	210'000	210'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-390'000	-439'900	-348'900	91'000	21%	3

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-8'287	-12'500	-10'000	2'500	20%	
425	Erlös aus Verkäufen		-5'000		5'000	100%	
426	Rückerstattungen	-13'221	-27'001	-12'000	15'001	56%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-68'137	-40'600	-41'600	-1'000	-2%	
439	Übriger Ertrag	-46'006					
440	Zinsertrag	-34	-100		100	100%	
443	Liegenschaftenertrag FV	-540'398	-470'000	-595'000	-125'000	-27%	4
446	Finanzertrag von öff Unternehmungen	-4'618'800	-4'450'000	-4'650'000	-200'000	-4%	5
447	Liegenschaftenertrag VV	-2'518	-2'500	-2'500	0	0%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-152'500	-152'500	-152'500	0	0%	
451	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	-12'196'025					
	Total Aufwand	9'448'554	9'047'674	9'126'472	78'798	1%	
	Total Ertrag	-18'035'926	-5'600'101	-5'812'500	-212'399	-4%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-8'587'372	3'447'573	3'313'972	-133'601	-4%	

- 1 Die überdurchschnittliche Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge ist auf die geplanten Vorpensionierungen von vier Personen zurückzuführen.
- 2 HPV-Impfkostenreduktion (Humane Papilloma Viren) aufgrund der erforderlichen geringeren Dosen gemäss Impfplan.
- 3 Die Tierversuchsbewilligungen sind jeweils für drei Jahre gültig. Das Jahr 2013 ist kein Hauptjahr für die Erneuerung dieser Bewilligungen.
- 4 Neuer Baurechtsvertrag führt zu höheren Erträgen.
- 5 In Aussicht gestellte höhere Gewinnausschüttung der (SRH) Schweizerischen Rheinhäfen (Entlastungsmassnahme VGD-KI-1).

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Gesundheitsinstitutionen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	794'289	1'338'248	1'853'103	514'855	38%	1
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	23'642	29'600	29'900	300	1%	
Spitalabkommen	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	27'440'554					
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	490'290					
Abhängigkeitserkrankungen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	5'487'715	6'180'000	4'880'000	-1'300'000	-21%	2
	460	Ertragsanteile von Dritten	-966'764	-950'000	-970'000	-20'000	-2%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-957'907	-1'050'000	-950'000	100'000	10%	2
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-546'790	-540'000	-400'000	140'000	26%	2
Prävention	361	Entschädigungen an Gemeinwesen		15'000	15'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	903'552	755'300	727'000	-28'300	-4%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-164'850	-85'500	-128'500	-43'000	-50%	
Veterinärwesen	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	5'100	-10'000	10'000	20'000	200%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	17'328	21'070	21'070	0	0%	
APH	366	Eigene Investitionsbeiträge	33'209'708	40'000'000		-40'000'000	-100%	3
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-201'912	-180'000	-210'000	-30'000	-17%	
Baselland Tourismus	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	600'000	600'000	500'000	-100'000	-17%	4

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Impfungen	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-380'989	-650'000	-220'000	430'000	66%	5
Beiträge an Sanitätsdienste	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	440'000	440'000	440'000	0	0%	
Ausserkantonale Hospitalisationen KVG	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	16'597'433					
Gesundheitsversorgung	361	Entschädigungen an Gemeinwesen		123'480'000	59'604'000	-63'876'000	-52%	6
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		200'522'000	266'191'000	65'669'000	33%	6
Standortpolitik	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			1'500'000	1'500'000		X A
Wildschäden	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	205'751	170'500	220'500	50'000	29%	7
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-59'127	-59'000	-59'000	0	0%	
MUBA 64+	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	50'613	51'000	51'000	0	0%	
Uni.-Kinderspital b. Basel (UKBB)	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	16'636'333					
Sockelbeitrag Zusatzversicherte	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	20'723'654					
Reg. Heilmittelsinp. NW-CH (RHI)	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	7'658	20'000	20'000	0	0%	
Beiträge Kinder- und Jugendzahnspflege	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	1'399'253	1'600'000	1'550'000	-50'000	-3%	8
metrobasel	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	75'000	75'000	75'000	0	0%	
Messezentrum Basel 2012	365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV	2'196'025					
	366	Eigene Investitionsbeiträge	10'000'000					
Total Transferaufwand			137'303'897	375'287'718	337'687'573	-37'600'145	-10%	
Total Transferertrag			-3'278'339	-3'514'500	-2'937'500	577'000	16%	
Transfers (Netto)			134'025'558	371'773'218	334'750'073	-37'023'145	-10%	

- Der Vertrag zwischen SVBL (Spitexverband) und sas (Tarifsuisse) für die Finanzierung der Akut- und Übergangspflege (55% Kostenbeteiligung durch den Kanton) wird per 1. Januar 2013 unterzeichnet werden. Deshalb werden die von der GDK (Gesundheitsdirektorenkonferenz) für BL prognostizierten Kosten pro Jahr von CHF 1.0 Mio. ins Budget eingestellt. Im Budget 2012 wurde die Hälfte davon eingestellt.
- Erwartete leicht rückläufige Menge an notwendigen Drogentherapien mit einhergehender Abnahme der entsprechenden Rückerstattungen (siehe KoA 461/463) sowie Transfer der Kosten an eine Suchtklinik, da neu in den Fallpauschalen enthalten.
- Die Investitionsbeiträge an die Alters- und Pflegeheime sollen ab 2013 gemäss HRM2 der Investitionsrechnung belastet werden. Die Investitionsbeiträge sollen in der Bilanz aktiviert und über die Erfolgsrechnung über mehrere Jahre abgeschrieben werden (Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes).
- Siehe auch unter Verpflichtungskredit "Baselland Tourismus". Neuauflage für die Folgeperiode ab 2013 mit um CHF 100'000 reduzierten Jahrestarifen.
- Entsprechend tiefere Rückerstattung durch die niedrigere Menge an benötigtem Impfstoff (HPV). Siehe auch KoA 310 in der Erfolgsrechnung.
- Die Prognose sieht aufgrund der aktuellen Leistungszahlen und den Halbjahresrechnungen für die Gesundheitsversorgung eine Erhöhung von ca. CHF 1.8 Mio. oder rd. 0.6% vor. Während sich innerhalb der Leistungsblöcke Akutsumatik, Psychiatrie und Rehabilitation grössere Verschiebungen unter den Leistungserbringern abzeichnen, wird der vormals eher negative Ausblick (Basis Info zum Nachtragskredit B2012) durch mehrschichtige Effekte ausgeglichen. So scheinen sich die Verschiebung von stationären Kurzliegerfällen in den ambulanten Bereich, die Verschiebung zu privaten Leistungserbringern sowie die im SwissDRG vorgegebene Fallabgrenzung stärker, als ursprünglich angenommen, auszuwirken. Die aufgrund der im allgemeinen höher als erwartet ausgefallenen "Baserates" und Tagestaxen, welche die Leistungserbringer ausgehandelt haben, konnten aber nicht gänzlich durch die positiven Faktoren (Verschiebungen in den ambulanten Sektor und zu günstigeren Leistungserbringern) ausgeglichen werden.
- Aufgrund massiver Zunahme an Schwarzwildschäden musste das Budget für die Abgeltung dieser Schäden an Kulturen erhöht werden.
- Aufgrund der relativ grossen Schwankungen der jährlichen Beiträge wurde mit dem Durchschnittswert der Rechnung dreier abgeschlossener Jahre budgetiert.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Baselland Tourismus 09-12	36	Transferaufwand	600'000	600'000		-600'000	-100%	1,B
Zentrum Selbsthilfe 09-11	36	Transferaufwand	115'000					
Weiterb. Assist.ärzte in Praxen (-2011)	36	Transferaufwand	209'248					
Gsünder Basel 10-11	36	Transferaufwand	77'520					
Gesundes Körpergewicht (bis 2011)	30	Personalaufwand	149'523					
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	296'249					
	36	Transferaufwand	4'900					
	43	Verschiedene Erträge	-160					
	46	Transferertrag	-164'850					
		Total	285'661					
Gesetzl. Schwangerschaftsberatung 09-12	36	Transferaufwand	226'800	228'300		-228'300	-100%	2
Aids-Hilfe/Frauen-Oase 10-13	36	Transferaufwand	260'000	260'000	260'000	0	0%	
Zentrum Selbsthilfe 2012-14	36	Transferaufwand		100'000	100'000	0	0%	
Gesundes Körpergewicht 2012-2015	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		171'000	193'000	22'000	13%	
	46	Transferertrag		-85'500	-96'500	-11'000	-13%	
		Total		85'500	96'500	11'000	13%	
Weiterb. Assi.ärzte in Praxen (2012-14)	36	Transferaufwand		250'000	250'000	0	0%	
Standortpolitische Massnahmen 2013-2016	36	Transferaufwand			1'500'000	1'500'000	X	A
Baselland Tourismus 2013-2016	36	Transferaufwand			500'000	500'000	X	1,B
Gesetzl. Schwangerschaftsberatung 13-16	36	Transferaufwand			210'000	210'000	X	2
Total Verpflichtungskredite Aufwand			1'939'240	1'609'300	3'013'000	1'403'700	87%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-165'010	-85'500	-96'500	-11'000	-13%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			1'774'230	1'523'800	2'916'500	1'392'700	91%	

1 Erneuerung des Verpflichtungskredits für die Tourismusförderung. Im Rahmen des Entlastungspakets 2012-2015 gekürzt um CHF 100'000.

2 Erneuerung des Verpflichtungskredites für die Folgeperiode (d.h. ab 2013) mit leicht vermindertem Umfang.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Kapitalerhöhung MCH Group	55	Beteil. und Grundkapitalien	3'138'525					
APH-Investitionsbeiträge (Global)	56	Eigene Inv.-Beitr.			44'000'496	44'000'496	X	1
Beteiligung UKBB	55	Beteil. und Grundkapitalien			11'000'000	11'000'000	X	2
Total Investitionsausgaben			3'138'525		55'000'496	55'000'496	X	
Total Investitionseinnahmen								
Total Nettoinvestitionen			3'138'525		55'000'496	55'000'496	X	

- 1 Die Investitionsbeiträge an die Alters- und Pflegeheime sollen ab 2013 gemäss HRM2 der Investitionsrechnung belastet werden. Die Investitionsbeiträge sollen in der Bilanz aktiviert und über die Erfolgsrechnung über mehrere Jahre abgeschrieben werden (Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes).
- 2 Der Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) wurde hauptsächlich aus dem "Fonds für regionale Infrastrukturvorhaben" vorfinanziert. Die Übertragung des Gebäudes in das Eigentum des UKBB soll nun zum Teil über eine Sacheinlage in das Dotationskapital und zu einem weiteren Teil über einen Barverkauf vollzogen werden. Da diese Buchungen in das Budgetjahr 2013 fallen, muss die buchhalterische Abwicklung nach den Vorgaben der neuen Rechnungslegung HRM2 geschehen. Der bereits aktivierte Restwert im Anlagevermögen des Verwaltungsvermögens wird innerhalb der Bilanz als Aktivtausch auf Beteiligungen im Verwaltungsvermögen umgebucht. Die Differenz zwischen dem bereits aktivierten Restwert und der effektiv beschlossenen Beteiligungssumme muss über die Investitionsrechnung abgewickelt werden (HRM2).

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	39.8	43.3	46.1	2.8	6.5%

+ 2.0 Stellen Kompetenzzentrum für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing
+ 1.5 Stellen Deponie Feldreben
- 0.7 Stellen Entlastungsprogramm (EP 12/15 Ü-7 Massnahme Bereich Rechnungswesen)

Jahresprogramm

B 2200.003 Erneuerung des Verpflichtungskredits für die Tourismusförderung

Für die Zeitspanne von 2013-2016 soll mit einer entsprechenden Landratsvorlage ein neuer Verpflichtungskredit für die Tourismusförderung mit um CHF 100'000 tieferen Jahrestrenchen (im Rahmen des Entlastungspaketes 2012-2015) genehmigt werden.

A 2200.007 Kompetenzzentrum für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing

In seinem Regierungsprogramm 2012-2015 (LRV 2012 / 058) hat der Regierungsrat angekündigt, ein Kompetenzzentrum für Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing zu schaffen ("Wirtschaftsoffensive Baselland" - S. 16 f.) Das Kompetenzzentrum soll nach Genehmigung einer entsprechenden Landratsvorlage mit einem Verpflichtungskredit für standortpolitische Massnahmen noch im Jahr 2013 seine operative Arbeit aufnehmen.

2200.008 Monitoring der stationären Spitalversorgung der Nordwestschweizer Kantone

Mit dem Projekt zur Überprüfung der Erfüllung der Leistungsaufträge hinsichtlich Qualität und Wirtschaftlichkeit in Zusammenarbeit der vier Nordwestschweizer Kantone AG, BL, BS und SO sollen die Planungs- und Entscheidungsgrundlagen für die Gesundheitsversorgung der Nordwestschweiz aktualisiert werden. Weiterführung des Versorgungsberichts der vier Kantone vom Oktober 2010. Das Monitoring schafft die Basis für allfällige Entscheidungen bezüglich Angebotskonzentration, Diversifizierung und Spezialisierung über die Kantongrenzen hinweg.

2200.009 Neue Spitalfinanzierung

Das Controlling bei der neuen Spitalfinanzierung wird weiterentwickelt. Die neue Spitalfinanzierung verhindert bei einigen aktuell als gemeinwirtschaftlich oder als besonders taxierten Leistungen eine "korrekte" Finanzierung. Dies ist insbesondere bei den ambulanten Leistungen von Tageskliniken der Fall. Die unbefriedigende Situation soll bundesweit einheitlich gelöst werden. Ein Lösungsvorschlag soll auf Ebene der Schweiz. Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) besprochen und in der Folge dem zuständigen Bundesamt unterbreitet werden. Die im Krankenversicherungsgesetz (KVG) per 1. Januar 2012 eingeführte freie Spitalwahl erfordert eine periodische Überprüfung und Anpassung der Spitalliste, wobei die Veränderungen bei den Patientenströmen und der Angebote der Leistungserbringer zu berücksichtigen sind.

2200.010 Rettungswesen

Das Rettungswesen erfordert grundlegende Anpassungen sowohl in den gesetzlichen Grundlagen wie auch bei den Leitungsstrukturen und den Leistungsverträgen.

2200.011 Alterspolitik

Nach der Erarbeitung der strategischen Grundlagen (Leitbildentwicklung im Jahre 2012) wird die Erarbeitung einer ganzheitlichen Alterspolitik im Jahre 2013 auf der Ebene der Massnahmenplanung gemeinsam mit dem Kantonalen Runden Tisch für Altersfragen weitergeführt.

2200.012 Revision Schulgesundheitsgesetz

Aufgrund der Ergebnisse der im Jahre 2012 laufenden Evaluation zu den Schulgesundheitsuntersuchungen wird das heutige System analysiert und gegebenenfalls angepasst. Zudem machen die Veränderungen im Bildungsbereich eine Revision des Schulgesundheitsgesetzes notwendig.

2200.013 Fischereibiologische Untersuchungen von Gewässern

Die Gewässer müssen in periodischen Abständen auf die fischereiliche Ertragsfähigkeit untersucht werden. Diese Angaben sind notwendig für die Besatzplanung und die Festlegung der Pachtzinsen. Im Jahre 2013 erfolgt die erste Tranche der Untersuchungen, die zweite Tranche ist für das Jahr 2014 vorgesehen.

2201 Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA)

Auftrag und Zielsetzungen

Als öffentlicher Dienstleistungsbetrieb, dessen Hauptaufgaben in den Bereichen Arbeitsmarkt, Industrie, Handel und Gewerbe, aber auch im Konsumentenschutz und in der Wohnbauförderung liegen, steht das KIGA Baselland an einer der zentralen Schnittstellen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens.

Die Abteilung Arbeitsbedingungen erteilt Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen, dazu gehören auch die Grenzgängerbewilligungen. Zur Arbeitsaufsicht gehören Kontrollen, wie unter anderem innerhalb der Personenfreizügigkeit gefordert, oder die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Das Arbeitsinspektorat setzt sich mit dem Gesundheitsschutz und der Sicherheit am Arbeitsplatz auseinander. Das Messwesen und die Kalibrierstelle gehören ebenfalls zu dieser Abteilung. Eine weitere wesentliche Dienstleistung für Handel und Industrie ist mit der regionalen Konformitätsbewertungsstelle im Aufbau.

Der Schutz der Arbeitnehmenden steht im Zentrum der Abteilung Arbeitsrecht/Arbeitnehmerschutz. Eine wichtige Basis dafür ist das Arbeitsgesetz. Die Überwachung von Verleih- und Vermittlungsfirmen, die Kontrolle der berufsmässigen Chauffeure und die arbeitsvertragliche Rechtsauskunft sind weitere Aufgaben in diesem Bereich. Die Abteilung ist zudem zuständig für die Einhaltung der Sonn- und Feiertagsruhe, überwacht den Verkauf und die Lagerung von Feuerwerk, überprüft die Preisanschriften in Werbung und Verkaufsgeschäften und betätigt sich im Bereich der Wohnbauförderung.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	4'466	6'100	5'500	-600	-10%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	3'481'809	3'554'863	3'819'468	264'605	7%	
304	Zulagen	70'095	57'767	65'558	7'792	13%	
305	Arbeitgeberbeiträge	687'763	660'241	1'092'523	432'283	65%	1
309	Übriger Personalaufwand	17'524	24'300	33'200	8'900	37%	
310	Material- und Warenaufwand	46'209	102'300	92'400	-9'900	-10%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	55'885	47'000	51'600	4'600	10%	
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	327	100	100	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	94'020	40'000	22'150	-17'850	-45%	
314	Baulicher Unterhalt	360					
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	11'778	19'000	19'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	46'596	38'500	36'300	-2'200	-6%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	57'235	67'300	74'300	7'000	10%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	38'226	7'000	15'000	8'000	114%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	121	500		-500	-100%	
340	Zinsaufwand	3'604	3'000	3'600	600	20%	
341	Realisierte Kursverluste	396	300	300	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	1'010	1'000	1'000	0	0%	
391	Int Fakturen Dienstleistungen	64'381	40'553	23'227	-17'326	-43%	
392	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungsge	7'784	32'300	7'784	-24'516	-76%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-1'066'094	-1'386'000	-1'263'500	122'500	9%	
425	Erlös aus Verkäufen	-23'438	-11'300	-16'300	-5'000	-44%	
426	Rückerstattungen	-1'378	-2'500	-2'000	500	20%	
429	Übrige Entgelte	-1'130					
440	Zinsertrag	-219	-100	-250	-150	-150%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-5'000	-5'000	-5'000	0	0%	
	Total Aufwand	4'689'587	4'702'123	5'363'011	660'887	14%	
	Total Ertrag	-1'097'260	-1'404'900	-1'287'050	117'850	8%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	3'592'327	3'297'223	4'075'961	778'737	24%	

- 1 Ordentlicher Erfahrungsstufen-Anstieg sowie Mehraufwand für vorzeitige Pensionierungen von 5 Personen sind für die Zunahme verantwortlich.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Arbeitsrecht	360	Ertragsanteile an Dritte	92'665	105'000	100'000	-5'000	-5%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	4'894'163	4'183'600	4'770'100	586'500	14%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-1'195'619	-1'112'853	-1'313'897	-201'044	-18%	2
Eichstätte	360	Ertragsanteile an Dritte	13'655	17'000	16'000	-1'000	-6%	
	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	1'080	8'000	8'000	0	0%	
Volkswirtschaft	361	Entschädigungen an Gemeinwesen		54'000	58'500	4'500	8%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'854'026	1'580'000	1'680'000	100'000	6%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-190'000	-190'000	-190'000	0	0%	
Total Transferaufwand			6'855'589	5'947'600	6'632'600	685'000	12%	
Total Transferertrag			-1'385'619	-1'302'853	-1'503'897	-201'044	-15%	
Transfers (Netto)			5'469'971	4'644'747	5'128'704	483'957	10%	

- 1 Erwartete Zunahme des Kantonsanteils an den Vollzugskosten der Arbeitslosenversicherung infolge AVIG-Revision (siehe auch Rechnung 2011) und höherer gesamtschweizerischer ALV-Lohnsumme.
- 2 Mehrertrag durch den Einsatz eines zusätzlichen Arbeitsinspektors und erhöhte Entschädigung des Bundes aus der Arbeitslosenversicherung.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Bekämpfung Schwarzarbeit 2011-2013	36	Transferaufwand	380'000	380'000	380'000	0	0%	
	46	Transferertrag	-190'000	-190'000	-190'000	0	0%	
		Total	190'000	190'000	190'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			380'000	380'000	380'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-190'000	-190'000	-190'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			190'000	190'000	190'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	34.8	35.9	36.9	1.0	2.8%

Ressourcenaufstockung um 1.0 Stellen im Arbeitsinspektorat zur Durchführung der von der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit geforderten und vergüteten ASA-Systemkontrollen (siehe auch Jahresprogramm 2201.004)

Jahresprogramm

2201.001 Scheinselbstständige

Die vom Bund angestrebte Optimierung der flankierenden Massnahmen zum Freien Personenverkehr mit der EU setzt im Bereich der Scheinselbstständigkeit einen Schwerpunkt. Inskünftig sollen sich selbstständige

Dienstleistungserbringende aus dem Ausland jederzeit vor Ort über ihre Selbständigkeit ausweisen können müssen. Es ist davon auszugehen, dass dies ab 1.1.2013 der Fall sein wird. Die Inspektoren des KIGA, vor allem aber auch der Zentralen Paritätischen Kontrollstelle des Ausbaugewerbes (ZPK) werden die Kontrolltätigkeit entsprechend auszurichten haben.

2201.002 E-Government

Mit der Anwendung ePublic betreibt das KIGA Baselland seit 2002 die erste eGovernment-Lösung im Kanton Basel-Landschaft. ePublic war Pilotprojekt im Rahmen der eGovernment-Strategie der Kantonalen Verwaltung und - neben Zürich - auch schweizweit die erste sich in Anwendung befindende Applikation in diesem Bereich. ePublic ermöglicht den im Kanton Basel-Landschaft ansässigen Unternehmungen die einfache und effiziente Verwaltung ihrer Grenzgängerbewilligungen. Gleichzeitig sichert die Anwendung dem Kanton den rechtskonformen Bewilligungsvollzug und die Erträge aus Gebühren. Insgesamt nutzen aktuell rund 1'400 im Kanton tätige Unternehmungen die Anwendung als registrierte Benutzer und führen jährlich im Mittel 11'400 Transaktionen aus. ePublic wurde in der Vergangenheit mehrmals nur punktuell und damit kostengünstig an die veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst. Um die Zukunftsfähigkeit der Anwendung längerfristig sicherzustellen, wurde schon per 2012 ins Auge gefasst, ePublic umfassend an die heutigen Gegebenheiten und Erfordernisse anzupassen. Aufgrund des zur Verfügung stehenden Budgets muss das Vorhaben nun auf 2013 verschoben werden.

2201.004 Kontrolltätigkeit EKAS

In seiner Beantwortung der Interpellation 2010/330 von LR Bruno Baumann "Mehr Arbeitsinspektoren - weniger Gesundheitskosten" hatte der Regierungsrat die Abklärung einer Ressourcenaufstockung im Bereiche der Arbeitsinspektion in Aussicht gestellt. Das KIGA beabsichtigt nun darauf gestützt, das Arbeitsinspektorat per 2013 um eine Stelle aufzustocken. Diese soll vornehmlich dazu eingesetzt werden, von der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS) bezahlte ASA-Systemkontrollen durchzuführen, womit dem Kanton keine Mehrkosten anfallen würden.

2201.005 100 Jahr-Jubiläum

Im Jahre 1913 wurde das Kantonale Arbeitsamt Basel-Landschaft, welches später unter Fusion mit dem Amt für Gewerbe, Handel und Industrie zum KIGA Baselland wurde, geschaffen. Das Jubiläum zum 100jährigen Bestehen soll in passendem Rahmen begangen werden.

2202 Abteilung Öffentliche Arbeitslosenkasse (KIGA)

Auftrag und Zielsetzungen

Die Öffentliche Arbeitslosenkasse unterstützt Stellensuchende mit Arbeitslosengeldern. Arbeitnehmende erhalten bei einem Konkurs ihres Arbeitgebers Leistungen aus der Insolvenzentschädigung. Firmen gewährt die Öffentliche Arbeitslosenkasse Schlechtwetter- oder Kurzarbeitsentschädigungen.

Die Aufwendungen der öffentlichen Arbeitslosenkasse werden vollumfänglich durch Bundesbeiträge aus dem Fonds der Arbeitslosenversicherung entschädigt. Dies bedeutet, dass dem Kanton alle Aufwendungen für Personal, Raum und Administration - bis auf eine allfällige Trägerhaftung - vergütet werden.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'707'961	2'747'266	2'706'818	-40'447	-1%	
304	Zulagen	48'435	24'356	30'999	6'643	27%	
305	Arbeitgeberbeiträge	475'208	453'792	441'439	-12'352	-3%	
310	Material- und Warenaufwand		5'000		-5'000	-100%	
313	Dienstleistungen und Honorare	4'510	7'500	5'000	-2'500	-33%	
391	Int Fakturen Dienstleistungen	19'170	51'000		-51'000	-100%	1
392	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungsko	152'169	152'169	143'663	-8'506	-6%	
	Total Aufwand	3'407'453	3'441'083	3'327'920	-113'163	-3%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	3'407'453	3'441'083	3'327'920	-113'163	-3%	

VGD

- 1 Infolge Systemumstellung beim Personalamt werden die Kurskosten für Personalentwicklungskurse der refinanzierten Stellen nicht mehr über die internen Verrechnungen abgewickelt.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Arbeitsrecht	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-3'407'453	-3'441'083	-3'327'920	113'163	3%	
Total Transferaufwand								
Total Transferertrag			-3'407'453	-3'441'083	-3'327'920	113'163	3%	
Transfers (Netto)			-3'407'453	-3'441'083	-3'327'920	113'163	3%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	29.7	30.6	30.6	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2202.001 DMS ASAL

Ab Herbst 2012 wird die Öffentliche Arbeitslosenkasse Baselland über ein elektronisches Datenmanagementsystem (DMS) verfügen. Das vom Bund zur Verfügung gestellte System wird es ermöglichen, von der bisher geforderten Dossierführung in Papierform abzugehen und auf die bereits in der Arbeitsvermittlung etablierte elektronische Dossierführung zu wechseln. Das Jahr 2013 wird im Zeichen dieses Wechsels stehen, der grosse Vereinfachungen verspricht, aber auch neue Abläufe und Schulung der Mitarbeitenden verlangt.

2203 Arbeitsvermittlung/Logistik arbeitsmarktliche Massnahmen/ Amtsstelle AVIG (KIGA)

Auftrag und Zielsetzungen

In diesem Profitcenter sind die umfangreichen Dienstleistungen erfasst, welche das KIGA Baselland nebst den finanziellen Leistungen der Öffentlichen Arbeitslosenkasse im Vollzug der Arbeitslosenversicherung erbringt. Es sind dies die Beratung und Vermittlung der Stellensuchenden in den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren, deren Unterstützung mit Bildungs- und Beschäftigungsmassnahmen, sowie diverse Sonderfunktionen (Vorentscheide zu Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen, sogenannte „Überweisungen zum Entscheid“ etc.). Die Aufwendungen der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren, der Logistik arbeitsmarktliche Massnahmen und der Amtsstelle AVIG (Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung) werden vollumfänglich durch Bundesbeiträge aus dem Fonds der Arbeitslosenversicherung entschädigt. Dies bedeutet, dass dem Kanton alle Aufwendungen für Personal, Raum und Administration - bis auf eine allfällige Trägerhaftung - vergütet werden.

Die Abteilung Ergänzende Massnahmen Arbeitslosenversicherung des KIGA unterstützt mit ihrem Angebot an Bildungs- und Beschäftigungsmassnahmen die rasche und nachhaltige Wiedereingliederung von Stellensuchenden in den Arbeitsmarkt. Sie trifft auch die Vorentscheide zu Kurzarbeits- und Schlechtwettergesuchen. Die Aufwendungen im Bereich Logistik Arbeitsmarktliche Massnahmen werden durch Bundesbeiträge aus dem Fonds der Arbeitslosenversicherung vollumfänglich entschädigt. Dies bedeutet, dass dem Kanton alle Aufwendungen für Personal, Raum und Administration - bis auf eine allfällige Trägerhaftung - vergütet werden.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter		500		-500	-100%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	10'209'742	10'753'209	10'704'765	-48'444	0%	
304	Zulagen	200'705	135'709	157'859	22'150	16%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'730'129	1'868'910	1'816'083	-52'826	-3%	
309	Übriger Personalaufwand	183'144	343'830	235'320	-108'510	-32%	1
310	Material- und Warenaufwand	104'316	93'800	93'800	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	217'146	201'600	220'880	19'280	10%	
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	160'361	183'800	155'400	-28'400	-15%	
313	Dienstleistungen und Honorare	272'278	289'470	241'230	-48'240	-17%	
314	Baulicher Unterhalt	24'150	2'300		-2'300	-100%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	100'343	100'480	107'360	6'880	7%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	915'417	1'012'600	917'300	-95'300	-9%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	46'883	51'500	50'000	-1'500	-3%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	110'659	104'250	79'100	-25'150	-24%	
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	190'225	185'200	196'900	11'700	6%	
425	Erlös aus Verkäufen	-220					
426	Rückerstattungen	-8'079					
447	Liegenschaftenertrag VV	-3'888					
	Total Aufwand	14'465'497	15'327'158	14'975'998	-351'160	-2%	
	Total Ertrag	-12'187					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	14'453'310	15'327'158	14'975'998	-351'160	-2%	

1 Die Kosten für die allgemeine Ausbildung und die Fachausbildung der Personalberater/innen werden abnehmen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Arbeitsrecht	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-14'453'310	-15'327'158	-14'975'998	351'160	2%	
Total Transferaufwand								
Total Transferertrag			-14'453'310	-15'327'158	-14'975'998	351'160	2%	
Transfers (Netto)			-14'453'310	-15'327'158	-14'975'998	351'160	2%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	111.5	118.3	118.3	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2203.02 Neue Leitungen der Abteilungen AV und E.M.A.

Das Jahr 2012 hat den pensionierungsbedingten Austritt in der Leitung der beiden Abteilungen in dieser Kostenstelle (Arbeitsvermittlung und Ergänzende Massnahmen) gebracht. Die beiden neuen Leitungskräfte werden sich im Jahr 2013 etablieren resp. bewähren müssen. Dies vor dem Hintergrund einer derzeit guten, hinsichtlich der künftigen Entwicklung aber recht unklaren Arbeitsmarktsituation.

2205 Amt für Wald

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Wald überwacht und vollzieht in beiden Basel mittel- und unmittelbar die Einhaltung und Umsetzung der waldrechtlichen Regelungen und Vorgaben. Die Erhaltung, der Schutz und die Pflege des Waldareals verfolgen folgende Zielsetzungen:

- Das "System Wald" wird zur Sicherung seiner vielfältigen Funktionen langfristig erhalten.
- Die Attraktivität des Siedlungsraums und die Vielfalt der Landschaften werden aktiv beeinflusst.
- Die nachhaltige Nutzung von Holz als Rohstoff und Energieträger sowie die Wirkung des Waldes zum Schutz von Mensch, Siedlung und Infrastruktur werden gewährleistet.
- Eine vielfältige Flora und Fauna werden erhalten und gefördert.
- Die Benützung des Waldes als Erholungsraum wird ermöglicht und beschränkt.
- Die Bevölkerung verfügt über ein hohes Mass an Waldverständnis und der Forstdienst ist qualifiziert.

Daraus ergeben sich folgende wichtigen Aufgabengebiete:

- Erarbeiten der mittel- und langfristigen walddpolitischen Zielsetzungen. Beraten der Direktion / des Departements in walddpolitischen und walddrechtlichen Fragen.
- Aktive Vertretung der Waldinteressen auf allen Verwaltungsebenen.
- Erheben der für die Ziele und die Kontrolle einer umfassenden Nachhaltigkeit notwendigen Daten.
- Gewährleisten einer auf die nachhaltige Erfüllung aller Walddfunktionen ausgerichteten Bewirtschaftung der Wälder; Formulierung von Grundsätzen der waldbaulichen Behandlung.
- Koordination der öffentlichen Interessen und Sicherstellen der öffentlichen Ziele im Wald und in der Walderhaltung.
- Beratung und Unterstützung von Forstbetrieben, Waldeigentümern und Revierförstern.
- Bewirtschaftung der Waldungen im Eigentum des Kantons.
- Bereitstellung von adressatengerechten Informationen über die Bedeutung von Wald und Holz.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	10'490	13'000	10'500	-2'500	-19%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'488'632	1'418'017	1'366'134	-51'883	-4%	
304	Zulagen	15'362	13'837	10'213	-3'624	-26%	
305	Arbeitgeberbeiträge	305'046	265'436	288'884	23'448	9%	
309	Übriger Personalaufwand	143					
310	Material- und Warenaufwand	58'038	43'100	44'100	1'000	2%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	3'700	30'000	23'000	-7'000	-23%	
313	Dienstleistungen und Honorare	460'455	465'499	953'900	488'401	105%	1,A, B
314	Baulicher Unterhalt	23'748	25'000	25'000	0	0%	
315	Unterhalt Mobilen/immaterielle Anlagen	112	5'000	1'000	-4'000	-80%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	42'619	36'000	39'300	3'300	9%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand		500	500	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	74	100	100	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-20'400	-30'000	-35'000	-5'000	-17%	
425	Erlös aus Verkäufen	-126'999	-50'750	-182'060	-131'310	-259%	2
426	Rückerstattungen	-16'938	-20'000	-25'000	-5'000	-25%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge		-150'000	-100'000	50'000	33%	3
440	Zinsertrag	-12	-30	-30	0	0%	
	Total Aufwand	2'408'420	2'315'489	2'762'630	447'141	19%	
	Total Ertrag	-164'350	-250'780	-342'090	-91'310	-36%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'244'071	2'064'709	2'420'540	355'831	17%	

1 Kontrollstichproben für das Revier Liestal / Lausen und Einsatz der Bundesmittel für die notwendigsten Nachführungen der Naturgefahrenkarte.

2 Es fallen grössere Holzschläge mit grossem Holzertrag an.

3 Es sind weniger Rodungsgeschäfte mit Vorteilsausgleich zu erwarten.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Wald	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	458'944	490'000	513'000	23'000	5%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'154'140	2'534'500	2'069'000	-465'500	-18%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-944'379	-1'274'000	-893'526	380'474	30%	2
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-52'250	-60'000	-116'551	-56'551	-94%	1
Total Transferaufwand			2'613'084	3'024'500	2'582'000	-442'500	-15%	
Total Transferertrag			-996'629	-1'334'000	-1'010'077	323'923	24%	
Transfers (Netto)			1'616'456	1'690'500	1'571'923	-118'577	-7%	

- 1 Die Differenz ergibt sich aus dem Wegfall der Beiträge im Zusammenhang mit der Naturgefahrenkarte (Abschluss) sowie denjenigen im Bereich Naturschutz im Wald (voraussichtlich direkt über die BUD verrechnet).
- 2 Die Beiträge des Bundes im Bereich Naturgefahrenkarte fallen weg bzw. werden für Naturschutz im Wald voraussichtlich direkt der BUD überwiesen.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Naturgefahrenkarte 2006-2011	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	210'250					
Walddauerbeobachtung 2008-2013	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	119'437	119'000	36'725	-82'275	-69%	1
Total Verpflichtungskredite Aufwand			329'687	119'000	36'725	-82'275	-69%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			329'687	119'000	36'725	-82'275	-69%	

- 1 Der Verpflichtungskredit läuft per 30. April 2013 aus.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	11.6	11.4	11.1	-0.3	-2.6%

- 0.3 Stellen Entlastungsprogramm (EP 12/15 Ü-7 Massnahme Bereich Rechnungswesen)

Jahresprogramm

2205.003 Schonung von Boden, Luft und Wasser

Auf Basis der neu erstellten Waldbodenkarte wird schrittweise ein Informationsnetz über den Wassergehalt typischer bzw. empfindlicher Waldböden aufgebaut. Das System soll dazu beitragen, Schäden durch "das Befahren der Böden zum falschen Zeitpunkt" zu verringern.

2205.004 Waldpflege und Waldbeobachtung

Der Schutzwald erfüllt die Qualitätskriterien gemäss NaiS (Nachhaltigkeit im Schutzwald). Wälder in Bacheinhängen sowie entlang von Kantonsstrassen sind so gepflegt, dass sich keine zusätzliche Gefährdung für die Bevölkerung ergibt. Die Ergebnisse aus der Walddauerbeobachtung dienen als Frühwarnsystem über die Auswirkungen von Immissionen aus der Luft und der Veränderung des Klimas.

2205.005 Teilrevision Waldgesetz (Vorarbeiten)

Änderungen des Waldgesetzes auf nationaler Ebene (Flexibilisierung Waldflächenpolitik) und die Umsetzung aus der Petition "Wanderwege für Mountainbiker" erfordern Anpassungen der kantonalen Waldgesetzgebungen.

A 2205.006 Monitoring Asiatischer Laubholzbockkäfer

Der Asiatische Laubholzbockkäfer gilt gemäss Eidgenössischer Pflanzenschutzverordnung als besonders gefährlicher Schadorganismus. Die Überwachung der Ausbreitung und die Bekämpfung des Schädlings sind kantonale Aufgaben. Das 2012 gestartete Monitoring wird fortgesetzt und allenfalls erweitert. Befall wird konsequent beseitigt.

B 2205.007 Nachführung Naturgefahrenkarte

Die Naturgefahrenkarte ist nicht statisch, sondern muss laufend / periodisch nachgeführt werden. Auslöser dazu sind getroffenen Massnahmen zur Gefahrenreduktion, Erweiterungen von Baugebieten oder auch die Folgen aus eingetretenen Ereignissen. Die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel sollen genutzt werden.

2206 Amt für Geoinformation

Auftrag und Zielsetzungen

Dem Amt obliegen die operative Führung der amtlichen Vermessung im Kanton sowie die Führung und der Betrieb des kantonalen Geoinformationssystems (GIS). Es vollzieht die Aufgaben im Bereich der Geoinformation, die dem Kanton durch eidgenössische und kantonale Gesetze, Verordnungen und Beschlüsse übertragen sind. Das Amt nimmt die kantonale Aufsicht über die Erhebung, Erneuerung und Nachführung der amtlichen Vermessung sowie die Aufsicht über den kommunalen Leitungskataster und das Baulandumlegungsverfahren wahr. Die angegliederten Kreisgeometerbüros Arlesheim und Liestal besorgen die laufende und periodische Nachführung der amtlichen Vermessung in den ihnen übertragenen Gemeinden und führen Bau- und Ingenieurvermessungen aus. Die GIS-Fachstelle sorgt für die koordinierte Weiterentwicklung der Geoinformationssysteme in der Verwaltung und betreibt und pflegt die kantonale Geodateninfrastruktur. Zudem berät und unterstützt sie die Direktionen, Dienststellen, Gemeinden und Dritte und nimmt die Koordination mit dem Bund und den Nachbarkantonen im Bereich der Geoinformation wahr.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	5'891	10'000	10'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'858'289	2'788'007	2'505'854	-282'152	-10%	1
304	Zulagen	24'859	26'257	19'295	-6'962	-27%	1
305	Arbeitgeberbeiträge	493'188	566'493	523'575	-42'918	-8%	1
309	Übriger Personalaufwand	930	5'100	5'100	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	58'150	65'000	59'000	-6'000	-9%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	271'146	351'000	341'000	-10'000	-3%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'060'623	1'031'000	1'167'160	136'160	13%	2,A
314	Baulicher Unterhalt	1'937	5'000	2'000	-3'000	-60%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	2'052	5'000	5'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	45'633	60'000	40'000	-20'000	-33%	3
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-1'908	3'000	3'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand		1'000	1'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	99	100	100	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-1'107'589	-1'310'000	-1'120'000	190'000	15%	4
425	Erlös aus Verkäufen	-106'837	-95'000	-65'000	30'000	32%	4
426	Rückerstattungen	-76'899	-97'000	-85'000	12'000	12%	5
440	Zinsertrag	-14	-20	-20	0	0%	
	Total Aufwand	4'820'890	4'916'957	4'682'084	-234'873	-5%	
	Total Ertrag	-1'291'339	-1'502'020	-1'270'020	232'000	15%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	3'529'551	3'414'937	3'412'064	-2'873	0%	

VGD

- 1 Ordentliche Pensionierungen.
- 2 Amtliche Vermessung: Besondere Anpassung von ausserordentlich hohem nationalen Interesse (BANI) zur Werterhaltung und -steigerung der Daten der amtlichen Vermessung. Geografisches Informationssystem: siehe Jahresprogramm 2206.006.
- 3 Der Grossanlass "100 Jahre amtliche Vermessung" ist Geschichte.
- 4 Teilweiser Abbau der Leistungen des Kreisgeometerbüros Liestal.
- 5 Vermehrter Bezug der Geobasisdaten direkt über den GeoShop BL.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Geoinformation	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	2'440	2'000	2'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	119'673	109'400	113'100	3'700	3%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-1'006'459	-613'500	-1'040'000	-426'500	-70%	1
Total Transferaufwand			122'113	111'400	115'100	3'700	3%	
Total Transferertrag			-1'006'459	-613'500	-1'040'000	-426'500	-70%	
Transfers (Netto)			-884'346	-502'100	-924'900	-422'800	-84%	

- 1 Der Zahlungsmodus Bund hat zu Gunsten Kanton geändert (provisorische Bundesabgeltung von 80% während Laufzeit [vorher 50%] und Abschluss im Jahr der Anerkennung [vorher im Folgejahr]). Die Auswirkung dieses Systemwechsels zeigt sich erstmals für das Jahr 2013.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Realisierung AV93, 2. Etappe	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	877'183	290'000	100'000	-190'000	-66%	1,B
	46	Transferertrag	-685'137	-417'500	-206'000	211'500	51%	1,B
		Total	192'045	-127'500	-106'000	21'500	17%	
Realisierung AV93, 3. Etappe	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			119'000	119'000	X	2,B
	46	Transferertrag			-55'000	-55'000	X	2,B
		Total			64'000	64'000	X	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			877'183	290'000	219'000	-71'000	-24%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-685'137	-417'500	-261'000	156'500	37%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			192'045	-127'500	-42'000	85'500	67%	

- 1 Abschlussarbeiten, Abschluss 2014.
2 Zur plausiblen Abschätzung des Verpflichtungskredits in der Landratsvorlage AV 93, 3. Etappe (2013) werden repräsentative Pilotprojekte durchgeführt.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	23.2	23.6	20.1	-3.5	-14.8%

- 1.4 Stellen aufgrund ordentlicher Pensionierungen; - 0.1 Stellen aufgrund Anpassung an Stellenplan; - 2.0 Stellen aufgrund von Kündigungen.

Jahresprogramm

B 2206.002 Neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93)

Die AV 93 wird in der Leistungsvereinbarung 2013 fortgesetzt. Grundlage dazu ist die LRV 2001 / 022 mit dem Verpflichtungskredit 2001 - 2008 (mittlerweile bis 2011), LRB 1281 / 01 total CHF 13.1 Mio. Per Ende 2011 verbraucht: CHF 11'225'111 (Brutto), Restkredit: CHF 1'880'889 (Brutto).

In dieser AV 93 2. Etappe wird das gesamte Baugebiet bis Ende 2014 aufgearbeitet.

Zum Abschluss der Verbundsaufgabe AV 93 wird dem Landrat 2013 eine Vorlage betreffend der 3. Etappe - AV 93 ausserhalb Baugebiet - zum Beschluss unterbreitet. Zur plausiblen Abschätzung des Verpflichtungskredits werden vier repräsentative Pilotprojekte durchgeführt. Die Zeitspanne der Umsetzung des Landratsbeschlusses wird zwischen 2015 - 2020 veranschlagt.

2206.005 Periodische Nachführung (PNF) Amtliche Vermessung

In der PNF werden die Bestandteile der amtlichen Vermessung, für welche kein Meldesystem geregelt ist, längstens alle 12 Jahre nachgeführt. Es sind dies insbesondere ausserhalb dem Baugebiet die Waldränder, bestockte Flächen sowie Wald- und Feldstrassen.

Nach Abschluss der PNF 2014 verfügt Basel-Landschaft flächendeckend über Basispläne mit den Massstäben 1 : 2500 / 5000 / 10'000. Die Basispläne werden generisch aus den aktuellen Daten der amtlichen Vermessung erzeugt und ersetzen die Übersichtspläne.

A 2206.006 Pflege und Weiterentwicklung der kantonalen Geodateninfrastruktur

Nachdem bedeutende Teile der zentralen GIS-Infrastruktur zwischen 2010 und 2012 erneuert wurden, sind verschiedene in der ersten Phase zurückgestellte Geoapplikationen wie z. B. der Downloaddienst GeoShop BL und der neue Katalogdienst geocat.ch II des Bundes in die neue Umgebung einzubetten. Für die laufende Reform des Leitungskatasters sind verschiedene Tools zur Qualitätssicherung dieser Geodaten bereitzustellen. Die kontinuierliche Harmonisierung der Geodaten und Geodienste an die Anforderungen des Bundesgesetzes über Geoinformation (GeolG) wird fortgesetzt.

2207 Landwirtschaftliches Zentrum Ebenrain (LZE)

Auftrag und Zielsetzungen

Das Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain ist ein Kompetenzzentrum für Landwirtschaft, Landschaft und Hauswirtschaft. Es vollzieht Massnahmen des Landwirtschafts-, des Umweltschutz- sowie des Natur- und Landschaftsschutzgesetzes.

Mit der landwirtschaftlichen Ausbildung werden das Fachwissen, das Umweltbewusstsein und die Selbständigkeit der Landwirte gefördert.

Die Weiterbildung unterstützt die Fähigkeiten zur Anpassung an schnell ändernde Rahmenbedingungen und an eine markt- und umweltgerechte Produktion.

Der Bereich "Hauswirtschaft und Garten" ist zuständig für die hauswirtschaftliche Weiterbildung und Beratung. Es werden grundlegende ökonomische, ökologische und gesundheitsfördernde Kenntnisse vermittelt. Angeboten werden die Vorlehre hauswirtschaftlicher Richtung und ein Schulgarten für praxisbezogene Kurse. Es wird eine Tagungsstätte für Auszubildende sowie für kantonsinterne und -externe Benützerinnen und Benützer geführt.

Der Vollzug der agrarpolitischen Massnahmen umfasst folgende Aufgaben:

1. Direktzahlungen, der Schutz und die Förderung von ökologischen Ausgleichsflächen sowie die Beiträge an biologischen Landbau u.a. Das Landwirtschaftliche Zentrum Ebenrain erhebt im Auftrag des Bundes die Agrardaten und erfasst auch die Tierbestände Privater.
2. Tierhaltung: Förderung wirtschaftlicher und leistungsfähiger Zuchttiere sowie des Viehabsatzes.
3. Pflanzenbau, Spezialkulturen: Förderung von Anbau, Vermarktung und Qualitätssicherung von Obst, Trauben, Gemüse, Beeren.
4. Strukturverbesserungen: Aufsicht, finanzielle Abwicklung und Verfahrensleitung von Bodenverbesserungen (Meliorationen), Bearbeitung und Gewährung von Hochbaubeiträgen, von Investitionskrediten und Betriebshilfedarlehen, Vollzug von Boden- und Pachtrecht sowie Mitarbeit in der Raumplanung.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	21'472	20'500	20'000	-500	-2%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	3'586'868	3'611'349	3'811'122	199'773	6%	1
304	Zulagen	45'064	40'583	40'457	-126	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	596'348	612'963	683'798	70'835	12%	2
309	Übriger Personalaufwand	2'744	16'500	5'500	-11'000	-67%	
310	Material- und Warenaufwand	310'804	384'000	337'000	-47'000	-12%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	91'746	99'200	95'200	-4'000	-4%	
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	36'460	47'000	43'500	-3'500	-7%	
313	Dienstleistungen und Honorare	185'812	382'000	271'900	-110'100	-29%	3
314	Baulicher Unterhalt	27'803	30'000	30'000	0	0%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	8'779	31'500	16'500	-15'000	-48%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	29'126	28'500	34'300	5'800	20%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	79'043	81'500	78'500	-3'000	-4%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-1'491	200	500	300	150%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand		1'000		-1'000	-100%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	194	200	200	0	0%	
351	Übertrag Fonds EK / StaatsRG		50'000		-50'000	-100%	4
370	Durchlaufende Beiträge	55'299'111	56'340'000	56'393'000	53'000	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-25'855	-38'000	-34'000	4'000	11%	
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-120'815	-162'000	-141'000	21'000	13%	
423	Schul- und Kursgelder	-152'829	-137'000	-183'000	-46'000	-34%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen			-48'000	-48'000		X 5

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
425	Erlös aus Verkäufen	-80'672	-75'500	-86'400	-10'900	-14%	
426	Rückerstattungen	-67'046	-45'000	-8'000	37'000	82%	5
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-16'139	-10'000	-10'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-31	-100	-50	50	50%	
447	Liegenschaftenertrag VV	-60'910	-56'950	-61'600	-4'650	-8%	
470	Durchlaufende Beiträge	-55'299'111	-56'340'000	-56'393'000	-53'000	0%	
	Total Aufwand	60'319'882	61'776'995	61'861'477	84'482	0%	
	Total Ertrag	-55'823'408	-56'864'550	-56'965'050	-100'500	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	4'496'475	4'912'445	4'896'427	-16'018	0%	

- 1 Die steigende Schülerzahl bei der landwirtschaftlichen Berufsfachschule 2012/2013 führt zu einer Doppelführung der Klasse und mehr Lektionen und somit zu einer höheren Lohnsumme.
- 2 Die Erhöhung ist auf zwei zu erwartende Vorpensionierungen zurück zu führen.
- 3 Die Projekte im Jahresprogramm 2013 werden um CHF 60'000 gekürzt. Für die Feuerbrandbekämpfung werden CHF 15'000 weniger budgetiert
- 4 Verschiebung des Aufwandes für Spezialfinanzierung Betriebshilfe von Konto 351 Einlagen Fonds/Spezialfinanzierung EK CHF 50'000 an Konto 363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte.
- 5 Verschiebung des Teils Einnahmen von Dienstleistungen für Dritte CHF 48'000, bisher auf Konto 426 Rückerstattungen gebucht, wird neu dem zutreffenden Konto 424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen zugeführt.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Landwirtschaft	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	116'784	151'000	141'000	-10'000	-7%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'211'606	1'603'275	1'536'175	-67'100	-4%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-35'088	-13'500	-6'000	7'500	56%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-46'117	-44'600	-44'600	0	0%	
Melioration	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	103'000	350'000	650'000	300'000	86%	2
Total Transferaufwand			2'431'390	2'104'275	2'327'175	222'900	11%	
Total Transferertrag			-81'204	-58'100	-50'600	7'500	13%	
Transfers (Netto)			2'350'186	2'046'175	2'276'575	230'400	11%	

- 1 Die Kantonsbeiträge an kleinere Meliorationenprojekte ohne Verpflichtungskredite werden um CHF 50'000 gekürzt.
- 2 Die Meliorationen Blauen und Brislach befinden sich in der Projektphase der Grundlagenbeschaffung, bei der Melioration Wahlen beginnt die Bauphase, die zu höheren Auszahlungen der kantonalen Mittel führt.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Gesamt melioration Blauen 2009-2018	36	Transferaufwand		100'000	150'000	50'000	50%	1
Gesamt melioration Brislach 2008-2017	36	Transferaufwand	63'000	150'000	200'000	50'000	33%	1
Gesamt melioration Wahlen 2009-2021	36	Transferaufwand	40'000	100'000	300'000	200'000	200%	2
Erweiterungsbau SHL Zollikofen	36	Transferaufwand	510'143					
Total Verpflichtungskredite Aufwand			613'143	350'000	650'000	300'000	86%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			613'143	350'000	650'000	300'000	86%	

- 1 Die Meliorationen Blauen und Brislach befindet sich in der Projektphase der Grundlagenbeschaffung, die zu höheren Auszahlungen der kantonalen Mittel führt.
- 2 Bei der Melioration Wahlen beginnt die Bauphase, die zur höheren Auszahlung der kantonalen Mittel führt.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	30.1	31.1	31.1	0.0	-0.1%

Jahresprogramm

2207.001 Nutzungskonzept für Wald und Flur

Landwirtinnen und Landwirte, Waldwirtschaftsbetriebe, Reiterinnen und Reiter, Hundebesitzerinnen und -besitzer, Naturschützerinnen und Naturschützer, OL-Läuferinnen und -läufer, Mountainbiker, Wanderer, Familien: Alle nutzen Wald und Flur. Es gilt, diese Nutzung zu koordinieren und die Rahmenbedingungen abzustecken. Die Vorarbeiten, die 2012 unter Leitung des Amtes für Raumplanung gemacht werden, werden konkretisiert. Die Rolle des Kantons soll definiert und das gegenseitige Verständnis der verschiedenen Bevölkerungsgruppen durch konkrete Aktivitäten gefördert werden.

2207.002 Schonung von Boden, Luft und Wasser

Die Ressourcenprojekte nach Bundesrecht sollen in Zusammenarbeit mit Privaten oder Gemeinden gezielt in Angriff genommen werden. Das Programm zur Reduktion des Ammoniaks, das 2012 genehmigt wurde, befindet sich 2013 im ersten vollen Jahr der Umsetzung.

2207.003 Absatz für heimische Nahrungsmittel

Die Landwirtschaft ist primär Lieferant von Nahrungsmitteln. Die Gesellschaft erwartet auch Leistungen in der Pflege der Kulturlandschaft und der Biodiversität. Diese Leistungen kann die Landwirtschaft nur erbringen, wenn der primäre Auftrag gut erfüllt werden kann. Es gilt deshalb, ihr gute Rahmenbedingungen für den Absatz der Produkte zu verschaffen. Dies soll durch die Unterstützung von Marketingmassnahmen und die Ansiedlung von Verarbeitungsbetrieben geschehen.

2207.004 Fort- und Weiterbildung

Die Veränderungen in der Landwirtschaft (Technologie, Organisation und Umwelt) sind enorm gross und erfordern eine dauernde berufliche Fort- und Weiterbildung. Der Kanton bietet die nötigen Kurse an und unterstützt die Angebote Dritter.

2207.005 ErnährungPlus

Mit Informationen, Kursen und Beratungen werden die ausgewogene Ernährung für Jung und Alt sowie die Verwendung landwirtschaftlicher Produkte aus der Region gefördert.

2208 Kantonales Laboratorium

Auftrag und Zielsetzungen

Das Kantonale Laboratorium vollzieht die eidgenössische und kantonale Lebensmittelgesetzgebung sowie Teile der Landwirtschafts-, Epidemien-, Gesundheits- und Strahlenschutzgesetzgebung. Es sorgt durch Inspektionen und analytische Untersuchungen von Stichproben dafür, dass im Kanton keine gesundheitsgefährdenden Lebensmittel, Trinkwasser und Gebrauchsgegenstände wie Geschirr, Kosmetika, Textilien und Spielwaren in Verkehr gebracht werden. Das Amt hat auch sicherzustellen, dass niemand im Umgang mit Lebensmitteln getäuscht wird. Es informiert und berät gezielt über geeignete Kanäle Verbraucherinnen und Verbraucher wie auch Vollzugsadressaten. Zur Aufgabe gehören neben der Kontrolle von Solarien und Saunas auch die Überwachung der Badewasserqualität und der Hygiene in öffentlichen Bädern und Flussbadestellen.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'212'863	2'208'615	2'752'059	543'444	25%	A
304	Zulagen	40'078	37'694	45'527	7'832	21%	
305	Arbeitgeberbeiträge	371'803	376'658	474'591	97'932	26%	A
309	Übriger Personalaufwand	51'962	42'000	75'000	33'000	79%	A
310	Material- und Warenaufwand	238'461	222'600	312'100	89'500	40%	A
311	Nicht aktivierbare Anlagen	98'868	225'400	340'400	115'000	51%	A,B
312	Wasser, Energie, Heizmaterial		500	700	200	40%	A
313	Dienstleistungen und Honorare	64'147	57'475	87'300	29'825	52%	A
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	33'854	50'000	70'000	20'000	40%	A
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	30'990	30'000	33'300	3'300	11%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	5'509	500	600	100	20%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'505	1'000	700	-300	-30%	
341	Realisierte Kursverluste	50					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	102	50	50	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-665'592	-779'600	-791'500	-11'900	-2%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-29'831	-40'700	-37'500	3'200	8%	
425	Erlös aus Verkäufen	-376	-1'000	-500	500	50%	
426	Rückerstattungen	-400		-200	-200	X	
440	Zinsertrag	-12	-100	-10	90	90%	
	Total Aufwand	3'150'192	3'252'492	4'192'326	939'834	29%	
	Total Ertrag	-696'211	-821'400	-829'710	-8'310	-1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'453'982	2'431'092	3'362'616	931'524	38%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Rückerst. Zollproben, Grenzkontr., etc.	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-13'455	-12'000	-13'000	-1'000	-8%	
Total Transferaufwand								
Total Transferertrag			-13'455	-12'000	-13'000	-1'000	-8%	
Transfers (Netto)			-13'455	-12'000	-13'000	-1'000	-8%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	21.0	21.0	25.9	4.9	23.3%

Siehe Jahresprogrammpunkt Nr. 2008.003

Jahresprogramm

B 2208.001 Trinkwasserüberwachung

Die Untersuchungsprogramme und die Analytik für die Trinkwasserüberwachung werden auf den modernsten Stand gebracht. Die Wasserversorgungen, welche durch Deponien beeinflusst werden könnten, werden nach den neuesten Kenntnissen untersucht. Es ist geplant das Untersuchungsprogramm auf polare Stoffe auszuweiten. Dazu ist die Anschaffung eines (LC-MS) Liquid-Chromatographen / Massenspektrometers (2012/2013, CHF 400'000.-) und die Zusammenarbeit mit der EAWAG geplant.

A 2208.003 Integration der BUD-Wasseranalytik ins Kantonslabor

Per 1. Januar 2013 ist das Umweltanalytiklabor des Amtes für Umweltschutz und Energie (AUE) organisatorisch als eigene Abteilung in das Kantonale Laboratorium eingegliedert. Der Zusammenschluss fusst auf den Entlastungsmassnahmen VGD-KI-13 und BUD-KI-3. Mit diesem Zusammenschluss wurden Budgetmittel im Umfang von gesamthaft CHF 1.08 Mio. von der BUD (AUE) zur VGD (Kantonales Laboratorium) transferiert. Gleichzeitig findet ein Stellentransfer im Umfang von 5.9 Stellen statt, wovon als Entlastungsmassnahme im Jahre 2013 eine Stelle und im Jahre 2014 alsdann eine weitere Stelle abgebaut wird.

2209 Zentralwäscherei

Auftrag und Zielsetzungen

Dienststelle ab 1. Januar 2012 aufgehoben.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	3'006'052					
305	Arbeitgeberbeiträge	558'263					
306	Arbeitgeberleistungen	42'959					
309	Übriger Personalaufwand	6'969					
310	Material- und Warenaufwand	225'365					
311	Nicht aktivierbare Anlagen	2'541'647					
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	76'117					
313	Dienstleistungen und Honorare	76'923					
314	Baulicher Unterhalt	85'169					
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	182'208					
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	21'761					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	3'180					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	444					
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	426'986					
340	Zinsaufwand	49					
341	Realisierte Kursverluste	-3'904					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	391					
391	Int Fakturen Dienstleistungen	747'680					
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-13'190					
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-1'200'792					
426	Rückerstattungen	-2'104					
440	Zinsertrag	-657					
447	Liegenschaftenertrag VV	-7'656					
451	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	-563'986					
491	Int Fakturen Dienstleistungen	-6'438'503					
	Total Aufwand	7'998'261					
	Total Ertrag	-8'226'887					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-228'626					

VGD

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
2209.999 Sammelkto. Hochbau Allgemein	50	Sachanlagen	572'758					
Total Investitionsausgaben			572'758					
Total Investitionseinnahmen								
Total Nettoinvestitionen			572'758					

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	46.5				

2210 Kantonsspital Liestal

Auftrag und Zielsetzungen

Dienststelle ab 1. Januar 2012 aufgehoben.

Erfolgsrechnung (Globalbudget)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
	Total Aufwand	215'351'191					
	Total Ertrag	-163'649'260					
	Ergebnis Erfolgsrechnung	51'701'931					

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
2210.999 Sammelkto. Hochbau Allgemein	50	Sachanlagen	3'908'866					
2210.999 Sammelkto. Instandsetzung	50	Sachanlagen	1'281'821					
2210.999 Sammelkto. Masch./App./Instrum.	50	Sachanlagen	4'061'369					
Total Investitionsausgaben			9'252'056					
Total Investitionseinnahmen								
Total Nettoinvestitionen			9'252'056					

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	1'125.0				

2211 Kantonsspital Bruderholz

Auftrag und Zielsetzungen

Dienststelle ab 1. Januar 2012 aufgehoben.

Erfolgsrechnung (Globalbudget)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
	Total Aufwand	195'209'385					
	Total Ertrag	-138'273'947					
	Ergebnis Erfolgsrechnung	56'935'438					

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
2211.999 Sammelkto. Hochbau Allgemein	50	Sachanlagen	2'546'126					
2211.232 Neubau KSB/ZAR	50	Sachanlagen	507'308					
2211.252 Sicherh.relev. Massn. 2. Etappe	50	Sachanlagen	3'331'902					
2211.999 Sammelkto. Masch./App./Instrum.	50	Sachanlagen	2'528'112					
Total Investitionsausgaben			8'913'448					
Total Investitionseinnahmen								
Total Nettoinvestitionen			8'913'448					

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	1'128.9				

VGD

2212 Kantonsspital Laufen

Auftrag und Zielsetzungen

Dienststelle ab 1. Januar 2012 aufgehoben.

Erfolgsrechnung (Globalbudget)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
	Total Aufwand	35'863'888					
	Total Ertrag	-26'210'930					
	Ergebnis Erfolgsrechnung	9'652'958					

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
2212.999 Sammelkto. Instandsetzung	50	Sachanlagen	513'336					
2212.277 OP's Trakt u. Cat	50	Sachanlagen	599'460					
2212.999 Sammelkto. Masch./App./Instrum.	50	Sachanlagen	163'610					
Total Investitionsausgaben			1'276'406					
Total Investitionseinnahmen								
Total Nettoinvestitionen			1'276'406					

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	203.0				

2213 Kantonale Psychiatrische Dienste (KPD)

Auftrag und Zielsetzungen

Dienststelle ab 1. Januar 2012 aufgehoben.

Erfolgsrechnung (Globalbudget)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
	Total Aufwand	100'528'911					
	Total Ertrag	-63'416'287					
	Ergebnis Erfolgsrechnung	37'112'623					

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
2213.999 Sammelkto. Hochbau Allgemein	50	Sachanlagen	1'098'944					
2213.999 Sammelkto. Instandsetzung	50	Sachanlagen	3'622'014					
2213.999 Sammelkto. Masch./App./Instrum.	50	Sachanlagen	1'207'099					
Total Investitionsausgaben			5'928'056					
Total Investitionseinnahmen								
Total Nettoinvestitionen			5'928'056					

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	606.6				

Bau- und
Umweltschutzdirektion

BUD

Beitrag zu strategischen Zielen

Die Querschnittsfunktionen Infrastruktur, Planung, Bewilligung und Umweltschutz weisen zu allen Schwerpunktfeldern einen hohen Bezug auf.

1. Innovation und Wertschöpfung

Die BUD erstellt, betreibt und unterhält die kantonale Infrastruktur. Diese ist Grundvoraussetzung für prosperierende Gesellschaft und Wirtschaft. Bewirtschaftung und Werterhaltung der bestehenden Infrastruktur kommt höchste Priorität zu. Die baulichen Anlagen müssen über lange Zeit erhalten, dauerhaft betriebsbereit und sicher gehalten werden. Allein die baulichen Aktivitäten für die Infrastruktur stellen einen beachtlichen Teil der Wertschöpfung der Region dar.

Für die notwendigen Verkehrsbeziehungen sind gut ausgebaute, betriebsbereite Verkehrsnetze unerlässlich. Nebst Werterhaltung sind Sicherstellung von Verkehrssicherheit und Verkehrsfluss sehr bedeutsam. Der Dynamik von Geländestabilität und Hochwasserereignissen ist als weitere Voraussetzung für die Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft zu begegnen.

Anlagen zur Ver- und Entsorgung sind für geordnete Wirtschafts- und Siedlungsverhältnisse Voraussetzung. Im technisch-industriellen Umweltschutz sorgt die BUD für einen gesetzeskonformen, sicheren Betrieb von Abwasserreinigungs- und Energie-Anlagen sowie Abfallentsorgung. Mit der integralen Wasserstrategie soll die aktuelle Versorgungssicherheit erhalten bleiben. Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes und Umsetzung des Bundesgesetzes über die Stromversorgung leisten einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit.

Die Infrastruktur der Verwaltungsbauten leistet indirekt wesentliche Beiträge an Innovation und Wertschöpfung. Zur Bereitstellung des notwendigen Raums sind zahlreiche Projekte von prioritärer Bedeutung.

Mit der Raumplanung müssen die Nutzungsmöglichkeiten der Flächen klar ausgedehnt sein. Aufbau von Raumbeobachtung sowie Bewirtschaftung eines zweckdienlichen Liegenschaftsportfolio unterstützen die Entwicklung. Die Bewilligungsverfahren für alle Nutzungsarten müssen rasch und rechtssicher abgewickelt werden, was für ansässige wie potentielle Investoren einen wichtigen Faktor darstellt.

Transparenter Umgang mit Altlasten, Vollzug von Schadstoffminderungsmaßnahmen sowie Vorkehrungen zur Minimierung der Risiken mit dem Ziel, die Eigenverantwortung der Betriebe nachhaltig zu unterstützen, schaffen kalkulierbare, klare Bedingungen.

2. Basel-Bildungs Landschaft (BBL)

Der Beitrag unserer Infrastruktur - insbesondere der Bildungsbauten - ist unverkennbar. Bewirtschaftung und Werterhaltung der Bildungsbauten kommt höchste Priorität zu. Diese müssen über lange Zeit erhalten und sicher betrieben werden. Ohne funktionierendes Verkehrsnetz sind die Bildungsorte nicht erreichbar.

Sanierung, Umbau, Ausbau und Neubau der Schulbauten der Sekundarschulstufen I und II bilden einen Beitrag zur Sicherung des Bildungsangebots und zur Umsetzung von Harmos. Insbesondere die Übernahme der rund 100 Gebäude der Sekundarschulbauten durch den Kanton mit einem durchschnittlichen Alter von 42 Jahren löst eine grosse Anzahl Bauprojekte aus.

Bei den partnerschaftlichen Projekten für die Universität Basel und für die Fachhochschule Nordwestschweiz trägt die BUD bei Projektierung und Realisierung die Verantwortung für die Interessenwahrung des Kantons.

3. Zusammenleben in Baselland

Zusammenleben ohne Verkehrsinfrastruktur, welche sämtlichen Bevölkerungsgruppen in allen Kantonsteilen offen stehen, ist undenkbar. Gut ausgebaute, betriebsbereite Verkehrsnetze ermöglichen erst das Miteinander. Dabei spielt der öffentliche Verkehr eine herausragende Rolle, weil dieser ohne Alterslimiten genutzt werden kann und gleichzeitig integratives Sozialverhalten fordert.

Die Bedeutung des Schutzes vor Naturgefahren ist nicht nur für Siedlungsgebiete, sondern auch für die verbindende Mobilität von grosser Wichtigkeit. Bei ungenügender Schutz-Infrastruktur ist rasch eine Talschaft isoliert.

Die Umsetzung des Kantonalen Richtplans zur Aufteilung in Wohnen, Verkehr, Arbeit, Freizeit, ebenso wie die Bewältigung von Umweltherausforderungen sowie Ver- und Entsorgungsaufgaben, fördern ein geordnetes Zusammenleben.

4. Natur- und Klimawandel

Eine Kernaufgabe der BUD besteht darin, dem Natur- und Klimawandel mit Instrumenten von Umweltschutz, Bau-, Planungs-, Sicherheits- und Verkehrsmassnahmen zu begegnen.

Die BUD verhält sich als Anbieter der Infrastrukturen in Hoch- und Tiefbau vorbildlich. Der Schutz der lebenswichtigen Ressourcen Boden, Wasser, Luft wird durch den Vollzug der massgebenden Gesetzgebung sowie durch den effizienten, ökologischen Betrieb von Entsorgung, Recyklierung und Energieanlagen sichergestellt, bei welchem Aufbereitung und

Rückführung von Wertstoffen in den Stoffkreislauf sowie Energie-(Rück-)Gewinnung an Bedeutung zunehmen. Mit der Wasserstrategie wird eine Priorisierung und Koordination zur nachhaltigen Sicherstellung von Qualität und Quantität vorgenommen. Mit der Energiestrategie sollen die Massnahmen für einen Ausstieg aus der Kernenergie koordiniert umgesetzt werden. Hierzu soll auch das kantonale Energiegesetz revidiert werden. Nachhaltigen Angebotsoptimierungen im öffentlichen Verkehr sollen u.a. eine Veränderung des Modal-Split und somit verringerte Umweltbelastung aus dem Verkehr heraus erreichen. Mit planerischen und baulichen Massnahmen ist der Dynamik von Geländeinstabilität und Hochwasserereignissen naturnah zu begegnen.

Weiter wird durch Überprüfung der Prozesse für Information und Förderung, Regulierung und Gesetze die Effizienz im Vollzug der Energie- und Umweltgesetzgebung weiter optimiert, so z.B. beim Umgang mit Altlasten, Massnahmenvollzug bei Schadstoffminderung, Nichtionisierende Strahlung und Sicherheit durch Risikominimierung. Schliesslich ist der rechtssichere, klar geregelte Umgang mit Arealen ein bedeutsamer Faktor für Wirtschaft und Gesellschaft. In den Bewilligungsverfahren wird auch die strikte Einhaltung der Energie- und umweltschutzrelevanten Vorgaben konsequent durchgesetzt.

5. Mobilität

Gut ausgebaute, betriebsbereite Verkehrsnetze, bestehend aus Strassennetzen von nationaler und regionaler Bedeutung, Schienennetzen für Nah- und Fernbereich sowie Verkehrswegen für den Langsamverkehr ermöglichen erst die Mobilität im gewohnten Umfang. Dabei geht es auf dem Kantonalen Verkehrsnetz nebst Werterhaltung auch um Sicherstellung von Verkehrssicherheit und Verkehrsfluss. Wirtschaftliches Verkehrsmanagement gewinnt an Bedeutung. Die koordinierte Planung und Vernetzung aller beeinflussbaren Mobilitätsformen gewähren das erreichbare Optimum zur Befriedigung der Nachfrage. Aufgrund des Platzmangels werden künftige Angebotserweiterungen tendenziell eher im öffentlichen Verkehr stattfinden.

Bewirtschaftung und Werterhaltung der Verkehrs-Infrastruktur haben höchste Priorität. Diese Anlagen müssen über lange Zeit erhalten sowie jederzeit betriebsbereit und sicher zur Verfügung stehen.

Im öffentlichen Verkehr sollen nachhaltige Angebotsoptimierungen bei Erfüllung des 6. Generellen Leistungsauftrages (GLA) 2010 - 2013 und bei Planung des 7. GLA 2014 - 2017 wesentliche Beiträge zur Aufrechterhaltung der Mobilität bei steigendem Verkehrsaufkommen auf beschränktem Raum leisten.

Mit planerischen und baulichen Massnahmen sollen Behinderungen des Verkehrsflusses durch die Dynamik von Naturgefahren begegnet werden.

6. Auftritt und Kooperation

Bei der Organisation von Ver- und Entsorgung wie Wasserversorgung, Abwasser-Reinigung sowie Abfall- Rezyklierung und -entsorgung werden seit Jahrzehnten enge Kooperationsverhältnisse mit Nachbarkantonen sowie Privatwirtschaft gepflegt und optimiert.

Im öffentlichen Verkehr wird mit dem Tarifverbund Nordwestschweiz eine intensive Zusammenarbeit, sowohl mit allen Nachbarkantonen als auch mit allen beteiligten Unternehmen als entscheidendes Erfolgselement, gepflegt. Die Aussenwirkung ist sehr wirkungsvoll.

7. Effizientes und effektives staatliches Handeln

Das dauerhaft betriebsbereite und sichere Infrastrukturangebot durch optimale Werterhaltung und Bewirtschaftung in ökonomisch und ökologisch sinnvollem Rahmen ist ein wirkungsvoller Beitrag an Effektivität und Effizienz staatlichen Handelns.

Die Strategie für ein Flächenmanagement der kantonalen Verwaltung bildet die Basis für eine technisch und wirtschaftlich optimale Raumbereitstellung für die Leistungserbringung der Verwaltung zu Gunsten von Steuer- und Gebührenzahlern.

Die Abwicklung der Baubewilligungsverfahren mit hoher Rechtssicherheit und vergleichsweise kurzen Bewilligungsfristen erscheinen nach Rückmeldungen von Investoren im interkantonalen und internationalen Vergleich als sehr effizient und attraktiv. Eine Weiterentwicklung zu einem elektronischen Baugesuchportal erhöhen Effizienz und Attraktivität.

Gesamtübersicht Budget

Die Abnahme im Personalaufwand von 2% gegenüber dem Budget 2012 ist aus dem Transfer der Informatik in das ZID (-4.2 Stellen) sowie aus den Massnahmen des Entlastungspaketes 12/15 (-4 Stellen) und dem Transfer des Umweltschuttlabor in die VGD (-5.9 Stellen) zu erklären.

Der Sachaufwand bleibt stabil gegenüber dem Budget 2012 (-2%).

Der Minderaufwand bei den Abschreibungen (-8%) ist wie folgt zu erklären: Die Übernahmewerte der Sekundarschulbauten wurden in der Anlagenbuchhaltung anders als geplant auf die Anlagenklassen aufgeteilt. Der grösste Teil des Übernahmewertes wurde neu auf die Anlageklasse "Grundstücke" gebucht, welche nicht

abgeschrieben werden. Dies erklärt die Differenz zum Budget 2012. Der Fonds (45 Übertrag Fonds/StaatsRG) finanziert die Abschreibungen der Sekundarschulbauten.

Die überaus deutlichen Minderkosten beim Transferaufwand (-14%) sind wie folgt zu erklären: Die Beiträge an Investitionen Dritter werden ab 2013 in die Investitionsrechnung übertragen und fallen in der Erfolgsrechnung nicht mehr an. Die ersten Abschreibungen auf die Beiträge Dritter folgen dann im Jahr 2014 in der Erfolgsrechnung.

Die Mindereinnahmen beim Finanzertrag (17%) sind auf den Wegfall der Vermietung des UKBB's auf dem Bruderholz, die Nichtbudgetierung der Pachtzinsen der Schlossanlage Wildenstein und Bottmingen sowie der Gutsbetriebe Wildenstein und Arxhof zurückzuführen.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	67'181'277	70'123'214	68'613'583	-1'509'631	-2%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	123'718'146	113'365'500	111'156'626	-2'208'874	-2%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	49'427'553	67'939'304	62'280'229	-5'659'075	-8%
34 Finanzaufwand	726'009	559'250	598'250	39'000	7%
36 Transferaufwand	100'022'134	112'631'466	97'048'900	-15'582'566	-14%
37 Durchlaufende Beiträge	3'941'835	2'950'541	3'221'708	271'167	9%
39 Interne Fakturen	51'660				
41 Regalien und Konzessionen	-6'598'506	-6'292'926	-6'393'283	-100'357	-2%
42 Entgelte	-24'626'154	-29'117'551	-28'897'210	220'341	1%
43 Verschiedene Erträge	-57'275	-55'000	-55'000	0	0%
44 Finanzertrag	-32'342'060	-27'422'410	-22'756'490	4'665'920	17%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-5'001'540	-19'055'996	-10'552'080	8'503'916	45%
46 Transferertrag	-48'599'225	-49'909'192	-50'002'414	-93'222	0%
47 Durchlaufende Beiträge	-3'941'835	-2'950'541	-3'221'708	-271'167	-9%
49 Interne Fakturen	-3'321'558	-184'469	-151'447	33'022	18%
Total Aufwand	345'068'614	367'569'275	342'919'296	-24'649'979	-7%
Total Ertrag	-124'488'152	-134'988'085	-122'029'632	12'958'453	10%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	220'580'462	232'581'190	220'889'664	-11'691'526	-5%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	462.4	494.3	480.2	-14.1	-2.9%

Die Abnahme bei den Sollstellen in der BUD resultiert aus dem Transfer der Informatik in das ZID (- 4.2 Stellen) sowie aus Massnahmen des Entlastungspaketes 12/15 (-4 Stellen) und einem Transfer des Umweltschutzlabor in die VGD (-5.9 Stellen)

Bereich Generalsekretariat BUD

Der Bereich Generalsekretariat BUD umfasst die Aufgaben- und Themenvielfalt der Direktion mit all seinen Querschnittsfunktionen. Auf eine detaillierte Kommentierung auf Bereichsebene wird deshalb verzichtet. Detaillierte Kommentare finden sich im Dienststellenkommentar 2300 Generalsekretariat BUD.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	6'138'426	6'144'667	5'343'766	-800'901	-13%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	1'935'127	1'995'376	2'069'196	73'820	4%
34 Finanzaufwand	173				
36 Transferaufwand	295'521	277'695	278'000	305	0%
42 Entgelte	-19'047	-20'000	-15'760	4'240	21%
44 Finanzertrag	-23	-10	-30	-20	-200%
Total Aufwand	8'369'246	8'417'738	7'690'962	-726'776	-9%
Total Ertrag	-19'070	-20'010	-15'790	4'220	21%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	8'350'175	8'397'728	7'675'172	-722'556	-9%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	37.4	42.8	37.0	-5.8	-13.6%

2300 Generalsekretariat BUD

Auftrag und Zielsetzungen

Das Generalsekretariat (GSK) ist die Stabsstelle der Direktionsvorsteherin sowie Koordinations- und Beratungsstelle für die ganze Direktion. Namentlich sind dem GSK folgende Aufgaben übertragen:

Beratung und Koordination zu Handen des Direktionsvorstehers und der Dienststellen; interne und externe Kommunikation; das Rechtswesen der ganzen Direktion auf sämtlichen Rechtsgebieten samt Vertretung nach Aussen in Rechtsgeschäften; Koordination, Beratung und Bearbeitung des Personalwesens, Führen des zentralen Rechnungswesens der BUD. Weiter werden alle Controllingprozesse im GSK koordiniert und konsolidiert. Der Informatikbetrieb wurde an den Zentralen Informatikdienst (ZID) in der FKD übertragen. Das Personal wurde ins ZID transferiert; die Sachmittel bleiben weiterhin in der Direktion budgetiert. Im GSK der BUD bleiben weiterhin die Informatikentwicklung sowie die Pflege aller GIS-Applikationen.

Dem GSK ist weiter die Zentrale Beschaffungsstelle angegliedert, welche für die fachlich und formal korrekte Abwicklung der Beschaffungen der gesamten Verwaltung zuständig ist. Administrativ, jedoch nicht weisungsgebunden, ist das Aktuariat der Baurekurskommission dem GSK angegliedert.

Mit Koordination und Optimierung von Verwaltungsprozessen werden Wirkungsorientierung und Rationalisierung vorangetrieben (RP 2012-2015: R-SH-1, R-SH-2, R-SH-3).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	107'042	100'000	100'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	4'886'926	4'995'333	4'309'516	-685'817	-14%	1
304	Zulagen	86'775	84'135	61'800	-22'334	-27%	
305	Arbeitgeberbeiträge	984'130	914'199	797'850	-116'350	-13%	1
309	Übriger Personalaufwand	73'552	51'000	74'600	23'600	46%	
310	Material- und Warenaufwand	222'657	228'000	235'900	7'900	3%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	196'233	255'000	209'600	-45'400	-18%	
313	Dienstleistungen und Honorare	802'878	817'440	1'019'100	201'660	25%	2
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	553'574	527'936	441'296	-86'640	-16%	3
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	159'086	167'000	163'300	-3'700	-2%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-13					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	712					
341	Realisierte Kursverluste	-7					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	180					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-10'330	-12'000	-9'760	2'240	19%	
425	Erlös aus Verkäufen	-1'055	-3'000		3'000	100%	
426	Rückerstattungen	-7'662	-5'000	-6'000	-1'000	-20%	
440	Zinsertrag	-23	-10	-30	-20	-200%	
	Total Aufwand	8'073'725	8'140'043	7'412'962	-727'081	-9%	
	Total Ertrag	-19'070	-20'010	-15'790	4'220	21%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	8'054'655	8'120'033	7'397'172	-722'861	-9%	

- 1 Transfer der Informatik in den Zentralen Informatikdienst der FKD sowie Wegfall von 2 befristeten Stellen und zusätzlicher Stellenabbau im Rahmen des Entlastungspakets 12/15
- 2 Projekt zur Einführung einer internetbasierten Baugesuchsanwendung
- 3 Aufhebung diverser Hard- und Software Wartungsverträge

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	202'172	172'695	173'000	305	0%	
Projektbeiträge Naturschutz	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	93'348	105'000	105'000	0	0%	
Total Transferaufwand			295'521	277'695	278'000	305	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			295'521	277'695	278'000	305	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	37.4	42.8	37.0	-5.8	-13.6%

Transfer des Betriebs IT in den zentralen Informatikdienst der FKD (-4.2 Stellen), Wegfall von 1 befristeten Stelle in der Baurekurskommission. Reduktion von 1 Stelle im Rechnungswesen im Rahmen des Entlastungspaketes 12/15. Im Rahmen der Bereichsorganisation wurde 1 Stelle aus dem AUE ins GSK transferiert, sowie 0.6 Stellen in den Bereich Raumentwicklung und Baubewilligung transferiert.

Jahresprogramm

2300.001 Gleichstellung von Frau und Mann

Nach fachlichen Kriterien wird insbesondere in der Baubranche sowie bei naturwissenschaftlichen Berufen die geschlechterneutrale Chancengleichheit gewahrt (RP 2012-2015: BUD-SH-2).

Bereich Infrastruktur und Mobilität

Der Bereich Infrastruktur und Mobilität umfasst die beiden Dienststellen Tiefbauamt und Amt für Industrielle Betriebe.

Die prioritäre Zielsetzung des Bereichs ist das Anbieten und Betreiben einer leistungsfähigen, sicheren und umweltgerechten Infrastruktur für die Mobilität, für Abwasser-, Abfall- und Energieanlagen, sowie der Hochwasserschutz und die langfristige Sicherung von vitalen und sauberen Gewässern.

Eine zukunftsfähige Verkehrs-Infrastruktur, die insbesondere dem steigenden Verkehrsaufkommen und den sich verändernden gesellschaftlichen Anforderungen gerecht wird, ist unverzichtbar. Mit dem neu geschaffenen Geschäftsbereich Mobilität im Tiefbauamt wird die nachhaltige Abstimmung von Siedlung und Verkehr vorangetrieben. Ebenso definiert und bestellt das Tiefbauamt ein optimal koordiniertes und attraktives Gesamtangebot des öffentlichen Verkehrs. Damit wird die Grundmobilität der Gesellschaft (IV und ÖV) sichergestellt und werden räumlich und zeitlich differenzierte Anreize für eine gezielte Entlastung des Strassenverkehrs geschaffen.

Weitere Tätigkeitsschwerpunkte sind die behinderten- und altersgerechte Gestaltung bzw. Anpassung der Infrastruktur, die Lärmsanierung der Kantonsstrassen sowie die Fertigstellung des kantonalen Radroutennetzes.

Der integrale Hochwasserschutz kombiniert mit einer abgestimmten Revitalisierungsplanung ermöglicht den Schutz der Siedlungsgebiete bei möglichst naturnahen Gewässern.

Mit einer konsequenten und langfristigen Erhaltungsplanung der Infrastrukturen und der vorausschauenden Gewässerunterhaltsplanung wird erreicht, dass die Werterhaltung - unter Berücksichtigung sich wandelnder Anforderungen - zum ökonomisch und ökologisch richtigen Zeitpunkt erfolgt. Dank einem effizienten Strassenunterhalt wird ein zu jeder Jahreszeit sicheres und leistungsfähiges Strassennetz bereitgestellt.

Die Schonung lebenswichtiger Ressourcen wie Boden, Luft und Wasser wird unter anderem durch Energieerzeugung mit geringer Umweltbelastung, den Ausbau des Fernwärmenetzes, der Erweiterung von Abwasserreinigungs-Anlagen oder der Fertigstellung und Inbetriebnahme von Mischwasserbecken erreicht. Weiter wird die Produktion von erneuerbarer Energie und durch ein umfassendes Energiemonitoring aller Infrastruktur-Anlagen und dem Ausbau von Fernwärmenetzen auch ein energieeffizienter Betrieb bei der Leistungserbringung gefördert.

Mit all diesen Massnahmen wird erreicht, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Baselbieter Wirtschaftsraumes gestärkt wird, die Infrastrukturen die Ressourcen sorgsam nutzen, die Behandlung von Wertstoffen und Abfällen umweltgerecht erfolgt, und der Verkehr mit möglichst wenig Emissionen verbunden ist.

Beim Kauf von Fahrzeugen für die kantonale Fahrzeugflotte wird grosser Wert auf die Effizienzsteigerung der Antriebssysteme gelegt. Zudem garantiert die vorschriftsgemässe Wartung der Fahrzeuge deren Betriebssicherheit und einen emissionsarmen Betrieb.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	24'940'454	25'590'255	25'891'657	301'402	1%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	41'864'807	44'134'751	44'903'420	768'669	2%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	30'789'612	32'368'360	34'029'549	1'661'189	5%
34 Finanzaufwand	8'539	10'600	10'500	-100	-1%
36 Transferaufwand	88'528'683	97'350'050	79'750'500	-17'599'550	-18%
37 Durchlaufende Beiträge	106'200	100'000		-100'000	-100%
42 Entgelte	-19'056'550	-22'297'950	-22'103'650	194'300	1%
43 Verschiedene Erträge	-57'275	-55'000	-55'000	0	0%
44 Finanzertrag	-2'713	-1'600	-600	1'000	63%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-1'091'000		-1'100'000	-1'100'000	X
46 Transferertrag	-40'643'246	-41'720'347	-41'409'500	310'847	1%
47 Durchlaufende Beiträge	-106'200	-100'000		100'000	100%

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
49 Interne Fakturen	-3'161'605				
Total Aufwand	186'238'295	199'554'016	184'585'627	-14'968'389	-8%
Total Ertrag	-64'118'588	-64'174'897	-64'668'750	-493'853	-1%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	122'119'707	135'379'119	119'916'877	-15'462'242	-11%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	206.1	210.0	210.9	0.9	0.4%

2301 Tiefbauamt Strassen

Auftrag und Zielsetzungen

Der zuverlässige und dauerhafte Betrieb sowie die nachhaltige Werterhaltung der Infrastruktur (Kantonsstrassen inkl. Tunnel, Radrouten, Bushaltestellen etc.) wird durch gezielte betriebliche Massnahmen (Winterdienst, laufender baulicher Unterhalt etc.) und durch eine konsequente, langfristige Erhaltungsplanung gemäss der dualen Erhaltungsstrategie sichergestellt (RP 2012-2015: BUD-IW-2).

Mit dieser Vorgehensweise soll erreicht werden, dass die Werterhaltung und der bauliche Unterhalt zum ökonomisch richtigen Zeitpunkt erfolgt, so dass die Bewältigung der Anforderungen an die Mobilität mit einer kostenoptimierten Infrastruktur erfolgt (RP 2012-2015: BUD-SH-1).

Entsprechend der konsequenten Umsetzung des kantonalen Richtplanes werden die entsprechenden Planungen der Strasseninfrastruktur vorangetrieben (RP 2012-2015: BUD-IW-2).

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Baselbieter Wirtschaftsraumes (RP 2012-2015: BUD-IW-3) wird z.B. die Planung der Infrastrukturen für Salina Raurica vorangetrieben. Zum gleichen Zweck wird die vorgesehene Übernahme der H2, Pratteln - Sissach sowie der H18 Basel - Delémont durch den Bund unter fairen Bedingungen befürwortet, um langfristig den Erhalt und notwendigen Ausbau zu sichern.

Mit den geeigneten Massnahmen (Hohe Haltekanten bei Bushaltestellen, geeignete Beläge, Fussgängerampeln richtig ausgerüstet etc.) wird gewährleistet, dass Menschen mit Behinderungen ihr Leben vermehrt selbstbestimmt gestalten können (RP 2012-2015: BKSD-Z-3).

Zur Steigerung des Sicherheitsniveaus werden die vorgesehenen Strassenprojekte gemäss standardisiertem Ablauf sicherheitstechnisch überprüft. Parallel werden z.B. die Fussgängerstreifen laufend überprüft und Massnahmen ergriffen wie z.B. Verbesserung der Beleuchtung, etc. (RP 2012-2015: R-Z-3, SID-Z-4).

Mit der Planung zum weiteren Ausbau des kantonalen Radroutennetzes, der Priorisierung des öffentlichen Verkehrs in den Agglomerationen (Steuerung der LSA-Anlagen, Busspuren, situationsbedingte Fahrbahnhaltestellen) und der lärmtechnischen Sanierung der Kantonsstrassen werden die Voraussetzungen geschaffen, dass der Verkehr die Ressourcen sorgsam nutzt und mit so wenig Immissionen wie möglich verbunden ist (RP 2012-2015: R-M-1, BUD-M-1).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter		1'200		-1'200	-100%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	11'971'057	12'597'962	12'556'128	-41'834	0%	
304	Zulagen	228'124	208'057	189'142	-18'915	-9%	
305	Arbeitgeberbeiträge	2'290'548	2'164'230	2'153'429	-10'801	-1%	
309	Übriger Personalaufwand	145'353	135'106	152'000	16'894	13%	
310	Material- und Warenaufwand	110'961	97'000	118'000	21'000	22%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'011'881	857'000	862'000	5'000	1%	
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	632'896	725'000	710'000	-15'000	-2%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'806'374	2'155'557	2'451'000	295'443	14%	1
314	Baulicher Unterhalt	10'447'021	11'175'000	11'805'000	630'000	6%	2
315	Unterhalt Mobilen/immaterielle Anlagen	96'700	95'500	105'500	10'000	10%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	342'725	353'500	351'000	-2'500	-1%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	1'704					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	430'918	311'000	327'000	16'000	5%	
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	20'920'338	22'246'338	23'680'691	1'434'353	6%	3
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten		100		-100	-100%	
425	Erlös aus Verkäufen	-42'285	-11'000	-8'000	3'000	27%	
426	Rückerstattungen	-446'936	-258'000	-325'000	-67'000	-26%	4

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-57'275	-55'000	-55'000	0	0%	
	Total Aufwand	50'436'598	53'122'550	55'460'891	2'338'340	4%	
	Total Ertrag	-546'496	-324'000	-388'000	-64'000	-20%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	49'890'102	52'798'550	55'072'891	2'274'340	4%	

- 1 Gemäss neuer Leitungskatasterverordnung müssen sämtliche kantonseigenen Werkleitungen aufgenommen resp. in eine TBA GIS Datenbank übernommen werden.
- 2 Durch den harten Winter 2011/2012 sind zunehmend Unterhaltsarbeiten zur Erhaltung der Verkehrssicherheit durchzuführen.
- 3 Die höheren Abschreibungen sind gemäss Finanzhaushaltsgesetz und der neuen Abschreibungspraxis nach HRM2 durch die Dienststelle nicht beeinflussbar
- 4 Die Erträge wurden aufgrund der Rechnung 2011 angepasst.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Einnahmen Mineralölsteuer	460	Ertragsanteile von Dritten	-10'327'434	-10'092'000	-10'568'000	-476'000	-5%	
Leitungskataster	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	58'431	100'000	100'000	0	0%	
Total Transferaufwand			58'431	100'000	100'000	0	0%	
Total Transferertrag			-10'327'434	-10'092'000	-10'568'000	-476'000	-5%	
Transfers (Netto)			-10'269'003	-9'992'000	-10'468'000	-476'000	-5%	

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beteiligung NSNW AG	30	Personalaufwand	84'786		72'000	72'000	X	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			84'786		72'000	72'000	X	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			84'786		72'000	72'000	X	

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Erneuerung Kantonsstr./Nebenanlagen 9981	50	Sachanlagen	16'404'876	19'000'000	19'000'000	0	0%	A,B,C,D
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-593'039	-500'000	-500'000	0	0%	
		Nettoinvestitionen	15'811'837	18'500'000	18'500'000	0	0%	
Ausbau Kantonsstrasse/Nebenanlagen 9991	50	Sachanlagen	10'375'768	10'000'000	10'000'000	0	0%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-689'590	-500'000	-500'000	0	0%	
		Nettoinvestitionen	9'686'178	9'500'000	9'500'000	0	0%	
Lärmschutz Kant. Hochleistungsstr. 9951	50	Sachanlagen	524'233	500'000	3'500'000	3'000'000	600%	D
Erneuerung Kant. Hochleistungsstr. 9970	50	Sachanlagen	5'374'728	5'000'000	5'000'000	0	0%	D
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-1'143'039	-1'000'000	-1'000'000	0	0%	
		Nettoinvestitionen	4'231'689	4'000'000	4'000'000	0	0%	

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ankauf Grundstücke 9990	50	Sachanlagen	334'940	700'000	700'000	0	0%	
Salina Raurica	50	Sachanlagen	524'352	700'000	750'000	50'000	7%	E,F
Ausbauprogramm Radrouten	50	Sachanlagen	1'578'466	2'000'000	2'000'000	0	0%	E,F,G
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-306'642	-600'000	-600'000	0	0%	
		Nettoinvestitionen	1'271'824	1'400'000	1'400'000	0	0%	
Lärmsanierung Kantonsstrassen	50	Sachanlagen	2'105'018	1'500'000	2'500'000	1'000'000	67%	D
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-1'452'700	-350'000	-350'000	0	0%	
		Nettoinvestitionen	652'318	1'150'000	2'150'000	1'000'000	87%	
Darlehen/Beteiligung NSNW AG	65	Übertragung von Beteil.	-1'500'000					
7001 Tunnel Eggflue, Tunnelsicherheit	50	Sachanlagen	8'456'914	3'500'000	300'000	-3'200'000	-91%	
H18, Muggenbergstunnel	50	Sachanlagen		100'000	500'000	400'000	400%	1,B
H18, Birstal, Anschluss Aesch	50	Sachanlagen	119'600	800'000	100'000	-700'000	-88%	
H2, Pratteln-Liestal (HPL)	50	Sachanlagen	54'065'082	83'000'000	81'000'000	-2'000'000	-2%	B
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-53'162'895	-37'000'000	-41'000'000	-4'000'000	-11%	
		Nettoinvestitionen	902'187	46'000'000	40'000'000	-6'000'000	-13%	
H18, Laufen/Zwingen Umfahrung	50	Sachanlagen	278'214	110'000		-110'000	-100%	
Linksufrige Birsigtalstrasse	50	Sachanlagen		10'000	10'000	0	0%	
Allschwil-Baslerstrasse, Projektierung	50	Sachanlagen	170'968	500'000	100'000	-400'000	-80%	D,F
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-199'071					
		Nettoinvestitionen	-28'103	500'000	100'000	-400'000	-80%	
H2, Umfahrung Liestal, Konzept/Bauprojek	50	Sachanlagen	1'124'354	2'000'000	2'000'000	0	0%	D
Muttenz/Pratteln, San. Rheinfelderstrass	50	Sachanlagen		200'000	500'000	300'000	150%	2,D
Allschwil, Dorfplatz Tramendschlaufe	50	Sachanlagen		100'000	100'000	0	0%	D,H
Laufen, Gesamtplanung neue Birsbrücke	50	Sachanlagen		400'000	400'000	0	0%	3,H
Sicherheitsmassnahmen TRA 9500	50	Sachanlagen	12'210	300'000	300'000	0	0%	B,D
Richtplan, Projektierung Strassennetz	50	Sachanlagen	494'793	500'000	500'000	0	0%	G,H
Seltisberg, San. Kantonsstrasse innerorts	50	Sachanlagen	66'598		100'000	100'000	X	D
Langenbruck, Sanierung Ortsdurchfahrt	50	Sachanlagen	46'312	50'000	150'000	100'000	200%	4,D
Augst, San./Umgestaltung Ortsdurchfahrt	50	Sachanlagen	153'894	100'000	300'000	200'000	200%	D,F
Füllinsdorf, Giebenacherstrasse	50	Sachanlagen	40'804					
Reigoldswil, Sanierung Ziefenstrasse	50	Sachanlagen		100'000	100'000	0	0%	D
Zwingen, San./Umgest. Ortsdurchfahrt	50	Sachanlagen	3'515'792	3'500'000	2'400'000	-1'100'000	-31%	D
Aesch, Anschluss Pfeffingerring, Vorproj.	50	Sachanlagen	83'950	150'000	300'000	150'000	100%	
Anschluss Dornach an H18, Realisierung	50	Sachanlagen	122'856	100'000	100'000	0	0%	5,F
Allschwil, Kreisel Hegenheimermattweg	50	Sachanlagen	4'631	100'000		-100'000	-100%	

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Zubringer Allschwil	50	Sachanlagen	21'435					
Rothenf., Hemmikerstr. ,Ausb. Säge-Asph.	50	Sachanlagen	65'370	50'000		-50'000	-100%	
Arisdorf, Sanierung Hauptstrasse	50	Sachanlagen		10'000	10'000	0	0%	6,A, D
Liestal, Ertücht. Rosen- u. Militärstr.	50	Sachanlagen		100'000	200'000	100'000	100%	7,A, D
Sissach, Umfahrung Flank. Massnahmen	50	Sachanlagen	8'232	500'000	3'000'000	2'500'000	500%	8,D, H
Allschwil, San. Baslerstr., Strassenbau	50	Sachanlagen			1'000'000	1'000'000		X A,D, F
Reinach, Trasseesanierung Linie 11	50	Sachanlagen			3'000'000	3'000'000		X D,F
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung			-800'000	-800'000		X
		Nettoinvestitionen			2'200'000	2'200'000		X
Total Investitionsausgaben			106'074'390	135'680'000	139'920'000	4'240'000	3%	
Total Investitionseinnahmen			-59'046'976	-39'950'000	-44'750'000	-4'800'000	-12%	
Total Nettoinvestitionen			47'027'414	95'730'000	95'170'000	-560'000	-1%	

- 1 H18; Angenstein. Projektierung eines verbesserten Anschluss Angenstein inkl. Koordination mit künftigen Tunnel Muggenberg. Vorleistung, so dass Realisierung bei vorgesehener Übernahme durch den Bund (ab 2014) rasch erfolgen kann.
- 2 Instandsetzungsmassnahmen Entwässerung; Sofortmassnahmen sowie Projektierung der Erneuerung und Umgestaltung (kant. Radroute); Realisierung gemäss finanziellen Möglichkeiten (voraussichtlich ab 2017).
- 3 Projektierung neue Birsbrücke: Studien im Wettbewerbsverfahren; Aufstarten Vorprojekt.
- 4 Projektierung Sanierung Ortsdurchfahrt Langenbruck; Bauprojekt. Bau vorgesehen 2014 – 2015.
- 5 Neue Verbindung H18, Anschluss Aesch – Dornach Ortszentrum. Projektierung zusammen mit Kt. Solothurn; Federführung Kanton Solothurn. Vorprojekt läuft; im Agglomerationsprogramm BS 2. Gen. enthalten.
- 6 Arisdorf; Instandsetzung Strasse inkl. Umgestaltung. Projektierung, um als Ersatzprojekt ab ca. 2014 realisieren zu können.
- 7 Liestal; Rosenstrasse; Vorprojekt. Strasse hat Instandsetzungsbedarf; Strasse und Trottoir sind zu schmal (Verkehrssicherheit). Bisher Gemeindestrasse; soll als Kantonsstrasse übernommen werden (Schliessen einer Lücke im Netz).
- 8 Flankierende Massnahmen Chienbergtunnel; Ausbau der Güterstrasse; Bau und Inbetriebnahme bis ca. Ende 2013. Konsequenz aus Abtausch Hauptstrasse gegen Güterstrasse.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	122.3	124.6	125.6	1.0	0.8%

Transfer von 0.6 Stellen aus dem PC 2314 Öffentlicher Verkehr

Transfer von 0.4 Stellen aus dem PC 2303 Wasserbau

Jahresprogramm

D 2301.001 Werterhalt beim Strassennetz

Im Vordergrund stehen die Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und der Substanzerhaltung. Wo sinnvoll, wird die Werterhaltung mit einer Umgestaltung an die geänderten Bedürfnisse verbunden und die entsprechende Planung weitergeführt wie z.B. in Allschwil, Sanierung Baslerstrasse. Um die gesetzlichen Anforderungen an den Lärmschutz bis 2018 erfüllen zu können und die Bundessubventionen zu sichern, wird das Lärmschutzprogramm plangemäss weiter geführt.

Mit hoher Priorität werden Projekte gestartet bzw. weiterverfolgt, die einen hohen Werterhaltungsanteil beinhalten (z.B. Langenbruck; Korrektur / Umgestaltung Hauensteinerstrasse; Reigoldswil; Sanierung Ziefenstrasse) und / oder im Agglomerationsprogramm Basel enthalten sind (Augst; Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt). (RP 2012-2015: BUD 26)

E 2301.006 Senkung der CO₂ - Emissionen / BUD 16; Luftreinhaltung

Mit dem Ausbau der kantonalen Radrouten und einem attraktiven, öffentlichen Verkehr wird die Senkung der CO₂ - Emissionen und die Reduktion des Schadstoffausstosses des motorisierten Verkehrs gefördert. Für den Ausbau der Radrouten sind z.B. folgende Projekte in Arbeit: Allschwil - Oberwil; Grellingen - Laufen, Bubendorf - Ziefen etc. (RP 2012-2015: BUD 11)

C 2301.007 Sicherung der Strassen

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Wald sind diverse Sicherheitsholzschläge vorgesehen. Im Rahmen des betrieblichen Unterhaltes erfolgen die Felsräumungen nach Bedarf. Wo notwendig, erfolgen Böschungssicherungen im Rahmen der Werterhaltung und Erneuerung der Kantonsstrassen. (RP 2012-2015: BUD 21)

F 2301.008 Koordination Agglomerationsprogramm

Zur Erreichung der regional positiven Wirkung des Agglomerationsprogrammes sind kantonsübergreifende Planungen und Realisierungen zwingend. Das Agglomerationsprogramm erlaubt, solche Massnahmen prioritär zu behandeln und finanzierbar zu machen. Die Planungen der Projekte im Agglomerationsprogramm Basel werden prioritär vorangetrieben wie z.B. Salina Raurica; verlegung der Kantonsstrasse oder Laufen; neue Birsbrücke. Für die Projekte des Agglomerationsprogrammes 1. Gen. mit Realisierungsbeginn bis ca. 2014 (Bundesbeiträge bis zu 40%) werden die Bauprojekte erarbeitet (Augst; Sanierung/ Umgestaltung Ortsdurchfahrt; Allschwil; Sanierung Baslerstrasse) oder wird die Realisierung gestartet (Reinach; Erneuerung / Umgestaltung der Ortsdurchfahrt). (RP 2012-2015: BUD 28)

G 2301.009 Prioritäten bei der Mobilität

Mit dem Ausbau der kantonalen Radrouten und einem attraktiven, öffentlichen Verkehr wird die Verkehrsverlagerung gefördert.

In Reinach, Trassesanierung Linie 11 ist der Start der Bauarbeiten für die Umgestaltung im Ortszentrum im März vorgesehen. Dabei werden ebenfalls Radstreifen realisiert. (RP 2012-2015: BUD 24)

H 2301.010 Optimierung der Verknüpfung der Verkehrsmittel

Im Rahmen der verschiedenen Projekte zur Erneuerung / Werterhaltung der Kantonsstrassen und dem Ausbau der kantonalen Radrouten wird auf eine optimale Verknüpfung der Haltestellen des öffentlichen Verkehrs mit anderen Verkehrsträgern hohen Wert gelegt. Im Rahmen der flankierenden Massnahmen in Sissach; dem Ausbau der Güterstrasse zur Kantonsstrasse, wird eine Bushaltestelle entsprechend den Bedürfnissen verlegt. (RP 2012-2015: BUD 25)

A 2301.011 Behinderten und Altersgerechte Infrastruktur

Im Rahmen der Erneuerung und Werterhaltung von Kantonsstrassen werden diese speziellen Bedürfnisse speziell beachtet wie z.B. bei der Wahl der Beläge, Höhe der Anschlagkanten bei Übergängen über die Strasse, der Ausrüstung von Lichtsignalanlagen etc. (RP 2012-2015: BUD 8)

B 2301.012 Überprüfung und Sanierung von Unfallorten

Auf Grund der Unfallstatistik der Polizei werden die Unfallorte ermittelt und Vorschläge zur Verbesserung / Eliminierung erarbeitet. Diese werden im Rahmen der Werterhaltung oder in speziellen Projekten umgesetzt. Mit der Inbetriebnahme der H2, Pratteln - Liestal, die im Dezember 2013 vorgesehen ist, können Unfallorte entlang der Rheinstrasse eliminiert werden. (RP 2012-2015: BUD 9)

2302 Tiefbauamt Fahrzeugwesen

Auftrag und Zielsetzungen

Das Tiefbauamt sorgt für die Bewirtschaftung des kantonalen Fahrzeugparks. Die Bewirtschaftung umfasst die Evaluation und den Fahrzeugeinkauf, das Unfallschadens- und Versicherungswesen sowie die Wartung und den Unterhalt. Bei der Beschaffung wird darauf geachtet, dass die Fahrzeuge dem Anforderungsprofil von Fahrzeugnutzern und Beschaffungsstelle entsprechen. Bei jeder Beschaffung räumt das Tiefbauamt dem Ökologieaspekt höchste Priorität ein (RP 2012-2015: R-NK-1, R-M-1, BUD-NK-1, BUD-NK-2).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	963'493	965'597	1'003'040	37'443	4%	
304	Zulagen	24'380	23'721	17'395	-6'326	-27%	
305	Arbeitgeberbeiträge	144'165	160'739	189'535	28'795	18%	
309	Übriger Personalaufwand	153					
310	Material- und Warenaufwand	8'669'180	8'900'000	8'900'000	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'300'338	1'340'000	1'410'000	70'000	5%	A
313	Dienstleistungen und Honorare	148'203	143'000	150'000	7'000	5%	
315	Unterhalt Mobilen/immaterielle Anlagen	933'810	1'059'000	1'120'000	61'000	6%	A
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'407	3'000	5'000	2'000	67%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	0					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	14'913	12'000	12'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	-2					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	8'406	10'000	10'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-8'038'362	-8'180'000	-8'175'000	5'000	0%	
426	Rückerstattungen	-50'614	-70'000	-50'000	20'000	29%	
440	Zinsertrag	-679	-500	-500	0	0%	
490	Int Fakturen Material- und Warenbezüge	-155'096					
	Total Aufwand	12'209'446	12'617'058	12'816'971	199'913	2%	
	Total Ertrag	-8'244'751	-8'250'500	-8'225'500	25'000	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	3'964'694	4'366'558	4'591'471	224'913	5%	

BUD

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	10.0	10.0	10.0	0.0	0.0%

Jahresprogramm

A 2302.001 Senkung der CO2-Emissionen

Beim Kauf von Fahrzeugen für die kantonale Fahrzeugflotte werden - unter Beachtung der Zweckmässigkeit und der Wirtschaftlichkeit - prioritär Fahrzeuge mit geringem Schadstoffausstoss und / oder alternativem Antriebskonzept beschafft. Um diesem strategischen Ziel gerecht zu werden steht die Effizienzsteigerung der Antriebssysteme im Vordergrund.

Downsizing: Bei einer Ersatzbeschaffung wird geprüft, ob ein Fahrzeug aus einer kleineren Fahrzeugklasse gewählt werden kann.

Downshifting: Bei einer Ersatzbeschaffung wird unter Beibehaltung der Fahrzeugklasse geprüft ob eine kleinere Motorengrösse gewählt werden kann.

Fahrzeugmodell: Bei einer Ersatzbeschaffung werden immer auch die Ratings der Auto-Umweltliste des VCS oder der Verbrauchskatalog des TCS berücksichtigt

Die Ersatzbeschaffung durch Fahrzeuge mit alternativen Antriebssysteme wird ebenfalls bei jeder Evaluation geprüft. Die Ersatzbeschaffung durch ein Elektrofahrzeug ist erstmals 2013 geplant.

Durch vorschriftsgemässe Wartung der Fahrzeuge erhöhen wir einerseits die Betriebssicherheit der Fahrzeuge, andererseits aber auch eine saubere Verbrennung der Gase im Motor. (RP 2012-2015: BUD 11)

2303 Tiefbauamt Wasserbau

Auftrag und Zielsetzungen

Planung, Realisierung und Unterhalt der kantonalen Gewässer sind darauf ausgerichtet, einen möglichst ungehinderten Wasserabfluss zu gewährleisten, ohne Schaden anzurichten. Dabei spielt die Sicherstellung der Funktion der bestehenden Schutzbauten eine wichtige Rolle (RP 2012-2015: BUD-IW-2, VGD-NK-2). Die Anliegen des Ufer- und Hochwasserschutzes werden unter massvoller Berücksichtigung ökologischer und ortsplanerischer Anliegen realisiert. Mit Revitalisierungen und Ausdolungen wird ein aktiver Beitrag zur Wiederherstellung, Aufwertung und Vernetzung wichtiger Lebensräume geleistet (RP 2012-2015: VGD-NK-4, BUD-NK-6).

Die Planung der Massnahmen für den Hochwasserschutz, für Revitalisierungen sowie die ökologische Aufwertung der Gewässer erfolgen gemäss Wasserbaukonzept und den darin festgelegten Prioritäten unter Berücksichtigung der Mittel und der Opportunität. Das Wasserbaukonzept wird laufend aufgrund der realisierten Massnahmen sowie neuer Erkenntnisse nachgeführt (RP 2012-2015: BUD-IW-1, BUD-NK-3, SID-NK-1).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'435'865	1'474'707	1'481'715	7'007	0%	
304	Zulagen	33'449	33'449	22'853	-10'595	-32%	
305	Arbeitgeberbeiträge	233'976	279'726	264'584	-15'142	-5%	
309	Übriger Personalaufwand	84					
310	Material- und Warenaufwand	75					
311	Nicht aktivierbare Anlagen	130'517	80'000	70'000	-10'000	-13%	
313	Dienstleistungen und Honorare	143'911	120'000	180'000	60'000	50%	1,A
314	Baulicher Unterhalt	1'457'983	1'100'000	1'250'000	150'000	14%	2,A
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	44'714	30'000	40'000	10'000	33%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	47'175	55'000	47'000	-8'000	-15%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'000	1'000	1'000	0	0%	
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	960'412	1'058'000	1'139'014	81'014	8%	
370	Durchlaufende Beiträge	106'200	100'000		-100'000	-100%	3
421	Gebühren für Amtshandlungen	-20'318	-20'000	-20'000	0	0%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-432					
425	Erlös aus Verkäufen	-21'882	-20'000	-20'000	0	0%	
470	Durchlaufende Beiträge	-106'200	-100'000		100'000	100%	3
	Total Aufwand	4'595'359	4'331'882	4'496'166	164'284	4%	
	Total Ertrag	-148'832	-140'000	-40'000	100'000	71%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	4'446'528	4'191'882	4'456'166	264'284	6%	

BUD

- 1 Die Kantone müssen bis Ende 2014 eine strategische Planung der Revitalisierung von Fließgewässern verabschieden. Fortsetzung dieser im 2012 begonnenen Revitalisierungsplanung gemäss Anforderungen der Gewässerschutzgesetzgebung.
- 2 Erhöhung Unterhalt Wasserbau.
- 3 Die Erstellung der Naturgefahrenkarten für alle Gemeinden des Kantons ist abgeschlossen.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ankauf Grundstücke Wasserbau 9990	50	Sachanlagen	56'592	100'000	100'000	0	0%	
Wasserbau genereller Ausbau 9991	50	Sachanlagen	842'229	1'700'000	1'100'000	-600'000	-35%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-740'000	-200'000	-200'000	0	0%	
		Nettoinvestitionen	102'229	1'500'000	900'000	-600'000	-40%	
Allschwil, Hochwasserschutz	50	Sachanlagen		100'000	200'000	100'000	100%	1,A

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Gelterkinden, Eibach, Hochwasserschutz	50	Sachanlagen	1'705'524	1'000'000		-1'000'000	-100%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-489'148	-800'000		800'000	100%	
		Nettoinvestitionen	1'216'376	200'000		-200'000	-100%	
Reigoldswil, Hintere Frenke, HW-Schutz	50	Sachanlagen		100'000	500'000	400'000	400%	2,A
Biel-Benken, Birsig, Hochwasserschutz	50	Sachanlagen		100'000		-100'000	-100%	
Grellingen, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	1'171		100'000	100'000	X	3,A
Liesberg, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	52'812	100'000	400'000	300'000	300%	4,A
Zwingen, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	17'997	100'000	100'000	0	0%	3,A
Laufen, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	10'317	100'000	400'000	300'000	300%	3,A
HWS Allschwil, HWRB Lützelbach	50	Sachanlagen	90'816					
Total Investitionsausgaben			2'777'458	3'400'000	2'900'000	-500'000	-15%	
Total Investitionseinnahmen			-1'229'148	-1'000'000	-200'000	800'000	80%	
Total Nettoinvestitionen			1'548'310	2'400'000	2'700'000	300'000	13%	

- 1 Projektierung Hochwasserrückhaltebecken Lützelbach.
- 2 Realisierung zusammen mit Zuleitungskanal ARA Frenke 1 und Strassenprojekt.
- 3 Projektierung Hochwasserschutz entlang Birs.
- 4 Realisierung Hochwasserschutz entlang Birs. Gemeinsames Projekt mit dem Kanton Jura.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	17.3	17.3	16.9	-0.4	-2.3%

Transfer von 0.4 Stellen in das PC 2301 Strassen

Jahresprogramm

A 2303.008 Minimierung des Schadenpotentials durch Hochwasserschutz / Biodiversität

Bei der Realisierung des Ufer- und des Hochwasserschutzes sind sowohl ökologische als auch ortsplannerischer Anliegen zu berücksichtigen. Dabei helfen ingenieur-biologische Massnahmen, die Gewässer stets so naturnah wie möglich zu gestalten. Mit Revitalisierungen und Ausdolungen wird zudem auf Abschnitten, wo keine Siedlungsgebiete geschützt werden müssen, ein aktiver Beitrag zur Wiederherstellung, Aufwertung und Vernetzung wichtiger Lebensräume geleistet. Sowohl bei der Gewässerplanung als auch beim Gewässerunterhalt wird der Förderung der Biodiversität in hohem Masse Rechnung getragen. (RP 2012-2015: BUD 22, BUD 20)

2306 Amt für Industrielle Betriebe

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Industrielle Betriebe (AIB) engagiert sich mit seinen Abwasser-, Abfall- und Energieanlagen für sauberes Wasser und gesunde Gewässer, Energieerzeugung mit geringer Umweltbelastung, und für eine umweltgerechte Behandlung von Wertstoffen und Abfällen.

Der gesetzeskonforme Betrieb der technischen Anlagen im Umweltbereich stellt einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Legislaturziele des strategischen Schwerpunktes Natur- und Klimawandel dar. Dazu zählen insbesondere die Schonung lebenswichtiger Ressourcen Boden, Luft, Wasser sowie die Rückgewinnung von Werkstoffen (RP 2012-2015: R-NK-2), die Produktion von erneuerbarer Energie und der energieeffiziente Betrieb bei der Leistungserbringung (RP 2012-2015: R-NK-1).

Der auf die künftigen Anforderungen ausgerichtete Ausbau und Werterhalt der Anlagen ist eine Voraussetzung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung gemäss strategischem Schwerpunkt Innovation und Wertschöpfung (RP 2012-2015: R-IW-1).

Dank der engen Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt im Bereich der Abwasserbewirtschaftung und der Fachhochschule (FHNW) leistet das AIB einen Beitrag zu den Legislaturzielen RP 2012-2015: R-AK-4 und R-BBL-2.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	525	2'400	1'500	-900	-38%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	5'418'741	5'522'710	5'744'440	221'730	4%	
303	Temporäre Arbeitskräfte	155'557	145'000	145'000	0	0%	
304	Zulagen	131'089	109'530	67'444	-42'086	-38%	
305	Arbeitgeberbeiträge	847'991	903'786	1'020'339	116'553	13%	1
309	Übriger Personalaufwand	62'464	67'500	67'500	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	1'003'137	1'242'500	1'216'500	-26'000	-2%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	588'098	929'000	625'000	-304'000	-33%	2
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	8'114'881	9'179'500	8'870'350	-309'150	-3%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'166'860	1'012'020	1'190'270	178'250	18%	3
314	Baulicher Unterhalt	504'506	715'000	529'000	-186'000	-26%	4
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	2'084'853	1'816'000	1'953'500	137'500	8%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	235'300	222'874	216'300	-6'574	-3%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	78'951	87'500	92'000	4'500	5%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-67'886					
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	8'754'309	8'900'022	8'968'832	68'810	1%	
341	Realisierte Kursverluste	-1					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	145	500	500	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-340					
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-6'287'742	-6'438'450	-6'235'150	203'300	3%	
425	Erlös aus Verkäufen	-4'145'713	-7'300'000	-7'270'000	30'000	0%	
426	Rückerstattungen	-1'624	-500	-500	0	0%	
440	Zinsertrag	-2'034	-1'100	-100	1'000	91%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-1'091'000		-1'100'000	-1'100'000	X 5	
490	Int Fakturen Material- und Warenbezüge	-3'006'509					
	Total Aufwand	29'079'520	30'855'842	30'708'475	-147'367	0%	
	Total Ertrag	-14'534'962	-13'740'050	-14'605'750	-865'700	-6%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	14'544'558	17'115'792	16'102'725	-1'013'067	-6%	

BUD

- 1 Mit der Ausschöpfung aller Sollstellen steigen auch die Arbeitgeberbeiträge (Budget von PED)
- 2 Die grösseren werterhaltenden Massnahmen an den Energieanlagen in Liestal und Muttenz werden im Unterschied zu 2012 im Budget 2013 in den energiewirtschaftlichen Sammelpositionen (Investitionen) budgetiert.
- 3 Die Vorsteuerabzüge (Mehrwertsteuern) in der Höhe von CHF 164'000.- werden 2013 erstmalig budgetiert.

- 4 Grössere Kanalsanierungen werden als werterhaltende Massnahmen in der Sammelposition Werterhalt Netz (Investitionen) budgetiert.
- 5 Zur Deckung der überwältigten allgemeinen Vollzugskosten der Aufsichtsbehörden im Abfallbereich wird erstmalig die Entnahme aus dem Zinsertrag des Fonds Nachsorge und dem Fonds KVA Basel budgetiert.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge an ARA	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'756'250	4'060'000	3'750'000	-310'000	-8%	
Abwassergebühren	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-29'730'396	-30'913'347	-30'441'500	471'847	2%	
Beitrag an VASA-Gebühren	360	Ertragsanteile an Dritte	554'713	612'050	569'500	-42'550	-7%	
Entschädigungen Deponie Kelsag Liesberg	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'478'341	1'474'000	1'480'000	6'000	0%	
Verbandsbeiträge Abfall	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'955	4'000	4'000	0	0%	
Beiträge IWB an Wärmeverbund St. Jakob	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-285'417	-300'000	-300'000	0	0%	
Beitrag BL Mitnutzung BS-Kanalisation	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	115'140		130'000	130'000		X 1
Beiträge VA Aesch	361	Entschädigungen an Gemeinwesen		100'000	100'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen		-115'000	-100'000	15'000	13%	
Total Transferaufwand			5'907'400	6'250'050	6'033'500	-216'550	-3%	
Total Transferertrag			-30'015'812	-31'328'347	-30'841'500	486'847	2%	
Transfers (Netto)			-24'108'413	-25'078'297	-24'808'000	270'297	1%	

- 1 Der Beitrag an die Betriebs- und Unterhaltskosten der im Kanton Basel-Stadt mitbenutzten Abwasserleitungen (Reinigung von Abwasser aus dem Kanton BL in der ProReno AG) wurde 2012 unter dem Innenauftrag 500463 (Beitrag an ARA BASEL, PRO RHENO) budgetiert.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Abwasserreinigungsanlagen Sammelpos 9990	50	Sachanlagen	1'422'926	1'000'000	500'000	-500'000	-50%	A
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-747					
		Nettoinvestitionen	1'422'179	1'000'000	500'000	-500'000	-50%	
Abfallbeseitigungsanlagen Sammelpos 9991	50	Sachanlagen		50'000	50'000	0	0%	A
Energiewirtschaft Sammelpositionen 9981	50	Sachanlagen		400'000	900'000	500'000	125%	A
Effizienzinvest. Fernwärmezentrale 9992	50	Sachanlagen	644'738					
Mischwasserbehandlung Region Birstal	50	Sachanlagen	1'658'668	4'900'000	4'500'000	-400'000	-8%	1,B
Netz Sammelposition 9991	50	Sachanlagen	207'019	700'000	1'800'000	1'100'000	157%	A
Solaranlagen	50	Sachanlagen		1'000'000	200'000	-800'000	-80%	C
Massnahmen im Netz Frenkentaler	50	Sachanlagen			1'000'000	1'000'000		X 2,B

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
ARA Frenke Neubau	50	Sachanlagen		500'000	1'300'000	800'000	160%	3,A, B
Region Birsig Regenwasserbehandlung	50	Sachanlagen	318'024		300'000	300'000	X	B
Ara Rütenberg-Süd, Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen		200'000	500'000	300'000	150%	4,A
Ara Birs 2 Ausbau	50	Sachanlagen	194'975	1'500'000	2'000'000	500'000	33%	5,C
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-21'069		-200'000	-200'000	X	
		Nettoinvestitionen	173'906	1'500'000	1'800'000	300'000	20%	
Ara Ergolz 2 Sanierung Biologie	50	Sachanlagen	134'887					
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-196'164					
		Nettoinvestitionen	-61'277					
Ara Ergolz 1 Ersatz PLS	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung		-50'000		50'000	100%	
Ara Frenke 3, Planung und Mischwasser	50	Sachanlagen	361'415					
Ersatz PLS Ara Birsig	50	Sachanlagen	1'016'129					
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-291'009					
		Nettoinvestitionen	725'120					
Ormalingen - Ersatz Kanal / MWB	50	Sachanlagen	1'249'050	2'300'000	500'000	-1'800'000	-78%	6,A, B
Ara Frenke 1, Ableitungskanal	50	Sachanlagen	72'593					
Sanierung Kanal Sissach	50	Sachanlagen	1'634'699					
Deponie Elbisgraben, Reaktor-Etappe 6	50	Sachanlagen	92'548	100'000	100'000	0	0%	A
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-3'503					
		Nettoinvestitionen	89'045	100'000	100'000	0	0%	
Deponie Elbisgraben, Reaktor-Etappe 7	50	Sachanlagen	87'485	100'000	200'000	100'000	100%	A
Deponie Elbisgraben, Reaktor-Etappe 8	50	Sachanlagen	23'990	100'000	100'000	0	0%	A
FHWM Muttentz Netzausbau	50	Sachanlagen		3'000'000	2'900'000	-100'000	-3%	7,C
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung		-600'000	-400'000	200'000	33%	
		Nettoinvestitionen		2'400'000	2'500'000	100'000	4%	
FWKM Muttentz Ersatz Wärmepumpe	50	Sachanlagen	49'744					
FHWL Liestal Netzausbau Etappe 2	50	Sachanlagen	294'893	500'000	500'000	0	0%	C
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-110'418	-20'000	-30'000	-10'000	-50%	
		Nettoinvestitionen	184'475	480'000	470'000	-10'000	-2%	
Zuleitungskanal ARA Frenke 1 Reigoldswil	50	Sachanlagen		20'000	20'000	0	0%	8
Ara Liesberg Ausbau	50	Sachanlagen	332'950					
ARA Hemmiken Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen		800'000		-800'000	-100%	
Versickerungsanlage Aesch	50	Sachanlagen			100'000	100'000	X	A
**Ara ProRheno, Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen			200'000	200'000	X	9,A, B
FHWL Liestal Netzausbau Etappe 3	50	Sachanlagen			300'000	300'000	X	B

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung			-20'000	-20'000	X	
		Nettoinvestitionen			280'000	280'000	X	
Total Investitionsausgaben			9'796'733	17'170'000	17'970'000	800'000	5%	
Total Investitionseinnahmen			-622'910	-670'000	-650'000	20'000	3%	
Total Nettoinvestitionen			9'173'823	16'500'000	17'320'000	820'000	5%	

- 1 Fertigstellung und Inbetriebnahme des Mischwasserbeckens Gwyden in Aesch .
- 2 Mit dem Bau des ersten Mischwasserbeckens in Bubendorf wird begonnen.
- 3 Bau- und Ausführungsprojektierung der ARA Frenke in Bubendorf (ausgelegt auf die Elimination von Spurenstoffen und verbunden mit der Aufhebung der ARA Frenke 2 in Niederdorf).
- 4 Mit dem anstehenden Werterhalt und Ausbau der ARA Rünenberg Nord wird die ARA Rünenberg Süd aufgehoben werden.
- 5 Mit dem Einbau einer Vorklärung kann die Energieerzeugung aus Biogas gesteigert werden.
- 6 Dank dem Ersatz des Sammelkanals (in Koordination mit der Strassensanierung) kann das Mischwasser ohne Rückstau in die Liegenschaften abgeleitet und im Mischwasserbecken GEP-konform behandelt werden.
- 7 Weiterer Ausbau des Fernwärmenetzes Polyfeld um gemäss Energiesachplan Muttentz zusätzliche Liegenschaften mit Fernwärme (gewonnen aus Abwärme) zu versorgen.
- 8 Planung für den Ersatz des undichten Sammelkanals im Gesamtprojekt Sanierung Kantonsstrasse und Hochwasserschutz Reigoldswil.
- 9 Der Kanton Basel-Landschaft ist Aktionär der ProReno AG, in welcher die Abwässer von ca. 70'000 Einwohnern BL gereinigt werden. Die Anlage soll in den nächsten Jahren analog den Anlagen im Kanton BL auf den Stand der Technik (Stickstoffentfernung, Spurenstoffe) erneuert werden. 2013 wird das Bauprojekt ausgearbeitet.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	51.0	52.6	53.6	1.0	1.9%

+ 1 Stelle gemäss LRV 2012-065 vom 6. März 2012

Jahresprogramm

A 2306.005 Sicherer Betrieb und Werterhalt der Infrastruktur

Der Grossteil der Mitarbeitenden im AIB ist für den täglichen und sicheren Betrieb und den vorausschauenden Unterhalt der technischen Anlagen verantwortlich. Mit gezielter Erhebung und -auswertung von Betriebsdaten werden die Anlagenbelastung und die Reserven regelmässig erfasst, um rechtzeitig den nötigen Bedarf für Massnahmen zu erkennen. Gleichzeitig sollen die Anlagen möglichst lange in Betrieb stehen, um einen wirtschaftlichen Betrieb zu ermöglichen. Neben einer Vielzahl von Werterhaltungsmassnahmen an Bau, Maschinen und Steuerung stehen als grössere Werterhaltungsmassnahmen an:

- Beginn Sanierung ARA Rünenberg Nord (verbunden mit Aufhebung ARA Rünenberg Süd)
- Abschluss Kanalersatz in Ormalingen (Vergrösserung Abflusskapazität)
- Ausbau Deponie Elbisgraben (den geänderten Abfallmengen entsprechend)
- Start Projektierung für den Neubau der ARA Frenke (als Ersatz für die Anlagen ARA Frenke 2 und ARA Frenke 3) (RP 2012-2015: BUD-IW-2, BUD 2,3,4 und BUD-NK-4)

C 2306.006 Umgang mit knapper werdender Ressourcen (erneuerbare Energien und energieeffizienter Betrieb)

Mit einem umfassendem Energiemonitoring und weiteren Projekten soll der Energieverbrauch der Anlagen weiterhin gesenkt resp. mit der Produktion von erneuerbarer Energie die Eigenversorgung erhöht werden. Dazu zählen insbesondere der Ausbau der Fernwärmenetze Liestal und in Muttentz, der Einbau einer Hochlastvorklärung in der ARA Birs zur Gewinnung von zusätzlichem Biogas, und der Bau der Solaranlagen in den Abwasserreinigungsanlagen. (RP 2012-2015: BUD-NK-1, BUD 12)

B 2306.007 Schutz der natürlichen Umwelt

Mit gezielter Erhebung und -auswertung der Betriebsdaten werden mögliche Betriebsverbesserungen zur

Optimierung des Umweltnutzens der Anlagen erkannt. Mit Blick auf die kommenden Anforderungen zur Elimination von Spurenstoffen in den Abwasserreinigungsanlagen engagiert sich das AIB in verschiedenen Projekten mit externen Partnern aus Wirtschaft und Forschung.

Eine geringere Belastung der Fliessgewässer durch gereinigtes Abwasser und entlastetes Mischwasser wird erreicht mit folgenden Projekten und Investitionen:

- Fertigstellung und Inbetriebnahme des Mischwasserbeckens Gwyden in Aesch;
- Inbetriebnahme des vergrösserten Zulaufkanals zur ARA Birsig in Therwil;
- Inbetriebnahme des vergrösserten Sammelkanals inkl. Mischwasserbecken in Ormalingen;
- Baubeginn des Mischwasserbeckens "Dorf" in Bubendorf;
- Start Projektierung für den Neubau der ARA Frenke (inkl. Stufe zur Elimination von Spurenstoffen) (RP 2012-2015: BUD-NK-5, BUD 15,17)

2314 Öffentlicher Verkehr

Auftrag und Zielsetzungen

Zur Bewältigung der Transportbedürfnisse, zur optimierten Ausnutzung der Verkehrsnetze, und einem sorgsamem Umgang mit den nicht erneuerbaren Ressourcen, leistet der öffentliche Verkehr einen unverzichtbaren Beitrag. Mittels „Generellen Leistungsaufträgen ÖV“ (GLA) werden Angebote und Finanzplan für vier Jahre festgelegt. Im Rahmen der Erarbeitung eines GLA werden ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Anforderungen des Kantons zu einem wirkungsvollen Paket an ÖV-Leistungen geschnürt. (RP 2012-2015: R-M-1; R-M-2; R-IW-1; R-Z-2; R-Z-3; R-NK-1; R-NK-3; BUD-M-2).

Mit dem laufenden 6. GLA 2010 - 2013 (2009/056) konnten angebotsseitig wichtige Ergänzungen im öV-Netz mit erfolgreichen Nachfragesteigerungen vorgenommen werden. Der sich in Vorbereitung befindliche 7. GLA 2014-2017 wird demgegenüber eine Konstanz des ÖV-Angebots mit Fokus auf Verbesserung der Qualität und Stabilisierung der Kosten zum Inhalt haben. (RP 2012-2015: BUD-IW-1; BUD-NK-2; BUD-M-1)

Zur konsequenten Umsetzung des kantonalen Richtplanes werden die entsprechenden Planungen der Infrastruktur für den ÖV vorangetrieben (BUD-IW-2). Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Baselpieter Wirtschaftsraumes wird z.B. die Planung der Tram-Infrastrukturen für Salina Raurica vorangetrieben. (RP 2012-2015: BUD-IW-3)

Neben der Sicherstellung des Betriebsangebots müssen auch die Planungen für künftige Weiterentwicklungen rechtzeitig angegangen werden. Daher sind sowohl für Tramlinien als auch für die Regio-S-Bahn Mittel für die mittel- und langfristigen Planungen eingestellt. (RP 2012-2015: BUD-M-2; LKA-AK-6; FGD-M-2)

Für Menschen mit Behinderungen wird mit geeignetem Angebot und Infrastrukturmassnahmen gewährleistet, dass sie ihr Leben vermehrt selbstbestimmt gestalten können (RP 2012-2015: BKSD-Z-3; VGD-Z-3). Dieser Ausbau hat gemäss Vorgabe Bund bis 2023 zu erfolgen. Damit wird auch dem Umstand Rechnung getragen, dass die Bevölkerung generell älter wird. (RP 2012-2015: R-Z-2).

Zur Steigerung des Sicherheitsniveaus werden die betrieblichen Massnahmen der Transportunternehmungen unterstützt. Das Projekt zur Sicherung von Bahnübergängen wird weitergeführt. Im Rahmen der Erneuerungs- und Instandsetzungsmassnahmen werden auch die Sicherungsanlagen überprüft und erneuert. (RP 2012-2015: R-Z-3).

Der zuverlässige und dauerhafte Betrieb sowie die nachhaltige Werterhaltung der Infrastruktur wird durch gezielte betriebliche Massnahmen (Winterdienst, laufender baulicher Unterhalt etc.) und durch die notwendigen Instandsetzungsarbeiten sichergestellt. Diese Arbeiten erfolgen durch das TBA selbst oder mittels Beiträgen an die konzessionierten Transportunternehmungen. (RP 2012-2015: BUD-IW-2). Dabei werden in Zusammenarbeit mit den Transportunternehmungen die notwendigen Instandsetzungsmassnahmen mit notwendigen Ausbauten koordiniert und eine kostenoptimierte Gebrauchsdauer ausgelegt. (RP 2012-2015: BUD-SH-1)

Ziele all dieser Massnahmen sind die Erhaltung der technischen Transportsicherheit der Anlagen, die Sicherung eines reibungslosen Betriebes, die Verbesserung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch Reduktion oder einheitliche Signalisation der Konfliktpunkte Schiene/Strasse, die Möglichkeit zur Verdichtung der Fahrpläne in Spitzenzeiten sowie die Erhöhung der durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit. (RP 2012-2015: BUD-M-1; VGD-Z-4)

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	175	1'000	1'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	648'066	662'694	600'042	-62'652	-9%	
304	Zulagen	10'677	10'677	7'514	-3'163	-30%	
305	Arbeitgeberbeiträge	108'288	113'588	135'056	21'468	19%	
309	Übriger Personalaufwand	1'450	6'875		-6'875	-100%	
310	Material- und Warenaufwand	18'253	8'000		-8'000	-100%	
313	Dienstleistungen und Honorare	356'894	299'800	290'000	-9'800	-3%	A
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	5'555	10'000	6'000	-4'000	-40%	
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	154'553	164'000	241'012	77'012	47%	1

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
341	Realisierte Kursverluste	-8					
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-300					
	Total Aufwand	1'303'903	1'276'634	1'280'624	3'990	0%	
	Total Ertrag	-300					
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'303'603	1'276'634	1'280'624	3'990	0%	

- 1 Die Abschreibungen sind gemäss Finanzhaushaltsgesetz und der neuen Abschreibungspraxis nach HRM2 durch die Dienststelle nicht beeinflussbar.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge an Infrastrukturvorhaben ÖV	366	Eigene Investitionsbeiträge	13'488'617	15'150'000		-15'150'000	-100%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-300'000	-300'000		300'000	100%	1
Beiträge an ÖV-Projekte	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			200'000	200'000	X	
	366	Eigene Investitionsbeiträge	1'831'433	1'000'000		-1'000'000	-100%	1
Betriebskostenbeiträge an ÖV	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	66'909'936	70'400'000	73'417'000	3'017'000	4%	2,F,G
Massnahmen Bahnübergänge	366	Eigene Investitionsbeiträge	332'865	4'450'000		-4'450'000	-100%	
Total Transferaufwand			82'562'852	91'000'000	73'617'000	-17'383'000	-19%	
Total Transferertrag			-300'000	-300'000		300'000	100%	
Transfers (Netto)			82'262'852	90'700'000	73'617'000	-17'083'000	-19%	

- 1 Änderung Buchungspraxis! Neu werden die Beiträge an Investitionen Dritte über die Investitionsrechnung geführt.
- 2 Erhöhung der Abgeltungen an die Transportunternehmungen aufgrund des erhöhten Abschreibungsbedarfs infolge der Investitionen in die Infrastruktur und der umfangreichen Erneuerung des Rollmaterials (BLT Tango) durch die Transportunternehmungen.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Trasseesanierung BLT Linie 12/14 (700817)	36	Transferaufwand	1'410'624	5'600'000		-5'600'000	-100%	H
Richtplan, Proj.Schienenetz (700818)	36	Transferaufwand		50'000		-50'000	-100%	A
Tram/Bahnüberg. Optimierungsm (700819)	36	Transferaufwand		4'450'000		-4'450'000	-100%	I
Ausbau BLT Linie 10 Arlesheim/Dornach	36	Transferaufwand	601'982					
Trasseesanierung Linie 11 (700820)	36	Transferaufwand	201'326	1'000'000		-1'000'000	-100%	
	46	Transferertrag	-300'000	-300'000		300'000	100%	
		Total	-98'674	700'000		-700'000	-100%	
Salina Raurica, ÖV-Anl. Vorpr. (700821)	36	Transferaufwand	192'081	1'000'000		-1'000'000	-100%	A,B
Ausbau BLT Linie 10, Margar.st. (700822)	36	Transferaufwand	525	200'000		-200'000	-100%	B,H
WB Umbau Haltestellen und Umsetz.BehiG	36	Transferaufwand		300'000		-300'000	-100%	
WB Ausbau Infrastruktur (700824)	36	Transferaufwand	42	500'000		-500'000	-100%	C,D,
Trasseesanierung Linie 10 (700825)	36	Transferaufwand	139					

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge Bahnhofaus- und Neubauprogramm	36	Transferaufwand	1'800'389	500'000		-500'000	-100%	
Regio-S-Bahn. 2. Etappe Planungskosten	36	Transferaufwand	198'410	500'000	200'000	-300'000	-60%	J,K
Vpfl.Kred. Bahnhofausb. S9 Läufelfingen	36	Transferaufwand	-167'365					
BLT Linie 10/17 Doppelsp Spiessh(700832)	36	Transferaufwand	4'579	500'000		-500'000	-100%	E,H
BLT Linie 10 Birseck, Instandsetzung	36	Transferaufwand		500'000		-500'000	-100%	
BLT Linie 10/17, Instandsetzung (700826)	36	Transferaufwand	2'874'592	3'000'000		-3'000'000	-100%	C,D,
BLT Linie 11, Instandsetzung (700827)	36	Transferaufwand	7'982'547	1'000'000		-1'000'000	-100%	C,D,
WB, Erneuerung Fahrleitung (700828)	36	Transferaufwand		200'000		-200'000	-100%	H
Birseckstrasse FG	36	Transferaufwand	70'497					
Schwertrain (Veloquerung)	36	Transferaufwand	26'098					
LSA Gartenstadt FG	36	Transferaufwand	5'345					
Heiligholz Kreisel FG	36	Transferaufwand	17'452					
Fleischbach FG	36	Transferaufwand	21'371					
Schönenbachstrasse	36	Transferaufwand	71'434					
Weihermattstrasse FG	36	Transferaufwand	25'016					
Flühbergweg	36	Transferaufwand	17'478					
Brühlmattweg	36	Transferaufwand	684					
Brühlstrasse	36	Transferaufwand	684					
Gräubern-Wegli	36	Transferaufwand	1'047					
Kläranlage	36	Transferaufwand	14'243					
Obertalhaus	36	Transferaufwand	3'861					
Lampenberg Nord	36	Transferaufwand	6'622					
Schützenhaus	36	Transferaufwand	19'533					
Schöpfli-Brücke	36	Transferaufwand	11'447					
Lindenbrücke	36	Transferaufwand	11'447					
Mühle/Bennwilerstrasse	36	Transferaufwand	8'606					
Umsetzung BehiG Haltest., Proj (700829)	36	Transferaufwand		800'000		-800'000	-100%	C,D
Total Verpflichtungskredite Aufwand			15'432'737	20'100'000	200'000	-19'900'000	-99%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-300'000	-300'000		300'000	100%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			15'132'737	19'800'000	200'000	-19'600'000	-99%	

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Laufen, Ausbau Bushof	50	Sachanlagen	20'827	300'000	600'000	300'000	100%	B,C, D
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung		-120'000		120'000	100%	
		Nettoinvestitionen	20'827	180'000	600'000	420'000	233%	
Ausbauten öffentlicher Verkehr 9990	50	Sachanlagen	2'086'020	1'000'000	500'000	-500'000	-50%	A,B, E
	56	Eigene Inv.-Beitr.			500'000	500'000	X	
		Nettoinvestitionen	2'086'020	1'000'000	1'000'000	0	0%	

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Tram/Bahnüberg. Optimierungsmassnahmen	56	Eigene Inv.-Beitr.			6'000'000	6'000'000	X	
Ausbau BLT Linie 10 Margarethenstich	56	Eigene Inv.-Beitr.			400'000	400'000	X	
Allschwil, Grabenring, BVB Linie 6	50	Sachanlagen	38'535					
Allschwil, Baslerstr. BVB Linie 6, Inst.	50	Sachanlagen	596'144	300'000	200'000	-100'000	-33%	C,E
Allschwil, San.Baslerstr., Real. Schiene	50	Sachanlagen			1'000'000	1'000'000	X	C,D, E
Umsetzung BehiG Bus, Projektierung	50	Sachanlagen			1'000'000	1'000'000	X	C,D
Trasseesanier. BLT Linie 12/14 (500420)	56	Eigene Inv.-Beitr.			3'000'000	3'000'000	X	1
Richtplan, Proj. Schienennetz (500421)	56	Eigene Inv.-Beitr.			50'000	50'000	X	1
Trasseesanierung Linie 11 (500425)	56	Eigene Inv.-Beitr.			4'000'000	4'000'000	X	1
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung			-300'000	-300'000	X	1
		Nettoinvestitionen			3'700'000	3'700'000	X	
Salina Raurica, ÖV-Anl. Vorpr. (500426)	56	Eigene Inv.-Beitr.			1'000'000	1'000'000	X	1
Laufen, Ausbau Busbahnhof (500428)	56	Eigene Inv.-Beitr.			200'000	200'000	X	1
WB Ausbau Infrastruktur (500431)	56	Eigene Inv.-Beitr.			5'000'000	5'000'000	X	1
Trasseesanierung Linie 10 (500434)	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung			-5'000'000	-5'000'000	X	1
BLT Linie 10/17, Instandsetzung (500571)	56	Eigene Inv.-Beitr.			1'600'000	1'600'000	X	1
BLT Linie 11, Instandsetzung (500572)	56	Eigene Inv.-Beitr.			6'000'000	6'000'000	X	1
WB Erneuerung Fahrleitung (500623)	56	Eigene Inv.-Beitr.			600'000	600'000	X	1
Umsetzung BehiG Haltest., Proj (500991)	56	Eigene Inv.-Beitr.			1'000'000	1'000'000	X	1
BLT Linie 10/17Doppelsp Spiessh (500569)	56	Eigene Inv.-Beitr.			300'000	300'000	X	1
BLT Linie 10/17Doppelsp Ettingen(500622)	56	Eigene Inv.-Beitr.			3'600'000	3'600'000	X	1
Total Investitionsausgaben			2'741'526	1'600'000	36'550'000	34'950'000	2'184%	
Total Investitionseinnahmen				-120'000	-5'300'000	-5'180'000	-4'317%	
Total Nettoinvestitionen			2'741'526	1'480'000	31'250'000	29'770'000	2'011%	

1 Änderung Buchungspraxis! Neu werden die Beiträge an Investitionen Dritte über die Investitionsrechnung geführt.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	5.5	5.5	4.8	-0.7	-12.7%

Transfer von 0.6 Stellen zu 2301 Strassen

Transfer von 0.1 Stellen zu 2308 Kantonale Denkmalpflege

Jahresprogramm

A 2314.006 Umsetzung des Konzeptes „Räumliche Entwicklung“

Der Kantonale Richtplan (KRIP) stellt eine Ausformulierung der Grundsätze des „Konzeptes der Räumlichen Entwicklung“ (KORE) dar. Mit den generellen Leistungsaufträgen ÖV (GLA) werden die im KRIP formulierten Handlungsanweisungen in ein konkretes und verbindliches ÖV-Angebotskonzept für vier Jahre gegossen. Die Erarbeitung des GLA stellt eine komplexe und vielschichtige Aufgabe dar. Zur Quantifizierung der räumlichen und verkehrlichen Wirkung von beabsichtigten ÖV-Massnahmen sind jeweils umfangreiche Planungsarbeiten notwendig. (RP 2012-2015: BUD 1)

E 2314.007 Prioritäten bei der Mobilität

Mit einem attraktiven Angebot im öffentlichen Verkehr und dem gezielten Ausbau der Infrastruktur mittels baulichen und technischen Massnahmen wird die Verkehrsverlagerung stark gefördert.

Bei den technischen Massnahmen gilt es vornehmlich durch konsequente ÖV-Bevorzugung an Lichtsignalanlagen oder durch Anordnung von Busspuren an staugefährdeten Stellen, die Fahrplan-Stabilität des Busangebots aufrechtzuerhalten.

Bei den baulichen Massnahmen sind Eliminierungen von Einspurabschnitten und Schliessen von Netzlücken wirksame Elemente. Konkret sind folgende Projekte in Arbeit: WB; Haltestellen und Doppelspurinseln; BLT 10: Baubeginn Doppelspur Ettingen - Flüh; BLT 10: Projektierung Margarethenstich. (RP 2012-2015: BUD 24)

B 2314.008 Optimierung der Verknüpfung der Verkehrsmittel

Im Vordergrund steht das Funktionieren der Transportkette im ÖV durch gezielte räumliche und zeitliche Bündelung der Zubringerverkehre in den drei Talschaften auf die Hauptachse und einer rasterartigen Vernetzung der ÖV-Linien im Agglomerationsraum.

Nach Genehmigung des Verpflichtungskredites für den Bushof Laufen wird die Projektierung vorangetrieben mit Zielsetzung Bau ab ca. 2014. Das Vorprojekt ÖV-Anlagen Salina Raurica (Verlängerung Tramlinie 14) wird weitergeführt; unter anderem mit speziellem Focus auf eine gute Verknüpfung mit der SBB (Bahnhof Pratteln) und den Buslinien (Endhaltestelle Augst). (RP 2012-2015: BUD 25)

2314.009 Weiterentwicklung des Euroairports

Der Euroairport ist ein wichtiger Faktor für den starken Wirtschaftsstandort Basel und die Nordwestschweiz. Die internationale Erreichbarkeit ist strategisch von sehr hoher Bedeutung. Zur Förderung der regionalen Erreichbarkeit des Flughafens mit dem öffentlichen Verkehr ist der Schienenanschluss eine wichtige Massnahme.

Die BUD beteiligt sich aktiv, zusammen mit den Partnern in der Nordwestschweiz an den planerischen Arbeiten zur Anbindung der S-Bahn an den Euroairport. (RP 2012-2015: FKD 6)

C 2314.010 Behinderten- und altersgerechte Infrastruktur

Im Rahmen des GLA werden die Mobilitätsbedürfnisse verschiedener Gesellschaftsgruppen berücksichtigt. So wird explizit für jenen Teil der Bevölkerung, der bewusst oder gezwungenermassen auf das Auto verzichtet, ein ÖV-Angebot definiert, welches eine minimale Mobilitätsvorsorge gewährleistet. Insbesondere stellen die Bedürfnisse der älteren Personen einen wichtigen Pfeiler in der Angebotsplanung dar.

Neben dem Angebot wird die Infrastruktur im ÖV konsequent behindertentauglich und altersgerecht umgebaut. Neben der Realisierung eines ebenerdigen Einstiegs bei allen Verkehrsmitteln mittels hohen Haltekanten, werden auch alle Informationssysteme visuell und akustisch auf die Bedürfnisse von Personen mit körperlichen Einschränkungen angepasst.

Konkret betrifft dies die Trassesanierung Linie 11 (Erneuerung Ortszentrum Reinach mit Tramhaltestelle Dorf) und der Ausbau Infrastruktur WB (Erneuerung einzelner Haltestellen). Die Projektierungsarbeiten für ein Gesamtkonzept für behindertengerechte Bushaltestellen werden - nach Vorliegen des entsprechenden Landratsbeschlusses - gestartet. (RP 2012-2015: BUD 8)

D 2314.011 Förderung des behindertengerechten Zugangs zu den öffentlichen Verkehrsmitteln

Das Angebot und die Infrastruktur im ÖV werden hinsichtlich Tauglichkeit für Personen mit Behinderungen angepasst. Die Förderung des Zugangs dieser Bevölkerungsgruppe umfasst meist Massnahmen, die auch den anderen Benützern Vorteile bieten, wie ebenerdiger Einstieg und verbesserte optische Anzeigen.

Während bei der Regio-S-Bahn die Umsetzung des ebenerdigen Einstiegs vollzogen ist, steht die Beschlussfassung für die Massnahmen im Tram- und Busbereich an. Die Umsetzung selber macht umfangreiche Anpassungen im Schienen- und Strassenbereich notwendig. (RP 2012-2015: BKSD 19)

H 2314.012 Werterhalt beim Schienennetz

Im Vordergrund steht die Sicherstellung der Werterhaltung und des Ausbaus der Anlagen bei den Gleitstrassen, bei den Fahrleitungen und bei den Sicherungsanlagen. Die BUD unterstützt die Transportunternehmungen mit Finanzbeiträgen (SBB, BVB, BLT, WB) und durch die Übernahme der Federführung bei der Realisierung (WB). Die vorgesehenen Massnahmen im Rahmen des Ausbaus der WB sind mehrheitlich Werterhaltungsmassnahmen, um den Betrieb sicher stellen zu können. Weitere Werterhaltungsmassnahmen umfassen die Instandsetzungen der BVB Linien 12/14, der BLT Linie 10, 17 und 11. (RP 2012-2015: BUD 27)

I 2314.013 Überprüfung und Sanierung von Unfallorten

Die Optimierungsmassnahmen der Tram / Bahnübergänge wird weitergeführt mit Zielsetzung Abschluss Ende 2014. Im Rahmen der Instandsetzungsmassnahmen der BVB Linie 12/14 ; BLT 10 etc. werden die bahntechnischen Sicherungsanlagen wo nötig erneuert. (RP 2012-2015: BUD 9)

F 2314.014 Sicherheit im öffentlichen Verkehr

Die Sicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln ist von grosser Bedeutung für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Im Rahmen der Leistungsbestellung ÖV werden deshalb die Anforderungen und Kriterien zusammen mit den Transportunternehmungen definiert und entsprechende Aufwände abgegolten. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Sicherheit beim Nachtnetz. (RP 2012-2015: BUD 10)

G 2314.015 Senkungs der CO2-Emissionen

Die ökologische Verträglichkeit der Mobilität ist eine zentrale Aufgabe des Kantons. Unter Berücksichtigung der sich verändernden Ansprüche der Bevölkerung bezüglich Komfort und Sicherheit werden deshalb Massnahmen zur Senkung der CO2-Emission gezielt gefördert. Dabei bewirkt das Umsteigen vom Privatverkehr auf den öffentlichen Verkehr die wirkungsvollste Reduktion des CO2-Ausstosses pro Kopf. Des weiteren werden im Rahmen der Leistungsbestellung ÖV Investitionen der Transportunternehmen in moderne und somit CO2-arme Antriebsformen bei den Bussen (EURO 06) gefördert. (RP 2012-2015: BUD 11)

J 2314.016 Koordination Agglomerationsprogramm

Zur Erreichung der regional positiven Wirkung des ÖV sind kantonsübergreifende Planungen und Realisierungen zwingend. Das Agglomerationsprogramm erlaubt, solche Massnahmen prioritär zu behandeln und finanzierbar zu machen. Weiter erlaubt es auch, das Zusammenspiel der Wirkungen von übergeordneten Projekten des Bundes und von regionalen Projekten der Kantone sichtbar zu machen und hinsichtlich der Effektivität zu positionieren. (RP 2012-2015: BUD 28)

K 2314.017 Bündelung der regionalen Zusammenarbeit

Zur Erreichung der gesamtregionalen Wirkung der ÖV-Systeme engagiert sich die BUD in verschiedenen regionalen Arbeitsgruppen.

Im Konkreten beteiligt sich die BUD hinsichtlich ÖV aktiv in der Oberrheinkonferenz (ORK), im Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB), in der Metropolitankonferenz Basel (MKB), in der Konferenz der Nordwestschweizer ÖV-Direktoren (KÖV NWCH), sowie in den regionalen Planungsgruppen zu Regio-S-Bahn Basel und Tramnetz Basel. (RP 2012-2015: LKA 7)

Bereich Immobilien

Als eine der wesentlichen Voraussetzungen für die notwendige Funktionstüchtigkeit und gute Aufgabenerfüllung benötigt die Kantonale Verwaltung Boden, Bauten und Anlagen. Der Bereich Immobilien ist das Dienstleistungszentrum für den Immobilienverkehr und die Immobilienbewirtschaftung sowie das Fachorgan für Hochbauten des Kantons Basel-Landschaft. Er betreut die Immobilien im Finanz- und Verwaltungsvermögen des Kantons.

Der Bereich Immobilien setzt die vom Regierungsrat festgelegte, langfristig ausgerichtete Bodenpolitik mit allen grundbuchrelevanten Bedürfnissen durch. Das Ziel ist eine angemessene, auf das Kantonsgebiet verteilte Landreserve für künftige Vorhaben und zu Abtauschzwecken zu schaffen und die laufenden Bedürfnisse des Kantons an Grund und Boden zeitgerecht, kostengünstig und unter Ausnutzung der Preisfluktuationen abzudecken. Entbehrliche Grundstücke werden zum Marktwert abgestossen.

Für die Bereitstellung von Raum wie Schul- und Sportanlagen, Verwaltungsbauten, Militäranlagen und Bauten für die Justiz mit den erforderlichen technischen und betrieblichen Infrastrukturen ist der Bereich Immobilien zuständig. Öffentliche Hochbauten, welche den Verwaltungstätigkeiten im notwendigen Mass dienen sollen, werden ausschliesslich vom Bereich Immobilien geplant, erstellt, eingerichtet und bewirtschaftet.

Im Rahmen der integralen Immobilienbewirtschaftung werden sämtliche Bedürfnisse im Bereich nach übergeordneten Immobilien- und Arealentwicklungsstrategien sowie unter ökonomischen und ökologischen Aspekten umgesetzt. Mittels Gesamtkonzepten sind die Immobilien möglichst effizient zu nutzen und auf bedarfsgerechte Art zu bewirtschaften. Die Substanz- und Werterhaltung ist dabei von besonderer Bedeutung.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	17'694'670	19'618'655	19'607'421	-11'233	0%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	42'324'311	63'068'000	58'397'000	-4'671'000	-7%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	18'637'941	35'570'944	28'250'680	-7'320'264	-21%
34 Finanzaufwand	716'569	546'050	585'950	39'900	7%
36 Transferaufwand	217'513	140'000	120'000	-20'000	-14%
39 Interne Fakturen	51'660				
42 Entgelte	-618'785	-805'000	-510'000	295'000	37%
44 Finanzertrag	-32'337'413	-27'420'200	-22'755'200	4'665'000	17%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-3'910'040	-19'055'996	-9'451'580	9'604'416	50%
46 Transferertrag	-178'563	-130'000	-100'000	30'000	23%
49 Interne Fakturen	-159'953	-184'469	-151'447	33'022	18%
Total Aufwand	79'642'664	118'943'649	106'961'051	-11'982'597	-10%
Total Ertrag	-37'204'755	-47'595'665	-32'968'227	14'627'438	31%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	42'437'909	71'347'983	73'992'824	2'644'841	4%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	98.8	115.7	114.7	-1.0	-0.9%

2304 Hochbauamt

Auftrag und Zielsetzungen

Als eine der wesentlichen Voraussetzungen für die notwendige Funktionstüchtigkeit und gute Aufgabenerfüllung benötigt die Kantonale Verwaltung Raum in Form von Bauten und Anlagen, wie Schul- und Sportanlagen, Militäranlagen, Bauten für die Justiz und Verwaltungsbauten. Seit dem 1. August 2011 hat der Kanton gemäss Volksentscheid vom 28. September 1997 die Trägerschaft, die Finanzierungen und den baulichen sowie den betrieblichen Unterhalt der Sekundarschulbauten und -anlagen als Eigentümer von den Gemeinden übernommen. (RP 2012-2015: R-SH-2)

Das Hochbauamt ist das Baufachorgan des Kantons Basel-Landschaft und betreut alle Hochbauten im Verwaltungsvermögen des Kantons mit Ausnahme der Spitäler. Es ist für die Bereitstellung von Raum mit den erforderlichen technischen und betrieblichen Infrastrukturen zuständig, welcher den Verwaltungstätigkeiten im notwendigen Mass dienen soll. Öffentliche Hochbauten werden ausschliesslich vom Hochbauamt geplant, erstellt, eingerichtet und bewirtschaftet.

Es ist eine wichtige Aufgabe, im Rahmen der integralen Raumbewirtschaftung sämtliche räumlichen Bedürfnisse der kantonalen Verwaltung nach übergeordneten Strategien und Konzepten, sowie unter ökonomischen und soweit als möglich energieeffizienten und umweltgerechten Aspekten umzusetzen. Mittels Gesamtkonzepten ist die Summe der Räume möglichst gut zu nutzen und auf bedarfsgerechte Art zu bewirtschaften. Die Substanz- und Werterhaltung ist dabei von besonderer Bedeutung. (RP 2012-2015: R-SH-3)

Strategiebezug bzw. Legislaturziele des Hochbauamtes (RP 2012-2015: BUD-IW-2, BUD-NK-1, BUD-NK-2, BUD-SH-1)

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	13'367'814	15'399'800	15'419'271	19'471	0%	
303	Temporäre Arbeitskräfte	47'509					
304	Zulagen	346'082	167'682	141'773	-25'909	-15%	
305	Arbeitgeberbeiträge	2'327'246	2'256'105	2'368'861	112'756	5%	
309	Übriger Personalaufwand	50'843	62'000	64'000	2'000	3%	
310	Material- und Warenaufwand	761'115	752'500	731'000	-21'500	-3%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	3'412'993	3'874'000	2'293'000	-1'581'000	-41%	1
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	5'973'216	8'986'000	9'325'000	339'000	4%	
313	Dienstleistungen und Honorare	5'271'281	11'397'000	9'170'000	-2'227'000	-20%	2
314	Baulicher Unterhalt	10'257'953	13'505'000	12'915'000	-590'000	-4%	1
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	328'398	415'000	395'000	-20'000	-5%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	15'466'488	23'073'000	22'300'000	-773'000	-3%	3
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	68'244	89'000	87'000	-2'000	-2%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	21'314	3'000	3'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	24'309	28'000	28'000	0	0%	
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	18'637'941	35'570'944	28'250'680	-7'320'264	-21%	4
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	422	750	750	0	0%	
390	Int Fakturen Material- und Warenbezüge	25'766					
391	Int Fakturen Dienstleistungen	25'894					
425	Erlös aus Verkäufen	-167'128	-178'000	-135'000	43'000	24%	
426	Rückerstattungen	-430'282	-612'000	-360'000	252'000	41%	5
427	Bussen	-14'103	-15'000	-15'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-37	-200	-200	0	0%	
441	Realisierte Gewinne FV	-3'905'000					
447	Liegenschaftenertrag VV	-11'015'650	-12'690'000	-8'140'000	4'550'000	36%	6
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-2'500					
451	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	-3'907'540	-19'055'996	-9'451'580	9'604'416	50%	7

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
492	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungsko	-159'953	-184'469	-151'447	33'022	18%	
	Total Aufwand	76'414'829	115'579'781	103'492'335	-12'087'446	-10%	
	Total Ertrag	-19'602'192	-32'735'665	-18'253'227	14'482'438	44%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	56'812'637	82'844'115	85'239'107	2'394'992	3%	

- 1 Die budgetierte Aufwandsminderung ist auf das Entlastungspaket 12/15 zurückzuführen.
- 2 Der Aufwand für die Bewirtschaftung der Sekundarschulbauten und -anlagen für 2012 wurde auf Grund von diversen Unsicherheiten zu hoch budgetiert und ist jetzt im Budget 2013 angepasst worden. Im Weiteren ist der budgetierte Minderaufwand auf das Entlastungspaket 12/15 zurückzuführen.
- 3 Da die im Budget 2012 enthaltene Einmietung in der Valora Muttentz nicht zu Stande gekommen ist, konnte diese Position entsprechend gesenkt werden.
- 4 Die Übernahmewerte der Sekundarschulbauten wurden in der Anlagenbuchhaltung anders als geplant auf die Anlagenklassen aufgeteilt. Der grösste Teil des Übernahmewertes wurde neu auf die Anlageklasse Grundstücke gebucht, welche nicht abgeschrieben werden.
- 5 Da sich die Rückerstattungen aus vielen Einzelpositionen zusammensetzen, welche nur schwer budgetierbar sind, haben wir aus kaufmännischer Vorsicht einen tieferen Durchschnitt als in den Vorjahren budgetiert.
- 6 Der Minderertrag ist auf den Wegfall der Vermietung des UKBB's auf dem Bruderholz sowie auf die Nichtbudgetierung der Pachtzinsen der Schlossanlagen Wildenstein und Bottmingen sowie der Gutsbetriebe Wildenstein und Arxhof zurückzuführen (Entlastungspaket 12/15).
- 7 Der Fonds dient zur Finanzierung der Abschreibungen der Sekundarschulbauten (siehe Abschreibungen Sachanlagen VV).

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beitr. Betriebskosten Mensa FHNW Muttentz	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	217'513	140'000	120'000	-20'000	-14%	
Bundesbeitr für Einmietungen Schulen	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		-10'000		10'000	100%	
Betriebskostenanteil Gemeinde Muttentz	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-143'432	-120'000	-100'000	20'000	17%	
Bundesbeitrag für SSR Gitterli Liestal	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-35'131					
Total Transferaufwand			217'513	140'000	120'000	-20'000	-14%	
Total Transferertrag			-178'563	-130'000	-100'000	30'000	23%	
Transfers (Netto)			38'950	10'000	20'000	10'000	100%	

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ausbau Kant. Laboratorium Liestal	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	564'150	600'000	600'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			564'150	600'000	600'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			564'150	600'000	600'000	0	0%	

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Muttentz, Neubau FHNW HLS, PH/HSA u. HABG	50	Sachanlagen	28'294'110	9'200'000	5'900'000	-3'300'000	-36%	A
Technische Investitionen 9980	50	Sachanlagen	2'420'450	2'000'000	3'000'000	1'000'000	50%	A
Bauliche Investitionen 9990	50	Sachanlagen	4'692'014	5'000'000	5'000'000	0	0%	A

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-12'494					
		Nettoinvestitionen	4'679'520	5'000'000	5'000'000	0	0%	
Globalkredit Unterh Bau Haustechnik 9970	50	Sachanlagen	877'892	1'500'000	500'000	-1'000'000	-67%	B,C
Sekundarschulen, Instandsetzung 9910	50	Sachanlagen	1'086'960	3'000'000	4'000'000	1'000'000	33%	A,B
Sekundarschulbauten, Eigentumsübertrag	50	Sachanlagen	196'964'814					
Basel, Neubau UKBB	50	Sachanlagen	10'630'000	500'000		-500'000	-100%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-10'630'000	-500'000		500'000	100%	
		Nettoinvestitionen						
Sekundarschulbauten Neu- und Umbauten	50	Sachanlagen	181'163	4'000'000	13'610'000	9'610'000	240%	A,B
Muttenz, Strafjustizzentrum	50	Sachanlagen	6'940'263	28'400'000	24'000'000	-4'400'000	-15%	A
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-20'000					
		Nettoinvestitionen	6'920'263	28'400'000	24'000'000	-4'400'000	-15%	
Basel, Uni, Neubau Schällemätteli	54	Darlehen	6'140'000	5'300'000	38'000'000	32'700'000	617%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-33'938		-10'000'000	-10'000'000	X	
		Nettoinvestitionen	6'106'063	5'300'000	28'000'000	22'700'000	428%	
Arlesheim, Mieterausbau Einm. SIPO-West	50	Sachanlagen	5'986	2'400'000	1'600'000	-800'000	-33%	A
Augst, RAR Steinlager ARP	50	Sachanlagen	2'192	300'000	500'000	200'000	67%	A
Münchenstein, Gymnasium, San. AH	50	Sachanlagen			50'000	50'000	X	
Liestal, Gymnasium, San. Aussenhülle	50	Sachanlagen	1'301'435					
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-664					
		Nettoinvestitionen	1'300'771					
Niederdorf, JUNI Arxhof	50	Sachanlagen	1'512	400'000	400'000	0	0%	A
Liestal, Kantonsmuseum, Umbau/San	50	Sachanlagen	76'487					
Liestal, Turnhalle Gymnasium	50	Sachanlagen	2'506'577	7'500'000		-7'500'000	-100%	
Liestal, ZID, Notstrom	50	Sachanlagen		3'500'000	8'000'000	4'500'000	129%	A
Münchenstein, Gym., San. Innenräume	50	Sachanlagen			50'000	50'000	X	1,A
Münchenstein, Gym., San Villa Ehinger	50	Sachanlagen	2'021'405	2'300'000		-2'300'000	-100%	
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-17'540					
		Nettoinvestitionen	2'003'865	2'300'000		-2'300'000	-100%	
Gutsbetriebe Wildenstein u. Arxhof	50	Sachanlagen		1'700'000	1'530'000	-170'000	-10%	A
Liestal, Neubau Verwaltungsgebäude, 1.Et	50	Sachanlagen			400'000	400'000	X	2,D
Sissach, Arealnutzung Werkhof	50	Sachanlagen		300'000	400'000	100'000	33%	A
Liestal, Gymnasium, Innensan. Haupttrakt	50	Sachanlagen	3'552'863					
Muttenz, GIBM Erweiterungsbau/San.Altbau	50	Sachanlagen		500'000		-500'000	-100%	
Muttenz,Nachnutzung FH-Gebäude(Gym.etc.)	50	Sachanlagen	22'000					3,A

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Augst, RAR Steinlager ARP, Übergangslös.	50	Sachanlagen		300'000	300'000	0	0%	A
Münchenstein, Gym. Erw., Übergangslös.	50	Sachanlagen		300'000	1'000'000	700'000	233%	A
Muttenz, Mieterausbau Einmietung Valora	50	Sachanlagen	92'298	9'000'000		-9'000'000	-100%	
Pratteln, Einmietung ZID 2.Rechenzentrum	50	Sachanlagen		850'000		-850'000	-100%	
Basel, Uni, Neubau / IS Alt-Biozentrum	50	Sachanlagen			350'000	350'000	X	4,A
Total Investitionsausgaben			267'810'421	88'250'000	108'590'000	20'340'000	23%	
Total Investitionseinnahmen			-10'714'636	-500'000	-10'000'000	-9'500'000	-1'900%	
Total Nettoinvestitionen			257'095'785	87'750'000	98'590'000	10'840'000	12%	

- 1 Im Rahmen der durch die Priorisierung notwendig werdenden Übergangsmassnahmen müssen vorgezogene Planungstätigkeiten (Abklärungen Brandschutzmassnahmen) aus der späteren Projektplanung durchgeführt werden. Diese Leistungen entfallen später.
- 2 Die Regierung hat mit RRB Nr. 0575 vom 03. April 2012 den Auftrag erteilt die Bedarfs- und Projektierungsvorlage bis Ende 2012 auszuarbeiten. Mit Vorliegen des entsprechenden Projektierungskredits, voraussichtlich Anfang 2013, soll bis Ende 2013 die Projektentwicklung mit dem Wettbewerbsverfahren vorangetrieben werden (siehe auch Jahresprogramm, Pos. A 2304.001 Flächenmanagement).
- 3 Das Hochbauamt wird im 3. Q. 2012 die Bedarfs- und Projektierungskreditvorlage über die Nachnutzung des FH-Gebäudes durch das Gymn. Muttenz und die KVBL (SEK II Cluster Polyfeld Muttenz) dem Regierungsrat zur Überweisung an den Landrat vorlegen. Wird der entsprechende Projektierungskredit gesprochen, so soll bis Ende 2013 die Projektentwicklung mit dem Wettbewerbsverfahren vorangetrieben werden.
- 4 Die Regierung hat mit RRB Nr. 0374 vom 06. März 2012 beschlossen, dass nebst dem Projekt UNI Neubau Schällemätteli auch die Neubau/Instandsetzung des Alt-Biozentrums als partnerschaftliches Projekt im Investitionsprogramm aufgenommen werden soll. Die entsprechende Bedarfs- und Projektierungsvorlage soll Mitte 2013 den beiden Parlamenten vorliegen. Mit Vorliegen des entsprechenden Projektierungskredits, wir rechnen mit 2. Hälfte 2013, soll bis Ende 2013 die Projektentwicklung mit dem Wettbewerbsverfahren gestartet werden.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	89.4	104.9	103.9	-1.0	-1.0%

Zwei befristete Sollstellen à je 100%, welche dem Hochbauamt mit LRV Nr. 2007/125 vom 29. Mai 2007, Kantonsspital Bruderholz, Sanierung und Erweiterung; Projektierungskredit bewilligt wurden, wurden im Sollstellenplan gelöscht.

Eine zusätzliche Sollstelle à 100%, welche mit RRB Nr. 0549 vom 07. April 2009, Neubau Sporthallen, Gymnasium Liestal bewilligt wurde, wurde im Sollstellenplan aufgestockt.

Jahresprogramm

D 2304.001 Flächenmanagement

Auf der Basis der erarbeiteten Grundlagen zur Optimierung des Verwaltungsstandorts Liestal hat der Regierungsrat den Auftrag für die Ausarbeitung einer Projektierungsvorlage für den Neubau eines Verwaltungsgebäudes im Kreuzboden erteilt (Etappe 1). Mit dem Verwaltungsneubau kann jährlich rund ca. CHF 1.4 Millionen eingespart werden.

Die Vorlage soll bis Ende 2012 dem Regierungsrat vorgelegt werden. Stimmt der Landrat dem Projektierungskredit zu, könnte 2013 mit der Vorbereitung eines Wettbewerbsverfahrens begonnen werden. Etappe 2 Sanierung des Verwaltungsgebäudes Rheinstrasse 29, erfolgt nach der Realisierung des Verwaltungsneubaus. Etappe 3 Neubau Kantonsgericht wurde zeitlich verschoben.
(RP 2012-2015: BUD-IW-2 (BUD 4), BUD-NK1, BUD-NK-2 (BUD 11), BUD-SH-1 (BUD 29))

A 2304.002 Landratsvorlagen/ Verpflichtungskredite

Die Schwerpunkte für das Jahr 2013 bilden zahlreiche Investitionsvorhaben von notwendigen Infrastrukturen im Bereich Bildung: Konkret für die neu übernommenen Sekundarschulbauten, die Schulbauten der

Sekundarstufe II sowie für die FHNW in Muttenz. Das Projekt Neubau Strafjustizzentrum in Muttenz ist als grösseres Projekt 2013 weiterhin in Realisierung. (RP 2012-2015: BUD-IW-2 (BUD 4), BUD-NK1, BUD-NK-2 (BUD 11), BUD-SH-1 (BUD 29))

B 2304.003 Unterhaltsmassnahmenpläne

Die Mehrjahresunterhaltsplanung (Instandhaltung und Instandsetzung) wird laufend aktualisiert und systematisch optimiert, damit die finanziellen und die personellen Ressourcen über die nächsten Jahre ausgewiesen und nach Priorität beantragt werden können. Schwerpunkt bilden auch 2013 der Unterhaltsbedarf und die daraus abgeleiteten Mehrjahresplanungen für die Liegenschaften der Sekundarschulbauten. (RP 2012-2015: BUD-IW-2 (BUD 4), BUD-NK1, BUD-NK-2 (BUD 11), BUD-SH-1 (BUD 29))

C 2304.004 Unterhaltsstandards

Auf der Basis einer formulierten Immobilien- und Objektstrategie werden übergeordnete Unterhaltsrichtlinien und objektbezogene Unterhaltsstandards mit kurz- bis langfristigen Instandhaltungs- und Instandsetzungsmassnahmen abgeleitet. (RP 2012-2015: BUD-IW-2 (BUD 4), BUD-NK1, BUD-NK-2 (BUD 11), BUD-SH-1 (BUD 29))

2304.005 Werterhaltung der Gebäude und Anlagen im Verwaltungsvermögen

Basierend auf der Immobilienstrategie des Hochbauamtes wurden sämtliche Liegenschaften im Verwaltungsvermögen abgeleitet von der Objektstrategie mit den Unterhaltsstandards (Vgl. 2304.004 Unterhaltsstandards) in vier Kategorien bewertet. Die notwendigen Ressourcen für einen optimalen Werterhalt der Liegenschaften werden nach Priorität definiert und eingesetzt. Auf Grund der finanziellen Situation des Kantons wurden im Rahmen des Entlastungspakets in diesem Leistungsteil Kürzungen von 10% der Werte 2010 vorgenommen. Diese eingeschränkten finanziellen Mittel können kurzfristig ohne inhaltliche Abstriche akzeptiert werden. Sollten die Finanzmittel für den Werterhalt der Gebäude und Anlagen im Verwaltungsvermögen über eine längere Zeit zurückgefahren werden, so wird das Risiko von Betriebseinschränkungen und beschleunigtem Wertzerfall in Kauf genommen. (RP 2012-2015: BUD-IW-2 (BUD 4), BUD-NK1, BUD-NK-2 (BUD 11), BUD-SH-1 (BUD 29))

2313 Amt für Liegenschaftsverkehr

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Liegenschaftsverkehr setzt die vom Regierungsrat festgelegte, langfristig ausgerichtete Bodenpolitik um, mit dem Ziel, eine angemessene, auf das Kantonsgebiet verteilte Landreserve für künftige Vorhaben und zu Abtauschzwecken zu schaffen und die laufenden Bedürfnisse des Kantons Basel-Landschaft an Grund und Boden zeitgerecht, kostengünstig und unter Ausnutzung der Preisfluktuationen abzudecken. Entbehrliche Grundstücke sind zum Marktwert zu veräussern.

Das Amt für Liegenschaftsverkehr als Dienstleistungszentrum erfüllt alle grundbuchrelevanten Immobilienbedürfnisse für:

- die gesamte kantonale Verwaltung
- die im Einflussbereich des Kantons stehenden Unternehmen sowie
- die Basellandschaftliche Kantonalbank, soweit diese für den Kanton treuhänderisch tätig ist.

Das Amt für Liegenschaftsverkehr führt den Landerwerb für die Infrastrukturprojekte in den Bereichen Hochschulen (RP 2012-2015: BUD 7) und neue Verkehrsinfrastruktur (RP 2012-2015: BUD 24), für die Sicherheit im öffentlichen Verkehr (RP 2012-2015: BUD 10), für die Sicherung der Strassen (RP 2012-2015: BUD 21), die Minimierung des Schadenpotenzials durch Hochwasserschutz (RP 2012-2015: BUD 22), für die Projekte der Strategie für ein Flächenmanagement des Strafjustizzentrums in Muttens und des Verwaltungsneubaus in Liestal (RP 2012-2015: BUD 7) durch.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'283'429	1'427'843	1'324'805	-103'038	-7%	
303	Temporäre Arbeitskräfte	30'625					
304	Zulagen	10'318	8'305		-8'305	-100%	
305	Arbeitgeberbeiträge	220'235	263'920	263'712	-208	0%	
309	Übriger Personalaufwand	10'570	33'000	25'000	-8'000	-24%	
310	Material- und Warenaufwand	17'524	21'000	21'500	500	2%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen		3'000	5'000	2'000	67%	
313	Dienstleistungen und Honorare	123'517	296'500	496'500	200'000	67%	1
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	12'176	25'000	25'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	21'932		2'000	2'000	X	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	-300					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	203	300	200	-100	-33%	
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	696'944	545'000	585'000	40'000	7%	
344	Wertberichtigungen Anlagen FV	19'000					
426	Rückerstattungen	-7'272					
440	Zinsertrag	-32					
441	Realisierte Gewinne FV	-7'463'547	-1'000'000	-1'000'000	0	0%	
443	Liegenschaftenertrag FV	-9'410'740	-8'490'000	-8'935'000	-445'000	-5%	
447	Liegenschaftenertrag VV	-542'408	-5'240'000	-4'680'000	560'000	11%	2
	Total Aufwand	2'446'172	2'623'868	2'748'717	124'849	5%	
	Total Ertrag	-17'423'999	-14'730'000	-14'615'000	115'000	1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-14'977'827	-12'106'132	-11'866'283	239'849	2%	

1 Die Kosten für das Projekt Restatement sowie die notwendige externe Unterstützung für die Aufgaben des Amtes in den zwei Grossprojekten HPL und Einführung SAP Immobilien bewirkt die Erhöhung des Budgets um TCHF 200.

2 Die Baurechtszinsen von den Spitälern werden nicht in dem für das Jahr 2012 budgetierten Rahmen erfolgen. Zudem fällt ein Teil (TCHF 300) der Baurechtszinsen in der Kostenart 313 an. Gesamthaft wird ein um TCHF 560 geringerer Ertrag erwartet.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Überträge ins Finanzvermögen	60	Übertragung von Sachanlagen in das FV	-227					
Total Investitionsausgaben								
Total Investitionseinnahmen			-227					
Total Nettoinvestitionen			-227					

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	9.4	10.8	10.8	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2313.001 Prioritäten bei der Mobilität

Für die Erstellung neuer Verkehrsinfrastrukturanlagen führt das Amt für Liegenschaftsverkehr den Landerwerb durch und sichert die notwendigen Rechte dazu. (RP 2012-2015: R-M-1 (BUD 24))

Bereich Umwelt und Energie

Der Bereich Umwelt und Energie umfasst die Dienststellen Sicherheitsinspektorat (SIT), Lufthygieneamt beider Basel (LHA) und Amt für Umweltschutz und Energie (AUE).

Folgende Aufgaben werden im Bereich wahrgenommen:

- Vollzug der massgebenden Gesetzgebung im Bereich Umweltschutz und Energie, so z.B. Umweltschutzgesetz (USG), Gewässerschutzgesetz (GSchG), Energiegesetz (EnG), Bundesgesetz über die Stromversorgung (StromVG), Wasserrechtsgesetz (WRG), eidgenössischen und kantonalen Luftreinhaltebestimmungen, Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV), Störfallverordnung (StFV), Einschliessungsverordnung (ESV), Freisetzungsverordnung (FrSV) und der Gefahrgutbeauftragtenverordnung (GGBV) sowie der Schutz vor übermässigen Lichtemissionen.
- Überwachung der Umsetzung der Gesetzgebung und Eigenverantwortung der Betriebe bezüglich Umweltschutz, Luftqualität, technische Risiken und Einhaltung des Standes der Sicherheitstechnik. Kontinuierliche und flächendeckende Überwachung der Luftqualität. Bei Grenzwertüberschreitungen werden Massnahmenpläne erarbeitet und umgesetzt. Industrielle und gewerbliche Anlagen werden im Bewilligungsverfahren beurteilt und periodisch kontrolliert. Bei Überschreitung der Emissionsbegrenzungen werden Sanierungen angeordnet und deren Erfüllung begleitet.
- Beurteilung im Bewilligungsverfahren von Bauten und Anlagen sowie Kontrolle der Auflageneinhaltung.

Die Leistungsaufträge im Bereich entsprechen weitestgehend dem regierungsrätlichen Schwerpunktfeld Natur- und Klimawandel; damit sollen bis 2015 prioritär nachstehende Ziele erreicht werden:

1.Altlasten: Die Altlastenbearbeitung im Rahmen des Kataster der belasteten Standorte und speziell im Raum Muttenz und Pratteln wird fortgeführt. Die Vorkehrungen zum Schutz des Grundwassers sind umgesetzt. (RP 2012-2015: R-NK-2, BUD-NK-5, BUD 13)

2.Wasser: Die Wasserstrategie des Regierungsrates im Kanton Basel-Landschaft ist genehmigt und wird umgesetzt. Die vorhandenen natürlichen Wasserressourcen bleiben in Quantität und Qualität erhalten. Vorhandene Beeinträchtigungen werden möglichst eliminiert. Strategische Leitsätze für die Beurteilung von Nutzungskonflikten liegen vor. Eine wirtschaftliche und zweckmässige Wasserversorgung (Qualität, Versorgungssicherheit) ist langfristig sichergestellt. (RP 2012-2015: R-NK-2; BUD-NK-3, VGD 16)

3.Energie und Klimaschutz: Die Energiestrategie des Regierungsrates aus dem Jahr 2008 ist für einen Ausstieg aus der Kernenergie überprüft und neu formuliert worden. Sie dient als Grundlage für die Revision des kantonalen Energiegesetzes von 1991 und für die Umsetzung des Bundesgesetzes über die Stromversorgung. (RP 2012-2015: R-NK-1; BUD-NK-2; BUD 11)

4.Luft: Einhalten der Immissionsgrenzwerte gemäss der Luftreinhalteverordnung und der NIS Verordnung. Speziell für Feinstaub, Ozon, Stickoxid. Die Schadstofffrachten müssen um 20 bis 40 Prozent reduziert werden. Umsetzung des Luftreinhalteplans beider Basel LRP. (RP 2012-2015: R-NK-2, BUD-NK-5, BUD 16)

5.Vollzug: Die Vollzugsinstrumente werden im Sinne eines wirkungsorientierten Umweltschutzes weiterentwickelt. (RP 2012-2015: R-SH-1)

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	9'967'358	9'863'095	8'870'345	-992'751	-10%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	34'433'210	1'431'423	3'016'755	1'585'332	111%
34 Finanzaufwand	369	100	100	0	0%
36 Transferaufwand	2'217'643	6'612'000	8'762'000	2'150'000	33%
37 Durchlaufende Beiträge	3'719'636	2'670'000	3'040'000	370'000	14%
41 Regalien und Konzessionen	-6'598'506	-6'292'926	-6'393'283	-100'357	-2%
42 Entgelte	-680'637	-682'000	-755'600	-73'600	-11%
44 Finanzertrag	-122				

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-500		-500	-500	X
46 Transferertrag	-2'591'726	-2'958'992	-3'596'564	-637'572	-22%
47 Durchlaufende Beiträge	-3'719'636	-2'670'000	-3'040'000	-370'000	-14%
Total Aufwand	50'338'216	20'576'618	23'689'200	3'112'581	15%
Total Ertrag	-13'591'127	-12'603'918	-13'785'947	-1'182'029	-9%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	36'747'089	7'972'701	9'903'253	1'930'552	24%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	64.6	67.6	59.7	-7.9	-11.7%

2305 Amt für Umweltschutz und Energie

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Umweltschutz und Energie (AUE) ist die zentrale Anlaufstelle für Umwelt- und Energiefragen. Das AUE vollzieht die eidgenössischen und kantonalen Gesetze und Verordnungen in den Bereichen Umweltschutz und Energie. In diesen Bereichen sollen im nächsten Jahr prioritär nachstehende Ziele erreicht werden:

1. Altlasten: Die Altlastenbearbeitung im Rahmen des Kataster der belasteten Standorte und speziell im Raum Muttetz und Pratteln wird fortgeführt. Die Vorkehrungen zum Schutz des Grundwassers sind umgesetzt. (RP 2012-2015: R-NK-2, BUD-NK-5, BUD 13)
2. Integrale Wasserstrategie: Die Wasserstrategie (Grundwasserschutz, Gewässerschutz, Wasserversorgung) des Regierungsrates im Kanton Basel-Landschaft ist genehmigt und wird umgesetzt. Die vorhandenen natürlichen Wasserressourcen bleiben in Quantität und Qualität erhalten. Vorhandene Beeinträchtigungen werden möglichst eliminiert. Strategische Leitsätze für die Beurteilung von Nutzungskonflikten liegen vor. Eine wirtschaftliche und zweckmässige Wasserversorgung (Qualität, Versorgungssicherheit) ist langfristig sichergestellt. (RP 2012-2015: R-NK-2; BUD-NK-3, VGD 16)
3. Energie und Klimaschutz: Die Energiestrategie des Regierungsrates aus dem Jahr 2008 ist für einen Ausstieg aus der Kernenergie überprüft und neu formuliert worden. Sie dient als Grundlage für die Revision des kantonalen Energiegesetzes von 1991 und für die Umsetzung des Bundesgesetzes über die Stromversorgung. (RP 2012-2015: R-NK-1; BUD-NK-2; BUD 11)

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	963					
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	5'752'639	5'793'452	4'876'316	-917'136	-16%	1
304	Zulagen	86'443	73'857	48'730	-25'127	-34%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'017'632	1'052'180	888'448	-163'732	-16%	1
309	Übriger Personalaufwand	24'370	25'000	21'000	-4'000	-16%	
310	Material- und Warenaufwand	168'030	184'250	57'000	-127'250	-69%	1
311	Nicht aktivierbare Anlagen	171'630	213'000	46'000	-167'000	-78%	1
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	21'980	2'000	3'000	1'000	50%	
313	Dienstleistungen und Honorare	2'308'892	2'420'573	3'024'055	603'482	25%	2
314	Baulicher Unterhalt	28'106					
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	27'729	39'000	21'000	-18'000	-46%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	8'803	10'000	10'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	70'913	83'000	79'700	-3'300	-4%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	28'549	5'000	5'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	30'428'305	-2'114'000	-1'950'400	163'600	8%	
341	Realisierte Kursverluste	332					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	36	100	100	0	0%	
370	Durchlaufende Beiträge	3'719'636	2'670'000	3'040'000	370'000	14%	3
412	Konzessionen	-6'598'506	-6'292'926	-6'393'283	-100'357	-2%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-76'542	-64'000	-60'000	4'000	6%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-68'026	-37'000	-40'600	-3'600	-10%	
426	Rückerstattungen	-185'953	-140'000	-180'000	-40'000	-29%	
440	Zinsertrag	-6					
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-500		-500	-500		X
470	Durchlaufende Beiträge	-3'719'636	-2'670'000	-3'040'000	-370'000	-14%	3
	Total Aufwand	43'864'990	10'457'411	10'169'948	-287'463	-3%	
	Total Ertrag	-10'649'170	-9'203'926	-9'714'383	-510'457	-6%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	33'215'820	1'253'485	455'565	-797'920	-64%	

- Integration des Umweltschutzlabor in das Kantonslabor VGD im Rahmen der Entlastungsmassnahmen 12/15
- Überwachung Grundwasser und planerischer Grundwasserschutz: Ziele BUD-NK-3 Wasserstrategie und BUD 15 Saubere Gewässer;
Mit der Überwachung des Grundwassers werden die Grundlagen geschaffen, um gezielt Massnahmen zum Werterhalt herbeizuführen. Mit der Ausscheidung der Grundwasserschutzzone wird auf planerische Art die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung gewährleistet. Die zweckgebundenen Aufwendungen in den Bereichen Grundwasserschutz und Wasserversorgung in der Höhe von CHF 1.05 Mio. werden aus den Grundwassernutzungsgebühren kostendeckend finanziert. Finanzierung altlastenrechtlicher Massnahmen: Ziel BUD 13 Entsorgung von Altlasten;
Der Aufwand ist betreffend Volumen und Finanzierungszeitpunkt mit grossen Unsicherheiten behaftet, die durch das AUE nur bedingt beeinflusst werden können. Zur Finanzierung dieser altlastenrechtlicher Massnahmen werden Rückstellungen aufgelöst (siehe Erfolgsrechnung, 319)
Energieplanung: Gutachten für die Revision des kantonalen Energiegesetzes.
- Gewässerschutz im Siedlungsgebiet: Ziele BUD-NK-3 Wasserstrategie und BUD 15 Saubere Gewässer;
Anpassung der Beiträge für die Generelle Entwässerungsplanung der Gemeinden an die zu erwartenden Abrechnungen.
Globalbeiträge des Bundes an das Förderprogramm Energie: Der Bund stellt für 2013 einen höheren Globalbeitrag zur Förderung von Massnahmen bei der Energieeffizienz und zur Nutzung erneuerbaren Energien zur Verfügung.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Energie	360	Ertragsanteile an Dritte	25'108	20'000	25'000	5'000	25%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'325'194	4'883'000	6'833'000	1'950'000	40%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-534'600	-250'000	-300'000	-50'000	-20%	2
Abfall/Altlasten	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	639'673	1'626'000	1'851'000	225'000	14%	3
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-93'484	-748'000	-1'249'600	-501'600	-67%	3
Abwasser	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	85'903	30'000	30'000	0	0%	
Gewässer	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	93'464					
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	16'009	21'000	23'000	2'000	10%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-96'073					
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-223'275	-260'592	-286'954	-26'362	-10%	
7.3 Beitrag Apprentas Ausbildungszentrum	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	32'292	32'000		-32'000	-100%	
Total Transferaufwand			2'217'643	6'612'000	8'762'000	2'150'000	33%	
Total Transferertrag			-947'432	-1'258'592	-1'836'554	-577'962	-46%	
Transfers (Netto)			1'270'211	5'353'408	6'925'446	1'572'038	29%	

- Förderprogramm Energie mit Schwerpunkt Gebäudesanierung (VK LRV 2009/200): Ziel BUD-NK-2 Energiestrategie und BUD 11 Senkung der CO2 Emissionen;
Anpassung infolge Übernahme der Kürzungen beim Bundesprogramm durch den Kanton.
- Anpassung der Bearbeitungspauschale für die Bearbeitung der Gesuche aus dem nationalen Gebäudesanierungsprogramm.
- Finanzierung altlastenrechtlicher Massnahmen: Ziel BUD 13 Entsorgung von Altlasten;
Der Aufwand resp. Ertrag ist betreffend Volumen und Finanzierungszeitpunkt mit grossen Unsicherheiten behaftet, die durch das AUE nur bedingt beeinflusst werden können. Zur Finanzierung dieser altlastenrechtlicher Massnahmen werden Rückstellungen aufgelöst (siehe Erfolgsrechnung, 319).

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
3.1 Nachrüstung Schiessanlagen/Kugelfäng	36	Transferaufwand	207'400	20'000		-20'000	-100%	

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
6.5 Förderprogramm Gebäudesanierung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	570'321		1'100'000	1'100'000	X	1
	36	Transferaufwand	1'149'923	4'700'000	6'700'000	2'000'000	43%	2,A
	46	Transferertrag	-534'600	-250'000	-300'000	-50'000	-20%	3
		Total	1'185'644	4'450'000	7'500'000	3'050'000	69%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			1'927'644	4'720'000	7'800'000	3'080'000	65%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-534'600	-250'000	-300'000	-50'000	-20%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			1'393'044	4'470'000	7'500'000	3'030'000	68%	

- 1 Förderprogramm Energie mit Schwerpunkt Gebäudesanierung (VK LRV 2009/200): Ziel BUD-NK-2 Energiestrategie und BUD 11 Senkung der CO2 Emissionen;
Gesuchsbearbeitung, Kommunikation und Datenbank durch das Institut für Wirtschaftsförderung, Liestal gemäss Vereinbarung zur strategischen Partnerschaft und Entlastung der administrativen Abläufe in der Verwaltung, externe Minergie Zertifizierung.
- 2 Förderprogramm Energie mit Schwerpunkt Gebäudesanierung (VK LRV 2009/200): Anpassung infolge Übernahme der Kürzungen beim Bundesprogramm durch den Kanton.
- 3 Anpassung der Bearbeitungspauschale für die Bearbeitung der Gesuche aus dem nationalen Gebäudesanierungsprogramm.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	44.2	46.9	39.0	-7.9	-16.9%

Abbau einer Stelle im Rahmen des Entlastungspakets 12/15 (BUD-KI-3).
Transfer von einer Stelle vom AUE ins GSK BUD (Verschiebung Bereichsorganisation).
Transfer von 5.9 Stellen des Umweltschuttlabor in das Kantonslabor (VGD)

Jahresprogramm

2305.001 Erarbeitung eines Massnahmenplans der Abfall- und Ressourcenwirtschaft 2012-2015 für den Kanton Basel-Landschaft

Die heutigen Abfälle sind die Rohstoffe der Zukunft. Ein Massnahmenplan soll Möglichkeiten auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft aufzeigen. (RP 2012-2015: R-NK-2; BUD-NK-5, BUD 13)

2305.003 Das gemeinsame Projekt Baselland/Wasserforschungsinstitut des ETH-Bereichs EAWAG "Wasserversorgung BL 21" wird in der Periode 2011-2015 umgesetzt

In den Themenbereichen Wasserversorgung, Spurenstoffe, Trinkwasseraufbereitung, Mikrobiologie, Wasserversorgung und Kommunikation werden in Modellregionen vertiefte Analysen zu prioritären Herausforderungen der Wasserversorgung in Basel-Landschaft erarbeitet. Die methodischen Ansätze sowie die konzeptionellen Erkenntnisse lassen sich auf die restlichen Grundwasservorkommen und Wasserversorgungen im Kanton Basel-Landschaft übertragen. (RP 2012-2015: R-NK-2, BUD-NK-3, VGD (BUD) 16)

2305.004 Die vom Regierungsrat 2012 verabschiedete Wasserstrategie wird ab 2013 umgesetzt

Die Wasserstrategie beinhaltet Leitsätze und Indikatoren für eine ganzheitliche Wasserwirtschaft im Kanton Basel-Landschaft. Bei der Planung der kantonalen Vollzugsaufgaben dient die Wasserstrategie als Referenz- und Koordinationsinstrument. (RP 2012-2015: R-NK-2; BUD-NK-3, VGD (BUD) 16)

2305.005 Das kantonale Energiegesetz von 1991 wird teilrevidiert, inklusive Anschlussgesetzgebung zum eidgenössischen Stromversorgungsgesetz

Aufgrund der geänderten energiepolitischen Rahmenbedingungen, insbesondere dem beschleunigten Ausstieg aus der Atomenergie und der neuen Stromgesetzgebung, wird das kantonale Energiegesetz überprüft und angepasst. (RP 2012-2015: R-NK-1; BUD-NK-2, BUD 11)

A 2305.006 Reduktion von CO-2 Emissionen (BUD 10)

Im Rahmen der Reduktion von CO2 Emissionen wurde das Energieförderprogramm ins Leben gerufen

2311 Lufthygieneamt beider Basel

Auftrag und Zielsetzungen

Das Lufthygieneamt (LHA) ist die Fachstelle für die Bereiche Luftreinhaltung und Schutz vor nichtionisierender Strahlung. Es ist verantwortlich für den Vollzug der eidgenössischen und kantonalen Luftreinhaltebestimmungen sowie der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV).

Die Luftqualität wird kontinuierlich und flächendeckend überwacht. Bei Grenzwertüberschreitungen werden Massnahmenpläne erarbeitet und umgesetzt. Industrielle und gewerbliche Anlagen werden im Bewilligungsverfahren beurteilt und periodisch kontrolliert. Bei Überschreitung der Emissionsbegrenzungen werden Sanierungen angeordnet und deren Erfüllung begleitet.

Das LHA sorgt dafür, dass die Grenzwerte der NISV (insbesondere bezüglich Mobilfunkstrahlung) eingehalten werden. Es beurteilt im Bewilligungsverfahren neu zu errichtende Anlagen und kontrolliert diese nach der Errichtung.

Der Leistungsauftrag entspricht der Massnahme RP 2012-2015: BUD 16.

Insgesamt sind diese Aufgaben dem regierungsrätlichen Schwerpunktfeld Natur- und Klimawandel, insbesondere dem Legislaturziel RP 2012-2015: R-NK-2 „Lebenswichtige Ressourcen werden geschont“ zuzuordnen; sie werden anhand des Zielindikators NK-4 „Luftqualität“ und den Berichtsindikatoren NK-2 (RP 2012-2015: BUD11 und BUD 12), NK-5 (RP 2012-2015: BUD16) „Emissionszielwerte gemäss Luftreinhalteplan“ gemessen.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'841'233	1'754'650	1'826'591	71'942	4%	
304	Zulagen	25'713	23'486	21'705	-1'781	-8%	
305	Arbeitgeberbeiträge	403'889	356'964	340'524	-16'440	-5%	
309	Übriger Personalaufwand	12'464	8'000	8'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	67'860	59'000	72'000	13'000	22%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	181'913	151'000	165'000	14'000	9%	
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	7'217	7'000	7'500	500	7%	
313	Dienstleistungen und Honorare	141'678	167'500	168'500	1'000	1%	
315	Unterhalt Mobiliien/immaterielle Anlagen	146'689	107'000	120'000	13'000	12%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	22'655	24'000	25'000	1'000	4%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	584					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'200	6'200	1'200	-5'000	-81%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-295'729	-390'000	-425'000	-35'000	-9%	
440	Zinsertrag	-2					
	Total Aufwand	2'853'095	2'664'799	2'756'020	91'221	3%	
	Total Ertrag	-295'730	-390'000	-425'000	-35'000	-9%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'557'364	2'274'799	2'331'020	56'221	2%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge SO an Leistungen LHA	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-24'800	-20'000	-25'000	-5'000	-25%	
Luftmessungen/Vollzug Lenkungsabgabe VOC	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-493'659	-465'000	-520'000	-55'000	-12%	1
Betriebskostenanteil BS Lufthygieneamt	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-1'125'835	-1'215'400	-1'215'010	390	0%	
Total Transferaufwand								
Total Transferertrag			-1'644'294	-1'700'400	-1'760'010	-59'610	-4%	
Transfers (Netto)			-1'644'294	-1'700'400	-1'760'010	-59'610	-4%	

BUD

- 1 Der Bundesrat wird voraussichtlich die Revision der VOCV (Verordnung über die Lenkungsabgabe auf VOC) beschliessen. Damit werden den Kantonen ab 1.1.2013 neue Aufgaben übertragen, die vom Bund entschädigt werden. Es wird eine Erstattung im Rahmen von CHF 50'000 erwartet.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	15.4	15.7	15.7	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2311.002 Umsetzung der revidierten Bundes-VO zur Lenkungsabgabe auf VOC (VOCV)

Der Bundesrat beschliesst (voraussichtlich) 2012 die Revision der VOCV. Betriebe, die künftig von der Abgabebefreiung profitieren wollen, müssen nach dem Stand der besten verfügbaren Technik saniert werden und weitergehende VOC-Minderungen erreichen. (RP 2012-2015: BUD 11)

2311.003 Umsetzung des Luftreinhalteplans 2010 „Verschärfung der Emissionsbegrenzungen bei Industrie, Dieselmotoren, Holzfeuerungen“

Die Revision der kantonalen Verordnung zur Verschärfung der Emissionsbegrenzung bei stationären Anlagen (VVESA) wird (voraussichtlich) 2012 vom Regierungsrat beschlossen. Die Umsetzung kann anschliessend erfolgen. Sie betrifft Betriebe mit erheblichen VOC-Emissionen, Holzfeuerungen mit hohen Russmissionen und dieselbetriebene Maschinen auf baustellenähnlichen Anlagen, die nicht über Partikelfilter verfügen. (RP 2012-2015: BUD11 und BUD12, BUD16)

2311.004 Einführung der periodischen Kontrolle von Holzfeuerungen bis 70kW

Die LRV verlangt die Durchführung von periodischen Kontrollen zur Reduktion der Feinstaubimmissionen. Es wird eine Vollzugslösung gemeinsam mit der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung angestrebt, um Synergien bei der Kontrolle und Reinigung von Heizungsanlagen zu nutzen. (RP 2012-2015: BUD16)

2311.006 Schaffung gesetzlicher Grundlagen zum Schutz vor übermässigen Lichtimmissionen

Verschiedene parlamentarische Vorstösse in BL und BS verlangen gesetzliche Grundlagen bis 2013. Es ist nicht davon auszugehen, dass der Bund rechtzeitig Vollzugshilfsmittel zur Verfügung stellen können; deshalb müssen kantonale Grundlagen geschaffen werden. (RP 2012-2015: R-NK-2 parl. Auftrag)

2311.008 Flächendeckende Überwachung der NIS-Belastung durch Messungen und Computersimulationen zur Beobachtung der Entwicklung

Besonders im Mobilfunkbereich führen neue Entwicklungen (z.B. LTE-Technologie) zu stetem Ausbau der Netze und Leistung. Dies erfordert ein stetes Anpassen der Immissionsüberwachung und Aktualisieren des Immissionskatasters. (RP 2012-2015: R-NK-2)

2311.009 Überwachung der Luftqualität in Gebieten mit hoher Emittentendichte und raumplanerischen Entwicklungsschwerpunkten

Die Entwicklung der Luftbelastung und die Überwachung der Immissionsgrenzwerte sind Entscheidungsgrundlage zur Steuerung der Luftreinhaltepolitik.

2311.010 Beteiligung an der Weiterführung der CH-Studie „Feinstaubphasen und Spitaleinweisungen“

Die Auswirkungen der Feinstaubbelastung bei Smogsituationen auf die Gesundheit sollen 5 Jahre nach der Ersterhebung wiederholt werden, um Zusammenhänge zwischen Massnahmen und Gesundheit erkennen zu können.

2312 Sicherheitsinspektorat

Auftrag und Zielsetzungen

Im Vollzug der Störfallverordnung (StFV), der Einschliessungsverordnung (ESV), der Freisetzungsverordnung (FrSV) und der Gefahrgutbeauftragtenverordnung (GGBV) ist das Sicherheitsinspektorat für Bevölkerung, Industrie- und Gewerbebetriebe, Wirtschaftsverbände, Verwaltungsstellen und Ereignisdienste von Gemeinden, Kantonen und dem Bund kompetente Ansprechstelle.

Das Sicherheitsinspektorat führt eine umfassende Übersicht über die Gefahren und Risiken, die von chemischen, biologischen und radioaktiven Stoffen ausgehen. Es überwacht die Umsetzung der Eigenverantwortung der Betriebe bezüglich ihrer technischen Risiken und die Einhaltung des Standes der Sicherheitstechnik.

Die Tätigkeit des Sicherheitsinspektorats orientiert sich am Leitsatz: Keine Lebensgefährdung und kein bleibender Schaden für Mensch und Umwelt.

Es setzt sich kompetent dafür ein, dass Risiken verantwortungsbewusst erkannt, beurteilt und optimiert werden. Dabei berücksichtigt es die ökologischen und die ökonomischen Folgen. Es fördert die Sicherheitskultur und den Risikodialog in unserem Kanton.

Strategiebezug bzw. Legislaturziele des Sicherheitsinspektorat (RP 2012-2015: BUD R-NK-2, BUD-RNK-3, BUD-NK-6 (BUD20))

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	4'890	8'000	6'000	-2'000	-25%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	653'771	595'443	689'667	94'224	16%	1
304	Zulagen	15'950	17'429	13'447	-3'982	-23%	
305	Arbeitgeberbeiträge	124'117	146'636	125'918	-20'718	-14%	
309	Übriger Personalaufwand	3'284	8'000	4'000	-4'000	-50%	
310	Material- und Warenaufwand	12'705	16'000	19'000	3'000	19%	
313	Dienstleistungen und Honorare	10'668	37'000	30'900	-6'100	-16%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	3'668	3'600	4'000	400	11%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	7'507	10'300	8'300	-2'000	-19%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-4'392					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-54'386	-50'000	-50'000	0	0%	
424	Benützungsgbühren und Dienstleistungen		-600		600	100%	
425	Erlös aus Verkäufen		-400		400	100%	
440	Zinsertrag	-114					
	Total Aufwand	832'168	842'408	901'232	58'824	7%	
	Total Ertrag	-54'500	-51'000	-50'000	1'000	2%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	777'668	791'408	851'232	59'824	8%	

BUD

1 Verzögerung bei Umsetzung des Entlastungspaketes 12/15.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	5.0	5.0	5.0	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2312.001 Umfassender Risikokataster

Abschluss der seit 2010 laufenden Arbeiten zur Zusammenführung und zeitgemässen Kommunikation der ABC Risiken im Kanton. Zusätzlich werden die Risiken auf bestehenden Geoinformationssystemen dargestellt. Das ermöglicht ein frühzeitiges Erkennen von Konflikten zwischen Raumplanung und Störfallrisiken und

vereinfacht den Planungsprozess. Somit können in einem Frühstadium der Planung Objektschutzmassnahmen mit einbezogen werden. Das Risikokataster kann durch die Bevölkerung eingesehen werden.

2312.002 Bekämpfung invasive Neobioten

Der gemäss RRB Nr. 1130 vom 19. August 2008 "Neobiota-Handeln jetzt" erarbeitete Entwurf der Strategie zum Vorgehen gegen ungehinderte Ausbreitung invasiver Neobiota geht in die Vernehmlassung. Mit der konsequenten Umsetzung der Strategie zur Bekämpfung der invasiven Neobioten, koordiniert durch das Sicherheitsinspektorat, wird ein grundlegender Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt geleistet. (RP 2012-2015: BUD-NK-6 (BUD 20))

Bereich Raumentwicklung und Baubewilligung

Der Bereich Raumentwicklung und Baubewilligungen umfasst das Bauinspektorat und das Amt für Raumplanung mit seinen Tätigkeitsbereichen Planung, Lärmschutz, Denkmalpflege sowie Natur und Landschaft. Er garantiert die Umsetzung der regierungsrätlichen Strategie in beiden Amtsstellen und koordiniert deren Arbeiten.

Zentrales Anliegen ist die Sicherung und Förderung der Standortqualität des Kantons. Raumplanerische Massnahmen im Verbund mit einem kundenfreundlichen und speditiven Baubewilligungsverfahren sollen dazu beitragen, dass die Attraktivität des Kantons sowohl für die Wirtschaft als auch für die Bevölkerung erhalten respektive gesteigert wird. Als Wirtschaftsförderungsmassnahme wird eine gezielte Arealentwicklungsstrategie umgesetzt, die mit einem kantonalen Standortmarketing abgestimmt ist. Dem Unterhalt und Ausbau einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur und dem Erhalt attraktiver Erholungsräume sowie dem Schutz wertvoller Kulturgüter wird im Interesse von Wirtschaft und Bevölkerung grösstes Gewicht beigemessen. Die Siedlungsentwicklung und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur werden im Bedarfsfall mit den Nachbarkantonen und den Nachbarstaaten geplant und abgestimmt.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	8'440'369	8'906'542	8'900'394	-6'148	0%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	3'160'691	2'735'950	2'770'255	34'305	1%
34 Finanzaufwand	360	2'500	1'700	-800	-32%
36 Transferaufwand	8'762'774	8'251'721	8'138'400	-113'321	-1%
37 Durchlaufende Beiträge	115'999	180'541	181'708	1'167	1%
42 Entgelte	-4'251'136	-5'312'601	-5'512'200	-199'599	-4%
44 Finanzertrag	-1'788	-600	-660	-60	-10%
46 Transferertrag	-5'185'689	-5'099'853	-4'896'350	203'503	4%
47 Durchlaufende Beiträge	-115'999	-180'541	-181'708	-1'167	-1%
Total Aufwand	20'480'193	20'077'254	19'992'457	-84'797	0%
Total Ertrag	-9'554'612	-10'593'595	-10'590'918	2'677	0%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	10'925'581	9'483'659	9'401'539	-82'120	-1%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	55.5	58.3	58.0	-0.3	-0.5%

2307 Amt für Raumplanung

Auftrag und Zielsetzungen

Hohe Lebensqualität, attraktive Landschaften, hervorragende Standortgunst sind zentrale Anliegen. Wir verstehen unseren Lebensraum als Gefäss für ein vielgestaltiges Leben und als Voraussetzung für das Dasein, Verhalten und Erleben der Menschen heute und in Zukunft. Raumplanung ist bewahrende und gestaltende Auseinandersetzung mit dem politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Geschehen im Raum.

Mit der Raumplanung wird dem Finanz- und Sachbezug des staatlichen Handelns auch der Raumbezug beigelegt. Das ARP erstellt in Zusammenarbeit mit anderen Fachstellen richtungsweisende Entscheidungsgrundlagen zur Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft. Die Richtplanung ist das Instrument für die Koordination aller raumwirksamen und abzustimmenden Tätigkeiten quer über die fachlichen und politischen Grenzen hinweg. Der Richtplan ist die Zusammenstellung der jeweiligen Beschlüsse und eine periodische Bilanz des Standes der Koordination. Er ist somit eines der Führungsinstrumente des Regierungsrates. Das zielorientierte Prüfen der räumlichen Planung der Gemeinden vor dem Hintergrund einer gemeinsamen Raumentwicklung ist eine hoheitliche Aufgabe. Dazu gehören Erstellen der Genehmigungsanträge an die Regierung und Beraten der Gemeinden bei ihren räumlichen Aufgaben.

Damit werden wichtige Leistungen zur Verbesserung der Standortgunst des Kantons und der Region erbracht, insbesondere durch laufende Erhöhung der Qualität des Siedlungs- und des Landschaftsraumes und der Erschliessung für eine lebenswerte Region.

Strategiebezug bzw. Legislaturziele des Amtes für Raumplanung (RP 2012-2015: BUD-IW-1, BUD-IW-2, R-M-1, BUD-M-1, BUD-M2)

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	5'644	8'000	12'000	4'000	50%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'709'337	2'970'569	2'950'526	-20'042	-1%	
304	Zulagen	42'690	33'804	26'411	-7'393	-22%	
305	Arbeitgeberbeiträge	500'167	547'479	544'922	-2'557	0%	
309	Übriger Personalaufwand	16'194	16'500	16'600	100	1%	
310	Material- und Warenaufwand	71'986	109'550	123'530	13'980	13%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	29'171	21'000	29'000	8'000	38%	
313	Dienstleistungen und Honorare	846'419	738'500	782'000	43'500	6%	A,B
314	Baulicher Unterhalt	69'918	60'000	60'000	0	0%	C
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	31'783	46'000	36'900	-9'100	-20%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-90					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	479		600	600	X	
340	Zinsaufwand		1'500	1'000	-500	-33%	
341	Realisierte Kursverluste	-314					
370	Durchlaufende Beiträge	20'445					
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-4'888	-10'000	-10'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-18					
426	Rückerstattungen	-7'125					
440	Zinsertrag	-1'697	-500	-500	0	0%	
470	Durchlaufende Beiträge	-20'445					
	Total Aufwand	4'343'829	4'552'902	4'583'489	30'587	1%	
	Total Ertrag	-34'173	-10'500	-10'500	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	4'309'657	4'542'402	4'572'989	30'587	1%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Lärmmessungen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	200'638	50'000	50'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-211'194	-150'000	-150'000	0	0%	
Beiträge Raumplanung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	16'000					
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-72'370					
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-26'000					
Beitrag Kt. BS an Regionalplanungsstelle	461	Entschädigungen von Gemeinwesen		-22'500	-22'500	0	0%	
Rückerstattungen Kantone Aggloprogramm	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-323'097	-357'353	-273'850	83'503	23%	1,B
Total Transferaufwand			216'638	50'000	50'000	0	0%	
Total Transferertrag			-632'661	-529'853	-446'350	83'503	16%	
Transfers (Netto)			-416'023	-479'853	-396'350	83'503	17%	

- 1 Der Abgabetermin für das Agglomerationsprogramm 2. Generation war der 30. Juni 2012. Damit reduzieren sich die Aufwendungen für Dienstleister.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Salina Raurica	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	79'118		50'700	50'700	X	1
VK Neusignalisation Wanderwegnetz	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	3'523	25'000	30'000	5'000	20%	C
Total Verpflichtungskredite Aufwand			82'642	25'000	80'700	55'700	223%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			82'642	25'000	80'700	55'700	223%	

- 1 Für die zügige Umsetzung der landrätlichen Vorgaben im Gebiet SALINA RAURICA ist die Zusammenarbeit mit den beiden Gemeinden Augst und Pratteln zentral. Sachlich stehen im kommenden Jahr die Themen 'Nutzungsplanung', 'Verkehrsplanung', 'Verlegung Laichgebiet' und 'Ansiedlung neuer Unternehmen' im Vordergrund. Die Anliegen der Gemeinden werden in der Projektleitung mit den Interessen und Aufgaben des Kantons koordiniert, sachlich abgestimmt und zeitlich positioniert. Die Projektleitung führt 2013 diese Koordinations- und Projektierungstätigkeit minimal weiter.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	21.8	22.1	22.1	0.0	0.0%

Jahresprogramm

A 2307.008 Umsetzung des Konzeptes 'räumliche Entwicklung'

Für die Erarbeitung des 'Masterplan Verkehr' als Basis für eine koordinierte Verkehrsplanung im Kanton Basel-Landschaft wurden CHF 127'000 budgetiert.

Für die Erarbeitung einer Strategie für die räumliche Entwicklung im ländlichen Raum als Grundlage für den Kantonalen Richtplan wurden CHF 35'000 budgetiert. Damit sollen die Chancen jener Gebiete im Kanton, die ausserhalb des Fokus 'Agglomerationsprogramm' liegen, bezüglich ihrer Siedlungs- und Verkehrsentwicklung,

aber auch der regionalen Zusammenarbeit und des regionalen Wirtschaftens, analysiert werden. (RP 2012-2015: BUD 1)

C 2307.009 Prioritäten bei der Mobilität

Für die Neusignalisation und den Unterhalt der Signalisation der Wanderwege wurden CHF 85'000 budgetiert. Damit trägt der Kanton zum Erhalt eines attraktiven Wanderwegnetzes wesentlich bei. (RP 2012-2015: BUD 24)

B 2307.010 Optimierung der Verknüpfung der Verkehrsmittel und Koordination Agglomerationsprogramm

Für die Umsetzung und Weiterentwicklung des Agglomerationsprogramms Basel als zentrales Gefäss der Koordination von Siedlung und Verkehr in unserem Raum sind insgesamt CHF 228'799 vorgesehen. Davon übernehmen unsere Nachbarkantone Basel-Stadt, Aargau und Solothurn rund 50 %. Konkret wird mit diesen Mitteln die weitere Vernetzung der Agglomeration gefördert, das Monitoring und Controlling aufgebaut sowie die Umsetzung der im Agglomerationsprogramm enthaltenen Massnahmen sichergestellt. (RP 2012-2015: BUD 25, BUD 28)

2308 Kantonale Denkmalpflege

Auftrag und Zielsetzungen

Ortsbilder, Bauern- und Bürgerhäuser, Kirchen und Pfarrhäuser sowie weitere historisch und architektonisch bedeutende Objekte aller Epochen tragen zur Lebensqualität bei. Sie wirken identitätsstiftend und vermitteln Heimat.

Die Kantonale Denkmalpflege setzt sich zusammen mit den Gemeinden für den Schutz von historischen Zeugen als Bestandteil des kulturellen Erbes ein und fördert deren Pflege sowie Erforschung. Sie begleitet Bau-, Sanierungs-, Renovations- und Planungsvorhaben, kann dafür Kantonsbeiträge beantragen und erarbeitet die Grundlagen dazu, wie Inventare, Dokumentationen und Wegleitungen.

Die Ortsbildpflege fördert Schutz und Pflege der historischen Siedlungskerne von nationaler und regionaler Bedeutung und trägt damit zur qualitativen Entwicklung des örtlichen Erscheinungsbildes bei.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	14'753	10'000	15'000	5'000	50%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	488'225	503'070	517'774	14'704	3%	
304	Zulagen	6'524	6'524	6'524	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	105'321	97'922	99'313	1'391	1%	
309	Übriger Personalaufwand		500	500	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	150'468	146'900	146'900	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	7'233	70'000	70'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	11'265	10'000	10'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	250					
370	Durchlaufende Beiträge	42'551	100'000	100'000	0	0%	
470	Durchlaufende Beiträge	-42'551	-100'000	-100'000	0	0%	
	Total Aufwand	826'589	944'915	966'011	21'095	2%	
	Total Ertrag	-42'551	-100'000	-100'000	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	784'038	844'915	866'011	21'095	2%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Subventionen Kulturdenkmäler	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	408'395	305'000		-305'000	-100%	1
Total Transferaufwand			408'395	305'000		-305'000	-100%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			408'395	305'000		-305'000	-100%	

1 Verpflichtungskredit zur Subvention von Kulturdenkmäler ist ausgelaufen

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Subvention Kulturdenkmäler ab 08	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	81'003	60'000		-60'000	-100%	
	36	Transferaufwand	408'395	305'000		-305'000	-100%	

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
		Total	489'398	365'000		-365'000	-100%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			489'398	365'000		-365'000	-100%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			489'398	365'000		-365'000	-100%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	2.5	3.5	3.6	0.1	2.9%

+ 0.1 Stelle in der Ortsbildpflege

2309 Natur- und Landschaft

Auftrag und Zielsetzungen

Massnahmen zur Erhaltung und Förderung eines dauerhaft stabilen Naturhaushaltes, der einheimischen biologischen Vielfalt, erdgeschichtlicher Naturobjekte sowie eines intakten, vielfältigen und charakteristischen Landschaftsbildes.

Strategiebezug bzw. Legislaturziele der Natur- und Landschaft (RP 2012-2015: BUD-NK-6 (BUD 18,19,20))

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	20'729	22'000	22'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	345'402	395'870	448'910	53'040	13%	1
304	Zulagen	7'435	7'435	7'435	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	73'233	79'977	89'041	9'063	11%	
309	Übriger Personalaufwand	5'198		500	500	X	
310	Material- und Warenaufwand	1'352		1'400	1'400	X	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	777		500	500	X	
313	Dienstleistungen und Honorare	220'890	270'000	230'000	-40'000	-15%	
314	Baulicher Unterhalt	612'501	580'000	580'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	9'505	10'000	5'500	-4'500	-45%	
370	Durchlaufende Beiträge	43'693	70'000	70'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-221					
470	Durchlaufende Beiträge	-43'693	-70'000	-70'000	0	0%	
	Total Aufwand	1'340'715	1'435'282	1'455'286	20'004	1%	
	Total Ertrag	-43'914	-70'000	-70'000	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'296'801	1'365'282	1'385'286	20'004	1%	

1 Budgetneutraler Transfer aus Verpflichtungskrediten

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ökologischer Ausgleich	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	4'556'824	4'524'000	4'524'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-3'624'180	-3'670'000	-3'670'000	0	0%	A
Naturschutz im Wald	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'000'797	1'700'000	1'680'000	-20'000	-1%	B
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-345'953	-350'000	-330'000	20'000	6%	
Beiträge an diverse Naturschutzprojekte	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	200'811	100'000	100'000	0	0%	C
Bundesbeitrag Schutz/Unterhalt Biotope	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-582'895	-550'000	-450'000	100'000	18%	1
Total Transferaufwand			6'758'431	6'324'000	6'304'000	-20'000	0%	
Total Transferertrag			-4'553'029	-4'570'000	-4'450'000	120'000	3%	
Transfers (Netto)			2'205'403	1'754'000	1'854'000	100'000	6%	

1 Da der Bund insgesamt weniger Geld für Natur- und Landschaftsschutz Projekte zur Verfügung stellt, reduzieren sich die Beiträge an die Kantone entsprechend.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK Ökologischer Ausgleich 2009-2013	30	Personalaufwand	344'582	334'916	274'402	-60'514	-18%	1
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	148'597	250'000	254'500	4'500	2%	
	36	Transferaufwand	4'556'824	4'524'000	4'524'000	0	0%	A
	46	Transferertrag	-3'624'180	-3'670'000	-3'670'000	0	0%	
		Total	1'425'823	1'438'916	1'382'902	-56'014	-4%	
VK Naturschutz im Wald 2009-2013	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	79'145	110'000	110'000	0	0%	
	36	Transferaufwand	2'000'797	1'700'000	1'680'000	-20'000	-1%	B
	46	Transferertrag	-345'953	-350'000	-330'000	20'000	6%	
		Total	1'733'989	1'460'000	1'460'000	0	0%	
VK Verleg. Amph Zurlindengrube Pratteln	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	589'098		100'000	100'000		X
	36	Transferaufwand	47'897					
		Total	636'995		100'000	100'000		X
VK NATUR Festival beider Basel	36	Transferaufwand	101'134					
Total Verpflichtungskredite Aufwand			7'868'074	6'918'916	6'942'902	23'986	0%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-3'970'133	-4'020'000	-4'000'000	20'000	0%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			3'897'941	2'898'916	2'942'902	43'986	2%	

1 Budgetneutraler Transfer in die Erfolgsrechnung

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ankauf von Grundstücken 999	50	Sachanlagen		50'000		-50'000	-100%	
Total Investitionsausgaben				50'000		-50'000	-100%	
Total Investitionseinnahmen								
Total Nettoinvestitionen				50'000		-50'000	-100%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	5.1	5.3	5.3	0.0	0.0%

Jahresprogramm

A 2309.004 ökologischer Ausgleich in der Landwirtschaft

Mit dem Programm „ökologischer Ausgleich im Landwirtschaftsgebiet“ wird für einen beachtlichen Teil der Naturwerte im „offen“ Land des Kantons BL der Schutz und die Pflege sichergestellt. (RP 2012-2015: BUD 18)

B 2309.005 Naturschutz im Wald

Mit dem Programm „Naturschutz im Wald“ wird für einen beachtlichen Teil der Naturwerte im Wald des Kantons BL der Schutz und die Pflege sichergestellt. (RP 2012-2015: BUD 19)

C 2309.006 Biodiversität

Mit den Aktionsplänen/Massnahmeplänen werden aufgrund des erstellten Artenschutzkonzepts seltene Pflanzen- und Tierarten gezielt gefördert. (RP 2012-2015: BUD 20)

2310 Bauinspektorat

Auftrag und Zielsetzungen

Das Bauinspektorat ist die Dienstleistungsstelle des Kantons Basel-Landschaft für die Belange des Baubewilligungsverfahrens, der Bauinspektion und des Baupolizeiwesens.

Kernbereiche des Auftrages des Bauinspektorats sind:

- Bearbeitung und Bewilligung der Gesuche für Bauten, bauliche Anlagen und Zweckänderungen über und unter der Erde unter Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsgrundlagen von Bund, Kanton und Gemeinden;
- Behandlung von Einsprachen im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens;
- bei erforderlicher Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP): Entscheid über die UVP-Pflicht des Gesuchstellers und Koordination des Prüfungsablaufes in Zusammenhang mit dem anschliessenden Baubewilligungsverfahren;
- im Falle von Gemeinden mit eigenem Baubewilligungswesen: Koordination der Stellungnahmen kantonaler Amtsstellen mit abschliessender Berichterstattung an die Gemeinde;
- Erlass von Verfügungen betreffend Entfernung oder Änderung vorschriftswidriger Gebäude, Gebäudeteile, Anlagen und Zweckänderungen sowie Schliessung von Betrieben;
- Antragstellung an die Untersuchungsbehörden bei Übertretung von Vorschriften im Kompetenzbereich des Amtes;
- Kontrolle über die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften und Unfallverhütungsmassnahmen im Bauwesen;
- Vertretung des Kantons im interkantonalen Konkordat über die nicht eidgenössisch konzessionierten Seilbahnen und Skilifte;
- Wahrnehmung der Koordinationsaufgaben zwischen Konkordat und Anlageeigentümern im Rahmen des Baugesuchverfahrens, sowie während Bau und Betrieb der Anlagen;
- Fachprüfung im eigenen Kompetenzbereich im Falle von: Stockwerkeigentumsbegründungen, Behandlung bau- und zonenrechtlicher Probleme, Grundstückmutationen im Rahmen der entsprechenden Prüfungsverfahren; Behandlung von Anfragen und Aufträgen, die nicht im Zusammenhang mit hängigen Baugesuchverfahren stehen;
- Katalogisierung und Archivierung der Baugesuche.

Das Bauinspektorat unterstützt mit einem schnellen Baubewilligungsverfahren im Standortwettbewerb optimale Bedingungen für die Ansiedlung von neuen Unternehmen und für bereits ansässige Unternehmen (RP 2012-2015: R-IW1). Es gewährleistet mit einem kundenfreundlichen und schnellen Baubewilligungsverfahren eine hohe Rechts- und Planungssicherheit (RP 2012-2015: BUD-IW-4). Die Einführung und Weiterentwicklung einer eGovernment-Lösung trägt dazu bei, das Bewilligungsverfahren zu vereinfachen (RP 2012-2015: VGD-IW-2). Ein modernes und kundenfreundliches Baubewilligungsverfahren zählt als positiver Standortfaktor für Wirtschaft und Bevölkerung (RP 2012-2015: BUD-IW-4). Mit der optimalen Koordination des Baubewilligungsverfahrens und der Sicherstellung eines effektiven Baupolizeiwesens werden die Bedürfnisse nach Effizienz und Effektivität staatlichen Handelns sichergestellt (RP 2012-2015: R-SH-3).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	3'148'465	3'201'466	3'193'465	-8'000	0%	
304	Zulagen	60'330	48'002	41'513	-6'489	-14%	
305	Arbeitgeberbeiträge	538'903	610'010	621'058	11'048	2%	
309	Übriger Personalaufwand	7'239	12'500	12'500	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	31'685	52'500	32'000	-20'500	-39%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	2'447	6'000	5'000	-1'000	-17%	
313	Dienstleistungen und Honorare	56'130	105'500	52'725	-52'775	-50%	1
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	38'155	45'000	44'000	-1'000	-2%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-12'118	20'000	15'000	-5'000	-25%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	673	1'000	700	-300	-30%	
370	Durchlaufende Beiträge	9'310	10'541	11'708	1'167	11%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-4'238'885	-5'284'901	-5'484'500	-199'599	-4%	2
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen		-200	-200	0	0%	
426	Rückerstattungen		-17'500	-17'500	0	0%	
440	Zinsertrag	-91	-100	-160	-60	-60%	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
470	Durchlaufende Beiträge	-9'310	-10'541	-11'708	-1'167	-11%	
	Total Aufwand	3'881'218	4'112'518	4'029'669	-82'849	-2%	
	Total Ertrag	-4'248'286	-5'313'242	-5'514'068	-200'826	-4%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-367'067	-1'200'724	-1'484'399	-283'675	-24%	

- Die Aufwendungen für externe Dienstleistungen und Honorare können um den Betrag von CHF 52'775.-- reduziert werden, da für das Jahr 2013 unter dieser Budgetposition keine weiteren Beratungshonorare und Evaluationskosten im Rahmen des internen Reorganisations- und Technologieprojekts "elektronisches Baugesuchungsverfahren" anfallen werden.
- Eine Zunahme des Ertrages ergibt sich aus der beabsichtigten Erhöhung der Baubewilligungsgebühren per 01. Januar 2013 unter der Annahme, dass das Volumen der Baugesuche in etwa auf gleichem Niveau wie 2012 bleibt.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Gemeindeanteile an Bauvorhaben	360	Ertragsanteile an Dritte	1'379'310	1'569'721	1'781'400	211'679	13%	1
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		3'000	3'000	0	0%	
Total Transferaufwand			1'379'310	1'572'721	1'784'400	211'679	13%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			1'379'310	1'572'721	1'784'400	211'679	13%	

- Die Abweichung des Transferaufwandes ergibt sich aus der beabsichtigten Gebührenerhöhung per 01. Januar 2013 im Rahmen des Entlastungspaketes 12/15. Die Anpassung der Verordnung über die Gebühren im Baubewilligungswesen (SGS 425.11) liegt in der regierungsrätlichen Kompetenz.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	26.1	27.4	27.0	-0.4	-1.5%

Wegfall von 1 Stelle im Rahmen des Entlastungspaketes 12/15 sowie Transfer von 0.6 Stellen aus dem GSK im Rahmen der Bereichsorganisation

Jahresprogramm

2310.001 Elektronisches Baubewilligungsverfahren und Dokumenten-/Plan-Scanning

Mit Nachdruck wird an der Weiterentwicklung des elektronischen Baubewilligungsverfahrens und an der Einführung des Dokumenten-/Plan-Scanning gearbeitet. Die Einführung einer neuen Baugesuchungssoftware soll das technologisch veraltete und ohne vertretbares Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht mehr ausbaubare bestehende Gesuchbearbeitungssystem ersetzen. Mit der Aktualisierung können die technologischen und sicherheitstechnischen Standards - festgelegt in der eidgenössischen Strategie "e-government Schweiz" - im Hinblick auf eine Online-Plattform erfüllt und die Verfahrensabläufe vereinfacht und beschleunigt werden (RP 2012-2015: BUD 30).

2310.002 Organisation Bauinspektorat

Im Rahmen der Entlastungsmassnahmen ist die Organisation des Bauinspektorates und seiner Aufgaben zu überprüfen und anzupassen. (RP 2012-2015: R-SH-3, BUD 30).

2310.003 Aufgabenerfüllung Bauinspektorat

Die gesetzlichen Grundlagen für das Baubewilligungswesen werden im Hinblick auf die Förderung einer zeitgemässen und bevölkerungsnahen Aufgabenerfüllung und unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips überprüft und angepasst (RP 2012-2015: R-SH2, FGD 20). Dabei sind gleichzeitig die Grundlagen für die Einführung von e-government im Baubewilligungsverfahren zu schaffen (RP 2012-2015: R-SH-3, BUD 30).

Sicherheitsdirektion

SID

Beitrag zu strategischen Zielen

Die Dienstleistungen und Projekte der Sicherheitsdirektion weisen einen besonders hohen Bezug zu den strategischen Schwerpunktfeldern "Effizientes und effektives staatliches Handeln", "Zusammenleben in Baselland" und "Natur- und Klimawandel" auf.

- Projekt "Focus": Das Amtsnotariat wurde wie in den Nachbarkantonen vollständig an die privaten Notarinnen und Notare übertragen (Juli 2012). Dies ermöglicht, die übrigen zivilrechtlichen Dienstleistungen (Grundbuch-, Handelsregister-, Erbschafts-, Zivilstands- sowie Betreibungs- und Konkurswesen) zur Effizienzsteigerung an zwei Standorten zu konzentrieren (bis 2014).
- Projekt "Staatsanwaltschaft 2014": Mit der Eröffnung des Strafjustizzentrums in Muttenz im Jahr 2014 ist die Konzentration der heute stark dezentralen Organisation der Staatsanwaltschaft auf 3 Standorte in Liestal (2) und in Muttenz möglich. Dadurch können die Struktur und die Abläufe der Staatsanwaltschaft weiter optimiert, vereinfacht und effizienter als bisher gestaltet werden. Durch die unmittelbare Nähe der Staatsanwaltschaft zu den beiden Gefängnissen (in Liestal und in Muttenz) sowie zum Strafgericht und zum Zwangsmassnahmengericht werden insbesondere die Wege kürzer und direkter.
- Integrationsprogramm 2014: Ab 2014 wird die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Kantonen im Rahmen des kantonalen Integrationsprogramms geregelt. Der Bund erhöht seine finanziellen Beiträge für die spezifische Integrationsförderung, wenn sich auch die Kantone an der Finanzierung beteiligen. Das Integrationsprogramm für unseren Kanton wird dem Regierungsrat bis Mitte 2013 vorliegen.
- Projekt "Familienfreundliche KMU im Baselbiet": Im Rahmen dieses Projekts stellen sich verschiedene Unternehmungen im Jahr 2013 einem Kurzcheck bezüglich Familienfreundlichkeit. Die KMUs werden motiviert, Massnahmen zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit in ihren Betrieben umzusetzen.
- Häusliche Gewalt, Umsetzung priorisierter Handlungsempfehlungen zum Kinderschutz: Der Schutz von Kindern, die direkt oder indirekt von häuslicher Gewalt betroffen sind, soll durch konkrete Massnahmen verbessert werden.
- Erhöhte Präventionsanstrengungen: Der Jugenddienst der Polizei wird in enger Zusammenarbeit mit der Jugendanwaltschaft flächendeckende Präventionsveranstaltungen und Klassenbesuche durchführen. Die Zielgruppe der Jugendlichen soll zu Themen wie Gewalt, Missbrauch neuer Medien sowie auf die Folgen für Opfer und Täter angesprochen werden. Ziel dieser Präventionseinsätze ist es, durch Aufklärung und Einsicht Straftaten zu verhindern.
- Schutz vor Naturgefahren und technischen Gefahren: Durch interdisziplinäre Massnahmenkonzepte und Einsatzpläne sowie durch die verdichtete Zusammenarbeit der Führungsorgane und Ereignisdienste (Polizei, Feuerwehr, Sanität, Zivilschutz etc.) soll der Schutz gesteigert werden.

Gesamtübersicht Budget

Die wichtigsten Abweichungen sind der Stellentransfer des technischen Informatikpersonals zu den Zentralen Informatikdiensten und die Reorganisation des Erwachsenenschutzrechts. Dies führt zu tieferen Personalkosten, tieferem Sach- und übrigen Betriebsaufwand sowie zu tieferen Entgelten.

Die für 2013 vorgesehenen Massnahmen des Entlastungspakets 12/15 in Höhe von CHF 1.358 Mio. sind vollumfänglich im Budget eingestellt. Zusätzlich wurde eine Massnahme in der Höhe von CHF 0.15 Mio. vorgezogen, die für 2014 vorgesehen war.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	148'395'798	148'108'972	145'146'497	-2'962'475	-2%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	30'685'529	34'303'650	30'944'351	-3'359'299	-10%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	1'087'199	1'150'800	1'108'660	-42'140	-4%
34 Finanzaufwand	762'402	457'700	464'000	6'300	1%
36 Transferaufwand	19'137'206	20'768'400	20'549'600	-218'800	-1%
37 Durchlaufende Beiträge	1'930'869	1'870'000	1'570'000	-300'000	-16%
39 Interne Fakturen	37'444				
41 Regalien und Konzessionen	-712'039	-750'000	-750'000	0	0%
42 Entgelte	-74'173'569	-89'133'355	-89'537'421	-404'066	0%
43 Verschiedene Erträge	-115'176	-50'386	-43'368	7'018	14%
44 Finanzertrag	-357'262	-416'629	-299'044	117'585	28%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-308'500	-315'000	-315'000	0	0%
46 Transferertrag	-17'013'226	-17'629'925	-16'980'537	649'388	4%
47 Durchlaufende Beiträge	-1'930'869	-1'870'000	-1'570'000	300'000	16%
Total Aufwand	202'036'447	206'659'522	199'783'108	-6'876'414	-3%
Total Ertrag	-94'610'642	-110'165'295	-109'495'370	669'925	1%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	107'425'805	96'494'227	90'287'738	-6'206'489	-6%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	1'071.0	1'111.2	1'088.9	-22.3	-2.0%

Die Abnahme der Sollstellen ist vorwiegend auf die Revision des Erwachsenenschutzrechtes (-17.0), den Transfer des technischen Informatikpersonals (-7.5) zu den Zentralen Informatikdiensten der FKD und den Abbau im Rahmen des Entlastungspakets (Amt für Militär- und Bevölkerungsschutz -1.3, Polizei -3.0) zurückzuführen. Erhöhungen sind geplant bei der Aufsichtsstelle Datenschutz (+1.0), dem Amt für Militär- und Bevölkerungsschutz (+0.3), dem Arxhof (1.0) sowie bei der Polizei (+6.0). Der Rest sind Anpassungen von Kleinstpensen und Kapazitätsbereinigungen (-1.8).

Für weitere Details verweisen wir auf die einzelnen Dienststellen.

Bereich Stab SID

Im Bereich Stab SID sind die folgenden Stabs-Organisationseinheiten zusammengefasst:

- Generalsekretariat SID
- Rechtsdienst des Regierungsrates
- Datenschutz Aufsichtsstelle (nur administrative Unterstellung)

Der Rechtsdienst des Regierungsrates ist eine eigene Dienststelle innerhalb der SID und wurde dem Bereich Stab - welcher so namentlich nur im Rechnungswesen existiert - zugeordnet, damit die buchhalterische Abbildung dieser Dienststelle in Budget und Erfolgsrechnung gemacht werden kann. Der Rechtsdienst gehört somit nicht zum eigentlichen Generalsekretariat. Er wird unter der Profitcenter-Nummer 2401 geführt.

Die Aufsichtsstelle Datenschutz ist nur administrativ dem Generalsekretariat zugeordnet, ansonsten aber autonom. Budgettechnisch erhält der Datenschutz keine Budgetvorgaben seitens der SID. Die Aufsichtsstelle erstellt ihren eigenen Voranschlag und der Regierungsrat leitet ihn unverändert an den Landrat weiter (§ 22 Abs. 4 Datenschutzgesetz). Die Aufsichtsstelle Datenschutz wird unter der Profitcenter-Nummer 2402 geführt.

Das Generalsekretariat ist ebenfalls eine eigene Dienststelle innerhalb der SID. Das Generalsekretariat ist Stabsstelle des Direktionsvorstehers und wirkt als Koordinations- und Kontrollstelle für die Gesamtdirektion. Es ist in Einheiten gegliedert, welche Stabsfunktionen für die ganze Direktion oder Fachaufgaben ausüben (z.B. Fachstelle für Integration, Fachstelle für Familienfragen). Das Generalsekretariat wird unter der Profitcenter-Nummer 2400 geführt.

Die wichtigsten Abweichungen im Bereich Stab sind der Transfer des technischen Informatikpersonals zu den Zentralen Informatikdiensten sowie die Umsetzung weiterer Massnahmen des Entlastungspakets 12/15, welche für 2013 vorgesehen sind und Anpassungen im Transferbereich aufgrund der Vergangenheitswerte.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	13'958'127	13'486'075	12'315'157	-1'170'918	-9%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	6'974'706	7'552'100	7'438'400	-113'700	-2%
34 Finanzaufwand	4'971	5'700	3'600	-2'100	-37%
36 Transferaufwand	16'326'077	17'770'000	17'361'000	-409'000	-2%
39 Interne Fakturen	20'937				
41 Regalien und Konzessionen	-712'039	-750'000	-750'000	0	0%
42 Entgelte	-3'219'060	-3'518'600	-3'438'100	80'500	2%
43 Verschiedene Erträge	-10'077	-7'000	-5'000	2'000	29%
44 Finanzertrag	-101	-550	-600	-50	-9%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-308'500	-315'000	-315'000	0	0%
46 Transferertrag	-1'596'434	-1'702'500	-1'483'000	219'500	13%
Total Aufwand	37'284'818	38'813'875	37'118'157	-1'695'718	-4%
Total Ertrag	-5'846'212	-6'293'650	-5'991'700	301'950	5%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	31'438'606	32'520'225	31'126'457	-1'393'768	-4%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	79.0	79.2	72.7	-6.5	-8.2%

Die Veränderung der Sollstellen entsteht durch den Wechsel des technischen Informatikpersonals zu den Zentralen Informatikdiensten in der FKD (-7.5) und durch die Aufsichtsstelle Datenschutz (+1.0) infolge des zu erwartenden Mehraufwandes aufgrund der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips per 1. Januar 2013.

2400 Generalsekretariat SID

Auftrag und Zielsetzungen

Das Generalsekretariat ist Stabsstelle des Direktionsvorstehers und wirkt als Koordinations- und Kontrollstelle für die Gesamtdirektion. Es ist in folgende Einheiten gegliedert:

- Die Kommunikation sorgt für eine rasche, transparente und offene Informationspolitik sowohl nach innen gegenüber den Mitarbeitenden als auch nach aussen gegenüber den Medien und der Bevölkerung. Weitere Aufgaben sind u.a. die Bearbeitung von Anliegen aus der Bevölkerung.
- Zur Einheit "Bewilligungen, Freiheitsentzug und Soziales" gehören das Bewilligungswesen (Gastwirtschafts- und Taxibewilligungen u.a.), das Passbüro, der Zivil- und Verwaltungsvollzug, der Straf- und Massnahmenvollzug mit den alternativen Vollzugsformen (gemeinnützige Arbeit, electronic monitoring), die Bezirksgefängnisse, die Bewährungshilfe, die Beratungsstelle für gewaltausübende Personen, die Opferhilfe, die Fachstelle für Kindes- und Jugendschutz und die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt.
- Die Abteilung Familie, Integration und Dienste besteht aus der Fachstelle für Familienfragen, der Fachstelle für Integration und der Einheit "Dienste".
Die Fachstelle für Familienfragen berät den Regierungsrat in familienpolitischen Belangen, analysiert periodisch die Situation der Familien im Kanton Basel-Landschaft und entwirft Konzepte im familienpolitischen Bereich sowie Vorschläge für Massnahmen zu deren Umsetzung. Sie ist zuständig für die Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit in familienpolitischen Angelegenheiten.
Die Fachstelle Integration koordiniert die Massnahmen der kantonalen Stellen zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern. Sie stellt den Informations- und Erfahrungsaustausch mit den Einwohnergemeinden und dem Kanton Basel-Stadt sicher und ist Ansprechpartner für die Bundesbehörden. Zusammen mit den anderen Dienststellen ist sie für die Umsetzung des kantonalen Integrationsgesetzes verantwortlich. Sie sorgt in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt für ein abgestimmtes Angebot für die Migrationsbevölkerung in der Region und orientiert die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber über die Angebote zur Integrationsförderung.
- Zur Einheit "Dienste" gehört das Fundbüro und der Verwertungsdienst. Das Fundbüro besorgt das Fundwesen und der Verwertungsdienst verwahrt und verwertet Fundsachen sowie sichergestellte und beschlagnahmte Güter.
- Der Fachbereich Rechtsetzung erarbeitet Gesetzgebungsvorhaben, Berichte und Stellungnahmen und berät verschiedene Gremien in Rechtsfragen.
- Zu den Zentralen Diensten gehören der Personaldienst, die Informatik SID, das Finanz- und Rechnungswesen, das Controlling sowie das Qualitätsmanagement und die Abteilung Organisation und Projekte. Ebenfalls dazu gehört die zentrale Kanzlei. In den Zentralen Diensten wird auch der Swisslos-Fonds betreut.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	63'855	57'000	57'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	9'739'880	8'723'817	7'828'265	-895'552	-10%	1
304	Zulagen	136'340	550'106	156'432	-393'673	-72%	2
305	Arbeitgeberbeiträge	1'629'522	1'624'122	1'455'945	-168'177	-10%	1
309	Übriger Personalaufwand	175'585	193'100	238'100	45'000	23%	
310	Material- und Warenaufwand	136'392	174'900	84'600	-90'300	-52%	3
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'164'170	1'342'900	1'397'500	54'600	4%	
312	Wasser, Energie, Heizmaterial		1'000	100	-900	-90%	
313	Dienstleistungen und Honorare	3'371'326	3'918'500	3'831'800	-86'700	-2%	A,B
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	1'800'786	1'814'000	1'814'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgelb	36'732	1'700	1'700	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	228'285	165'000	175'100	10'100	6%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	112'000	3'100	3'100	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	13'663	17'000	13'500	-3'500	-21%	
341	Realisierte Kursverluste	71					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	4'908	5'700	3'600	-2'100	-37%	
391	Int Faktoren Dienstleistungen	20'937					
412	Konzessionen	-712'039	-750'000	-750'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-2'676'719	-2'968'600	-2'971'600	-3'000	0%	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-30'146	-50'000	-55'000	-5'000	-10%	
425	Erlös aus Verkäufen	-41'907	-82'000	-83'500	-1'500	-2%	
426	Rückerstattungen	-420'779	-373'000	-278'000	95'000	25%	4
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-10'077	-7'000	-5'000	2'000	29%	
440	Zinsertrag	-101	-550	-600	-50	-9%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-308'500	-315'000	-315'000	0	0%	
	Total Aufwand	18'634'451	18'591'944	17'060'742	-1'531'203	-8%	
	Total Ertrag	-4'200'269	-4'546'150	-4'458'700	87'450	2%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	14'434'182	14'045'794	12'602'042	-1'443'753	-10%	

- 1 Transfer des technischen Informatikpersonals zu den Zentralen Informatikdiensten der FKD.
- 2 Es sind CHF 0.4 Mio. an Zulagen unter dem Konto 301 geplant und nicht unter dem Konto 304 wie im 2012.
- 3 Aufgrund der Vergangenheitswerte können die Kosten für Verbrauchs- und Büromaterial gesenkt werden.
- 4 Wegfall Verkauf von Informatikmaterial, da die technische Informatik zu den Zentralen Informatikdiensten gewechselt ist und tiefere Beiträge des kantonalen Sozialamts für die Sprachförderung der Fachstelle für Integration.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Integration	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	285'000	180'000	200'000	20'000	11%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-354'164	-355'000	-383'000	-28'000	-8%	
Pässe u. Identitätskarten	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	1'244'016	1'150'000	1'200'000	50'000	4%	
Straf- u. Massnahmenvollzug	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	12'141'703	14'084'000	13'705'000	-379'000	-3%	1
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	75'735	140'000	40'000	-100'000	-71%	2
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-162'215	-150'000	-50'000	100'000	67%	3
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-860'000	-910'000	-860'000	50'000	5%	
Opferhilfe	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'792'670	1'535'000	1'535'000	0	0%	
Familie	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	37'500	37'500	37'500	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-30'000		-30'000	-30'000	X	
Intervention gegen häusliche Gewalt	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-75'035	-80'000	-80'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-115'020	-207'500	-80'000	127'500	61%	4
Präventionsprogramm Take-off	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	420'000	420'000	420'000	0	0%	
Verbandsbeiträge	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	282					
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	325'558	220'000	220'000	0	0%	
Total Transferaufwand			16'322'463	17'766'500	17'357'500	-409'000	-2%	
Total Transferertrag			-1'596'434	-1'702'500	-1'483'000	219'500	13%	
Transfers (Netto)			14'726'029	16'064'000	15'874'500	-189'500	-1%	

- 1 Die Kosten des Straf- und Massnahmenvollzugs sind abhängig von den Gerichtsurteilen und den Gutachten, welche z.B. die Unterbringung in einer psychiatrischen Klinik vorsehen. Durch diese ungewisse Konstellation sind die Werte nur schwer abschätzbar. Aufgrund der Vergangenheitswerte wurde nun eine Kostenreduktion geplant. Zudem ergibt sich eine Verschiebung mit dem Konto 361 von CHF 0.1 Mio.
- 2 Es handelt sich um eine Verschiebung mit dem Konto 361.
- 3 Die Entschädigungen von ausserkantonalen Vollzügen in BL wurden reduziert, weil von einer entsprechenden Eigenbelegung ausgegangen wird.
- 4 Reduktion Lernprogramme für gewalttätige Personen aus den Kantonen AG und SO.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Take off	36	Transferaufwand	420'000	420'000	420'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			420'000	420'000	420'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			420'000	420'000	420'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	70.4	70.6	63.1	-7.5	-10.6%

Stellentransfer des technischen Informatikpersonals zu den Zentralen Informatikdiensten in der FKD.

Jahresprogramm

2400.003 Freiwilligenarbeit: Anerkennung der kantonalen Koordinations- und Beratungsstelle für Freiwilligenarbeit und Durchführung des Baselbieter Freiwilligenpreises

Die Beratung des Gesetzes über die Förderung der Freiwilligenarbeit im Landrat ist für das erste Semester 2013 geplant. Nach Verabschiedung dieses Gesetzes ist die kantonale Beratungsstelle für Freiwilligenarbeit zu evaluieren und anschliessend mit ihr ein Leistungsvertrag abzuschliessen. Damit sind die Grundlagen geschaffen, dass ab 2014 Beiträge an diese Institution geleistet werden können. Zudem ist erstmals der Baselbieter Anerkennungspreis für Freiwilligenarbeit durchzuführen.

A 2400.004 Konzept "Integration im Frühbereich"

Das bis Dezember 2012 erarbeitete Konzept mit dem Arbeitstitel "Integration im Frühbereich im Baselbiet" wird 2013 umgesetzt. Der Ausländerdienst Baselland wird, zusammen mit den jeweiligen Spielgruppen in den Gemeinden, eine massgebliche Rolle spielen.

B 2400.005 Unterstützung der eidgenössischen und kommunalen Integrationsförderung im urbanen Raum

Die Gemeinden Pratteln und Münchenstein haben sich um eine Aufnahme in das Bundesprogramm "projet urbain Phase II (2012 - 2015)" beworben. Leider wurde nur Pratteln berücksichtigt. Dort ist für 2013 eine Konsolidierungsphase vorgesehen. Es soll ein Quartiertreffpunkt konzipiert werden. In zwei weiteren Pratteler Quartieren soll mit dem Ansatz einer integralen Gebietsentwicklung begonnen werden. Münchenstein hat das Quartierentwicklungsprojekt "Lange Heide" - trotz negativem Bundes-Beitragsentscheid 2012 - gestartet. Bis im Frühsommer 2013 soll ein Gesamtkonzept, welches auch bereits erste Umsetzungsschritte beinhalten wird, erarbeitet sein. Beide Projekte werden durch den Kanton finanziell unterstützt und durch die Fachstelle Integration aktiv begleitet.

2400.008 Umsetzung der Erkenntnisse aus dem Familienbericht

Im Herbst 2012 wird dem Regierungsrat der Bericht zur Umsetzung des Familienberichts vorgelegt. Aufgrund der aktuellen finanziellen Situation des Kantons fokussieren sich die abgeleiteten Massnahmen auf Verbesserungen bei bestehenden Angeboten. Insbesondere die Konzeption und Koordination der frühen Förderung (Kinder vor dem Eintritt in den Kindergarten) soll im 2013 verbessert werden.

2400.009 Familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich (FEB)

Das Gesetz zur familienergänzenden Kinderbetreuung im Frühbereich wurde am 11.3.2012 vom Volk knapp verworfen. In der Folge reichte Landrat Karl Willmann ein Postulat ein (2012-093), welches einen Runden Tisch zur Familienergänzenden Kinderbetreuung im Frühbereich und im Schulbereich verlangt. Dieser Runde Tisch wird noch in der zweiten Jahreshälfte 2012 begonnen. Seine Auswertung und die Entscheidung über die weitere Gestaltung der Gesetzgebung entfallen auf das Jahr 2013.

2400.011 Befragung zu den Themen Familie, Generationen und Freiwilligenarbeit

Im Jahr 2013 führt das Bundesamt für Statistik Interviews zu Fragen rund um Familien, Generationen und Freiwilligenarbeit durch. Die Erhebung zum Kanton Basel-Landschaft wird so ausgestaltet, dass die Daten auf Kantonsebene ausgewertet werden können. In Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Gleichstellung, der Altersbeauftragten und dem Statistischen Amt, begleitet die Fachstelle für Familienfragen die Erhebung. Die Datenauswertung erfolgt durch das Statistische Amt im Jahr 2014 und wird wiederum von denselben Fachpersonen begleitet. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden ein wesentliches Element in der Gestaltung der Familienpolitik in unserem Kanton bilden.

2400.012 Kantonales Integrationsprogramm 2014

Ab 2014 wird die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Kantonen im Rahmen eines kantonalen Integrationsprogramms geregelt. Der Bund erhöht seine finanziellen Beiträge für die spezifische Integrationsförderung unter der Bedingung der Mitfinanzierungspflicht der Kantone. Ziele und Grundprinzipien der künftigen Integrationspolitik (Chancengleichheit verwirklichen, Potenziale nutzen, Vielfalt berücksichtigen, Eigenverantwortung einfordern) sollen im Geiste von "Fordern und Fördern" und mit dem Ziel, einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt auf der Grundlage der Werte der Bundesverfassung zu leisten, umgesetzt werden.

Integrationsförderung soll grundsätzlich in den zuständigen Stellen der Regelstrukturen stattfinden, d.h. überall dort, wo bereits rechtliche/gesetzliche Grundlagen existieren (Bildungswesen, Gesundheitswesen und Arbeitsmarkt). Erst dort, wo Lücken in den Regelstrukturen bestehen oder die Regelstrukturen Unterstützung in der Umsetzung ihres Integrationsauftrags benötigen, setzen die Massnahmen der spezifischen Integrationsförderung ergänzend ein. Das kantonale Integrationsprogramm vereint alle spezifischen Integrationsfördermassnahmen und wirkt komplementär zu den Angeboten der Integrationsförderung in den Regelstrukturen.

Bereits 2010 - 2012 wurden Vorbereitungsarbeiten für die Entwicklung des kantonalen Integrationsprogramms geleistet. 2013 wird das kantonale Integrationsprogramm konkret entwickelt. Ziel ist, im Sommer 2013 über ein von der Baslerbieter Regierung verabschiedetes Programm zu verfügen.

2400.013 Familienfreundliche KMU im Baselbiet; Vernetzungstreffen

Im Jahr 2012 wurden die KMU für das Projekt "Familienfreundliche KMU im Baselbiet" gewonnen. Im Jahr 2013 unterziehen sich diese KMUs einem "Kurzcheck" durch die Fachstelle für Familienfragen (zu ihrer Familienfreundlichkeit). Die KMUs werden motiviert, Massnahmen zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit einzuleiten. Hierzu treffen sich die KMUs in Vernetzungstreffen und tauschen sich untereinander aus, welche Erfolge und Hindernisse bestehen.

2400.014 Umsetzung der priorisierten Handlungsempfehlungen Häusliche Gewalt und Kinderschutz

Der inhaltliche Schwerpunkt des HelferInnen-Systems und der Öffentlichkeit beim Thema häusliche Gewalt wird vor allem auf die erwachsenen Personen gelegt. Der Mitbetroffenheit der Kinder und deren Recht auf unabhängige Unterstützung und Information einerseits, aber auch auf kindesgerechte Unterstützung nach erlebter Gewalt, wird noch immer zu wenig Rechnung getragen. Im Jahr 2012 hat deshalb die Fachstelle Kindes- und Jugendschutz eine kantonsweite Befragung von Fachleuten durchgeführt zur Einschätzung der Situation von Kindern, die direkt oder indirekt von häuslicher Gewalt betroffen sind. Zweck der Evaluation ist die Orientierung von beruflich mit dem Kinderschutz befassten Personen im Kanton Basel-Landschaft über mögliche Optimierungen des bestehenden Unterstützungsangebots. Durch Präsentation und Diskussion der Ergebnisse an einem runden Tisch werden bis Ende 2012 konkrete Vorschläge erarbeitet. Die Umsetzung der priorisierten Handlungsempfehlungen soll ab 2013 erfolgen.

2401 Rechtsdienst des Regierungsrates

Auftrag und Zielsetzungen

Der Rechtsdienst des Regierungsrates bereitet Beschwerdeentscheide für die Regierung vor. Er erstellt juristische Gutachten für die gesamte Kantonsverwaltung und wirkt bei der Gesetzgebung mit. Im Übrigen vertritt er den Kanton in verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Beschwerdeverfahren vor den Gerichten.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'369'550	1'443'897	1'535'444	91'547	6%	
304	Zulagen	10'502	9'093	12'256	3'163	35%	
305	Arbeitgeberbeiträge	215'546	256'824	255'419	-1'405	-1%	
310	Material- und Warenaufwand	9'991	15'000	14'500	-500	-3%	
313	Dienstleistungen und Honorare	4'776	5'500	5'500	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	2'112	2'000	2'500	500	25%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	770	1'000	1'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	17'182		5'000	5'000	X	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-49'250	-45'000	-50'000	-5'000	-11%	
426	Rückerstattungen	-259					
	Total Aufwand	1'630'429	1'733'314	1'831'619	98'305	6%	
	Total Ertrag	-49'509	-45'000	-50'000	-5'000	-11%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'580'920	1'688'314	1'781'619	93'305	6%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	5.6	5.6	5.6	0.0	0.0%

2402 Aufsichtsstelle Datenschutz

Auftrag und Zielsetzungen

Die Datenschutzbehörde ist zuständig für die Aufsicht über

- alle Behörden des Kantons Basel-Landschaft (mit Ausnahme des Landrates und seiner Mitglieder sowie des Regierungsrates)
- alle Einwohnergemeinden des Kantons Basel-Landschaft
- alle Bürgergemeinden des Kantons Basel-Landschaft
- alle Kirchgemeinden des Kantons Basel-Landschaft
- Private, soweit sie mit der Erfüllung öffentlicher Aufgaben betraut sind.

Die Aufgaben der Aufsichtsstelle umfassen:

- Die Kontrolle, ob die Bestimmungen über den Datenschutz rechtmässig angewendet werden und von Datenbearbeitungen, die besondere Risiken für die Rechte der betroffenen Personen beinhalten (Vorabkontrolle).
- Die Beratung von Behörden in Fragen des Datenschutzes und von betroffenen Personen über ihre Rechte.
- Die Vermittlung zwischen betroffenen Personen und Behörden und die Erarbeitung von Stellungnahmen, die für den Datenschutz erheblich sind.
- Die Veröffentlichung eines periodischen Tätigkeitsberichts.
- Die Zusammenarbeit mit Datenschutz-Kontrollorganen im In- und Ausland.
- Entscheidungen über die Bearbeitung von Personendaten im Zusammenhang mit Wissenschaft und Forschung.
- Den Erlass von Empfehlungen und Weisungen.
- Die Bezeichnung der für den Datenschutz verantwortlichen Behörde.
- Die Beschwerdeführung gegen datenschutzrelevante Entscheide des Regierungsrates.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	509'435	518'188	645'870	127'682	25%	1
304	Zulagen	4'201	3'163	5'140	1'977	63%	
305	Arbeitgeberbeiträge	100'288	96'766	115'287	18'521	19%	
309	Übriger Personalaufwand	3'424	10'000	10'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	17'177	26'000	20'000	-6'000	-23%	
313	Dienstleistungen und Honorare	48'705	51'500	57'500	6'000	12%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	10'640	13'000	11'000	-2'000	-15%	
341	Realisierte Kursverluste	-7					
	Total Aufwand	693'862	718'616	864'796	146'180	20%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	693'862	718'616	864'796	146'180	20%	

- 1 Die Erhöhung der Personalkosten ist mit der Umsetzung des vom Volk beschlossenen Öffentlichkeitsprinzips verbunden. Dies hat eine Ausweitung des Beratungs- und Kontrollmandats zur Folge.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Kantonsbeitrag Datenschutz	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'614	3'500	3'500	0	0%	
Total Transferaufwand			3'614	3'500	3'500	0	0%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			3'614	3'500	3'500	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	3.0	3.0	4.0	1.0	33.3%

Die Zunahme um eine Stelle ist mit der Umsetzung des vom Volk beschlossenen Öffentlichkeitsprinzips verbunden. Dies hat eine Ausweitung des Beratungs- und Kontrollmandats zur Folge.

Bereich Zivilrecht

Der Bereich Zivilrecht umfasst alle sechs Bezirksschreibereien, das Handelsregisteramt sowie die Zivilrechtsabteilung mit den Zivilstandsämtern, dem Bürgerrechtswesen sowie den Ressorts Adoptionen und Namensänderung. Das zentrale Service Center ist für das Finanz- und Rechnungswesen des gesamten Bereichs verantwortlich. Per 1. Januar 2013 tritt das neue Erwachsenenschutzrecht in Kraft. Dort ist eine kommunale Trägerschaft für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) sowie für die Berufsbeistandschaften vorgesehen. Dies spiegelt sich auch auf der Aufwands- und Ertragsseite wider und verbessert das Bereichsergebnis leicht.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	23'495'586	22'691'651	20'238'633	-2'453'018	-11%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	2'842'352	1'794'600	1'732'700	-61'900	-3%
34 Finanzaufwand	50'248	40'800	47'200	6'400	16%
36 Transferaufwand	185'209	172'000	160'000	-12'000	-7%
42 Entgelte	-31'355'851	-30'533'934	-30'431'470	102'464	0%
43 Verschiedene Erträge	-653	-1'786	-1'768	18	1%
44 Finanzertrag	-10'905	-132'679	-15'144	117'535	89%
46 Transferertrag	-676'658	-800'000		800'000	100%
Total Aufwand	26'573'395	24'699'051	22'178'533	-2'520'518	-10%
Total Ertrag	-32'044'067	-31'468'399	-30'448'382	1'020'017	3%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-5'470'673	-6'769'348	-8'269'849	-1'500'501	-22%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	176.8	183.3	164.5	-18.8	-10.3%

Reorganisation Erwachsenenschutzbehörde (KESB) sowie Kapazitätsbereinigungen aus Reorganisation Inventarwesen und Vollintegration SAP

2410 Bezirksschreiberei Arlesheim

Auftrag und Zielsetzungen

Die Bezirksschreibereien erbringen die Dienstleistungen des Grundbuchamtes, des Erbschaftsamtes, des Betreibungs- und Konkursamtes sowie des Notariats. Das Grundbuchnotariat ist ausschliesslich zuständig für die Beurkundungen sämtlicher im jeweiligen Bezirk gelegenen Grundstücksgeschäfte (z.B. Kauf, Tausch, Schenkung, Hypothekengeschäfte, Begründung von Baurechten und Stockwerkeigentum, Dienstbarkeiten, wie Begründung von Wohnrechten und Nutzniessung). Darüber hinaus bieten die Bezirksschreibereien Dienstleistungen des freien Notariats an, welche weder an Bezirks- noch an Kantonsgrenzen gebunden sind (Ehe- und Erbverträge, Testamente, gesellschaftsrechtliche Urkunden, wie Gründung und Statutenänderungen von Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Stiftungen etc., Beglaubigung von Unterschriften und Dokumenten). Die Bezirksschreibereien sind überdies gesetzliche Depotstellen für Ehe- und Erbverträge sowie Testamente. Das Grundbuchamt als Registerbehörde führt u.a. aufgrund der notariellen Urkunden und von anderen Rechtsgrundaussweisen die Mutationen im Grundbuch nach, erteilt Grundbuchauskünfte und erstellt Grundbuchauszüge sowie Eigentumsbestätigungen. Die Aufgabe des Erbschaftsamtes besteht einerseits in der Funktion als Eröffnungsbehörde für Testamente sowie Ehe- und Erbverträge. Andererseits ist es zuständig für die Inventarisierung der Nachlassvermögen von Personen mit letztem Wohnsitz im Amtskreis der Bezirksschreiberei Arlesheim. Das Betreibungs- und Konkursamt vollzieht die Betreibungs- und Konkursverfahren und erteilt auf Gesuch hin Gläubigern, Schuldnern sowie anderen Berechtigten Auskünfte aus dem Betreibungs-, Konkurs- und Verlustscheinregister. Die Bezirksschreiberei Arlesheim führt zudem im Segment der speziellen Dienstleistungen die Zivilrechtsabteilung 1 mit dem Bürgerrechtswesen und der Adoptions- und Namensänderung. Als Registerbehörden sind ferner das Handelsregisteramt sowie die Zivilstandsämter der Bezirksschreiberei Arlesheim zugeordnet.

Im Rahmen des Entlastungspaketes 12/15 sieht das Projekt "Focus" eine Konzentrierung der zivilrechtlichen Behörden an zwei Standorten im Kanton vor. Dies ist im Jahresprogramm näher umschrieben.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	70'195	58'000	20'000	-38'000	-66%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	9'498'673	8'991'826	6'987'426	-2'004'400	-22%	1
304	Zulagen	88'562	81'319	57'000	-24'319	-30%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'691'028	1'563'594	1'207'047	-356'547	-23%	2
309	Übriger Personalaufwand	11'689	27'000	27'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	129'115	141'600	134'000	-7'600	-5%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	2'907	7'000	3'800	-3'200	-46%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'048'218	568'000	393'000	-175'000	-31%	3
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	35'535	29'400	42'500	13'100	45%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	47'580	51'000	25'000	-26'000	-51%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	103'282	45'000	73'300	28'300	63%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	28'612	10'000	11'400	1'400	14%	
341	Realisierte Kursverluste	-4					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	15'627	15'000	14'200	-800	-5%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-11'068'514	-10'721'257	-10'929'970	-208'713	-2%	
425	Erlös aus Verkäufen	-250	-100		100	100%	
426	Rückerstattungen	-499'315	-470'000		470'000	100%	4
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-511	-201	-183	18	9%	
440	Zinsertrag	-2'711	-51'000	-6'665	44'335	87%	
	Total Aufwand	12'771'019	11'588'739	8'995'672	-2'593'067	-22%	
	Total Ertrag	-11'571'301	-11'242'558	-10'936'818	305'740	3%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'199'718	346'181	-1'941'146	-2'287'327	-661%	

- 1 Reduktion des Lohnaufwandes für die Behörden im Vormundschaftswesen infolge Reorganisation der Erwachsenenschutzbehörden.
- 2 Aufgrund des tieferen Lohnaufwandes werden auch die Arbeitgeberbeiträge angepasst.
- 3 Reduktion des Budgets aufgrund des Wegfalls des Kant. Vormundschaftsamtes, der Amtsvormundschaften und des Amtes für Stiftung und berufliche Vorsorge.
- 4 Wegfall der Rückerstattungen der Behörden im Vormundschaftswesen infolge Reorganisation der Erwachsenenschutzbehörden.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Vormundschaftliche Mandate	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	15'647	12'000		-12'000	-100%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-676'658	-800'000		800'000	100%	2
Bundesanteil Handelsregistergeb.	360	Ertragsanteile an Dritte		160'000	160'000	0	0%	
	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	169'561					
Total Transferaufwand			185'209	172'000	160'000	-12'000	-7%	
Total Transferertrag			-676'658	-800'000		800'000	100%	
Transfers (Netto)			-491'450	-628'000	160'000	788'000	125%	

- 1 Wegfall der Beiträge an Gemeinwesen und Dritte infolge Reorganisation der Erwachsenenschutzbehörden.
- 2 Wegfall der Entschädigungen von Gemeinwesen für freiwillige Fälle der Amtsvormundschaften der Behörden des Kantons Basel-Landschaft infolge Reorganisation der Erwachsenenschutzbehörden.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Bet. Stiftungsaufsicht beider Basel	55	Beteil. und Grundkapitalien	500'000					
Total Investitionsausgaben			500'000					
Total Investitionseinnahmen								
Total Nettoinvestitionen			500'000					

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	84.0	83.8	66.0	-17.8	-21.2%

17 Stellen sind aus der Revision des Erwachsenenschutzrechts (KESB) beim Vormundschaftsamt und den Amtsvormundschaften abzubauen. 0.8 Stellenprozente sind Kapazitätsbereinigungen (Abschluss Vollintegration SAP)

Jahresprogramm

2410.001 Projekt Focus

Die Aufgabenerfüllung im Bereich der zivilrechtlichen Dienstleistungen (Grundbuch-, Handelsregister-, Erbschafts-, Zivilstands- sowie Betreibungs- und Konkurswesen) soll noch effizienter erfolgen als bisher. Das Notariat soll an selbständig erwerbende Notarinnen und Notare ausgelagert und das Amtsnotariat soll aufgehoben werden. Die bisher sechs mit denselben zivilrechtlichen Dienstleistungen befassten Dienststellen (Bezirksschreibereien Arlesheim, Binningen, Laufen, Liestal, Sissach und Waldenburg) werden zu einer einzigen reduziert und für jedes Aufgabensegment wird je ein einziges kantonales Amt gebildet. Das Projekt unter der Bezeichnung Focus soll bis Ende 2013 abgeschlossen sein, wobei wesentliche Elemente des Projekts, zum Beispiel die Öffnung aller Notariatsgeschäfte für die privaten Notare und Notarinnen, bereits 2012 umgesetzt werden.

2411 Bezirksschreiberei Binningen

Auftrag und Zielsetzungen

Die Bezirksschreibereien erbringen die Dienstleistungen des Grundbuchamtes, des Erbschaftsamtes, des Betreibungs- und Konkursamtes sowie des Notariats. Das Grundbuchnotariat ist ausschliesslich zuständig für die Beurkundungen sämtlicher im jeweiligen Bezirk gelegenen Grundstücksgeschäfte (z.B. Kauf, Tausch, Schenkung, Hypothekengeschäfte, Begründung von Baurechten und Stockwerkeigentum, Dienstbarkeiten, wie Begründung von Wohnrechten und Nutzniessung). Darüber hinaus bieten die Bezirksschreibereien Dienstleistungen des freien Notariats an, welche weder an Bezirks- noch an Kantonsgrenzen gebunden sind (Ehe- und Erbverträge, Testamente, gesellschaftsrechtliche Urkunden, wie Gründung und Statutenänderungen von Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Stiftungen etc; Beglaubigung von Unterschriften und Dokumenten). Die Bezirksschreibereien sind überdies gesetzliche Depotstelle für Ehe- und Erbverträge sowie Testamente. Das Grundbuchamt als Registerbehörde führt u.a. aufgrund der notariellen Urkunden und von anderen Rechtsgrundaussweisen die Mutationen im Grundbuch nach, erteilt Grundbuchauskünfte und erstellt Grundbuchauszüge sowie Eigentumsbestätigungen. Die Aufgabe des Erbschaftsamtes umfasst die Inventarisierung der Nachlassvermögen von Personen mit letztem Wohnsitz im Amtskreis der jeweiligen Bezirksschreiberei. So ist es zuständig für die Aufnahme von Erbschaftsinventaren, die Eröffnung von Ehe- und Erbverträgen sowie Testamenten, die Ausstellung von Erbenbescheinigungen, nebst der Durchführung von Willensvollstreckungen und Erbteilungen. Das Betreibungs- und Konkursamt vollzieht die Betreibungs- und Konkursverfahren und erteilt auf Gesuch hin Gläubigern, Schuldner sowie anderen Berechtigten Auskünfte aus dem Betreibungs- und Verlustscheinregister. Der bevölkerungsreichste Bezirk Arlesheim verfügt über zwei Bezirksschreibereien (Arlesheim und Binningen); die übrigen Bezirke je über eine.

Im Rahmen des Entlastungspaketes 12/15 sieht das Projekt "Focus" eine Konzentration der zivilrechtlichen Behörden an zwei Standorten im Kanton vor. Dies ist im Jahresprogramm näher umschrieben.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	3'136'941	2'905'958	2'987'623	81'665	3%	
304	Zulagen	33'496	33'496	22'809	-10'687	-32%	
305	Arbeitgeberbeiträge	503'577	490'406	505'737	15'331	3%	
309	Übriger Personalaufwand	885	1'000	1'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	43'825	70'000	70'000	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen		2'100	2'100	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	410'232	220'500	250'500	30'000	14%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	15'627	16'000	16'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'048	1'000	1'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	40'235	17'000	25'000	8'000	47%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'079					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	7'042	2'800	7'000	4'200	150%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-6'629'863	-6'295'820	-6'437'000	-141'180	-2%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-1	-278	-278	0	0%	
440	Zinsertrag	-1'804	-41'179	-2'179	39'000	95%	
	Total Aufwand	4'194'986	3'760'260	3'888'769	128'509	3%	
	Total Ertrag	-6'631'668	-6'337'277	-6'439'457	-102'180	-2%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-2'436'681	-2'577'017	-2'550'688	26'329	1%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	28.2	29.8	28.8	-1.0	-3.4%

Abbau Überhang aus Reorganisation Inventarwesen

Jahresprogramm

2410.001 Projekt Focus

Die Aufgabenerfüllung im Bereich der zivilrechtlichen Dienstleistungen (Grundbuch-, Handelsregister-, Erbschafts-, Zivilstands- sowie Betreibungs- und Konkurswesen) soll noch effizienter erfolgen als bisher. Das Notariat soll an selbständig erwerbende Notarinnen und Notare ausgelagert und das Amtsnotariat soll aufgehoben werden. Die bisher sechs mit denselben zivilrechtlichen Dienstleistungen befassten Dienststellen (Bezirksschreibereien Arlesheim, Binningen, Laufen, Liestal, Sissach und Waldenburg) werden zu einer einzigen reduziert und für jedes Aufgabensegment wird je ein einziges kantonales Amt gebildet. Das Projekt unter der Bezeichnung Focus soll bis Ende 2013 abgeschlossen sein, wobei wesentliche Elemente des Projekts, zum Beispiel die Öffnung aller Notariatsgeschäfte für die privaten Notare und Notarinnen, bereits 2012 umgesetzt werden.

2412 Bezirksschreiberei Liestal

Auftrag und Zielsetzungen

Die Bezirksschreibereien erbringen die Dienstleistungen des Grundbuchamtes, des Erbschaftsamtes, des Betreibungs- und Konkursamtes sowie des Notariats. Das Grundbuchnotariat ist ausschliesslich zuständig für die Beurkundungen sämtlicher im jeweiligen Bezirk gelegenen Grundstücksgeschäfte (z.B. Kauf, Tausch, Schenkung, Hypothekengeschäfte, Begründung von Baurechten und Stockwerkeigentum, Dienstbarkeiten, wie Begründung von Wohnrechten und Nutzniessung). Darüber hinaus bieten die Bezirksschreibereien Dienstleistungen des freien Notariats an, welche weder an Bezirks- noch an Kantonsgrenzen gebunden sind (Ehe- und Erbverträge, Testamente, gesellschaftsrechtliche Urkunden, wie Gründung und Statutenänderungen von Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Stiftungen etc; Beglaubigung von Unterschriften und Dokumenten). Die Bezirksschreibereien sind überdies gesetzliche Depotstelle für Ehe- und Erbverträge sowie Testamente. Das Grundbuchamt als Registerbehörde führt u.a. aufgrund der notariellen Urkunden und von anderen Rechtsgründausweisen die Mutationen im Grundbuch nach, erteilt Grundbuchauskünfte und erstellt Grundbuchauszüge sowie Eigentumsbestätigungen. Die Aufgabe des Erbschaftsamtes umfasst die Inventarisierung der Nachlassvermögen von Personen mit letztem Wohnsitz im Amtskreis der jeweiligen Bezirksschreiberei. So ist es zuständig für die Aufnahme von Erbschaftsinventaren, die Eröffnung von Ehe- und Erbverträgen sowie Testamenten, die Ausstellung von Erbenbescheinigungen, nebst der Durchführung von Willensvollstreckungen und Erbteilungen. Das Betreibungs- und Konkursamt vollzieht die Betreibungs- und Konkursverfahren und erteilt auf Gesuch hin Gläubigern, Schuldner sowie anderen Berechtigten Auskünfte aus dem Betreibungs- und Verlustscheinregister. Der bevölkerungsreichste Bezirk Arlesheim verfügt über zwei Bezirksschreibereien (Arlesheim und Binningen); die übrigen Bezirke je über eine.

Im Rahmen des Entlastungspaketes 12/15 sieht das Projekt "Focus" eine Konzentration der zivilrechtlichen Behörden an zwei Standorten im Kanton vor. Dies ist im Jahresprogramm näher umschrieben.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'820'875	2'697'309	2'849'177	151'868	6%	
304	Zulagen	30'689	30'089	26'648	-3'442	-11%	
305	Arbeitgeberbeiträge	432'504	487'692	495'084	7'393	2%	
309	Übriger Personalaufwand		1'000	1'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	41'646	65'000	65'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	264'151	166'000	166'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	23'717	24'000	24'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'223	1'000	1'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	55'154	12'000	47'000	35'000	292%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	2'171					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	12'950	10'000	12'000	2'000	20%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-5'879'620	-5'662'999	-5'797'000	-134'001	-2%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-142	-420	-420	0	0%	
440	Zinsertrag	-3'421	-21'000	-3'000	18'000	86%	
	Total Aufwand	3'686'080	3'494'090	3'686'908	192'819	6%	
	Total Ertrag	-5'883'183	-5'684'419	-5'800'420	-116'001	-2%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-2'197'103	-2'190'329	-2'113'512	76'818	4%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	27.3	29.4	29.4	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2410.001 Projekt Focus

Die Aufgabenerfüllung im Bereich der zivilrechtlichen Dienstleistungen (Grundbuch-, Handelsregister-, Erbschafts-, Zivilstands- sowie Betreibungs- und Konkurswesen) soll noch effizienter erfolgen als bisher. Das Notariat soll an selbständig erwerbende Notarinnen und Notare ausgelagert und das Amtsnotariat soll aufgehoben werden. Die bisher sechs mit denselben zivilrechtlichen Dienstleistungen befassten Dienststellen (Bezirksschreibereien Arlesheim, Binningen, Laufen, Liestal, Sissach und Waldenburg) werden zu einer einzigen reduziert und für jedes Aufgabensegment wird je ein einziges kantonales Amt gebildet. Das Projekt unter der Bezeichnung Focus soll bis Ende 2013 abgeschlossen sein, wobei wesentliche Elemente des Projekts, zum Beispiel die Öffnung aller Notariatsgeschäfte für die privaten Notare und Notarinnen, bereits 2012 umgesetzt werden.

2413 Bezirksschreiberei Sissach

Auftrag und Zielsetzungen

Die Bezirksschreibereien erbringen die Dienstleistungen des Grundbuchamtes, des Erbschaftsamtes, des Betreibungs- und Konkursamtes sowie des Notariats. Das Grundbuchnotariat ist ausschliesslich zuständig für die Beurkundungen sämtlicher im jeweiligen Bezirk gelegenen Grundstücksgeschäfte (z.B. Kauf, Tausch, Schenkung, Hypothekengeschäfte, Begründung von Baurechten und Stockwerkeigentum, Dienstbarkeiten, wie Begründung von Wohnrechten und Nutzniessung). Darüber hinaus bieten die Bezirksschreibereien Dienstleistungen des freien Notariats an, welche weder an Bezirks- noch an Kantonsgrenzen gebunden sind (Ehe- und Erbverträge, Testamente, gesellschaftsrechtliche Urkunden, wie Gründung und Statutenänderungen von Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Stiftungen etc; Beglaubigung von Unterschriften und Dokumenten). Die Bezirksschreibereien sind überdies gesetzliche Depotstelle für Ehe- und Erbverträge sowie Testamente. Das Grundbuchamt als Registerbehörde führt u.a. aufgrund der notariellen Urkunden und von anderen Rechtsgrundaussweisen die Mutationen im Grundbuch nach, erteilt Grundbuchauskünfte und erstellt Grundbuchauszüge sowie Eigentumsbestätigungen. Die Aufgabe des Erbschaftsamtes umfasst die Inventarisierung der Nachlassvermögen von Personen mit letztem Wohnsitz im Amtskreis der jeweiligen Bezirksschreiberei. So ist es zuständig für die Aufnahme von Erbschaftsinventaren, die Eröffnung von Ehe- und Erbverträgen sowie Testamenten, die Ausstellung von Erbenbescheinigungen, nebst der Durchführung von Willensvollstreckungen und Erbteilungen. Das Betreibungs- und Konkursamt vollzieht die Betreibungs- und Konkursverfahren und erteilt auf Gesuch hin Gläubigern, Schuldner sowie anderen Berechtigten Auskünfte aus dem Betreibungs- und Verlustscheinregister. Der bevölkerungsreichste Bezirk Arlesheim verfügt über zwei Bezirksschreibereien (Arlesheim und Binningen); die übrigen Bezirke je über eine.

Im Rahmen des Entlastungspaketes 12/15 sieht das Projekt "Focus" eine Konzentration der zivilrechtlichen Behörden an zwei Standorten im Kanton vor. Dies ist im Jahresprogramm näher umschrieben.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'220'615	2'156'892	2'071'693	-85'198	-4%	
304	Zulagen	30'166	25'860	6'987	-18'873	-73%	
305	Arbeitgeberbeiträge	393'550	376'907	357'598	-19'309	-5%	
310	Material- und Warenaufwand	25'666	40'000	30'000	-10'000	-25%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	894	700	700	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	177'597	100'000	121'000	21'000	21%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	15'099	14'300	14'300	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	1'138	1'000	1'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	13'967	3'000	7'800	4'800	160%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	270					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	4'911	5'000	5'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-3'516'018	-3'489'500	-3'483'000	6'500	0%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge		-199	-199	0	0%	
440	Zinsertrag	-976	-2'500		2'500	100%	
	Total Aufwand	2'883'872	2'723'659	2'616'078	-107'581	-4%	
	Total Ertrag	-3'516'993	-3'492'199	-3'483'199	9'000	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-633'121	-768'540	-867'121	-98'581	-13%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	18.8	19.5	19.5	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2410.001 Projekt Focus

Die Aufgabenerfüllung im Bereich der zivilrechtlichen Dienstleistungen (Grundbuch-, Handelsregister-, Erbschafts-, Zivilstands- sowie Betreibungs- und Konkurswesen) soll noch effizienter erfolgen als bisher. Das Notariat soll an selbständig erwerbende Notarinnen und Notare ausgelagert und das Amtsnotariat soll aufgehoben werden. Die bisher sechs mit denselben zivilrechtlichen Dienstleistungen befassten Dienststellen (Bezirksschreibereien Arlesheim, Binningen, Laufen, Liestal, Sissach und Waldenburg) werden zu einer einzigen reduziert und für jedes Aufgabensegment wird je ein einziges kantonales Amt an zwei Standorten in Arlesheim und Liestal gebildet. Das Projekt unter der Bezeichnung Focus soll bis Ende 2013 abgeschlossen sein, wobei wesentliche Elemente des Projekts, zum Beispiel die Öffnung aller Notariatsgeschäfte für die privaten Notare und Notarinnen, bereits 2012 umgesetzt worden sind.

2414 Bezirksschreiberei Waldenburg

Auftrag und Zielsetzungen

Die Bezirksschreibereien erbringen die Dienstleistungen des Grundbuchamtes, des Erbschaftsamtes, des Betreibungs- und Konkursamtes sowie des Notariats. Das Grundbuchnotariat ist ausschliesslich zuständig für die Beurkundungen sämtlicher im jeweiligen Bezirk gelegenen Grundstücksgeschäfte (z.B. Kauf, Tausch, Schenkung, Hypothekengeschäfte, Begründung von Baurechten und Stockwerkeigentum, Dienstbarkeiten, wie Begründung von Wohnrechten und Nutzniessung). Darüber hinaus bieten die Bezirksschreibereien Dienstleistungen des freien Notariats an, welche weder an Bezirks- noch an Kantonsgrenzen gebunden sind (Ehe- und Erbverträge, Testamente, gesellschaftsrechtliche Urkunden, wie Gründung und Statutenänderungen von Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Stiftungen etc; Beglaubigung von Unterschriften und Dokumenten). Die Bezirksschreibereien sind überdies gesetzliche Depotstelle für Ehe- und Erbverträge sowie Testamente. Das Grundbuchamt als Registerbehörde führt u.a. aufgrund der notariellen Urkunden und von anderen Rechtsgrundaussweisen die Mutationen im Grundbuch nach, erteilt Grundbuchauskünfte und erstellt Grundbuchauszüge sowie Eigentumsbestätigungen. Die Aufgabe des Erbschaftsamtes umfasst die Inventarisierung der Nachlassvermögen von Personen mit letztem Wohnsitz im Amtskreis der jeweiligen Bezirksschreiberei. So ist es zuständig für die Aufnahme von Erbschaftsinventaren, die Eröffnung von Ehe- und Erbverträgen sowie Testamenten, die Ausstellung von Erbenbescheinigungen, nebst der Durchführung von Willensvollstreckungen und Erbteilungen. Das Betreibungs- und Konkursamt vollzieht die Betreibungs- und Konkursverfahren und erteilt auf Gesuch hin Gläubigern, Schuldner sowie anderen Berechtigten Auskünfte aus dem Betreibungs- und Verlustscheinregister. Der bevölkerungsreichste Bezirk Arlesheim verfügt über zwei Bezirksschreibereien (Arlesheim und Binningen); die übrigen Bezirke je über eine.

Im Rahmen des Entlastungspaketes 12/15 sieht das Projekt "Focus" eine Konzentration der zivilrechtlichen Behörden an zwei Standorten im Kanton vor. Dies ist im Jahresprogramm näher umschrieben.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	885'113	1'070'494	988'846	-81'648	-8%	
304	Zulagen	10'242	11'626	8'305	-3'321	-29%	
305	Arbeitgeberbeiträge	125'801	174'480	164'573	-9'907	-6%	
309	Übriger Personalaufwand		1'000	1'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	13'134	12'500	12'500	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	299					
313	Dienstleistungen und Honorare	100'394	55'500	65'500	10'000	18%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	8'050	8'500	8'500	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	1'943	1'000	1'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	12'813	4'000	11'000	7'000	175%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	43					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	2'107	5'000	3'000	-2'000	-40%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-1'552'880	-1'495'258	-1'522'000	-26'742	-2%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge		-110	-110	0	0%	
440	Zinsertrag	-854	-2'000	-2'000	0	0%	
	Total Aufwand	1'159'939	1'344'099	1'264'224	-79'875	-6%	
	Total Ertrag	-1'553'735	-1'497'368	-1'524'110	-26'742	-2%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-393'795	-153'269	-259'886	-106'617	-70%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	8.6	9.6	9.6	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2410.001 Projekt Focus

Die Aufgabenerfüllung im Bereich der zivilrechtlichen Dienstleistungen (Grundbuch-, Handelsregister-, Erbschafts-, Zivilstands- sowie Betreibungs- und Konkurswesen) soll noch effizienter erfolgen als bisher. Das Notariat soll an selbständig erwerbende Notarinnen und Notare ausgelagert und das Amtsnotariat soll aufgehoben werden. Die bisher sechs mit denselben zivilrechtlichen Dienstleistungen befassten Dienststellen (Bezirksschreibereien Arlesheim, Binningen, Laufen, Liestal, Sissach und Waldenburg) werden zu einer einzigen reduziert und für jedes Aufgabensegment wird je ein einziges kantonales Amt gebildet. Das Projekt unter der Bezeichnung Focus soll bis Ende 2013 abgeschlossen sein, wobei wesentliche Elemente des Projekts, zum Beispiel die Öffnung aller Notariatsgeschäfte für die privaten Notare und Notarinnen, bereits 2012 umgesetzt werden.

2415 Bezirksschreiberei Laufen

Auftrag und Zielsetzungen

Die Bezirksschreibereien erbringen die Dienstleistungen des Grundbuchamtes, des Erbschaftsamtes, des Betreibungs- und Konkursamtes sowie des Notariats. Das Grundbuchnotariat ist ausschliesslich zuständig für die Beurkundungen sämtlicher im jeweiligen Bezirk gelegenen Grundstücksgeschäfte (z.B. Kauf, Tausch, Schenkung, Hypothekengeschäfte, Begründung von Baurechten und Stockwerkeigentum, Dienstbarkeiten, wie Begründung von Wohnrechten und Nutzniessung). Darüber hinaus bieten die Bezirksschreibereien Dienstleistungen des freien Notariats an, welche weder an Bezirks- noch an Kantonsgrenzen gebunden sind (Ehe- und Erbverträge, Testamente, gesellschaftsrechtliche Urkunden, wie Gründung und Statutenänderungen von Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Stiftungen etc; Beglaubigung von Unterschriften und Dokumenten). Die Bezirksschreibereien sind überdies gesetzliche Depotstelle für Ehe- und Erbverträge sowie Testamente. Das Grundbuchamt als Registerbehörde führt u.a. aufgrund der notariellen Urkunden und von anderen Rechtsgrundaussweisen die Mutationen im Grundbuch nach, erteilt Grundbuchauskünfte und erstellt Grundbuchauszüge sowie Eigentumsbestätigungen. Die Aufgabe des Erbschaftsamtes umfasst die Inventarisierung der Nachlassvermögen von Personen mit letztem Wohnsitz im Amtskreis der jeweiligen Bezirksschreiberei. So ist es zuständig für die Aufnahme von Erbschaftsinventaren, die Eröffnung von Ehe- und Erbverträgen sowie Testamenten, die Ausstellung von Erbenbescheinigungen, nebst der Durchführung von Willensvollstreckungen und Erbteilungen. Das Betreibungs- und Konkursamt vollzieht die Betreibungs- und Konkursverfahren und erteilt auf Gesuch hin Gläubigern, Schuldner sowie anderen Berechtigten Auskünfte aus dem Betreibungs- und Verlustscheinregister. Der bevölkerungsreichste Bezirk Arlesheim verfügt über zwei Bezirksschreibereien (Arlesheim und Binningen); die übrigen Bezirke je über eine.

Im Rahmen des Entlastungspaketes 12/15 sieht das Projekt "Focus" eine Konzentration der zivilrechtlichen Behörden an zwei Standorten im Kanton vor. Dies ist im Jahresprogramm näher umschrieben.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'291'810	1'262'377	1'238'472	-23'906	-2%	
304	Zulagen	13'175	8'305	8'305	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	205'998	234'023	204'305	-29'718	-13%	
309	Übriger Personalaufwand		1'000	1'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	24'764	22'000	22'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	126'654	66'500	70'500	4'000	6%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	10'238	8'000	8'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'271	1'000	1'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	9'051	10'000	7'300	-2'700	-27%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	714					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	7'615	3'000	6'000	3'000	100%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-2'209'391	-2'399'000	-2'262'500	136'500	6%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge		-578	-578	0	0%	
440	Zinsertrag	-1'140	-15'000	-1'300	13'700	91%	
	Total Aufwand	1'692'290	1'616'205	1'566'881	-49'323	-3%	
	Total Ertrag	-2'210'530	-2'414'578	-2'264'378	150'200	6%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-518'240	-798'373	-697'497	100'877	13%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	9.9	11.2	11.2	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2410.001 Projekt Focus

Die Aufgabenerfüllung im Bereich der zivilrechtlichen Dienstleistungen (Grundbuch-, Handelsregister-, Erbschafts-, Zivilstands- sowie Betreibungs- und Konkurswesen) soll noch effizienter erfolgen als bisher. Das Notariat soll an selbständig erwerbende Notarinnen und Notare ausgelagert und das Amtsnotariat soll aufgehoben werden. Die bisher sechs mit denselben zivilrechtlichen Dienstleistungen befassten Dienststellen (Bezirksschreibereien Arlesheim, Binningen, Laufen, Liestal, Sissach und Waldenburg) werden zu einer einzigen reduziert und für jedes Aufgabensegment wird je ein einziges kantonales Amt gebildet. Das Projekt unter der Bezeichnung Focus soll bis Ende 2013 abgeschlossen sein, wobei wesentliche Elemente des Projekts, zum Beispiel die Öffnung aller Notariatsgeschäfte für die privaten Notare und Notarinnen, bereits 2012 umgesetzt werden.

Bereich Polizei Basel-Landschaft

Im Rahmen der Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung wurde im Evaluationsbericht aufgezeigt, dass eine Erhöhung der Anzahl Sollstellen von insgesamt 15 im Zeitraum von 5 Jahren notwendig ist. Im Jahr 2013 ist somit eine Erhöhung um 3 Sollstellen vorgesehen.

Die Umsetzung einer Massnahme des EP 12/15 führt zu einer Reduktion des Aufwandes für die Leistungserfassung und dadurch zu einem Abbau von 3 Sollstellen.

Mit der Einführung von Sicherheitsassistentinnen und -assistenten sollen die Polizistinnen und Polizisten von Aufgaben entlastet werden. Zur Zeit wird die Voranalyse erstellt. Diese Erhöhung um 3 Sollstellen soll kostenneutral gestaltet werden (Abbau Polizeistellen zugunsten Sicherheitsassistentenstellen).

In den Jahren 2011 und 2012 konzentrieren sich die Hauptaktivitäten der Führungs- und Kulturentwicklung bei der Polizei Basel-Landschaft auf die Vorgesetzten. Für 2013 ist der Einbezug der Basismitarbeitenden in diesen Prozess geplant. Es werden in allen Organisationseinheiten des Betriebes team- und zusammenarbeitsbezogene Workshops durchgeführt.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	68'166'488	68'331'071	68'551'069	219'998	0%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	6'929'744	8'220'600	8'322'200	101'600	1%
34 Finanzaufwand	416'839	150'000	150'000	0	0%
36 Transferaufwand	2'289'945	2'437'200	2'640'400	203'200	8%
39 Interne Fakturen	2'674				
42 Entgelte	-14'714'936	-26'380'500	-26'400'100	-19'600	0%
44 Finanzertrag	-4'871	-6'000	-6'000	0	0%
46 Transferertrag	-3'337'721	-3'012'200	-3'274'200	-262'000	-9%
Total Aufwand	77'805'689	79'138'871	79'663'669	524'798	1%
Total Ertrag	-18'057'528	-29'398'700	-29'680'300	-281'600	-1%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	59'748'161	49'740'171	49'983'369	243'198	0%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	499.1	518.9	521.9	3.0	0.6%

Im Rahmen der Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung wurde im Evaluationsbericht aufgezeigt, dass eine Erhöhung der Anzahl Sollstellen von insgesamt 15 im Zeitraum von 5 Jahren notwendig ist. Im Jahr 2013 ist somit eine Erhöhung um 3 Sollstellen vorgesehen.

Die Umsetzung einer Massnahme des Entlastungspakets 12/15 führt zu einer Reduktion des Aufwandes für die Leistungserfassung und dadurch zu einem Abbau von 3 Sollstellen.

Mit der Einführung von Sicherheitsassistentinnen und -assistenten sollen die Polizistinnen und Polizisten von Aufgaben entlastet werden. Zur Zeit wird die Voranalyse erstellt. Diese Erhöhung um 3 Sollstellen soll kostenneutral gestaltet werden (Abbau Polizeistellen zugunsten Sicherheitsassistentenstellen).

2420 Polizei Basel-Landschaft

Auftrag und Zielsetzungen

Die Aufgaben und der Auftrag der Polizei Basel-Landschaft sind im Polizeigesetz geregelt. Dabei wird der allgemeine Auftrag wie folgt definiert:

§ 2 Allgemeiner Auftrag

- 1 Die Polizei sorgt für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.
- 2 Sie steht im Dienste der Bevölkerung und der Behörden.

Die Aufgaben sind im Gesetz wie folgt umschrieben:

§ 3 Aufgaben

1 Die Polizei erfüllt folgende Aufgaben:

- a. Sie ergreift Massnahmen, um unmittelbar drohende Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie für Mensch, Tier und Umwelt abzuwehren und eingetretene Störungen zu beseitigen;
- b. Sie trifft Vorkehrungen zur Verhinderung und Bekämpfung von Straftaten;
- c. Sie wirkt auf die Beilegung von Streitigkeiten und auf die Lösung von Konflikten hin;
- d. Sie hilft Menschen, die unmittelbar an Leib und Leben bedroht oder anderweitig in Not sind;
- e. Sie wirkt mit bei der Strafverfolgung sowie unter der Leitung der zuständigen Behörde beim Vollzug in Zivil- und Verwaltungsangelegenheiten.
- f. Sie leistet den Verwaltungs- und Justizbehörden Amts- und Vollzugshilfe, soweit die polizeiliche Mithilfe in Gesetzen, Dekreten, Verordnungen und interkantonalen oder internationalen Vereinbarungen vorgesehen ist;
- g. Sie erfüllt weitere Aufgaben, die ihr durch Gesetz, Dekret und Verordnung übertragen sind.

2 Der Schutz privater Rechte obliegt der Polizei nur dann, wenn:

- a. deren Bestand glaubhaft gemacht wird, und
- b. gerichtlicher Schutz nicht rechtzeitig zu erlangen ist und
- c. ohne polizeiliche Hilfe die Verwirklichung des Rechts vereitelt oder wesentlich erschwert werden könnte.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	56'690'147	56'372'485	56'418'293	45'808	0%	
304	Zulagen	1'668'593	1'554'056	1'461'536	-92'520	-6%	
305	Arbeitgeberbeiträge	8'961'688	9'452'731	9'512'040	59'309	1%	
309	Übriger Personalaufwand	846'060	951'800	1'159'200	207'400	22%	1,A
310	Material- und Warenaufwand	982'097	1'082'900	1'086'500	3'600	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	2'135'093	2'496'800	2'708'200	211'400	8%	
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	12'541	21'000	16'000	-5'000	-24%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'133'204	1'478'400	1'522'800	44'400	3%	
315	Unterhalt Mobiliien/immaterielle Anlagen	1'034'954	1'472'000	1'338'300	-133'700	-9%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	592'756	674'200	663'500	-10'700	-2%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	712'468	740'300	731'900	-8'400	-1%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	320'976	245'000	245'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	5'656	10'000	10'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	252'559					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	164'276	150'000	150'000	0	0%	
349	Verschiedener Finanzaufwand	4					
391	Int Fakturen Dienstleistungen	2'674					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-2'692'943	-3'168'300	-3'168'000	300	0%	
422	Spital- und Heimplaten, Kostgelder			-43'000	-43'000	X	
423	Schul- und Kursgelder	-21'788	-20'000	-20'000	0	0%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-503'499	-819'200	-806'100	13'100	2%	
425	Erlös aus Verkäufen	-51'586	-33'000	-23'000	10'000	30%	
426	Rückerstattungen	-176					
427	Bussen	-11'444'944	-22'340'000	-22'340'000	0	0%	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
440	Zinsertrag	-4'871	-6'000	-6'000	0	0%	
	Total Aufwand	75'515'744	76'701'671	77'023'269	321'598	0%	
	Total Ertrag	-14'719'807	-26'386'500	-26'406'100	-19'600	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	60'795'938	50'315'171	50'617'169	301'998	1%	

- 1 Die Polizei Basel-Landschaft befindet sich in einem Führungskultur-Entwicklungsprozess. Es gilt im Jahr 2013 die neuen Kulturelemente auf die Basis hinunter zu brechen. Zu diesem Zweck werden verschiedene Weiterbildungs-Workshops mit bestehenden Teams realisiert. Dieser für die Polizei Basel-Landschaft wichtige Prozess ist mit Zusatzkosten von CHF 150'000.-- veranschlagt.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Sicherheit und Ordnung	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	11'792	60'000		-60'000	-100%	1
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	21'620	22'000	22'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-662'848	-108'000	-388'000	-280'000	-259%	2
Kriminalitätsbekämpfung	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	717'076	698'000	691'500	-6'500	-1%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	31'636	32'000	23'200	-8'800	-28%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-306'880	-300'000	-300'000	0	0%	
Verkehrssicherheit	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	362'993	400'000	500'000	100'000	25%	3
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		20'000	20'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-1'654'128	-1'603'600	-1'615'600	-12'000	-1%	
Support und Information	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	90'302	106'200	106'200	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	99'757	99'000	127'500	28'500	29%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-496'451	-750'600	-720'600	30'000	4%	
SV SUP IPH Hitzkirch	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	954'769	1'000'000	1'150'000	150'000	15%	4
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-217'414	-250'000	-250'000	0	0%	
Total Transferaufwand			2'289'945	2'437'200	2'640'400	203'200	8%	
Total Transferertrag			-3'337'721	-3'012'200	-3'274'200	-262'000	-9%	
Transfers (Netto)			-1'047'776	-575'000	-633'800	-58'800	-10%	

- Das für das Jahr 2012 budgetierte Aufgebot von Einsatzkräften aus dem Konkordatsgebiet zu unserer Unterstützung am 1. Mai (Harassenlauf) ist 2013 nicht mehr vorgesehen.
- Per 1. Januar 2013 ist vorgesehen, die als Pilot geführte Vereinbarung mit der Stadt Liestal in ein Definitivum überzuführen. Die entsprechenden Verhandlungen werden 2012 abgeschlossen.
- Es zeigt sich, dass aufgrund des budgetierten Bussenertrages die Kosten für die Halterabklärungen beim Bundesamt für Strassen höher ausfallen werden. 2012 rechnet man mit einer Überschreitung des Budgetbetrages.
- Die Polizei Basel-Landschaft plant im Jahr 2013 die Einsetzung von Sicherheitsassistentinnen und -assistenten um Polizistinnen und Polizisten von gewissen Aufgaben zu entlasten. Diese Massnahme ist hinsichtlich der Lohnkosten aufwandneutral. Für die Ausbildung müssen jedoch Kosten vorgesehen werden.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	499.1	518.9	521.9	3.0	0.6%

Im Rahmen der Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung wurde im Evaluationsbericht aufgezeigt, dass eine Erhöhung der Anzahl Sollstellen von insgesamt 15 im Zeitraum von 5 Jahren notwendig ist. Im Jahr 2013 ist somit eine Erhöhung um 3 Sollstellen vorgesehen.

Die Umsetzung einer Massnahme des Entlastungspakets 12/15 führt zu einer Reduktion des Aufwandes für die Leistungserfassung und dadurch zu einem Abbau von 3 Sollstellen.

Mit der Einführung von Sicherheitsassistentinnen und -assistenten sollen die Polizistinnen und Polizisten von Aufgaben entlastet werden. Zur Zeit wird die Voranalyse erstellt. Diese Erhöhung um 3 Sollstellen soll kostenneutral gestaltet werden (Abbau Polizeistellen zugunsten Sicherheitsassistentenstellen).

Jahresprogramm

2420.001 Ausweitung der Präventionstätigkeit gegen Jugendkriminalität

Die im zweiten Quartal 2012 besetzte Präventionsstelle im Jugendbereich wird in Absprache mit der Jugendanwaltschaft mit flächendeckenden Präventionsveranstaltungen und Klassenbesuchen die Zielgruppe zu Themen wie Gewalt, Missbrauch neuer Medien, etc. sowie Folgen und Konsequenzen für Opfer und Täter von Gewaltstraftaten ansprechen. Ziel dieser Präventionseinsätze ist es, durch Aufklärung und Einsicht Straftaten zu verhindern und das vorhandene Netzwerk zu Lehrern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen weiter auszubauen.

2420.002 Lageadäquate Steuerung der sicherheits- und verkehrspolizeilichen Präventionstätigkeit

Die im Jahr 2012 vorgesehene Massnahme kann Ende Jahr noch nicht abgeschlossen werden, weshalb diese auch im Jahr 2013 weiterverfolgt wird: Es wird vorerst im verkehrspolizeilichen Bereich sorgfältig geprüft, welche Parameter oder Erkenntnisse erhoben und dafür genutzt werden können, die verkehrspolizeiliche Präventionstätigkeit gezielter zu steuern und dadurch mit den gleichen Ressourcen an der Front eine bessere Wirkung zu erzielen. Diese Erkenntnisse sollen in einem Konzept zur lageadäquaten Steuerung der verkehrspolizeilichen Präventionstätigkeit dargelegt werden. Eine Ausdehnung dieser Erkenntnisse auf den sicherheitspolizeilichen Bereich soll – je nach Ergebnis der konzeptionellen Arbeit im verkehrspolizeilichen Bereich – erst in einer zweiten Phase zu einem späteren Zeitpunkt genauer geprüft werden.

2420.003 Ausarbeitung und Umsetzung eines neuen Geschwindigkeitskontrollkonzepts

Die im Jahr 2012 vorgesehene Massnahme kann Ende Jahr noch nicht abgeschlossen werden, weshalb diese auch im Jahr 2013 weiterverfolgt wird: Ausgehend vom bestehenden Geschwindigkeitskontrollkonzept Stinger werden weitere Leitlinien und Kriterien erarbeitet, um die begrenzten Ressourcen im Bereich der mobilen Geschwindigkeitskontrollen noch gezielter und wirkungsvoller einzusetzen. Es soll eine möglichst grosse Wirkung dort erzielt werden, wo Geschwindigkeitslimite immer wieder massiv überschritten werden. Das bestehende Konzept wird dadurch überarbeitet und seine Wirkung auf der Strasse wird verstärkt. Dies soll ohne Ausbau der personellen und materiellen Ressourcen erreicht werden.

A 2420.004 Führungs- und Kulturentwicklungsprozess

In den Jahren 2011 und 2012 konzentrieren sich die Hauptaktivitäten der Führungs- und Kulturentwicklung bei der Polizei Basel-Landschaft auf die Vorgesetzten. Für 2013 ist der Einbezug der Basismitarbeitenden in diesen Prozess geplant. Es werden in allen Organisationseinheiten des Betriebes team- und zusammenarbeitsbezogene Workshops durchgeführt. Die übergeordneten, durch die Führungs- und Kulturentwicklung angestrebten Ziele sind folgende: eine Organisationskultur erreichen, in der ein gemeinsames Führungsverständnis, eine lernende statt schuldorientierte und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit gepflegt und gelebt wird.

2420.005 Verbesserung der Aufklärungsquoten

Der Kanton Basel-Landschaft ist gemessen an der Zahl der begangenen Delikte pro 1000 Einwohner (Häufigkeitszahl der Straftaten) der sicherste Kanton in der Nordostschweiz. Dies ist nicht zuletzt auch auf die gute präventive Arbeit der Polizei Basel-Landschaft zurückzuführen. Die Aufklärungsraten der Polizei Basel-Landschaft sind jedoch höchstens durchschnittlich. In den nächsten 1 – 3 Jahren geht es deshalb darum, in den Aufklärungsquoten bei den kriminalpolitisch wichtigen Deliktskategorien besser als der gesamtschweizerische Durchschnitt zu werden und diesen Wert zu halten. Folgende Massnahmen dazu sind 2012/2013 geplant: Neues Modell der Grundversorgung („Uniformpolizei 2012“); Überprüfung Hauptabteilung Kriminalitätsbekämpfung („Kripo 2013“); Qualitätssicherung (Dienst QS; Lexican); jährliche kriminaltaktische Ausbildung für alle Angehörigen der Uniformpolizei 2012.

Bereich Sicherheit 1

Zum Bereich Sicherheit 1 gehören die folgenden Organisationseinheiten:

Amt für Migration (Dienststelle 2430)

Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (Dienststelle 2431)

Motorfahrzeugkontrolle (Dienststelle 2432)

Im Budget 2013 kann die Massnahme aus dem Entlastungspaket 12/15 "Reduktion der Ölwehrstützpunkte" beim AMB vorzeitig realisiert werden. Die Umsetzung dieser Massnahme sowie eine vorübergehende Nichtbesetzung einer Vakanz bei der MFK führen zu einer zusätzlichen Saldoverbesserung von CHF 250'000. Ebenfalls kann die Entlastungspaket-Massnahme SID-KI-10, Personalabbau von 1.3 Vollstellen beim AMB termingerecht vollzogen werden.

Für den Rückgang beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand ist die Neubeschaffung der ABC-Fahrzeuge aus dem Vorjahr verantwortlich. Die Budgetreduktion bei den durchlaufenden Beiträgen ist kostenneutral infolge Rückerstattung durch den Bund.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	12'299'721	12'044'934	11'764'152	-280'782	-2%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	3'797'819	6'659'050	4'291'751	-2'367'299	-36%
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	1'087'199	1'150'800	1'108'660	-42'140	-4%
34 Finanzaufwand	113'483	120'000	122'000	2'000	2%
36 Transferaufwand	227'292	276'200	275'200	-1'000	0%
37 Durchlaufende Beiträge	1'930'869	1'870'000	1'570'000	-300'000	-16%
42 Entgelte	-9'926'816	-11'771'601	-12'126'500	-354'899	-3%
43 Verschiedene Erträge	-27'002	-37'600	-32'600	5'000	13%
44 Finanzertrag	-225'151	-170'000	-169'900	100	0%
46 Transferertrag	-4'083'788	-4'010'880	-3'897'290	113'590	3%
47 Durchlaufende Beiträge	-1'930'869	-1'870'000	-1'570'000	300'000	16%
Total Aufwand	19'456'383	22'120'984	19'131'763	-2'989'221	-14%
Total Ertrag	-16'193'626	-17'860'081	-17'796'290	63'791	0%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	3'262'757	4'260'903	1'335'473	-2'925'430	-69%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	103.6	106.9	105.9	-1.0	-0.9%

Die Abweichungen zum Sollstellenplan werden auf Stufe Dienststelle begründet.

2430 Amt für Migration

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Migration klärt und regelt die Anwesenheitsberechtigung von ausländischen Personen im Kanton Basel-Landschaft. Es wendet die Bestimmungen des Ausländergesetzes, des Asylgesetzes, des EU-Freizügigkeitsabkommens sowie der jeweiligen Verordnungen und Weisungen an.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'920'428	2'777'323	2'810'264	32'941	1%	
304	Zulagen	41'956	47'393	34'123	-13'270	-28%	
305	Arbeitgeberbeiträge	570'413	509'709	475'080	-34'629	-7%	
309	Übriger Personalaufwand	3'632					
310	Material- und Warenaufwand	73'554	41'000	41'000	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	9'189					
313	Dienstleistungen und Honorare	227'646	180'200	350'200	170'000	94%	1
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	8'372	9'000	9'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	28'067	15'000	13'500	-1'500	-10%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	97'414	181'000	301'000	120'000	66%	2
370	Durchlaufende Beiträge	1'089'824	1'400'000	1'100'000	-300'000	-21%	3
421	Gebühren für Amtshandlungen	-1'694'268	-2'370'000	-2'655'500	-285'500	-12%	1
426	Rückerstattungen	-810					
440	Zinsertrag	-44	-500	-500	0	0%	
470	Durchlaufende Beiträge	-1'089'824	-1'400'000	-1'100'000	300'000	21%	3
	Total Aufwand	5'070'492	5'160'625	5'134'167	-26'458	-1%	
	Total Ertrag	-2'784'946	-3'770'500	-3'756'000	14'500	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'285'547	1'390'125	1'378'167	-11'958	-1%	

- 1 Rund 15'000 Drittstaatsangehörige werden in den Jahren 2013 - 2015 ihren biometrischen Ausweis erneuern müssen. Dies hat eine Zunahme der Fertigungskosten durch eine externen Firma zur Folge. Sämtliche Kosten werden weiterverrechnet (siehe Konto 421 Gebühren für Amtshandlungen).
- 2 Die Tagespauschalen im Ausschaffungsgefängnis Bässlergut werden 2013 erhöht. Die dem Kanton zufallenden Ausschaffungs- und Gefängniskosten werden durch die Bundesbeiträge nicht mehr gedeckt.
- 3 Senkung des Durchlaufbetrags wegen tieferer Anzahl von Ausschaffungshäftlingen, deren Kosten durch den Bund rückerstattet werden.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Migration	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	226'007	256'000	256'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-306'369	-300'000	-300'000	0	0%	
Total Transferaufwand			226'007	256'000	256'000	0	0%	
Total Transferertrag			-306'369	-300'000	-300'000	0	0%	
Transfers (Netto)			-80'362	-44'000	-44'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	28.0	28.2	27.8	-0.4	-1.4%

Interner Stellentransfer zu Gunsten Effizienzsteigerung Bereichsbuchhaltung Sicherheit 1 (Zuwachs AMB).

2431 Amt für Militär und Bevölkerungsschutz

Auftrag und Zielsetzungen

Die Dienststelle besorgt die vom Bund dem Kanton übertragenen Aufgaben des Militär- und Zivilschutzwesens, des Wehrpflichtersatzes, des Waffenplatzes, der wirtschaftlichen Landesversorgung, der Kantonalen Sicherheitskooperation sowie die der Direktion übertragenen Aufgaben in den Bereichen des Bevölkerungsschutzes und des Kulturgüterschutzes.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	63'792	35'000	40'000	5'000	14%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	4'667'661	4'503'211	4'428'830	-74'381	-2%	
304	Zulagen	55'567	60'084	42'430	-17'654	-29%	
305	Arbeitgeberbeiträge	773'959	670'562	671'152	590	0%	
309	Übriger Personalaufwand	25'896	22'400	22'000	-400	-2%	
310	Material- und Warenaufwand	154'162	189'090	217'974	28'884	15%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	495'282	3'038'500	375'000	-2'663'500	-88%	1
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	2'010	6'500		-6'500	-100%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'171'567	1'297'800	1'261'550	-36'250	-3%	A,B C
314	Baulicher Unterhalt	114'679	164'000	153'500	-10'500	-6%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	267'201	230'660	294'700	64'040	28%	2
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	38'240	39'000	22'500	-16'500	-42%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	128'992	112'300	124'100	11'800	11%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	62'374	50'000	90'000	40'000	80%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	500					
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	1'087'199	1'150'800	1'108'660	-42'140	-4%	
341	Realisierte Kursverluste	-75					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	16'531	15'000	17'000	2'000	13%	
370	Durchlaufende Beiträge	841'045	470'000	470'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-9'800					
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen			-70'000	-70'000		X 3
425	Erlös aus Verkäufen	-69'664	-60'000	-120'000	-60'000	-100%	4
426	Rückerstattungen	-104'943	-72'000	-112'000	-40'000	-56%	
427	Bussen	-92'096	-100'000	-101'000	-1'000	-1%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-27'002	-37'600	-32'600	5'000	13%	
440	Zinsertrag	-556	-500	-400	100	20%	
446	Finanzertrag von öff Unternehmungen	-104'856	-50'000	-50'000	0	0%	
447	Liegenschaftenertrag VV	-119'648	-118'000	-118'000	0	0%	
470	Durchlaufende Beiträge	-841'045	-470'000	-470'000	0	0%	
	Total Aufwand	9'966'582	12'054'907	9'339'396	-2'715'511	-23%	
	Total Ertrag	-1'369'610	-908'100	-1'074'000	-165'900	-18%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	8'596'972	11'146'807	8'265'396	-2'881'411	-26%	

- 1 Im Vorjahr belastete die Ersatzbeschaffung der ABC-Fahrzeuge für den Katastrophenschutz das Budget. Dieser Posten fällt weg. Ersatzbeschaffungen von Einsatz- und Ausbildungsmaterial der Kantonalen Kriesenorganisationen werden auf ein Minimum reduziert.
- 2 Anhebung der Unterhaltskosten an den Durchschnittswert der letzten 3 Jahre (Rechnung 2009, 2010, 2011).
- 3 Durch die Neuregelung betreffend Ersatzbeiträge Schutzbauten (Zuständigkeitswechsel Gemeinde/Kanton) sollen Verwaltungskosten verrechnet werden.
- 4 Einmaliger Erlös aus Materialverkäufen an Feuerwehren der Gemeinden infolge Reduktion der Oelwehrstützpunkte.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Militär-, Unterhalt u. Vergütungen	460	Ertragsanteile von Dritten	-1'171'975	-1'300'000	-1'100'000	200'000	15%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-2'239'447	-2'039'880	-2'156'290	-116'410	-6%	
Zivilschutz und Schadenwehren	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-25'900	-21'000	-21'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-56'362	-50'000	-50'000	0	0%	
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'285	20'200	19'200	-1'000	-5%	
Total Transferaufwand			1'285	20'200	19'200	-1'000	-5%	
Total Transferertrag			-3'493'684	-3'410'880	-3'327'290	83'590	2%	
Transfers (Netto)			-3'492'399	-3'390'680	-3'308'090	82'590	2%	

- 1 Die Bereitschaft, die Gesamtdienstleistungspflicht beim Militär, Zivilschutz und Zivildienst zu erfüllen, pendelt sich auf die Grössenordnung der Jahre 2010 und 2011 ein.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ölwehrmassnahmen auf Fließgewässern	50	Sachanlagen			450'000	450'000	X	1
Sicherheitsfunknetz Polycom	50	Sachanlagen	677'046					
	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	-272'644					
		Nettoinvestitionen	404'402					
Total Investitionsausgaben			677'046		450'000	450'000	X	
Total Investitionseinnahmen			-272'644					
Total Nettoinvestitionen			404'402		450'000	450'000	X	

- 1 Mit der Umsetzung der Massnahme SID-KI-18 aus dem Entlastungspaket 12/15 werden die Ölwehrstützpunkte von bisher drei auf einen Stützpunkt reduziert. Dies hatte zur Folge, dass der Investitionskredit Ölwehrmassnahmen auf Fließgewässern dem neuen Einsatzkonzept angepasst werden musste. Mit der hier eingestellten Tranche kann das Projekt beendet und der Kredit im Jahr 2013 abgerechnet werden.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	42.7	43.8	43.2	-0.6	-1.4%

Abnahme des Stellenkontingentes um 0.6 Vollstellen. Resultierend aus Umsetzung EP Massnahme SID_KL_10 (Personalabbau von 1.3 Vollstellen) internem Stellentransfer (AfM) zu Gunsten Effizienzsteigerung Bereichsbuchhaltung Sicherheit 1 (0.4 Vollstellen) sowie Zuwachs von 0.3 Stellenprozent für Bewirtschaftung Ersatzbeiträge Schutzbauten gem. Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) Artikel 47, Absatz 3.

Jahresprogramm

A 2431.001 Gefährdungsanalyse

Der Schutz vor Naturgefahren und technischen Gefahren soll durch interdisziplinäre Massnahmenkonzepte und Einsatzpläne sowie durch die verdichtete Zusammenarbeit der Führungsorgane und der Ereignisdienste gesteigert werden. Bis Ende 2012 liegen die Ergebnisse aus der Defizitanalyse vor. 2013 soll festgelegt werden, welche bestehenden Konzepte und Einsatzplanungen zu überarbeiten, respektive zu erstellen sind.

B 2431.002 Schutz unseres Kulturgutes

Das in unserem Kanton in sehr reichhaltiger und vielfältiger Form bestehende Kulturgut muss im Ereignisfall (Feuer, Sturm, Hochwasser, Erdbewegungen u.a.) zeit- und sachgerecht evakuiert und geschützt werden. Hierfür wurden im Jahr 2012 die erforderlichen, erweiterten Rechtsgrundlagen vorbereitet. Im Jahre 2013 sollen die planerischen Vorbereitungen für die Umsetzung der ab 2014 gültigen neuen Rechtsgrundlagen getätigt werden. Bei den planerischen Vorbereitungen handelt es sich um die Bildung einer spezialisierten Kantonalen Zivilschutzformation für den Kulturgüterschutz.

2431.003 Projekt "Blaulichtorganisationen unter einheitlicher Führung"

Die im Jahr 2012 eingesetzte direktionsübergreifende und interdisziplinäre Projektgruppe wird 2013 die Entscheidungsgrundlagen für den Regierungsrat erarbeiten zur Frage der Unterstellung der Blaulichtorganisationen (Polizei und Führungsstäbe Zivilschutz, Feuerwehr, Rettungssanität) unter dieselbe politische Führung.

C 2431.004 Evakuierung von Siedlungsgebieten

Naturereignisse, Produktions-, Lager und Transportunglücke mit Gefahrgut, Störfälle in einem Kernkraftwerk sowie terroristische Anschläge können eine rasche Evakuierung von grossen Bevölkerungsteilen erfordern. Je nach Ereignisauswirkung sind kurzfristige oder längerfristige Evakuierungen und Sperrungen des Schadenraumes notwendig. Heute bestehen beim Kanton gar keine oder nur rudimentäre Massnahmenkonzepte. 2013 soll ein Konzept für die Evakuierung von Siedlungsgebieten erstellt werden.

2432 Motorfahrzeugkontrolle

Auftrag und Zielsetzungen

Die Motorfahrzeugkontrolle besorgt die der Direktion übertragenen Aufgaben in den Bereichen Administration des motorisierten Strassenverkehrs sowie des Einzugs der eidgenössischen und kantonalen Verkehrsabgaben. Sie ist für das Inkasso der Verkehrssteuern zuständig.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'782'753	2'911'127	2'805'025	-106'102	-4%	1
304	Zulagen	34'808	35'311	22'738	-12'573	-36%	1
305	Arbeitgeberbeiträge	346'251	452'815	389'510	-63'304	-14%	1
309	Übriger Personalaufwand	12'605	20'000	23'000	3'000	15%	
310	Material- und Warenaufwand	414'031	561'000	541'727	-19'273	-3%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	25'205	20'000	20'000	0	0%	
312	Wasser, Energie, Heizmaterial		5'000	5'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	338'389	371'000	328'000	-43'000	-12%	
315	Unterhalt Mobilen/immaterielle Anlagen	6'963	10'000	10'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'367	35'000	30'000	-5'000	-14%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	122'276	100'000	100'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	9'341	3'000	3'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	97'027	105'000	105'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-6'658'950	-7'268'601	-7'216'000	52'601	1%	
425	Erlös aus Verkäufen	-1'262'509	-1'801'000	-1'752'000	49'000	3%	
426	Rückerstattungen	-33'777	-100'000	-51'000	49'000	49%	
429	Übrige Entgelte			-49'000	-49'000	X	
440	Zinsertrag	-47	-1'000	-1'000	0	0%	
	Total Aufwand	4'192'016	4'629'252	4'383'000	-246'252	-5%	
	Total Ertrag	-7'955'283	-9'170'601	-9'069'000	101'601	1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	-3'763'267	-4'541'349	-4'686'000	-144'651	-3%	

1 Abnahme der Personalkosten aufgrund vorübergehender Nichtbesetzung einer Vakanz.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Motorfahrzeugkontrolle	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-283'735	-300'000	-270'000	30'000	10%	
Total Transferaufwand								
Total Transferertrag			-283'735	-300'000	-270'000	30'000	10%	
Transfers (Netto)			-283'735	-300'000	-270'000	30'000	10%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	32.9	34.9	34.9	0.0	0.0%

Bereich Sicherheit 2

Der Bereich Sicherheit 2 umfasst das Massnahmenzentrum für junge Erwachsene Arxhof und die Jugendanwaltschaft. Das Massnahmenzentrum für junge Erwachsene Arxhof ist eine offene Einrichtung des Straf- und Massnahmenvollzugs. Die Jugendanwaltschaft ist in der Jugendstrafrechtspflege tätig.

Gemäss Entlastungspaket spart der Bereich Sicherheit 2 im Jahr 2013 weitere CHF 0.26 Mio. ein.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	10'103'758	10'505'432	10'535'698	30'266	0%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	3'947'586	3'525'300	3'439'300	-86'000	-2%
34 Finanzaufwand	1'688	2'200	2'200	0	0%
36 Transferaufwand	108'684	113'000	113'000	0	0%
39 Interne Fakturen	13'833				
42 Entgelte	-2'273'017	-1'751'220	-1'763'751	-12'531	-1%
43 Verschiedene Erträge	-2'364	-4'000	-4'000	0	0%
44 Finanzertrag	-114'829	-100'400	-100'400	0	0%
46 Transferertrag	-7'318'625	-8'104'345	-8'326'047	-221'702	-3%
Total Aufwand	14'175'548	14'145'932	14'090'198	-55'734	0%
Total Ertrag	-9'708'834	-9'959'965	-10'194'198	-234'233	-2%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	4'466'714	4'185'967	3'896'000	-289'967	-7%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	68.7	71.4	72.4	1.0	1.4%

Im Massnahmenzentrum für junge Erwachsene Arxhof wurde die bisher befristete Stelle des Arbeitsagogen in den Sollstellenplan aufgenommen.

2441 Jugendanwaltschaft

Auftrag und Zielsetzungen

Die Jugendanwaltschaft untersucht Straftaten, die von Jugendlichen begangen worden sind. Sie beurteilt die Straftaten selbständig, ausser wenn es sich um Freiheitsstrafen von über 3 Monaten oder um stationäre Unterbringungen handelt. In den letztgenannten Fällen überweist sie diese dem Jugendgericht zur Beurteilung. Die Jugendanwaltschaft ist auch für den Vollzug der Strafen und Massnahmen zuständig. In den vergangenen Jahren hat sie ihre Präventionsarbeit wesentlich verstärkt und erweitert.

Die Jugendanwaltschaft hat die vorgesehenen Entlastungsmassnahmen im Budget 2013 eingesetzt.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	3'808					
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'678'473	1'744'753	1'770'852	26'100	2%	
304	Zulagen	21'429	34'378	7'511	-26'867	-78%	
305	Arbeitgeberbeiträge	284'048	299'456	303'487	4'031	1%	
309	Übriger Personalaufwand	2'800					
310	Material- und Warenaufwand	14'448	20'000	20'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	113'206	90'500	90'500	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	7'595					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	6'336	7'000	7'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	14'623	2'500	2'500	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	64					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	1'075	1'000	1'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-27'918					
427	Bussen	-180'067	-204'220	-212'751	-8'531	-4%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-2'364	-4'000	-4'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-35	-100	-100	0	0%	
	Total Aufwand	2'147'904	2'199'587	2'202'851	3'264	0%	
	Total Ertrag	-210'384	-208'320	-216'851	-8'531	-4%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'937'520	1'991'267	1'986'000	-5'267	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	12.5	13.6	13.6	0.0	0.0%

2442 Arxhof, Massnahmenzentrum für junge Erwachsene

Auftrag und Zielsetzungen

Der Arxhof, Massnahmenzentrum für junge Erwachsene, ist eine offene Einrichtung des Straf- und Massnahmenvollzugs des Konkordats der Nordwest- und Innerschweiz. Er wendet sich an entwicklungsgefährdete, kriminelle, gewalttätige und süchtige junge Männer im Alter von 17 bis 25 Jahren. Der Arxhof arbeitet mit dem Ansatz eines sozialtherapeutischen Milieus und mit den Grundsätzen der Selbsthilfe. Schwerpunkte der Resozialisierung bilden die verschiedenen sozialpädagogischen Lernfelder, die Psychotherapie sowie die Berufsausbildung in den Lehrbetrieben und in der internen Berufsschule.

Der Arxhof hat die vorgesehenen Entlastungsmassnahmen im Budget 2013 eingesetzt.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	6'794'408	6'820'064	7'018'472	198'408	3%	
304	Zulagen	126'884	266'209	93'707	-172'503	-65%	1
305	Arbeitgeberbeiträge	1'047'412	1'175'572	1'176'668	1'096	0%	
309	Übriger Personalaufwand	144'496	165'000	165'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	1'601'998	1'609'000	1'559'000	-50'000	-3%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	343'715	270'000	270'000	0	0%	
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	126'923	120'000	120'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	730'591	649'300	699'300	50'000	8%	
314	Baulicher Unterhalt	705'027	452'000	366'000	-86'000	-19%	2
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	129'633	185'000	185'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	150'811	115'000	115'000	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	2'681	5'000	5'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	76					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	473	1'200	1'200	0	0%	
391	Int Fakturen Dienstleistungen	13'833					
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-97'324	-110'000	-110'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-1'942'788	-1'435'000	-1'439'000	-4'000	0%	
426	Rückerstattungen	-24'920	-2'000	-2'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-77	-300	-300	0	0%	
447	Liegenschaftenertrag VV	-114'716	-100'000	-100'000	0	0%	
	Total Aufwand	11'918'960	11'833'345	11'774'347	-58'998	0%	
	Total Ertrag	-2'179'825	-1'647'300	-1'651'300	-4'000	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	9'739'135	10'186'045	10'123'047	-62'998	-1%	

1 Die Zulagen für Schichtarbeit und Pikett wurden neu unter der Kostenart 301 budgetiert.

2 Einsparung gemäss Entlastungspaket

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Prävention Sucht und Gewalt	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	95'760	103'000	103'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-7'318'625	-8'104'345	-8'326'047	-221'702	-3%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Verbandsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	12'924	10'000	10'000	0	0%	
Total Transferaufwand			108'684	113'000	113'000	0	0%	
Total Transferertrag			-7'318'625	-8'104'345	-8'326'047	-221'702	-3%	
Transfers (Netto)			-7'209'941	-7'991'345	-8'213'047	-221'702	-3%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	56.2	57.8	58.8	1.0	1.7%

Die bisher befristete Stelle des Arbeitsagogen wurde in den Sollstellenplan aufgenommen. Da die Stelle bisher befristet war, entstehen keine Mehrkosten.

Jahresprogramm

2442.001 Beginn Realisierung Jugendvollzugszentrum

Das seit dem 1. Januar 2007 geltende Jugendstrafgesetz (JStG) sieht vor, dass Jugendliche mit einem Freiheitsentzug von bis zu 4 Jahren bestraft werden können. Die Kantone müssen innert 10 Jahren die entsprechenden Vollzugseinrichtungen bereitstellen. Die 11 Mitgliedskantone des Strafvollzugskonkordats der Nordwest- und Innerschweiz haben grundsätzlich entschieden, diese Aufgabe gemeinsam zu erfüllen in einem neuen Jugendvollzugszentrum auf dem Areal des Massnahmezentrums junge Erwachsene Arxhof, Niederdorf. Sie haben einem entsprechenden Finanzierungsmodell zugestimmt. Allerdings zeigen heute die aktuellen Zahlen aus den Jahren 2007, 2008, 2009, 2010 und 2011, dass die Jugendgerichte bisher massiv weniger Freiheitsstrafen vollzogen haben als ursprünglich angenommen. Aus diesem Grund entschieden die Konkordatskantone, die Bedarfsfrage im Lichte der in den vergangenen 5 Jahren gesprochenen Freiheitsstrafen neu zu prüfen und zu beurteilen. Im Jahr 2013 wird der Entscheid fallen, ob das Projekt des Jugendvollzugszentrums auf dem Areal des Arxhofs weiter verfolgt wird oder ob vorläufig darauf verzichtet werden kann, weil die Vollzugsplätze in anderen Institutionen ausreichen.

Bereich Staatsanwaltschaft

Ab 2013 sollen alle vakanten Stellen besetzt sein. Somit steigt der Personalaufwand entsprechend an. Ein Teil davon ist auch auf den Erfahrungsstufenanstieg und auf allfällige Beförderungen zurückzuführen. Dies wird durch tiefere Ausgaben im Sach- und übrigen Betriebsaufwand kompensiert. Die Erhöhung des Ertrags ist eine Massnahme des Entlastungspakets 12/15.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	20'372'118	21'049'808	21'741'787	691'979	3%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	6'193'322	6'552'000	5'720'000	-832'000	-13%
34 Finanzaufwand	175'173	139'000	139'000	0	0%
42 Entgelte	-12'683'890	-15'177'500	-15'377'500	-200'000	-1%
43 Verschiedene Erträge	-75'080				
44 Finanzertrag	-1'405	-7'000	-7'000	0	0%
Total Aufwand	26'740'614	27'740'808	27'600'787	-140'021	-1%
Total Ertrag	-12'760'374	-15'184'500	-15'384'500	-200'000	-1%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	13'980'240	12'556'308	12'216'287	-340'021	-3%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	143.8	151.5	151.5	0.0	0.0%

2450 Staatsanwaltschaft

Auftrag und Zielsetzungen

Die Staatsanwaltschaft ist zuständig für Strafverfolgung und Anklage bei Verfahren gegenüber Erwachsenen. Sie leitet das Vorverfahren bis zur Anklageerhebung. Sie vertritt den Strafverfolgungsanspruch des Kantons Basel-Landschaft vor den Gerichten. Sie führt Einigungs- und Vergleichsverhandlungen. Die Vorverfahren werden mittels Anklageerhebung, Einstellung, Nichtanhandnahme und Strafbefehl abgeschlossen.

Die Staatsanwaltschaft stellt eine Organisationseinheit dar, welche dezentral in Hauptabteilungen gegliedert ist. Sie wird von der Ersten Staatsanwältin geleitet. Die Hauptabteilungen werden von Leitenden Staatsanwältinnen bzw. Leitenden Staatsanwälten geleitet. Die Hauptabteilungen - mit Ausnahme der Hauptabteilung "Organisierte Kriminalität und Wirtschaftskriminalität" (OK/WK) - bearbeiten grundsätzlich alle Deliktskategorien. Bei der Hauptabteilung Sissach werden zusätzlich alle Fälle von Geschwindigkeitsüberschreitungen und richterlichen Verboten bearbeitet. Die Hauptabteilung "OK/WK" bearbeitet Fälle des organisierten Verbrechens und der Wirtschaftskriminalität. Der Bereich Rechtshilfe wird von einer entsprechend spezialisierten Staatsanwältin betreut.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	16'936'770	17'432'940	17'968'357	535'417	3%	1
304	Zulagen	161'884	272'910	294'487	21'577	8%	
305	Arbeitgeberbeiträge	3'146'814	3'206'958	3'348'943	141'985	4%	
309	Übriger Personalaufwand	126'651	137'000	130'000	-7'000	-5%	
310	Material- und Warenaufwand	190'161	210'000	170'000	-40'000	-19%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	9'694	6'500	6'500	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	2'732'470	2'747'700	2'747'700	0	0%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	477	5'000	5'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	51'003	2'800	2'800	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	68'639	95'000	65'000	-30'000	-32%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	2'599'221	3'062'000	2'300'000	-762'000	-25%	2
319	Verschiedener Betriebsaufwand	541'658	423'000	423'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	87'714	70'000	70'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	87'459	69'000	69'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-4'525'051	-6'042'000	-6'042'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-65'561	-53'500	-53'500	0	0%	
427	Bussen	-8'093'278	-9'082'000	-9'282'000	-200'000	-2%	3
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-75'080					
440	Zinsertrag	-1'405	-7'000	-7'000	0	0%	
	Total Aufwand	26'740'614	27'740'808	27'600'787	-140'021	-1%	
	Total Ertrag	-12'760'374	-15'184'500	-15'384'500	-200'000	-1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	13'980'240	12'556'308	12'216'287	-340'021	-3%	

- Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass die vakanten Stellen 2013 besetzt werden können, somit steigen die Personalkosten gegenüber den Vorjahren an. Zudem schlagen sich hier die Erfahrungsstufenanstiege und Beförderungen nieder, was auch zu einem leichten Anstieg der Lohnkosten führt.
- Die Forderungsverluste wurden auf das Niveau 2011 korrigiert, jedoch ohne Delkredere-Anpassungen, weshalb die Wertberichtigungen nun etwas tiefer sind als in der Rechnung 2011.
- Die Erhöhung der Bussen ist auf eine entsprechende Entlastungsmassnahme zurückzuführen.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	143.8	151.5	151.5	0.0	0.0%

2450.001 Projekt Staatsanwaltschaft 2014

Mit Inkrafttreten der Schweizerischen Strafprozessordnung auf den 1.1.2011 mussten sich die Strafverfolgungsbehörden im Kanton Basel-Landschaft vollständig neu organisieren. Aus mehreren eigenständigen Organisationseinheiten wurde eine Staatsanwaltschaft gebildet, welche alle bisherigen Funktionen und zusätzlich neue Aufgaben in sich vereinte. Aufgrund der baulichen Gegebenheiten war bisher lediglich eine stark dezentrale Organisation möglich. Erst mit dem Bezug des Strafjustizzentrums in Muttenz ist eine Konzentration auf wenige Standorte realisierbar. Diese Situation wurde zum Anlass genommen, die Struktur, die Organisation und die Abläufe der Staatsanwaltschaft im Hinblick auf die veränderten räumlichen Gegebenheiten noch weiter zu optimieren, weshalb die Sicherheitsdirektion ein entsprechendes Projekt in Auftrag gegeben hat. Darin sollen insbesondere bereits die ersten Erfahrungen mit dem neuen Modell einfließen. Bis Ende 2012 werden die theoretischen Grundlagen in verschiedenen Teilprojekten erarbeitet. Im Jahr 2013 werden die Ergebnisse konkret umgesetzt, so dass mit dem Bezug des Strafjustizzentrums, welcher voraussichtlich im ersten Quartal 2014 stattfinden wird, die Staatsanwaltschaft mit ihren neuen Strukturen sofort operativ tätig werden kann.

Bildungs-, Kultur-
und Sportdirektion

BKSD

Beitrag zu strategischen Zielen

Bildung

Der übergeordnete Auftrag der Bildungsharmonisierung und -entwicklung auf Basis des Konkordats zur Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat), das Sonderpädagogik-Konkordat, das Sprachenkonzept und die Projekte im Bildungsraum Nordwestschweiz werden weiter konkretisiert und an den Schulen sukzessive umgesetzt. Die Bildungslandschaft wird zur nachhaltigen Befähigung der Individuen in einer sich rasch wandelnden globalisierten Welt weiterentwickelt.

Nachdem im Jahre 2012 die Rahmenbedingungen und Stundentafeln konkretisiert werden konnten und die Realisierung des Sprachenkonzeptes auf Schuljahresbeginn 2012/13 an den Schulen eingesetzt hat, werden 2013 weitere Aspekte auf der Stufe der einzelnen Schulen umgesetzt. In Ergänzung zu den bereits getroffenen Entscheiden zur Bildungsharmonisierung wird dem Landrat die Revision der Gesetzesgrundlagen zur Stärkung der Integrativen Schulung und der Tragfähigkeit der einzelnen Schulen für unterschiedliche Schülerinnen und Schüler zur Beschlussfassung zugeleitet. Die heutigen Angebote der Speziellen Förderung, der Sonderschulung und der Integrativen Schulung sollen neu geordnet werden. Ziel ist, die Mittel transparenter, lokal flexibler und im Ergebnis wirkungsvoller und effizienter einzusetzen.

Der Kohärenz der "Laufbahn Schule" vom Kindergarten bis Abschluss Sekundarstufe II und darüber hinaus wird grosse Beachtung geschenkt. Die an den Schulen Beteiligten wirken darauf hin, allen Schülerinnen und Schülern diejenigen Grundkompetenzen zu vermitteln, die sie für weiterführende Ausbildungen und für eine gelingende Integration in den Arbeitsmarkt und für die Teilhabe am sozialen, kulturellen und politischen Leben und am Lebenslangen Lernen benötigen. Neben diesen Grundkompetenzen werden aber mehr und mehr die Interessen, Begabungen und Talente der Schülerinnen und Schüler zu fördern sein.

Im Hochschulbereich sollen auf nationaler Ebene die neuen Gesetzeswerke von Bund und Kantonen zur gemeinsamen Koordination, Qualitätssicherung und Finanzierung des Hochschulsystems ausgearbeitet und - voraussichtlich per 2014 - in Kraft gesetzt werden. Zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit in Forschung, Entwicklung und Innovation werden gemeinsam mit den Trägerkantonen folgende Entwicklungsschwerpunkte weiter bearbeitet: Campus-Planung mit den Projekten in Muttenz (FHNW) und in Basel (Life Sciences der Universität). Auf Grundlage entsprechender Parlamentsbeschlüsse soll der Kanton Basel-Landschaft sodann den Schritt zum anerkannten Universitätskanton schaffen. Damit wird der Hochschul- und Forschungsstandort gestärkt.

Als Beitrag zum Lebenslangen Lernen soll in der Quartärbildung mit einer gesetzlichen Grundlage auf Verordnungsstufe die Erwachsenenbildung geordnet werden (RP 2012 - 2015: R-BBL-1 bis 3, BKSD-BBL-1,3 und 4, BKSD-IW-3).

Kultur

Das Zusammenleben in Baselland wird im Kulturbereich durch eine gezielte Förderung und Vermittlung kultureller und künstlerischer Leistungen aus Vergangenheit und Gegenwart gefördert. Grundlage dazu bildet das in Arbeit befindliche Kulturleitbild und das Kulturgesetz. Die Bewahrung und Erhaltung von Kulturgütern, vorangetrieben etwa durch die Sanierung der Ruine Pfeffingen und das Entwicklungskonzept für die Römerstadt Augusta Raurica, fördern neben Zusammenleben und Identitätsstiftung auch das Standortmarketing und damit "Auftritt und Kooperation" des Kantons. Die bessere Erschliessung der kulturgeschichtlichen Sammlungen, Kulturelles in Schulen und die geplanten Lesezentren schliesslich sind wichtige Grundlagen zu "Basel-Bildungs-Landschaft", die gemäss Lehrplan 21 vermehrt auf objektorientiertes Lernen abstützt (RP 2012 - 2015: R-Z-1, BKSD-Z-1).

Sport

Basierend auf den Handlungskonzepten (Jugendsport, Behindertensport, Erwachsenensport) werden in der Förderung von Sport und Bewegung für alle Altersbereiche neue Impulse gesetzt. Kinder und Jugendliche werden für lebenslanges Sporttreiben und regelmässige aktive Bewegung motiviert. Die Sportangebote für Erwachsene werden weiter ausgebaut. Bewegungsinaktive Erwachsene sollen zu einer nachhaltigen Änderung von Lebensgewohnheiten in Richtung Sport und regelmässiger aktiver Bewegung animiert werden. Zur Stärkung des Vereinssports wird die Aus- und Weiterbildung von Leiterinnen und Leitern sowie von Vereinsmanagerinnen und Vereinsmanagern vorangetrieben. Die Integration durch Sport soll mit Sportangeboten und an Sportveranstaltungen gefördert werden. Mit diesen Projekten wird eine nachhaltige Befähigung der Individuen sowie die horizontale und vertikale Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen gefördert (RP 2012 - 2015: R-Z-1 und 2, BKSD-BBL-1 und 3).

Gesamtübersicht Budget

Auch das Budget 2013 ist stark geprägt durch das Entlastungspaket 12/15. Zum einen sind diesbezügliche Entscheide durch den Landrat und zum andern die Volksentscheide vom 17. Juni 2012 berücksichtigt.

Folgende Vorhaben wurden durch den Regierungsrat priorisiert und in das Budget 2013 und den Finanzplan aufgenommen:

- Umsetzung Schuladministrationslösung SAL

- Umsetzung IT-Strategie Schulen

Das Budget 2013 wird den Vorgaben entsprechend eingehalten. Abweichungen gegenüber 2012 sind wie folgt begründet:

- Der Personalaufwand steigt im 2013 hauptsächlich aufgrund der zeitlichen Verschiebung der Entlastungsmassnahmen BKSD 2/4 (Erhöhung Pflichtlektionen). Die eingehende Erklärung ist unter „Personal“ aufgeführt.
- Die Entwicklung im Transferaufwand ist zum einen auf die Beitragserhöhungen bei der Uni Basel und der FHNW analog der Leistungsvereinbarungen und zum andern auf die Entwicklung der Baselbieter Studierenden an ausserkantonalen höheren Fachschulen zurückzuführen. Ausserdem ist die Aufwandposition „Privatschulbesuche“ infolge Ablehnung des Entlastungsrahmengesetzes gegenüber 2012 im Budget 2013 wieder eingestellt.
- Im Transferertrag erhöht sich der Bundesbeitrag an die Berufsbildung. Demgegenüber mussten die Schulgeldeinnahmen von ausserkantonalen Schülerinnen und Schülern aufgrund der Erkenntnisse aus der Rechnung 2011 stark korrigiert werden. Zudem ist der im 2012 budgetierte Mehrertrag resultierend aus der „Abgeltung Sonderschulung“ ebenfalls infolge Ablehnung des Entlastungsrahmengesetzes angepasst worden.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	301'802'062	298'960'819	302'053'427	3'092'607	1%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	35'944'487	37'778'438	39'527'181	1'748'743	5%
34 Finanzaufwand	16'887	8'083	8'783	700	9%
36 Transferaufwand	539'021'505	510'650'951	526'670'990	16'020'039	3%
37 Durchlaufende Beiträge	3'131'475	3'093'940	3'263'940	170'000	5%
42 Entgelte	-7'253'297	-7'604'151	-7'232'108	372'043	5%
43 Verschiedene Erträge	-86'792	-46'500	-40'500	6'000	13%
44 Finanzertrag	-16'406	-24'350	-10'625	13'725	56%
45 Übertrag Fonds / StaatsRG	-134'606	-139'430	-138'900	530	0%
46 Transferertrag	-59'167'359	-59'276'882	-53'612'935	5'663'947	10%
47 Durchlaufende Beiträge	-3'131'475	-3'093'940	-3'263'940	-170'000	-5%
Total Aufwand	879'916'416	850'492'231	871'524'320	21'032'089	2%
Total Ertrag	-69'789'936	-70'185'253	-64'299'008	5'886'245	8%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	810'126'481	780'306'978	807'225'312	26'918'334	3%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen (ohne Lehrpersonen)	415.7	424.9	419.7	-5.2	-1.2%
Anzahl Lehrpersonen (ausserhalb Soll-Stellenplan)	1'548.1	1'487.8	1'508.6	20.8	1.4%
Anzahl Vollstellen (inkl. Lehrpersonen)	1'963.8	1'912.7	1'928.3	15.6	0.8%

Mit dem Landratsbeschluss 2011-296 wirken sich die Massnahmen BKSD-2/4 (Erhöhung Pflichtlektionen) erst per Schuljahr 2013/14 und für nur 5 Monate aus (im Budget 2012 für 12 Monate). Zudem wird der Sportunterricht in der Berufsfachschule Gesundheit ab Schuljahr 2012/2013 neu mit eigenem Personal betrieben (kostenneutrale Verschiebung). Diese beiden Faktoren führen zu einer Erhöhung der Lehrpersonenvollstellen, obwohl auf der Sekundarstufe I wiederum weniger Klassen und auf der Sekundarstufe II stabile Klassenzahlen zu verzeichnen sind. Mit der Entlastungsmassnahme BKSD-1 werden in der Folge die von der Anzahl Klassen abgeleiteten Vollstellen im Schulverwaltungspersonal reduziert. Zudem ist ein Anteil von TCHF 144 für die laufenden Optimierungen (Zentralisierung und Prozessoptimierungen) im Personal- und Rechnungswesen anzurechnen.

2500 Generalsekretariat BKSD

Auftrag und Zielsetzungen

Das Generalsekretariat BKSD unterstützt den Direktionsvorsteher in der exekutiv-strategischen und administrativ-operativen Direktionsführung sowie politischen Arbeit und stellt den Support der Dienststellen in den typischen zentralen Stabsaufgaben (Information und Kommunikation, Qualitätssicherung, Sicherheit, Personalwesen, Rechtswesen, Controlling, Rechnungswesen, Informatik und Infrastrukturplanung) sicher. Schwerpunkte bilden nebst der internen/externen Information/Kommunikation: das Personalwesen der Direktion unter Einbezug der gesamten Lehrerschaft mit dem Ziel der Sicherstellung der arbeitsrechtlichen, gesetzlichen und zentralen Vorgaben; der Rechtsdienst mit der Beratung und Unterstützung der Dienststellen und Schulen in allen Rechtsfragen, Erfüllung sämtlicher in der Direktion anfallenden Rechtsetzungsarbeiten und Beschwerdebehandlungen; das Controlling zur Sicherstellung des koordinierten, zielkonformen Handelns der Direktion; das zentrale Rechnungswesen mit der Pflege einer als Führungsmittel verwertbaren korrekten und transparenten Buchführung; die Informatik mit einem integralen Dienstleistungsangebot bei Beschaffung, Betrieb und Support, Projektierung und Benutzerschulung; die Steuerung der Raumressourcen als ebenfalls wesentlicher Teil der Infrastrukturaufgaben. Andererseits ist das Generalsekretariat zuständig für die strategische und operative Koordination der Projekte im Schulsektor aller Stufen sowie die selbständige Führung von Dossiers und die Begleitung der Dienststellen im Umfeld des Bildungswesens. Diese Leistungen erfolgen in Form der Analyse und Bereitstellung von Grundlagenwissen und empirischen Erfahrungen sowie der Entwicklung von Lösungsansätzen mit dem Ziel der Unterstützung und Gestaltung von Innovationen; aktuell stellt es die Gesamtprojektleitung zur Umsetzung der Bildungsharmonisierung sicher. Im Bereich der autonomen Hochschulen und Forschungseinrichtungen besteht die Aufgabe in der Bearbeitung von Hochschulfragen und deren Koordination zwischen Bund und kantonalen Behörden zwecks Sicherstellung eines optimalen Informationsflusses.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	261'465	304'900	295'000	-9'900	-3%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	6'199'562	6'738'650	6'764'763	26'112	0%	
302	Löhne der Lehrkräfte	2'737	19'068		-19'068	-100%	
303	Temporäre Arbeitskräfte	34'204					
304	Zulagen	78'175	77'075	61'051	-16'024	-21%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'024'133	1'171'193	1'249'367	78'174	7%	
309	Übriger Personalaufwand	194'261	349'200	394'200	45'000	13%	
310	Material- und Warenaufwand	63'841	85'000	79'000	-6'000	-7%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	884'216	1'273'640	1'257'640	-16'000	-1%	
313	Dienstleistungen und Honorare	902'749	859'600	811'100	-48'500	-6%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	449'234	527'600	455'450	-72'150	-14%	1
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	18'044	15'000	15'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	301'952	395'000	349'000	-46'000	-12%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	3'077					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	143	300		-300	-100%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-3'900	-2'000	-3'000	-1'000	-50%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-48'584	-62'000	-39'000	23'000	37%	
425	Erlös aus Verkäufen		-10'000		10'000	100%	
426	Rückerstattungen	-1'000	-1'000	-1'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-105					
	Total Aufwand	10'417'794	11'816'226	11'731'570	-84'655	-1%	
	Total Ertrag	-53'588	-75'000	-43'000	32'000	43%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	10'364'206	11'741'226	11'688'570	-52'655	0%	

1 Umsetzung der IT-Sparmassnahmen beim Unterhalt von Software.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
EDK Beiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	310'192	355'500	310'120	-45'380	-13%	
Beiträge an Institutionen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	253'000	253'000	235'000	-18'000	-7%	
Universität Basel	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	154'750'000	152'700'000	156'700'000	4'000'000	3%	1,A
FHNW	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	57'568'500	58'517'000	60'477'000	1'960'000	3%	2,B
Rententeuerung PK FHNW	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		300'000		-300'000	-100%	3
CSEM Forschungszentrum 2009-2013	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	2'800'000	3'000'000	3'000'000	0	0%	
Kredit Vorsorgelösung FHNW	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	5'378'321					
Total Transferaufwand			221'060'013	215'125'500	220'722'120	5'596'620	3%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			221'060'013	215'125'500	220'722'120	5'596'620	3%	

1 Erhöhung gemäss Landratsvorlage 2009-122/Landratsbeschluss 2009-1376.

2 Erhöhung gemäss Landratsvorlage 2011-315/Landratsbeschluss 2011-173.

3 Neu bei FKD.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
SAL Schuladministrationslösung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	94'209	14'000		-14'000	-100%	
CSEM Forschungszentrum 2009-2013	36	Transferaufwand	2'800'000	3'000'000	3'000'000	0	0%	
Leistungsauftrag an die FHNW 2009-2011	36	Transferaufwand	52'826'000					
Leistungsauftrag an die FHNW 2012-2014	36	Transferaufwand		58'517'000	60'477'000	1'960'000	3%	1,B
Leistungsauftrag Uni Basel 2010-2013	36	Transferaufwand	148'800'000	152'700'000	156'700'000	4'000'000	3%	2,A
Kredit Vorsorgelösung FHNW	36	Transferaufwand	5'378'321					
SAL Schuladministrationslösung 2	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		800'000		-800'000	-100%	3,C
Umsetzung IT-Strategie Schulen	30	Personalaufwand			300'000	300'000		X 4,D
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			1'500'000	1'500'000		X 4,D
		Total			1'800'000	1'800'000		X
Umsetzung Schuladministrationslösung SAL	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			1'600'000	1'600'000		X 3,C
Total Verpflichtungskredite Aufwand			209'898'530	215'031'000	223'577'000	8'546'000	4%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			209'898'530	215'031'000	223'577'000	8'546'000	4%	

1 Erhöhung gemäss Landratsvorlage 2011-315/Landratsbeschluss 2011-173.

2 Erhöhung gemäss Landratsvorlage 2009-122/Landratsbeschluss 2009-1376.

3 Bereits im Budget 2012 ist eine erste Tranche für die Realisierung der Schuladministrationslösung enthalten. Die entsprechende Vorlage soll dem Landrat Ende 2012 anfangs 2013 unterbreitet werden. Somit resultieren Kostenfolgen erst ab 2013.

4 Umsetzung IT-Strategie Schulen. Eine entsprechende Landratsvorlage folgt im vierten Quartal.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	55.0	54.8	54.8	0.0	0.0%

Die Leistungssportförderung wird aus dem Generalsekretariat ins Sportamt transferiert.
Zudem wird aus den Gymnasien eine Informatikstelle im Generalsekretariat zentralisiert.

Jahresprogramm

2500.001 Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft

Der Baselbieter Souverän hat am 26. September 2010 im Zuge der schweizerischen Bildungsharmonisierung (HarmoS-Konkordat einschliesslich Sprachenkonzept, Sonderpädagogik-Konkordat) folgende Veränderungen der Schulstrukturen beschlossen:

Einführung einer 8-jährigen Primarstufe mit 2 Jahre dauerndem obligatorischem Kindergarten, auf 3 Jahre verkürzte Sekundarschule, Sprachenkonzept mit Französisch ab dem 3. und Englisch ab dem 5. Primarschuljahr, auf vier Jahre verlängertes Gymnasium (ab Schuljahr 2014/15).

Den Vollzug dieser Beschlüsse gilt es gemeinsam mit den Partnerkantonen im Bildungsraum Nordwestschweiz sowie unter Einbezug der im Rahmen des politischen Prozesses geäusserten Fragen und Anregungen per Schuljahr 2015/16 sicherzustellen. Alle Umsetzungsarbeiten beinhalten jeweils die erforderlichen gesetzgeberischen Folgeerlasse. Zur Integrativen Schulung und zur Erweiterung der Freizügigkeit für den Eintritt in ein Gymnasium innerhalb und ausserhalb des Kantons werden je Landratsvorlagen vorbereitet. Wesentlicher Teil der Umsetzung der Bildungsharmonisierung ist die Bereitstellung eines bedarfsgerechten Fortbildungsangebotes. Ferner werden die Umsetzungsarbeiten vor Ort insbesondere auch über Handreichungen und auftragsgebundene Zusatzressourcen für Schulleitungen zur Schulraum- und Personalplanung unterstützt.

B 2500.002 Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW)

Die im vierkantonalen Leistungsauftrag 2012-2014 formulierten Leistungsziele sollen umgesetzt werden (Konsolidierung des Angebots, moderates Wachstum der Studierendenzahlen).

A 2500.003 Universität Basel

Die im bikantonalen Leistungsauftrag 2010-2013 formulierten Ziele und Entwicklungsschwerpunkte sollen umgesetzt werden. Der neue Leistungsauftrag 2014-2017 wird vorbereitet. Die Planung der Infrastruktur wird vorangetrieben (Life Sciences Campus Schällemätteli Basel).

2500.004 CSEM

In Muttenz wurde ein Forschungszentrum für Polytronics gemäss der Leistungsvereinbarung aufgebaut (Verpflichtungskredit). Gestützt auf eine Standortbestimmung über Aktivitäten und Erfolg des CSEM in der Region Basel wird dem Landrat im Jahr 2012 ein Antrag über die Weiterführung der Zusammenarbeit und die erforderlichen Betriebsbeiträge ab 2014 unterbreitet (2008/350 vom 16. Dezember 2008). Vorbehaltlich der Finanzierbarkeit und eines entsprechenden Entscheids des Regierungsrates wird dem Landrat eine entsprechende Vorlage überwiesen.

C 2500.005 Umsetzung Schuladministrationslösung SAL

(Inhaltlich mit IT-Strategie Schulen und ICT Primarschule zusammenhängend, formal unabhängig)

Mit der Einführung einer Schuladministrationslösung (SAL) sollen die Schulen in ihrer täglichen Administrationsarbeit unterstützt und die kantonale Verwaltung mit Daten zur Steuerung der Schulen versorgt werden. In einer ersten Etappe sollen die Schulen der Sekundarstufe I, die Gymnasien, die kantonale Verwaltung sowie optional mit eingeschränktem Funktionsumfang die Schulen in Trägerschaft der Gemeinden eingebunden werden. In einer zweiten Etappe sind eine Funktionserweiterung sowie gegebenenfalls die Einführung bei den Berufsfachschulen und ein möglicher Anschluss der Gemeindeschulen mit vollem Funktionsumfang vorgesehen.

Die Evaluation (LRV 2008/328) steht kurz vor Abschluss. Der Start der Umsetzung (Landratsvorlage folgt) wird für das Jahr 2013 geplant.

D 2500.006 Umsetzung IT-Strategie Schulen

(Inhaltlich mit SAL Schuladministrationslösung und ICT Primarschule zusammenhängend, formal unabhängig)
In diesem Projekt geht es um die stufen- und bedarfsgerechte Ausstattung der Schulen auf Basis eines Medienkonzeptes. Die IT-Strategie Schulen gilt verpflichtend für kantonale Schulen und formuliert Empfehlungen / Vorgaben für die Gemeindeschulen. Es umfasst die Ausstattung der Schulen mit Beschaffung, Life Cycle Management, Services und strategischem Betriebsmodell der kantonalen Dienstleister für die Schulen.

Die Umsetzung (Landratsvorlage folgt) wird für das Jahr 2013 geplant.

2500.007 ICT Primarschule

(Inhaltlich mit SAL Schuladministrationslösung und IT-Strategie Schulen zusammenhängend, formal unabhängig)

Der Landrat hat am 24. April 2008 Nichteintreten auf die Vorlage "Einführung von Informationstechnologien" (ICT) an der Primarschule als Unterrichtshilfe (2008 bis 2013) beschlossen. ICT sind als Gegenstand und Lernmedium im Unterricht deshalb an der Primarschule kantonale nicht koordiniert eingeführt worden. Die Unterschiede an den Primarschulen sind erheblich. Als Teil der IT-Strategie Schulen und der Einführung des deutschweizerischen Lehrplans 21 mit einem verpflichtenden Bildungsauftrag im Bereich Medien und ICT wird eine Landratsvorlage vorbereitet.

2500.008 Kompetenzzentrum Forschung, Innovation, Hochschulen

Mit diesem Kompetenzzentrum besteht die Absicht, das bestehende Engagement des Kantons in den Bereichen Förderung, Koordinierung, Begleitung und Mitgestaltung von Innovations- und Forschungsprojekten zu erhöhen und einen behördlichen Ansprechpartner für private sowie für öffentliche Forschungseinrichtungen zu schaffen. Dabei sollen die heute verfügbare Expertise sowie die in den letzten Jahren aufgebauten Netzwerke genutzt werden. Auf Grundlage der wirtschaftspolitischen Perspektiven und komplementär zum Kompetenzzentrum Wirtschaftsentwicklung und Standortmarketing sind Konzept, Struktur und organisatorische Eingliederung zu definieren und daraus die erforderlichen Ressourcen abzuleiten.

2501 Schulabkommen

Auftrag und Zielsetzungen

Das Profitcenter Schulabkommen umfasst mehrere interkantonale Schulabkommen. Es sind dies:

- Regionales Schulabkommen Nordwestschweiz (RSA)
- Fachschulvereinbarung (FSV)
- Fachhochschulvereinbarung (FHV)
- Berufsfachschulvereinbarung (BFSV)
- Interkantonale Universitätsvereinbarung (IUV)

Diese Abkommen ermöglichen den Einwohnerinnen und Einwohnern aus den Vereinbarungskantonen, Schulen, Studiengänge oder Ausbildungen in einem anderen Abkommenskanton ohne finanzielle Nachteile zu besuchen. Mit den Abkommen werden einheitliche Kantonsbeiträge der Abkommenskantone festgelegt. Auszubildende aus den Abkommenskantonen sind solchen aus dem Standortkanton rechtlich gleichgestellt, insbesondere hinsichtlich Aufnahme, Promotion, Ausschluss sowie Schul- bzw. Studiengebühren. Die FHV regelt auch den interkantonalen Lastenausgleich, die Freizügigkeit für Studierende sowie die Optimierung des Fachhochschulangebots. Sie trägt zu einer koordinierten schweizerischen Hochschulpolitik bei.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge an Privatschulbesuche	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'351'077	2'806'200	3'642'877	836'677	30%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		-7'750		7'750	100%	
Schulabkommen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	56'367'739	55'627'740	57'195'420	1'567'680	3%	2
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-31'260'743		-31'000'860	-31'000'860	X	3
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		-34'679'305	-31'300	34'648'005	100%	3
innerkantonale Brückenangebote	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	18'008					
Total Transferaufwand			59'736'824	58'433'940	60'838'297	2'404'357	4%	
Total Transferertrag			-31'260'743	-34'687'055	-31'032'160	3'654'895	11%	
Transfers (Netto)			28'476'081	23'746'885	29'806'137	6'059'252	26%	

- 1 Aufgrund der Volksabstimmung vom 17. Juni 2012 zum Entlastungsrahmengesetz wurde die Finanzierung von Privatschulbesuchen durch den Schulträger abgelehnt.
- 2 Es ist nach wie vor eine starke Zunahme von Baselbieter Studierenden an ausserkantonalen höheren Fachschulen zu beobachten. In unserem Kanton sind nur gerade zwei höhere Fachschulen ansässig. Die Zunahme der Bundessubventionen für die Berufsbildung (siehe 2509, AfBB) dient teilweise der Mitfinanzierung in diesem Bereich.
- 3 Die Schulgeldeinnahmen von ausserkantonalen Lernenden erfolgen zum grössten Teil in der Kontengruppe 461. Die Budgetierung der Schulgeldeinnahmen 2013 erfolgt aufgrund der Erfahrungswerte aus der zum Zeitpunkt der Budgetierung vorliegenden Abrechnungen.

2502 Projekte im Schulsektor

Auftrag und Zielsetzungen

Wie bei Auftrag und Zielsetzungen des Generalsekretariates BKSD umschrieben, bildet dieses Profitcenter die strategische und operative Koordination der Projekte im Schulsektor aller Stufen, vom Kindergarten bis zur Sekundarstufe II ab. Sowohl der reguläre Kredit "Projekte im Schulsektor" als auch die Verpflichtungskredite bilden den Schwerpunkt der Arbeiten zur Bildungsharmonisierung entsprechend den Beschlüssen des Landrates vom 10. und 17. Juni 2010 sowie derjenigen des Souveräns vom 26. September 2010 ab. Im Zentrum stehen die Arbeiten zur Umsetzung der Bildungsharmonisierung (BKSD 4) mit den Mandaten Volksschule, Berufsfachschulen und Gymnasien in schweremwichtig vierkantonaler Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz. Eine Vorlage wird zur Entscheidung gebracht werden, welche die Änderung des Bildungsgesetzes mit klaren Rahmenbedingungen für eine vermehrt integrative Ausrichtung der Volksschule (BKSD 7) zum Ziel hat. Daran anschliessend und mit Blick auf das Erreichen / Bewahren einer Abschlussquote von mindestens 95% der 25jährigen der Sekundarstufe II sollen Angebotslücken nach der obligatorischen Schule für Jugendliche und Erwachsene mit Leistungseinschränkungen im Sinne der stufenübergreifenden Stimmigkeit der integrativen Ausrichtung der "Laufbahn Schule" geschlossen werden unter Berücksichtigung bestehender Angebote (BKSD 7). Das Sprachenkonzept ist Taktgeber für die Einführung der Strukturrevision gemäss HarmoS-Konkordat ab Schuljahr 2012/13, aufsteigend mit den Schülerinnen und Schülern der 3. Klassen. Die einzelnen Schulen und Lehrpersonen werden bei der guten Bewältigung der grossen Aufgabe der Strukturumstellung unterstützt. Die Chance, die Schulen für Schülerinnen und Schüler tragfähiger zu machen und integrativer zu gestalten sowie eine auf Selbständigkeit und Zusammenarbeit angelegte Lernkultur im Hinblick auf das Lebenslange Lernen zu fördern, soll dabei genutzt werden.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	17'760					
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	295'478	697'000	184'600	-512'400	-74%	1
302	Löhne der Lehrkräfte	43'342	206'800	228'000	21'200	10%	
304	Zulagen	183					
305	Arbeitgeberbeiträge	13'235					
309	Übriger Personalaufwand	550					
310	Material- und Warenaufwand	16'458					
311	Nicht aktivierbare Anlagen	7'966					
313	Dienstleistungen und Honorare	190'057	60'000	4'230	-55'770	-93%	2
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	4'790					
	Total Aufwand	589'821	963'800	416'830	-546'970	-57%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	589'821	963'800	416'830	-546'970	-57%	

- Gemäss Landratsvorlage 2009-351 bilden der Kredit "Projekte im Schulsektor" sowie die Position "Erhöhung Kredit Projekte im Schulsektor" über CHF 2.5 Mio. im Verpflichtungskredit Bildungsharmonisierung zwar eine Einheit zur Finanzierung der Zusatzkosten für die Projektierung der Bildungsharmonisierung, sie müssen aber im Budget formal getrennt ausgewiesen werden. Im Budget 2013 wurde die Tranche von CHF 0.5 Mio. nun im Verpflichtungskredit Bildungsharmonisierung erfasst.
- Einmalige Reduktion im Rahmen genereller Kürzungsvorgaben der BKSD. Verschiebung der externen Evaluation auf der Sekundarstufe II um ein weiteres Jahr.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Projekte im Bildungswesen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	163'023	346'200	343'170	-3'030	-1%	
VK Projekte im Bildungswesen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	278'386	398'000	436'864	38'864	10%	

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Umschulung zum Lehrerberuf 2012 -14	361	Entschädigungen an Gemeinwesen			440'000	440'000	X	1
Total Transferaufwand			441'409	744'200	1'220'034	475'834	64%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			441'409	744'200	1'220'034	475'834	64%	

1 Teil Verpflichtungskredit Bildungsharmonisierung.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Bildungsharmonisierung	30	Personalaufwand	280'705	677'220	3'160'400	2'483'180	367%	1
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	39'436		50'400	50'400	X	1
	36	Transferaufwand	115'500	111'000		-111'000	-100%	1
		Total	435'641	788'220	3'210'800	2'422'580	307%	
Gesamtsprachenkonzept	30	Personalaufwand	458'936	2'718'000	2'158'000	-560'000	-21%	1
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	4'909					
	36	Transferaufwand	162'886					
		Total	626'731	2'718'000	2'158'000	-560'000	-21%	
Aufgabensammlung und Leistungschecks	36	Transferaufwand		287'000	436'864	149'864	52%	1
Umschulung zum Lehrerberuf 2012 -14	36	Transferaufwand			440'000	440'000	X	1
Total Verpflichtungskredite Aufwand			1'062'373	3'793'220	6'245'664	2'452'444	65%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			1'062'373	3'793'220	6'245'664	2'452'444	65%	

1 Das Profit Center "Projekte im Schulsektor" wird durch das Grossvorhaben "Bildungsharmonisierung" gemäss den Beschlüssen des Landrates vom 10. und 17. Juni 2010 sowie des Souveräns vom 26. September 2010 geprägt. Ab 2011 wurden gemäss den Kreditbeschlüssen die Projektorganisation Bildungsharmonisierung aufgebaut und die Aufgaben angegangen. Rund CHF 6.2 Mio. sind zuzüglich zum regulären Kredit "Projekte im Schulsektor" (2502 mit CHF 0.76 Mio.) für die Umsetzung Bildungsharmonisierung im Jahr 2013 als Jahrestanche für die Teilprojekte, die Weiterbildung bzw. die Umsetzung an den Schulen eingesetzt.

Vorgezogen wurde die Einführung des Sprachenkonzeptes, mit Französisch, aufsteigend mit den 3. Klassen bereits auf Schuljahr 2012/13. Die Weiterbildung der Lehrpersonen nach neuem Konzept der Mehrsprachendidaktik mit den Lehrmitteln Mille Feuilles und New World sowie die Fortbildung in Fremdsprachenkompetenz sind im Budgetjahr 2013 mit gut CHF 2.0 Mio. gewichtet. In der Deutschschweiz starten 60 Kindergärten, Primar- und Sekundarschulen mit dem interkantonalen Fortbildungs- und Unterrichtsentwicklungsprogramm "SWISE" (Swiss Science Education), darunter 9 Schulen aus dem Kanton Basel-Landschaft mit Zusatzkosten von gut CHF 0.2 Mio. im Jahr 2013. Das Know How und die Erfahrungen werden genutzt für die Einführung des deutschschweizerischen Lehrplans 21 ab Schuljahr 2015/16 mit einem Schwerpunkt in Naturwissenschaften. Für Weiterbildungen der Schulleitungen, für Primarlehrpersonen im Hinblick auf die Erteilung des 6. Primarschuljahres auf Schuljahr 2015/16 und für Sekundarlehrpersonen (Wechsel Sekundar- zur Primarschule; Erweiterung Lehrberechtigung/-befähigung Niveau A--> EP und Niveau EP---> A) sind rund CHF 1.3 Mio. veranschlagt.

Die Rahmenverträge für die Leistungsmessung und die Aufgabendatenbank sind, gestützt auf den entsprechenden Verpflichtungskredit und die Ergebnisse einer Submission und auf der Grundlage eines Regierungsratsbeschlusses, unterzeichnet worden: eine Kredittranche von rund CHF 0.4 Mio. ist für 2013 budgetiert.

Der Finanzplan der Verpflichtungskredite sieht keine lineare Kostenentwicklung vor, sondern richtet sich nach der in den Landratsvorlagen umschriebenen etappierten Bearbeitung der Aufgaben in der Umsetzung Bildungsharmonisierung (Projektierungskosten Umsetzung, HarmoS- und Sonderpädagogikkonkordat, Deutschweizer Lehrplan, Schulraum- und Personalplanung durch die Schulleitungen vor Ort, 4 jähriges Gymnasium, Sprachenkonzept, Leistungsmessung und Ausbildung für "Quereinsteigende"). Das Gesamtkostendach wird nicht überschritten.

2503 Fachstelle Erwachsenenbildung

Auftrag und Zielsetzungen

Die FEBL engagiert sich für die Aufwertung des quartären Bildungsbereichs und die Verankerung des lebenslangen Lernens in der Gesellschaft als substantielle und koordinierte Ergänzung zu Angeboten des Personalamts, des Amts für Berufsbildung und Berufsberatung, der Pädagogischen Hochschule so wie privater Anbieter. Hierzu fördert sie die Schaffung von Rahmenbedingungen, welche allen Bevölkerungsgruppen Zugang zu den geeigneten Weiterbildungen ermöglicht. Ihr obliegt die Informations- und Koordinationsfunktion im gesamten Erwachsenenbildungsbereich des Kantons sowie die Koordination und Bereitstellung des Weiterbildungsangebotes Schule (für Lehrpersonen, Schulleitungen, Schulräte und Eltern). Sie ist mit Projekten zu Weiterbildungsentwicklungen in der Erwachsenenbildung und im pädagogischen Bereich betraut ("Sprachförderkonzept", Konzept Weiterbildung BL, Gesamtsprachenkonzept, HarmoS/BRNWCH) und unterstützt deren Umsetzung im kantonalen Umfeld. Sie fördert Weiterbildung mittels Initiierung, Begleitung und Unterstützung von Massnahmen zu gesellschaftlich relevanten Themen, welche sie in die öffentliche Diskussion einbringt (Sensibilisierungskampagnen wie "Stark durch Erziehung", Illetrismus). Sie leistet subsidiäre Unterstützung von Weiterbildungsangeboten, an denen der Kanton ein besonderes Interesse hat durch programmbezogene Leistungs- und Projektvereinbarungen. Durch Weiterbildungsmonitoring (systematische Erhebung und Aufbereitung von Fachwissen und Informationen zu Weiterbildungsentwicklungen und -angeboten) wird ein öffentlich zugänglicher Überblick über die Angebote der Erwachsenenbildung im Kanton bereitgestellt und ein Überblick für Steuerungswissen und Einflussnahme geschaffen (zielgruppenorientierte Übersicht über Deutschkurse).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	889'694	977'153	963'780	-13'373	-1%	
302	Löhne der Lehrkräfte	112					
304	Zulagen	10'783	8'264	5'378	-2'886	-35%	
305	Arbeitgeberbeiträge	187'271	190'352	173'833	-16'519	-9%	
309	Übriger Personalaufwand	806'727	1'743'000	1'655'381	-87'619	-5%	
310	Material- und Warenaufwand	16'424	146'000	136'000	-10'000	-7%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	10'758	5'000	5'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	434'914	512'000	482'000	-30'000	-6%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	2'930					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	12'280	18'000	18'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	501	643	643	0	0%	
423	Schul- und Kursgelder	-131'201	-150'000	-150'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen		-1'140	-1'140	0	0%	
426	Rückerstattungen	-32	-3'500		3'500	100%	
440	Zinsertrag	-39	-150	-150	0	0%	
	Total Aufwand	2'372'392	3'600'411	3'440'015	-160'397	-4%	
	Total Ertrag	-131'272	-154'790	-151'290	3'500	2%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'241'120	3'445'621	3'288'725	-156'897	-5%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Weiterbildungsbeiträge	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	68'570	70'000	70'000	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	999'000	1'124'000	430'000	-694'000	-62%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-300					

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Volkshochschule b.B. 2013-2016	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			748'619	748'619	X	1
Total Transferaufwand			1'067'570	1'194'000	1'248'619	54'619	5%	
Total Transferertrag			-300					
Transfers (Netto)			1'067'270	1'194'000	1'248'619	54'619	5%	

- 1 Die Leistungsvereinbarung mit der Volkshochschule beider Basel soll um 4 Jahre verlängert werden. Die Landratsvorlage folgt im vierten Quartal.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beitrag Volkshochschule b.B.	36	Transferaufwand	694'000	694'000		-694'000	-100%	1
Volkshochschule b.B. 2013-2016	36	Transferaufwand			748'619	748'619	X	1
Total Verpflichtungskredite Aufwand			694'000	694'000	748'619	54'619	8%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			694'000	694'000	748'619	54'619	8%	

- 1 Die Leistungsvereinbarung mit der Volkshochschule beider Basel soll um 4 Jahre verlängert werden. Die Landratsvorlage folgt im vierten Quartal.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	8.0	8.0	8.0	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2503.001 Bildungssystematik Quartärbereich

Entwicklung einer Bildungssystematik im Quartärbereich analog der anderen Bildungsstufen (Umsetzung Konzept Weiterbildung, Verordnung über die Weiterbildung, Qualitätsrahmen für kantonale geförderte Weiterbildung, Förderstrategien, Konzept zur Sprachförderung von erwachsenen Migrantinnen und Migranten) und entsprechende Tagungen.

2503.002 Bildungsharmonisierung BL

Organisation von Weiterbildungsangeboten gemäss Aufträgen des Mandats „Lehrpersonen-Bedarf/Lehrpersonen-Qualifizierung“. Abschliessen von Verträgen mit Pädagogischen Hochschulen.

2503.003 ICT Primarstufe

Erstellen eines ICT-Weiterbildungs-Programms für die Primarstufe im Hinblick auf die Einführung des Lehrplans 21.

2504 Schulpsychologischer Dienst

Auftrag und Zielsetzungen

Generelles Ziel schulpsychologischer Aktivität ist die Unterstützung der Kooperation zwischen Schule und Elternhaus in ihren Bildungsaufgaben sowie die Förderung von positiven Schullaufbahnen.

Im Einzelnen hat der Dienst folgende Aufträge:

- Er berät und unterstützt Schülerinnen und Schüler sowie deren Erziehungsberechtigten in Fragen des Lernens, des Verhaltens und der Entwicklung.
- Er berät Schulleitungen und andere Behörden in (schul-)psychologischen Fragestellungen.
- Er vermittelt zwischen individuellen Bildungsbedürfnissen und schulischen Angeboten.
- Er beantragt mit Zustimmung der Inhaber der elterlichen Sorge bei den zuständigen Behörden die notwendigen Massnahmen.
- Er gewährleistet als kantonale Fachstelle eine kantonsweit einheitliche Anwendung der Indikationsstellungen.

Umfeldentwicklungen: Je stärker das System Schule belastet ist, desto grösser wird die Komplexität der dem schulpsychologischen Dienst zur Anmeldung gebrachten Probleme und desto höher werden die Fallzahlen vorab im Bereich der Sekundarstufe I. Der damit verbundene Mehraufwand (mitverursacht auch durch Folgen der NFA bzw. der Harmonisierungsbestrebungen vorab im Sonderschulbereich) wird durch tendenziell sinkende Schülerzahlen nur teilweise kompensiert.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'537'071	2'461'449	2'536'780	75'331	3%	
304	Zulagen	31'255	30'166	17'752	-12'414	-41%	
305	Arbeitgeberbeiträge	431'861	446'020	485'268	39'248	9%	
309	Übriger Personalaufwand	8'044	10'000	10'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	43'919	54'000	54'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	32'875	31'500	31'500	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	3'859					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	14'451	18'000	18'000	0	0%	
	Total Aufwand	3'103'336	3'051'135	3'153'299	102'165	3%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	3'103'336	3'051'135	3'153'299	102'165	3%	

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Schulpsycho. Leistung Allschwil/Muttenz	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	184'000	184'000	184'000	0	0%	
Schulpsychol. Leistungen allg.	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-599					
Total Transferaufwand			184'000	184'000	184'000	0	0%	
Total Transferertrag			-599					
Transfers (Netto)			183'401	184'000	184'000	0	0%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	18.7	18.7	18.7	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2504.001 Implementierung des Standardisierten Abklärungsverfahrens SAV

Der Beitritt zum Konkordat Sonderpädagogik und die Umsetzung des Sonderpädagogischen Konzeptes haben die Anwendung des SAV zwingend zur Folge. Dessen Implementierung umfasst a) die Schulung der Diagnostischen Dienste und b) die technische Integration in die EDV-Lösung der BKSD.

2504.002 Überprüfung der Leistungsvereinbarungen betr. Schulpsychologie

Das Mandat vom 4. Februar 2011 fordert eine Überprüfung der Leistungsvereinbarungen zwischen Kanton und den Gemeinden Allschwil und Muttenz betr. Schulpsychologie. Ziel ist die Überprüfung der rechtlichen Grundlagen der bisherigen Verträge und – je nach Ausgang – die Neuaufnahme von Verhandlungen, bzw. die Übernahme der bisher ausgelagerten Aufgabe.

2505 Schul- und Büromaterialverwaltung

Auftrag und Zielsetzungen

Die Schul- und Büromaterialverwaltung beschafft, lagert und speditiert Schul- und Büromaterialien, Bürogeräte und Drucksachen für die kantonale Verwaltung und Schulen des Kantons Basel-Landschaft und sorgt dafür, dass durch kostengünstigen und fachkundigen Einkauf unter Berücksichtigung der Ökologie ein optimales Preis- und Leistungsverhältnis erreicht wird. Weiter betreibt sie eine Hausdruckerei als Dienstleistung für kantonale Stellen und Schulen. Im Rahmen des ERP-Systems kommt das Modul Materialwirtschaft zum Einsatz. Per 1. Januar 2010 wurde für die Dienststellen und Schulen auf SAP ein Webshop eingerichtet. Der Verlag des Kantons Basel-Landschaft produziert und vertreibt Bücher verschiedener Reihen und produziert teils auch Lehrmittel. Die Schul- und Büromaterialverwaltung stellt dem Verlag die Infrastruktur und Logistik zur Verfügung.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	5'854	-52'975	7'000	59'975	113%	1
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'619'727	1'642'692	1'669'795	27'102	2%	
304	Zulagen	34'984	27'439	23'328	-4'111	-15%	
305	Arbeitgeberbeiträge	267'055	274'689	284'186	9'497	3%	
309	Übriger Personalaufwand	2'607					
310	Material- und Warenaufwand	1'609'673	1'617'000	1'575'000	-42'000	-3%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	157	500	10'500	10'000	>1000%	
312	Wasser, Energie, Heizmaterial		1'000	1'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	50'185	81'000	52'000	-29'000	-36%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	48'022	60'000	60'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	238'862	230'000	240'000	10'000	4%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	5'944	4'000	14'000	10'000	250%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	90	200	100	-100	-50%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	152'879	155'000	155'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	108	100	100	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-2'257'071	-2'200'000	-2'200'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-20'001	-30'000	-20'000	10'000	33%	
440	Zinsertrag	-23	-100	-50	50	50%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-60'000		-60'000	-60'000	X	1
	Total Aufwand	4'036'147	4'040'645	4'092'008	51'363	1%	
	Total Ertrag	-2'337'095	-2'230'100	-2'280'050	-49'950	-2%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'699'052	1'810'545	1'811'958	1'413	0%	

- 1 Gemäss neuer Kontierungsrichtlinie ist der Beitrag von Swisslos für die Arbeiten der SBMV im Kantonsverlag über das Konto 450 zu führen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
CH-Schule Santiago de Chile	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	37'997	35'000	35'000	0	0%	
Beiträge an interk. Lehrmittelzentrale	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	24'223	25'000	20'000	-5'000	-20%	
Total Transferaufwand			62'220	60'000	55'000	-5'000	-8%	
Total Transferertrag								
Transfers (Netto)			62'220	60'000	55'000	-5'000	-8%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	17.8	17.5	17.5	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2505.002 Einführung Barcode-System im Bereich Lager

Die Schul- und Büromaterialverwaltung wird im Rahmen des ERP II-Projekts eine weitere Verbesserung im Logistik-Bereich durchführen. Mit dem Einsatz eines Barcode-Systems im Lagerbereich werden die internen Abläufe weiter verbessert. Dadurch verspricht man sich eine Verbesserung der Kundendienstleistung und Lagergenauigkeit.

2506 Amt für Volksschulen

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Volksschulen (AVS) versteht sich als Kompetenzzentrum der Volksschule und unterstützt, evaluiert und beaufsichtigt diese. Es nimmt Querschnittsfunktionen wahr und arbeitet mit den Dienst- und Fachstellen innerhalb der BKSD zusammen. Es behandelt Geschäfte, die für das Volksschulwesen von pädagogischer, schulpolitischer und finanzieller Bedeutung sind, und ermöglicht die Umsetzung vielfältiger Prozesse auf allen Stufen der Volksschule. Dazu gehören insbesondere auch Aufgabenstellungen wie die Projekte Sonderschulkonzept, TimeOut oder BerufswegBereitung. Das AVS stellt den Schulen im Rahmen des Qualitätssicherungsprozesses gemäss Bildungsgesetz eine professionelle Aussensicht in Form eines externen Evaluationsberichts mit Entwicklungsempfehlungen zur Verfügung und leistet Unterstützung bei der Internen Evaluation. Es beurteilt den Unterricht der Schulleitungsmitglieder zuhänden der Schulräte, führt periodisch standardisierte Gespräche mit den Schulleitungen, bewilligt die Klassenbildung der Sekundarschulen sowie Ausnahmen für den Kindergarten und die Primarschule. Es überprüft die Einhaltung kantonaler Vorschriften, welche die Volksschule betreffen, kann entsprechende Weisungen erlassen und beantragt dem Bildungsrat die Einführung der obligatorischen Lehrmittel. Für die Musikschulen wird ein besonderes Fortbildungsangebot für Behörden und Lehrpersonen zur Verfügung gestellt. Als Kompetenzzentrum sorgt das AVS in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Anspruchsgruppen für die koordinierte Kommunikation im Volksschulbereich und nimmt seine Führungsverantwortung auch im Bereich der Schnittstellen zwischen den einzelnen Dienststellen und den Volksschulstufen wahr. In seinen Zuständigkeitsbereich fällt die Bearbeitung besonderer Vorkommnisse im Volksschulbereich. Das AVS ist verantwortlich für die Verträge mit Privatschulen, die Veröffentlichung von Informationsbroschüren und die Erstellung von Statistiken. Es vermittelt Stellvertretungen und koordiniert die bezahlten Urlaube. Das AVS arbeitet in Schulentwicklungsprojekten mit. Diese haben zum Ziel, Antworten auf aktuelle Problem- und Handlungsfelder zu finden und Entwicklungen zu initiieren, welche zur Erfüllung des Anspruchs "Gute Schule Baselland" unabdingbar sind.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	9'182	47'580	47'280	-300	-1%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'871'041	2'802'426	3'123'870	321'444	11%	1
302	Löhne der Lehrkräfte	82'944	78'500	29'500	-49'000	-62%	
304	Zulagen	31'213	74'182	20'558	-53'624	-72%	2
305	Arbeitgeberbeiträge	493'877	506'242	547'366	41'124	8%	
309	Übriger Personalaufwand	42'672	78'300	58'300	-20'000	-26%	
310	Material- und Warenaufwand	102'049	187'869	161'369	-26'500	-14%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	3'786	4'200	400	-3'800	-90%	
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	246	150	150	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	383'137	454'237	535'137	80'900	18%	3
314	Baulicher Unterhalt	239					
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen		300		-300	-100%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	23'508	3'500	3'500	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	123'322	222'550	156'250	-66'300	-30%	4
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'500	2'500	2'500	0	0%	
340	Zinsaufwand	36					
423	Schul- und Kursgelder		-10'000	-10'000	0	0%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-41'657	-65'000	-65'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen		-1'000	-1'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-9'920	-49'800	-49'800	0	0%	
440	Zinsertrag	-2					
	Total Aufwand	4'168'747	4'462'536	4'686'180	223'644	5%	
	Total Ertrag	-51'579	-125'800	-125'800	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	4'117'169	4'336'736	4'560'380	223'644	5%	

BKSD

- 1 Durch die Erweiterung des Aufgabenspektrums und der Qualitätssicherung der integrativen Sonderschulung im Amt für Volksschulen werden 1.0 Stellen vom Amt für Kind-, Jugend- und Behindertenangebote an das Amt für Volksschulen transferiert. Des Weiteren werden vakante Stellen innerhalb des Amts für Volksschulen besetzt.

- 2 Die automatisierte Berechnung der Zulagen basiert auf dem geplanten Personalbestand (Verträgen).
- 3 Der Mehraufwand ist auf Budgetverschiebungen innerhalb der Konten mit Minderaufwand wie 309 "übriger Personalaufwand", 310 "Material- und Warenaufwand" sowie 317 "Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen", zurückzuführen.
Zum Anderen beruht ein Teil der Mehraufwendungen auf den zusätzlichen neuen Aufgaben im Bereich der integrativen Sonderschulung.
- 4 Reduktion im Rahmen genereller Kürzungsvorgaben der BKSD.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Beiträge an Musikförderung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	102'964	87'000	87'000	0	0%	
ergänzende, unterstützende Schulangebote	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	74'290	70'000	70'000	0	0%	
Sonderschulung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			46'054'585	46'054'585	X	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten			-90'000	-90'000	X	1
Total Transferaufwand			177'254	157'000	46'211'585	46'054'585	29'334%	
Total Transferertrag					-90'000	-90'000	X	
Transfers (Netto)			177'254	157'000	46'121'585	45'964'585	29'277%	

- 1 Transfer des Aufgabenspektrums der externen Sonderschulung (Tagessonderschulung) vom Amt für Kind-, Jugend- und Behindertenangebote an das Amt für Volksschulen zum 1. Januar 2012. Die Budgetverschiebung erfolgt auf den 1. Januar 2013. Im Gegenzug wurde der Schulsozialdienst vom Amt für Volksschulen an das Amt für Kind-, Jugend- und Behindertenangebote transferiert.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	18.4	21.6	22.6	1.0	4.7%

Durch die Erweiterung des Aufgabenspektrums und der Qualitätssicherung der integrativen Sonderschulung im Amt für Volksschulen werden 1.0 Stellen vom Amt für Kind-, Jugend- und Behindertenangebote an das Amt für Volksschulen transferiert.

Jahresprogramm

2506.002 Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft

Umsetzung der Bildungsharmonisierung gemäss Mandat „Projektteam Volksschulen“.

Mandat Volksschulen: Anpassungen auf der Primar- und Sekundarstufe, Konzeption und Steuerung der Integrativen Schulung, Konzeption und Einführung der Fremdsprachen, Entwicklung und Einführung des Lehrplans 21, Leistungsmessung, Klassenbildung, Lehrerinnen- und Lehrbedarf; Lehrerinnen- und Lehrerqualifizierung, Raumressourcen.

2506.003 Programm Bildungsraum NWCH: Schwerpunkt in Sprachenkompetenz, Natur und Technik

Im Rahmen der Planung und Umsetzung der Stundentafeln, abgestützt auf Vorgaben des Lehrplans 21, wird eine besondere Gewichtung auf Sprachkompetenz, Natur und Technik gelegt. Daraus resultiert eine Überprüfung und Anpassung der aktuellen Erfordernisse der Lehrmittel sowie einer neuen Gewichtung der naturwissenschaftlichen Fächer durch Redigierung der bestehenden Promotionsverordnung.

2506.004 Umsetzung HarmoS

Die Umsetzungsmassnahmen für die Bereiche der Vor- und Volksschule ergeben sich aus dem Tätigkeitsprogramm Bildungsraum NWCH.

Vorschule: Förderung in Deutsch (DaZ) vor der Einschulung (in Zusammenarbeit mit der VGD und SID).

Volksschule: Orientierungspunkte Kindergarten, Primarschule, Fach Lernen und Sprache, Berufsorientierung

Sek. I, Leistungsmessung (Volks- und Mittelschulen), Aufgaben-Datenbank, Abschlusszertifikat, Lehrplan 21, Lehrmittel, Laufbahn Lehrpersonen, vierkantonaler Bildungsbericht.

2506.005 Umsetzung Konkordat Sonderpädagogik

Koordinierte Umsetzung des Konkordates Sonderpädagogik und des Sonderpädagogischen Konzepts in BS und BL in Anlehnung der damit verbundenen Aufgaben an Ziffer 2506.004 des Jahresprogramms des AVS, „Umsetzung HarmoS“.

2506.006 Integrative Ausrichtung der Regelschule

Unterstützungen der Regelschulen in der Umsetzung, Entwicklung von Regulatoren zu einer verstärkten integrativen Ausrichtung im Rahmen der Umsetzung des Sonderpädagogischen Konzepts mit Landratsvorlage „Integrative Schulung“.

2506.007 Strukturelle, organisatorische und finanztechnische Verankerung der Sonderschulung (Tagessonderschulen) im AVS

2506.008 Organisationsentwicklung AVS

- Strukturelle und organisatorische Anpassung der Prozesse und Aufgaben im AVS aufgrund der Umsetzung der Bildungsharmonisierung BL, des Konkordats HarmoS und Sonderpädagogik, des Transfers der Sonderschulung an das AVS (Tagessonderschulen), sowie der Konzeptumsetzung der integrativen Ausrichtung der Sonderschulung.
- Inhaltliche Überprüfung der Schwerpunkte der Abteilung Aufsicht und Unterstützung.
- Externe Evaluation der Strukturen und Kosten des TimeOuts.
- Reorganisation der strukturellen und organisatorischen Aufgaben des Rechnungs- und Personalwesens durch die neu geschaffene Stabsstelle Dienste (bisherige Abteilung Zentrale Dienste).

2507 Sekundarschulen inkl. Werkjahr

Auftrag und Zielsetzungen

Die teilautonom geleiteten Sekundarschulen, aufgeteilt in verschiedene Schulkreise, vermitteln den Schülerinnen und Schülern eine niveauspezifische Ausbildung, die ihnen den Eintritt in eine berufliche Grundbildung oder in eine weiterführende Schule ermöglicht. Die Sekundarschule weist folgende drei Anforderungsniveaus auf: Niveau A inkl. Werkjahr (Allgemeine Anforderungen), Niveau E (Erweiterte Anforderungen) und Niveau P (Progymnasiale Anforderungen). Die Schülerinnen und Schüler erhalten gemäss Stufenlehrplan einen alters-, stufen- und geschlechtergerechten Unterricht, der in zeitgemässen Lehr- und Lernformen vermittelt wird. Sonderschulung, Gesundheitsförderung und Prävention stellen ebenso wie die Förderung der Handlungskompetenz und des Verantwortungsbewusstseins, essentielle Bestandteile des Bildungsanspruches dar. Des Weiteren fördert die Sekundarschule die Grundlagen für ein lebenslanges Lernen und unterstützt die Jugendlichen geschlechterdifferenziert bei ihrer persönlichen und kulturellen Selbstfindung. Um diese Ziele mit hoher Qualität zu erreichen, betreiben die Sekundarschulen eine systematische Schulentwicklung und bieten ihren Lehrpersonen Gelegenheit, sich entsprechend fachlich, methodisch-didaktisch sowohl schulextern als auch schulintern fortzubilden. Im Rahmen des vom Schulrat genehmigten Schulprogramms sowie unterstützt durch das Amt für Volksschulen obliegt der Schulleitung die Führung der Schule in pädagogischer, personeller, organisatorischer und administrativer Hinsicht.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	483'409	464'700	460'400	-4'300	-1%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	8'714'134	8'755'000	8'300'000	-455'000	-5%	
302	Löhne der Lehrkräfte	120'999'762	115'088'745	115'060'600	-28'145	0%	
304	Zulagen	1'670'176	1'698'963	1'830'000	131'037	8%	
305	Arbeitgeberbeiträge	23'745'928	23'559'897	22'526'393	-1'033'503	-4%	1
309	Übriger Personalaufwand	13'851		5'000	5'000	X	
310	Material- und Warenaufwand	7'451'701	6'798'800	5'859'000	-939'800	-14%	2,3
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'133'609	1'063'028	1'231'770	168'742	16%	3
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	8'370		8'500	8'500	X	
313	Dienstleistungen und Honorare	676'706	856'208	672'599	-183'609	-21%	4
314	Baulicher Unterhalt	277					
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	73'562		222'800	222'800	X	3
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	43'112	45'000	410'000	365'000	811%	3
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'639'151	2'606'000	2'648'800	42'800	2%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'000	5'000	5'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	736		1'000	1'000	X	
349	Verschiedener Finanzaufwand	-500					
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-286'384	-592'211	-293'008	299'203	51%	4
425	Erlös aus Verkäufen	-6'584					
426	Rückerstattungen	-765					
427	Bussen	-300					
440	Zinsertrag	-241					
	Total Aufwand	167'654'984	160'941'340	159'241'862	-1'699'478	-1%	
	Total Ertrag	-294'274	-592'211	-293'008	299'203	51%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	167'360'710	160'349'129	158'948'854	-1'400'275	-1%	

- 1 Technische Anpassung der Budgetwerte aufgrund der Erwartungsrechnung 2012.
- 2 Die Einführung des auf das Lehrmittel "Urknall" abgestimmten Experimentiermaterials erfolgte in den Jahren 2011 und 2012. Ab 2013 entfallen diese Zusatzkosten.
- 3 Aus Gründen der Auswertbarkeit wird der Aufwand für die Reparaturen, Mieten von Kopiergeräten und Geräteanschaffungen von dem Konto 310 auf die Konten 311, 315 und 316 in der Höhe von CHF 1.185 Mio. aufwandneutral umverteilt.
- 4 In diesen Positionen sind die Ausgaben für den Mittagstisch an den Sekundarschulen prognostiziert. Zum einen wurde die ursprüngliche Nutzungsannahme für den Mittagstisch bis anhin nicht bestätigt, zum anderen wurde die Familienergänzende Kinderbetreuung (LRV 2009/314 FEB) an den Sekundarschulen noch nicht beschlossen.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Sonderschulung im Einzelfall	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	4'781'876	4'700'000	4'700'000	0	0%	
Mittagstisch	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-129'924	-310'360	-62'700	247'660	80%	1
Logopädie	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	205'339		210'000	210'000		X 2
Annuitäten, Unterhalt, Mieten Sek I	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	19'900'641					
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-7'269'500					
Total Transferaufwand			24'887'856	4'700'000	4'910'000	210'000	4%	
Total Transferertrag			-7'399'424	-310'360	-62'700	247'660	80%	
Transfers (Netto)			17'488'432	4'389'640	4'847'300	457'660	10%	

- 1 Diese Position beinhaltet die zu erwartenden Bundesbeiträge, welche im Jahr 2013 deutlich geringer sein werden, da einige Mittagstische bereits länger als drei Jahre bestehen und die wenigen Mittagstische, welche im 2. oder 3. Betriebsjahr stehen, werden weniger Bundesbeiträge erhalten, da diese sich pro Betriebsjahr reduzieren.
- 2 Die Logopädieaufwendungen für die Sekundarschulen werden erstmals in die Budgetsystematik integriert.

Kennzahlen

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Klassenentwicklung					
SEK Kleinklassen					
Anzahl Lernende	464	440	396	-44	-10
Anzahl Klassen	52	49	41.5	-7.5	-15.31
Lernende pro Klasse	8.92	8.95	9.54	0.59	6.59
Sek Niv. A					
Anzahl Lernende	2'796	2'804	2'785	-19	-0.68
Anzahl Klassen	175	174	169	-5	-2.87
Lernende pro Klasse	15.98	16.1	16.48	0.38	2.36
Sek Niv. E					
Anzahl Lernende	4'155	4'207	4'203	-4	-0.1
Anzahl Klassen	201	201	202	1	0.5
Lernende pro Klasse	20.67	20.9	20.81	-0.09	-0.43
Sek Niv. P					
Anzahl Lernende	3'281	3'310	3'281	-29	-0.88
Anzahl Klassen	160	161	158	-3	-1.86
Lernende pro Klasse	20.5	20.5	20.77	0.27	1.32
Total					
Lernende	10'737	10'761	10'665	-96	-0.89
Klassen	588	585	570.5	-14.5	-2.48

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen (ohne Lehrpersonen)	70.7	76.2	71.0	-5.2	-6.8%
Anzahl Lehrpersonen (ausserhalb Soll-Stellenplan)	967.3	925.3	933.6	8.3	0.9%
Anzahl Vollstellen (inkl. Lehrpersonen)	1'038.0	1'001.5	1'004.6	3.1	0.3%

Die Klassenentwicklung auf der Sekundarstufe I kann mittels der Klassenbildung innerhalb der Sekundarschulkreise weiter optimiert werden. Diese Entlastungsmassnahme (BKSD-1) wirkt sich direkt auf die Anzahl Vollstellen Lehrpersonen aus. Mit dem Landratsbeschluss 2011-296 wirkt sich die Massnahme BKSD-4 (Erhöhung Pflichtlektionen) erst per Schuljahr 2013/14 nur noch für 5 Monate (im Budget 2012 für 12 Monate) aus. Daher zeigt sich insgesamt eine höhere Anzahl Lehrpersonenvollstellen.

Mit der Entlastungsmassnahme BKSD-1 werden in der Folge die von der Anzahl Klassen abgeleiteten Vollstellen im Schulverwaltungspersonal reduziert. Zudem ist ein Anteil von TCHF 144 für die laufenden Optimierungen (Zentralisierung und Prozessoptimierungen) im Personal- und Rechnungswesen anzurechnen.

2508 Gymnasien

Auftrag und Zielsetzungen

Die vier Gymnasien Liestal, Münchenstein, Muttenz und Oberwil führen je eine Maturitätsabteilung und eine Fachmittelschule (FMS), das Gymnasium Laufental-Thierstein neben der Maturitätsabteilung das Niveau P der Sekundarstufe I. Seit 2007 werden an den vier FMS-Standorten auch die Fachmaturitäten angeboten. Damit bieten sie auf der Sekundarstufe II die Ausbildungsgänge an, die zum späteren Besuch einer Hochschule (Universität und Fachhochschule) befähigen. Diese allgemeinbildenden Ausbildungsgänge befähigen die Schülerinnen und Schüler - im Hinblick auf ein lebenslanges Lernen - grundlegende Kenntnisse zu erwerben sowie ihre geistige Offenheit und die Fähigkeit zum selbständigen Denken zu entwickeln. Die Schulen streben eine breit gefächerte, ausgewogene und kohärente Bildung an, nicht aber eine fachspezifische oder berufliche Ausbildung. Um diese Ziele mit hoher Qualität zu erreichen, betreiben die Gymnasien eine systematische Schulentwicklung und bieten ihren Lehrpersonen Gelegenheit, sich entsprechend fachlich, methodisch-didaktisch sowohl schulextern als auch schulintern weiterzubilden. Das Erreichen der Ziele wird durch ein professionelles Qualitätsmanagement sichergestellt. Die Aufsicht über die Gymnasien obliegt den jeweiligen Schulräten.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	79'800	84'000	78'000	-6'000	-7%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	6'458'028	6'695'659	6'545'296	-150'363	-2%	
302	Löhne der Lehrkräfte	57'042'434	55'301'646	56'584'654	1'283'008	2%	1
304	Zulagen	885'558	934'278	584'298	-349'980	-37%	2
305	Arbeitgeberbeiträge	11'420'906	11'375'111	12'280'994	905'883	8%	1
309	Übriger Personalaufwand	263'849	229'000	222'110	-6'890	-3%	
310	Material- und Warenaufwand	977'757	1'190'400	1'136'400	-54'000	-5%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	992'824	917'600	893'340	-24'260	-3%	
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	1'586	700	700	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	729'545	719'000	746'880	27'880	4%	
314	Baulicher Unterhalt	24'325					
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	96'353	71'000	100'400	29'400	41%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	256'884	245'000	257'000	12'000	5%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	546'268	534'000	568'000	34'000	6%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	4'371	3'000	1'800	-1'200	-40%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	520	1'100	600	-500	-45%	
425	Erlös aus Verkäufen	-390'031	-390'000	-394'000	-4'000	-1%	
426	Rückerstattungen	-5'224					
427	Bussen	-200					
440	Zinsertrag	-153	-250	-250	0	0%	
	Total Aufwand	79'781'009	78'301'494	80'000'471	1'698'977	2%	
	Total Ertrag	-395'608	-390'250	-394'250	-4'000	-1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	79'385'401	77'911'244	79'606'221	1'694'977	2%	

- 1 Gemäss Landratsbeschluss 2011 - 296 wird die Erhöhung der Pflichtstundenzahl erst ab August 2013 und nicht schon ab Januar 2012 wirksam. Aufgrund der Pensionkassenreform wird mit mehr Vorpensionierungen gerechnet.
- 2 Die Erziehungszulagen werden aus dem Prozentsatz des Lohnaufwandes durch das Personalkostenplanungs-System direkt berechnet.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Vereinsmitgliedschaften	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	8'503	11'400	7'200	-4'200	-37%	
Beiträge Bund Gym. Laufen	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-28'000					
Beiträge Verband Schweizer Wissenschafts	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	4'200		4'200	4'200	X	
Total Transferaufwand			12'703	11'400	11'400	0	0%	
Total Transferertrag			-28'000					
Transfers (Netto)			-15'297	11'400	11'400	0	0%	

Kennzahlen

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Klassenentwicklung					
Klassen	198	198	197	-1	-0.51
Lernende	4'005	4'039	3'988	-51	-1.26
Lernende pro Klasse	20.23	20.4	20.24	-0.16	-0.78

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen (ohne Lehrpersonen)	54.2	55.6	54.6	-1.0	-1.8%
Anzahl Lehrpersonen (ausserhalb Soll-Stellenplan)	422.7	403.8	410.0	6.2	1.5%
Anzahl Vollstellen (inkl. Lehrpersonen)	476.8	459.4	464.6	5.2	1.1%

In den Gymnasien sind die Anzahl Klassen stabil. Mit dem Landratsbeschluss 2011-296 wirkt sich die Massnahme BKSD-2 (Erhöhung Pflichtlektionen) erst per Schuljahr 2013/14 nur für 5 Monate aus (im Budget 2012 für 12 Monate).

Daher ist in den Lehrpersonenvollstellen eine Erhöhung zu verzeichnen.

Im Verwaltungspersonal wird eine Informatikstelle ins Generalsekretariat zentralisiert.

Jahresprogramm

2508.001 Umsetzung der kleinen MAR-Reform

Interdisziplinarität nach MAR: Zur Intensivierung wird auf der Wahlkurs- und Ergänzungsfachstufe eine schrittweise Erhöhung der interdisziplinären Kurse angestrebt. Bis 2016 sollen 50% der Kurse interdisziplinär sein und alle Maturanden und Maturandinnen entweder einen interdisziplinären Wahlkurs oder ein interdisziplinäres Ergänzungsfach besuchen. 2013 werden die Mehrkosten noch durch wie 2012 durch eine Erhöhung der Kursgrössen kompensiert, ab 2014 ist mit einem Mehraufwand zu rechnen.

2508.003 Vierjähriges Gymnasium

Erarbeitung Lehrpläne für das vierjährige Gymnasium, das 2014 eingeführt wird.

2508.004 Harmonisierung Maturprüfungen

Umsetzung der im Bildungsraum Nordwestschweiz beschlossenen Harmonisierung der Maturprüfungen im Jahr 2013 (kostenneutral).

2509 Amt für Berufsbildung und Berufsberatung

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB) ist verantwortlich für die Information und Beratung von Jugendlichen und Erwachsenen bezüglich Berufs-, Studien- und Laufbahnfragen (BIZ, Berufsberatung), die Sicherung der beruflichen Zukunft von Jugendlichen und Erwachsenen durch eine ihren individuellen Fähigkeiten angepasste berufliche Grund-, Weiter- und Nachholbildung und die Bereitstellung von Beratungs-, Stütz-, Förder- und Brückenangeboten sowie für die finanzielle Unterstützung von in Ausbildung stehenden Personen (Ausbildungsbeiträge).

Strategische Ziele des AfBB sind:

1. Nachhaltige Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes in unserem Kanton in Kooperation mit dem Kanton Basel-Stadt unter besonderer Beachtung der lehrortübergreifenden Sicherung der Ausbildungsqualität.
2. Optimieren der Schnittstelle Volksschule-Berufsbildung.
3. Schaffen von genügend Lehrstellen im Bereich der zweijährigen Grundbildung mit Eidg. Berufsattest (EBA) und in der drei- und vierjährigen Grundbildung mit Eidg. Fähigkeitsausweis (EFZ).
4. Fördern von Angeboten und Massnahmen, die der Attraktivitätssteigerung der dualen Berufsbildung für leistungsstarke Jugendliche und der Nachholbildung nach Art. 31 und 32 der eidgenössischen Verordnung über die Berufsbildung dienen.
5. Förderung der Angebote der höheren Berufsbildung.
6. Optimierung der Berufs- und Laufbahnberatung von Erwachsenen durch Entwickeln zielgruppenspezifischer Angebote.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	34'344					
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	5'265'276	5'395'451	5'558'074	162'622	3%	
302	Löhne der Lehrkräfte	23'624		24'000	24'000	X	
304	Zulagen	52'401	54'428	39'332	-15'095	-28%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'067'410	973'826	1'016'899	43'073	4%	
309	Übriger Personalaufwand	61'184	72'180	53'180	-19'000	-26%	
310	Material- und Warenaufwand	402'899	564'240	466'310	-97'930	-17%	1
311	Nicht aktivierbare Anlagen	3'535	81'890	11'190	-70'700	-86%	2
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	729		800	800	X	
313	Dienstleistungen und Honorare	2'556'253	2'861'695	2'963'430	101'735	4%	2
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	577	1'610	1'490	-120	-7%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	48'719	45'210	49'670	4'460	10%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	133'758	155'270	130'410	-24'860	-16%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	74'859					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	586	650	650	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	2'775	2'890	2'890	0	0%	
370	Durchlaufende Beiträge	100'968	93'940	93'940	0	0%	
423	Schul- und Kursgelder	-122'820	-124'000	-124'000	0	0%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-20'400	-6'000		6'000	100%	
425	Erlös aus Verkäufen	-1'880					
426	Rückerstattungen	-1'017'272	-940'000	-1'020'000	-80'000	-9%	
440	Zinsertrag	-43					
470	Durchlaufende Beiträge	-100'968	-93'940	-93'940	0	0%	
	Total Aufwand	9'829'897	10'303'280	10'412'265	108'985	1%	
	Total Ertrag	-1'263'383	-1'163'940	-1'237'940	-74'000	-6%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	8'566'513	9'139'340	9'174'325	34'985	0%	

1 Im Budget 2012 sind die Umzugskosten des AfBB nach Muttenz (Valora) eingestellt. Diese Kosten entfallen 2013.

2 2013 findet eine Verschiebung von Lehrabschlussprüfungskosten in die Kontengruppe 313 statt.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Stipendien und Ausbildungsbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	12'375'764	12'525'000	13'000'000	475'000	4%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-852'000	-825'000	-825'000	0	0%	
check-in aprentas I und II	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	251'380	460'000	460'000	0	0%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-135'694	-293'000	-293'000	0	0%	
Berufswegbereitung (BWB)	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-147'833	-200'000	-158'500	41'500	21%	A
private Org. & überbetriebliche Kurse	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	4'435'697	5'169'600	4'567'400	-602'200	-12%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-415					
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-12'630					
Mentoring/Beiträge an BS	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	32'822	800		-800	-100%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-43'648	-60'000	-45'000	15'000	25%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		-1'500	-1'500	0	0%	
KIGA (seco)-Beitrag an RAV-Beratungen	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-128'490	-39'000	-114'000	-75'000	-192%	2
Bundesbeitrag an Berufsbildung	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-17'540'459	-17'900'000	-19'500'000	-1'600'000	-9%	3
Bundesbeitrag an „wie weiter?“	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-272'901	-270'000	-270'000	0	0%	
Vorzeitige Einführung Assistenz Gesundhe	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-38'500		-30'000	-30'000		X
Total Transferaufwand			17'095'663	18'155'400	18'027'400	-128'000	-1%	
Total Transferertrag			-19'172'570	-19'588'500	-21'237'000	-1'648'500	-8%	
Transfers (Netto)			-2'076'907	-1'433'100	-3'209'600	-1'776'500	-124%	

- 1 Im Budget 2012 ist ein einmaliger Beitrag von CHF 0.6 Mio. an den Ausbau des Ausbildungszentrums von Gastro BL enthalten.
- 2 Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung des AfBB und das KIGA rechnen mit einer Zunahme von Beratungen für RAV-Kunden. Damit wird auch den unerwartet hohen Einnahmen im 2011 (Budget CHF 54'000 / Rechnung CHF 128'490) Rechnung getragen.
- 3 Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) stellt den Kantonen nochmals einen höheren Bundesbeitrag in Aussicht. Ein Teil der Mehreinnahmen wird zur Deckung der Mehraufwände im 2501 (Schulabkommen) verwendet.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Bundesbeitrag an check-in aprentas	46	Transferertrag	-135'694					
zusätzliche Ausbildungsplätze	30	Personalaufwand	171'794					
VK check-in aprentas	36	Transferaufwand	251'380					
Berufswegbereitung (BWB)	30	Personalaufwand	725'843	771'501	711'281	-60'220	-8%	A
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	94'941	56'200	52'300	-3'900	-7%	A
	46	Transferertrag	-147'833	-200'000	-158'500	41'500	21%	A
		Total	672'951	627'701	605'081	-22'620	-4%	
Sicherung der Attest-Lehrstellen 2011-15	30	Personalaufwand	360'000		510'000	510'000		X 1

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
VK check-in aprentas II	36	Transferaufwand		460'000	460'000	0	0%	
	46	Transferertrag		-293'000	-293'000	0	0%	
		Total		167'000	167'000	0	0%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			1'603'958	1'287'701	1'733'581	445'880	35%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-283'527	-493'000	-451'500	41'500	8%	
Total Verpflichtungskredite (netto)			1'320'431	794'701	1'282'081	487'380	61%	

- 1 Der VK für die nachhaltige Sicherung der Attest-Lehrstellen bei der kantonalen Verwaltung (LRV 2008-327) wurde versehentlich nicht in das Budget 2012 aufgenommen. Der Gesamtkredit bewegt sich innerhalb des bewilligten Betrages.

Investitionen

Investitionsvorhaben	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
ÜK-Zentrum Holzbau	56	Eigene Inv.-Beitr.			500'000	500'000	X	1
Total Investitionsausgaben					500'000	500'000	X	
Total Investitionseinnahmen								
Total Nettoinvestitionen					500'000	500'000	X	

- 1 Beitrag an das geplante neue Ausbildungszentrum Holzbau für überbetriebliche Kurse in Liestal.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	44.6	44.9	44.9	0.0	0.0%

Jahresprogramm

2509.001 Stärkung der dualen Berufslehren

Die Umsetzung der Berufsbildungsreform (alle Grundbildungen erhalten neue Bildungsverordnungen und Lehrpläne) im Zusammenhang mit dem neuen Berufsbildungsgesetz ist inzwischen weit fortgeschritten: Rund zwei Drittel von total rund 70 bikantonalen Umsetzungsprojekten sind am Laufen oder bereits abgeschlossen. Mit der Reform der Wirtschaftsmittelschule, der kaufmännischen Grundbildung, der Berufsmaturität und der Ablösung der einjährigen Ausbildung zur Pflegeassistentin durch eine neue zweijährigen Grundbildung mit Attest im Gesundheits- und Sozialbereich stehen noch gewichtige Reformprojekte an. Bei der weiteren Implementierung des Berufsbildungsgesetzes ist einerseits weiterhin darauf zu achten, dass auch weniger anspruchsvolle Ausbildungen angeboten werden (Attestausbildungen). Andererseits sollen schulisch starke und leistungsfähige Jugendliche attraktive Ausbildungen im Rahmen einer Berufslehre absolvieren können, unter anderem durch die Förderung der Berufsmaturität.

A 2509.002 BerufsWegBereitung (Umsetzung Case Management Berufsbildung)

Mit dem Ziel, dass möglichst viele Jugendliche einen Abschluss auf der Sekundarstufe II erreichen, wurde das Projekt BerufsWegBereitung (BWB) erarbeitet, das sich in der Konsolidierungsphase befindet. Die Implementierung der BWB in den Schulen ist erfolgt, mit der Verordnung BerufsWegBereitung wurde eine Rechtsgrundlage geschaffen (SGS 640.65), Optimierungsbedarf besteht an der Nahtstelle Sekundarstufe I-II und bei der Begleitung von Lehrabbrüchen. Zentral für den Erfolg ist auch die enge Zusammenarbeit mit Sozialinstitutionen und diversen weiteren Stellen. Das Projekt BWB wird, auch im Hinblick auf die Weiterführung ab 2014, extern evaluiert.

2509.003 Nachholbildung

Das neue Berufsbildungsgesetz sieht für Erwachsene verschiedene Wege zum nachträglichen Erwerb des Fähigkeitszeugnisses vor. Gemeinsam mit den übrigen Kantonen des Bildungsraumes Nordwestschweiz (AG,

BS, SO) wurde für diese Klientel bei der Berufsberatung ein Eingangsportal geschaffen (www.eingangsportal.ch). Das Projekt wird evaluiert und 2012 abgeschlossen.

2509.004 Projekt „Zukunft Wirtschaftsmittelschule“

Um dem neuen Berufsbildungsgesetz zu genügen, musste die Wirtschaftsmittelschule (WMS) „dualisiert“ werden. Am Ende der vierjährigen Grundbildung, die mit einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) Kaufmann/Kauffrau sowie mit der kaufmännischen Berufsmaturität abgeschlossen wird, steht ein einjähriges Praktikum. Zur Generierung der Praktikumsstellen für das vierte Lehrjahr, die Begleitung der Lernenden im Praktikumsjahr und die Schulung der in den Praktikumsbetrieben Verantwortlichen sind zusätzliche personelle Ressourcen nötig. Die rechtlichen Grundlagen für die Reform der WMS wurden geschaffen, die Umsetzung erfolgt in enger Abstimmung mit dem Kanton Basel-Stadt. Der erste Durchgang nach neuem Konzept startete im Schuljahr 2011/12.

2509.005 Zusammenlegung des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung

Die für 2012 geplante Zusammenführung der drei Standorte des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB) im Valora-Gebäude in Muttenz ist nicht zu Stande gekommen. Mittelfristig soll dieses Ziel aber weiterverfolgt und die Zusammenführung an anderem geeigneten Standort realisiert werden.

2509.007 Positionierung und Förderung der Angebote der Höheren Berufsbildung

"Bisher kümmerte sich keine kantonale Dienststelle spezifisch um den Bereich Tertiär B (Höhere Fachschulen und Berufs- und Höhere Fachprüfungen). Folge: Es gibt zur Zeit nur drei Höhere Fachschulen im Kanton: Kantonale Techniker/innen-Schule für Informatik (KTSI), Höhere Fachschule für Wirtschaft (HFW) und (neu) Höhere Fachschule für Sozialpädagogik (HFS) agogis (zuständig für das Bildungszentrum Gesundheit (BZG) in Münchenstein ist der Kanton Basel-Stadt). Dabei ist die Bildungsrendite im Bereich Tertiär B viel höher als im Bereich Tertiär A (Universität, Fachhochschulen)."

2510 Berufsfachschulen

Auftrag und Zielsetzungen

Die kantonalen Berufsfachschulen (Gewerblich-industrielle Berufsfachschule (GIB) Liestal, GIB Muttentz, Berufsfachschule Gesundheit), die Berufsfachschulen privater Träger (Bildungszentrum kvBL, Berufsfachschule aprentas) und die berufsvorbereitenden Schulen (KVS, BVS2, SBA+) sind zuständig für die schulische Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen gemäss den Vorgaben des Bundes (Berufsbildungsgesetz, BBG) und des Kantons (Bildungsgesetz, Verordnung für die Berufsbildung usw.). Sie leisten durch eine an die individuellen Fähigkeiten ihrer Lernenden sowie Kursteilnehmenden und Studierenden angepasste berufliche Grund- und Weiterbildung einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der beruflichen Zukunft von Jugendlichen und Erwachsenen.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	17'670	24'800	24'510	-290	-1%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'713'665	3'049'074	2'807'148	-241'926	-8%	
302	Löhne der Lehrkräfte	21'491'688	21'087'840	21'553'650	465'810	2%	1
303	Temporäre Arbeitskräfte	41'953	361'000		-361'000	-100%	1
304	Zulagen	325'043	329'652	178'650	-151'003	-46%	2
305	Arbeitgeberbeiträge	4'469'649	4'298'391	4'709'664	411'273	10%	3
306	Arbeitgeberleistungen	12					
309	Übriger Personalaufwand	130'286	132'900	140'600	7'700	6%	
310	Material- und Warenaufwand	735'263	863'400	849'535	-13'865	-2%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	1'117'573	784'300	950'515	166'215	21%	4
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	3'324	5'500	5'500	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	764'852	738'330	769'600	31'270	4%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	72'319	60'500	84'900	24'400	40%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	143'420	107'000	123'000	16'000	15%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	206'238	200'000	196'500	-3'500	-2%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	600	500	500	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'662					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	1'131	1'550	550	-1'000	-65%	
423	Schul- und Kursgelder	-1'145'455	-958'000	-997'000	-39'000	-4%	
425	Erlös aus Verkäufen	-275'489	-300'000	-272'500	27'500	9%	
426	Rückerstattungen	-58'352	-61'000	-45'000	16'000	26%	
439	Übriger Ertrag		-7'500		7'500	100%	
440	Zinsertrag	-128	-350	-125	225	64%	
	Total Aufwand	32'236'345	32'044'736	32'394'821	350'085	1%	
	Total Ertrag	-1'479'423	-1'326'850	-1'314'625	12'225	1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	30'756'922	30'717'886	31'080'196	362'310	1%	

- Die Löhne für Sportlehrkräfte an der Berufsfachschule Gesundheit Münchenstein (BFG) werden inskünftig in der Kontengruppe 302 budgetiert und verbucht und nicht mehr in der Kontengruppe 303.
- Die Erziehungszulagen werden aus dem Prozentsatz des Lohnaufwandes durch das Personalkostenplanungs-System direkt berechnet.
- Diese Position wird aus dem Prozentsatz des Lohnaufwandes direkt durch die Personalkostenplanung berechnet.
- Die Aufwände in der Kontengruppe 31 (Sachaufwand) werden insgesamt um CHF 275'000 überschritten. An der Gewerblich-industriellen Berufsfachschule Muttentz (GIBM) wird ein Hardwarewechsel unumgänglich, nachdem dieser im Budgetprozess 2012 hinausgeschoben wurde.
Die Studiengänge aller höheren Fachschulen müssen an den neuen Rahmenlehrplan des BBT angepasst werden, so auch derjenige der Kantonalen Technikerinnen- und Technikerschule für Informatik (KTSI) der GIBM. Dafür werden Projektkosten von CHF 50'000 veranschlagt.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Bildungszentrum KV BL	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	36'856'226	36'027'000	35'530'000	-497'000	-1%	
aprentas	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	5'328'617	2'831'000	2'885'000	54'000	2%	
Mitgliederbeiträge	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	8'291	7'770	8'400	630	8%	
Lehrbetriebsbeiträge	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-77'000	-200'000	-160'000	40'000	20%	
zweckgebundene Mittel	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-1'630	-1'000	-2'500	-1'500	-150%	
Aufbau Praktikums-Management WMS	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			160'000	160'000		X 1
Total Transferaufwand			42'193'134	38'865'770	38'583'400	-282'370	-1%	
Total Transferertrag			-78'630	-201'000	-162'500	38'500	19%	
Transfers (Netto)			42'114'505	38'664'770	38'420'900	-243'870	-1%	

- 1 Im Rahmen der gemeinsamen Umsetzung der Wirtschaftsmittelschul-Reform in beiden Basel muss für das neue vierte Ausbildungsjahr ein Praktikums-Management aufgebaut werden. Die 2013 anfallenden Kosten von CHF 320'000 werden hälftig zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft aufgeteilt.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen (ohne Lehrpersonen)	27.8	26.3	26.3	0.0	0.0%
Anzahl Lehrpersonen (ausserhalb Soll-Stellenplan)	158.2	158.7	165.0	6.3	4.0%
Anzahl Vollstellen (inkl. Lehrpersonen)	186.0	185.0	191.3	6.3	3.4%

In den Berufsfachschulen sind die Anzahl Klassen stabil. Mit dem Landratsbeschluss 2011-296 wirkt sich die Massnahme BKSD-2 (Erhöhung Pflichtlektionen) erst per Schuljahr 2013/14 nur für 5 Monate aus (im Budget 2012 für 12 Monate). Zudem wird der Sportunterricht in der Berufsfachschule Gesundheit ab Schuljahr 2012/2013 neu mit eigenem Personal betrieben (kostenneutrale Verschiebung). Dies führt zu einer Erhöhung der Lehrpersonenvollstellen.

2511 Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote (AKJB) sichert betroffenen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen und ihren Familien den Zugang zu bedarfsgerechten und qualitativ hochstehenden Angeboten (R-Z-1). Es fördert die Koordination und Zusammenarbeit sowohl zwischen den staatlichen Stellen und den privaten Institutionen als auch der verschiedenen Einrichtungen untereinander. Es ist im Kanton Basel-Landschaft für die Planung, Entwicklung und Finanzierung von Leistungen der Behindertenhilfe in den Bereichen Wohnen, Arbeit und Tagesgestaltung sowie der stationären Kinder- und Jugendhilfe in Heimen (inklusive Sonderschulheime) zuständig. Es unterstützt Pflegefamilien als wichtigen Bestandteil der stationären Jugendhilfe (R-AK-4, BKSD 16, 17, 20, 21). Das AKJB schliesst mit den meist privat getragenen Einrichtungen Vereinbarungen ab, die den Leistungsauftrag, die Qualitätsentwicklung und die finanzielle Abgeltung regeln. Es überprüft im Finanz- und Leistungscontrolling die Leistungserfüllung und die Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen. Für den Bereich der Behindertenhilfe vollzieht es das Bundesgesetz IFEG. Zudem ist es für die Kinder- und Jugendförderung, die Schulsozialdienste der Sekundarstufen I und II, die familienergänzende Kinderbetreuung sowie die heilpädagogische Früherziehung verantwortlich. In der familienergänzenden Kinderbetreuung im Schulbereich entwickelt es die Mittagsbetreuung an den Sekundarschulen (BKSD –BBL-6/BKSD 13). Das AKJB erteilt die Bewilligung und führt die Aufsicht über die Heime für Kinder und Jugendliche (Schul- und Wohnheime), die Kindertagesstätten und die Heime für behinderte Erwachsene. Es stellt mit der Bewilligungsabklärung und einer regelmässigen Aufsicht eine Mindestqualität der Heime und Kindertagesstätten für Kinder, Jugendliche und behinderte Erwachsene sicher. Das AKJB ist die kantonale Verbindungsstelle zur interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE. Als kantonale Verbindungsstelle zum Bundesamt für Justiz erfüllt das AKJB in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt Aufgaben im Rahmen der Verfahren für Bau- und Betriebsbeiträge des Bundesamtes für Justiz an Einrichtungen für Minderjährige und junge Erwachsene. Das AKJB fördert zudem mit Beiträgen die Fahrten von Behinderten und mobilitätseingeschränkten Betagten (R-AK-4, R-M-2, BKSD 19).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	2'028	3'500	4'955	1'455	42%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'256'339	1'335'351	1'183'341	-152'010	-11%	1
304	Zulagen	12'239	13'205	14'116	911	7%	
305	Arbeitgeberbeiträge	191'594	236'558	207'424	-29'133	-12%	
309	Übriger Personalaufwand	959	10'000	12'000	2'000	20%	
310	Material- und Warenaufwand	9'654	9'900	10'750	850	9%	
313	Dienstleistungen und Honorare	119'502	400'000	441'435	41'435	10%	2
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	481		500	500	X	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	3'705	5'100	3'900	-1'200	-24%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	7'392	18'000	14'100	-3'900	-22%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	11'076					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	83					
370	Durchlaufende Beiträge	3'030'507	3'000'000	3'170'000	170'000	6%	
440	Zinsertrag	-14					
470	Durchlaufende Beiträge	-3'030'507	-3'000'000	-3'170'000	-170'000	-6%	
	Total Aufwand	4'645'559	5'031'614	5'062'521	30'907	1%	
	Total Ertrag	-3'030'521	-3'000'000	-3'170'000	-170'000	-6%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'615'038	2'031'614	1'892'521	-139'093	-7%	

- 1 Minus eine Stelle in Folge Übergabe der Sonderschulung an das Amt für Volksschulen und Anpassung der Budgetierung der Lohnkosten in Folge Pensionierungen und Stellenneubesetzungen.
- 2 Der Rhythmus für die Durchführung von Externen Evaluationen wurde erstreckt, sodass keine Kosten im Budget 2012 für Externe Evaluationen enthalten sind.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Sonderschulung	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	54'343'864	54'796'443	12'603'817	-42'192'626	-77%	1
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		-3'500'000		3'500'000	100%	1
Behindertenhilfe	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	67'417'690	69'047'641	69'483'105	435'464	1%	
Jugendhilfe	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	38'140'419	35'343'907	38'377'663	3'033'756	9%	2
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-86'730	-50'967	-51'575	-608	-1%	
Total Transferaufwand			159'901'973	159'187'991	120'464'585	-38'723'406	-24%	
Total Transferertrag			-86'730	-3'550'967	-51'575	3'499'392	99%	
Transfers (Netto)			159'815'244	155'637'024	120'413'010	-35'224'014	-23%	

- 1 Transfer der (externen) Sonderschulung an das Amt für Volksschulen. Die Sonderschulung wird neu ab 2013 im AVS budgetiert.
- 2 Wegfall von Aufwandminderungen durch Leistungsreduktion der Invalidenversicherung zu Lasten des Kantons, Zunahme der Heimunterbringungen in Kinder-, Jugend- und Schulheimen, Kostenerhöhung ausserkantonale Einrichtungen, übrige Faktoren: Zunahme der Kurzzeitbetreuung in Jugendheimen und Pflegefamilien, Zunahme der Kinder in Pflegefamilien.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Umsetzung Konzept Behindertenhilfe	30	Personalaufwand	57'320	53'751	38'500	-15'251	-28%	
	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	47'785	86'000	90'000	4'000	5%	
		Total	105'104	139'751	128'500	-11'251	-8%	
Total Verpflichtungskredite Aufwand			105'104	139'751	128'500	-11'251	-8%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			105'104	139'751	128'500	-11'251	-8%	

Kennzahlen

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Sonderschulung (in Tausend Franken)					
Ausserschulische Betreuung	1'199	1'425		-1'425	-100
Integrative Sonderschulung	7'159	6'705		-6'705	-100
Fahrtkosten	4'575	4'408	144	-4'264	-96.73
Fahrtkosten Heilpädagogische Früherziehung	51	69	62	-7	-10.14
Heilpädagogische Früherziehung	1'377	1'643	1'436	-207	-12.6
Psychomotoriktherapie	1'363	1'309		-1'309	-100
Beratung + Dienstleistung Sonderschule	90	56	81	25	44.64
Medizinisch, ambulante Logopädie	16				
Schulkosten Externat und in Heimen	38'515	39'331	10'881	-28'450	-72.33
Jugendhilfe (in Tausend Franken)					
Unterbringung in Heime	36'394	33'541	36'535	2'994	8.93
Unterbringung in Pflegefamilien	1'420	1'502	1'541	39	2.6
Betrag an Pflegefamiliendienst	250	250	250	0	0

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Behindertenhilfe (in Tausend Franken)					
Betreutes Wohnen u. betreute Tagesgestaltung	47'545	50'620	49'183	-1'437	-2.84
Begleitete Arbeit	18'449	18'307	18'767	460	2.51
Fahrten für Behinderte	1'284	1'303	1'365	62	4.76
Beratung + Dienstleistung (Behindertenhilfe)	139	168	168	0	0

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	9.1	10.7	9.7	-1.0	-9.4%

Mit dem Transfer des Aufgabenbereichs integrative Sonderschulung wird auch eine Stelle in das Amt für Volksschulen verschoben.

Jahresprogramm

2511.002 Bedarfsplanung der Leistungsangebote der Einrichtungen der Behindertenhilfe BS/BL

Die Bedarfsplanung über die Leistungsangebote der Einrichtungen der Behindertenhilfe für die Jahre 2014 bis 2016 wird gemeinsam mit Basel-Stadt erarbeitet und im Jahr 2013 in einer Regierungsratsvorlage den Kantonsregierungen zur Genehmigung unterbreitet (RP 2012 - 2015: BKSD-Z-3).

2511.003 Tagesstätte für Hirnverletzte

Die Tagesstätte ist bis Ende 2013 betriebsbereit konzipiert oder hat bis Ende 2013 ihren Betrieb aufgenommen (RP 2012 - 2015: BKSD-Z-3).

2511.004 Fahrten von Behinderten und mobilitätseingeschränkten Betagten

Das im Jahr 2012 eingeführte neue Konzept wird konsolidiert. Die Entwicklung der Fahrgastzahlen und Nutzung des Angebotes werden bewertet. Bei Anpassungen im öffentlichen Verkehr sollen die Fahrten für Behinderte und mobilitätseingeschränkte Betagte als ergänzendes Angebot mitgeplant oder die jeweiligen Planungen koordiniert werden (RP 2012 - 2015: R-AK-4, R-M-2, BKSD 19).

2511.006 Bedarfsorientierte Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung im Schulbereich

Um das Ziel von bedarfsorientierten Angeboten der familienergänzenden Kinderbetreuung im Schulbereich zu erreichen, wird in Koordination mit dem Frühbereich eine neue Landratsvorlage erarbeitet (RP 2012 - 2015: BKSD -BBL-6, BKSD 13).

2511.007 Fertigstellung des Konzeptes Kinder- und Jugendhilfe

Das Konzept Kinder- und Jugendhilfe formuliert zehn Handlungsempfehlungen, welche in entsprechenden Projekten umgesetzt werden sollen. Zielrichtungen sind die Verbesserung der Koordination in Kinder- und Jugendfragen im Kanton, flächendeckende Beratungsangebote für Heranwachsende und Erziehende, für Kinder und Jugendliche (im Speziellen die Schulsozialarbeit) sowie eine Neuregelung und Finanzierung der Angebote der ambulanten Kinder- und Jugendhilfe (BKSD 16). Zudem ist die Einführung einer Indikationsüberprüfung als Instrument für die Steuerung des bedarfsgerechten Leistungsbezuges in Heimen geplant (RP 2012 - 2015: R-SH-1, FKD-SH-2).

2511.008 Gemeinsame Bedarfsplanung BS / BL der stationären Kinder- und Jugendhilfe

Vorlage des Planungsberichtes und Genehmigung durch die Kommission gemeinsame Planung, Jugend- und Behindertenhilfe Basel-Stadt und Basel-Landschaft (RP 2012 - 2015: R-AK-4, BKSD 21).

2511.009 Gemeinsame Umsetzung des Konzeptes Behindertenhilfe mit Basel-Stadt

Das Instrument für Erfassung und Bemessung des individuellen Bedarfs (VIBEL) ist bis Ende 2013/Anfang 2014 validiert und steht im Laufe des Jahres 2014 praxistauglich für die Erprobung in Piloteinrichtungen bereit (RP 2012 - 2015: R-AK-4, BKSD 17 und 20).

2512 Amt für Kultur

Auftrag und Zielsetzungen

Das Amt für Kultur besteht aus der Kulturkonferenz, der alle Leitenden der vier kulturellen Hauptabteilungen angehören. Es koordiniert im Wesentlichen die kulturellen Anliegen. Die Leitung der Dienststelle rotiert jeweils für 2 Jahre unter den Leitern der Hauptabteilungen. Die kulturellen Hauptabteilungen sind operativ selbständig.

Die Hauptabteilung Kulturelles funktioniert als Drehscheibe und als Mittlerin zwischen den Fördergremien und den Kulturschaffenden und -produzenten. Sie ist die Geschäftsstelle für Fragen im Kunst- und Kulturförderungsbereich. Sie tritt auch als Initiantin oder Veranstalterin von eigenen Projekten in Erscheinung.

Die Kantonsbibliothek ist eine Grundeinrichtung für Bildung, Begegnung, Kultur und Freizeit. Mit ihren Angeboten und Dienstleistungen fördert sie die individuelle Bildung sowie das Bewusstsein für eigene und fremde Kulturen. Als gesellschaftlicher und kultureller Treffpunkt wirkt sie integrativ und fördert die Lese- und Medienkompetenz.

Die Hauptabteilung Archäologie und Museum ist verantwortlich für die Sicherung und Erhaltung ausgewählter naturgeschichtlicher und kulturhistorischer Denkmäler und Objekte sowie für die Erforschung und Vermittlung natur- und kulturhistorischer, aber auch zeitgenössischer Themen.

Die Hauptabteilung Römerstadt Augusta Raurica ist verantwortlich für die Erhaltung, Erforschung und Vermittlung der römischen Kolonialstadt und macht sie der Öffentlichkeit zugänglich. Mit Ausstellungen und Publikationen fördert sie das Verständnis für das archäologische Erbe.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	43'375	38'000	33'000	-5'000	-13%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	9'218'356	9'051'769	9'148'206	96'438	1%	
303	Temporäre Arbeitskräfte	100'100	260'792	260'792	0	0%	
304	Zulagen	123'170	107'613	89'466	-18'147	-17%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'719'010	1'619'779	1'578'705	-41'074	-3%	
309	Übriger Personalaufwand	26'754	6'000	22'000	16'000	267%	
310	Material- und Warenaufwand	2'103'581	2'070'500	1'986'000	-84'500	-4%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	251'812	294'200	245'600	-48'600	-17%	
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	20'223	3'000	17'000	14'000	467%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'192'106	922'430	1'083'630	161'200	17%	1
314	Baulicher Unterhalt	1'138'977	1'285'000	1'000'000	-285'000	-22%	1
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	81'542	158'501	97'501	-61'000	-38%	1
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	150'180	94'000	134'000	40'000	43%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	150'141	114'000	116'000	2'000	2%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'269		500	500	X	
341	Realisierte Kursverluste	4					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	6'204		2'000	2'000	X	
349	Verschiedener Finanzaufwand	4'082					
423	Schul- und Kursgelder		-8'000	-8'000	0	0%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-888'029	-1'102'000	-1'010'000	92'000	8%	
425	Erlös aus Verkäufen	-158'142	-191'500	-162'500	29'000	15%	
426	Rückerstattungen	-15'000	-5'000	-5'000	0	0%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-15'724		-2'000	-2'000	X	
439	Übriger Ertrag	-62'036	-29'000	-29'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-163					
447	Liegenschaftenertrag VV	-15'440	-23'500	-10'000	13'500	57%	
	Total Aufwand	16'330'884	16'025'584	15'814'401	-211'183	-1%	
	Total Ertrag	-1'154'534	-1'359'000	-1'226'500	132'500	10%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	15'176'350	14'666'584	14'587'901	-78'683	-1%	

- 1 Die Abweichungen resultieren im Wesentlichen daraus, dass das Budget 2013 auf Basis der Erkenntnisse der Vorjahre konsequent an die neue Kontierungspraxis auf Basis HRM2 angepasst wurde. Die Anpassungen erstrecken sich über verschiedene Aufwands- und Ertragskonten und sind in der Summe aufwandsneutral.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Archäologie & Museum	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	152'000	152'000	152'000	0	0%	
bibliothekarische Leistungen	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	18'812	10'000	10'000	0	0%	
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-7'080	-25'000	-25'000	0	0%	
archäologische Leistungen	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-826'865	-750'000	-750'000	0	0%	
Projektbeiträge Kultur	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'073'381	3'140'000	3'105'000	-35'000	-1%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-11'148	-14'000	-14'000	0	0%	
Kulturvertragspauschale	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	8'920'500	9'292'000	9'850'000	558'000	6%	1
Ruinensanierung Homburg	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-177'901					
Archäobiologie	361	Entschädigungen an Gemeinwesen	96'000	96'000	96'000	0	0%	
Verein Kulturraum Roxy 2010 - 2013	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	550'000	550'000	550'000	0	0%	
Sanierungsetappe 2013 Ruine Farnsburg	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten			-69'000	-69'000		X 2
Total Transferaufwand			12'810'693	13'240'000	13'763'000	523'000	4%	
Total Transferertrag			-1'022'994	-789'000	-858'000	-69'000	-9%	
Transfers (Netto)			11'787'700	12'451'000	12'905'000	454'000	4%	

1 Gemäss den erwarteten Steuereinnahmen wurde diese Position angepasst.

2 Aus Sicherheitsgründen soll die Sanierung der Schildmauer (Farnsburg) bald möglichst an die Hand genommen werden.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ruinensanierung Homburg	46	Transferertrag	-177'901					
Verein Kulturraum Roxy 2010 - 2013	36	Transferaufwand	550'000	550'000	550'000	0	0%	
Ruinensanierung Pfeffingen	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	153'262	750'000	750'000	0	0%	A
Sanierungsetappe 2013 Ruine Farnsburg	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand			275'000	275'000		X 1
	46	Transferertrag			-69'000	-69'000		X 1
		Total			206'000	206'000		X
Total Verpflichtungskredite Aufwand			703'262	1'300'000	1'575'000	275'000	21%	
Total Verpflichtungskredite Ertrag			-177'901		-69'000	-69'000		X
Total Verpflichtungskredite (netto)			525'361	1'300'000	1'506'000	206'000	16%	

1 Aus Sicherheitsgründen soll die Sanierung der Schildmauer (Farnsburg) bald möglichst an die Hand genommen werden.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	82.8	82.2	82.2	0.0	0.0%

Jahresprogramm

A 2512.001 Burgen und Ruinen

Nach erfolgreicher Sanierung der Homburg stehen mit der Ruine Pfeffingen die nächsten dringlichen Sicherungsarbeiten an. Im Frühjahr 2011 musste das Wahrzeichen der Burg, der Wohnturm, aus Sicherheitsgründen abgesperrt werden. Der Verpflichtungskredit für die Sanierung wurde 2010 vom Parlament bewilligt (LRV 2010/115). 2012 wurde mit einer ersten Etappe begonnen. (Zusammenleben in Baselland (Kultur und Freizeit, Identität); Auftritt und Kooperation (Standortmarketing)).

2512.002 Erhaltung und Erschliessung des Natur- und Kulturerbes

Die Fachstelle Archäologie und Museum benötigt einen sicheren Aufbewahrungsort für das bedeutende kultur- und naturgeschichtliche Archiv des Kantons. Zudem drängen sich Sicherungsmassnahmen zur Erhaltung und Erschliessung der bestehenden Sammlungen auf. (Zusammenleben in Baselland (Kultur und Freizeit, Identität); Basel-Bildungs-Landschaft (Grundlage); Innovation und Wertschöpfung).

2512.003 Lesezentren an den Sekundarschulen

Evaluation des Pilotprojektes an der Sekundarschule Waldenburgertal in Oberdorf. Entscheid für eine generelle Einführung von Lesezentren an allen Sekundarschulen im Kanton. (Zusammenleben in Baselland (Kultur und Freizeit, Identität); Basel-Bildungs-Landschaft).

2512.004 Anstatt eines Jubiläums

Im 175. Jubiläumsjahr der Kantonsbibliothek soll 2013 eine kantonsweite Leseförderungskampagne stattfinden. (Zusammenleben in Baselland (Kultur und Freizeit, Identität); Basel-Bildungs-Landschaft).

2512.005 Entwicklungskonzept Augusta Raurica

Der Landrat beauftragte den Regierungsrat, durch die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion ein Entwicklungskonzept für Augusta Raurica erarbeiten zu lassen und dieses dem Landrat vorzulegen (LRB 2009/082). Zusammen mit den Standortgemeinden Augst und Kaiseraugst wurde Mitte 2011 ein Schlussbericht in Form einer Landratsvorlage eingereicht, welcher die künftige Entwicklungsstrategie für Augusta Raurica und die Gemeinde Augst aufzeigt. Im Jahr 2012 sollen in Form einer Vorprojektierung die Machbarkeit dieser Entwicklungsstrategie geprüft und die Grundlagen für die weiteren Entwicklungsmassnahmen geschaffen werden. (Zusammenleben in Baselland (Kultur und Freizeit, Identität); Auftritt und Kooperation (Standortmarketing); Innovation und Wertschöpfung).

2512.006 Sammlungszentrum Augusta Raurica

Neueinrichtung der Arbeitsplätze und Auflösung der Einmietungen in Koordination mit der Bau- und Umweltschutzdirektion, Federführung Hochbauamt (Zusammenleben in Baselland (Kultur und Freizeit, Identität); Basel-Bildungs-Landschaft (Grundlage); Innovation und Wertschöpfung).

2512.007 Kulturleitbild und Kulturgesetz

Auf der Basis der Motionen 2003/090 und 2009/320 soll das Kulturgesetz - ergänzt durch ein Kulturleitbild BL 2012-2019 (zwei Legislaturperioden) - in Kraft gesetzt werden. (Basel-Bildungs-Landschaft; Zusammenleben in Baselland (Kultur und Freizeit, Identität)).

2512.008 Vermittlungsplattform Kulturelles in Schulen

Das bewährte Vermittlungsprogramm Kulturelles in Schulen (KIS) soll auf einer zeitgemässen, interaktiven Plattform positioniert werden. (Basel-Bildungs-Landschaft; Zusammenleben in Baselland (Kultur und Freizeit, Identität)).

2512.009 Kooperationsinitiative Museen (KIM.bl)

Die Fachstelle Archäologie und Museum unterstützt und entwickelt zusammen mit anderen musealen Institutionen und dem Kulturgüterschutz eine gemeinschaftliche Plattform für die Kulturgüter des Kantons Basel-Landschaft. (Zusammenleben in Baselland (Kultur und Freizeit, Identität); Basel-Bildungs-Landschaft (Grundlage); Innovation und Wertschöpfung; Auftritt und Kooperation (Standortmarketing)).

2513 Sportamt

Auftrag und Zielsetzungen

Das Sportamt hat den Auftrag, den Sport im Kanton differenziert für alle Bevölkerungs- und Altersgruppen zu fördern. Primär geht es darum, gute Rahmenbedingungen im Interesse von Sport und Bewegung zu setzen. Die Basis bilden die Handlungskonzepte im Jugendsport, Erwachsenensport und im Behindertensport. Im Zentrum steht die Organisation von sportfachbezogenen Aus-, Weiter- und Fortbildungskursen für Leitende der Sparten Jugendsport Baselland (JSBL), Jugend + Sport (J+S) sowie Erwachsenensport. Das Sportamt prüft und bewilligt die von ausgebildeten Leiterinnen und Leitern angemeldeten Sportkurse in J+S und JSBL. Das Sportamt setzt sich für die Förderung und Weiterentwicklung des Vereins- und Verbandssports ein, aber auch für die Anliegen des Schulsports, Individualsports, Breitensports und Leistungssports. Unterstützt werden auch Angebote im Bereich der allgemeinen Bewegungsförderung, mit dem Ziel, die Anzahl an regelmässig bewegungsaktiven Baselbieterinnen und Baselbietern zu erhöhen.

Die Verwaltung des Swisslos-Sportfonds gehört ebenso zum Aufgabenbereich, wie die Durchführung von Sportveranstaltungen, mit dem Ziel, das physische und psychische Wohlbefinden, die Leistungsfähigkeit sowie die Integration durch Sport zu fördern. Das Sportamt sorgt für die Umsetzung des Kantonalen Sportanlagen-Konzepts (KASAK). Als Drehscheibe der sportlichen Aktivitäten bietet das Sportamt kompetente Beratung für alle Belange im Zusammenhang mit Sport und Bewegung sowie der Planung und Realisierung von Sportanlagen an.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	3'423	4'000	5'000	1'000	25%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	912'259	972'538	985'059	12'521	1%	
304	Zulagen	6'919	6'353	2'372	-3'981	-63%	
305	Arbeitgeberbeiträge	176'743	197'286	198'024	738	0%	
309	Übriger Personalaufwand	1'367	1'700	5'000	3'300	194%	
310	Material- und Warenaufwand	57'142	50'900	62'300	11'400	22%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	22'777	12'000	24'000	12'000	100%	
313	Dienstleistungen und Honorare	748'098	707'350	801'500	94'150	13%	1
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	3'513	5'000	5'000	0	0%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	7'849	6'000	8'000	2'000	33%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	252'390	348'180	234'950	-113'230	-33%	2
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'000					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	1'065	1'500	1'000	-500	-33%	
423	Schul- und Kursgelder	-341'887	-337'000	-348'460	-11'460	-3%	
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-2'893	-3'000	-12'000	-9'000	-300%	
425	Erlös aus Verkäufen	-2'825	-1'000	-700	300	30%	
439	Übriger Ertrag	-9'032	-10'000	-9'500	500	5%	
440	Zinsertrag	-56		-50	-50	X	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-74'606	-139'430	-78'900	60'530	43%	3
	Total Aufwand	2'194'544	2'312'808	2'332'206	19'398	1%	
	Total Ertrag	-431'300	-490'430	-449'610	40'820	8%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'763'245	1'822'378	1'882'596	60'218	3%	

- 1 Durch die Übernahme der Koordinationsstelle der Leistungssportförderung vom Generalsekretariat zum Sportamt werden Ausgaben direktionsintern verlagert. Der Lehrgang Sportmanagement wird nur alle zwei Jahre durchgeführt. In einzelnen Sportarten werden auf Grund der grösseren Nachfrage zusätzliche J+S-Grundkurse angeboten.
- 2 Im Jahr 2012 verursacht die Durchführung des Jubiläumswochenendes "60 Jahre Baselbieter Team-OL" als Zweitagesanlass höhere Kosten. Der Baselbieter Team-OL 2013 weist ein tieferes Budget auf. Frei gewordene Mittel durch den Verzicht der Weiterführung der Schulsport-Awards werden für Massnahmen zur Förderung des Schulsports auf verschiedene Budgetpositionen (z.B. CHF +18'000 in die Kontengruppe 313) aufgeteilt.
- 3 Defizitübernahme des Baselbieter Team-OL durch den Swisslos-Sportfonds (Gegenkonto 317). Im Jahr 2012 verursacht die Durchführung des Jubiläumswochenendes "60 Jahre Baselbieter Team-OL" als Zweitagesanlass höhere Kosten. Der Baselbieter Team-OL 2013 weist ein tieferes Budget auf.

Transferaufwand und -ertrag

Transfer	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Ausbildungsbeiträge im Sport	361	Entschädigungen an Gemeinwesen		500	500	0	0%	
	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	309'873	509'500	372'500	-137'000	-27%	1
	461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-91'056	-113'000	-94'000	19'000	17%	
	463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-26'314	-37'000	-25'000	12'000	32%	
Sportprojekte	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	34'920	80'000	57'000	-23'000	-29%	
Mitgliederbeiträge Sportamt	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	1'560	1'750	1'550	-200	-11%	
Kasak II	363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-956'160					
Total Transferaufwand			-609'807	591'750	431'550	-160'200	-27%	
Total Transferertrag			-117'370	-150'000	-119'000	31'000	21%	
Transfers (Netto)			-727'177	441'750	312'550	-129'200	-29%	

1 Als Entlastungsmassnahme werden keine JSBL-Beiträge an kantonale, regionale und nationale Sportanlässe mehr geleistet - es resultiert eine Einsparung von CHF 150'000.

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredit	Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
Kasak II	36	Transferaufwand	-956'160					
Total Verpflichtungskredite Aufwand			-956'160					
Total Verpflichtungskredite Ertrag								
Total Verpflichtungskredite (netto)			-956'160					

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	8.6	8.4	9.4	1.0	11.9%

Die Leistungssportförderung wird aus dem Generalsekretariat ins Sportamt transferiert.

Jahresprogramm

2513.001 Umsetzung des Erwachsenensport-Konzepts

Im Erwachsenensport erfolgt die Förderung auf drei Ebenen. Erstens werden interessierte Personen gemäss den Vorgaben des Bundesamtes für Sport zu Leitenden im Erwachsenensport oder zu Vereinsmanagerinnen und Vereinsmanager ausgebildet. Zweitens werden die Sportangebote für Erwachsene weiter ausgebaut. Drittens haben Projekte und Massnahmen zum Ziel, bisher bewegungsinactive Erwachsene zu regelmässiger aktiver Bewegung zu animieren (RP 2012 - 2015: R-BBL-1: BKSD-BBL-3, BKSD-BBL-4, BKSD 8, BKSD 10; R-Z-1, BKSD-Z-4).

2513.002 Sportamt-Veranstaltungen

Die Integration durch Sport sowie die Werte wie Fairness, Leistung, Respekt, Anerkennung und Teamgeist können an Sportveranstaltungen, wie am „Spiel ohne Grenzen“ für Primarschulklassen, School Dance Award, Familiensporttag oder am Baselbieter Team-OL gefördert werden (RP 2012 - 2015: R-BBL-1, BKSD-BBL-4, BKSD

8; R-Z-1, BKSD-Z-4).

2513.003 Umsetzung des Jugendsportkonzepts

Das Jugendsportkonzept wird gemäss den Zielsetzungen und im Rahmen der Möglichkeiten (ohne Verpflichtungskredit) schrittweise umgesetzt. Gezielte Akzente werden im Bereich des freiwilligen Schulsports und des Vereinssports gesetzt. Flankierend dazu wird der Aus- und Weiterbildung der Leiterinnen und Leiter sowie der Sportunterricht erteilenden Lehrpersonen besondere Beachtung geschenkt (RP 2012 - 2015: R-BBL-1, BKSD-BBL-3, BKSD-BBL-4, BKSD 8 bis 10; R-Z-1, BKSD-Z-4).

2514 Kindergärten und Primarschulen

Auftrag und Zielsetzungen

Gemäss § 93 des Bildungsgesetzes trägt der Kanton sämtliche Kosten der vom Bildungsrat beschlossenen Lehrmittel.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	3'378		6'000	6'000	X	
302	Löhne der Lehrkräfte	-81'475					
304	Zulagen	1'889					
305	Arbeitgeberbeiträge	27'833					
309	Übriger Personalaufwand	109					
310	Material- und Warenaufwand	1'088'922	1'019'000	873'000	-146'000	-14%	1
313	Dienstleistungen und Honorare	178					
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'478					
319	Verschiedener Betriebsaufwand	1'000					
	Total Aufwand	1'044'311	1'019'000	879'000	-140'000	-14%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'044'311	1'019'000	879'000	-140'000	-14%	

1 Der Lehrmittelaufwand unterliegt insbesondere durch die Einführung neuer Lehrmittel jährlichen Schwankungen.

Gerichte

GER

Gesamtübersicht Budget

Ertragsseitig können unter den Entgelten (42) höhere Gerichtskostenerträge in Aussicht gestellt werden, da die Abschlusszahlen des Rechnungsjahres 2011 sowie die Erkenntnisse aus der laufenden Erfolgsrechnung 2012 diese Entwicklung unterstreichen.

In der Kostenart Verschiedene Erträge (43) wird durch die aktive Bewirtschaftung zur Rückführung von unentgeltlich gewährten Prozessführungen mit einem Mehrertrag gerechnet.

Erfolgsrechnung

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
30 Personalaufwand	21'638'202	22'802'911	22'846'351	43'440	0%
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	9'655'378	9'804'800	10'046'800	242'000	2%
34 Finanzaufwand	9'785	13'200	13'050	-150	-1%
42 Entgelte	-8'676'552	-7'558'350	-8'438'400	-880'050	-12%
43 Verschiedene Erträge	-497'926	-250'000	-300'000	-50'000	-20%
44 Finanzertrag	-640	-940	-970	-30	-3%
Total Aufwand	31'303'365	32'620'911	32'906'201	285'290	1%
Total Ertrag	-9'175'118	-7'809'290	-8'739'370	-930'080	-12%
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	22'128'247	24'811'621	24'166'831	-644'790	-3%

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	105.7	112.4	112.2	-0.2	-0.2%

Der Rückgang am Kantonsgericht BL von 46.1 auf 44.1 Vollstellen wird im selben Ausmass prozentual aufgestockt bei den Bezirksgerichten (Gerichtsschreiberstellen).

Innerhalb den Gerichten (Dienststellen 2600 - 2608) kommt es zu einer Reduktion von Total 0.2 Vollstellen. Dies resultiert aus der Auflösung des Verfahrensgerichts in Strafsachen per 30. April 2012.

2600 Kantonsgericht BL

Auftrag und Zielsetzungen

Das Kantonsgericht ist die oberste rechtsprechende Behörde des Kantons. Es übt die Aufsicht aus über die Friedensrichterämter und die Gerichte.

Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht:

Beschwerdeinstanz gegen Entscheidungen des Regierungsrates, der Gemeinden, kantonaler oder kommunaler Verwaltungen sowie gegen Entscheide des Steuer- und Enteignungsgerichts.

Abteilung Zivilrecht:

Berufungs- und Beschwerdeinstanz gegen Urteile der Bezirksgerichte und der Friedensrichter, einzige kantonale Instanz für gewisse Spezialmaterien (u.a. Immaterialgüter- und Kartellrecht), Rechtsmittelbehörde gegen Entscheide der Betreibungs- und Konkursämter.

Abteilung Strafrecht:

Berufungsinstanz gegen Urteile des Straf- und Jugendgerichts; Beschwerdeinstanz gegen Verfahrenshandlungen, Verfügungen und Beschlüsse der Polizei, der Staatsanwaltschaft, des Straf- und Jugendgerichts sowie des Zwangsmassnahmengerichts. Revisionsinstanz. Sekretariat der Anwaltsaufsichtskommission.

Abteilung Sozialversicherungsrecht:

Beurteilung von Beschwerden und Klagen in den Bereichen AHV, IV, BVG, UVG, KVG, EL, EO, ALV, Familienzulagen und Prämienverbilligung. Sekretariat der Anwaltsprüfungskommission.

Justizverwaltung:

Die Justizverwaltung ist Stabsstelle / Generalsekretariat der Judikative und unterstützt alle Gerichte in administrativen Belangen (Personal, Finanzen, Informatik, Infrastruktur, Information / Kommunikation). Zentralbehörde für internationale Rechtshilfe in Zivilstreitigkeiten. Zuständig für den Gerichtsweibeldienst.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	1'761'836	1'752'000	1'782'000	30'000	2%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	6'744'616	7'621'771	7'214'112	-407'659	-5%	
304	Zulagen	76'010	60'053	69'345	9'291	15%	
305	Arbeitgeberbeiträge	1'502'214	1'458'678	1'563'655	104'977	7%	
309	Übriger Personalaufwand	22'840	65'000	64'800	-200	0%	
310	Material- und Warenaufwand	208'077	200'000	200'000	0	0%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	499'352	398'000	363'000	-35'000	-9%	1
313	Dienstleistungen und Honorare	886'444	1'034'000	1'069'000	35'000	3%	2
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	78'634	75'000	71'000	-4'000	-5%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	785'609	775'000	800'000	25'000	3%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	121'334	152'000	142'000	-10'000	-7%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	669	1'000	1'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-1'833'202	-1'820'000	-2'075'000	-255'000	-14%	3
426	Rückerstattungen	-20'852	-4'000	-20'000	-16'000	-400%	4
427	Bussen	-15'350	-20'000	-15'000	5'000	25%	
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-497'926	-250'000	-300'000	-50'000	-20%	5
440	Zinsertrag	-72	-100	-100	0	0%	
	Total Aufwand	12'687'635	13'592'502	13'339'911	-252'591	-2%	
	Total Ertrag	-2'367'402	-2'094'100	-2'410'100	-316'000	-15%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	10'320'233	11'498'402	10'929'811	-568'591	-5%	

GER

1 Bei Neuanschaffungen von Maschinen- und Bürogeräten können CHF 5'000 eingespart werden. Weitere CHF 30'000 fallen auf Einsparnisse bei der Hardware an.

- 2 Ein Bundesgerichtsentscheid von 2011 führt dazu, dass bei ungenügenden Abklärungen anlässlich von Invalidenverfahren das Gericht (Abteilung Sozialversicherungsrecht) zusätzliche Gerichtsgutachten in Auftrag geben muss. Die daraus entstehenden Kosten müssen durch das Gericht bezahlt werden und fliessen zeitlich verzögert durch die Ausgleichskasse zurück.
- 3 Der Gerichtskostenertrag kann nach oben angepasst werden, da aufgrund der Rechnungszahlen 2011 und die Hochrechnungen 2012 auf diesen, zu erwartenden Budgetbetrag hinweisen. Zusätzlich positiv beeinflusst wird diese Position durch die Pauschalisierung von Rückerstattungen von Dienstleistungen sowie der Rückzahlung von bezahlten Gerichtsgutachten durch die Ausgleichskasse.
- 4 Diese Position beinhaltet primär die Rückerstattungen von Dolmetscherkosten. Der zu erwartenden Betrag dürfte sich auf Niveau der Rechnung 2011 einstellen.
- 5 Durch die aktive Bewirtschaftung zur Rückforderung von seinerzeit gewährten, unentgeltlichen Prozessführungen ist von einem entsprechenden Mehrertrag auszugehen.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	40.3	46.1	44.1	-2.0	-4.3%

Im Sollstellenplan 2012 sind im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Zivilprozessordnung (ZPO) zentral 200 Stellenprozent für Gerichtsschreiberstellen enthalten. Diese sind im Sollstellenplan 2013 auf die fünf Bezirksgerichte prozentual verteilt (Dienststellen 2604 - 2608).

2601 Straf- und Zwangsmassnahmengericht sowie Jugendgericht

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Anklagen der Staatsanwaltschaft und der Jugendanwaltschaft sowie von Einsprachen gegen Strafbefehle der Staatsanwaltschaft und der Jugendanwaltschaft. Für die Anordnung der Untersuchungs- und der Sicherheitshaft sowie für die Anordnung oder Genehmigung weiterer Zwangsmassnahmen gemäss Schweizerischer Straf- und Jugendstrafprozessordnung ist das Zwangsmassnahmengericht zuständig. Das Kantonsgericht, Abteilung Strafrecht, ist Berufungsinstanz gegen Urteile des Strafgerichts bzw. Beschwerdeinstanz gegen Verfahrenshandlungen sowie gegen die nicht der Berufung unterliegenden Entscheide des Strafgerichts und des Zwangsmassnahmengerichts, ausserdem ist die Abteilung Strafrecht Revisionsinstanz. Das Strafgericht und das Jugendgericht sind Rechtsmittelinstanz gegen gemeinderätliche Urteile.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	492'961	650'000	650'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	3'486'887	3'783'052	3'840'090	57'038	2%	
304	Zulagen	44'544	37'955	43'096	5'141	14%	
305	Arbeitgeberbeiträge	640'241	776'032	729'543	-46'489	-6%	
309	Übriger Personalaufwand	14'925	16'500	16'500	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	57'805	60'000	70'000	10'000	17%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'216'454	1'498'000	1'272'500	-225'500	-15%	1
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	9'481	12'500	12'500	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	1'954'400	1'360'000	1'720'000	360'000	26%	2
319	Verschiedener Betriebsaufwand	142'884	160'000	150'000	-10'000	-6%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	3'496	3'500	3'500	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-2'663'475	-2'000'000	-2'300'000	-300'000	-15%	3
426	Rückerstattungen	-2'452	-350	-1'900	-1'550	-443%	
427	Bussen	-217'920	-250'000	-250'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-38	-80	-50	30	38%	
	Total Aufwand	8'064'077	8'357'539	8'507'729	150'189	2%	
	Total Ertrag	-2'883'885	-2'250'430	-2'551'950	-301'520	-13%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	5'180'192	6'107'109	5'955'779	-151'331	-2%	

- Die Differenz fällt einerseits auf tiefer zu erwartende Auslagen im Bereich der untentgeltlichen Prozessführungen an und andererseits ist ebenfalls von tieferen Untersuchungskosten auszugehen. Der Voranschlag 2012 wurde als zu pessimistisch eingeschätzt.
- Der Wertberichtigungsbedarf ist relativ schwierig budgetierbar und kann grossen Schwankungen unterworfen sein, insbesondere im Strafrechtsbereich. Bei der Aufnahme von Debitoren in den Geschäftsbüchern haben Abschreibungen oder Erlasse daraus erst später Auswirkungen. In Anlehnung zu den Rechnungszahlen 2011 ist eine Erhöhung angebracht.
- Bei der Vereinnahmung von Gerichtsgebühren ist von einem deutlich höheren Ertrag auszugehen. Erfreulicherweise hat dieser Posten in den letzten Jahren einen steten Zuwachs erfahren. Die Hochrechnungen des aktuellen Kalenderjahres bestätigen diese Entwicklung.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	26.2	28.0	28.0	0.0	0.0%

2602 Verfahrensgericht in Strafsachen

Auftrag und Zielsetzungen

Auflösung des Verfahrensgerichts. Bearbeiten der noch hängigen Verfahrensbeschwerden und Beschwerden gegen Verfahrenseinstellungen bzw. Verzicht auf Verfahrenseröffnungen sowie Beschwerden betreffend Entschädigung für ungerechtfertigte Strafverfolgung.

Das Verfahrensgericht in Strafsachen wurde Ende April 2012 aufgelöst.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	35'683	10'000		-10'000	-100%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	199'608	56'271		-56'271	-100%	
304	Zulagen	3'182					
305	Arbeitgeberbeiträge	16'013	13'522		-13'522	-100%	
309	Übriger Personalaufwand	80					
310	Material- und Warenaufwand	3'303	500		-500	-100%	
313	Dienstleistungen und Honorare	2'971	500		-500	-100%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	176	1'000		-1'000	-100%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	13'705	8'000		-8'000	-100%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	124					
421	Gebühren für Amtshandlungen	-30'197	-8'000		8'000	100%	
426	Rückerstattungen	-1'599					
440	Zinsertrag	-14					
	Total Aufwand	274'845	89'794		-89'794	-100%	
	Total Ertrag	-31'810	-8'000		8'000	100%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	243'035	81'794		-81'794	-100%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	1.2	0.2		-0.2	-100.0%

Das Verfahrensgericht in Strafsachen wurde per 30. April 2012 aufgelöst.

2603 Steuer- und Enteignungsgericht

Auftrag und Zielsetzungen

Abteilung Steuergericht:

Beurteilung von Rekursen gegen Einspracheentscheide der Steuerverwaltung betreffend der Staatssteuer (inkl. Handänderungs-, Grundstückgewinn- sowie Erbschafts- und Schenkungssteuer) sowie von Beschwerden betreffend der direkten Bundessteuer und gegen Einspracheentscheide des Amtes für Militär- und Bevölkerungsschutz betreffend des Wehrpflichtersatzes (Weiterzug an Kantonsgericht Abt. Verfassungs- und Verwaltungsrecht möglich).

Abteilung Enteignungsgericht:

Rechtsmittelinstanz für Beschwerden gegen Verfügungen des Kantons und der Gemeinden betreffend Erschliessungsabgaben (bspw. Wasser, Kanalisation, Strassen, Grossgemeinschaftsantennenanlage). Beurteilung von Entschädigungen aus formeller und materieller Enteignungen sowie von Gesuchen betreffend vorzeitige Besitzeinweisung des Gemeinwesens (Weiterzug an Kantonsgericht Abt. Verfassungs- und Verwaltungsrecht möglich).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	68'550	70'000	80'000	10'000	14%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	645'859	661'051	705'116	44'065	7%	
304	Zulagen	3'953	3'953	3'953	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	124'483	114'662	120'933	6'271	5%	
309	Übriger Personalaufwand	380	4'000	4'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	31'584	40'000	40'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	5'690	25'000	25'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'827	3'200	3'200	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen		10'000	10'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	173	1'000	1'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-46'470	-50'000	-50'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-260	-1'500	-1'500	0	0%	
440	Zinsertrag	-50	-100	-100	0	0%	
	Total Aufwand	883'500	932'867	993'202	60'335	6%	
	Total Ertrag	-46'780	-51'600	-51'600	0	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	836'720	881'267	941'602	60'335	7%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	5.5	5.7	5.7	0.0	0.5%

2604 Bezirksgericht Arlesheim

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Zivilprozessen (Eheschutz und Ehescheidung, Forderungen, Nachbarrecht, Erbrecht, Arbeitsrecht, Miete, etc.) und schuldbetreibungsrechtlichen Prozessen (Rechtsöffnung, Konkursöffnung etc.), zum Teil nach vorherigem Schlichtungsverfahren beim Friedensrichteramt oder vor einer sonstigen Schlichtungsbehörde (Berufung bzw. Beschwerde an Kantonsgericht Abt. Zivilrecht teilweise möglich). Direkt vor das Bezirksgericht, d.h. ohne Anrufen des Friedensrichteramtes, sind u.a. folgende Streitigkeiten zu bringen: Klagen auf Ehescheidung, Eheschutzverfahren, Rechtsöffnungsbegehren, Streitigkeiten aus Arbeitsrecht. Streitigkeiten aus Wohn- und Geschäftsraummiete oder wegen geschlechtsbezogener Diskriminierung am Arbeitsplatz sind zunächst bei den entsprechenden Schlichtungsstellen in Liestal anzuheben (Weiterzug an Bezirksgerichte möglich).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	122'903	150'000	120'000	-30'000	-20%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	2'293'470	2'341'720	2'423'341	81'621	3%	1
304	Zulagen	27'011	20'360	20'360	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	414'191	441'181	446'330	5'149	1%	
309	Übriger Personalaufwand	12'210	11'500	11'500	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	37'947	40'000	40'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	1'443'934	1'631'000	1'685'000	54'000	3%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	2'932	8'500	8'500	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	338'309	355'000	355'000	0	0%	
341	Realisierte Kursverluste	5					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	2'867	5'000	5'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-1'939'820	-1'600'000	-2'000'000	-400'000	-25%	2
426	Rückerstattungen	-54'519	-148'000	-55'000	93'000	63%	3
440	Zinsertrag	-139	-350	-350	0	0%	
	Total Aufwand	4'695'778	5'004'262	5'115'032	110'771	2%	
	Total Ertrag	-1'994'479	-1'748'350	-2'055'350	-307'000	-18%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	2'701'300	3'255'912	3'059'682	-196'229	-6%	

- 1 Im Budget 2012 wurden am Kantonsgericht im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Zivilprozessordnung (ZPO) zentral Gerichtsschreiberstellen budgetiert. Im Voranschlag 2013 werden diese auf die fünf Bezirksgerichte prozentual verteilt (Dienststellen 2604 - 2608).
- 2 In den Gerichtsgebühren ist von einem Ertrag in der Grössenordnung der Rechnung 2011 auszugehen. Die ersten Monate des aktuellen Kalenderjahres bestätigen diese Tendenz.
- 3 Gemäss Verordnung über die Gebühren der Gerichte (Gebührentarif, GebT) werden Auslagen für Kanzleiaufwand sowie Post- und Telefongebühren pauschalisiert. Dies führt zu einem Minderertrag in der Kostenart 426 und dementsprechend zu einem höheren Ausweis in der Kostenart 421.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	16.7	16.9	17.7	0.8	4.7%

Prozentuale Erhöhung der Gerichtsschreiberstellen zulasten Sollstellenplan des Kantonsgerichts BL.

2605 Bezirksgericht Liestal

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Zivilprozessen (Eheschutz und Ehescheidung, Forderungen, Nachbarrecht, Erbrecht, Arbeitsrecht, Miete, etc.) und schuldbetreibungsrechtlichen Prozessen (Rechtsöffnung, Konkursöffnung etc.), zum Teil nach vorherigem Schlichtungsverfahren beim Friedensrichteramt oder vor einer sonstigen Schlichtungsbehörde (Berufung bzw. Beschwerde an Kantonsgericht Abt. Zivilrecht teilweise möglich). Direkt vor das Bezirksgericht, d.h. ohne Anrufen des Friedensrichteramtes, sind u.a. folgende Streitigkeiten zu bringen: Klagen auf Ehescheidung, Eheschutzverfahren, Rechtsöffnungsbegehren, Streitigkeiten aus Arbeitsrecht. Streitigkeiten aus Wohn- und Geschäftsraummiete oder wegen geschlechtsbezogener Diskriminierung am Arbeitsplatz sind zunächst bei den entsprechenden Schlichtungsstellen in Liestal anzuheben (Weiterzug an Bezirksgerichte möglich).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	76'745	60'000	60'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	1'044'088	997'835	1'118'505	120'670	12%	1
304	Zulagen	12'522	9'488	13'046	3'558	38%	
305	Arbeitgeberbeiträge	265'138	179'406	203'622	24'216	14%	
309	Übriger Personalaufwand		4'500	4'500	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	25'581	20'000	25'500	5'500	28%	
313	Dienstleistungen und Honorare	789'761	725'500	743'000	17'500	2%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	1'166	3'300	2'000	-1'300	-39%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	170'471	195'000	175'000	-20'000	-10%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	971	1'200	1'000	-200	-17%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-796'527	-800'000	-800'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-14'915	-6'000	-6'500	-500	-8%	
440	Zinsertrag	-148	-100	-150	-50	-50%	
	Total Aufwand	2'386'443	2'196'229	2'346'174	149'945	7%	
	Total Ertrag	-811'591	-806'100	-806'650	-550	0%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'574'852	1'390'129	1'539'524	149'395	11%	

- 1 Im Budget 2012 wurden am Kantonsgericht im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Zivilprozessordnung (ZPO) zentral Gerichtsschreiberstellen budgetiert. Im Voranschlag 2013 werden diese nun auf die fünf Bezirksgerichte prozentual verteilt.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	8.2	7.9	8.5	0.6	7.6%

Prozentuale Erhöhung der Gerichtsschreiberstellen zulasten Sollstellenplan des Kantonsgerichts BL.

2606 Bezirksgericht Sissach/Gelterkinden

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Zivilprozessen (Eheschutz und Ehescheidung, Forderungen, Nachbarrecht, Erbrecht, Arbeitsrecht, Miete, etc.) und schuldbetreibungsrechtlichen Prozessen (Rechtsöffnung, Konkursöffnung etc.), zum Teil nach vorherigem Schlichtungsverfahren beim Friedensrichteramts oder vor einer sonstigen Schlichtungsbehörde (Berufung bzw. Beschwerde an Kantonsgericht Abt. Zivilrecht teilweise möglich). Direkt vor das Bezirksgericht, d.h. ohne Anrufen des Friedensrichteramtes, sind u.a. folgende Streitigkeiten zu bringen: Klagen auf Ehescheidung, Eheschutzverfahren, Rechtsöffnungsbegehren, Streitigkeiten aus Arbeitsrecht. Streitigkeiten aus Wohn- und Geschäftsraummiete oder wegen geschlechtsbezogener Diskriminierung am Arbeitsplatz sind zunächst bei den entsprechenden Schlichtungsstellen in Liestal anzuheben (Weiterzug an Bezirksgerichte möglich).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	18'370	38'000	38'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	505'468	491'246	509'832	18'585	4%	
304	Zulagen	12'335	12'335	8'936	-3'398	-28%	
305	Arbeitgeberbeiträge	115'583	93'916	95'224	1'308	1%	
309	Übriger Personalaufwand	1'180	2'500	2'500	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	17'016	16'000	16'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	309'632	381'000	410'600	29'600	8%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	243	2'100	2'000	-100	-5%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	60'605	100'000	100'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	688	700	700	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-580'259	-380'000	-400'000	-20'000	-5%	
426	Rückerstattungen	-8'962	-3'000	-1'500	1'500	50%	
440	Zinsertrag	-46	-50	-50	0	0%	
	Total Aufwand	1'041'119	1'137'797	1'183'792	45'994	4%	
	Total Ertrag	-589'267	-383'050	-401'550	-18'500	-5%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	451'852	754'747	782'242	27'494	4%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	3.3	3.3	3.4	0.1	3.0%

Prozentuale Erhöhung der Gerichtsschreiberstellen zulasten Sollstellenplan des Kantonsgerichts BL.

2607 Bezirksgericht Waldenburg

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Zivilprozessen (Eheschutz und Ehescheidung, Forderungen, Nachbarrecht, Erbrecht, Arbeitsrecht, Miete, etc.) und schuldbetreibungsrechtlichen Prozessen (Rechtsöffnung, Konkursöffnung etc.), zum Teil nach vorherigem Schlichtungsverfahren beim Friedensrichteramts oder vor einer sonstigen Schlichtungsbehörde (Berufung bzw. Beschwerde an Kantonsgericht Abt. Zivilrecht teilweise möglich). Direkt vor das Bezirksgericht, d.h. ohne Anrufen des Friedensrichteramtes, sind u.a. folgende Streitigkeiten zu bringen: Klagen auf Ehescheidung, Eheschutzverfahren, Rechtsöffnungsbegehren, Streitigkeiten aus Arbeitsrecht. Streitigkeiten aus Wohn- und Geschäftsraummiete oder wegen geschlechtsbezogener Diskriminierung am Arbeitsplatz sind zunächst bei den entsprechenden Schlichtungsstellen in Liestal anzuheben (Weiterzug an Bezirksgerichte möglich).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	13'730	15'000	15'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	234'255	225'597	246'394	20'797	9%	
304	Zulagen	4'823	4'823	5'219	395	8%	
305	Arbeitgeberbeiträge	32'761	32'498	36'295	3'797	12%	
309	Übriger Personalaufwand		1'500	2'000	500	33%	
310	Material- und Warenaufwand	17'440	12'000	17'500	5'500	46%	
313	Dienstleistungen und Honorare	108'920	103'200	143'200	40'000	39%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen		1'100	1'100	0	0%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	20'159	42'000	42'000	0	0%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	264	300	300	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-171'284	-165'000	-170'000	-5'000	-3%	
426	Rückerstattungen	-3'368	-1'000	-1'500	-500	-50%	
440	Zinsertrag	-45	-90	-90	0	0%	
	Total Aufwand	432'353	438'019	509'007	70'989	16%	
	Total Ertrag	-174'696	-166'090	-171'590	-5'500	-3%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	257'657	271'929	337'417	65'489	24%	

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	1.5	1.5	1.6	0.1	6.7%

Prozentuale Erhöhung der Gerichtsschreiberstellen zulasten Sollstellenplan des Kantonsgerichts BL.

2608 Bezirksgericht Laufen

Auftrag und Zielsetzungen

Beurteilung von Zivilprozessen (Eheschutz und Ehescheidung, Forderungen, Nachbarrecht, Erbrecht, Arbeitsrecht, Miete, etc.) und schuldbetreibungsrechtlichen Prozessen (Rechtsöffnung, Konkursöffnung etc.), zum Teil nach vorherigem Schlichtungsverfahren beim Friedensrichteramts oder vor einer sonstigen Schlichtungsbehörde (Berufung bzw. Beschwerde an Kantonsgericht Abt. Zivilrecht teilweise möglich). Direkt vor das Bezirksgericht, d.h. ohne Anrufen des Friedensrichteramtes, sind u.a. folgende Streitigkeiten zu bringen: Klagen auf Ehescheidung, Eheschutzverfahren, Rechtsöffnungsbegehren, Streitigkeiten aus Arbeitsrecht. Streitigkeiten aus Wohn- und Geschäftsraummiete oder wegen geschlechtsbezogener Diskriminierung am Arbeitsplatz sind zunächst bei den entsprechenden Schlichtungsstellen in Liestal anzuheben (Weiterzug an Bezirksgerichte möglich).

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	34'953	25'000	30'000	5'000	20%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	416'304	407'786	457'369	49'583	12%	1
304	Zulagen	2'076	1'898	2'372	474	25%	
305	Arbeitgeberbeiträge	73'594	78'319	86'863	8'544	11%	
309	Übriger Personalaufwand		2'000	2'000	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	9'652	9'000	10'000	1'000	11%	
313	Dienstleistungen und Honorare	243'188	295'700	276'700	-19'000	-6%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	212	1'700	500	-1'200	-71%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	37'481	50'000	45'000	-5'000	-10%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	528	500	550	50	10%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-264'864	-300'000	-280'000	20'000	7%	2
426	Rückerstattungen	-10'256	-1'500	-10'500	-9'000	-600%	
440	Zinsertrag	-87	-70	-80	-10	-14%	
	Total Aufwand	817'987	871'903	911'354	39'451	5%	
	Total Ertrag	-275'208	-301'570	-290'580	10'990	4%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	542'779	570'333	620'774	50'441	9%	

- 1 Im Budget 2012 wurden am Kantonsgericht im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Zivilprozessordnung (ZPO) zentral Gerichtsschreiberstellen budgetiert. Im Voranschlag 2013 werden diese auf die fünf Bezirksgerichte prozentual verteilt.
- 2 Die derzeitige Entwicklung in den Gerichtsgebührenerträgen lässt ein besseres Resultat als in der Rechnung 2011 erkennen, jedoch moderat tiefer als im Budget 2012 prognostiziert.

Personal

	besetzte Stellen per 31.12.2011	Sollstellenplan 2012	Sollstellenplan 2013	Abw. Absolut	Abw. %
Anzahl Vollstellen	2.8	2.8	3.2	0.4	14.3%

Prozentuale Erhöhung der Gerichtsschreiberstellen zulasten Sollstellenplan des Kantonsgerichts BL.

2611 Statthalteramt Sissach

Auftrag und Zielsetzungen

Per 1. Januar 2011 wechselt das Statthalteramt Sissach zur Sicherheitsdirektion; siehe Dienststelle 2450 Staatsanwaltschaft.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	17'212					
305	Arbeitgeberbeiträge	1'353					
	Total Aufwand	18'565					
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	18'565					

2614 Besonderes Untersuchungsrichteramt

Auftrag und Zielsetzungen

Per 1. Januar 2011 wechselt das Besondere Untersuchungsrichteramt zur Sicherheitsdirektion; siehe Dienststelle 2450 Staatsanwaltschaft.

Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	961					
305	Arbeitgeberbeiträge	102					
	Total Aufwand	1'063					
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung (ohne VK und Transfers)	1'063					

1. Funktionale Gliederung

Die anschliessend publizierte Funktionale Gliederung ist nach den Richtlinien des Harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden - HRM2 dargestellt. Sie gliedert alle Aufwands- und Ertragspositionen nach staatlichen Aufgabenfunktionen eines Gemeinwesens und ermöglicht eine andere Sichtweise auf Finanzdaten als die Gliederung nach den Verwaltungsorganisationseinheiten.

Die Funktionale Gliederung wird an dieser Stelle in aggregierter Form auf Ebene der zehn Hauptfunktionen dargestellt.

Funktion	Bezeichnung	Aufwand B2013	Ertrag B2013	Saldo B2013
0	Allgemeine Verwaltung	212'342'021	-103'451'239	108'890'781
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	242'740'001	-125'415'828	117'324'173
2	Bildung	748'622'701	-74'081'501	674'541'200
3	Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	44'827'775	-2'773'110	42'054'665
4	Gesundheit	341'691'280	-3'755'210	337'936'070
5	Soziale Sicherheit	521'109'155	-218'611'004	302'498'150
6	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	130'530'515	-15'606'000	114'924'515
7	Umweltschutz und Raumordnung	69'844'477	-56'667'047	13'177'430
8	Volkswirtschaft	86'587'297	-68'073'163	18'514'134
9	Finanzen und Steuern	104'356'150	-1'806'220'000	-1'701'863'850
	Summe	2'502'651'370	-2'474'654'102	27'997'268

2. Konsolidiertes Budget 2013

2.1 Erfolgsrechnung über alle Organisationseinheiten

		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
300	Behörden, Kommissionen und Richter	6'888'912	6'958'789	7'008'229	49'440	1%
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	628'316'565	322'019'423	321'454'348	-565'075	0%
302	Löhne der Lehrkräfte	200'462'261	193'837'600	195'976'318	2'138'718	1%
303	Temporäre Arbeitskräfte	409'947	766'792	405'792	-361'000	-47%
304	Zulagen	8'047'294	8'238'781	6'855'234	-1'383'546	-17%
305	Arbeitgeberbeiträge	186'658'221	91'906'434	93'346'796	1'440'362	2%
306	Arbeitgeberleistungen	8'672'947	7'256'800	6'947'800	-309'000	-4%
309	Übriger Personalaufwand	8'289'965	7'710'091	10'009'437	2'299'346	30%
30	Personalaufwand	1'047'746'112	638'694'709	642'003'954	3'309'245	1%
310	Material- und Warenaufwand	107'523'895	35'014'249	32'643'570	-2'370'679	-7%
311	Nicht aktivierbare Anlagen	40'293'117	26'214'558	25'028'085	-1'186'473	-5%
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	20'084'575	19'299'750	19'294'800	-4'950	0%
313	Dienstleistungen und Honorare	99'035'356	77'608'484	76'846'193	-762'291	-1%
314	Baulicher Unterhalt	36'378'602	29'873'300	29'870'500	-2'800	0%
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	18'460'828	10'587'587	10'880'897	293'310	3%
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb	20'252'529	26'745'984	26'313'770	-432'214	-2%
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	8'873'409	8'692'300	8'232'210	-460'090	-5%
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	23'891'027	26'962'000	25'531'200	-1'430'800	-5%
319	Verschiedener Betriebsaufwand	32'400'019	-349'900	-101'450	248'450	71%
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	407'193'358	260'648'312	254'539'775	-6'108'537	-2%
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	73'237'765	69'090'104	63'388'889	-5'701'215	-8%
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	73'237'765	69'090'104	63'388'889	-5'701'215	-8%
340	Zinsaufwand	29'669'741	29'344'500	28'724'600	-619'900	-2%
341	Realisierte Kursverluste	417'576	70'300	70'300	0	0%
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	5'320'026	763'833	1'966'733	1'202'900	157%
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	887'169	730'200	781'900	51'700	7%
344	Wertberichtigungen Anlagen FV	464'150				
349	Verschiedener Finanzaufwand	2'447'875	1'800'000	2'000'000	200'000	11%
34	Finanzaufwand	39'206'537	32'708'833	33'543'533	834'700	3%
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	24'023'856	1'880'000	23'234'000	21'354'000	>1000%
351	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	268'496	20'230'000	56'500	-20'173'500	-100%

		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
35	Übertrag Fonds / StaatsRG	24'292'353	22'110'000	23'290'500	1'180'500	5%
360	Ertragsanteile an Dritte	2'260'301	2'586'271	2'751'900	165'629	6%
361	Entschädigungen an Gemeinwesen	93'448'463	158'453'550	98'112'600	-60'340'950	-38%
362	Finanz- und Lastenausgleich	26'641'440	33'643'000	27'064'000	-6'579'000	-20%
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	984'566'549	1'151'953'611	1'266'689'588	114'735'977	10%
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV	2'196'025				
366	Eigene Investitionsbeiträge	58'862'624	60'600'000		-60'600'000	-100%
36	Transferaufwand	1'167'975'402	1'407'236'432	1'394'618'088	-12'618'344	-1%
370	Durchlaufende Beiträge	92'134'751	87'611'856	91'091'948	3'480'092	4%
37	Durchlaufende Beiträge	92'134'751	87'611'856	91'091'948	3'480'092	4%
380	Ausserordentlicher Personalaufwand	2'012'017				
389	Einlagen in das Eigenkapital	2'085'354				
38	Ausserordentlicher Aufwand	4'097'371				
390	Int Fakturen Material- und Warenbezüge	25'766				
391	Int Fakturen Dienstleistungen	15'486'808	91'553	23'227	-68'326	-75%
392	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungsko	159'953	184'469	151'447	-33'022	-18%
39	Interne Fakturen	15'672'527	276'022	174'674	-101'348	-37%
3	Aufwand	2'871'556'174	2'518'376'269	2'502'651'361	-15'724'908	-1%
400	Direkte Steuern natürliche Personen	-1'146'087'247	-1'146'500'000	-1'213'000'000	-66'500'000	-6%
401	Direkte Steuern juristische Personen	-186'232'073	-169'260'000	-173'985'000	-4'725'000	-3%
402	Übrige Direkte Steuern	-78'905'616	-85'000'000	-87'000'000	-2'000'000	-2%
403	Besitz- und Aufwandsteuern	-103'099'730	-103'400'000	-103'400'000	0	0%
40	Fiskalertrag	-1'514'324'666	-1'504'160'000	-1'577'385'000	-73'225'000	-5%
410	Regalien	-76'252	-87'000	-80'000	7'000	8%
411	Schweizerische Nationalbank	-57'923'202	-23'200'000	-23'200'000	0	0%
412	Konzessionen	-7'525'829	-7'282'926	-7'363'283	-80'357	-1%
41	Regalien und Konzessionen	-65'525'283	-30'569'926	-30'643'283	-73'357	0%
421	Gebühren für Amtshandlungen	-74'578'847	-79'895'486	-80'745'530	-850'044	-1%
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-318'629'103	-864'211	-587'008	277'203	32%
423	Schul- und Kursgelder	-1'953'253	-1'744'000	-1'840'460	-96'460	-6%
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-9'186'444	-8'721'650	-8'498'550	223'100	3%
425	Erlös aus Verkäufen	-23'266'795	-23'820'210	-23'706'300	113'910	0%
426	Rückerstattungen	-6'179'021	-3'987'651	-3'328'800	658'851	17%
427	Bussen	-20'058'258	-32'011'220	-32'215'751	-204'531	-1%
429	Übrige Entgelte	-2'489'777	-2'000'000	-3'049'000	-1'049'000	-52%
42	Entgelte	-456'341'498	-153'044'428	-153'971'398	-926'970	-1%
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-43'880'936	-1'580'986	-1'361'368	219'618	14%
439	Übriger Ertrag	-289'716	-146'500	-198'500	-52'000	-35%
43	Verschiedene Erträge	-44'170'652	-1'727'486	-1'559'868	167'618	10%
440	Zinsertrag	-22'256'944	-24'170'079	-21'079'289	3'090'790	13%
441	Realisierte Gewinne FV	-11'368'547	-1'000'000	-1'000'000	0	0%
442	Beteiligungsertrag FV	-4'368	-3'000	-4'000	-1'000	-33%
443	Liegenschaftenertrag FV	-9'951'138	-8'960'000	-9'530'000	-570'000	-6%
444	Wertberichtigungen Anlagen FV	-80'030				
445	Finanzertrag aus Darl/Beteil des VV	-1'500'678	-1'595'000	-1'310'000	285'000	18%
446	Finanzertrag von öff Unternehmungen	-48'346'741	-55'120'000	-55'320'000	-200'000	0%
447	Liegenschaftenertrag VV	-15'028'830	-18'230'950	-13'112'100	5'118'850	28%
449	Übriger Finanzertrag	-1'768				
44	Finanzertrag	-108'539'045	-109'079'029	-101'355'389	7'723'640	7%
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-1'709'902	-851'930	-2'271'900	-1'419'970	-167%
451	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	-16'668'051	-19'056'496	-69'951'580	-50'895'084	-267%
45	Übertrag Fonds / StaatsRG	-18'377'953	-19'908'426	-72'223'480	-52'315'054	-263%
460	Ertragsanteile von Dritten	-138'300'226	-132'569'000	-138'999'000	-6'430'000	-5%
461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-83'288'970	-48'063'184	-65'059'050	-16'995'866	-35%
462	Finanz- und Lastenausgleich	-3'126'998		-1'225'000	-1'225'000	X
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-230'825'524	-275'446'834	-240'666'011	34'780'823	13%
469	Verschiedener Transferertrag	-333'339	-200'000	-300'000	-100'000	-50%
46	Transferertrag	-455'875'058	-456'279'018	-446'249'061	10'029'957	2%
470	Durchlaufende Beiträge	-92'134'751	-87'611'856	-91'091'948	-3'480'092	-4%
47	Durchlaufende Beiträge	-92'134'751	-87'611'856	-91'091'948	-3'480'092	-4%
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge	-17'780'004				

		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital	-63'897'277	-127'000'000		127'000'000	100%
48	Ausserordentlicher Ertrag	-81'677'281	-127'000'000		127'000'000	100%
490	Int Fakturen Material- und Warenbezüge	-3'432'938				
491	Int Fakturen Dienstleistungen	-12'088'950	-91'553	-23'227	68'326	75%
492	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungsko	-159'953	-184'469	-151'447	33'022	18%
49	Interne Fakturen	-15'681'841	-276'022	-174'674	101'348	37%
4	Ertrag	-2'852'648'029	-2'489'656'191	-2'474'654'102	15'002'089	1%
	Aufwand laufende Rechnung	2'871'556'174	2'518'376'269	2'502'651'361	-15'724'908	-1%
	Ertrag laufende Rechnung	-2'852'648'029	-2'489'656'191	-2'474'654'102	15'002'089	1%
	Saldo laufende Rechnung	18'908'146	28'720'078	27'997'259	-722'818	-3%

2.2 Investitionsrechnung über alle Organisationseinheiten

		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %
500	Grundstücke	25'985'521	50'000		-50'000	-100%
501	Strassen / Verkehrswege	108'815'916	137'280'000	143'220'000	5'940'000	4%
502	Wasserbau	2'777'458	3'400'000	3'350'000	-50'000	-1%
503	Übriger Tiefbau	9'796'733	17'170'000	17'970'000	800'000	5%
504	Hochbauten	253'667'434	82'950'000	70'590'000	-12'360'000	-15%
506	Mobilien	8'637'236				
50	Sachanlagen	409'680'298	240'850'000	235'130'000	-5'720'000	-2%
541	Kantone und Konkordate	6'140'000	5'300'000	38'000'000	32'700'000	617%
54	Darlehen	6'140'000	5'300'000	38'000'000	32'700'000	617%
551	Kantone und Konkordate	500'000				
555	Private Unternehmungen	3'138'525				
556	Private Organisationen ohne Erwerbszweck			11'000'000	11'000'000	X
55	Beteiligungen und Grundkapitalien	3'638'525		11'000'000	11'000'000	X
565	Private Unternehmungen			33'750'000	33'750'000	X
566	Private Organisationen ohne Erwerbszweck			44'000'496	44'000'496	X
56	Eigene Investitionsbeiträge			77'750'496	77'750'496	X
5	Investitionsausgaben	419'458'823	246'150'000	361'880'496	115'730'496	47%
600	Übertragung von Grundstücken	-227				
60	Übertragung von Sachanlagen in das FV	-227				
630	Bund	-5'610'830	-4'070'000	-3'950'000	120'000	3%
631	Kantone und Konkordate	-63'857'873	-37'550'000	-51'000'000	-13'450'000	-36%
632	Gemeinde und Gemeindezweckverbände	-748'824	-600'000	-5'900'000	-5'300'000	-883%
634	Öffentliche Unternehmungen	-2'118				
635	Private Unternehmungen	-40'747				
637	Private Haushalte	-125'921	-20'000	-50'000	-30'000	-150%
63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	-70'386'313	-42'240'000	-60'900'000	-18'660'000	-44%
654	Öffentliche Unternehmungen	-1'500'000				
65	Übertragung von Beteiligungen	-1'500'000				
6	Investitionseinnahmen	-71'886'540	-42'240'000	-60'900'000	-18'660'000	-44%
	Total Investitionsausgaben	419'458'823	246'150'000	361'880'496	115'730'496	47%
	Total Investitionseinnahmen	-71'886'540	-42'240'000	-60'900'000	-18'660'000	-44%
	Total Nettoinvestitionen	347'572'283	203'910'000	300'980'496	97'070'496	48%

3. Erfolgsrechnung nach Organisationseinheiten

	Total	KB Budget	FKD Budget	VGD Budget	BUD Budget	SID Budget	BKSD Budget	GER Budget
30 Personalaufwand	642'003'954	9'048'032	53'206'442	41'089'622	68'613'583	145'146'497	302'053'427	22'846'351
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	254'539'775	1'990'700	52'203'220	8'670'897	111'156'626	30'944'351	39'527'181	10'046'800
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	63'388'889				62'280'229	1'108'660		
34 Finanzaufwand	33'543'533	1'000	32'256'000	202'450	598'250	464'000	8'783	13'050
35 Einlagen in Fonds und Spez. -Finanz.	23'290'500		23'080'500	210'000				
36 Transferaufwand	1'394'618'088	1'351'432	399'652'718	349'344'448	97'048'900	20'549'600	526'670'990	
37 Durchlaufende Beiträge	91'091'948		26'643'300	56'393'000	3'221'708	1'570'000	3'263'940	
39 Interne Verrechnungen	174'674			174'674				
Total Aufwand	2'502'651'361	12'391'164	587'042'180	456'085'091	342'919'296	199'783'108	871'524'320	32'906'201
40 Fiskalertrag	-1'577'385'000		-1'577'385'000					
41 Regalien und Konzessionen	-30'643'283		-23'500'000		-6'393'283	-750'000		
42 Entgelte	-153'971'398	-901'000	-14'470'400	-4'494'860	-28'897'210	-89'537'421	-7'232'108	-8'438'400
43 Verschiedene Erträge	-1'559'868		-969'400	-151'600	-55'000	-43'368	-40'500	-300'000
44 Finanzertrag	-101'355'389		-72'978'800	-5'309'460	-22'756'490	-299'044	-10'625	-970
45 Entnahmen aus Fonds und Spez.-Finanz.	-72'223'480		-61'060'000	-157'500	-10'552'080	-315'000	-138'900	
46 Transferertrag	-446'249'061	-178'650	-300'615'534	-24'858'991	-50'002'414	-16'980'537	-53'612'935	
47 Durchlaufende Beiträge	-91'091'948		-26'643'300	-56'393'000	-3'221'708	-1'570'000	-3'263'940	
49 Interne Verrechnungen	-174'674		-23'227		-151'447			
Total Ertrag	-2'474'654'102	-1'079'650	-2'077'645'661	-91'365'411	-122'029'632	-109'495'370	-64'299'008	-8'739'370
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	27'997'259	11'311'514	-1'490'603'481	364'719'680	220'889'664	90'287'738	807'225'312	24'166'831

4. Fonds

9010 Fonds für regionale Infrastrukturvorhaben

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Eigenkapitals

Das Fondsvermögen ist für Investitionen und Beiträge an die regionale Infrastruktur zu verwenden. Über die einzelnen Projekte ist dem LR separat Antrag zu stellen.

Als Rechtsgrundlage gelten die folgenden beiden Landratsbeschlüsse: LRB 1049 vom 25. September 1997 und LRB 1300 vom 23. Juni 2005.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf einen Bestand von CHF 83'553'445.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	18'834	20'000	10'203	-9'797	-49%	
351	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	22'826'525	150'500	60'500'500	60'350'000	>1000%	
441	Realisierte Gewinne FV	-102'959	-110'000	-31'563	78'437	71%	
451	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	-268'496	-480'000	-56'234	423'766	88%	
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge			-60'500'000	-60'500'000	X	
	Total Aufwand	22'845'359	170'500	60'510'703	60'340'203	>1000%	
	Total Ertrag	-371'455	-590'000	-60'587'797	-59'997'797	<-1000%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	22'473'904	-419'500	-77'094	342'406	82%	

9020 Schulhausfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Das Vermögen ist für den Ankauf der Sekundarschulhäuser von den Gemeinden bestimmt.

Als Rechtsgrundlage gelten die Jahresrechnungen 1998, 1999 und 2000

- 1999/053 vom 23.03.1999
- 2000/067 vom 28.03.2000
- 2001/085 vom 27.03.2001

Diese Beschlüsse unterstanden dem fakultativen Finanzreferendum.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf einen Bestand von CHF 86'073'012.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	252'690	100'000	54'099	-45'901	-46%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	5'000	2'500	2'500	0	0%	
351	Übertrag Fonds EK / StaatsRG	3'907'540	19'055'996	9'451'580	-9'604'416	-50%	
441	Realisierte Gewinne FV	-545'903	-600'000	-167'351	432'649	72%	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-228'866	-280'000	-33'070	246'930	88%	
	Total Aufwand	4'165'230	19'158'496	9'508'179	-9'650'317	-50%	
	Total Ertrag	-774'768	-880'000	-200'421	679'579	77%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	3'390'462	18'278'496	9'307'758	-8'970'738	-49%	

9040 Neubau Kantonsspital Bruderholz

Zweck und Rechtsgrundlage

Vorfinanzierung des Eigenkapitals

Der Fonds wurde für die Finanzierung des Neubaus Kantonsspital Bruderholz gebildet.

Als Rechtsgrundlage gilt der Abschluss 2005, LRV 2006-086 Punkt 6 bzw. der LRB 1922 vom 22. Juni 2006 (CHF 150 Mio.) sowie der Abschluss 2006, LRV 2007-057 Punkt 5 bzw. LRB 2541 vom 21. Juni 2007 (CHF 65 Mio.). Beide Beschlüsse unterstanden dem fakultativen Finanzreferendum.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf einen Bestand von CHF 17'093'162.

Die Auflösung der Vorfinanzierung „Neubau Kantonsspital Bruderholz“ wird im Rahmen des Rechnungsabschluss 2012 geprüft.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
389	Einlagen in das Eigenkapital			0	0	X	
	Total Aufwand			0	0	X	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung			0	0	X	

9070 Campus FHNW

Zweck und Rechtsgrundlage

Vorfinanzierung des Eigenkapitals

Eine Zuweisung von zwei Mal CHF 50 Mio. in den Fonds wurde zur Finanzierung des Campus FHNW vorgenommen.

Als Rechtsgrundlage gilt der Abschluss 2006, LRV 2007-057 bzw. LRB 2541 vom 21. Juni 2007 Punkt 6 sowie der Abschluss 2007, LRV 2008-079 bzw. LRB 626 vom 19. Juni 2008 Punkt 4. Die Beschlüsse unterlagen dem fakultativen Finanzreferendum.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf einen Bestand von CHF 99'957'932.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
389	Einlagen in das Eigenkapital		11'600'000		-11'600'000	-100%	
	Total Aufwand		11'600'000		-11'600'000	-100%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung		11'600'000		-11'600'000	-100%	

9080 Fonds zur Förderung des Wohnungsbaues

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient der Verbürgung von Bankkrediten, Gewährung von Zinsverbilligungen, Erschliessungskosten von Gewerbe- und Industrieland, Beiträge gem. Energiegesetz an Holzschnitzel- und Stückholzfeuerungen.

Als Rechtsgrundlage gilt SGS 842 ff.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf einen Bestand von CHF 43'497'634.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	319'538	329'300	282'336	-46'964	-14%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	5'000	5'000	5'000	0	0%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	364'310	1'500'000	865'000	-635'000	-42%	
441	Realisierte Gewinne FV	-455'034	-500'000	-139'494	360'506	72%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-47'143	-105'000	-11'121	93'879	89%	
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-395'775	-600'000	-996'700	-396'700	-66%	
	Total Aufwand	688'847	1'834'300	1'152'336	-681'964	-37%	
	Total Ertrag	-897'951	-1'205'000	-1'147'315	57'685	5%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-209'104	629'300	5'021	-624'279	-99%	

9090 Wirtschaftsförderungsfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient der Umsetzung von wirtschafts- und standortpolitischen Massnahmen, der einzelbetrieblichen Förderung und der Finanzierung von Kooperationen sowie weiteren Projekten und Massnahmen welche geeignet sind, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen sowie die wirtschaftliche Entwicklung und die Standortqualität zu fördern.

Als Rechtsgrundlagen gelten das Gesetz zur Förderung der Wirtschaft (Wirtschaftsförderungsgesetz), SGS 501 und die Verordnung zum Wirtschaftsförderungsgesetz, SGS 501.12.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf einen Bestand von CHF 13'628'273.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter		1'400	2'900	1'500	107%	
313	Dienstleistungen und Honorare	13'567	20'000	12'350	-7'650	-38%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen		500	500	0	0%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	125'000	125'000	125'000	0	0%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'316'131	1'961'914	2'946'100	984'186	50%	
441	Realisierte Gewinne FV	-74'167	-100'000	-22'736	77'264	77%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-1'037'835	-1'075'000	-1'009'859	65'141	6%	
451	Übertrag Fonds EK / StaatsRG		-1'000'000		1'000'000	100%	
	Total Aufwand	3'454'698	2'108'814	3'086'850	978'036	46%	
	Total Ertrag	-1'112'002	-2'175'000	-1'032'595	1'142'405	53%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	2'342'696	-66'186	2'054'255	2'120'441	>1000%	

9100 Ausgleichsfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds deckt ausserordentliche Beiträge an Einwohner- und Bürgergemeinden für Aufgaben ab, welche zu nicht zumutbaren finanziellen Belastungen führen würden.

Als Rechtsgrundlage gilt SGS 185.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf einen Bestand von CHF 8'032'831.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
361	Entschädigungen an Gemeinwesen	5'586'632	7'150'000	6'200'000	-950'000	-13%	
461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-5'286'632	-5'400'000	-5'200'000	200'000	4%	
	Total Aufwand	5'586'632	7'150'000	6'200'000	-950'000	-13%	
	Total Ertrag	-5'286'632	-5'400'000	-5'200'000	200'000	4%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	300'000	1'750'000	1'000'000	-750'000	-43%	

9110 Winkelriedstiftung

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient zur Unterstützung von Wehrmännern und ihren Hinterbliebenen, die infolge von Militärdienst in Not geraten sind.

Als Rechtsgrundlage gilt der LRB vom 07. Januar 1878.

Die Winkelriedstiftung wurde mit dem Rechnungsabschluss 2011 aufgelöst.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	513					
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	2'034					
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	25'461					
441	Realisierte Gewinne FV	-2'806					
	Total Aufwand	28'008					
	Total Ertrag	-2'806					
	Ergebnis Erfolgsrechnung	25'202					

9120 Swisslos-Fonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds entrichtet Beiträge für wohltätige und gemeinnützige Zwecke, die nicht zu den Staatsaufgaben gehören.

Als Rechtsgrundlage gilt die SGS 543.3 - Interkantonale Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Lotterien, Bundesgesetz betreffend die Lotterien und die gewerbsmässigen Wetten vom 8. Juni 1923 und VO vom 29. März 2011, SGS 543.12 Verordnung über den Swisslos-Fonds.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf einen Bestand von CHF 14'527'888.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	23'976	25'000	12'989	-12'011	-48%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	368'000	380'000	385'000	5'000	1%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	11'003'624	10'408'000	13'000'000	2'592'000	25%	
413	Ertragsant Lotterien, Sport-Toto, Wetten	-10'567'268	-10'500'000	-10'500'000	0	0%	
425	Erlös aus Verkäufen	-29'638	-40'000	-30'000	10'000	25%	
440	Zinsertrag		-13'000		13'000	100%	
441	Realisierte Gewinne FV	-131'070	-150'000	-40'181	109'819	73%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-35'019	-55'000	-52'132	2'868	5%	
	Total Aufwand	11'395'600	10'813'000	13'397'989	2'584'989	24%	
	Total Ertrag	-10'762'996	-10'758'000	-10'622'313	135'687	1%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	632'604	55'000	2'775'676	2'720'676	>1000%	

9130 Handschin-Stiftung

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient zur Unterstützung armer talentvoller junger Kantonsangehöriger zum Besuch von Schulen und Anstalten im In- und Ausland.

Als Rechtsgrundlage gilt das Testament des Heinrich Handschin vom 20. Oktober 1892 (CHF 1'256'260) SGS 365.21 vom 9. März 1993.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf einen Bestand von CHF 2'780'857.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	368	300	365	65	22%	
305	Arbeitgeberbeiträge	8	7	8	1	7%	
313	Dienstleistungen und Honorare	25'050	24'600	16'700	-7'900	-32%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	554	470	550	80	17%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	3'724	4'000	4'344	344	9%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	48'000	58'500	50'000	-8'500	-15%	
441	Realisierte Gewinne FV	-42'089	-91'200	-37'000	54'200	59%	
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		-2'000		2'000	100%	
	Total Aufwand	77'704	87'877	71'967	-15'911	-18%	
	Total Ertrag	-42'089	-93'200	-37'000	56'200	60%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	35'614	-5'323	34'967	40'290	757%	

9140 Swisslos Sportfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient zur Förderung sportlicher Tätigkeiten und zur Schaffung sowie zum Unterhalt von Turn- und Sportplätzen, sofern diese nicht Aufgabe des Kantons sind.

Als Rechtsgrundlage gilt die SGS 369.11 und das Bundesgesetz betreffend die Lotterien und die gewerbsmässigen Wetten vom 8. Juni 1923.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf einen Bestand von CHF 13'112'898.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
310	Material- und Warenaufwand	2'754					
313	Dienstleistungen und Honorare	162'465	152'000	152'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	5'839	66'000	66'000	0	0%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	74'606	145'000	145'000	0	0%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	3'454'734	2'810'000	3'150'000	340'000	12%	
413	Ertragsant Lotterien, Sport-Toto, Wetten	-3'522'423	-3'150'000	-3'500'000	-350'000	-11%	
441	Realisierte Gewinne FV	-63'792	-70'000	-70'000	0	0%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-42'639	-65'000	-65'000	0	0%	
461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-15'003					
	Total Aufwand	3'700'398	3'173'000	3'513'000	340'000	11%	
	Total Ertrag	-3'643'857	-3'285'000	-3'635'000	-350'000	-11%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	56'541	-112'000	-122'000	-10'000	-9%	

9150 Ausgleichsfonds Ruhegehalt Regierungsräte

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient als Pensionskasse der Regierungsräte. Die Revision der Ruhegehaltsordnung (voraussichtlich in Kraft ab 2014) sieht die Überführung der aktuellen und der alt-Mitglieder des Regierungsrates in die BLPK vor. Der Fonds wird nach der Überführung im 2014 aufgelöst.

Als Rechtsgrundlage gilt das Dekret vom 09. April 1979, BLPK-Dekret vom 22. April 2004, SGS 834.2 und 834.3.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf einen Bestand von CHF 24'285'776.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
306	Arbeitgeberleistungen	1'799'644		1'800'000	1'800'000	X	
340	Zinsaufwand	25'398		25'000	25'000	X	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	500		500	500	X	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-1'469'627		-1'254'482	-1'254'482	X	
469	Verschiedener Transferertrag	-465'917		-470'000	-470'000	X	
	Total Aufwand	1'825'542		1'825'500	1'825'500	X	
	Total Ertrag	-1'935'544		-1'724'482	-1'724'482	X	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-110'002		101'018	101'018	X	

9160 Fonds Bau H2

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient zur Finanzierung des Ausbaus der H2.

Als Rechtsgrundlage gilt die SGS 439, "Reglement über den Fonds zum Bau der H2 Pratteln - Liestal" RRB 0141 vom 30. Januar 2007.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf einen Bestand von CHF 7'213'101.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	53'167'895	63'230'000	41'557'169	-21'672'831	-34%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-20'670'590	-19'700'000	-20'600'000	-900'000	-5%	
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-17'165'000	-15'100'000	-26'000'000	-10'900'000	-72%	
	Total Aufwand	53'167'895	63'230'000	41'557'169	-21'672'831	-34%	
	Total Ertrag	-37'835'590	-34'800'000	-46'600'000	-11'800'000	-34%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	15'332'305	28'430'000	-5'042'831	-33'472'831	-118%	

9170 Fonds Sicherstellung Deponie Elbisgraben

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient zur verursacherorientierten Finanzierung der Rekultivierung der Deponie Elbisgraben.

Als Rechtsgrundlage gilt der Eidg. USG Artikel 32 / BUS BL § 29 / BD 535/2001 vom 29. November 2001 / Reglement vom 04. Dezember 2001.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf einen Bestand von CHF 34'388'787.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	87'292	90'000	47'291	-42'709	-47%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	601'125	500	100'500	100'000	>1000%	
441	Realisierte Gewinne FV	-477'202	-540'000	-146'290	393'710	73%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG		-7'000		7'000	100%	
	Total Aufwand	688'417	90'500	147'791	57'291	63%	
	Total Ertrag	-477'202	-547'000	-146'290	400'710	73%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	211'215	-456'500	1'501	458'001	100%	

9180 Fonds Bundessubvention für KVA Basel

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Die Gelder sind so zu bewirtschaften, dass sie jährlich im erforderlichen Umfang dem Bereich "Verbrennung" in der kantonalen Abfallrechnung gutgeschrieben werden können.

Als Rechtsgrundlage gilt das Eidg. GSchG Art. 62 Abs. 2, USG BL § 31 RRB 1292 vom 16. August 2005: Reglement der Bewirtschaftung der "Bundessubventionen an den Kanton Basel-Landschaft für die Beteiligung am Bau der KVA III in Basel".

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf einen Bestand von CHF 10'192'213.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	26'534	28'000	14'375	-13'625	-49%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	490'500	500	1'000'500	1'000'000	>1000%	
441	Realisierte Gewinne FV	-145'055	-160'000	-44'468	115'532	72%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-106	-200		200	100%	
	Total Aufwand	517'034	28'500	1'014'875	986'375	>1000%	
	Total Ertrag	-145'161	-160'200	-44'468	115'732	72%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	371'874	-131'700	970'407	1'102'107	837%	

9190 Fischhegefonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds dient zur Finanzierung der dem Kanton übertragenen Aufgaben in der Fischerei.

Als Rechtsgrundlage gilt das Fischereigesetz vom 11. Februar 1999 SGS 530.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf einen Bestand von CHF 352'558.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
310	Material- und Warenaufwand	5'477	1'500	4'000	2'500	167%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen		10'000	5'000	-5'000	-50%	
313	Dienstleistungen und Honorare	35'374	5'000	10'000	5'000	100%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgb	765		1'000	1'000	X	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	4'832		5'000	5'000	X	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	2'500	5'000	2'500	-2'500	-50%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	6'000	10'000	10'000	0	0%	
370	Durchlaufende Beiträge		10'000		-10'000	-100%	
426	Rückerstattungen	-37'710		-1'000	-1'000	X	
447	Liegenschaftenertrag VV	-7'570	-7'700	-7'700	0	0%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-1'786	-4'000	-2'472	1'528	38%	
461	Entschädigungen von Gemeinwesen	-2'797					
470	Durchlaufende Beiträge		-10'000		10'000	100%	
	Total Aufwand	54'947	41'500	37'500	-4'000	-10%	
	Total Ertrag	-49'863	-21'700	-11'172	10'528	49%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	5'084	19'800	26'328	6'528	33%	

9200 Tierseuchenkasse

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Die Tierseuchenkasse übernimmt im Rahmen der Tierseuchengesetzgebung:

- die Entschädigung für Verluste von landw. Nutztieren
- Kosten für Bekämpfungsmassnahmen
- Beiträge an Tierkörperbeseitigungen ab Hof
- Beiträge an Notschlachtungen grosser landw. Nutztiere

Als Rechtsgrundlage gilt das Landwirtschaftsgesetz SGS 510 § 19 ff.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf einen Bestand von CHF 46'240.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	6'481	10'000	6'500	-3'500	-35%	
305	Arbeitgeberbeiträge	486	760	485	-275	-36%	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
310	Material- und Warenaufwand	100	3'000	3'100	100	3%	
313	Dienstleistungen und Honorare	692'583	412'250	696'200	283'950	69%	
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgeb		1'000	1'000	0	0%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	1'267	3'000	1'300	-1'700	-57%	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-1'819	4'500	4'000	-500	-11%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand		1'000		-1'000	-100%	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	296	500	300	-200	-40%	
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	26'414	33'290	25'000	-8'290	-25%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	36'471	126'000	37'600	-88'400	-70%	
403	Besitz- und Aufwandsteuern	-211'222	-230'000	-213'000	17'000	7%	
412	Konzessionen	-7'561	-8'000	-8'000	0	0%	
421	Gebühren für Amtshandlungen	-25'685	-32'000	-34'000	-2'000	-6%	
425	Erlös aus Verkäufen	-2'097	-5'000	-5'000	0	0%	
426	Rückerstattungen	-142'985	-180'000	-146'000	34'000	19%	
429	Übrige Entgelte	-101					
430	Verschiedene betriebliche Erträge	-15	-800	-500	300	38%	
440	Zinsertrag	-3	-1'400		1'400	100%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-410'000	-210'000	-210'390	-390	0%	
	Total Aufwand	762'280	595'300	775'485	180'185	30%	
	Total Ertrag	-799'668	-667'200	-616'890	50'310	8%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-37'388	-71'900	158'595	230'495	321%	

9210 Stiftung Kirchengut

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Die Stiftung dient zur Erhaltung der reformierten Pfarrhäuser und Kirchen.

Als Rechtsgrundlage gilt das Kirchengesetz SGS 191 und Dekret zum Kirchengesetz SGS 191.1.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf einen Bestand von CHF 4'637'836.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
300	Behörden, Kommissionen und Richter	8'575	10'000	10'000	0	0%	
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	140'881	150'000	150'000	0	0%	
305	Arbeitgeberbeiträge	23'192	32'100	32'100	0	0%	
309	Übriger Personalaufwand	8'174	5'200	5'200	0	0%	
310	Material- und Warenaufwand	3'244	13'000	13'500	500	4%	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	729	10'000	10'000	0	0%	
313	Dienstleistungen und Honorare	216'434	229'900	239'900	10'000	4%	
314	Baulicher Unterhalt	1'372'682	1'735'000	1'750'000	15'000	1%	
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	15'804	10'500	11'000	500	5%	
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	6'347	9'000	9'000	0	0%	
319	Verschiedener Betriebsaufwand	492					
341	Realisierte Kursverluste	25'488					
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten	205	800	800	0	0%	
344	Wertberichtigungen Anlagen FV	305'858					

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		7'500	7'500	0	0%	
381	Ausserord Sach- und Betriebsaufwand	5'965					
383	Zusätzliche Abschreibungen		5'000	5'000	0	0%	
440	Zinsertrag	-99'206	-75'000	-75'500	-500	-1%	
441	Realisierte Gewinne FV	-8'942	-40'000	-40'000	0	0%	
444	Wertberichtigungen Anlagen FV	-268'783					
447	Liegenschaftenertrag VV	-1'828'797	-2'027'500	-2'122'500	-95'000	-5%	
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge	-33'849					
	Total Aufwand	2'134'069	2'218'000	2'244'000	26'000	1%	
	Total Ertrag	-2'239'578	-2'142'500	-2'238'000	-95'500	-4%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-105'509	75'500	6'000	-69'500	-92%	

9240 Konjunkturausgleichsreserve

Zweck und Rechtsgrundlage

Vorfinanzierung des Eigenkapitals

Die Konjunkturausgleichsreserve kommt freiem Eigenkapital gleich und hat in erster Linie die Funktion, Staatsdefizite in wirtschaftlich schwierigen Jahren auszugleichen. Die Äufnung der Konjunkturausgleichsreserve wurde mit dem LRB 2037 vom 24. Juni 2010 beschlossen.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf einen Bestand von CHF 111'929'810.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
389	Einlagen in das Eigenkapital	60'000'000	127'000'000		-127'000'000	-100%	
	Total Aufwand	60'000'000	127'000'000		-127'000'000	-100%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung	60'000'000	127'000'000		-127'000'000	-100%	

9250 Projektfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Projektfonds wurde gebildet zur Unterstützung professioneller Analysen und Begleitungen in Gemeindefusions- und Gemeindezusammenarbeitsprojekten.

Als Rechtsgrundlage gilt SGS 185.11 §14.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf einen Bestand von CHF 255'702.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
313	Dienstleistungen und Honorare	16'298		25'000	25'000	X	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
361	Entschädigungen an Gemeinwesen		50'000	25'000	-25'000	-50%	
	Total Aufwand	16'298	50'000	50'000	0	0%	
	Total Ertrag						
	Ergebnis Erfolgsrechnung	16'298	50'000	50'000	0	0%	

9260 Fonds Trinkwasserschutz

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Kanton Basel-Landschaft hat am 18. Mai 2010 mit Industriefirmen eine Vereinbarung abgeschlossen welche unter anderem die Bereitschaft der Industriefirmen vorgesehen hat dem Kanton für die Durchführung zweckmässiger Massnahmen beim Trinkwasserschutz einen Beitrag von CHF 20 Mio. zu überweisen. Die Gelder sind zweckgebunden einzusetzen. Über die Verwendung der Gelder entscheidet der Regierungsrat auf Antrag der Bau- und Umweltschutzdirektion.

Als Rechtsgrundlage gilt das Wasserversorgungsgesetz (SGS 455) und das Reglement für den Fonds Trinkwasserschutz.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf einen Bestand von CHF 20'079'744.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	500	500	500	0	0%	
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		5'500'000	5'200'000	-300'000	-5%	
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG	-80'244	-105'000	-12'000	93'000	89%	
	Total Aufwand	500	5'500'500	5'200'500	-300'000	-5%	
	Total Ertrag	-80'244	-105'000	-12'000	93'000	89%	
	Ergebnis Erfolgsrechnung	-79'744	5'395'500	5'188'500	-207'000	-4%	

9290 Schutzplatzfonds

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Schutzplatzfonds wird durch Ersatzbeiträge geäufnet, wenn kein Schutzraum erstellt wird. Der Fonds wird einerseits für die Finanzierung öffentlicher Schutzräume und andererseits für die Erneuerung von privaten Schutzräumen verwendet.

Als Rechtsgrundlage gilt das Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, BZG) vom 4. Oktober 2002 (Stand 1. Januar 2012).

Der Fonds wurde per Datum 1. Januar 2012 gegründet.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
311	Nicht aktivierbare Anlagen			50'000	50'000	X	

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte			100'000	100'000	X	
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten			-800'000	-800'000	X	
	Total Aufwand			150'000	150'000	X	
	Total Ertrag			-800'000	-800'000	X	
	Ergebnis Erfolgsrechnung			-650'000	-650'000	X	

9300 Legat Kaderli

Zweck und Rechtsgrundlage

Fonds des Fremdkapitals

Der Fonds Legat Kaderli wird folgendermassen verwendet:

- Durchführung wissenschaftlicher Studien zur Qualitätskontrolle
- Finanzierung von kurzen finanziellen Engpässen von Bewohnern als Darlehen
- Spezielle Anschaffungen des Arxhofes
- Spezielle konzeptuelle Projekte, welche nicht zum Auftrag gehören und deshalb nicht über das ordentliche Budget finanziert werden können (z.B. Gründung eines Vereins für Massnahmenentlassene)

Das Legat "Kaderli" wird durch den Überschuss des Kioskes Arxhof, durch allfällig entstehende Gewinne der vom Arxhof durchgeführten Tagungen, durch Schenkungen und durch Anteile des Verdienstes der Lohnzahlungen an Bewohnern in Arbeitsexternaten gespiesen.

Als Rechtsgrundlage gilt der Schlussbericht vom 18. April 1986 über die Teilung der Nacherbschaft aus dem Nachlass von Frau Luise Kaderli-Schulthess.

Das Kapital beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf einen Bestand von CHF 135'987.

Erfolgsrechnung

Kt.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. Absolut	Abw. %	B
310	Material- und Warenaufwand			37'000	37'000	X	
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten			100	100	X	
425	Erlös aus Verkäufen			-39'000	-39'000	X	
440	Zinsertrag			-600	-600	X	
	Total Aufwand			37'100	37'100	X	
	Total Ertrag			-39'600	-39'600	X	
	Ergebnis Erfolgsrechnung			-2'500	-2'500	X	

5. Verpflichtungskredite

5.1 Verpflichtungskredite der Erfolgsrechnung

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Nr. Abr.
KB	Ergebnis						8'999'345	4'651'920	709'260	897'432	897'432	
	LAKA	2006-113	2006-1953	Beitrag an Regio Basiliensis 2007-2010	36	Transferaufwand		1'356'750	0			2012/569
						Gesamtkredit	1'352'000					
		2006-113	2006-1953	Beitrag an Sekretariat ORK 2007-2010	36	Transferaufwand		137'923				2012/569
						Gesamtkredit	156'000					
		2006-113	2006-1953	Beitrag an Sekretär ORK 2007-2010	36	Transferaufwand		232'000	0			2012/569
						Gesamtkredit	232'000					
		2006-224	2006-2145	Beitrag an Infobest Palmrain 2007-2010	36	Transferaufwand		225'273	-7'964			2012/569
						Gesamtkredit	310'400					
		2008-053	2008-529	Beitrag an TEB 2007-2010	36	Transferaufwand		318'305				2012/569
						Gesamtkredit	344'250					
		2001-104	2001-1173	Beiträge an Interreg III (2001-2008)	36	Transferaufwand		1'366'732				2012/569
						Gesamtkredit	2'700'000					
		2007-214	2007-265	Beiträge an Interreg IV (2008-2013)	36	Transferaufwand		440'633	142'920	250'000	250'000	
						Gesamtkredit	1'500'000					
		2010-290	2010-2196	Beitrag an TEB 2011-2013	36	Transferaufwand		87'397	87'397	75'175	109'857	
						Gesamtkredit	329'570					
		2010-290	2010-2196	Beitrag an Infobest Palmrain 2011-2013	36	Transferaufwand		42'477	42'477	109'857	75'175	
						Gesamtkredit	225'525					
		2010-120	2010-2036	Beitrag Kooperationsfond ORK 2011-2014	36	Transferaufwand		16'458	16'458	22'400	22'400	
						Gesamtkredit	89'600					
		2010-120	2010-2036	Beitrag an Regio Basiliensis 2011-2014	36	Transferaufwand		343'000	343'000	343'000	343'000	
						Gesamtkredit	1'372'000					
		2010-120	2010-2036	Beitrag an Sekretär ORK 2011-2014	36	Transferaufwand		58'000	58'000	58'000	58'000	
						Gesamtkredit	232'000					
		2010-120	2010-2036	Beitrag an Sekretariat ORK 2011-2014	36	Transferaufwand		26'971	26'971	39'000	39'000	
						Gesamtkredit	156'000					
FKD	Ergebnis						46'773'000	19'104'281	3'190'658	9'900'000	9'680'000	
	FKD GS	2007-003	2007-2334	Erneuerung Telefonie der Kant Verwaltung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		2'301'892	617'492	500'000	480'000	

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Nr. Abr.
FKD						Gesamtkredit	4'100'000					
		2007-302	2007-346	ERP	30	Personalaufwand		1'240'539	-14			
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		11'370'354	9'893			
						Gesamtkredit	13'000'000					
		2010-140	2010-2035	ERP-Etappe 2	30	Personalaufwand		102'660	47'299			
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		3'487'318	2'515'988	3'000'000	1'000'000	
						Gesamtkredit	7'000'000					
		2011-268	2012-251	2tes Rechenzentrum der Kant. Verwaltung	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				400'000	400'000	
		pendent	PENDENT	ERP-Etappe 3	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					1'300'000	
						Gesamtkredit	5'500'000					
FIV		2012-111	2012-604	Umsetzung Entlastungspaket 12/15	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				2'500'000	2'500'000	
						Gesamtkredit	5'000'000					
PA		176-2007	219-2007	Beteiligung NSNW AG	30	Personalaufwand		601'519				
						Gesamtkredit	673'000					
		2011-296	2012-386	Sozialplan Entlastungspaket 12/15	30	Personalaufwand				2'750'000	3'300'000	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				750'000	700'000	
						Gesamtkredit	11'500'000					
VG	Ergebnis						22'520'978	13'264'128	3'099'105	2'055'300	3'751'225	
	VGD G5	2008-228	2009-983	Baselland Tourismus 09-12	36	Transferaufwand		1'800'000	600'000	600'000		
						Gesamtkredit	2'400'000					
		2009-018	2009-1258	Zentrum Selbsthilfe 09-11	36	Transferaufwand		373'000	115'000			
						Gesamtkredit	373'000					
		2008-189	2008-754	Weiterb. Assist.ärzte in Praxen (-2011)	36	Transferaufwand		663'647	209'248			
						Gesamtkredit	876'000					
		2010-119	2010-1956	Gsünder Basel 10-11	36	Transferaufwand		153'520	77'520			
						Gesamtkredit	153'520					
		2008-086	2008-610	Gesundes Körpergewicht (bis 2011)	30	Personalaufwand		390'838	149'523			
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		977'934	296'249			
					36	Transferaufwand		7'400	4'900			
					39	Interne Fakturen		29'000				
					42	Entgelte		-315				
					43	Verschiedene Erträge		-160	-160			

Verpflichtungskredite der Erfolgsrechnung – Fortsetzung

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Nr. Abr.
VGd					46	Transferertrag		-671'100	-164'850			
						Gesamtkredit	750'000					
		2008-195	2008-937	Gesetzl. Schwangerschaftsberatung 09-12	36	Transferaufwand		669'700	226'800	228'300		
						Gesamtkredit	898'000					
		2009-199	2010-1594	Aids-Hilfe/Frauen-Oase 10-13	36	Transferaufwand		525'000	260'000	260'000	260'000	
						Gesamtkredit	1'080'000					
		2011-328	2012-257	Zentrum Selbsthilfe 2012-14	36	Transferaufwand				100'000	100'000	
						Gesamtkredit	300'000					
		2011-242	2011-121	Gesundes Körpergewicht 2012-2015	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand				171'000	193'000	
					46	Transferertrag				-85'500	-96'500	
						Gesamtkredit	356'250					
		2011-331	2012-258	Weiterb. Assi.ärzte in Praxen (2012-14)	36	Transferaufwand				250'000	250'000	
						Gesamtkredit	750'000					
		Pendent	PENDENT	Standortpolitische Massnahmen 2013-2016	36	Transferaufwand					1'500'000	
		pendent	PENDENT	Baselland Tourismus 2013-2016	36	Transferaufwand					500'000	
		pendent	PENDENT	Gesetzl. Schwangerschaftsberatung 13-16	36	Transferaufwand					210'000	
	KIGA	2010-175	2010-1973	Bekämpfung Schwarzarbeit 2011-2013	36	Transferaufwand		380'000	380'000	380'000	380'000	
					46	Transferertrag		-190'000	-190'000	-190'000	-190'000	
						Gesamtkredit	570'000					
	AtW	2006-058	2006-2037	Naturgefahrenkarte 2006-2011	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		1'011'036	210'250			
						Gesamtkredit	1'118'800					
		2008-101	2008-713	Walddauerbeobachtung 2008-2013	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		450'573	119'437	119'000	36'725	
						Gesamtkredit	592'000					
		2005-169	2005-1399	Wiederinst.st.proj. Röschenz-Dittingen	36	Transferaufwand		297'617				
						Gesamtkredit	307'525					
		2005-170	2005-1399	Wiederinst.st.proj. Laufen	36	Transferaufwand		326'418				
						Gesamtkredit	401'740					
	AGI	2001-022	2001-1281	Realisierung AV93, 2. Etappe	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		11'241'382	877'183	290'000	100'000	
					46	Transferertrag		-6'136'504	-685'137	-417'500	-206'000	
						Gesamtkredit	6'004'000					
		pendent	PENDENT	Realisierung AV93, 3. Etappe	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					119'000	

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	LRB	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Nr. Abr.
VGD						46	Transferertrag					-55'000	
	LZE	2005-293	2006-1716	Gesamtmelioration Blauen 2009-2018		36	Transferaufwand		40'000		100'000	150'000	
							Gesamtkredit	856'000					
		2005-294	2006-1716	Gesamtmelioration Brislach 2008-2017		36	Transferaufwand		63'000	63'000	150'000	200'000	
							Gesamtkredit	1'556'000					
		2005-295	2006-1716	Gesamtmelioration Wahlen 2009-2021		36	Transferaufwand		352'000	40'000	100'000	300'000	
						37	Durchlaufende Beiträge		163'000				
						47	Durchlaufende Beiträge		-163'000				
							Gesamtkredit	2'668'000					
		2010-335	2011-2462	Erweiterungsbau SHL Zollikofen		36	Transferaufwand		510'143	510'143			
							Gesamtkredit	510'143					
BUD	Ergebnis							288'474'732	114'030'788	21'644'697	28'158'916	11'395'602	
	TBA/Strassen	176-2007	219-2007	Beteiligung NSNW AG		30	Personalaufwand		353'133	84'786		72'000	
							Gesamtkredit	510'000					
	HBA	2005-179	2005-1635	Ausbau Kant. Laboratorium Liestal		31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		2'022'007	564'150	600'000	600'000	
							Gesamtkredit	8'325'000					
	AUE	2004-186	2004-793	4.6 Förderung der rationel. Energienutz		36	Transferaufwand		4'000'000				2012/2
							Gesamtkredit	4'000'000					
		2008-162	2008-752	3.1 Nachrüstung Schiessanlagen/Kugelfäng		36	Transferaufwand		1'212'852	207'400	20'000		
							Gesamtkredit	1'700'000					
		2009-200	2009-1476	6.5 Förderprogramm Gebäudesanierung		31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		913'778	570'321		1'100'000	
						36	Transferaufwand		1'864'291	1'149'923	4'700'000	6'700'000	
						46	Transferertrag		-1'048'840	-534'600	-250'000	-300'000	
							Gesamtkredit	50'000'000					
	ARP	2007-005A	2009-982	VK Salina Raurica		31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		180'707	79'118		50'700	
							Gesamtkredit	5'860'000					
		410/2010	2533/2011	VK Neusignalisation Wanderwegnetz		31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		3'523	3'523	25'000	30'000	
							Gesamtkredit	480'000					
	ARP KD	2006-178	2006-2147	VK Subvention Kulturdenkmäler ab 08		31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		233'675	81'003	60'000		
						36	Transferaufwand		2'320'121	408'395	305'000		
							Gesamtkredit	3'950'000					
	ARP NL	2009-034	2009-1187	VK Ökologischer Ausgleich 2009-2013		30	Personalaufwand		749'873	344'582	334'916	274'402	

Verpflichtungskredite der Erfolgsrechnung – Fortsetzung

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Nr. Abr.
BUD					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		197'818	148'597	250'000	254'500	
					36	Transferaufwand		13'019'433	4'556'824	4'524'000	4'524'000	
					46	Transferertrag		-10'525'030	-3'624'180	-3'670'000	-3'670'000	
						Gesamtkredit	5'911'000					
		2008-326	2009-1061	VK Naturschutz im Wald 2009-2013	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		94'930	79'145	110'000	110'000	
					36	Transferaufwand		5'567'179	2'000'797	1'700'000	1'680'000	
					42	Entgelte		-6'768				
					46	Transferertrag		-1'119'693	-345'953	-350'000	-330'000	
						Gesamtkredit	7'855'000					
		2007-017	2007-2428	VK Verleg. Amph. Zurlindengrube Pratteln	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		1'158'295	589'098		100'000	
					36	Transferaufwand		63'449	47'897			
					46	Transferertrag		-6'045				
						Gesamtkredit	1'772'332					
		2007-218	2008-322	VK NATUR Festival beider Basel	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		7'478				
					36	Transferaufwand		660'369	101'134			
						Gesamtkredit	720'000					
	SIT	2007-005A	2009-982	VK Salina Raurica	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		34'233				
						Gesamtkredit	100'000					
	ÖV	2011-221	2011-148	Trasseesanierung BLT Linie 12/14 (700817)	36	Transferaufwand		1'458'771	1'410'624	5'600'000		
						Gesamtkredit	23'230'000					
		2007-169	2009-1080	Richtplan, Proj. Schienennetz (700818)	36	Transferaufwand				50'000		
		2006-037	2006-2036	Tram/Bahnüberg. Optimierungsm (700819)	36	Transferaufwand		493'948		4'450'000		
						Gesamtkredit	20'000'000					
		2008-006	2008-418	Ausbau BLT Linie 10 Arlesheim/Dornach	36	Transferaufwand		6'387'020	601'982			
						Gesamtkredit	20'788'000					
			2002-1478	Trasseesanierung Linie 11 (700820)	36	Transferaufwand		31'919'976	201'326	1'000'000		
					46	Transferertrag		-6'519'612	-300'000	-300'000		
						Gesamtkredit	39'700'000					
		2007-005A	2009-982	Salina Raurica, ÖV-Anl. Vorpr. (700821)	36	Transferaufwand		342'195	192'081	1'000'000		
						Gesamtkredit	1'844'000					

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Nr. Abr.
BUD		2010-266	2010-2177	Ausbau BLT Linie 10, Margar.st. (700822)	36	Transferaufwand		93'144	525	200'000		
						Gesamtkredit	770'000					
				WB Umbau Haltestellen und Umsetz.BehiG	36	Transferaufwand		35'175		300'000		
				WB Ausbau Infrastruktur (700824)	36	Transferaufwand		42	42	500'000		
			1348-1989	Trassensanierung Linie 10 (700825)	36	Transferaufwand		739	139			
					46	Transferertrag		-900'000				
		2004-238	2005-1018	Beiträge Bahnhofaus- und Neubauprogramm	36	Transferaufwand		39'552'219	1'800'389	500'000		
						Gesamtkredit	45'932'000					
		2008-349	2009-1398	Regio-S-Bahn. 2. Etappe Planungskosten	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		0				
					36	Transferaufwand		492'836	198'410	500'000	200'000	
						Gesamtkredit	3'000'000					
		2007-216	2008-404	Vpfl.Kred. Bahnhofausb. S9 Läufeifingen	36	Transferaufwand		2'488'640	-167'365			
						Gesamtkredit	2'767'400					
				BLT Linie 10/17 Doppelsp Spiessh(700832)	36	Transferaufwand		15'124	4'579	500'000		
		2010-283	2010-2178	BLT Linie 10 Birseck, Instandsetzung	36	Transferaufwand				500'000		
						Gesamtkredit	4'910'000					
		2010-283	2010-2178	BLT Linie 10/17, Instandsetzung (700826)	36	Transferaufwand		2'874'592	2'874'592	3'000'000		
						Gesamtkredit	17'400'000					
		2010-283	2010-2178	BLT Linie 11, Instandsetzung (700827)	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		11				
					36	Transferaufwand		11'620'301	7'982'547	1'000'000		
						Gesamtkredit	16'350'000					
				WB, Erneuerung Fahrleitung (700828)	36	Transferaufwand				200'000		
		2006-037	2006-2036	Birseckstrasse FG	36	Transferaufwand		176'782	70'497			
		2006-037	2006-2036	Schwertrain (Veloquerung)	36	Transferaufwand		26'098	26'098			
		2006-037	2006-2036	LSA Gartenstadt FG	36	Transferaufwand		7'776	5'345			
		2006-037	2006-2036	Heiligholz Kreisel FG	36	Transferaufwand		19'883	17'452			
		2006-037	2006-2036	Fleischbach FG	36	Transferaufwand		31'094	21'371			
		2006-037	2006-2036	Schönenbachstrasse	36	Transferaufwand		95'742	71'434			
		2006-037	2006-2036	Weihermattstrasse FG	36	Transferaufwand		32'308	25'016			
		2006-037	2006-2036	Flühbergweg	36	Transferaufwand		17'478	17'478			
		2006-037	2006-2036	Brühlmattweg	36	Transferaufwand		5'546	684			
		2006-037	2006-2036	Brühlstrasse	36	Transferaufwand		5'546	684			

Verpflichtungskredite der Erfolgsrechnung – Fortsetzung

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Nr. Abr.
BUD		2006-037	2006-2036	Gräubern-Wegli	36	Transferaufwand		1'047	1'047			
		2006-037	2006-2036	Kläranlage	36	Transferaufwand		135'625	14'243			
		2006-037	2006-2036	Obertalhaus	36	Transferaufwand		3'861	3'861			
		2006-037	2006-2036	Lampenberg Nord	36	Transferaufwand		949'602	6'622			
		2006-037	2006-2036	Schützenhaus	36	Transferaufwand		74'480	19'533			
		2006-037	2006-2036	Schöpflin-Brücke	36	Transferaufwand		20'732	11'447			
		2006-037	2006-2036	Lindenbrücke	36	Transferaufwand		20'732	11'447			
		2006-037	2006-2036	Mühle/Bennwilerstrasse	36	Transferaufwand		22'821	8'606			
		2006-037	2006-2036	Reserve/nicht zuteilbar	36	Transferaufwand		77'745				
				Umsetzung BehiG Haltest., Proj (700829)	36	Transferaufwand				800'000		
SID	Ergebnis	2011-378	2012-496	Bahnhof Laufen, Vorpr Mod. B & C (700830)		Gesamtkredit	600'000					
	SID GS	2010-137	2010-1990	Take off	36	Transferaufwand		4'126'071	420'000	420'000	420'000	
						Gesamtkredit	1'680'000					
		2005-244	2005-1562	VK ER Informatiklösung Motorfahrzeugkon.	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		2'566'071				
						Gesamtkredit	3'203'300					
BKSD	Ergebnis						1'454'165'450	879'189'177	212'649'639	221'752'672	233'487'864	
	BKSD GS	2006-179	2006-2157	Leistungsauftrag Uni Basel 2006-2009	36	Transferaufwand		393'700'000				
						Gesamtkredit	393'700'000					
		2008-328	2009-1063	SAL Schuladministrationslösung	30	Personalaufwand		22'606				
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		368'385	94'209	14'000		
						Gesamtkredit	490'000					
		2008-350	2009-1119	CSEM Forschungszentrum 2009-2013	36	Transferaufwand		7'600'000	2'800'000	3'000'000	3'000'000	
						Gesamtkredit	15'000'000					
		2008-186	2008-782	Leistungsauftrag an die FHNW 2009-2011	36	Transferaufwand		155'195'102	52'826'000			
						Gesamtkredit	156'579'000					
		2011-315	2011-173	Leistungsauftrag an die FHNW 2012-2014	36	Transferaufwand				58'517'000	60'477'000	
						Gesamtkredit	186'680'000					
		2009-122	2009-1376	Leistungsauftrag Uni Basel 2010-2013	36	Transferaufwand		290'900'000	148'800'000	152'700'000	156'700'000	
						Gesamtkredit	600'300'000					
		2010-145	2010-2031	Kredit Vorsorgelösung FHNW	36	Transferaufwand		5'378'321	5'378'321			

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Nr. Abr.
BKSD							Gesamtkredit	5'417'000					
		pendent	PENDENT	SAL Schuladministrationslösung 2	31		Sach- und übriger Betriebsaufwand				800'000		
		pendent	PENDENT	Umsetzung IT-Strategie Schulen	30		Personalaufwand					300'000	
					31		Sach- und übriger Betriebsaufwand					1'500'000	
		pendent	PENDENT	Umsetzung Schuladministrationslösung SAL	31		Sach- und übriger Betriebsaufwand					1'600'000	
	PIS	2009-351	2010-2008	Bildungsharmonisierung	30		Personalaufwand		280'705	280'705	677'220	3'160'400	
					31		Sach- und übriger Betriebsaufwand		39'436	39'436		50'400	
					36		Transferaufwand		115'500	115'500	111'000		
							Gesamtkredit	32'070'000					
		2009-312	2010-1985	Gesamtsprachenkonzept	30		Personalaufwand		458'936	458'936	2'718'000	2'158'000	
					31		Sach- und übriger Betriebsaufwand		4'909	4'909			
					36		Transferaufwand		162'886	162'886			
							Gesamtkredit	12'500'000					
		2009-351	2010-2008	Aufgabensammlung und Leistungsschecks	36		Transferaufwand				287'000	436'864	
							Gesamtkredit	3'440'000					
		2009-351	2010-2008	Besitzwahrung Sekundarlehrpersonen Niv.A			Gesamtkredit	4'350'000					
		2011-315	2011-187	Umschulung zum Lehrerberuf 2012 -14	36		Transferaufwand					440'000	
							Gesamtkredit	1'312'000					
	FEBL	2009-291	2010-1597	Beitrag Volkshochschule b.B.	36		Transferaufwand		2'706'825	694'000	694'000		
							Gesamtkredit	2'776'000					
		pendent	PENDENT	Volkshochschule b.B. 2013-2016	36		Transferaufwand					748'619	
	SEK	1999-162	2000-373	Sportklassenversuch	31		Sach- und übriger Betriebsaufwand		1'378'083				
							Gesamtkredit	1'239'000					
	AfBB	2006-059	2006-1735	Bundesbeitrag an check-in aprentas	46		Transferertrag		-693'174	-135'694			
							Gesamtkredit	-617'000					
		2005-276	2006-1595	zusätzliche Ausbildungsplätze	30		Personalaufwand		2'752'127	171'794			
					31		Sach- und übriger Betriebsaufwand		160				
					36		Transferaufwand		1'485				
							Gesamtkredit	2'900'000					
		2006-059	2006-1735	VK check-in aprentas	36		Transferaufwand		1'542'420	251'380			
							Gesamtkredit	1'450'000					
		2008-054	2008-655	Berufswegbereitung (BWB)	30		Personalaufwand		1'744'075	725'843	771'501	711'281	

Verpflichtungskredite der Erfolgsrechnung – Fortsetzung

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Nr. Abr.
BKSD					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		156'447	94'941	56'200	52'300	
					46	Transferertrag		-435'713	-147'833	-200'000	-158'500	
						Gesamtkredit	5'100'000					
		2008-327	2009-1062	Sicherung der Attest-Lehrstellen 2011-15	30	Personalaufwand		360'000	360'000		510'000	
						Gesamtkredit	2'048'000					
		2011-048	2011-2644	VK check-in aprentas II	36	Transferaufwand				460'000	460'000	
					46	Transferertrag				-293'000	-293'000	
						Gesamtkredit	1'113'000					
	AKJB	2010-270	2010-2305	Umsetzung Konzept Behindertenhilfe	30	Personalaufwand		57'320	57'320	53'751	38'500	
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		47'785	47'785	86'000	90'000	
						Gesamtkredit	350'550					
	AFK	2007-189	2008-321	Ruinensanierung Homburg	30	Personalaufwand		69'544				
					31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		2'697'598				
					46	Transferertrag		-636'516	-177'901			
						Gesamtkredit	2'870'000					
		2008-128	2008-656	VK Tempelstützmauer Schönbühl	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		345'573				LRB 2011-569
						Gesamtkredit	843'900					
		2009-165	2009-1379	Verein Kulturraum Roxy 2010 - 2013	36	Transferaufwand		1'100'000	550'000	550'000	550'000	
						Gesamtkredit	2'200'000					
		2010-115	2010-2171	Ruinensanierung Pfeffingen	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		153'262	153'262	750'000	750'000	
						Gesamtkredit	6'934'000					
		pendent	PENDENT	Sanierungsetappe 2013 Ruine Farnsburg	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand					275'000	
		2005-173	2005-1442	Kasak II	46	Transferertrag					-69'000	
	SPORT				36	Transferaufwand		10'891'619	-956'160			
						Gesamtkredit	12'000'000					
		2005-020	2005-1356	VK Konzept f. Bewegung und Sport	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand		723'471	0			2011-2643
					36	Transferaufwand		0				
						Gesamtkredit	1'120'000					

(Verpflichtungskredite)

5.2 Verpflichtungskredite und Sammelpositionen der Investitionsrechnung

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Nr. Abr.
VGD	Ergebnis							63'067'350	118'544'646	29'081'249		11'000'000	
	VGD GS	2007-222	2008-294	Kapitalerhöhung MCH Group	55	Beteil. und Grundkapitalien			3'138'525	3'138'525			
				Beteiligung UKBB	55	Beteil. und Grundkapitalien						11'000'000	
	ZW			2209.999 Sammelkto. Hochbau Allgemein	50	Sachanlagen			1'642'611	572'758			
				2209.999 Sammelkto. Instandsetzung	50	Sachanlagen			418'527				
				2209.999 Sammelkto. Masch./App./Instrum.	50	Sachanlagen			949'037				
	KSL			2210.999 Sammelkto. Hochbau Allgemein	50	Sachanlagen			18'978'409	3'908'866			
				2210.999 Sammelkto. Instandsetzung	50	Sachanlagen			9'167'918	1'281'821			
				2210.999 Sammelkto. Masch./App./Instrum.	50	Sachanlagen			14'060'387	4'061'369			
	KSB			2211.999 Sammelkto. Hochbau Allgemein	50	Sachanlagen			8'760'307	2'546'126			
				2211.999 Sammelkto. Instandsetzung	50	Sachanlagen			9'173'279				
		2006-325	2007-2502	2211.252 Sicherh.relev. Massn. 2. Etappe	50	Sachanlagen	X		17'560'646	3'331'902			
						Gesamtkredit	X	24'500'000					
		2007-125; 2008-348	2007-204; 2009-1211	2211.232 Neubau KSB/ZAR	50	Sachanlagen	X		9'329'770	507'308			
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-1'551'796				
						Gesamtkredit	X	35'900'000					
				2211.999 Sammelkto. Masch./App./Instrum.	50	Sachanlagen			8'061'812	2'528'112			
	KSLa			2212.999 Sammelkto. Hochbau Allgemein	50	Sachanlagen			1'461'178				
				2212.999 Sammelkto. Instandsetzung	50	Sachanlagen			2'938'216	513'336			
				2212.277 OP's Trakt u. Cat	50	Sachanlagen			1'214'395	599'460			
				2212.999 Sammelkto. Masch./App./Instrum.	50	Sachanlagen			175'805	163'610			
	KPD	2009-350	2010-1786	2213.999 Sammelkto. Hochbau Allgemein	50	Sachanlagen	X		2'292'560	1'098'944			
						Gesamtkredit	X	2'667'350					
				2213.999 Sammelkto. Instandsetzung	50	Sachanlagen			9'056'732	3'622'014			
				2213.276 APD Umbauten u. Sanierungen	50	Sachanlagen			91'193				
				2213.999 Sammelkto. Masch./App./Instrum.	50	Sachanlagen			1'625'138	1'207'099			
BUD	Ergebnis							1'819'831'673	883'092'441	316'504'933	203'860'000	744'830'000	
	TBA/Strassen	2007/176	2007/219	Darlehen/Beteiligung NSNW AG	50	Sachanlagen	X		3'051'013				

Verpflichtungskredite und Sammelpositionen der Investitionsrechnung – Fortsetzung

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Nr. Abr.
BUD													
						Gesamtkredit	X	5'700'000					
				Darlehen/Beteiligung NSNW AG	65	Übertragung von Beteil.	X		-1'500'000	-1'500'000			
		2008/269	2009/1027	7001 Tunnel Eggflue, Tunnelsicherheit	50	Sachanlagen	X		12'219'612	8'456'914	3'500'000	300'000	
						Gesamtkredit	X	18'830'000					
				H18, Muggenbergtunnel	50	Sachanlagen	X		58'941		100'000	500'000	
		2008/310	2009/1179 + 1180	H18, Birstal, Anschluss Aesch	50	Sachanlagen	X		1'151'825	119'600	800'000	100'000	
						Gesamtkredit	X	3'300'000					
						Sachanlagen	X						
		1994/144	1995/2418	H2, Pratteln-Liestal (HPL)	50	Sachanlagen	X		225'840'578	54'065'082	83'000'000	81'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-188'429'086	-53'162'895	-37'000'000	-41'000'000	
						Gesamtkredit	X	248'000'000					
		2006/093	2006/1816	H2, Pratteln-Liestal (HPL)		Gesamtkredit	X	35'000'000					
		2010/269	2010/2400	H2, Pratteln-Liestal (HPL)		Gesamtkredit	X	139'800'000					
			1990/3462	H2, Pratteln-Liestal (HPL)	50	Sachanlagen	X		32'595'059				
						Gesamtkredit	X	650'000					
			1999/0162	H2, Pratteln-Liestal (HPL)	50	Sachanlagen	X		-1'346'168				
						Gesamtkredit	X	-650'000					
		1983/006 + 1985/130	1985/1948	Ergolzthal-Ost, Projektierung	50	Sachanlagen	X		635'172				
						Gesamtkredit	X	400'000					
			1978/2567	Ergolzthal-Ost, Projektierung		Gesamtkredit	X	400'000					
			1999/0162	Ergolzthal-Ost, Projektierung	50	Sachanlagen	X		-209'237				
						Gesamtkredit	X	-400'000					
		1983/036	1984/0645	Ausbauprogramm Radrouten	50	Sachanlagen	X		14'081'849				
						Gesamtkredit	X	400'000					
		1992/110	1992/0901	Ausbauprogramm Radrouten	50	Sachanlagen	X		4'660	4'660			
						Gesamtkredit	X	30'000'000					
		1998/074	1998/1647	Ausbauprogramm Radrouten	50	Sachanlagen	X		14'157'025	1'573'807	2'000'000	2'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-2'354'839	-306'642	-600'000	-600'000	
						Gesamtkredit	X	25'000'000					
			1990/3381	Ausbauprogramm Radrouten		Gesamtkredit	X	25'000'000					
			1996/0032	Ausbauprogramm Radrouten		Gesamtkredit	X	-32'677'827					

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Nr. Abr.
BUD		2000/150	2000/672	H18, Laufen/Zwingen Umfahrung	50	Sachanlagen	X		3'418'280	278'214	100'000		
						Gesamtkredit	X	3'000'000					
				H18, Laufen/Zwingen Umfahrung	50	Sachanlagen	X				10'000		
			2000/671	Linksufrige Birsigtalstrasse	50	Sachanlagen	X		373'287				
						Gesamtkredit	X	400'000					
				Linksufrige Birsigtalstrasse	50	Sachanlagen	X				10'000	10'000	
		2001/310	2002/564	Grellingen, Korr. Baselstr./Delsb., Proj.	50	Sachanlagen	X		138'018				
						Gesamtkredit	X	150'000					
		2007/169	2009/1080	Richtplan, Projektierung Strassennetz	50	Sachanlagen	X		630'288	494'793	500'000	500'000	
						Gesamtkredit	X	2'500'000					
				Strassennetzplan Rheintal	50	Sachanlagen	X		236'265				
			1998/1346	H18, Birstal, Anschluss Aesch		Gesamtkredit	X	1'407'500					
		1988/226 +1987/249	1989/1070	Binningen, Sanierung Brücke Schlossgasse	50	Sachanlagen	X		1'051'923				
						Gesamtkredit	X	900'000					
		1987/079	1987/077	Sissach, Umfahrung	50	Sachanlagen	X		44'770				
						Gesamtkredit	X	870'000					
		1988/162 +1990/180	1991/2696	Sissach, Umfahrung	50	Sachanlagen	X		327'964'073				
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-179'699'000				
						Gesamtkredit	X	179'000'000					
		2004/124	2004/887	Sissach, Umfahrung		Gesamtkredit	X	94'300'000					
				Sissach, Umfahrung Flank. Massnahmen	50	Sachanlagen	X		8'232	8'232	500'000	3'000'000	
		1989/308	1992/0525	Ergolzthal-West, Projektierung	50	Sachanlagen	X		388'832				
						Gesamtkredit	X	500'000					
		2004/282	2006/1698	Gelterkinden-Rickenbach, Fortsetzung	50	Sachanlagen	X		3'544'522				
						Gesamtkredit	X	2'700'000					
			1994/1766	Leimental-Birstal, Projektierung	50	Sachanlagen	X		688'583				
						Gesamtkredit	X	700'000					
			1995/0031	Kantonsstrasse Laufental, Projektierung	50	Sachanlagen	X		472'028				
						Gesamtkredit	X	500'000					
		1999/026	1999/2008	Seltisberg, San. Kantonsstrasse innerorts	50	Sachanlagen	X		2'751'226	66'598		100'000	
						Gesamtkredit	X	6'900'000					

Verpflichtungskredite und Sammelpositionen der Investitionsrechnung – Fortsetzung

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Nr. Abr.
BUD		2009/211	2009/1527	Allschwil-Baslerstrasse, Projektierung	50	Sachanlagen	X		2'697'091	170'968	500'000	100'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-199'071	-199'071			
						Gesamtkredit	X	4'845'000					
				Langenbruck, Sanierung Ortsdurchfahrt	50	Sachanlagen	X		46'312	46'312	50'000	150'000	
		2009/209	2009/1526	H2, Umfahrung Liestal, Konzept/Bauprojek	50	Sachanlagen	X		1'348'752	1'124'354	2'000'000	2'000'000	
						Gesamtkredit	X	8'500'000					
			2009/982	Augst, San./Umgestaltung Ortsdurchfahrt	50	Sachanlagen	X		169'725	153'894	100'000	300'000	
						Gesamtkredit	X	500'000					
		2005/242	2006/1699	Füllinsdorf, Giebenacherstrasse	50	Sachanlagen	X		5'016'049	40'804			
						Gesamtkredit	X	3'700'000					
				Liestal, Ertücht. Rosen- u. Militärstr.	50	Sachanlagen	X				100'000	200'000	
				Muttenz/Pratteln, San. Rheinfelderstrass	50	Sachanlagen	X				200'000	500'000	
		2012/066	2012/614	Reigoldswil, Sanierung Ziefenstrasse	50	Sachanlagen	X		35'022		100'000	100'000	
						Gesamtkredit	X	400'000					
		2006/302	2007/2420	Zwingen, San./Umgest. Ortsdurchfahrt	50	Sachanlagen	X		5'852'050	3'515'792	3'500'000	2'400'000	
						Gesamtkredit	X	14'000'000					
		2007/005	2009/982	Salina Raurica	50	Sachanlagen	X		802'303	524'352	700'000	750'000	
						Gesamtkredit	X	13'800'000					
		2008/310	2009/1179, 1180	Aesch, Anschluss Pfeifferring, Vorproj.	50	Sachanlagen	X		128'364	83'950	150'000	300'000	
						Gesamtkredit	X	400'000					
				Anschluss Dornach an H18, Realisierung	50	Sachanlagen	X		122'856	122'856	100'000	100'000	
				Allschwil, Kreisel Hegenheimerweg	50	Sachanlagen	X		65'060	4'631	100'000		
		2009/211	2009/1527	Allschwil, Dorfplatz Tramendschlaufe	50	Sachanlagen	X				100'000	100'000	
						Gesamtkredit	X	400'000					
				Rothenf., Hemmikerstr., Ausb. Säge-Asph.	50	Sachanlagen	X		292'864	65'370	50'000		
				Allschwil, San. Baslerstr., Strassenbau	50	Sachanlagen	X					1'000'000	
				Arisdorf, Sanierung Hauptstrasse	50	Sachanlagen	X		126'643		10'000	10'000	
		2010/281	2012/495	Laufen, Gesamtplanung neue Birsbrücke	50	Sachanlagen	X				400'000	400'000	
						Gesamtkredit	X	2'000'000					
		2010/281	2012/495	Laufen, Neue Kantonsstrasse Stangimatt		Gesamtkredit	X	200'000					

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Nr. Abr.
BUD		2481/95	1478/02	Reinach, Trasseesanierung Linie 11	50	Sachanlagen	X					3'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X					-800'000	
				Zubringer Allschwil	50	Sachanlagen	X		21'435	21'435			
				Sicherheitsmassnahmen TRA 9500	50	Sachanlagen	X		729'628	12'210	300'000	300'000	
				Lärmsanierung Kantonsstrassen	50	Sachanlagen	X		8'936'162	2'105'018	1'500'000	2'500'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-5'033'509	-1'452'700	-350'000	-350'000	
				Lärmschutz Kant. Hochleistungsstr. 9951	50	Sachanlagen	X		778'199	524'233	500'000	3'500'000	
				Erneuerung Kant. Hochleistungsstr. 9970	50	Sachanlagen	X		19'145'840	4'342'875	5'000'000	5'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-3'707'745	-1'143'039	-1'000'000	-1'000'000	
				Lärmschutz - 9980	50	Sachanlagen	X		280'420				
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-20'000				
				Erneuerung Kantonsstr./Nebenanlagen 9981	50	Sachanlagen	X		59'507'373	16'404'876	19'000'000	19'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-1'075'393	-593'039	-500'000	-500'000	
				Ankauf Grundstücke 9990	50	Sachanlagen	X		2'397'352	334'940	700'000	700'000	
				Ausbau Kantonsstrasse/Nebenanlagen 9991	50	Sachanlagen	X		37'040'454	10'375'768	10'000'000	10'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-1'231'944	-689'590	-500'000	-500'000	
				Veränderung Nationalstrassen - 9992	50	Sachanlagen	X		17'860'449				
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-18'137'663				
				Zentrales Fahrzeugwesen	50	Sachanlagen	X		997'254				
ZFW													
WB		2005/309	2006/1697	Gelterkinden, Eibach, Hochwasserschutz	50	Sachanlagen	X		2'065'688	1'705'524	1'000'000		
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-489'148	-489'148	-800'000		
						Gesamtkredit	X	2'950'000					
		2012/066	2012/614	Reigoldswil, Hintere Frenke, HW-Schutz	50	Sachanlagen	X		103'461		100'000	500'000	
						Gesamtkredit	X	425'000					
		2006/302	2007/2420	Zwingen, Birs, HW-Schutz, Fischgängigkeit	50	Sachanlagen	X		698'106				
						Gesamtkredit	X	1'600'000					
				Grellingen, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	X		1'171	1'171		100'000	
				Liesberg, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	X		52'812	52'812	100'000	400'000	
				Zwingen, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	X		17'997	17'997	100'000	100'000	
		060/2012		Laufen, HWS Birs gem. Konzept	50	Sachanlagen	X		10'317	10'317	100'000	400'000	
				HWS Allschwil, HWRB Lützelbach	50	Sachanlagen	X		90'816	90'816			
				Biel-Benken, Birsig, Hochwasserschutz	50	Sachanlagen	X				100'000		

Verpflichtungskredite und Sammelpositionen der Investitionsrechnung – Fortsetzung

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Nr. Abr.
				Ankauf Grundstücke Wasserbau 9990	50	Sachanlagen	X		302'343	56'592	100'000	100'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-539'423				
BUD				Wasserbau genereller Ausbau 9991	50	Sachanlagen	X		5'917'303	842'229	1'700'000	1'100'000	
					57	Durchlaufende Inv.-Beitr.	X		304'958				
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-996'000	-740'000	-200'000	-200'000	
					67	Durchlaufende Inv.-Beitr.	X		-304'958				
	HBA	1998/239	1999/70	Liestal, AC-Labor und Sanierung Gebäudch	50	Sachanlagen	X		5'000'000				
						Gesamtkredit	X	5'560'000					
				Binningen, KSB2000 Sanierung und Erweit.	50	Sachanlagen	X		246				
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-246				
						Gesamtkredit	X	27'000'000					
			2001/111	Liestal, Öffentliches Parking Kaserne	50	Sachanlagen	X		129'381				
						Gesamtkredit	X	135'000					
		2002/136	2002/1837	Basel, Neubau UKBB	50	Sachanlagen	X		872'528				
						Gesamtkredit	X	875'000					
		2005/125	2005/1393	Basel, Neubau UKBB	50	Sachanlagen	X		81'198'556	10'630'000	500'000		
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-66'113'140	-10'630'000	-500'000		
						Gesamtkredit	X	74'650'000					
		2011/282	2012/250	Sekundarschulbauten Neu- und Umbauten	50	Sachanlagen	X		83'619	83'619		11'400'000	
						Gesamtkredit	X	15'500'000					
				Sekundarschulbauten Neu- und Umbauten	50	Sachanlagen	X		97'544	97'544	4'000'000	2'210'000	
				Binningen, KSB Sicherheitsrel. Masn. Et2	50	Sachanlagen	X		1'004'554				
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-1'723'410				
		2004/182	2005/1325	Muttenz, Strafjustizzentrum	50	Sachanlagen	X		13'655'540	6'940'263	28'400'000	24'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-20'000	-20'000			
						Gesamtkredit	X	2'650'000					
		2008/046	2008/633	Muttenz, Strafjustizzentrum		Gesamtkredit	X	4'450'000					
		2010/087	2010/2053	Muttenz, Strafjustizzentrum		Gesamtkredit	X	74'200'000					
		2012/138		Augst, RAR Steinlager ARP	50	Sachanlagen	X		252'478	2'192	300'000	500'000	
		2007/283 + 2009/383	2008/424 + 2010/1842	Münchenstein, Gymnasium, San. AH	50	Sachanlagen	X		754'195			50'000	

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Nr. Abr.
BUD													
						Gesamtkredit	X	23'029'000					
				Münchenstein, Fachstelle Messwesen		Gesamtkredit	X	560'000					
		2007/283	2008/424	Liestal, Gymnasium, San. Aussenhülle	50	Sachanlagen	X		8'315'067	1'301'435			
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-664	-664			
						Gesamtkredit	X	9'050'000					
				Niederdorf, JUNI Arxhof	50	Sachanlagen	X		1'512	1'512	400'000	400'000	
		2008/196	2009/1026	Liestal, Kantonsmuseum, Umbau/San	50	Sachanlagen	X		6'268'230	76'487			
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-75'000				
						Gesamtkredit	X	7'158'000					
		2009/100	2009/1399	Liestal, Turnhalle Gymnasium	50	Sachanlagen	X		3'544'389	2'506'577	7'500'000		
						Gesamtkredit	X	9'889'000					
				Liestal, ZID, Notstrom	50	Sachanlagen	X				3'500'000	8'000'000	
		2009/383	2010/2175	Münchenstein, Gym., San. Innenräume	50	Sachanlagen	X		244'324			50'000	
						Gesamtkredit	X	1'860'000					
		2009/383	2010/1842	Münchenstein, Gym., San Villa Ehinger	50	Sachanlagen	X		2'574'966	2'021'405	2'300'000		
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-17'540	-17'540			
						Gesamtkredit	X	2'820'000					
		2009/384	2010/1936	Muttenz, Neubau FH/NW HLS, PH/HSA u. HABG	50	Sachanlagen	X		135'007				
				Sissach, Landw.Zentrum Ebenrain, San.	50	Sachanlagen	X		128'606				
				Pratteln, KIGA, Optimierungen	50	Sachanlagen	X		8'958				
		2012/084		Gutsbetriebe Wildenstein u. Arxhof	50	Sachanlagen	X		262'232		1'700'000	1'530'000	
				Liestal, Neubau Verwaltungsgebäude, 1.Et	50	Sachanlagen	X		26'687			400'000	
				Liestal, Rechenzentrum Zeughaus	50	Sachanlagen	X		3'974				
		2010/317	2010/2395	Sekundarschulbauten, Eigentumsübertrag	50	Sachanlagen	X		196'964'814	196'964'814			
						Gesamtkredit	X	195'000'000					
		2009/388	2010/1722	Liestal, Gymnasium, Innensan. Haupttrakt	50	Sachanlagen	X		5'157'723	3'552'863			
						Gesamtkredit	X	5'100'000					
				Muttenz, FHBB, Sanierung Lüftung Chemie	50	Sachanlagen	X		166'715				
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		4'548'029				
		2009/384	2010/1936	Muttenz, Neubau FH/NW HLS, PH/HSA u. HABG	50	Sachanlagen	X		28'741'369	28'294'110	9'200'000	5'900'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-42'068				

Verpflichtungskredite und Sammelpositionen der Investitionsrechnung – Fortsetzung

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Nr. Abr.
BUD													
						Gesamtkredit	X	64'130'000					
		2008/267	2009/1245	Basel, Uni, Neubau Schällemätteli	54	Darlehen	X		6'140'000	6'140'000	5'300'000	38'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-33'938	-33'938		-10'000'000	
						Gesamtkredit	X	11'000'000					
				Basel, Uni, Neubau / IS Alt-Biozentrum	50	Sachanlagen	X					350'000	
				Muttenz, GIBM Erweiterungsbau/San.Altbau	50	Sachanlagen	X				500'000		
				Muttenz, Nachnutzung FH-Gebäude (Gym.etc.)	50	Sachanlagen	X		22'000	22'000			
				Augst, RAR Steinlager ARP, Übergangslös.	50	Sachanlagen	X						
				Münchenstein, Gym. Erw., Übergangslös.	50	Sachanlagen	X				300'000	300'000	
				Muttenz, Mietausbau Einmietung Valora	50	Sachanlagen	X		92'298	92'298	9'000'000	1'000'000	
				Arllesheim, Mietausbau Einn. SIPO-West	50	Sachanlagen	X		5'986	5'986	2'400'000	1'600'000	
		2011/268	2012/251	Pratteln, Einmietung ZID 2. Rechenzentrum	50	Sachanlagen	X				850'000		
						Gesamtkredit	X	850'000					
				Sissach, Arealnutzung Werkhof	50	Sachanlagen	X				300'000	400'000	
				Sekundarschulen, Instandsetzung 9910	50	Sachanlagen	X		1'086'960	1'086'960	3'000'000	4'000'000	
				Globalkredit Unterh Bau Haustechnik 9970	50	Sachanlagen	X		877'892	877'892	1'500'000	500'000	
				Technische Investitionen 9980	50	Sachanlagen	X		8'428'611	2'420'450	2'000'000	3'000'000	
				Bauliche Investitionen 9990	50	Sachanlagen	X		20'520'767	4'642'169	5'000'000	5'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-202'850	-12'494			
				Investition Mobiliar - 9991	50	Sachanlagen	X		433'478				
				Überträge ins Finanzvermögen	60	Übertragung von Sachanlagen in das FV			-257'775				
	AIB			Ara Rüfenberg-Süd, Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen	X				200'000	500'000	
		2012/065		ARA Frenke Neubau	50	Sachanlagen	X				500'000	1'300'000	
		2003/143 + 2011/330	2004/308 + 2012/354	Ara Birs 2 Ausbau	50	Sachanlagen	X		49'831'469	194'975	1'500'000	2'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-12'063'446	-21'069		-200'000	
						Gesamtkredit	X	58'000'000					
		2005/034	2005/1324	Ara Liesberg Ausbau	50	Sachanlagen	X		3'323'088	332'950			
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-341'882				
						Gesamtkredit	X	3'600'000					

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Nr. Abr.
BUD		2003/250	2004/582	Ara Ergolz 2 Schlammanlagen	50	Sachanlagen	X		8'812'440				
						Gesamtkredit	X	9'200'000					
		2007/191	2007/269	Ara Ergolz 2 Sanierung Biologie	50	Sachanlagen	X		8'313'708	134'887			
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-238'414	-196'164			
						Gesamtkredit	X	8'550'000					
		2007/179	2007/268	Ara Frenke 3, Planung und Mischwasser	50	Sachanlagen	X		795'019	361'415			
						Gesamtkredit	X	800'000					
		2010/037	2010/1897	Ersatz PLS Ara Birsig	50	Sachanlagen	X		1'038'206	1'016'129			
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-291'009	-291'009			
						Gesamtkredit	X	1'300'000					
		1991/034	1991/2717	Region Birsig Regenwasserbehandlung	50	Sachanlagen	X		15'546'859	318'024		300'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-2'080'521				
						Gesamtkredit	X	20'300'000					
		2003/143	2004/308	Mischwasserbehandlung Region Birstal	50	Sachanlagen	X		13'722'665	1'658'668	4'900'000	4'500'000	
						Gesamtkredit	X	24'700'000					
		2012/066	2012/614	Zuleitungskanal ARA Frenke 1 Reigoldswil	50	Sachanlagen	X				20'000	20'000	
		2012/065		Massnahmen im Netz Frenkentäler		Gesamtkredit	X	75'000					
		2010/409	2011/2464	Ormalingen - Ersatz Kanal / MWB	50	Sachanlagen	X					1'000'000	
					50	Sachanlagen	X		1'249'050	1'249'050	2'300'000	500'000	
						Gesamtkredit	X	4'800'000					
		2007/179	2007/268	Ara Frenke 1, Ableitungskanal	50	Sachanlagen	X		2'161'678	72'593			
						Gesamtkredit	X	3'900'000					
		2010/036	2010/1896	Sanierung Kanal Sissach	50	Sachanlagen	X		2'276'060	1'634'699			
						Gesamtkredit	X	2'600'000					
		2011/329	2012/353	ARA Hemmiken Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen	X				800'000		
						Gesamtkredit	X	800'000					
		2011/330	2012/354	Solaranlagen	50	Sachanlagen	X				1'000'000	200'000	
						Gesamtkredit	X	1'910'000					
		2011/329	2012/353	ARA Häfelfingen Abwasserbehandlung		Gesamtkredit	X	700'000					
				** Ara ProfRheno, Abwasserbehandlung	50	Sachanlagen	X					200'000	
				Abwasserreinigungsanlagen Sammelpos 9990	50	Sachanlagen	X		4'456'055	1'422'926	1'000'000	500'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-360'747	-747			

Verpflichtungskredite und Sammelpositionen der Investitionsrechnung – Fortsetzung

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Nr. Abr.
BUD				Netz Sammelposition 9991	50	Sachanlagen	X		207'019	207'019	700'000	1'800'000	
				Versickerungsanlage Aesch	50	Sachanlagen	X					100'000	
			1993/1396	Deponie Elbisgraben, Reaktor-Etappe 6	50	Sachanlagen	X		18'748'114	92'548	100'000	100'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-3'253'585	-3'503			
						Gesamtkredit	X	20'500'000					
		1997/188	1997/1161	Deponie Elbisgraben, Reaktor-Etappe 7	50	Sachanlagen	X		498'164	87'485	100'000	200'000	
						Gesamtkredit	X	2'270'000					
		1997/188	1997/1161	Deponie Elbisgraben, Reaktor-Etappe 8	50	Sachanlagen	X		1'099'103	23'990	100'000	100'000	
						Gesamtkredit	X	1'800'000					
				Betriebsverbund Höli 9980	50	Sachanlagen	X		61'644				
				Abfallbeseitigungsanlagen Sammelpos 9991	50	Sachanlagen	X		435'589		50'000	50'000	
				Sanierung Hochkamin FW Liestal	50	Sachanlagen	X		150'712				
						Gesamtkredit	X	7'420'000					
		2012/005	2012/471	FHWW Muttentz Netzausbau	50	Sachanlagen	X				3'000'000	2'900'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X				-600'000	-400'000	
						Gesamtkredit	X	4'512'000					
				FWKM Muttentz Ersatz Wärmepumpe	50	Sachanlagen	X		2'111'750	49'744			
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-693'900				
			1994/1741	FHWL Liestal Netzausbau Etappe 2	50	Sachanlagen	X		14'554'126	294'893	500'000	500'000	
					61	Rückerstattungen	X		-270'916				
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-2'166'771	-110'418	-20'000	-30'000	
						Gesamtkredit	X	15'000'000					
				FHWL Liestal Netzausbau Etappe 3	50	Sachanlagen	X					300'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X					-20'000	
				Energiewirtschaft Sammelpositionen 9981	50	Sachanlagen	X		140'406		400'000	900'000	
				Effizienzinvest. Fernwärmezentrale 9992	50	Sachanlagen	X		1'061'711	644'738			
	ARP	2007/005(A)	2009/982	Salina Raurica		Gesamtkredit	X	2'500'000					
	ARP NL			Ankauf von Grundstücken 999	50	Sachanlagen	X		236'554		50'000		
	ALV			Überträge ins Finanzvermögen	60	Übertragung von Sachanlagen in das FV			-1'106	-227			
	ÖV			Trasseesanierung ink. Landerwerb L 10	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		677'015				

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Nr. Abr.
BUD		2009/211	2009/1527	Allschwil, Grabenring, BVB Linie 6	50	Sachanlagen	X		2'446'955	38'535			
						Gesamtkredit	X	2'705'000					
				Allschwil, San.Baslerstr., Real. Schiene	50	Sachanlagen	X					1'000'000	
		2009/348	2010/1721	Allschwil, Baslerstr. BVB Linie 6, Inst.	50	Sachanlagen	X		2'173'684	596'144	300'000	200'000	
						Gesamtkredit	X	3'500'000					
		2011/378	2012/496	Laufen, Ausbau Bushof	50	Sachanlagen	X		20'827	20'827	300'000	600'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X				-120'000		
						Gesamtkredit	X	5'660'000					
		2012/204		Umsetzung BehiG Bus, Projektierung	50	Sachanlagen	X					1'000'000	
		2011-221	2011-148	Trasseesanier. BLT Linie 12/14 (500420)	56	Eigene Inv.-Beitr.	X					3'000'000	
						Gesamtkredit	X	23'230'000					
		2007-169	2009-1080	Richtplan, Proj. Schienennetz (500421)	56	Eigene Inv.-Beitr.	X					50'000	
						Gesamtkredit	X	500'000					
		2006-037	2006-2036	Tram/Bahnüberg. Optimierungsmassnahmen	56	Eigene Inv.-Beitr.	X					6'000'000	
						Gesamtkredit	X	20'000'000					
			2002-1478	Trasseesanierung Linie 11 (500425)	56	Eigene Inv.-Beitr.	X					4'000'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X					-300'000	
						Gesamtkredit	X	39'700'000					
		2007-005A	2009-982	Salina Raurica, ÖV-Anl. Vorpr. (500426)	56	Eigene Inv.-Beitr.	X					1'000'000	
						Gesamtkredit	X	1'344'000					
		2010-266	2010-2177	Ausbau BLT Linie 10 Margarethenstich	56	Eigene Inv.-Beitr.	X					400'000	
						Gesamtkredit	X	770'000					
				Laufen, Ausbau Busbahnhof (500428)	56	Eigene Inv.-Beitr.	X					200'000	
				WB Ausbau Infrastruktur (500431)	56	Eigene Inv.-Beitr.	X					5'000'000	
			1348-1989	Trasseesanierung Linie 10 (500434)	63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X					-5'000'000	
						Gesamtkredit	X	68'100'000					
		2010-283	2010-2178	BLT Linie 10/17, Instandsetzung (500571)	56	Eigene Inv.-Beitr.	X					1'600'000	
						Gesamtkredit	X	38'660'000					
		2010-283	2010-2178	BLT Linie 11, Instandsetzung (500572)	56	Eigene Inv.-Beitr.	X					6'000'000	
						Gesamtkredit	X	38'660'000				500'000'000	
				WB Erneuerung Fahrleitung (500623)	56	Eigene Inv.-Beitr.	X					600'000	
		2012/204		Umsetzung BehiG Haltest., Proj (500991)	56	Eigene Inv.-Beitr.	X					1'000'000	

Verpflichtungskredite und Sammelpositionen der Investitionsrechnung – Fortsetzung

Direktion	Dienststelle	LRV	LRB	Auftrag	KOA 2-st.	KOA Bezeichnung	VK	Gesamtkredit	Ausschöpfung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Nr. Abr.
BUD				BLT Linie 10/17Doppelpsp Spiessh (500569)	56	Eigene Inv.-Beitr.	X					300'000	
				BLT Linie 10/17Doppelpsp Ettingen(500622)	56	Eigene Inv.-Beitr.	X					3'600'000	
				Ausbauten öffentlicher Verkehr 9990	50	Sachanlagen	X		5'313'052	2'086'020	1'000'000	500'000	
					56	Eigene Inv.-Beitr.	X					500'000	
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-66'089				
	SID	Ergebnis						14'743'000	13'981'695	904'402		450'000	
	BZA	2011-172	2011-143	Bet. Stiftungsaufsicht beider Basel	55	Beteil. und Grundkapitalien	X		500'000	500'000			
						Gesamtkredit	X	500'000					
	AMB	2002/176	2003/1941	Ölwehrmassnahmen auf Fliessgewässern	50	Sachanlagen	X		233'544			450'000	
						Gesamtkredit	X	870'000					
		2005/262	2006/1558, 1559	Sicherheitsfunknetz Polycorn	50	Sachanlagen	X		18'594'150	677'046			
					63	Inv.-Beitr. für eigene Rechnung	X		-5'345'998	-272'644			
						Gesamtkredit	X	13'373'000					
BKSD	Ergebnis											500'000	
	AfBB			ÜK-Zentrum Holzbau	56	Eigene Inv.-Beitr.						500'000	

6. Liste der Massnahmen für 2013 aus dem Entlastungspaket 12/15

Nr. in LRV	Profitcenter	Dienststelle	Titel der Massnahme	Entlastungsbetrag kumuliert bis und mit Budget 2013 in TCHF
KB-KI-3	P2003	Staatsarchiv	Reduktion Personalaufwand (CHF 35'000) und Sachaufwand (CHF 45'000)	80
KB-KI-5	P2002	Landeskanzlei	Amtskalender nicht mehr drucken	-50
Kantonale Behörden: EP 12/15 TOTAL				30
FKD-2	P21024	Finanzverwaltung	Einkommensabhängige Reduktion der Krankenkassenprämienverbilligung	10'000
FKD-5	P2106 / P2107	Steuerverwaltung	Zusätzlicher Steuerertrag durch verstärkte Revisionstätigkeit	1'080
FKD-6	P21021	Finanzverwaltung	Erhöhung der Abgeltung Staatsgarantie BLKB	5'000
FKD-KI-1	P2107	Steuerverwaltung	Provision für den Bezug der Kirchensteuer	83
FKD-KI-2	P2106	Steuerverwaltung	Umstellung auf A-Post Plus	40
FKD-KI-4	P2107	Steuerverwaltung	Bezugsprovision Quellensteuer	602
FKD-KI-5	P2100	GS	Telefonie (Kostenreduktion)	500
FKD-KI-6	P2106	Steuerverwaltung	Einführung einer Gebühr für Zahlungsabkommen	450
FKD-KI-7	P2107	Steuerverwaltung	Änderung des Umlageverfahrens der Bezugskosten der Quellensteuer	384
FKD-KI-8	P2103	Kantonales Sozialamt	Entlastung nach Gesetzesänderung Sozialhilfegesetz im Bereich Alimente	500
FKD-KI-9	P2100	GS	Reduzierung der einzelnen Dienststellenbudgets (IT)	223
FKD-KI-10	P2105	Statistisches Amt	Aufwandreduktion temporäre Personalkosten (Projekte)	207
FKD-KI-11	P2106	Steuerverwaltung	Reduktion Temporärbudget Steuerverwaltung	220
FKD-KI-12	P2106	Steuerverwaltung	Kundenempfang der Steuerverwaltung	125
FKD-KI-13	P2105	Statistisches Amt	Finanz- und Lastenausgleich (Budgetanpassung)	200
FKD-KI-14	P2102	Finanzverwaltung	Reduktion eingekaufte Dienstleistungen	-289
FKD-KI-15	P2106	Steuerverwaltung	Halbierung der Vergütung an Gemeinden für Fristerstreckungen	95
FKD-KI-16	P2104	Personalamt	Straffung des zentral eingestellten Budgets für Inseratekosten	90
FKD-KI-17	P2106	Steuerverwaltung	Reduktion Aus- und Weiterbildung	50
FKD-KI-18	P2104	Personalamt	Reduktion der PE-Seminare um 10%	139
FKD-KI-19	P2104	Personalamt	Führungsausbildung Durchführungen reduzieren	49
FKD-KI-20	P21001	GS	Der Kanton zahlt die Löhne für die Organisten in Spitalgottesdiensten nicht mehr	48
FKD-KI-21	P2104	Personalamt	Prüfung der Leistungsvereinbarung mit der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung "Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz in der Verwaltung des Kantons Basel-Landschaft"	30
FKD-KI-22	P2104	Personalamt	Verzicht auf Personalmarketing-Massnahmen	40
FKD-KI-23	P21001	GS	Die Subvention für das Seminarhotel Leuenberg wird ersatzlos gestrichen	20
FKD-KI-24	P2105	Statistisches Amt	Aufwandreduktion Konto 310/313 (Büromaterial, Publikationen, Drucksachen, Porti)	20
FKD-KI-25	P2106	Steuerverwaltung	Erhöhung der Entschädigung für Mehrkosten bei Einsprachen auf amtliche Veranlagungen	20
FKD-KI-26	P2106	Steuerverwaltung	Verzicht auf kostenpflichtige Inserate	16
FKD-KI-27	P2101	Fachstelle für Gleichstellung	Kürzung von Leistungen	10
FKD-KI-28	P2104	Personalamt	Reduktion der Grafiker- und Druckkosten für die Seminarprogramme	18
FKD-KI-29	P2104	Personalamt	Seminarpreiserhöhungen für Externe (ohne LOGS und Spitäler, inkl. "KIGA-Spezialeinheiten")	10
FKD-KI-30	P2101	Fachstelle für Gleichstellung	Kommission für Gleichstellung (Budgetanpassung)	4
FKD: Entlastungsbeitrag aus direktionsspezifischen Massnahmen				19'984
Ü-5-FKD	div.	div.	ANTEIL FKD: Aufwand externe Gutachter, Berater etc. auf Stand 2009 reduzieren	436
Ü-6-FKD	P2100 (P21000)	Generalsekretariat (ZID)	ANTEIL FKD: Optimierung im IT-Bereich (Aufgabenprofile etc.)	-1'600

Nr. in LRV	Profitcenter	Dienststelle	Titel der Massnahme	Entlastungsbetrag kumuliert bis und mit Budget 2013 in TCHF
Ü-7-FKD	P2102 / P2104	Finanzverwaltung / Personalamt	ANTEIL FKD: Ausweisung der Effizienzgewinne resultierend aus dem ERP- Projekt (IT-Optimierung im Bereich Rechnungswesen und Personal)	300
Ü-KI-10-FKD	P2100 (P21000)	Generalsekretariat (ZID)	ANTEIL FKD: Gesamtaufwand für Informatik bei allen Direktionen und gerichten auf Stand 2009 zurückführen	28
FKD: EP 12/15 TOTAL				19'148

VGD-1	P2313	BUD - ALV	Baurechtzinseinnahmen Spitalgesellschaften	4'120
VGD-2	P21020	FKD - FIV	Darlehen Spitalgesellschaften	2'120
VGD-KI-1	öff.-rechtl. Anstalt BL/BS	Schweizerische Rheinhäfen	Aktivere Bewirtschaftung des Hafenvermögens	300
VGD-KI-2	P2200	GS	Betriebsanlässe Mitarbeiter Spitäler BL	440
VGD-KI-3	P2206	Amt für Geoinfor- mation	Ordentliche Pensionierungen ohne Stellenersatz	288
VGD-KI-4	P2205	Amt für Wald	Erhöhung der Entschädigung BS für das gemeinsame Amt für Wald	250
VGD-KI-5	P2205	Amt für Wald	Verzicht auf den Ersatz eines in Pension gehenden Kreisförsters	175
VGD-KI-6	P2207	Landw. Zentrum Ebenrain	Die Dienststellenleitung übernimmt die Schulleitung der landwirtschaftlichen Schule in Personalunion	150
VGD-KI-7	P2201	KIGA	Verzicht auf eine zusätzlich geplante Stelle im Arbeitsinspektorat	160
VGD-KI-8	P2207	Landw. Zentrum Ebenrain	Kursprogramm des Landwirtschaftlichen Zentrums Ebenrain zu Vollkosten anbieten oder streichen	76
VGD-KI-9	P2206	Amt für Geoinformation	Frühzeitige Pensionierungen ohne Stellenersatz	444
VGD-KI-10	P2201	KIGA	Verzicht auf die Kompensation einer Pensenreduktion von 40 Stellenprozent im Arbeitsinspektorat	50
VGD-KI-11	P2207	Landw. Zentrum Ebenrain	Reduktion der Spezialfinanzierung Betriebshilfe	50
VGD-KI-12	P2205	Amt für Wald	Abschaffung der Investitionskredite / Einführung koordinierter Entscheide / Auslagerung Kursadministration	40
VGD-KI-13	P2208 / P2305	Kantonales Labora- torium / BUD - AUE	Integration der BUD-Wasseranalytik ins Kantonslabor	115
VGD: Entlastungsbeitrag aus direktionspezifischen Massnahmen				8'778
Ü-5-VGD	div.	div.	ANTEIL VGD: Aufwand externe Gutachter, Berater etc. auf Stand 2009 reduzieren	212
Ü-7-VGD	div.	div.	ANTEIL VGD: Ausweisung der Effizienzgewinne resultierend aus dem ERP-Projekt (IT-Optimierung im Bereich Rechnungswesen und Personal)	300
VGD: EP 12/15 TOTAL				9'290

BUD-2	P2314	ARP	Erhöhung Kostendeckungsgrad Öffentlicher Verkehr	2'000
BUD-3	P2314	ARP	Nullrunde bei Transportunternehmen und Elimination der Teuerungsreserven	2'000
BUD-4	P2304	HBA	Reduktion des Aufwands für Instandhaltung Gebäude und Umgebung	1'205
BUD-5	P2304	HBA	Verzicht auf Mieterausbau (Einmietungen)	1'100
BUD-6	P2304	HBA	Reduktion Neu-Anschaffung von Büro- und Schulmobiliar	1'287
BUD-KI-1	P2309	ARP	VK Verlegung Amphibien aus der Zurlindengrube Pratteln wird nicht mehr weiter ausgeschöpft	904
BUD-KI-2	P2305	AUE	Erhöhung der Konzessionsgebühren für Kraftwerke	800
BUD-KI-3	P2305	AUE	Reduktion Sollstellen	500
BUD-KI-4	P2304	HBA	Schlösser Wildenstein und Bottmingen, Gutshof Wildenstein: Änderung der Trägerschaft unter Gewährleistung der Einflussnahme durch den Staat und des Zugangs für die Öffentlichkeit	698
BUD-KI-5	P2301	TBA	Betrieblicher Unterhalt H2/H18	300
BUD-KI-6	P2305	AUE	Förderung "Baselbieter Energiepaket", Verpflichtungskredit CHF 50 Mio. vom 12.11.2009	300
BUD-KI-7	P2304	HBA	Reduktion Personalressourcen	300
BUD-KI-8	P2309	ARP	"Abgeltungen für Unterschutzstellungen" ausser "Landerwerb" auf CHF 100'000 herunterfahren	280

Nr. in LRV	Profitcenter	Dienststelle	Titel der Massnahme	Entlastungsbetrag kumuliert bis und mit Budget 2013 in TCHF
BUD-KI-9	P2301	TBA	Winterdienst	230
BUD-KI-10	P2311	Lufthygieneamt bB	Optimierung Personaleinsatz und Abbau Massnahmenplanung / Planungsgrundlagen / Erfolgskontrolle	220
BUD-KI-11	P2310	Bauinspektorat	Anpassung der Gebühren im Baubewilligungsverfahren	202
BUD-KI-12	P2303	TBA	Unterhalt Wasserbau	200
BUD-KI-13	P2304	HBA	Parkzinsen: Verdoppelung der Gebühren für Mitarbeitende des Kantons (exkl. Spitäler)	200
BUD-KI-14	P2302	TBA	Treibstoffverkauf an den Tankstellen der kantonalen Verwaltung	200
BUD-KI-15	P2314	ARP / TBA	Anpassung der WB-Stationen auf das neue Rollmaterial sind auf das notwendigste zu beschränken	200
BUD-KI-16	P2305	AUE	Reduktion Sollstellen	150
BUD-KI-18	P2305	AUE	Erdwärmesonden	150
BUD-KI-19	P2305	AUE	Altlastenbearbeitung (inkl. Bearbeitung Kataster)	150
BUD-KI-20	P2312	Sicherheitsinspektorat	Personalsoptimierung und Mutationsgewinn	80
BUD-KI-21	P2301	TBA	Kostenbeteiligung an NSNW AG um 5 % reduzieren; versprochenen Produktivitätsgewinn einfordern	135
BUD-KI-22	P2310	Bauinspektorat	Reorganisation des Bauinspektorates	131
BUD-KI-23	P2302	TBA	Ersatz- und Zusatzanschaffungen von Fahrzeugen der kantonalen Fahrzeugflotte	130
BUD-KI-24	P2300	GS	Pensenreduktion der pendenten Sekretariatsstelle (von 80% auf 60%) sowie Abbau Juristenstelle im Aktuariat der Baurekurskommission	120
BUD-KI-25	P2309	ARP	VK ökologischer Ausgleich (2009-2013) wird um CHF 116'000 gekürzt	116
BUD-KI-26	P2300	GS	GEVER	100
BUD-KI-27	P2309	ARP	NATUR Festival beider Basel (2008-2011)	100
BUD-KI-28	P2309	ARP	Kürzung Naturschutz im Wald (2009 - 2013) um CHF 100'000 gekürzt	100
BUD-KI-29	P2313	Amt für Liegen- schaftsverkehr	Reduktion des Budget Unterhalt an Grundstücken	100
BUD-KI-30	P2301	TBA	Anschaffung Maschinen, Geräte, Werkzeuge	100
BUD-KI-31	P2301	TBA	Sicherheitsholzerei	80
BUD-KI-32	P2309	ARP	Waldförderungsprogramme streichen (Naturschutz im Wald, Walddauerbeobachtung, Natur- und Landschaftsschutz)	70
BUD-KI-33	P2303	TBA	Anschaffung Maschinen, Geräte, Werkzeuge	70
BUD-KI-34	P2301	TBA	Unterhalt der Beleuchtungsanlagen	65
BUD-KI-35	P2304	HBA	Hofgut Arxhof: Änderung der Trägerschaft	66
BUD-KI-36	P2300	GS	Projekt Insieme	63
BUD-KI-37	P2308	ARP	Voraussichtlicher Mutationsgewinn bei Ersatz regulär pensionierter Person März 2012	45
BUD-KI-38	P2300	GS	Straffung Mitgliedschaften und Beiträge	30
BUD-KI-39	P2301	TBA	Anschaffung / Unterhalt Verkehrszählgeräte	28
BUD-KI-40	P2300	GS	Administration Reinigungspersonal	20
BUD-KI-41	P2301	TBA	Strassenmarkierung	20
BUD-KI-42	P2307	ARP	Unterhalt und Ersatz der Messgeräte Lärmschutz	10
BUD-KI-43	P2307	ARP	Reduktion der budgetierten Mittel für Spesen und Anlässe	10
BUD-KI-44	P2307	ARP	Reduktion der Frankaturkosten	4
BUD-KI-45	P2301	TBA	Bericht Verkehrszählungen	1
BUD: Entlastungsbeitrag aus direktionsspezifischen Massnahmen				15'370
Ü-5-BUD	div.	div.	ANTEIL BUD: Aufwand externe Gutachter, Berater etc. auf Stand 2009 reduzieren	1'944
Ü-7-BUD	div.	div.	ANTEIL BUD: Ausweisung der Effizienzgewinne resultierend aus dem ERP-Projekt (IT-Optimierung im Bereich Rechnungswesen und Personal)	154
Diverse Massnahmen BUD	div.	div.	Diverse Massnahmen BUD	688
BUD: EP 12/15 TOTAL				18'156

Nr. in LRV	Profitcenter	Dienststelle	Titel der Massnahme	Entlastungsbetrag kumuliert bis und mit Budget 2013 in TCHF
SID-1	P241 etc.	Bereich Zivilrecht	Projekt FOCUS: Verzicht auf die Führung eines Amtsnotariats und vollständige Reorganisation der Behörden im Zivilrecht	486
SID-2	P2420	Polizei BL	Anpassung Auslösegeschwindigkeit bei Geschwindigkeitskontrollen	1'500
SID-3	P24001	GS	Konsequenter Bewirtschaftung von Drittkostenträgern, Optimierungen etc.	1'128
SID-4	P2420	Polizei BL	Strengere Bearbeitung der Bilder bei Geschwindigkeitsmessungen	1'000
SID-5	P2450	Staatsanwaltschaft	Erhöhung Verfahrenskosten (Seitenpauschale) in der Staatsanwaltschaft	1'000
SID-KI-1	P24000 P24002 P24003	GS	Verzicht auf subsidiäre Präventionstätigkeiten	781
SID-KI-3	P2420	Polizei BL	Anpassung Geschwindigkeitskonzept Stinger	600
SID-KI-4	P2442	Massnahmenzentrum Arxhof	Erhöhung der Aufenthaltstaxen und Erhöhung der durchschnittlichen Belegung (Massnahmenzentrum Arxhof)	579
SID-KI-6	P2432	MfK BL	Gebührenerhöhung im Fahrzeugbereich, Gebührenreduktion im Lernfahr- und Führerausweisbereich	190
SID-KI-7	P2420	Polizei BL	Reduktion Prozess Leistungserfassung/Controlling	385
SID-KI-8	P2442	Massnahmenzentrum Arxhof	Grössere Unterhaltsarbeiten für Gebäude und Areal sind mittelfristig nicht erforderlich	199
SID-KI-9	P24000	GS	Halbierung der Aus- und Weiterbildungskosten der Sicherheitsdirektion (ohne Polizei und ohne Arxhof) sowie der Honorare für auswärtige Beratungen und Begutachtungen	337
SID-KI-10	P2431	Amt für Militär und Bevölkerungsschutz	Nichtersatz von Pensionierungen, Verteilung der Aufgaben	275
SID-KI-11	P2430	Amt für Migration	Aufhebung von Stellen und Aufgabentransfer innerhalb der Abteilung	230
SID-KI-12	P2431	Amt für Militär und Bevölkerungsschutz	Schliessung Liq.-Shop	230
SID-KI-13	P2442	Massnahmenzentrum Arxhof	Einsparungen bei Anschaffungen von Maschinen	110
SID-KI-14	P2450	Staatsanwaltschaft	Optimierung und Reduzierung Postversand	200
SID-KI-15	P2420	Polizei BL	Mehrertrag durch Massnahmen im Geschwindigkeitskontrollbereich bei der Polizei	200
SID-KI-16	P24004	GS	M1 Reduktion Dienstleistungen Dritter	150
SID-KI-17	P24004	GS	M2 Reduktion Hardware	150
SID-KI-18	P2431	Amt für Militär und Bevölkerungsschutz	Reduktion der Ölwehrstützpunkte	150
SID-KI-19	P2450	Staatsanwaltschaft	Neue Massnahme	150
SID-KI-20	P2430	Amt für Migration	Ersatzfinanzierung für die Fortführung der Erstinformationsgespräche für neu zuziehende Ausländerinnen und Ausländer per 2012 und 2013	140
SID-KI-21	P2432	MfK BL	Verzicht auf die per 2011 zusätzlich bewilligte Stelle (auf MFK)	130
SID-KI-22	P24000	GS	Reduktion von Führungsinstrumenten im Generalsekretariat mit Abbau 1 Stelle	116
SID-KI-23	P2432	MfK BL	Verzicht auf Besetzung einer Stelle nach Pensionierung eines MA	110
SID-KI-24	P2450	Staatsanwaltschaft	Erhöhung von Bussen bei einigen Übertretungen	100
SID-KI-26	P2430	Amt für Migration	Generelles Verlangen der bundesrechtlichen Höchstgebühren und Einführung neuer Gebühren (sofortige Umsetzung)	75
SID-KI-27	P2420	Polizei BL	Verrechnungspreise für Leistungen zugunsten des Bundes um 5 % erhöhen (z.B. Autobahnpolizei, Arbeitsämter usw.)	70
SID-KI-28	P2441	Jugend-anwaltschaft	Anpassen Verfahrenseinnahmen aus Jugendstrafverfahren auf kostendeckende Ansätze	53
SID-KI-29	P24001	GS	Abbau von 60% Arbeitspensum bei der Koordinationsstelle Strafregister KOST	64
SID-KI-30	P24004	GS	M3 Reduktion Lizenzen	50
SID-KI-31	P2401	Rechtsdienst des RR	Dezentralisierung der Volontariatsadministration sowie Verlängerung der Bearbeitungsfristen gemäss Leistungsauftrag	39
SID-KI-32	P24005	GS	Optimierung Ausgaben und Einnahmen FuV	34
SID-KI-33	P24004	GS	Halbierung der Veranstaltungskosten	20
SID-KI-34	P2402	Aufsichtsstelle Datenschutz	Tätigkeit der Datenschutz-Aufsichtsstelle um 10 % reduzieren	10
SID: Entlastungsbeitrag aus direktionsspezifischen Massnahmen				11'041

Nr. in LRV	Profitcenter	Dienststelle	Titel der Massnahme	Entlastungsbetrag kummulierte bis und mit Budget 2013 in TCHF
Ü-5-SID	div.	div.	ANTEIL SID: Aufwand externe Gutachter, Berater etc. auf Stand 2009 reduzieren	50
Ü-7-SID	div.	div.	ANTEIL SID: Ausweisung der Effizienzgewinne resultierend aus dem ERP-Projekt (IT-Optimierung im Bereich Rechnungswesen und Personal)	150
SID: EP 12/15 TOTAL				11'241

BKSD-1	P2507	Sekundarschulen	Neuordnung der Sekundarschulkreise führt zur Senkung Anzahl Klassen	7'166
BKSD-2	P2508 / P2510	Gymnasien / Berufsfachschulen	Erhöhung der Pflichtlektionen der Fachlehrer auf der Sekundarstufe II	1'542
BKSD-4	P2507	Sekundarschulen	Erhöhung der Pflichtlektionen der Fachlehrer der Sekundarschule	1'200
BKSD-6	P25124	Kulturelles	Beitragserhöhung an das Theater Basel streichen (gemäss Volksentscheid)	1'500
BKSD-7	P2507	Sekundarschulen	Anpassung der Löhne für Stellvertretungen von Lehrpersonen an den effektiv erbrachten Arbeitsaufwand	417
BKSD-KI-1	P2511	AKJB	Teilverzicht auf das Einführen von Betriebsbeiträgen an die ehem. Tarifheime	800
BKSD-KI-2	P2507	Sekundarschulen	Anpassung Kurs- und Abteilungsgrosse auf Sekundarstufe I	700
BKSD-KI-4	P2501	Schulabkommen	Keine weiteren Kantonsbeiträge für vollzeitliche, dual konzipierte Angebote der beruflichen Grundbildung	100
BKSD-KI-5	P2511	AKJB	Bedarfsplanung: Verzögerung von Projekten, neue Plätze nur noch mit einem Betriebsbeitragsanteil von 30%, Verzicht auf einzelne Vorhaben	450
BKSD-KI-6	P2509 / P2506 / P2508	AfBB / AVS / Gym	Lehrerweiterbildungen nur noch ausserhalb der Unterrichtszeit	300
BKSD-KI-7	P2505	SBMV	Reduktion Budget Materialpauschalen	300
BKSD-KI-9	P2501	Schulabkommen	Übergabe der Hochschule für Landwirtschaft (SLH) Zollikofen an den Kanton Bern / Aufhebung des Konkordates und Unterstellung unter die Fachhochschulvereinbarung	200
BKSD-KI-10	P2510	Berufsfachschulen	Zulassungsbedingungen für die WMS und FMS (und BM) vereinheitlichen	80
BKSD-KI-11	P2511	AKJB	Sparpotenzial bei Verträgen mit Heimen ausschöpfen (Reduktion Standards)	150
BKSD-KI-12	P2511	AKJB	Erhöhung der Elternbeiträge an die Mittagsverpflegung von heute CHF 3.- auf 5.-	150
BKSD-KI-13	P2500	Generalsekretariat	Support für den Schulbereich Verträge und Lizenzen neu verhandeln	130
BKSD-KI-14	P2500	Generalsekretariat	Verschiebung HW-Migration um 1 Jahr	100
BKSD-KI-15	P2511	AKJB	Korrektur der Betriebsbeiträge bei ausserkantonalen Unterbringungen (technische Verschiebung)	100
BKSD-KI-16	P2512	Amt für Kultur	Erhöhung der Eintrittspreise bei den Museen und Gebühren bei Dienstleistungen	60
BKSD-KI-17	P2513	Sportamt	Reduktion der JSBL- Beiträge an Vereine	50
BKSD-KI-18	P2511	AKJB	Wegfall der ambulanten, medizinischen Logopädie (Übernahme durch Gesundheitswesen), bereits vorbeschlossen	30
BKSD-KI-19	P2500	Generalsekretariat	Reduktion Ausbildungsbudget, welches für die gesamte Verwaltung im Generalsekretariat verwaltet wird	20

BKSD: Entlastungsbeitrag aus direktionsspezifischen Massnahmen				15'545
Ü-5-BKSD	div.	div.	ANTEIL BKSD: Aufwand externe Gutachter, Berater etc. auf Stand 2009 reduzieren	350
Ü-7-BKSD	div.	div.	ANTEIL BKSD: Ausweisung der Effizienzgewinne resultierend aus dem ERP-Projekt (IT-Optimierung im Bereich Rechnungswesen und Personal)	375
Ü-KI-10-BKSD	div.	div.	ANTEIL BKSD: Gesamtaufwand für Infomatik bei allen Direktionen und gerichten auf Stand 2009 zurückführen	66
BKSD: EP 12/15 TOTAL				16'336

GER-KI-1	P2600	Kantonsgericht	Optimierung bei den Gerichten	387
GER: EP 12/15 TOTAL				387

TOTAL				74'588
--------------	--	--	--	---------------

7. Rechtsgrundlagen und angewandtes Regelwerk

7.1 Rechtsgrundlagen

Das Finanzrecht des Kantons Basel-Landschaft stützt sich auf folgende Rechtsgrundlagen:

- Kantonsverfassung (namentlich die §§ 31, 66, 73, 75, 129 bis 135)
- Finanzhaushaltsgesetz (SGS 310)
- Dekret zum Finanzhaushaltsgesetz (SGS 310.1)
- Verordnung zum Finanzhaushaltsgesetz (SGS 310.11)
- Verordnung zur Steuerung der Finanzstruktur (SGS 310.13)
- Verordnung über die Bewertung und Abschreibung des Verwaltungsvermögens (SGS 310.14)
- Verordnung über das Controlling der Beteiligungen (SGS 314.51)
- Weisungen der Finanz- und Kirchendirektion
- Handbuch Finanz- und Rechnungswesen (RRB Nr. 1343 vom 21. September 2010 und RRB Nr. 1488 vom 25. Oktober 2011)

Die Bestimmungen aus der Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes und des Dekretes zum Finanzhaushaltsgesetz, welche die Ausgliederung der Spitalbetriebe betreffen, wurden auf den 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt. Es handelt sich um folgende Bestimmungen:

Finanzhaushaltsgesetz: § 11 Abs. 4, § 15 Abs. 8 und § 30a Abs. 6 und 7

Dekret zum Finanzhaushaltsgesetz: § 9 Abs. 2 lit. c

Die Spitalbetriebe sind bis Rechnung 2011 im Konsolidierungskreis des Kantons enthalten. Ab Voranschlag 2012 werden die Abgeltungen an die Spitalbetriebe im Transferbereich des Generalsekretariats VGD aufgeführt.

7.2 Rechnungsmodell des Kantons (HRM2)

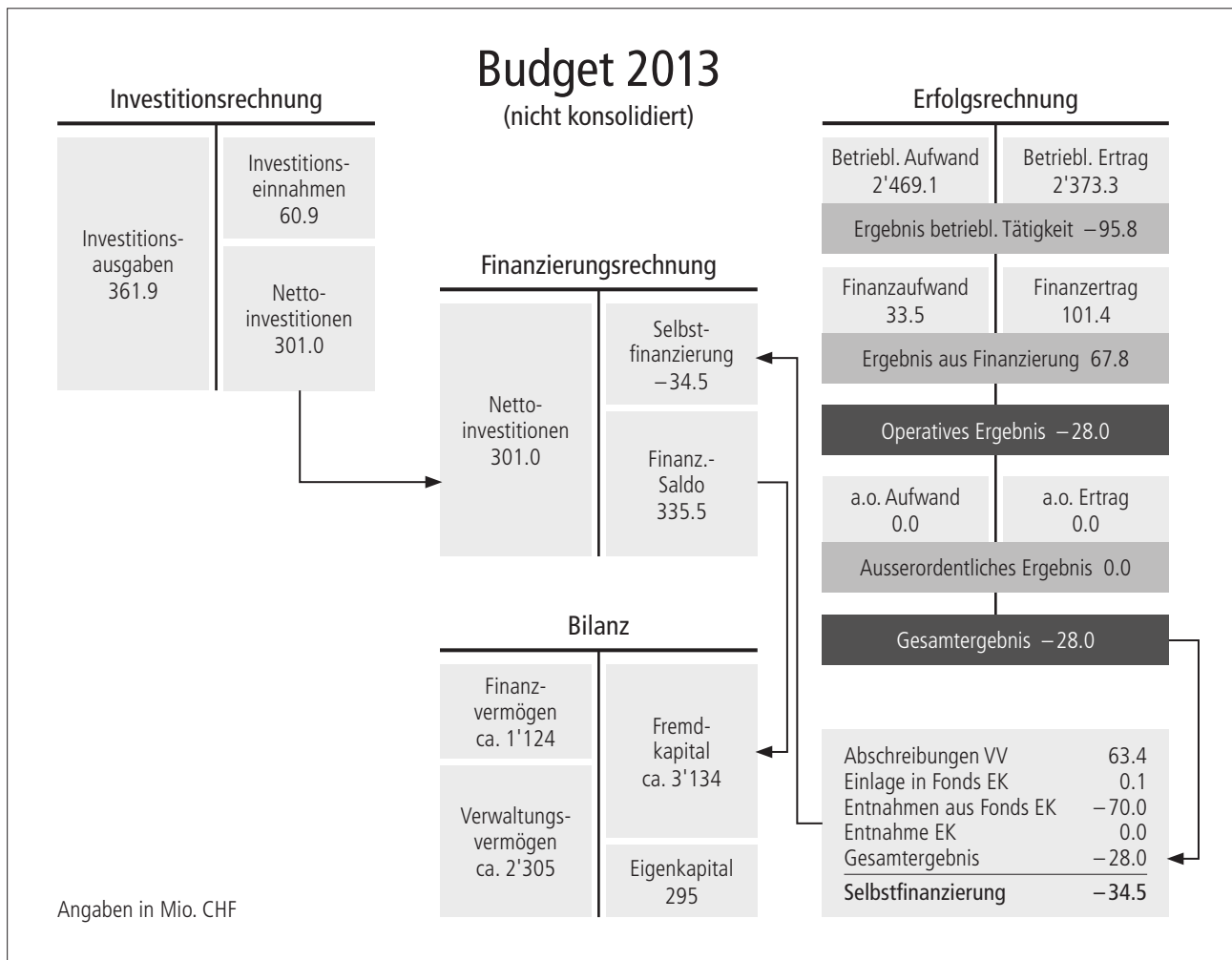
Die Rechnungslegung und Haushaltsführung richtet sich nach der Fachempfehlung "Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden - HRM2" vom 25. Januar 2008 der Schweizerischen Finanzdirektorenkonferenz.

7.3 Rechnungsaufbau

Die Erfolgsrechnung (ER) zeigt den periodisierten Wertverzehr und Wertzuwachs sowie das Jahresergebnis. Der Abschluss der Erfolgsrechnung erfolgt stufenweise. In der ersten Stufe wird das operative Ergebnis exklusive Finanzertrag und -aufwand ausgewiesen. Die zweite Stufe zeigt das ordentliche Ergebnis aus den ordentlichen Erträgen und Aufwänden (inkl. Finanzertrag und -aufwand). In der dritten Stufe werden im Jahresergebnis ausserordentliche Geschäftsfälle erfasst.

Die Bilanz zeigt die Vermögens- und Kapitalstruktur des Kantons. Die Unterscheidung zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen bildet die finanzrechtliche Basis für die Regelung der Verfügungsgewalt über das Vermögen des Kantons. Das Finanzvermögen umfasst alle nicht für die Aufgabenerfüllung gebundenen Mittel wie die flüssigen Mittel, die laufenden Guthaben und die Tresorerianlagen. Die Verwaltung dieser Mittel erfolgt gemäss Verordnung zur Steuerung der Finanzstruktur (SGS 310.13) und liegt im Kompetenzbereich des Regierungsrates. Demgegenüber bedarf der Einsatz von Mitteln für die Aufgabenerfüllung der Zustimmung des Parlamentes im Rahmen des Kreditbewilligungsverfahrens. Soweit bei der Aufgabenerfüllung Vermögenswerte geschaffen werden, stellen diese Verwaltungsvermögen dar. Verwaltungsvermögen ist somit gekennzeichnet durch eine dauernde Bindung von Mitteln für die unmittelbare Erfüllung öffentlicher Aufgaben bzw. für einen öffentlich-rechtlich festgelegten Zweck. Die Passiven sind in Fremd- und Eigenkapital untergliedert. Im Eigenkapitalnachweis wird die Veränderung des Eigenkapitals detailliert pro Eigenkapitalposition nachgewiesen (Jahresabschluss). Die Planbilanz basiert auf Annahmen und berücksichtigt keine Ergebnisse aus dem Restatement Etappe 3 (Neubewertung Finanzvermögen per Ende 2013).

Im Anhang der Jahresplanung (Voranschlag und Jahresprogramm) beziehungsweise des Jahresberichts (Staatsrechnung und Amtsbericht) sind in Ergänzung zu den vorgängig beschriebenen Rechnungselementen wesentliche Einzelheiten festgehalten und kommentiert. Unter anderem enthält der Anhang zur Jahresplanung folgende Angaben: Zusammenstellung von Aufwand und Ertrag nach Aufgaben (funktionale Gliederung) und nach Kostenarten (volkswirtschaftliche Gliederung), Verzeichnis der Verpflichtungskredite, Voranschläge der Spezialrechnungen kantonaler Anstalten. Der Anhang der Jahresplanung und des Jahresberichts enthält die Nennung des auf die Rechnungslegung anzuwendenden Regelwerks und eine Begründung der Abweichungen; Zusammenfassung der Rechnungslegungsgrundsätze und der wesentlichen Grundsätze für die Bilanzierung und Bewertung; Bezeichnung der erfassten Organisationseinheiten und Angaben zu den ausserordentlichen Aufwendungen und Erträgen. Während der Laufzeit des Entlastungspakets 12/15 wird im Anhang der Jahresplanung eine Liste der einzelnen Massnahmen publiziert. Im Anhang der Jahresplanung folgt ein Überblick über die laufenden Gesetzgebungsarbeiten für das Jahr 2013 und ein Überblick über die sich in Vorbereitung und Bearbeitung befindlicher Landratsvorlagen.



7.4 Erfasste Organisationseinheiten

Die Jahresplanung umfasst folgende Organisationseinheiten:

- Kantonale Behörden
- Finanz- und Kirchendirektion
- Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion
- Bau- und Umweltschuttdirektion
- Sicherheitsdirektion
- Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion
- Gerichte

Die Fonds und Vorfinanzierungen werden weiterhin im Anhang zur Jahresplanung und zum Jahresbericht geführt.

7.5 Grundsätze der Budgetierung und Rechnungslegung

Periodenabgrenzung

Das HRM2 ist auf die periodengerechte Verbuchung von Aufwendungen und Erträgen ausgerichtet. Die relevanten Finanzvorfälle werden im Zeitpunkt des Entstehens der entsprechenden Verpflichtungen und Forderungen erfasst und nicht wenn diese zur Zahlung fällig beziehungsweise als Zahlungen eingegangen sind. Dieses Prinzip ist mit dem Grundsatz der Sollverbuchung verankert.

Bruttodarstellung¹

Das Prinzip des getrennten Ausweises von Aufwand bzw. Ausgaben und Ertrag bzw. Einnahmen ohne gegenseitige Verrechnung (Bruttodarstellung) bleibt weiterhin ein wichtiger Grundsatz für die Rechnungsführung, wobei eine leichte

¹ Anmerkung der BUD: Abweichend von den Vorgaben der Revision zum eidg. Gebäudeprogramm werden Auszahlungen der Konferenz kantonaler Energiedirektoren nicht als durchlaufende Positionen gezeigt. Die geplanten Auszahlungen an Förderbeiträge für den Kanton Basel-Landschaft betragen im Jahr 2013 CHF 3'500'000.

Aufweichung in HRM2 vorgesehen ist. Die Verpflichtungskreditsummen werden netto, das heisst abzüglich der Beiträge Dritter, ausgewiesen.

Vollständigkeit

In der Jahresplanung sind alle zu erwartenden Aufwende und Erträge sowie Investitionsausgaben und -einnahmen aufzuführen.

Jährlichkeit

Das Voranschlagsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Nicht beanspruchte Kredite verfallen grundsätzlich am Ende des Voranschlagsjahr. Davon ausgenommen sind Kreditübertragungen gemäss § 30 Abs. 1bis FHG.

Spezifikation

Aufwende und Erträge sowie Investitionsausgaben und Investitionseinnahmen sind nach Organisationseinheiten und nach der Artengliederung des Kontenrahmens zu unterteilen. Davon ausgenommen sind die Organisationseinheiten mit Globalbudget. Kredite sind grundsätzlich für den umschriebenen Zweck zu verwenden. Der Regierungsrat kann in der Investitionsrechnung im Rahmen des bewilligten gesamten Investitionsvolumens zwischen den einzelnen Objekten und in der Erfolgsrechnung im Rahmen des gesamten Lohnkredites Kreditverschiebungen vornehmen.

Wesentlichkeit

Nach dem Grundsatz der Wesentlichkeit müssen sämtliche Informationen offen gelegt werden, die für eine rasche und umfassende Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage notwendig sind.

Verständlichkeit:

Die Informationen müssen auch für aussenstehende Interessierte klar, verständlich und nachvollziehbar sein.

Zuverlässigkeit:

Die Informationen sollen sachlich richtig sein und richtig dargestellt werden. Die wirtschaftliche Betrachtungsweise soll die Rechnungslegung bestimmen (vgl. auch die Periodenabgrenzung). Die Informationen sollen willkürfrei und wertfrei dargestellt werden (Neutralität). Die Darstellung soll nach dem Vorsichtsprinzip erfolgen.

Vergleichbarkeit:

Die Voranschläge des Gesamtkantons und der Verwaltungseinheiten sollen sowohl untereinander als auch über die Zeit hinweg vergleichbar sein.

Stetigkeit:

Die Stetigkeit ist gewährleistet, wenn die gewählten Grundsätze der Rechnungslegung und Budgetierung wie auch die Strukturen der Berichterstattung über einen längeren Zeitraum beibehalten werden. Notwendige Änderungen werden transparent ausgewiesen.

7.6 Kontenrahmen nach HRM2

Erfolgsrechnung

3	Aufwand	4	Ertrag
30	Personalaufwand	40	Fiskalertrag
300	Behörden, Kommissionen und Richter	4000	Einkommenssteuern natürliche Personen
301	Löhne des Verw- und Betriebspersonals	4001	Vermögenssteuern natürliche Personen
302	Löhne der Lehrkräfte	4002	Quellensteuern natürliche Personen
303	Temporäre Arbeitskräfte	4008	Personensteuern
304	Zulagen	4009	Übrige direkte Steuern nat Personen
305	Arbeitgeberbeiträge	4010	Gewinnsteuern juristische Personen
306	Arbeitgeberleistungen	4011	Kapitalsteuern juristische Personen
309	Übriger Personalaufwand	4012	Quellensteuern juristische Personen
		4019	Übrige direkte Steuern jur Personen
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	4020	Verrechnungssteuer (nur Bund)
310	Material- und Warenaufwand	4021	Grundsteuern
311	Nicht aktivierbare Anlagen	4022	Vermögensgewinnsteuern
312	Wasser, Energie, Heizmaterial	4023	Vermögensverkehrssteuern
313	Dienstleistungen und Honorare	4024	Erbschafts- und Schenkungssteuern
314	Baulicher Unterhalt	4025	Spielbanken- und Spielautomatenabgabe
315	Unterhalt Mobilien/immaterielle Anlagen	4030	Verkehrsabgaben
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsggeb	4031	Schiffssteuer
317	Spesen, Anlässe, Lager, Exkursionen	4032	Vergnügungssteuern
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	4033	Hundesteuer
319	Verschiedener Betriebsaufwand	4039	Übrige Besitz- und Aufwandsteuer
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	41	Regalien und Konzessionen
330	Abschreibungen Sachanlagen VV	410	Regalien
332	Abschreibungen immaterielle Anlagen	411	Schweizerische Nationalbank
339	Abtragung Bilanzfehlbetrag	412	Konzessionen
		413	Ertragsant Lotterien, Sport-Toto, Wetten

Investitionsrechnung

5	Investitionsausgaben	5	Investitionseinnahmen
50	Sachanlagen	60	Übertrag von Sachanlagen in das FV
500	Grundstücke	600	Übertragung von Grundstücken
501	Strassen / Verkehrswege	601	Übertragung von Strassen
502	Wasserbau	602	Übertragung von Wasserbauten
503	Übriger Tiefbau	603	Übertragung übrige Tiefbauten
504	Hochbauten	604	Übertragung Hochbauten
505	Waldungen	605	Übertragung Waldungen
506	Mobilien	606	Übertragung Mobilien
509	Übrige Sachanlagen	609	Übertragung übrige Sachanlagen
51	Investitionen auf Rechnung Dritter	61	Rückerstattungen
510	Grundstücke	610	Grundstücke
511	Strassen	611	Strassen
512	Wasserbau	612	Wasserbau
513	Übriger Tiefbau	613	Tiefbau
514	Hochbauten	614	Hochbauten
515	Waldungen	615	Waldungen
516	Mobilien	616	Mobilien
519	Übrige Sachanlagen	619	Verschiedene Sachanlagen
52	Immaterielle Anlagen	62	Abgang immaterielle Anlagen
520	Software	620	Software
521	Patente / Lizenzen	621	Patente / Lizenzen
529	Übrige immaterielle Anlagen	629	Übrige immaterielle Anlagen
54	Darlehen	63	Investitionsbeiträge für eigene Rechnung
540	Bund	630	Bund
541	Kantone und Konkordate	631	Kantone und Konkordate
542	Gemeinden und Gemeindezweckverbände	632	Gemeinde und Gemeindezweckverbände

Kontenrahmen nach HRM2 – Fortsetzung

Erfolgsrechnung

34	Finanzaufwand
340	Zinsaufwand
341	Realisierte Kursverluste
342	Kapitalbeschaffungs-/Verwaltungskosten
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen
344	Wertberichtigungen Anlagen FV
349	Verschiedener Finanzaufwand
35	Übertrag Fonds / StaatsRG
350	Übertrag Fonds FK / StaatsRG
351	Übertrag Fonds EK / StaatsRG
36	Transferaufwand
360	Ertragsanteile an Dritte
361	Entschädigungen an Gemeinwesen
362	Finanz- und Lastenausgleich
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte
364	Wertberichtigungen Darlehen VV
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV
366	Eigene Investitionsbeiträge
369	Verschiedener Transferaufwand
37	Durchlaufende Beiträge
370	Durchlaufende Beiträge

Investitionsrechnung

543	Öffentliche Sozialversicherungen
544	Öffentliche Unternehmungen
545	Private Unternehmungen
546	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
547	Private Haushalte
548	Ausland
55	Beteiligungen und Grundkapitalien
550	Bund
551	Kantone und Konkordate
552	Gemeinden und Gemeindezweckverbände
553	Öffentliche Sozialversicherungen
554	Öffentliche Unternehmungen
555	Private Unternehmungen
556	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
557	Private Haushalte
558	Ausland
56	Eigene Investitionsbeiträge
560	Bund
561	Kantone und Konkordate
562	Gemeinden und Gemeindezweckverbände
563	Öffentliche Sozialversicherungen
564	Öffentliche Unternehmungen
565	Private Unternehmungen
566	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
567	Private Haushalte
568	Ausland

42	Entgelte
420	Ersatzabgaben
421	Gebühren für Amtshandlungen
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder
423	Schul- und Kursgelder
424	Benützungsgebühren und Dienstleistungen
425	Erlös aus Verkäufen
426	Rückerstattungen
427	Bussen
429	Übrige Entgelte
43	Verschiedene Erträge
430	Verschiedene betriebliche Erträge
431	Aktivierung Eigenleistungen
432	Bestandesveränderungen
439	Übriger Ertrag
44	Finanzertrag
440	Zinsertrag
441	Realisierte Gewinne FV
442	Beteiligungsertrag FV
443	Liegenschaftenertrag FV
444	Wertberichtigungen Anlagen FV
445	Finanzertrag aus Dar/Beteil des VV
446	Finanzertrag von öff Unternehmungen
447	Liegenschaftenertrag VV
448	Erträge von gemieteten Liegenschaften
449	Übriger Finanzertrag

633	Öffentliche Sozialversicherungen
634	Öffentliche Unternehmungen
635	Private Unternehmungen
636	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
637	Private Haushalte
638	Ausland

64	Rückzahlung von Darlehen
640	Bund
641	Kantone und Konkordate
642	Gemeinde und Gemeindezweckverbände
643	Öffentliche Sozialversicherungen
644	Öffentliche Unternehmungen
645	Private Unternehmungen
646	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
647	Private Haushalte
648	Ausland

65	Übertrag von Beteiligungen
650	Bund
651	Kantone und Konkordate
652	Gemeinde und Gemeindezweckverbände
653	Öffentliche Sozialversicherungen
654	Öffentliche Unternehmungen
655	Private Unternehmungen
656	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
658	Ausland

66	Rückzahlung eigene Investitionsbeiträge
660	Bund
661	Kantone und Konkordate

Erfolgsrechnung

38	Ausserordentlicher Aufwand
380	Ausserordentlicher Personalaufwand
381	Ausserord Sach- und Betriebsaufwand
383	Zusätzliche Abschreibungen
384	Ausserordentlicher Finanzaufwand
386	Ausserordentlicher Transferaufwand
389	Einlagen in das Eigenkapital
39	Interne Fakturen
390	Int Fakturen Material- und Warenbezüge
391	Int Fakturen Dienstleistungen
392	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungskosten
393	Int Fakturen Betriebs- und Verwaltungskosten
394	Int Fakturen Kalk Zinsen und Finanzaufwand
395	Int Fakturen Planmässige/ausserpl Abschreibungen
398	Int Fakturen Übertragungen
399	Übrige interne Fakturen

Investitionsrechnung

57	Durchlaufende Investitionsbeiträge
570	Bund
571	Kantone und Konkordate
572	Gemeinden und Gemeindezweckverbände
573	Öffentliche Sozialversicherungen
574	Öffentliche Unternehmungen
575	Private Unternehmungen
576	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
577	Private Haushalte
578	Ausland
58	Ausserordentliche Investitionen
580	Ausserord Inv für Sachanlagen
582	Ausserord Inv für immaterielle Anlagen
584	Ausserord Inv für Darlehen
585	Ausserord Inv für Beteiligungen und GK
586	Ausserord Investitionsbeiträge
589	Übrige ausserord Investitionen
59	Übertrag an Bilanz
590	Passivierungen

Erfolgsrechnung

45	Übertrag Fonds / StaatsRG
450	Übertrag Fonds FK / StaatsRG
451	Übertrag Fonds EK / StaatsRG
46	Transferertrag
460	Ertragsanteile von Dritten
461	Entschädigungen von Gemeinwesen
462	Finanz- und Lastenausgleich
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten
466	Auflösung passivierte Investitionsbeitr
469	Verschiedener Transferertrag
47	Durchlaufende Beiträge
470	Durchlaufende Beiträge
48	Ausserordentlicher Ertrag
480	Ausserordentliche Steuererträge
481	Ausserord Erträge Regalien, Konzessionen
482	Ausserordentliche Entgelte
483	Ausserordentliche verschiedene Erträge
484	Ausserordentliche Finanzerträge
485	Ausserord Entnahme aus Fonds/Spez-Fin
486	Ausserordentliche Transfererträge
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital
49	Interne Fakturen
490	Int Fakturen Material- und Warenbezüge
491	Int Fakturen Dienstleistungen
492	Int Fakturen Pacht, Mieten, Benützungskosten
493	Int Fakturen Betriebs- und Verwaltungskosten
494	Int Fakturen Kalk Zinsen und Finanzaufwand
495	Int Fakturen Planmässige/ausserpl Abschreibungen
498	Int Fakturen Übertragungen
499	Übrige interne Fakturen

662	Gemeinde und Gemeindezweckverbände
663	Öffentliche Sozialversicherungen
664	Öffentliche Unternehmungen
665	Private Unternehmungen
666	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
667	Private Haushalte
668	Ausland

67	Durchlaufende Investitionsbeiträge
670	Bund
671	Kantone und Konkordate
672	Gemeinde und Gemeindezweckverbände
673	Öffentliche Sozialversicherungen
674	Öffentliche Unternehmungen
675	Private Unternehmungen
676	Private Organisationen ohne Erwerbszweck
677	Private Haushalte
678	Ausland

68	Ausserordentliche Investitionseinnahmen
680	Ausserord Inv-Einn für Sachanlagen
682	Ausserord Inv-Einn für immat Anlagen
683	Ausserord Inv-Beitr für eigene Rechnung
684	Ausserord Rückzahlung von Darlehen
685	Ausserord Übertragung von Beteiligungen
686	Ausserord Rückzahlung eigener Inv-Beitr
689	Übrige ausserord Investitionseinnahmen

69	Übertrag an Bilanz
690	Aktivierung Nettoinvestitionen

7.7 Abweichungen von HRM2

Sämtliche Abweichungen zum HRM2 werden im Folgenden ausgewiesen und begründet.

1. Bis anhin wurden die Investitionsbeiträge für Investitionen Dritter - in Abweichung zu HRM2 - über die Erfolgsrechnung verbucht. Die Regierung hat eine Parlamentsvorlage verabschiedet, welche im Jahr 2012 beschlossen werden soll und welche zum Ziel hat, ab dem Jahr 2013 die Investitionsbeiträge über die Investitionsrechnung abzuwickeln (also keine Abweichung zu HRM2). Die exakten Bestimmungen über Aktivierung und zukünftige Abschreibungen dieser Beiträge muss in einer Arbeitsgruppe zwischen FKD, BUD und VGD noch ausgearbeitet werden. Abschreibungen fallen erstmalig ab dem Jahr 2014 an.
2. Fonds und Spezialfinanzierungen werden im Anhang ausserhalb der Staatsrechnung geführt. Es werden lediglich Fonds (Fremdkapital und Eigenkapital) und Vorfinanzierungen (Eigenkapital) unterschieden. Spezialfinanzierungen werden als Fonds berücksichtigt. Somit entfallen die Sachgruppen der Spezialfinanzierungen.
3. Informatik (Hard- und Software), Mobilien, Fahrzeuge und Maschinen werden unabhängig von der Aktivierungsgrenze nicht aktiviert. Sie werden über die Erfolgsrechnung verbucht.
4. Schlösser, Ruinen und Denkmäler generieren Unterhaltskosten und sind praktisch nicht veräusserbar, da kein Markt für solche Liegenschaften besteht. Aus diesem Grund werden Schlösser, Ruinen und Denkmäler mit CHF 0 bilanziert, da sie keinen betriebswirtschaftlich begründbaren Substanzwert aufweisen bzw. rechtfertigen.
5. Gemäss der überarbeiteten Fachempfehlung Nr. 8 des HRM2 Handbuches (Änderung vom April 2011) werden Vorfinanzierungen über die Erfolgsrechnung zur Glättung der Abschreibungen aufgelöst. Dieses Verfahren setzt auch der Kanton BL um, mit einer Ausnahme: Der Fonds H2 wird zur Glättung der Investitionsrechnung verwendet, wie dies im Gesetz zum Bau der H2 festgehalten wurde.

7.8 Abschreibungsmethoden

Die Abschreibungen werden in der Verordnung über die Bewertung und Abschreibung des Verwaltungsvermögens geregelt (RRB 1235 vom 7. September 2010).

Das Verwaltungsvermögen wird gemäss der Entwertung durch Nutzung über die angenommene Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Ausgaben für Investitionen, welche den Betrag von CHF 300'000 pro Objekt überschreiten, werden in der Erfolgsrechnung verbucht.

Die Abschreibungen erfolgen ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme, was bei grösseren Projekten auch bei etappenweisen Inbetriebnahmen geschehen kann (z.B. Teileröffnung einer Kantonsstrasse).

Es kommen folgende Anlagekategorien zur Anwendung:

Anlageklasse	Nutzungsdauer in Jahren	Abschreibungssatz in %
Grundstücke	keine Abschreibung	
Vorbereitungsarbeiten, Gebäude (Rohbau, Innenausbau)	30	3.33
Gebäude (Haustechnikanlagen), Betriebseinrichtungen, Umgebung	15	6.67
Baunebenkosten / Honorare, Ausstattung	1	100.00
Kantonsstrassen	40	2.50
Elektromechanische Anlagen Tunnelbau	20	5.00
Kantonale Hochleistungsstrassen	40	2.50
Wasserbauten	40	2.50
ÖV-Anlagen	40	2.50
Kanalisation AIB	60	1.67
Tiefbauten AIB	25	4.00
Maschinen AIB	15	6.67
EMSRT AIB (Elektronik, Maschinen, Steuerung, Anlage)	10	10.00
Werkstrassen AIB	40	2.50
Tunnel AIB	40	2.50
Deponiekörper AIB	30	3.33
Fernwärmeleitungen AIB	40	2.50
Funkanlagen (Polycom)	15	6.67
Anlagen im Bau	–	–

Das Finanzvermögen wird nicht abgeschrieben. Wertveränderungen beim Finanzvermögen sind separat zu ermitteln und mit Wertberichtigungen zu berücksichtigen. Die Wertschriften im Finanzvermögen werden wie bisher per Bilanzstichtag zum eidg. Steuerwert bewertet, die Anlagen im Finanzvermögen werden einer periodischen Neubewertung unterzogen.

7.9 Angaben zum ausserordentlichen Aufwand und Ertrag

In der Jahresplanung 2013 werden keine ausserordentlichen Aufwände und Erträge beansprucht.

7.10 Kommentierungsgrundsätze

Für den Ausweis der folgenden beiden Zahlenbereiche "Erfolgsrechnung (ohne Verpflichtungskredite und Transfers)" sowie "Transferaufwand und -ertrag" gelten die folgenden Kommentierungsvorschriften:

Abweichungen in den einzelnen Budgetkrediten/-positionen gegenüber dem Vorjahr (Aufwand- und Ertragsseite), welche

- CHF 50'000 und mind. 10% (beide Kriterien gleichzeitig erfüllt) oder
- mindestens CHF 500'000 betragen

sind zu kommentieren.

Die Kommentierung der Verpflichtungskredite in der Erfolgsrechnung sowie der Positionen der Investitionsrechnung umfasst nur wesentliche Informationen und erfolgt situativ. Des weiteren sind gemäss § 23 Abs. 2 Finanzhaushaltsgesetz Verpflichtungskredite, welche erst während des Voranschlagsjahres beschlossen werden, zu bezeichnen und zu kommentieren.

8. Definition Kennzahlen

Konsolidierter Gesamtaufwand	3 Aufwand - 33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen - 35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen - Durchlaufende Beiträge - 38 ausserordentlicher Aufwand - 39 Interne Verrechnungen + Sachanlagen + Investitionen auf Rechnung Dritter + Immaterielle Anlagen + Darlehen + 55 Beteiligungen und Grundkapitalien + 56 Eigene Investitionsbeiträge
Laufender Ertrag	40 Fiskalertrag + 41 Regalien und Konzessionen + 42 Entgelte + 43 Verschiedene Erträge + 46 Transferertrag
Selbstfinanzierung	Saldo Erfolgsrechnung + 33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen - 4490 Aufwertungen Verwaltungsvermögen + 383 Zusätzliche Abschreibungen + 351 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen im Eigenkapital - 451 Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen im Eigenkapital + 389 Einlagen in das Eigenkapital - 489 Entnahmen aus dem Eigenkapital
Transferausgaben	36 Transferaufwand - 364 Wertberichtigungen Darlehen Verwaltungsvermögen - 365 Wertberichtigung Beteiligungen Verwaltungsvermögen + 56 Eigene Investitionsbeiträge
Staatsquote	Konsolidierter Gesamtaufwand in % des Volkseinkommens Basel-Landschaft
Steuerquote	Fiskalertrag (Steuern) in % des Volkseinkommens Basel-Landschaft
Selbstfinanzierungsgrad	Diese Kennzahl gibt an, welchen Anteil ihrer Nettoinvestitionen eine öffentliche Körperschaft aus eigenen Mittel finanzieren kann. Selbstfinanzierung in % der Nettoinvestitionen
Kapitaldienstanteil	Mass für die Belastung des Haushaltes durch Kapitalkosten. Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie stark der Laufende Ertrag durch den Zinsendienst und die Abschreibungen (=Kapitaldienst) belastet ist. Ein hoher Anteil weist auf einen enger werdenden finanziellen Spielraum hin. $\frac{[(340 \text{ Zinsaufwand} - 440 \text{ Zinsertrag}) + (330 \text{ Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen} + 332 \text{ Abschreibungen immaterielle Anlagen})]}{\text{in \% des Laufenden Ertrags}}$
Zinsbelastungsanteil	Die Grösse sagt aus, welcher Anteil des "verfügbaren Einkommens" durch den Zinsaufwand gebunden ist. Je tiefer der Wert, desto grösser der Handlungsspielraum. $(340 \text{ Zinsaufwand} - 440 \text{ Zinsertrag}) \text{ in \% des Laufenden Ertrags}$
Investitionsanteil	Weist auf die Investitionsintensität eines Gemeinwesens hin. Bruttoinvestitionen in % des konsolidierten Gesamtaufwandes
Transferanteil	Transferausgaben in % des konsolidierten Gesamtaufwandes
Nettoverschuldungsquotient	Diese Grösse zeigt, welcher Anteil der Fiskalerträge bzw. wie viele Jahrestsranchen erforderlich wären, um die Nettoschuld abzutragen. $20 \text{ Fremdkapital} - 2068 \text{ Passivierte Investitionsbeiträge} - 10 \text{ Finanzvermögen in \% des 40 Fiskalertrags}$
Nettoschuld I in CHF	Wichtigste Grösse zur Beurteilung der Verschuldung bzw. des Vermögens eines Gemeinwesens. Zeigt unter anderem, wie volatil ein Gemeinwesen auf Zinsschwankungen voraussichtlich reagieren wird. $20 \text{ Fremdkapital} - 10 \text{ Finanzvermögen}$
Nettoschuld I in CHF / Einwohner	Diese Kennzahl hat nur beschränkte Aussagekraft, da es eher auf die Finanzkraft der Einwohner und nicht auf ihre Anzahl ankommt. $(20 \text{ Fremdkapital} - 10 \text{ Finanzvermögen}) : \text{Anzahl Kantonseinwohner}$

9. Überblick über die geplanten und laufenden Gesetzgebungsarbeiten (Gesetze und Dekrete) für das Jahr 2013

Kantonale Behörden (KB)

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
SGS 120	Gesetz über die politischen Rechte	Teilrevision Schaffung der Gesetzesgrundlage für e-Voting und kleinere Anpassungen	In Arbeit	Landeskanzlei

Finanz- und Kirchendirektion (FKD)

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
SGS 310; 310.1	Finanzhaushaltsgesetz; Dekret zum Finanzhaushaltsgesetz	Teilrevision Präzisierung der Bestimmung zu den Verpflichtungskrediten und der Definition von neuen Ausgaben		Finanzverwaltung
SGS 834; 834.2	Gesetz zur Staatsgarantie der Basellandschaftlichen Pensionskasse; Dekret über die berufliche Vorsorge der BLPK	Reform der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK).	In der Finanzkommission	Finanzverwaltung
SGS 761	Gesetz über die Feuerwehr	Der Regierungsrat wird die dazugehörige Verordnung ausarbeiten und den Gemeinden zur Anhörung unterbreiten. Die Verordnung wird ebenfalls auf den 1. Januar 2013 in Kraft treten.	Das Gesetz soll auf den 1. Januar 2013 in Kraft treten	Stabsstelle Gemeinden
SGS 180.10	Neue Gemeinderechnungsverordnung (HRM2)	Der Regierungsrat hat - gestützt auf das neue Gemeindegesetz - die neue Gemeinderechnungsverordnung für die Einwohnergemeinden beschlossen und auf den 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt. Damit verbleibt den Gemeinden genügend Zeit, ihre Buchhaltung und ihre EDV auf die neuen Regelungen gemäss HRM2 umzustellen.		Stabsstelle Gemeinden

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD)

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
SGS 842	Gesetz über die Wohnbau- und Eigentumsförderung	evtl. Teilrevision in Umsetzung der Initiative "Förderung des selbst genutzten Wohneigentums und des gemeinnützigen Wohnungsbaus"	Konkretisierung noch offen	KIGA Baselland
SGS 842.1	Dekret über die Wohnbau- und Eigentumsförderung	evtl. Teilrevision in Umsetzung der Initiative "Förderung des selbst genutzten Wohneigentums und des gemeinnützigen Wohnungsbaus"	Konkretisierung noch offen	KIGA Baselland

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
SGS 221.2	Dekret zum Bundesgesetz betreffend die Arbeit in den Fabriken vom 18. Juni 1914	Komplette Überarbeitung der veralteten Bestimmungen über das kantonale Einigungsamt und Anpassung an die heutigen Gegebenheiten	2013: Startphase; Überweisung an den Landrat voraussichtlich 2014	KIGA Baselland
SGS 570	Waldgesetz	Teilrevision 2013 / 2014: Waldflächenerhaltung, (statische Waldgrenzen, Bauen im Wald, Befahren von Waldareal); Fahrplan abhängig von der Änderung der Waldverordnung auf Bundesstufe	2013: Startphase: Aufbau der Projektorganisation, Einbezug der Beteiligten und Betroffenen	Amt für Wald
SGS 211	EG ZGB	Teilrevision Ergänzung Achter Teil, Abschnitt B " Amtliche Vermessung und Geografisches Informationssystem " um Bestimmungen zum ÖREB-Kataster	Start der Erarbeitung Mitte 2013; Überweisung an den Landrat voraussichtlich 2014	Amt für Geoinformation
SGS 901	Gesundheitsgesetz, Abschnitt V	Teilrevision im Zusammenhang mit einer Neuregelung des Rettungswesens	In Arbeit	Generalsekretariat
SGS 645	Schulgesundheitsgesetz	Revision im Zusammenhang mit den Veränderungen im Bildungsbereich	In Arbeit	

Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD)

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
SGS 430	Strassengesetz	Teilrevision Finanzierung Bushaltestelle	Materielle Behandlung bis Mitte 2013	Tiefbauamt
SGS 480	Gesetz zur Förderung des öffentlichen Verkehrs	Teilrevision in den Bereichen: öV und Behinderte, Investitionsbeiträge, Anpassungen an Bundesrecht	Grundlagen erarbeitet	Tiefbauamt / öffentlicher Verkehr
SGS 780 / GS 30.787	Umweltschutzgesetz BL	§ 48 Aufgaben der Gemeinden: Ergänzung im Bereich Lichtimmissionen (Schutz der nächtlichen Dunkelheit)	Grundlagen in Erarbeitung	Lufthygieneamt
SGS 780	Umweltschutzgesetz Basel-Landschaft (USG BL)	Teilrevision Bioabfälle als Teil der Siedlungsabfälle effizient verwerten	In Vorbereitung Entwurf für Mitbericht	Amt für Umweltschutz und Energie
SGS 490	Energiegesetz	Revision (Minergie, Elektroheizungen, Wärmekraftkopplung, usw.)	In Vorbereitung	Amt für Umweltschutz und Energie
SGS 400	Raumplanungs- und Baugesetz (RBG)	Änderung RBG § 101 Abs. 2 Garagenvorplätze bei direkten Ausfahrten auf Strasse (Motion 2009 / 226 R. Richterich)	Mitbericht SID und Tiefbauamt läuft	Bauinspektorat
SGS 400	Raumplanungs- und Baugesetz (RBG)	Änderung RBG § 126 Anzeigepflicht der Publikation bei Parzellen gegenüber Fuss- / Gehwegen oder Quartierstrassen (Motion 2009 / 299 Petra Schmidt)	Gesetzesvorlage in Erarbeitung	Bauinspektorat

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
SGS 400	Raumplanungs- und Baugesetz (RBG)	Änderung RBG § 13 Abs. 2 und neuer § 12a Gewässerzonen (Umsetzung von Bundesrecht)	Gesetzesvorlage in Vernehmlassung	Generalsekretariat / Rechtsdienst
SGS 400	Raumplanungs- und Baugesetz (RBG)	Änderung diverser Bestimmungen des RBG Umsetzung des Konkordats zur Vereinheitlichung der Baubegriffe (IVHB)	Gesetzesvorlage in Vernehmlassung	Generalsekretariat / Rechtsdienst

Sicherheitsdirektion (SID)

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
SGS 700	Polizeigesetz	Teilrevision Neuordnung der Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden im Polizeibereich	Die Gesetzesvorlage wird dem Landrat im 3. Quartal 2012 unterbreitet	Generalsekretariat
SGS 110	Bürgerrechtsgesetz	Teilrevision Teilweise Neuregelung der Voraussetzungen für die Einbürgerung	Zurzeit läuft die Vernehmlassung	Bereich Zivilrecht
SGS 131	Landratsgesetz	Teilrevision Gesetzliche Verankerung des Beteiligungscontrollings	Landrätliche Kommissionen	Generalsekretariat
neu	Förderung der Freiwilligenarbeit	Gesetz über die Förderung der Freiwilligenarbeit	Zurzeit läuft die Vernehmlassung	Generalsekretariat

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
SGS 640, GS 34.0637	Bildungsgesetz	Das Bildungsangebot wird ergänzt durch die Schuldienste und die BerufswegBereitigung und entsprechende Datenschutzbestimmungen	Siehe Landratsvorlage betreffend Überführung des Projektes BerufswegBereitigung (BWB) in den Grundauftrag des Amtes für Volksschulen (AVS) und des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB)	Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB) in Zusammenarbeit mit dem Amt für Volksschulen (AVS)
SGS 640	Bildungsgesetz	Teilrevision Familienergänzende Betreuung im Schulbereich	Landratsvorlage ist erarbeitet, im Januar 2012 jedoch vom Landrat an die BKSK zurückgewiesen	Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote (AKJB)
SGS 640	Bildungsgesetz	Teilrevision Schulsozialarbeit auf allen Stufen	Beschluss über die Ausarbeitung einer Landratsvorlage durch die Regierung im Spätsommer 2012 vorgesehen; Erarbeitung im 2013	Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote (AKJB)
SGS 850	Sozialhilfegesetz	Totalrevision Behindertenhilfe	Fertigstellung von Gesetz und Verordnungen bis Ende 2013	Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote (AKJB)
neu	Hochschulkonkordat und Zusammenarbeitsvereinbarung im Hochschulbereich	Neues Gesetz	Vernehmlassung	Stabsstelle Hochschulen
SGS 641.11	Verordnung Kindergarten und Primarschule	Regulierungen für Harmos-Umsetzung ab 2015 / 2016	Regierungsratsbeschluss bereit	Projektleitung Bildungsharmonisierung
SGS 150.1	Personaldekret	Anpassung der Lektionenzahl Kindergarten / Primarschule im Zuge der Umstellung auf 45 Minuten-Lektionen §5	Landratsvorlage bereit	Projektleitung Bildungsharmonisierung

Nummer des Gesetzes (falls vorhanden)	Titel des Gesetzes	Total- oder Teilrevision (bei Teilrevision mit Stichworten zum Bereich)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
neu	„Laufbahnverordnung“	Neuregulierung Laufbahn als Ablösung der Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt (VO BBZ)	Regierungsratsbeschluss in Erarbeitung	Mandat Leistungsmessung
SGS 642.11	Verordnung Sekundarschulen	Anpassungen an die neue Stundentafel	Regierungsratsbeschluss in Erarbeitung	Mandat Sekundarschule
SGS 648.11	Verordnung über das Raumprogramm für Sekundarschulanlagen	Anpassungen an die neue Stundentafel	Regierungsratsbeschluss in Erarbeitung	Steuerung Raumressourcen
SGS 640	Bildungsgesetz	Regelung Integrative Schulung	Landratsvorlage / Vernehmlassung	Mandat Integrative Schulung
neu	Verordnung Förderangebote und Verstärkte Massnahmen	Neuregulierung der Förderangebote und Aufhebung der Verordnung Sonderschulung und Teile der Verordnung Kindergarten, Primarschule und Sekundarschule	Regierungsratsbeschluss in Erarbeitung	Mandat Integrative Schulung

10. Übersicht über die in Vorbereitung und Bearbeitung befindlichen Landratsvorlagen für das Jahr 2013

Kantonale Behörden (KB)

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage (Thema)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
	Infobest Palmrain (Anschlusslösung)	Gilt es auszuarbeiten	Landeskanzlei
	Trinationaler Eurodistrict (TEB) (Anschlusslösung)	Gilt es auszuarbeiten	Landeskanzlei
	Interreg V (Anschlusslösung)	Gilt es auszuarbeiten	Landeskanzlei

Finanz- und Kirchendirektion (FKD)

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage (Thema)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
	ERP-Etappe 3	In Arbeit; wird dem Landrat im Herbst/Winter 2012 unterbreitet.	Generalsekretariat

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD)

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage (Thema)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
	Neue Amtliche Vermessung (AV93) 3. Etappe	Pilotierung bis März 2013 abgeschlossen; anschliessend Erstellung der Landratsvorlage bis Juli 2013	Amt für Geoinformation
	Verlängerung der Vereinbarung mit der Zentralen Arbeitsmarkt-Kontrolle über den Vollzug des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA)	Bearbeitung noch nicht begonnen	KIGA Baselland
	Alterspolitik: Altersbericht "Wohnen im Alter"	In Arbeit	Generalsekretariat
	Versorgungsbericht der vier Nordwestschweizer Kantone (stationäre Spitalversorgung)	Das gemeinsame Monitoring wird derzeit vorbereitet. Durchführung im Jahr 2013	Generalsekretariat
	Mammographie-Screening	Landratsvorlage ist vorbereitet. Priorisierung durch Regierungsrat erforderlich	Generalsekretariat
	Beitrag Medizinische Notrufzentrale (MNZ)	Priorisierung durch Regierungsrat erforderlich	Generalsekretariat

Bau- und Umweltschuttdirektion (BUD)

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage (Thema)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
	Allschwil; Hochwasserschutz Lützelbach	Baukreditvorlage in Ausarbeitung	Tiefbauamt
	Allschwil, Erneuerung Baslerstrasse und BVB-Trasse	Baukreditvorlage in Ausarbeitung	Tiefbauamt
	H18 Umfahrung Laufen / Zwingen, Trassesicherung nach Abschluss Vorprojekt und Baukredit	Richtplan	Tiefbauamt
	H18, Anschluss Angenstein	Projektierungskredit in Ausarbeitung	Tiefbauamt
	H18, Anschluss Dornach	Auflage- und Baukredit in Ausarbeitung	Tiefbauamt
	Liestal, Übernahme Rosenstrasse / Militärstrasse und Projektierungskredit	Strassennetzplan und Projektierungskredit in Ausarbeitung	Tiefbauamt
	Binningen BLT-Linie 10 / 17 Doppelspurausbau Spiesshöfli	Projektierungskredit in Ausarbeitung	Tiefbauamt
	Waldenburg; Erneuerung und Ausbau Infrastruktur und Umbau Haltestellen	Projektierungs- und Baukredit in Ausarbeitung	Tiefbauamt
	Augst, Sanierung und Umgestaltung Ortsdurchfahrt	Baukredit in Ausarbeitung	Tiefbauamt
	Langenbruck, Korrektion und Umgestaltung Hauensteinstrasse	Baukredit in Ausarbeitung	Tiefbauamt

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage (Thema)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
	Salina Raurica; Verlegung Rheinstrasse	Baukredit in Ausarbeitung	Tiefbauamt
	Projektierungskreditvorlage SEK I, Sissach Tannenbrunn Sanierung / Umbau / Erweiterung	Machbarkeitsstudie in Arbeit	Hochbauamt
	Projektierungskreditvorlage SEK I, Laufen Ersatzneubau	Machbarkeitsstudie in Arbeit	Hochbauamt
	Projektierungskreditvorlage SEK I, Münchenstein Lärch Ersatz / Neubau	Lösungsstrategien in Vorbereitung	Hochbauamt
	Baukreditvorlage SEK I, Binningen Spiegelfeld Sanierung / Umbau 2. Etappe	Machbarkeitsstudie in Arbeit	Hochbauamt
	Baukreditvorlage SEK I, Birsfelden Rheinpark Sanierung / Umbau	Lösungsstrategien in Vorbereitung	Hochbauamt
	Baukreditvorlage FHNW Neubau Muttenz	Bauprojekt in Arbeit	Hochbauamt
	Projektierungskreditvorlage TBA, Werkhof Sissach Ersatzneubauten, etappiert	Machbarkeitsstudie abgeschlossen	Hochbauamt
	Umwidmung und Ersatzbe-schaffung (Ein- mietungen) für die Polizeiposten Birsfelden, Oberwil und Therwil	RRB Nr. 1061 vom 26. Juni 2012	Hochbauamt
	Beantwortung Postulat 2011 / 064: "Energie sparen an Schulen"	In Vorbereitung	Hochbauamt
	Beantwortung Postulat 2011 / 289: "Solarkraftwerk auf den Dächern der Arxhof Gebäude"	In Vorbereitung	Hochbauamt
	Neobiota – Handeln jetzt! (2012 / 043 - Motion - Die Neobiotenstrategie ist dem Landrat vorzustellen)	Vorlage wurde 2012 aufgrund des Finanzplans 2012 - 2015 zurückgestellt. Alternative ist in Arbeit	Sicherheitsinspektorat
	Jahresbericht 2012 Sicherheitsinspektorat	Wird Ende 1. Quartal 2013 erstellt	Sicherheitsinspektorat
	Änderung des Umweltschutz-gesetzes Basel- Landschaft: Bioabfälle effizient verwerten. Sammlung und Vergärung von Bioabfällen zur energetischen Nutzung	In Vorbereitung	Amt für Umweltschutz und Energie
	Beantwortung Motion Birkhäuser 2009 / 229: "Stopp der Lichtverschmutzung"	Grundlagen in Erarbeitung	Lufthygieneamt
	Beantwortung Motion Baumann 2011 / 151: "Vermeidung von unnötigen Lichtemissionen, Stromsparen"	Grundlagen in Erarbeitung	Lufthygieneamt
	ARA Rünenberg-Süd Abwasserbehandlung	Projekt in Ausarbeitung	Amt für Industrielle Betriebe
	Sanierung Schlammanlage ARA E1	Planung 2012, Landratsvorlage 2013	Amt für Industrielle Betriebe
	Projektierung Ausbau ProReno AG	In Vorbereitung (ev. auch bereits Ende 2012)	Amt für Industrielle Betriebe
	Mischwasserbecken Liestal (Dringlichkeit ergibt sich durch Bauabsicht Quartierplan "Weiherweg", Liestal)	Projekt in Ausarbeitung	Amt für Industrielle Betriebe
	Fernwärme Polyfeld, Netzausbau	Projekt in Ausarbeitung	Amt für Industrielle Betriebe
	Fernwärme Liestal Netzverdichtung	Projekt in Ausarbeitung	Amt für Industrielle Betriebe
	Verkauf Fernwärmern AIB	In Arbeit (Federführung AWF)	Generalsekretariat Abt. Wirtschaft und Finanzen
	Deponie Elbisgraben, Metallausscheidung Schlacke	Projekt in Ausarbeitung	Amt für Industrielle Betriebe
	Deponie Elbisgraben, Ausbau und Abschluss	(Abklärungen bei AWF, wie laufende Kredite umgebucht werden können)	Amt für Industrielle Betriebe
Nr. 2009 / 259	Motion von Petra Schmidt vom 24. September 2009; Überprüfung des Denkmal- und Heimatschutzgesetzes	Überweisung 11. November 2010	Amt für Raumplanung / Kantonale Denkmalpflege
	Antwort auf Motion Nr. 2008 / 106: "Weiterentwicklung Kantonales Konzept der räumlichen Entwicklung (KÖRE) im Sinne als „Masterplan Verkehr“"	Vorbereitung / verwaltungsinterne Vernehmlassung	Amt für Raumplanung / Kantonsplanung

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage (Thema)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
	7. Genereller Leistungsauftrag für den öffentlichen Verkehr 2013 - 2017	In Erarbeitung	Amt für Raumplanung / öffentlicher Verkehr
	Vorprojekt Herzstück Basel	In Erarbeitung	Amt für Raumplanung / öffentlicher Verkehr
	Prüfung Bewilligungspflicht für Velounterstände (§ 94 RBV) (Postulat 2010 / 127 - E. Augsburg)	Landratsvorlage - Schriftlicher Bericht in Erarbeitung	Bauinspektorat
	Delegation kleines Baubewilligungsverfahren an Verwaltungsstelle (Postulat 2011 / 220 - D.Schenk)	Landratsvorlage - Schriftlicher Bericht in Erarbeitung	Bauinspektorat

Sicherheitsdirektion (SID)

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage (Thema)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

Nummer der Vorlage (falls vorhanden)	Titel der Vorlage (Thema)	Stand der Bearbeitung	Federführende Stelle
	Landratsvorlage betreffend Überführung des Projektes BerufsWegBereitung (BWB) in den Grundauftrag des Amtes für Volksschulen (AVS) und des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB)	Zur Prüfung beim Direktionsvorsteher. Anschliessend Einleitung Mitberichtsverfahren	Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB) in Zusammenarbeit mit Amt für Volksschulen (AVS)
	Landratsvorlage zum Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV) vom 22. März 2012	Vorbesprechung hat stattgefunden. Erstellen des Zeitplans	Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB)
	Universität Basel Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2014 - 2017	In Vorbereitung	Stabsstelle Hochschulen
	Hochschulkonkordat und Zusammenarbeitsvereinbarung im Hochschulbereich	Start Vernehmlassung	Stabsstelle Hochschulen
	ICT Primarschule	In Vorbereitung	Stabsstelle Bildung
	Umsetzung IT-Strategie Schulen	In Vorbereitung	Direktionsinformatik
	Umsetzung Schuladministrationslösung SAL	In Vorbereitung	Controlling und Ressourcenplanung
	Sanierungsetappe 2013 der Ruine Farnsburg	Entwurf liegt im Herbst vor	Amt für Kultur, Archäologie und Museum
	Subvention Theater Roxy 2014 - 2017	In Vorbereitung ab 2013	Amt für Kultur, Kulturelles
	Integrative Schulung	In Vernehmlassung	Amt für Volksschulen (AVS)
	Schaffung einer kantonalen Koordinationsstelle für Kinder- und Jugendhilfe für eine Versuchsphase von vier Jahren - Verpflichtungskredit	Grobkonzept formuliert als Handlungsempfehlung 1 im Konzept Kinder- und Jugendhilfe; aktuell im Mitberichtsverfahren - Beschluss durch die Regierung im Herbst 2012 vorgesehen	Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote (AKJB)
	Schulsozialarbeit auf allen Stufen	Grobkonzept formuliert als Handlungsempfehlung 10 im Konzept Kinder- und Jugendhilfe; aktuell im Mitberichtsverfahren - Beschluss durch die Regierung im Herbst 2012 vorgesehen	Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote (AKJB)
	Vorbereitung der Einführung des Konzeptes der Behindertenhilfe - Verpflichtungskredit	Grobplanung vorhanden, welche im 2. Halbjahr 2012 mit den Kooperationskantonen BS und BE abgesprochen wird	Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote (AKJB)
	Familienergänzende Kinderbetreuung im Schulbereich	Landratsvorlage mit Änderung des Bildungsgesetzes am 12. Januar 2012 vom Landrat an die BSK zurückgewiesen, Neuplanung ev. gemeinsam mit dem Frühbereich, Runder Tisch im August 2012 als Basis für die Neuplanung	Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote (AKJB) mit Fachstelle Familienfragen (SID)
	Gesetz über die Behindertenhilfe	Eventuell Landratsvorlage bis Ende 2013	Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote (AKJB)

11. Glossar

Abschreibungen	Mit Abschreibungen erfasst man planmässige oder ausserplanmässige Wertminderungen von Vermögensgegenständen. Sie bilden somit den Wertverzehr einer Anlage durch ihren Gebrauch ab. Unter planmässigen Abschreibungen versteht man die systematische Verteilung des gesamten Abschreibungsvolumens eines Vermögenswertes über dessen geschätzte Nutzungsdauer. Ausserplanmässige Abschreibungen dienen der Wertminderung von Vermögenswerten, wenn es sich zeigt, dass der Buchwert des Vermögenswertes nach Vornahme der planmässigen Abschreibungen aufgrund einer voraussichtlich dauernden Wertminderung über dem tatsächlichen Wert liegt.
Abschreibungsmethode	Die Abschreibungsmethode beschreibt, nach welcher Systematik das Abschreibungsvolumen eines zeitlich nur begrenzt nutzbaren Vermögenswertes planmässig verteilt wird. In der Regel wird zwischen der "linearen Abschreibungsmethode" und der "degressiven Abschreibungsmethode" unterschieden.
Aktiven	Aktiven sind die mit Geld bewerteten Vermögenswerte eines Unternehmens. Die Aktiven befinden sich auf der linken Seite der Bilanz. Die Aktivseite der Bilanz zeigt, in welche Vermögenswerte das Kapital (d.h. die finanziellen Mittel) investiert wurde. Die Reihenfolge der Aktiven entspricht in der Regel der Liquidierbarkeit.
Aufwand	Erfolgsrechnerischer Begriff der Finanzbuchhaltung. Ein Aufwand ist eine monetäre Bewertung der in der Rechnungsperiode verbrauchten oder verzerrten Güter und Dienstleistungen oder eine Erhöhung der Verbindlichkeiten. Der Aufwand wird in der Erfolgsrechnung in einen Betriebs- und Finanzaufwand (= operativer Aufwand) und in einen ausserordentlichen Aufwand aufgeteilt.
Ausgaben	Als Ausgabe wird die Verminderung des Geldvermögens (Zahlungsmittelbestand + Bestand an Geldforderungen - Bestand an Geldverbindlichkeiten) verstanden. Eine Ausgabe liegt also beim Abfluss von Zahlungsmitteln und/oder beim Eingehen von Zahlungsverpflichtungen in Form von Geldverbindlichkeiten vor. Im HRM2 ist eine Ausgabe definiert als die Bindung von Finanzvermögen zur Erfüllung öffentlicher Ausgaben. Sie bedarf einer Rechtsgrundlage und eines Voranschlagskredits.
Ausserordentlicher Aufwand und Ertrag	Aufwand und Ertrag gelten als ausserordentlich, wenn mit ihnen in keiner Art und Weise gerechnet werden konnte oder sie nicht zum operativen Geschäft gehören. bzw. nicht mit der betrieblichen Leistungserstellung zusammenhängen. Vom Umfang her muss ein ausserordentlicher Aufwand oder Ertrag für den Kantonshaushalt wesentlich sein. Beispiele für ausserordentlichen Aufwand bzw. Ertrag sind: Ausschüttung der überschüssigen Goldreserven, zusätzliche (finanzpolitisch motivierte) Abschreibungen, Abtragung eines Bilanzfehlbetrags, Aufwand im Zusammenhang mit Naturkatastrophen, Einlagen und Entnahmen aus Eigenkapital (im Rahmen der Defizitbremse).
Beiträge an Investitionen Dritter	Beiträge an Investitionen Dritter sind definiert als geldwerte Leistungen, mit denen beim Empfänger dauerhafte Vermögenswerte mit Investitionscharakter begründet werden.
Beteiligung	Unter einer Beteiligung wird eine Institution verstanden, die teilweise oder ganz im Eigentum des Kantons ist oder welche eine öffentliche Aufgabe oder eine Aufgabe im Interesse des Kantons ausserhalb der Kantonsverwaltung erfüllt. Der Kanton geltet die erbrachten Leistungen aus öffentlichen Mitteln ab oder es besteht eine Staatsgarantie (von Rechts wegen oder faktisch aus politischen Gründen).
Betriebsbuchhaltung	Vgl. Kosten- und Leistungsrechnung.
Bilanz	Die Bilanz ist eine stichtagsbezogene Aufstellung von Herkunft und Verwendung des Kapitals. Auf der linken Seite sind die Vermögenswerte aufgeführt (Verwendung), auf der rechten Seite das Fremdkapital und das Eigenkapital (Herkunft). Die Residualgrösse bildet bei einem Aktivenüberschuss das Eigenkapital, bei einem Passivenüberschuss der Bilanzfehlbetrag. Die Bilanz ist das Resultat vergangener vermögensrelevanter Ereignisse und ist ein Instrument zur Darstellung der Vermögenslage.
Bilanzfehlbetrag	Ein Bilanzfehlbetrag stellt die Summe der kumulierten Defizite aus der Erfolgsrechnung dar.

Bruttoprinzip	Ein Grundsatz der Budgetierung und Rechnungslegung welcher besagt, dass Aufwand und Ertrag bzw. Ausgaben und Einnahmen ohne gegenseitige Verrechnung in der Erfolgs- und Investitionsrechnung aufgeführt werden.
Bruttoinlandprodukt (BIP)	Das BIP ist ein Mass für die gesamte wirtschaftliche Leistung eines Wirtschaftsgebietes innerhalb einer Betrachtungsperiode. Es erfasst die Produktion von Waren und Dienstleistungen (zu aktuellen Marktpreisen) nach Abzug der Vorleistungen der im Inland ansässigen Unternehmen.
Bruttoinvestitionen	Vgl. Investitionsausgaben
Budget	Das Budget ist die zusammenfassende und vollständige Darstellung der geplanten finanziellen Vorgänge des Gemeinwesens in einer bestimmten Planungsperiode.
Budgetantrag	Ein Budgetantrag ist ein Antrag des Landrats zum Voranschlag und bezweckt die Aufnahme einer neuen Ausgabe oder die Änderung bzw. Streichung einer im Entwurf des Voranschlags enthaltenen Ausgabe.
Defizitbremse	Instrument zur Erreichung des mittelfristigen Ausgleichs der Erfolgsrechnung. Der Aufwandüberschuss in der Erfolgsrechnung darf im Voranschlag 3 Prozent des Ertrags der Einkommenssteuern natürlicher Personen nicht überschreiten. Ein Defizit über dieser Grenzmarke muss in erster Linie mit Entlastungsmassnahmen auf der Aufwandseite, in zweiter Linie mit einer Eigenkapitalentnahme (vorausgesetzt, das freie Eigenkapital ist höher als CHF 100 Mio) und in dritter Linie mit einer Steuerfusserhöhung reduziert werden.
Eigenkapital	In der Privatwirtschaft bezeichnet das Eigenkapital jene Mittel, die von den Eigentümern einer Unternehmung zu deren Finanzierung aufgebracht oder als erwirtschafteter Gewinn im Unternehmen belassen wurden. Bei einem öffentlichen Gemeinwesen ist es die rechnerische Differenz zwischen den Aktiven (Vermögenswerten) und den Schulden (Fremdkapital). In diesem Fall ist das Eigenkapital grundsätzlich die Summe der vergangenen Ertragsüberschüsse der Erfolgsrechnung. Die Höhe des Eigenkapitals hängt aber auch von der Bewertung der Vermögenswerte und der Schulden ab. Freies Eigenkapital kann im Rahmen der Defizitbremse zur Reduktion von Aufwandüberschüssen im Voranschlag eingesetzt werden.
Einnahmen	Einnahmen sind Zahlungen Dritter, die das Vermögen vermehren oder die als Entgelt für die Veräusserung von Verwaltungsvermögen oder mit Bezug auf die Schaffung von Verwaltungsvermögen geleistet werden.
Erfolgsrechnung	Die Erfolgsrechnung stellt einander die Aufwendungen und Erträge gegenüber. Durch die Saldierung aller Erträge und Aufwendungen wird der Erfolg bzw. das wirtschaftliche Ergebnis (Aufwandüberschuss/Defizit oder Ertragsüberschuss) einer Periode ermittelt.
Erlös	Der Erlös bezeichnet das bewertete Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit, d.h. der erzeugten Güter- und Dienstleistungen.
Ertrag	Erfolgsrechnerischer Begriff der Finanzbuchhaltung. Erträge stellen eine Zunahme des wirtschaftlichen Nutzens in der Berichtsperiode in der Form von Zuflüssen oder Erhöhungen von Vermögenswerten oder einer Abnahme von Schulden. Der Ertrag wird in der Erfolgsrechnung in einen Betriebs- und Finanzertrag (= operativer Ertrag) und in einen ausserordentlichen Ertrag dargestellt.
Finanzbuchhaltung	Die Finanzbuchhaltung erfasst die wertmässigen Beziehungen des Unternehmens bzw. eines Gemeinwesens nach aussen. Die Finanzbuchhaltung umfasst zwei Bereiche: Die (Finanz-) Buchführung (chronologische und systematische Erfassung und Aufzeichnung aller vermögensrelevanter Geschäftsvorgänge anhand von Belegen) und die Rechnungslegung (Darstellung der aus der Finanzbuchführung entstandenen Ergebnisse anhand der Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung und Geldflussrechnung).
Finanzertrag	Der Finanzertrag umfasst Erträge aus dem Finanzvermögen (Finanz- und Sachanlagen). Dies sind in der Regel Zinserträge, Dividenden, Verkaufsgewinne aus Finanz- und Sachanlagen, Liegenschaftserträge und Wertberichtigungen. Der Finanzertrag wird im gestuften Erfolgsausweis separat ausgewiesen (im operativen Ergebnis).

Finanzpolitik (nachhaltige)	Die Finanzpolitik bedient sich der staatlichen Einnahmen und Ausgaben zur Verwirklichung öffentlicher Ziele. Dabei kann sie als langfristige Einflussnahme auf die Entwicklung der Staatsverschuldung bezeichnet werden. Die Finanzpolitik ist dann nachhaltig, wenn mit der tatsächlichen Entwicklung der Staatsschulden die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt werden können, ohne dass die Möglichkeiten künftiger Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse beeinträchtigt werden.
Finanzvermögen	Das Finanzvermögen umfasst jene Vermögenswerte (Finanz- und Sachanlagen), die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können.
Fiskalertrag	Ertrag aus der Erhebung von Steuern bei natürlichen und juristischen Personen.
Fonds	Unter einem Fonds versteht man die Zusammenfassung bestimmter Aktiv- und Passivkonten zu einer buchhalterischen Einheit, über die separat abzurechnen ist. Im Bereich der öffentlichen Finanzen bestehen Fonds zumeist aus Zweckvermögen, das aus Spezialfinanzierungen stammt. Einnahmen und Ausgaben von Fonds werden nicht über die Erfolgsrechnung gebucht sondern werden direkt dem Fondskonto gutgeschrieben oder belastet. Die Fondsbudgets und -rechnungen werden im Anhang zum Voranschlag und zur Staatsrechnung aufgezeigt.
Fremdkapital	Das Fremdkapital zeigt auf der Passivseite der Bilanz den Umfang des von Dritten für eine bestimmte Zeitdauer überlassene Kapital. Es bezeichnet die Schulden der Unternehmung (Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit Verbindlichkeitscharakter) gegenüber Dritten, die rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind.
Funktionale Gliederung	Statistische Gliederung der Staatsausgaben und -einnahmen aufgeteilt nach Aufgabebereichen. Die funktionale Gliederung ist kompatibel mit der internationalen Nomenklatur, der Classification of Functions of Government (COFOG) und ist abrufbar auf http://efv.admin.ch/themen/oeff_haushalte/funktional.php .
Gebundene Ausgaben	Eine Ausgabe ist gebunden, a. wenn sie durch einen Rechtssatz prinzipiell sowie dem Umfang nach vorgeschrieben ist oder b. wenn sie zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Verwaltung unbedingt nötig ist oder c. wenn anzunehmen ist, die Stimmberechtigten hätten mit einem vorausgehenden Grund-erlass auch die aus ihm folgenden Aufwendungen gebilligt, falls ein entsprechendes Bedürfnis vorsehbar war, oder falls es gleichgültig ist, welche Sachmittel zur Erfüllung der vom Gemeinwesen mit dem Grunderlass übernommenen Aufgaben gewählt werden.
Globalbudget	Ein Globalbudget ist ein Verfahren der Mittelbereitstellung bei dem nur ein pauschaler Betrag ohne sachliche und zeitliche Zweckbestimmung bewilligt wird. Über diesen Betrag kann organisatorische Teileinheit weitgehend unabhängig verfügen. Der Umfang des Globalbudgets basiert auf einem Leistungsauftrag bzw. einer Leistungsvereinbarung zwischen Verwaltung und Teileinheit.
Immaterielle Vermögensanlagen	Identifizierbarer, nichtmonetärer Vermögenswert ohne physische Substanz wie Konzessionen, Patente, Lizenzen, Urheberrechte.
Interne Verrechnung	Gutschriften und Belastungen zwischen Dienststellen innerhalb der kantonalen Verwaltung.
Investitionen im weiteren Sinne	Investitionen im weiteren Sinne umfassen die Ausgaben in der Investitionsrechnung und die Beiträge an Investitionen Dritter (Erfolgsrechnung).
Investitionsausgaben	Ausgaben für den Erwerb, die Erstellung und Verbesserung von dauerhaften Vermögenswerten, welche den Betrag von CHF 300'000 überschreiten. Investitionsausgaben werden im Verwaltungsvermögen aktiviert und in den Folgejahren in der Erfolgsrechnung auf Basis der angenommenen Nutzungsdauer pro Anlagekategorie abgeschrieben.
Investitionseinnahmen	Investitionseinnahmen sind die Einnahmen für Investitionen oder die Einnahmen aus Desinvestitionen. Gemäss HRM2 sind dies nebst Investitionen vor allem Entnahmen aus der Veräusserung von Sachanlagen und Rückerstattungen von Investitionsbeiträgen, Rückzahlungen von Darlehen des Verwaltungsvermögens und Rückzahlungen oder Verkäufe von Beteiligungen des Verwaltungsvermögens.

Investitionsrechnung	Die Investitionsrechnung stellt die Investitionsausgaben den Investitionseinnahmen gegenüber. Sie bildet die Basis für die Ermittlung des Geldflusses aus Investitionen und Desinvestitionen in der Geldflussrechnung.
Konjunktur(zyklus)	Als Konjunktur (lat. coniungere „vereinigen“, „verbinden“) bezeichnet man ein über mehrere Jahre hinweg in einer Volkswirtschaft wiederkehrendes Grundmuster ("Zyklus") von Auf und Ab der wirtschaftlichen Aktivität. Man unterscheidet im Allgemeinen vier Phasen der Konjunktur: Aufschwungphasen ("Expansion"), Hochkonjunktur ("Boom"), Abschwungphasen ("Rezession") und Tiefphasen ("Depression").
Konsolidierung	Unter Konsolidierung versteht man im finanziellen Rechnungswesen die Zusammenfassung und Bereinigung von Einzelabschlüssen mehrerer Einheiten zu einem Gesamtabschluss (konsolidierter Abschluss).
Konsolidierungskreis	Der Konsolidierungskreis bezeichnet diejenigen Einheiten, welche konsolidiert werden sollen.
Kontenrahmen	Der Kontenrahmen ist ein systematisches Verzeichnis aller Konten für die Buchführung. Er dient als Richtlinie für die Aufstellung eines konkreten Kontenplans. Damit sollen einheitliche Buchungen von gleichen Geschäftsvorfällen erreicht und zwischenbetriebliche Vergleiche ermöglicht werden.
Kosten	Begriff aus der Kosten- und Leistungsrechnung. Kosten sind der bewertete Verzehr von Ressourcen, die zur Produkterstellung bzw. Leistungserbringung in einer Periode benötigt wurden. Sie sind derjenige Teil des Aufwandes, welcher ordentlich, betrieblich (leistungsbezogen) sowie periodenbezogen ist. Beispiele sind die Personalkosten, Material oder kalkulatorische Kosten.
Kosten- und Leistungsrechnung	Die Kosten- und Leistungsrechnung bezieht sich auf die betriebsinternen Vorgänge und dient der Ermittlung von Kosten- und Leistungsdaten als Grundlage für Preiskalkulationen (Gebührenfestlegung) und für die Kostenplanung und -kontrolle. In der Kosten- und Leistungsrechnung werden die Kosten den Leistungen gegenübergestellt. Die Kosten- und Leistungsrechnung besteht aus den drei Hauptbereichen Kostenartenrechnung, Kostenstellenrechnung und der Kostenträgerrechnung.
Neubewertung	<i>Wertanpassung</i> Die Neubewertung, auch englisch "Restatement", bezeichnet den Vorgang der wiederholten Bewertung der Bestandskonten im Anlagevermögen und der erstmaligen Bewertung der Bestandskonten bei der Einführung nach den HRM2-Bewertungsrichtlinien.
Neubewertungsreserve	Das Konto "Neubewertungsreserve" dient dazu, dass Auf- oder Abwertungen des Finanzvermögens im Zeitpunkt der Neubewertung nicht erfolgswirksam sind bzw. keine unverhältnismässigen Auswirkungen auf den Steuerfuss haben.
Rechnungsperiode	Die Rechnungsperiode ist der Zeitraum, auf den sich die Erfolgsrechnung bezieht. Sie beträgt meist ein volles Jahr (Rechnungsjahr). Aufwendungen und Erträge werden nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung zeitlich auf die Rechnungsperiode abgegrenzt.
Rechnungswesen	Teil des Informationssystems der Kantonsverwaltung, in dem die interne Leistungserstellung (Betriebsbuchhaltung) und die finanziellen Aussenbeziehungen (Finanzbuchhaltung) zahlenmässig dargestellt werden.
Rückstellungen	Rückstellungen sind bereits feststehende, in ihrer Höhe und/oder im Zahlungszeitpunkt meist noch nicht genau abschätzbare Verpflichtungen, deren Berücksichtigung zur Feststellung des Aufwandes oder der Ausgaben am Ende einer Rechnungsperiode notwendig sind. Die Ursache für die Bildung der Rückstellung liegt auf einem Ereignis in der Vergangenheit. Rückstellungen stellen Fremdkapital dar.
Staatsrechnung	Die Jahresrechnung ist das Kernstück der Rechnungslegung nach HRM2. Sie besteht aus der Bilanz, der Erfolgsrechnung, der Investitionsrechnung und dem Anhang.
Strukturelles Defizit	Defizit, das entsteht, wenn Einnahmen und Ausgaben über einen Konjunkturzyklus hinweg nicht im Gleichgewicht sind.

Verpflichtungskredite	Mehrfährige Kredite für neue Ausgaben in der Erfolgs- oder Investitionsrechnung, welche vom Parlament auf der Basis von separaten Vorlagen gesprochen werden.
Verschuldung	Staatsschulden sind Finanzschulden, die zustande kommen, wenn die laufenden Staatsausgaben nicht durch die laufenden Staatseinnahmen und das Eigenkapital gedeckt werden können. Es entsteht eine Nettoneuverschuldung, die mit Fremdkapital finanziert werden muss. Die Staatsverschuldung entspricht der aufsummierten Nettoneuverschuldungen der Vergangenheit bzw. dem in der Bilanz ausgewiesenen Bestand an Fremdkapital.
Verwaltungsvermögen	Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen und die ohne diese zu beeinträchtigen nicht veräussert werden können.
Volkseinkommen (kantonaies)	Setzt sich zusammen aus den Einkommen der im Kanton ansässigen Wirtschaftssubjekte (Arbeitnehmende, Selbstständigerwerbende und Unternehmen), welche diese aus ihrer Beteiligung am Wirtschaftsprozess sowohl innerhalb wie auch ausserhalb des Kantons generieren.
Voranschlag	Vgl. Budget
Vorfinanzierungen	Vorfinanzierungen sind Reserven, welche für noch nicht beschlossene Vorhaben gebildet werden. Vorfinanzierungen stellen zweckgebundenes Eigenkapital dar.

